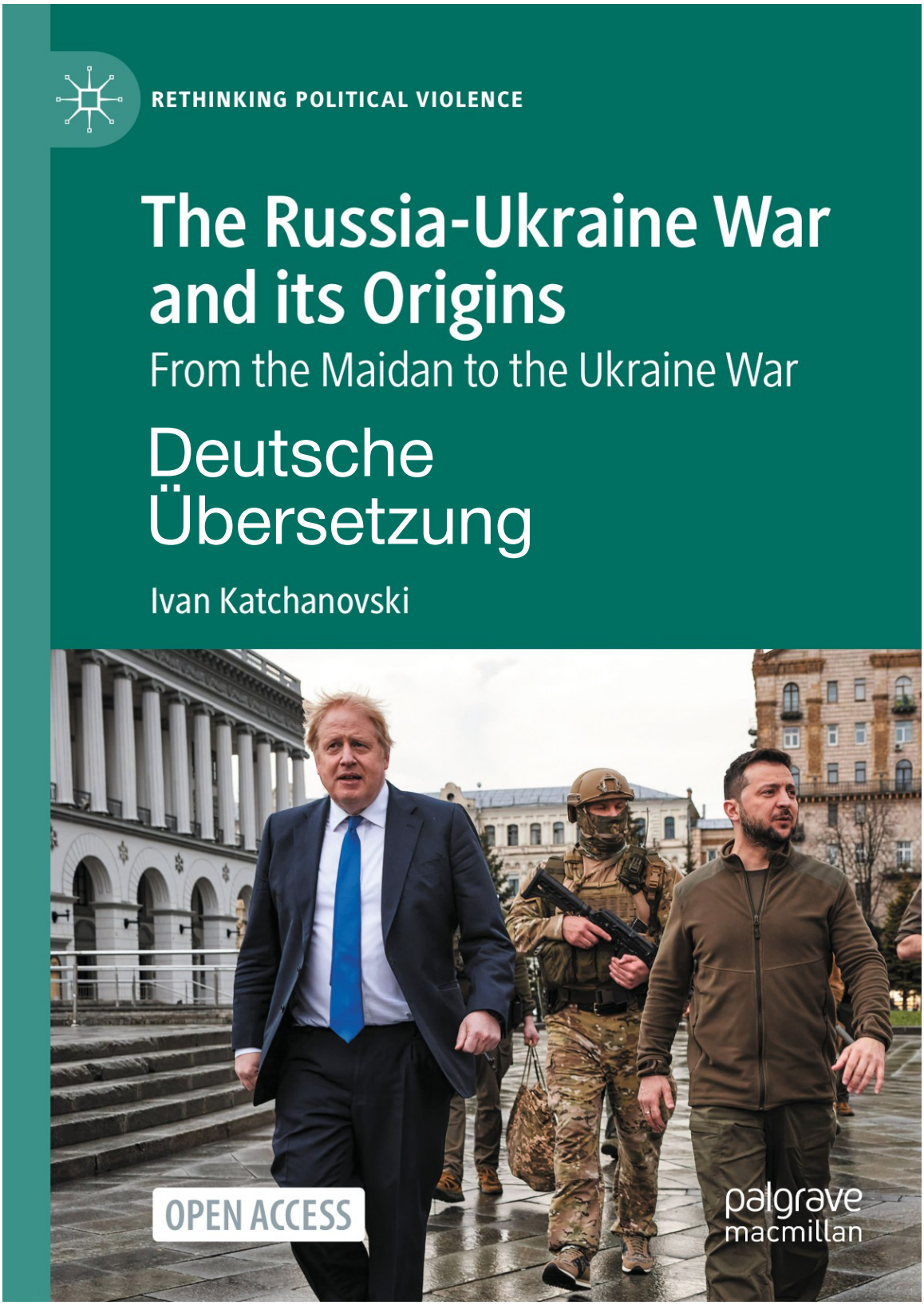

RETHINKING POLITICAL VIOLENCE
The Russia-Ukraine War and its Origins
From the Maidan to the Ukraine War
Deutsche Übersetzung
Ivan Katchanovski
OPEN ACCESS
palgrave macmillan

Der Russland-Ukraine-Krieg und seine Ursprünge

Vom Maidan zum Ukraine-Krieg

Iwan Katschanowskyj

School of Political Studies sowie Programm für Konfliktstudien und Menschenrechte, University of Ottawa, Ottawa, ON, Kanada

Reihe „Rethinking Political Violence“ · Herausgeber der Reihe: Roger Mac Ginty, School of Government and International Affairs, Durham University, Durham, Vereinigtes Königreich

Hinweis zur deutschen Ausgabe

Dies ist die deutsche Übersetzung des folgenden Werkes:

> ***The Russia-Ukraine War and its Origins***
>
> *From the Maidan to the Ukraine War*
>
> *Ivan Katchanovski*
>
> *Palgrave Macmillan (Rethinking Political Violence)*

Original: Ivan Katchanovski, *The Russia-Ukraine War and its Origins. From the Maidan to the Ukraine War*, Palgrave Macmillan 2026, Reihe „Rethinking Political Violence“, Open Access, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3

Die Übersetzung des gesamten Textes wurde **mit Hilfe von KI** erstellt und von **FrankKemper@web.de** durchgeführt. Sie ist vollständig und ungekürzt; alle Karten, Abbildungen und Tabellen der Originalausgabe wurden übernommen. Für die deutsche Übersetzung gilt dieselbe freie Lizenz wie für das Original (CC BY 4.0, siehe Copyright-Seite).

Über die Reihe

Die Reihe schafft einen neuen Raum, um einen Großteil des überkommenen Wissens über politische Gewalt zu hinterfragen. International und multidisziplinär angelegt, untersucht sie Ursachen, Formen und Folgen gegenwärtiger Gewalt und verbindet zentrale Debatten über Terrorismus, Aufstandsbekämpfung, Bürgerkrieg und Friedensstiftung. „Rethinking Political Violence“ bietet eine fundierte und erfrischende Analyse, die einige der grundlegenden Fragen neu bewertet, vor denen Gesellschaften im Konflikt heute stehen, und die Versuche verständlich macht, die Folgen politischer Gewalt zu mildern. Die Reihe ist in Scopus indexiert.

Copyright und Lizenz (Originalangaben)

Ivan Katchanovski School of Political Studies & Conflict Studies and Human Rights Program, University of Ottawa, Ottawa, ON, Canada

ISSN 2752-8588 ISSN 2752-8596 (elektronisch) Reihe „Rethinking Political Violence“

ISBN 978-3-031-98723-6 ISBN 978-3-031-98724-3 (eBook) https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3

Diese Arbeit wurde teilweise durch einen Publikationszuschuss der University of Ottawa unterstützt.

© Der/die Herausgeber (soweit zutreffend) und der/die Autor(en) 2026. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch ist unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) lizenziert. Diese gestattet die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verbreitung und Vervielfältigung in jedem Medium und Format, sofern Sie die ursprünglichen Urheber angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder sonstiges Drittmaterial in diesem Buch sind, sofern in einem Urheberrechtsvermerk nichts anderes angegeben ist, von der Creative-Commons-Lizenz des Buches umfasst. Wenn Material nicht unter der Creative-Commons-Lizenz des Buches steht und die beabsichtigte Nutzung nicht durch gesetzliche Vorschriften erlaubt ist oder die erlaubte Nutzung überschreitet, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Inhaber des Urheberrechts einholen.

Die Nennung allgemein beschreibender Namen, eingetragener Namen, Warenzeichen, Dienstleistungsmarken usw. in dieser Veröffentlichung bedeutet nicht, dass diese Namen von den einschlägigen Schutzgesetzen und -vorschriften ausgenommen und daher frei verwendbar sind. Verlag, Autoren und Herausgeber gehen davon aus, dass die Hinweise und Informationen in diesem Buch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung als wahr und zutreffend gelten. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber geben eine Gewährleistung – ausdrücklich oder stillschweigend – für das hierin enthaltene Material oder für Fehler oder Auslassungen ab. Der Verlag bleibt in Bezug auf geografische Zuordnungen in veröffentlichten Karten und institutionellen Zuschreibungen neutral.

Umschlagnachweis: American Photo Archive/Alamy Stock Photo.

Dieser Titel der Marke Palgrave Macmillan erscheint bei der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Switzerland AG. Anschrift der eingetragenen Gesellschaft: Gewerbestrasse 11, 6330 Cham, Schweiz. Bitte recyceln Sie dieses Produkt nach der Entsorgung.

Original text (English)

The Russia-Ukraine War and its Origins. From the Maidan to the Ukraine War by Ivan Katchanovski. Palgrave Macmillan (Rethinking Political Violence), 2026. Open access, licensed under CC BY 4.0.

Vorwort

Als ich im Jahr 2002 das Manuskript meines Buches über regionale politische Spaltungen und separatistische Konflikte in der Ukraine und in Moldawien bei Cambridge University Press einreichte, erhielt ich von dessen Verlagslektor die Antwort, dass sie es nicht veröffentlichen könnten, weil nur wenige Menschen an diesem Thema interessiert sein würden. Dieses Buch, das auf meiner Doktorarbeit beruhte, wurde von einem anderen akademischen Verlag veröffentlicht, nachdem die Ukraine während der „Orangen Revolution" im Jahr 2004 einem gewaltsamen Zerfall nach moldauischem Muster und einem Bürgerkrieg nahe gekommen war.¹

Meine akademischen Publikationen, die sich in erster Linie mit Konflikten und Politik in der Ukraine befassen, wurden allein auf meinen akademischen Websites und den Verlagsseiten über 2.000.000 Mal gelesen oder heruntergeladen. Meine forschungsbasierten Twitter- und Facebook-Beiträge und meine YouTube-Videos erreichten über 125.000.000 Aufrufe. Ich bin einer der am häufigsten zitierten Politikwissenschaftler, die sich vor allem mit Politik und Konflikten in der Ukraine befassen.²

Meine auf Forschung beruhenden Publikationen, Interviews und Kommentare erschienen in mehr als 4.000 Medienberichten in mehr als 80 Ländern. Dazu gehören so bedeutende westliche Medien wie ABC News, BBC Ukrainian, Associated Press, Canadian Press, CBC News, CTV News, France 24, France Télévisions, Daily Beast, Euronews, Global TV, Globe and Mail, Guardian, Hill TV, La Presse, Le Figaro, La Razón, La Stampa, National Post, Reuters, Sky News Australia, Times Higher Education, Vice und Washington Post. Dazu gehören auch so bedeutende Medien aus anderen Ländern wie Al-Jazeera, China Newsweek, CNN Brazil, Mail & Guardian, Metro World News, Moscow Times, TRT World und WION TV. Meine auf Forschung beruhenden Publikationen, Interviews und Kommentare erschienen zudem in vielen ukrainischen Medien wie 112 Ukraine TV, 24 Channel, Apostrophe, Avers TV, First National Channel, ICTV, Holos Ukrainy, Kommentarii, Kyiv Post, NewsOne, Priamyi Kanal, RBC Ukraine, Strana, STB, Volyn TV und Ukrainska pravda.

Ich bin der Autor von The Maidan Massacre in Ukraine: The Mass Killing that Changed the World (Palgrave Macmillan) und von Cleft Countries: Regional Political Divisions and Cultures in Post-Soviet Ukraine and Moldova (Ibidem Verlag), der Hauptautor des Historical Dictionary of Ukraine, zweite Auflage (Rowman & Littlefield), und Mitautor von The Paradox of American Unionism: Why Americans Like Unions More Than Canadians Do, But Join Much Less (Cornell University Press).

Meine Artikel wurden in begutachteten Fachzeitschriften wie Canadian Journal of Higher Education, Cogent Social Sciences, Communist and Post-Communist Studies, Econ Journal Watch, Europe-Asia Studies, European Politics and Society, International Journal of Public Administration, Journal of Comparative Policy Analysis, Journal of Labor Research, Journal of Labor and Society, Journal of Public Policy, Journal of Slavic Military Studies, Nationalities Papers, Post-Soviet Affairs, Perspectives on Terrorism, Problems of Post-Communism, Relations industrielles/Industrial Relations, Russian Politics und Ukraina moderna veröffentlicht.

Ich bin einer der wenigen Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die sich auf die Erforschung von Konflikten in der Ukraine spezialisiert haben und sowohl Ukrainisch als auch Russisch beherrschen. Außerdem spezialisiere ich mich auf die Erforschung von Politik und Politikgestaltung in den Vereinigten Staaten, insbesondere auf die Politik der NATO- und EU-Erweiterung um die Ukraine und andere europäische postkommunistische Länder, auf die Politik der Berichterstattung der US-amerikanischen und kanadischen Medien über die Ukraine, Russland und andere postkommunistische Länder, auf die öffentliche Meinung zu Ukraine und Russland in den Vereinigten Staaten sowie auf die Politik der Darstellung der Ukraine in amerikanischen, kanadischen und britischen Filmen und in der Wissenschaft. Nach meinem besten Wissen gibt es keine anderen etablierten Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die sich auf die Erforschung sowohl der Ukraine als auch der Vereinigten Staaten oder anderer großer westlicher Länder spezialisiert haben.

Ich war einer der wenigen Wissenschaftler, die in ihren wissenschaftlichen Studien und in ihren auf Forschung beruhenden populären Publikationen, Studien, Interviews und Social-Media-Beiträgen den Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus und reale Möglichkeiten eines Bürgerkriegs, eines Zerfalls der Ukraine und des Russland-Ukraine-Krieges vorhersagten.³ Entgegen den damals vorherrschenden Auffassungen sagte ich Anfang der 1990er Jahre voraus, dass Russland wahrscheinlich undemokratisch werden würde.⁴ Entgegen den vorherrschenden Narrativen sagte ich außerdem voraus, dass Wirtschaftssanktionen nicht wirksam sein würden, um die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022 zu verhindern und den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden.⁵ Dasselbe gilt für meine auf Forschung beruhenden Vorhersagen, dass die Ukraine Russland nicht besiegen und diesen Krieg nicht gewinnen könne.⁶ Solche evidenzbasierte wissenschaftliche Forschung ist weitaus schwieriger, zeitaufwendiger und anspruchsvoller, als politisch bequemen Narrativen zu folgen, die von den Regierungen und den Medien verbreitet werden.

Ich bin ein lebenslanger Unterstützer der liberalen Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens in der Ukraine. Ich nahm in den Jahren 1988–1991 an den Demonstrationen und Kundgebungen der ukrainischen Opposition in Kiew und in meiner Heimatstadt Luzk in der Westukraine teil, darunter an der ersten Kundgebung der ukrainischen Opposition in Kiew seit der Sowjetisierung der Ukraine rund 70 Jahre zuvor. Im Jahr 1990 drohte mir der Ausschluss von der Nationalen Wirtschaftsuniversität Kiew, und ich wurde daran gehindert, in der Sowjetunion eine Graduiertenausbildung aufzunehmen, weil ich meine Diplomarbeit auf der Grundlage von Theorien Max Webers und westlicher Ökonomen geschrieben hatte. Meine Abschlussarbeit, die im Gegensatz zur damals in der Ukraine üblichen Praxis in ukrainischer und nicht in russischer Sprache verfasst wurde, kam zu dem Schluss, dass das sowjetische System zwangsläufig zusammenbrechen würde.⁷ Ich war einer der Ersten, die öffentlich den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union forderten.⁸

Während mein Buch hinsichtlich seiner wichtigsten Befunde und Belege für sich selbst steht, ist eine solche Bilanz und ein solcher Hintergrund in der Erforschung der Konflikte in der Ukraine

ebenfalls wichtig. Dies unterscheidet mein Buch von nahezu allen anderen Büchern über den Russland-Ukraine-Krieg und die vorausgegangenen Konflikte in der Ukraine.

Ottawa, ON, Kanada

Ivan Katchanovski

Anmerkungen

1. Katchanovski, I, (2006). Cleft Countries: Regional Political Divisions and Cultures in Post Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem-Verlag. 2. Siehe Ivan Katchanovski, Google Scholar, https://scholar.google.com/citations?user=PtRnfFQAAAAJ&hl=en 3. Katchanovski (2006); Katchanovski, I. (2018). Krigen i Ostukraine er en borgekrig. In Ny kold krig, Marie Krarup (Ed.). Hovedland; Katchanovski, I. (2013, 3 December). Sizing up Ukraine's Euromaidan, Open-Democracy, https://www.opendemocracy.net/en/odr/sizing-up-ukraines-euromaidan/; Katchanovski, I. (2022, 22 January). The hidden origin of the escalating Ukraine-Russia conflict. Canadian Dimension. https://canadiandimension.com/articles/view/the-hidden-origin-of-the-escalating-ukraine-russia-conflict; Katchanovski, I. (2022, 18 February). Lies about Ukraine conflict are standing in the way of a peaceful resolution. Truthout. 4. Katchanovski, I. (1995). Budushcheye liberalnoi democratii v Rossii. Obschestvennye nauki i sovremennost, 2, 52–56. 5. Aziz, S. (2022, 24 February). Russia faces new sanctions amid Ukraine tensions. What will this achieve? Global News. https://globalnews.ca/news/8641871/russia-new-sanctions-ukraine-tensions/ 6. Siehe zum Beispiel Katchanovski, I. (2022, September 15–18). The Russia-Ukraine War and the Maidan in Ukraine, Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal.
https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/63477c201f323d8be3581c4e 7. Siehe Katchanovski (2018). 8. Katchanovski, I, (2007, 21 March). EU integration needed, not secession, KyivPost, https://archive.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/eu-integration-needed-not-secession-26335.html

Danksagung

Viele Wissenschaftler haben während mehr als zehn Jahren Forschung für dieses Buch wertvollen Rat, Hilfe und Anregungen gegeben. Es wäre unmöglich, sie alle zu nennen. Ich möchte zwei anonymen Gutachtern danken, die sehr wohlwollende Rezensionen zu dem Buch beisteuerten, sowie Anatol Lieven, Volodymyr Ishchenko, Jack Matlock und Richard Sakwa für ihre ausgezeichneten Empfehlungen für das Buch.

Die University of Ottawa gewährte einen Zuschuss zur Unterstützung der Open-Access-Veröffentlichung dieses Buches. Ich danke mehr als 325 Beitragenden für die laufende Crowdfunding-Kampagne auf GoFundMe und PayPal, die dieses Buch als Open Access ermöglicht.¹ Diese Beiträge und Zuschüsse hatten keinen Einfluss auf seinen Inhalt. Die Verantwortung für das Buch und seinen gesamten Inhalt liegt allein bei mir.

Anmerkung

1. Siehe Ivan Katchanovski (2025). Open Access Book: Russia-Ukraine War & Its Origin. GoFundMe, https://www.gofundme.com/f/openaccess-book-russiaukraine-war-its-origin

Interessenkonflikte

Der Autor hat keine Interessenkonflikte zu erklären, die für den Inhalt dieses Manuskripts relevant sind.

Verzeichnis der Abbildungen und Karten

- **Karte 3.1** – Das Maidan-Massaker am 20. Februar 2014
- **Abb. 3.1** – Musik-Konservatorium und Hauptpostamt auf dem Maidan (Unabhängigkeitsplatz) (Foto des Autors)
- **Abb. 3.2** – Hauptschauplatz des Maidan-Massakers vor dem Hotel Ukraina (Foto des Autors)
- **Abb. 6.1** – Schild „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden" am ausgebrannten Gewerkschaftsgebäude (Foto des Autors)
- **Abb. 6.2** – Rechtsextreme Symbole auf dem Maidan (Foto des Autors)
- **Abb. 7.1** – Regionale Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine, Umfragen des Rasumkow-Zentrums, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und „nicht sicher" sind ausgeschlossen. Ohne Krim seit April 2014 und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit Sommer 2014. Quelle: Berechnet nach Informatsiina (2008) und Umfragen des Rasumkow-Zentrums, http://www.uceps.org und https://razumkov.org.ua)
- **Abb. 7.2** – Regionale Abstimmung über einen NATO-Beitritt der Ukraine, wenn zum Zeitpunkt der Umfrage ein Referendum abgehalten worden wäre, Umfragen des Rasumkow-Zentrums, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und Nichtwähler sind ausgeschlossen. Ohne Krim seit April 2014 und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit Sommer 2014. Quelle: Berechnet nach Informatsiina (2008) und Umfragen des Rasumkow-Zentrums, http://www.uceps.org und https://razumkov.org.ua)
- **Abb. 7.3** – Regionale Abstimmung über einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan, wenn zum Zeitpunkt der Umfrage ein Referendum abgehalten worden wäre, KIIS-Umfragen, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und Nichtwähler sind ausgeschlossen. Ohne Krim und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit 2015. Quelle: Berechnet nach KIIS-Umfragen, http://kiis.com.ua)
- **Abb. 9.1** – Präsident Selenskyj bei einem Treffen mit dem US-Verteidigungsminister in Kiew (Foto: gemeinfrei)
- **Abb. 10.1** – Die zerstörte russische Militärausrüstung in Butscha. (Foto aus gemeinfreier Quelle, https://www.flickr.com/photos/president_of_ukraine/51987935513/)
- **Abb. 12.1** – Treffen des ukrainischen Präsidenten Selenskyj mit dem britischen Premierminister Boris Johnson am 9. April 2022. https://www.flickr.com/photos/president_of_ukraine/51995264914/

Verzeichnis der Tabellen

- **Tabelle 5.2** – Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen ethnischen Gruppen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %
- **Tabelle 5.3** – Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen Sprachen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %
- **Tabelle 7.1** – Regionale Abstimmung für Präsidentschaftskandidaten in den ersten Runden der Präsidentschaftswahlen 2004–2019, %
- **Tabelle 7.2** – Abstimmung für pro-nationalistische/pro-westliche und pro-russische/pro-kommunistische Parteien und Blöcke bei den Parlamentswahlen 2002–2019, %
- **Tabelle 7.3** – Unterstützung für den Separatismus in Regionen der Ukraine, KIIS-Umfrage April–Mai 2014, %
- **Tabelle 7.4** – Regionale Unterschiede in den Ansichten über die bevorzugten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland in der Ukraine 1996–2022 (KIIS-Umfragen), %
- **Tabelle 13.1** – Dominante Narrative der ukrainischen, westlichen und russischen Regierungen und Medien im Vergleich zur primärquellenbasierten akademischen Analyse des Russland-Ukraine-Krieges und seiner Ursprünge

RETHINKING POLITICAL VIOLENCE

The Russia-Ukraine War and its Origins

From the Maidan to the Ukraine War

Ivan Katchanovski



OPEN ACCESS

palgrave
macmillan

Der Russland-Ukraine-Krieg und seine Ursprünge

Vom Maidan zum Ukraine-Krieg

Iwan Katschanowskyj

School of Political Studies sowie Programm für Konfliktstudien und Menschenrechte, University of Ottawa, Ottawa, ON, Kanada

Reihe „Rethinking Political Violence“ · Herausgeber der Reihe: Roger Mac Ginty, School of Government and International Affairs, Durham University, Durham, Vereinigtes Königreich

Hinweis zur deutschen Ausgabe

Dies ist die deutsche Übersetzung des folgenden Werkes:

> ***The Russia-Ukraine War and its Origins***
>
> *From the Maidan to the Ukraine War*
>
> *Ivan Katchanovski*
>
> *Palgrave Macmillan (Rethinking Political Violence)*

Original: Ivan Katchanovski, *The Russia-Ukraine War and its Origins. From the Maidan to the Ukraine War*, Palgrave Macmillan 2026, Reihe „Rethinking Political Violence“, Open Access, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3

Die Übersetzung des gesamten Textes wurde **mit Hilfe von KI** erstellt und von **FrankKemper@web.de** durchgeführt. Sie ist vollständig und ungekürzt; alle Karten, Abbildungen und Tabellen der Originalausgabe wurden übernommen. Für die deutsche Übersetzung gilt dieselbe freie Lizenz wie für das Original (CC BY 4.0, siehe Copyright-Seite).

Über die Reihe

Die Reihe schafft einen neuen Raum, um einen Großteil des überkommenen Wissens über politische Gewalt zu hinterfragen. International und multidisziplinär angelegt, untersucht sie Ursachen, Formen und Folgen gegenwärtiger Gewalt und verbindet zentrale Debatten über Terrorismus, Aufstandsbekämpfung, Bürgerkrieg und Friedensstiftung. „Rethinking Political Violence“ bietet eine fundierte und erfrischende Analyse, die einige der grundlegenden Fragen neu bewertet, vor denen Gesellschaften im Konflikt heute stehen, und die Versuche verständlich macht, die Folgen politischer Gewalt zu mildern. Die Reihe ist in Scopus indexiert.

Copyright und Lizenz (Originalangaben)

Ivan Katchanovski School of Political Studies & Conflict Studies and Human Rights Program, University of Ottawa, Ottawa, ON, Canada

ISSN 2752-8588 ISSN 2752-8596 (elektronisch) Reihe „Rethinking Political Violence“

ISBN 978-3-031-98723-6 ISBN 978-3-031-98724-3 (eBook) https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3

Diese Arbeit wurde teilweise durch einen Publikationszuschuss der University of Ottawa unterstützt.

© Der/die Herausgeber (soweit zutreffend) und der/die Autor(en) 2026. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch ist unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) lizenziert. Diese gestattet die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verbreitung und Vervielfältigung in jedem Medium und Format, sofern Sie die ursprünglichen Urheber angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder sonstiges Drittmaterial in diesem Buch sind, sofern in einem Urheberrechtsvermerk nichts anderes angegeben ist, von der Creative-Commons-Lizenz des Buches umfasst. Wenn Material nicht unter der Creative-Commons-Lizenz des Buches steht und die beabsichtigte Nutzung nicht durch gesetzliche Vorschriften erlaubt ist oder die erlaubte Nutzung überschreitet, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Inhaber des Urheberrechts einholen.

Die Nennung allgemein beschreibender Namen, eingetragener Namen, Warenzeichen, Dienstleistungsmarken usw. in dieser Veröffentlichung bedeutet nicht, dass diese Namen von den einschlägigen Schutzgesetzen und -vorschriften ausgenommen und daher frei verwendbar sind. Verlag, Autoren und Herausgeber gehen davon aus, dass die Hinweise und Informationen in diesem Buch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung als wahr und zutreffend gelten. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber geben eine Gewährleistung – ausdrücklich oder stillschweigend – für das hierin enthaltene Material oder für Fehler oder Auslassungen ab. Der Verlag bleibt in Bezug auf geografische Zuordnungen in veröffentlichten Karten und institutionellen Zuschreibungen neutral.

Umschlagnachweis: American Photo Archive/Alamy Stock Photo.

Dieser Titel der Marke Palgrave Macmillan erscheint bei der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Switzerland AG. Anschrift der eingetragenen Gesellschaft: Gewerbestrasse 11, 6330 Cham, Schweiz. Bitte recyceln Sie dieses Produkt nach der Entsorgung.

Original text (English)

The Russia-Ukraine War and its Origins. From the Maidan to the Ukraine War by Ivan Katchanovski. Palgrave Macmillan (Rethinking Political Violence), 2026. Open access, licensed under CC BY 4.0.

Vorwort

Als ich im Jahr 2002 das Manuskript meines Buches über regionale politische Spaltungen und separatistische Konflikte in der Ukraine und in Moldawien bei Cambridge University Press einreichte, erhielt ich von dessen Verlagslektor die Antwort, dass sie es nicht veröffentlichen könnten, weil nur wenige Menschen an diesem Thema interessiert sein würden. Dieses Buch,

das auf meiner Doktorarbeit beruhte, wurde von einem anderen akademischen Verlag veröffentlicht, nachdem die Ukraine während der „Orangen Revolution" im Jahr 2004 einem gewaltsamen Zerfall nach moldauischem Muster und einem Bürgerkrieg nahe gekommen war.¹

Meine akademischen Publikationen, die sich in erster Linie mit Konflikten und Politik in der Ukraine befassen, wurden allein auf meinen akademischen Websites und den Verlagsseiten über 2.000.000 Mal gelesen oder heruntergeladen. Meine forschungsbasierten Twitter- und Facebook-Beiträge und meine YouTube-Videos erreichten über 125.000.000 Aufrufe. Ich bin einer der am häufigsten zitierten Politikwissenschaftler, die sich vor allem mit Politik und Konflikten in der Ukraine befassen.²

Meine auf Forschung beruhenden Publikationen, Interviews und Kommentare erschienen in mehr als 4.000 Medienberichten in mehr als 80 Ländern. Dazu gehören so bedeutende westliche Medien wie ABC News, BBC Ukrainian, Associated Press, Canadian Press, CBC News, CTV News, France 24, France Télévisions, Daily Beast, Euronews, Global TV, Globe and Mail, Guardian, Hill TV, La Presse, Le Figaro, La Razón, La Stampa, National Post, Reuters, Sky News Australia, Times Higher Education, Vice und Washington Post. Dazu gehören auch so bedeutende Medien aus anderen Ländern wie Al-Jazeera, China Newsweek, CNN Brazil, Mail & Guardian, Metro World News, Moscow Times, TRT World und WION TV. Meine auf Forschung beruhenden Publikationen, Interviews und Kommentare erschienen zudem in vielen ukrainischen Medien wie 112 Ukraine TV, 24 Channel, Apostrophe, Avers TV, First National Channel, ICTV, Holos Ukrainy, Kommentarii, Kyiv Post, NewsOne, Priamyi Kanal, RBC Ukraine, Strana, STB, Volyn TV und Ukrainska pravda.

Ich bin der Autor von The Maidan Massacre in Ukraine: The Mass Killing that Changed the World (Palgrave Macmillan) und von Cleft Countries: Regional Political Divisions and Cultures in Post-Soviet Ukraine and Moldova (Ibidem Verlag), der Hauptautor des Historical Dictionary of Ukraine, zweite Auflage (Rowman & Littlefield), und Mitautor von The Paradox of American Unionism: Why Americans Like Unions More Than Canadians Do, But Join Much Less (Cornell University Press).

Meine Artikel wurden in begutachteten Fachzeitschriften wie Canadian Journal of Higher Education, Cogent Social Sciences, Communist and Post-Communist Studies, Econ Journal Watch, Europe-Asia Studies, European Politics and Society, International Journal of Public Administration, Journal of Comparative Policy Analysis, Journal of Labor Research, Journal of Labor and Society, Journal of Public Policy, Journal of Slavic Military Studies, Nationalities Papers, Post-Soviet Affairs, Perspectives on Terrorism, Problems of Post-Communism, Relations industrielles/Industrial Relations, Russian Politics und Ukraina moderna veröffentlicht.

Ich bin einer der wenigen Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die sich auf die Erforschung von Konflikten in der Ukraine spezialisiert haben und sowohl Ukrainisch als auch Russisch beherrschen. Außerdem spezialisiere ich mich auf die Erforschung von Politik und Politikgestaltung in den Vereinigten Staaten, insbesondere auf die Politik der NATO- und EU-Erweiterung um die Ukraine und andere europäische postkommunistische Länder, auf die Politik

der Berichterstattung der US-amerikanischen und kanadischen Medien über die Ukraine, Russland und andere postkommunistische Länder, auf die öffentliche Meinung zu Ukraine und Russland in den Vereinigten Staaten sowie auf die Politik der Darstellung der Ukraine in amerikanischen, kanadischen und britischen Filmen und in der Wissenschaft. Nach meinem besten Wissen gibt es keine anderen etablierten Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die sich auf die Erforschung sowohl der Ukraine als auch der Vereinigten Staaten oder anderer großer westlicher Länder spezialisiert haben.

Ich war einer der wenigen Wissenschaftler, die in ihren wissenschaftlichen Studien und in ihren auf Forschung beruhenden populären Publikationen, Studien, Interviews und Social-Media-Beiträgen den Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus und reale Möglichkeiten eines Bürgerkriegs, eines Zerfalls der Ukraine und des Russland-Ukraine-Krieges vorhersagten.³ Entgegen den damals vorherrschenden Auffassungen sagte ich Anfang der 1990er Jahre voraus, dass Russland wahrscheinlich undemokratisch werden würde.⁴ Entgegen den vorherrschenden Narrativen sagte ich außerdem voraus, dass Wirtschaftssanktionen nicht wirksam sein würden, um die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022 zu verhindern und den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden.⁵ Dasselbe gilt für meine auf Forschung beruhenden Vorhersagen, dass die Ukraine Russland nicht besiegen und diesen Krieg nicht gewinnen könne.⁶ Solche evidenzbasierte wissenschaftliche Forschung ist weitaus schwieriger, zeitaufwendiger und anspruchsvoller, als politisch bequemen Narrativen zu folgen, die von den Regierungen und den Medien verbreitet werden.

Ich bin ein lebenslanger Unterstützer der liberalen Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens in der Ukraine. Ich nahm in den Jahren 1988–1991 an den Demonstrationen und Kundgebungen der ukrainischen Opposition in Kiew und in meiner Heimatstadt Luzk in der Westukraine teil, darunter an der ersten Kundgebung der ukrainischen Opposition in Kiew seit der Sowjetisierung der Ukraine rund 70 Jahre zuvor. Im Jahr 1990 drohte mir der Ausschluss von der Nationalen Wirtschaftsuniversität Kiew, und ich wurde daran gehindert, in der Sowjetunion eine Graduiertenausbildung aufzunehmen, weil ich meine Diplomarbeit auf der Grundlage von Theorien Max Webers und westlicher Ökonomen geschrieben hatte. Meine Abschlussarbeit, die im Gegensatz zur damals in der Ukraine üblichen Praxis in ukrainischer und nicht in russischer Sprache verfasst wurde, kam zu dem Schluss, dass das sowjetische System zwangsläufig zusammenbrechen würde.⁷ Ich war einer der Ersten, die öffentlich den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union forderten.⁸

Während mein Buch hinsichtlich seiner wichtigsten Befunde und Belege für sich selbst steht, ist eine solche Bilanz und ein solcher Hintergrund in der Erforschung der Konflikte in der Ukraine ebenfalls wichtig. Dies unterscheidet mein Buch von nahezu allen anderen Büchern über den Russland-Ukraine-Krieg und die vorausgegangenen Konflikte in der Ukraine.

Ottawa, ON, Kanada

Ivan Katchanovski

Anmerkungen

1. Katchanovski, I, (2006). Cleft Countries: Regional Political Divisions and Cultures in Post Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem-Verlag. 2. Siehe Ivan Katchanovski, Google Scholar, https://scholar.google.com/citations?user=PtRnfFQAAAAJ&hl=en 3. Katchanovski (2006); Katchanovski, I. (2018). Krigen i Ostukraine er en borgekrig. In Ny kold krig, Marie Krarup (Ed.). Hovedland; Katchanovski, I. (2013, 3 December). Sizing up Ukraine's Euromaidan, Open-Democracy, https://www.opendemocracy.net/en/odr/sizing-up-ukraines-euromaidan/; Katchanovski, I. (2022, 22 January). The hidden origin of the escalating Ukraine-Russia conflict. Canadian Dimension. https://canadiandimension.com/articles/view/the-hidden-origin-of-the-escalating-ukraine-russia-conflict; Katchanovski, I. (2022, 18 February). Lies about Ukraine conflict are standing in the way of a peaceful resolution. Truthout. 4. Katchanovski, I. (1995). Budushcheye liberalnoi democratii v Rossii. Obschestvennye nauki i sovremennost, 2, 52–56. 5. Aziz, S. (2022, 24 February). Russia faces new sanctions amid Ukraine tensions. What will this achieve? Global News. https://globalnews.ca/news/8641871/russia-new-sanctions-ukraine-tensions/ 6. Siehe zum Beispiel Katchanovski, I. (2022, September 15–18). The Russia-Ukraine War and the Maidan in Ukraine, Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal.
https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/63477c201f323d8be3581c4e 7. Siehe Katchanovski (2018). 8. Katchanovski, I, (2007, 21 March). EU integration needed, not secession, KyivPost, https://archive.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/eu-integration-needed-not-secession-26335.html

Danksagung

Viele Wissenschaftler haben während mehr als zehn Jahren Forschung für dieses Buch wertvollen Rat, Hilfe und Anregungen gegeben. Es wäre unmöglich, sie alle zu nennen. Ich möchte zwei anonymen Gutachtern danken, die sehr wohlwollende Rezensionen zu dem Buch beisteuerten, sowie Anatol Lieven, Volodymyr Ishchenko, Jack Matlock und Richard Sakwa für ihre ausgezeichneten Empfehlungen für das Buch.

Die University of Ottawa gewährte einen Zuschuss zur Unterstützung der Open-Access-Veröffentlichung dieses Buches. Ich danke mehr als 325 Beitragenden für die laufende Crowdfunding-Kampagne auf GoFundMe und PayPal, die dieses Buch als Open Access ermöglicht.¹ Diese Beiträge und Zuschüsse hatten keinen Einfluss auf seinen Inhalt. Die Verantwortung für das Buch und seinen gesamten Inhalt liegt allein bei mir.

Anmerkung

1. Siehe Ivan Katchanovski (2025). Open Access Book: Russia-Ukraine War & Its Origin. GoFundMe, https://www.gofundme.com/f/openaccess-book-russiaukraine-war-its-origin

Interessenkonflikte

Der Autor hat keine Interessenkonflikte zu erklären, die für den Inhalt dieses Manuskripts relevant sind.

Kapitel 1: Einleitung: Vom Maidan zum Russland-Ukraine-Krieg

Es wird oft gesagt, dass die Wahrheit der erste Gefallene des Krieges ist. Der Russland-Ukraine-Krieg und die vorausgegangenen Konflikte in der Ukraine, wie der Euromaidan, das Maidan-Massaker, das Massaker von Odessa, die russische Annexion der Krim und der Krieg im Donbas, brachten voneinander abweichende Narrative der Regierungen und der Medien in der Ukraine, Russland und dem Westen hervor. Politiker und die Medien sind jedoch oft unzuverlässige Quellen. Sie verbreiten während solcher bewaffneten Konflikte häufig Propaganda und Desinformation. Die Aufgabe wissenschaftlicher Studien besteht nicht darin, sich auf solche von den Regierungen erzeugte und von den Medien häufig wiederholte Propaganda und Desinformation zu stützen, sondern auf zuverlässige Belege, um Kriege und andere Konflikte auf unparteiische Weise zu untersuchen.

Dies gilt für dieses Buch, das den Russland-Ukraine-Krieg und seine Ursprünge untersucht. Es analysiert die Beteiligung verschiedener Konfliktparteien wie der ukrainischen, der russischen und der westlichen Regierungen, der Donbas-Separatisten und der extremen Rechten an diesem entscheidenden Krieg sowie am Euromaidan, am Maidan-Massaker, an der russischen Annexion der Krim, am Krieg im Donbas und die Natur dieser Konflikte. Dieses Buch untersucht außerdem die Unterstützung für pro-nationalistische/pro-westliche und pro-russische politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten sowie die Haltungen zu Separatismus und zum Beitritt zur Europäischen Union, zur NATO und zur Union mit Russland in den Regionen der Ukraine bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und in Umfragen seit dem Euromaidan.

Dieses Open-Access-Buch ist eines der ersten Bücher, die den Russland-Ukraine-Krieg und seine Ursprünge in den vorausgegangenen Konflikten in der Ukraine, namentlich dem Euromaidan, dem Maidan-Massaker, der russischen Annexion der Krim, dem Massaker von Odessa sowie dem Bürgerkrieg und den russischen Militärinterventionen im Donbas, umfassend untersuchen. Es zeichnet nach, wie diese Konflikte, die mit dem Euromaidan begannen, zusammen mit dem NATO-Beitritt, der extremen Rechten und dem russischen Imperialismus zum Russland-Ukraine-Krieg beigetragen haben.

© Der/die Autor(en) 2026 I. Katchanovski, The Russia-Ukraine War and its Origins, Rethinking Political Violence, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3_1

Der Russland-Ukraine-Krieg ist der wichtigste Krieg des 21. Jahrhunderts in der gesamten Welt und erreicht mindestens den Koreakrieg und den Vietnamkrieg als bedeutendste bewaffnete Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Russland-Ukraine-Krieg ist zudem der bedeutendste bewaffnete Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg (Correlates of War Project; Uppsala Conflict Data Program, 2024). Russland und die Ukraine, die beiden größten Länder Europas, sind direkt an diesem Krieg beteiligt, während die Vereinigten Staaten, andere NATO-Länder und EU-Mitglieder auf verschiedene Weise indirekt an dem Krieg beteiligt sind. Der Krieg ist der bedeutendste Konflikt, an dem die wichtigsten Nuklearmächte der Welt beteiligt sind, namentlich Russland, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich, sowie das nuklear bewaffnete Nordkorea. Die Möglichkeit, dass dieser Krieg zu einem Nuklearkrieg eskaliert, ist die höchste mindestens seit der Kubakrise von 1962. Darüber hinaus hat der Krieg

erhebliche politische, wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen auf die Ukraine und Russland und viele andere Länder der Welt, insbesondere die EU-Mitglieder. Das Ergebnis des Russland-Ukraine-Kriegs wird die Weltordnung beeinflussen (Hill & Stent, 2022).

Die meisten früheren Studien zum Russland-Ukraine-Krieg, zum Euromaidan und zum Krieg im Donbas stützten sich weitgehend auf Sekundärquellen, vor allem auf die ukrainischen und westlichen Medien und Regierungen. Zu solchen Sekundärquellen gehören interpretierende Erklärungen von Regierungsbeamten und Politikern, interpretierende Medienberichte, Artikel, Bücher, andere Publikationen und Blogs von Personen, die bei bestimmten Ereignissen nicht anwesend oder nicht beteiligt waren. Sie wurden oft unkritisch für bare Münze genommen, ohne ihre Gültigkeit und Zuverlässigkeit zu bestimmen und ohne sie zu bestätigen.

Beispielsweise konzentriert sich ein Buch eines führenden Historikers der Ukraine auf die Geschichte der Ukraine und Russlands seit 1991, einschließlich des Anfangsteils des Krieges (Plokhy, 2023). Seine Untersuchung des Krieges stützt sich jedoch auf Sekundärquellen, vor allem auf die ukrainischen und westlichen Medien, und der Autor erklärt, dass er offen parteiisch sei. Ein weiteres Buch zum selben Thema stammt von einem Fellow des Atlantic Council, eines mit der NATO verbundenen parteiischen Think Tanks, der zudem PR-Dienste für Serhii Liovochkin leistete, der zu Beginn des Euromaidan die Präsidialverwaltung von Viktor Janukowytsch leitete. Es stützt sich ebenfalls unkritisch auf solche Sekundärquellen und entbehrt für viele seiner Behauptungen oft jeglicher Quellen (Karatnycky, 2024; Katchanovski, 2025a).

Die westliche Medienberichterstattung über Konflikte in anderen Ländern, einschließlich der Ukraine, folgt häufig den Narrativen der eigenen Regierungen und der politischen Elite oder richtet sich an ihnen aus (Bennett, 1990; Boyd-Barrett, 2016; Katchanovski & Morley, 2012). Die mediale Darstellung der Ukraine, Russlands und anderer Länder ist zudem häufig aus politischen Gründen voreingenommen oder sachlich falsch. So erhielten postkommunistische Länder mit pro-amerikanischen/pro-westlichen Regierungen im Allgemeinen eine relativ viel günstigere Berichterstattung als Länder, die Gegner der Vereinigten Staaten oder des Westens sind oder neutral sind. Die Ukraine und Georgien erhielten von den US-Fernsehsendern nach der „Orangen Revolution" bzw. der „Rosenrevolution" eine relativ positivere Berichterstattung als davor (Katchanovski & Morley, 2012).

Die US-Medien folgten, mit einigen Ausnahmen, dem von der US-Regierung und dem US-Kongress verbreiteten Narrativ, dass Russland 2008 den Krieg mit Georgien um die abtrünnige Region Südossetien begonnen habe, entgegen den Primärbelegen und einem Bericht einer von der EU eingesetzten Kommission zu diesem Krieg (Bahador & Katchanovski, 2010; European Union, 2009). Umgekehrt folgten die russischen Medien im Allgemeinen dem falschen Narrativ der russischen Regierung, dass Russland den Völkermord an den Südosseten durch Georgien gestoppt habe. Mit begrenzten Ausnahmen verbreiteten die Medien und Regierungen in den Vereinigten Staaten, anderen westlichen Ländern und der Ukraine nach dem Maidan weiterhin die Fake News oder die Desinformation über den Beginn dieses Krieges, selbst nachdem der von der EU eingesetzte Kommissionsbericht 2009 und georgische Führungspersönlichkeiten 2024

eingeräumt hatten, dass Saakaschwili 2008 den Krieg in Südossetien begonnen hatte (siehe Georgia Today, 2024).

Ebenso berichteten die US-Medien mit einigen Ausnahmen fälschlich über Russiagate bzw. die nicht existierende Absprache Donald Trumps mit der russischen Regierung und über die Existenz nicht existierender Massenvernichtungswaffen im Irak (siehe Bennett & Livingston, 2007; Sakwa, 2022).

Wie die russischen Medien ist auch die ukrainische Medienlandschaft weitgehend nicht unabhängig. Sie wird größtenteils direkt oder indirekt entweder von der Regierung oder von Oligarchen kontrolliert und folgt im Allgemeinen den Narrativen der ukrainischen Regierung oder der politischen Elite. Nahezu 90 Prozent der ukrainischen Medien wurden seit der russischen Invasion von der USAID, der Europäischen Union und anderen westlichen Behörden, Organisationen und Stiftungen finanziert (Oksana, 2025).

Die Darstellung der Ukraine und der Konflikte in der Ukraine war ebenfalls häufig aus politischen Gründen voreingenommen. Viele westliche und ukrainische Politiker, Journalisten und Forscher brachten während des Euromaidan offen ihre parteiische Unterstützung für die pro-westliche Maidan-Opposition in der Ukraine zum Ausdruck und während der russischen Annexion der Krim, des Bürgerkriegs im Donbas und des Russland-Ukraine-Kriegs für pro-westliche ukrainische Regierungen. Eine solche parteiische Unterstützung politischer Kräfte und Regierungen sowie ihrer Politik und ihres Handelns wurde als Unterstützung der Ukraine dargestellt, während jegliche gegenteiligen Belege oder Abweichungen von einer solchen parteiischen Haltung ignoriert, verworfen, zensiert und fälschlich als pro-russisch gebrandmarkt wurden.

Eine solche parteiische Herangehensweise war politisch bequem, setzte politische Kräfte und Regierungen mit der Ukraine und den Ukrainern gleich und beinhaltete wissentliche oder unwissentliche Unterstützung des gewaltsamen Sturzes der ukrainischen Regierung während des Euromaidan, des Bürgerkriegs im Donbas und des Krieges in der Ukraine bis zum letzten Ukrainer sowie Opposition gegen die Verhinderung und die friedliche Lösung dieser Konflikte. Wie dieses Buch zeigt, hatten diese Handlungen und Politiken tatsächlich extrem negative Folgen für die Ukraine und die Ukrainer und führten letztlich zu verheerenden Konsequenzen für die Ukraine und die meisten Ukrainer, weil diese Konflikte zu separatistischen Konflikten auf der Krim und im Donbas sowie zu Militärinterventionen Russlands auf der Krim und im Donbas und zur russischen Invasion der Ukraine eskalierten. Zu solchen verheerenden Konsequenzen gehörten der Verlust einer sehr großen Zahl von Menschenleben unter den Ukrainern während des Euromaidan, des Bürgerkriegs im Donbas und des Russland-Ukraine-Kriegs, die de-facto-Auflösung der Ukraine und die Annexion großer Teile der Ost- und Südukraine durch Russland, das dauerhafte Verlassen der Ukraine durch Millionen von Menschen sowie wirtschaftlicher Niedergang und Zerstörung in der Ukraine. Die Möglichkeit solcher verheerenden Konsequenzen für die Ukraine und die Ukrainer wurde von solchen selbsternannten Unterstützern der Ukraine verworfen oder ignoriert, obwohl solche Konsequenzen und Ergebnisse vom Autor und einer kleinen Zahl anderer Wissenschaftler und Experten vorhergesagt worden waren.

Eine solche parteiische Herangehensweise und die unkritische Übernahme von Narrativen, die von Regierungsbeamten und Politikern verbreitet wurden, verletzten zudem die professionellen Grundsätze des Journalismus und der wissenschaftlichen Forschung. Das Äquivalent wäre, wenn Richter Urteile auf der Grundlage von Medienberichten über bestimmte Straftaten und auf der Grundlage von Behauptungen entweder der Anklage oder der Verteidigung fällten, ohne alle Beweise und deren Zuverlässigkeit und Gültigkeit zu prüfen und zu bewerten. Ein weiteres Äquivalent wäre, wenn Ärzte Diagnosen außerhalb ihres Fachgebiets auf der Grundlage ihrer politischen Vorlieben und auf der Grundlage von Berichten von Patienten und Medienberichten stellten, ohne irgendeine körperliche Untersuchung oder Tests durchzuführen.

Diese Beispiele und Studien zeigen, dass die westlichen, russischen und ukrainischen Regierungen und die Medien bei Kriegen und anderen Konflikten oft unzuverlässige Quellen sind und dass sie oft politisch bequeme Fake News oder Desinformation verbreiten.

Wikipedia gibt solche parteiischen Quellen und Narrative zu den Konflikten in der Ukraine im Wesentlichen wieder und ist zu dieser Frage ebenfalls generell eine unzuverlässige Quelle. Wikipedia-Autoren bearbeiten anonym und verfügen typischerweise nicht über die angemessene Expertise und Kenntnis der Artikel, die sie bearbeiten. Sie setzen oft politische Standpunkte durch, indem sie Quellen selektiv verwenden und weglassen. Wikipedia-Artikel können entweder von jedem bearbeitet werden, oder sie können gesperrt und nur von einer kleinen Zahl der produktivsten Autoren bearbeitet werden.

Das entspricht dem Modell „Garbage in, garbage out". Unzuverlässige, parteiische und voreingenommene Quellen zu den Konflikten in der Ukraine erzeugen unzuverlässige, parteiische und voreingenommene Ergebnisse. Wissenschaftliche Forschung muss auf zuverlässigen Quellen beruhen, unparteiisch sein und Voreingenommenheit vermeiden (siehe Weber, 2017). Dies gilt insbesondere für den Russland-Ukraine-Krieg und die vorausgegangenen Konflikte in der Ukraine, die stark politisch aufgeladene Themen sind.

Seymour Martin Lipset jedoch, der Lehrstühle an der Stanford University und der Harvard University innehatte und einer der am häufigsten zitierten Politikwissenschaftler und politischen Soziologen der Geschichte war, erklärte in einem persönlichen Gespräch, dass der größte Teil der Forschung in den Sozialwissenschaften „Betrug" sei, weil Forschungsergebnisse an persönliche oder politische Ansichten der Forscher angepasst würden. Er sagte, dass Forschungsergebnisse, wenn sie zu den persönlichen Ansichten des Forschers passten, in den Müll geworfen werden müssten. Die Forschung zum Russland-Ukraine-Krieg und zu anderen hochgradig politisierten Konflikten in der Ukraine ist dafür noch anfälliger, wenn die Politik die Belege überwiegt und Forschungsergebnisse an persönliche und politische Ansichten und Voreingenommenheiten angepasst werden.

Es gibt nur wenige Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die sich primär auf die Erforschung von Konflikten in der Ukraine spezialisiert haben und sowohl Ukrainisch als auch Russisch fließend sprechen. Beispielsweise gibt es nur einen etablierten männlichen ukrainischen Politikwissenschaftler, der in der Ukraine geboren wurde, sowohl Ukrainisch als auch Russisch beherrscht und sich primär auf die Politik und die Konflikte in der Ukraine

spezialisiert hat, auf Dauerstellen an westlichen Universitäten (siehe Katchanovski, 2025b). Als Muttersprachler des Ukrainischen und fließender Sprecher des Russischen ist der Autor einer der wenigen Politikwissenschaftler in der westlichen Wissenschaft, die wissenschaftliche Forschung zu Konflikten in der Ukraine überwiegend auf der Grundlage von Primärquellen in beiden Sprachen betreiben.

Im Gegensatz zu bereits veröffentlichten und den meisten anderen Büchern, die zum Russland-Ukraine-Krieg wahrscheinlich noch erscheinen werden, bietet dieses Buch eine umfassende Analyse des Ukraine-Russland-Kriegs und seiner Ursprünge auf der Grundlage der Analyse von Zehntausenden von Primärquellen in ukrainischer und russischer Sprache und auf der Grundlage politikwissenschaftlicher Theorien und Konzepte. Zu solchen Primär- oder Originalquellen gehören Videos, Fotos, Audioaufnahmen, Interviews, Zeugenaussagen, Umfragen, Prozessübertragungen sowie die Texte der Urteile und anderer Gerichtsentscheidungen, die Originaldaten oder Beweise enthalten. Die Authentizität, Gültigkeit und Zuverlässigkeit dieser Quellen werden anhand wissenschaftlicher Methodik und der Verwendung mehrerer unabhängiger Quellen überprüft und bestätigt. Während die meisten der analysierten Primär- und Sekundärquellen aus Platzgründen im Buch nicht zitiert werden können, zitiert es die wichtigsten und relevantesten Quellen und deren Beispiele.

Dieses Buch verwendet zudem eine große Zahl von Sekundärquellen wie frühere Studien sowie Regierungs-, NGO-, international-organisatorische und Medienberichte. Es stützt sich jedoch nicht auf die Interpretation, die diese Quellen zu bestimmten Fragen der Konflikte in der Ukraine liefern.

Die meisten Kapitel untersuchen die Hauptaspekte des Russland-Ukraine-Kriegs. Die übrigen Kapitel untersuchen die Eskalationsleiter des Konflikts, die in diesem Krieg gipfelte. Das Buch zeichnet eine gewaltsame Eskalationsspirale des Konflikts nach, die mit dem Euromaidan und dem Maidan-Massaker begann, sich zur russischen Annexion der Krim sowie zum Bürgerkrieg und zu russischen Militärinterventionen im Donbas ausweitete und in der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 und dem Russland-Ukraine-Krieg gipfelte, der zugleich zum Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland wurde.

Das vorliegende Kapitel bietet eine Einleitung. Das zweite Kapitel des Buches untersucht den Euromaidan 2013–2014. Das nächste Kapitel untersucht, welche Konfliktpartei an dem entscheidenden Maidan-Massaker an den Protestierenden und der Polizei in der Ukraine während des Euromaidan im Februar 2014 beteiligt war. Die russische Annexion der Krim 2014 ist Gegenstand des folgenden Kapitels. Kapitel 5 analysiert den Bürgerkrieg und die russischen Militärinterventionen im Donbas 2014–2022. Das sechste Kapitel analysiert die Beteiligung der extremen Rechten am Euromaidan, am Maidan- und am Massaker von Odessa und am Donbas-Krieg. Das nächste Kapitel bietet eine Untersuchung der regionalen politischen Spaltungen in der Ukraine hinsichtlich der Unterstützung für pro-westliche/pro-nationalistische und pro-russische/pro-kommunistische politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie der Haltungen zu Separatismus, zum Beitritt zur EU, zur NATO und zur von Russland geführten Zollunion in den Regionen der Ukraine.

Kapitel 8 analysiert die Ursachen und die Ursprünge des Russland-Ukraine-Kriegs. Das nächste Kapitel untersucht den Russland-Ukraine-Krieg und seine Natur. Kapitel 10 analysiert, ob es während des Russland-Ukraine-Kriegs Völkermorde oder Kriegsverbrechen gegeben hat. Das folgende Kapitel untersucht das wahrscheinliche Ergebnis des Russland-Ukraine-Kriegs und ob dieser Krieg hätte verhindert oder friedlich gelöst werden können. Die Beteiligung der extremen Rechten am Russland-Ukraine-Krieg ist Gegenstand von Kapitel 12. Das abschließende Kapitel 13 fasst die wichtigsten Ergebnisse des Buches zusammen und erörtert deren Implikationen und Perspektiven für die Konfliktlösung in der Ukraine. Das Buch enthält zudem Online-Videoanhänge, die auf dem YouTube-Kanal des Autors verfügbar sind.

Die Zielgruppe dieses Open-Access-Buchs umfasst Wissenschaftler, Studierende im Grund- und Hauptstudium, Fachleute, Journalisten und die an dem Russland-Ukraine-Krieg und seinen Ursprüngen interessierte allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere an den Konflikten um den Maidan, die Krim und den Donbas, an der extremen Rechten, an Wahlen und an der öffentlichen Meinung in der Ukraine. Der Russland-Ukraine-Krieg und die vorausgegangenen Konflikte in der Ukraine wurden zu einem der wichtigsten Themen von Interesse in den Vereinigten Staaten, Kanada, dem Vereinigten Königreich und anderen westlichen Ländern sowie in vielen anderen Ländern der Welt.

Teile der Artikel aus der Zeitschrift European Politics and Society und der Zeitschrift Econ Journal Watch sowie Teile des Kapitels „Crimea: People and Territory before and after Annexation" aus dem Open-Access-Buch Ukraine and Russia: People, Politics, Propaganda and Perspectives werden mit Genehmigung erneut veröffentlicht. Die erneut veröffentlichten Teile dieser Publikationen, des Open-Access-Buchs The Maidan Massacre in Ukraine: The Mass Killing that Changed the World und von Open-Access-Artikeln in den Zeitschriften Cogent Social Sciences, Journal of Labor and Society, Perspectives on Terrorism und Russian Politics wurden in diesem Buch aktualisiert, überarbeitet und erweitert (Katchanovski & Abrahms, 2024; Katchanovski, 2015, 2016, 2020, 2023a, 2023b, 2024, 2025a).

Literaturverzeichnis

Bahador, B., & Katchanovski, I. (2010, February 24). Politics of the Russian-Georgian war coverage by US television. Comparative Economics Seminar, The Davis Center for Russian and Eurasian Studies, Harvard University, Cambridge, MA. https://www.researchgate.net/publication/326904744_Politics_of_the_Russian-Georgian_War_Coverage_by_US_Television

Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. Journal of Communication, 40(2), 103–125. https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1990.tb02265.x

Bennett, W. L., Lawrence, R. G., & Livingston, S. (2007). When the press fails: Political power and the news media from Iraq to Katrina. University of Chicago Press.

Boyd-Barrett, O. (2016). Western Mainstream Media and the Ukraine Crisis: A Study in Conflict Propaganda. Routledge.

Correlates of War Project. (2022). Correlates of War. https://correlatesofwar.org

European Union. (2009). Independent international fact-finding mission on the conflict in Georgia: Report (Vols. 1–3). http://www.ceiig.ch/Report.html

Georgia Today. (2024, September 27). Kobakhidze: Saakashvili's regime started the war in 2008; Yes, we saved Georgia. https://georgiatoday.ge/kobakhidze-saakashvilis-regime-started-the-war-in-2008-yes-we-saved-georgia

Hill, F., & Stent, A. (2022). The world Putin wants. Foreign Affairs, 101(5). https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/world-putin-wants-fiona-hill-angela-stent

Karatnycky, A. (2024). Battleground Ukraine: From independence to the war with Russia. Yale University Press.

Katchanovski, I., & Abrahms, M. (2024). Far-right political violence in Ukraine: Assessment of the Donbas war and the Odesa massacre. Perspectives on Terrorism, 18(3), 90–113.

Katchanovski, I. & A. Morley. (2012). Politics of US television coverage of post-communist countries. Problems of Post-Communism, 59(1), 15–30. https://doi.org/10.2753/PPC1075-8216590102

Katchanovski, I. (2015). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2016). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489. https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1154131

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29. https://doi.org/10.1111/wusa.12457

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205. https://doi.org/10.30965/24518921-00802005

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2), https://doi.org/10.1080/23311886.2023.2269685

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025a). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1), https://econjwatch.org/File+download/1340/KatchanovskiMar2025.pdf?mimetype=pdf

Katchanovski, I. (2025b). Academic job placement in post-communist studies: Politics and meritocracy. In P. Blunt, C. Escobar & V. Missos (Eds.), The political economy of dissent: A research companion. Routledge.

Plokhy, S. (2023). The Russo-Ukrainian war: The return of history. Norton.

Oksana Romaniuk: 90% of Ukrainian media survived thanks to grants. (2025, January 28). Institute of mass information. https://imi.org.ua/en/news/oksana-romaniuk-90-of-ukrainian-media-survived-thanks-to-grants-i66314

Sakwa, R. (2022). Deception: Russiagate and the new Cold War. Rowman & Littlefield.

Uppsala Conflict Data Program. (2024). UCDP. https://ucdp.uu.se/

Weber, M. (2017). Methodology of social sciences. Routledge.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Kapitel 2: Euromaidan

2.1 Widersprüchliche Narrative von Euromaidan

Dieses Kapitel untersucht die Rolle der Janukowytsch-Regierung, der Maidan-Opposition, Russlands und des Westens bei Euromaidan (Maidan) in der Ukraine im November 2013–Februar 2014. Die Analyse konzentriert sich auf die Massenproteste und die wichtigsten Gewaltfälle vor dem Maidan-Massaker, das im nächsten Kapitel analysiert wird. Diese Studie verwendet politikwissenschaftliche Theorien der Massenproteste, der Putsche, der Revolution und des Regimewechsels sowie die empirische Analyse, um die Natur Euromaidans und den politischen Übergang in der Ukraine während des Maidans zu untersuchen.

Das Kapitel beruht auf der Analyse zahlreicher Quellen wie Online-Livestreams und Fernsehübertragungen während des gesamten Euromaidan, Videos, Interviews, Gerichtsentscheidungen und Medienberichten auf Ukrainisch, Russisch und Englisch. Die Analyse umfasst Tausende von Videos, Interviews und Aussagen wichtiger politischer Akteure, die am Maidan beteiligt waren; Zeugenaussagen und Berichte von Hunderten von Teilnehmern, Journalisten und Zeugen in den Medien sowie die sozialen Medien. Aus Platzgründen kann die absolute Mehrheit dieser Primär- und Sekundärquellen in diesem Kapitel nicht zitiert werden.

Die Regierungen und die Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen stellten Euromaidan, von einigen Ausnahmen abgesehen, ebenso wie viele Wissenschaftler als eine

populäre, friedliche, von der Basis getragene und demokratische Massenprotestbewegung und als eine Revolution zugunsten der EU-Integration und gegen die undemokratische, korrupte, pro-russische Regierung von Präsident Wiktor Janukowytsch dar. Sie schrieben die wichtigsten Gewaltfälle während Euromaidan der Janukowytsch-Regierung, den Regierungstruppen, den von der Regierung angeheuerten „Titushki" oder Agent Provocateurs zu, die für Janukowytsch oder die russische Regierung arbeiteten. Insbesondere schrieben sie die gewaltsame Zerstreuung der Euromaidan-Demonstranten am 30. November 2013 fast ausnahmslos einem Befehl Janukowytschs zu und stellten sie als einseitige Gewalt der Berkut-Sonderpolizeieinheit gegen friedliche studentische Demonstranten dar. Ebenso wurden die Tötungen von drei Maidan-Demonstranten im Januar 2014 fast ausnahmslos den Befehlen Janukowytschs, seiner Innen- und Sicherheitsminister, der Regierungsscharfschützen und/oder der Berkut-Sonderpolizeieinheit zugeschrieben.

Dasselbe gilt für die Misshandlung der Maidan-Aktivistin Tetjana Tschornowol und für das Verschwinden eines der Führer des Automaidan, Dmytro Bulatow, der als entführt und gekreuzigt dargestellt wurde.

Andere bedeutende Gewaltfälle wie die Angriffe auf die Präsidialverwaltung am 1. Dezember 2013, auf das Parlament Ende Januar 2014 sowie auf das Parlament und die Hauptquartiere der Partei der Regionen am 18. Februar 2014 wurden Agent Provocateurs oder rechtsextremen Organisationen angelastet, die als Agent Provocateurs für die Janukowytsch-Regierung oder die russische Regierung handelten.

Die Regierungen und die Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen schrieben die Absetzung von Präsident Janukowytsch, von einigen Ausnahmen abgesehen, ebenso wie viele Wissenschaftler den Massenprotesten während Euromaidan oder des Maidans zu. Sie erklärten, Janukowytsch sei wegen dieser Proteste und wegen seiner Verantwortung für die Gewalt gegen die Demonstranten, einschließlich des Maidan-Massakers, aus der Ukraine geflohen. Sie bezeichneten seine Absetzung durch eine Abstimmung des Parlaments als demokratisch und legal und bezeichneten die Massenproteste des Euromaidan und den politischen Übergang als „Revolution der Würde". Oleh Tiahnybok, der Führer der rechtsextremen Partei Swoboda, erklärte jedoch, der Begriff „Revolution der Würde" sei von einem Abgeordneten seiner Partei erfunden worden (siehe Tiagnybok, 2015).

Die englischsprachige, russischsprachige und ukrainischsprachige Wikipedia übernahm weitgehend das Euromaidan-Narrativ, das von den Regierungen und den Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen präsentiert wurde, und ließ viele wissenschaftliche Studien aus, deren Ergebnisse und Einordnung Euromaidans von solchen Narrativen abwichen (siehe beispielsweise Euromaidan (2025) und Revolution of Dignity (2025)).

Im Gegensatz dazu bezeichneten russische und separatistische Politiker sowie die Medien auf der Krim und im Donbas, der ehemalige Präsident Janukowytsch und Mitglieder seiner Regierung nach Euromaidan Euromaidan häufig als „faschistischen Putsch" und die Maidan-Regierung als „faschistische Junta". Sie erklärten, die Absetzung Janukowytschs sei ein Staatsstreich unter Beteiligung der US-Regierung gewesen.

In ähnlicher Weise und teilweise gestützt auf die Narrative der Regierungen und der Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen stellten einige frühere Studien Euromaidan als eine populäre, friedliche, von der Basis getragene und demokratische Massenprotestbewegung und als eine Revolution, insbesondere die „Revolution der Würde", zugunsten der EU-Integration und gegen die undemokratische, korrupte, pro-russische Regierung von Präsident Wiktor Janukowytsch dar, die gegen die Demonstranten Gewalt einsetzte (siehe beispielsweise Marples & Mills, 2015; Onuch & Sasse, 2016; Wilson, 2014).

Andere Wissenschaftler hoben die entscheidende Rolle der extremen Rechten und ihrer Gewalt während Euromaidan hervor (siehe Ishchenko, 2016, 2020; Katchanovski, 2016a, 2020, 2023a, 2023b, 2024; Kudelia, 2018). Viele wissenschaftliche Studien klassifizieren den Maidan-Übergang als einen gewaltsamen Sturz der Regierung (siehe beispielsweise Bandeira, 2019; Black & Jones, 2015; Cohen, 2018; Hahn, 2018; Katchanovski, 2016a, 2016b, 2017, 2020, 2023a, 2023b, 2024; Lane, 2016; Mandel, 2016; Sakwa, 2015). Einige frühere Studien klassifizieren den Maidan spezifisch als Putsch (siehe beispielsweise Black & Jones, 2015; Mearsheimer, 2014).

Putsche werden als der gewaltsame Sturz der Regierung durch eine kleine Gruppe von Menschen definiert, typischerweise durch das Militär oder andere Mitglieder des Staates (siehe Chin et al., 2021). Im Gegensatz dazu beinhalten Revolutionen eine tiefgreifende und umfassende politische und soziale Transformation als Ergebnis eines typischerweise gewaltsamen Sturzes eines alten Regimes unter Massenbeteiligung (siehe Katchanovski, 2008; Skocpol, 1995).

Einige frühere Studien zeigen auch die Eskalation der Konflikte in der Ukraine während Euromaidan bis hin zum Maidan-Massaker (Katchanovski, 2020; Kudelia, 2018; Myshlovska, 2024; Sakwa, 2015). Einige Studien wiesen zudem auf den Beitrag Euromaidans zu den Konflikten auf der Krim, im Donbas und letztlich zum Russland-Ukraine-Krieg hin (Baysha, 2015; Katchanovski, 2015, 2016b, 2022).

2.2 Euromaidan-Proteste und Gewalt

Die Euromaidan-Proteste begannen Ende November 2013 nach der Entscheidung der Regierung von Wiktor Janukowytsch, die Unterzeichnung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union aufzuschieben. Dieses Abkommen sah keinen EU-Beitritt der Ukraine vor, da die EU damals nicht bereit war, die Ukraine auch nur als potenzielles Mitglied anzuerkennen (siehe Katchanovski, 2011). Die pro-westlichen Oppositionsparteien und -führer sowie weite Teile der ukrainischen Medien unterstützten jedoch diese Proteste und stellten das Abkommen als Beitritt der Ukraine zur EU dar. Russland gewährte der Janukowytsch-Regierung ein Darlehen in Höhe von 15 Milliarden Dollar und eine Senkung der Gaspreise, um ihn dazu zu bewegen, dieses EU-Abkommen fallen zu lassen und der von Russland geführten Zollunion beizutreten.

Diese Proteste im Zentrum von Kiew, insbesondere auf dem Unabhängigkeitsplatz, der auf Ukrainisch Maidan genannt wird, waren zunächst weitgehend friedlich und relativ klein. Auch die Gewalt während der Proteste war relativ gering. So griff beispielsweise eine Gruppe von

Demonstranten mit Swoboda-Fahnen und anderen rechtsextremen Symbolen die Polizei vor dem Gebäude des Kabinetts der Minister an (Shturm, 2013). Doch sie eskalierten zu groß angelegten Protesten und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, die am 18.–20. Februar 2014 im Maidan-Massaker an den Demonstranten und der Polizei gipfelten.

Der Wendepunkt kam mit der viel beachteten gewaltsamen Zerstreuung einiger Hundert Demonstranten durch die Anti-Aufruhr-Sonderpolizeieinheit Berkut auf dem Maidan am 30. November 2013. Videos, Fotos und spätere Eingeständnisse von Führern des Rechten Sektors und anderen Maidan-Demonstranten zeigten, dass Aktivisten des Rechten Sektors zum Zeitpunkt der Zerstreuung einen Teil des Maidan-Platzes in der Nähe eines Denkmals für die mythischen Gründer Kiews besetzt hielten. Diese rechtsextreme Allianz erschien mit ihren Bannern am 29. November 2013, also einen Tag zuvor, auf dem Maidan (siehe Kotsaba, 2013). Der Rechte Sektor wurde unmittelbar vor der Zerstreuung am 30. November aus radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen sowie Fußball-Ultras gebildet (siehe Katchanovski, 2020; Kapitel 6). Die Analyse zeigte außerdem, dass während der anfänglichen gewaltsamen Zerstreuung anderer Demonstranten durch die Polizei Demonstranten aus dem nahe gelegenen Bereich des Rechten Sektors brennende Holzstücke und verschiedene andere Gegenstände auf die Berkut-Sonderpolizeieinheit warfen, die daraufhin andere Demonstranten auf dem Maidan-Platz und in den umliegenden Straßen schlug (siehe Vypusk, 2013; Interviu, 2013; Zverskoe, 2014).

Ihor Masur, ein Führer der Ukrainischen Nationalversammlung – Ukrainische Volksselbstverteidigung (UNA-UNSO), gab zu, dass Mitglieder des Rechten Sektors während dieser Zerstreuung am 30. November 2013 auf dem Maidan anwesend waren und sich anschließend nach einer Konfrontation mit der Polizei zurückzogen (Igor, 2014). Die Website des nach Bandera benannten Tryzub gab die Beteiligung des Rechten Sektors an den Zusammenstößen mit der Polizei am 30. November 2013 auf dem Maidan zu, wurde jedoch später entfernt.

Die Listen der verletzten und festgenommenen Demonstranten zeigten, dass die absolute Mehrheit von ihnen deutlich älter war als das typische Alter von Studenten in der Ukraine. Im Prozess zum Maidan-Massaker gab die Generalstaatsanwaltschaft (GPU) bekannt, dass an diesem Tag auch 18 Polizisten verletzt wurden (siehe Zasidannia, 2018).

Es gibt verschiedene Beweise dafür, dass die Führer der Maidan-Opposition, einschließlich der rechtsextremen, im Voraus über diese Zerstreuung informiert waren, die Demonstranten aber nicht informierten, um diese gewaltsame Zerstreuung zu nutzen, um die Massenproteste stark zu mobilisieren, die in jener Nacht zu Ende gingen. Anatolii Hrytsenko, einer der Maidan-Politiker, erklärte, die Maidan-Führer hätten im Voraus von dieser Zerstreuung gewusst, weil die Opposition in der Lage gewesen sei, den Funkverkehr der Berkut über ihren Einsatz für diese Operation abzufangen (siehe Hritsenko, 2014). Andere Maidan-Demonstranten erklärten von Anfang an, die Maidan-Führer hätten im Voraus von der Berkut-Zerstreuung der Maidan-

Proteste am 30. November gewusst. Ein Führer des neonazistischen Weißen Hammers gab eine solche öffentliche Warnung von der Maidan-Bühne aus ab.

Die ungewöhnliche Anwesenheit von Kamerateams des Senders Inter neben einer Reihe anderer Fernsehteams zum Zeitpunkt der Zerstreuung gegen 4:00 Uhr Ortszeit sowie die Übertragung dieser Zerstreuung durch Inter deuten ebenfalls auf ein Vorwissen über die polizeiliche Zerstreuung hin. Eine Maidan-Demonstrantin berichtete auf Facebook, sie habe beobachtet, dass ein Kameramann von Inter den Platz vor der um 4:00 Uhr erfolgten Zerstreuung verlassen wollte, ein Inter-Journalist aber darauf bestanden habe zu bleiben. Ein Abgeordneter des Parlaments von der Poroschenko-Partei erklärte einige Stunden vor dieser Zerstreuung in einer Live-Fernsehsendung auf Inter TV, die Berkut „schlage Studenten" auf dem Maidan. Inter TV und andere ukrainische Medien stellten diese Zerstreuung der Maidan-Demonstranten zusammen mit Maidan-Politikern als unprovoziertes und unerwartetes Schlagen von Studenten und Kindern durch die Berkut-Polizei auf Befehl der Janukowytsch-Regierung dar. Die Anwesenheit der Aktivisten des Rechten Sektors und deren Gewalt gegen die Polizei ignorierten oder verschwiegen sie in der Regel.

Der Fernsehsender Inter gehörte Dmytro Firtash und Serhii Liovochkin. Firtash war ein Oligarch, der Janukowytsch während des Präsidentschaftswahlkampfs 2010 unterstützte, dann aber zur verdeckten Unterstützung von Wiktor Wolodymyr Klitschko überging, der die Partei Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR) anführte und einer der Führer des Euromaidan wurde. Liovochkin stand damals an der Spitze der Präsidialverwaltung Janukowytschs, gehörte jedoch zum oligarchischen Clan Firtashs.

Nachdem Janukowytsch, mehrere Mitglieder der Janukowytsch-Regierung und der Kiewer Polizeichef nach Russland geflohen waren, erklärten sie oder deuteten an, Liovochkin habe die Zerstreuung der Demonstranten angeordnet, legten dafür jedoch keine konkreten direkten Beweise vor. Awakow, der Innenminister der Ukraine, machte in allen Regierungen nach dem Maidan eine ähnliche Aussage zur Beteiligung Liovochkins (siehe Awakow, 2016). In einem durchgesickerten Telefongespräch sagte Ihor Kolomoisky, Liovochkin sei über den Zerstreuungsbefehl informiert gewesen, weil er der Patron von Oleksandr Popow gewesen sei, dem Leiter der Kiewer Stadtverwaltung, der an der Umsetzung des Zerstreuungsbefehls beteiligt war (siehe Kolomoisky, 2015). Die offizielle Untersuchung beschuldigte und belastete Popow und andere Mitglieder der Janukowytsch-Regierung mit dem Erlass dieses Befehls und der Überwachung der Zerstreuung. Liovochkin war der ranghöchste Janukowytsch-Funktionär, der die Ukraine nicht verließ und nicht strafrechtlich verfolgt wurde, im Gegensatz zu vielen anderen Janukowytsch-Vertrauten. Die Anklagebehörde im Prozess zum Maidan-Massaker in der Ukraine gab bekannt, dass ihre Untersuchung Beweise für Liovochkins „unrichtige Handlungen" bei der „Ausrichtung" jener ukrainischen Funktionäre habe, die beschuldigt wurden, die Zerstreuung der Maidan-Demonstranten am 30. November angeordnet zu haben (Zasidannia vid 17.12.2019 2019).

In einem Fernsehinterview erklärte eine Augenzeugin Berichten zufolge, sie habe kurz vor dem 30. November 2013 zufällig ein Gespräch führender Maidan-Führer über die geplante

polizeiliche Zerstreuung der Maidan-Demonstranten und über die Möglichkeit, dass diese zu Gewalt führen würde, mitangehört. Sie nannte Andrii Ilienko, Andrii Parubij und Serhii Pashynsky als die an diesem Gespräch beteiligten Maidan-Führer (Pidsluhala, 2014). Diese Namen waren damals nicht allgemein bekannt, sollten aber später mit anderen Gewaltfällen während Euromaidan in Verbindung gebracht werden. Ilienko war Abgeordneter des Parlaments von der Swoboda-Partei. Parubij war ein ehemaliger Führer des neonazistischen Patriot der Ukraine, eines paramilitärischen Flügels der Sozialnationalen Partei der Ukraine, bevor diese Partei 2004 in Swoboda umbenannt wurde und bevor der Patriot der Ukraine ein paramilitärischer Flügel der SNA wurde, die von der Charkiwer Organisation der SNPU gebildet wurde. Parubij und Pashynsky waren zum Zeitpunkt der Maidan-Proteste Abgeordnete des ukrainischen Parlaments von der oligarchischen Vaterlandspartei.

Die Massenproteste gegen die Janukowytsch-Regierung und deren Entscheidung, das Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU im November 2013–Februar 2014 auszusetzen, waren der sichtbarste Teil Euromaidans. Am 1. Dezember 2013 gab es schätzungsweise einige Hunderttausend Demonstranten in Kiew und anderen Regionen der Ukraine. Sie versammelten sich größtenteils als Reaktion auf die gewaltsame Zerstreuung von Demonstranten durch die Berkut einen Tag zuvor und wurden durch die bewusst einseitige und irreführende Medienberichterstattung über diese Zerstreuung angetrieben.

Videos und Fotos zeigen, dass die Demonstranten nach Google-Earth-Karten am 1. Dezember etwa 40.000 Quadratmeter auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Maidan) und der Hauptstraße Chreschtschatyk besetzten. Bei einer ungefähren durchschnittlichen Dichte von mehr als zwei Personen pro Quadratmeter liegt die Schätzung der Spitzenzahl bei mindestens 100.000. Während das ukrainische Innenministerium unter Janukowytsch die Zahl der Demonstranten in Kiew nach unten korrigierte und sie mit 40.000 angab, übertrieben die Führer der Maidan-Opposition und viele führende ukrainische und westliche Massenmedien die Zahl auf mehrere Hunderttausend und in Fällen wie dem der New York Times und des Fernsehsenders Inter auf mehr als eine Million (Katchanovski, 2013).

Das Filmmaterial und die Livestreams sowie die Eingeständnisse von Führern und Aktivisten des Rechten Sektors zeigten den gewaltsamen Angriff auf die Präsidialverwaltung am 1. Dezember 2013 während einer massiven Protestkundgebung gegen die gewaltsame polizeiliche Zerstreuung der Demonstranten am 30. November. Diese Videos und Aufnahmen zeigten einige der Angreifer mit neonazistischen Symbolen des Patriot der Ukraine (Massovye, 2013). Das Material zeigte auch andere Gruppen von Angreifern, die die von rechtsextremen Organisationen verwendeten Parolen „Die Ukraine über alles" riefen, sowie obszöne Sprechchöre ukrainischer Ultras. Es gibt Aufnahmen, wie Andrii Dzyndzia einen Bulldozer kapert und dann versucht, in die Reihe der Inneren Truppen zu fahren, die die Präsidialverwaltung schützten (siehe Dzyndzia, 2013).

Obwohl sich Swoboda öffentlich von den gewaltsamen Angriffen auf die Präsidialverwaltung und das Parlament distanzierte, wiesen die Beweise – wie die Anwesenheit einiger Swoboda-Fahnen und -Aktivisten, Livestreams und Social-Media-Beiträge – eindeutig darauf hin, dass zumindest

einige Swoboda- und C14-Mitglieder sowie mit ihnen verbundene Aktivisten an diesen gewaltsamen Angriffen beteiligt waren. Ähnliche Beweise gab es für die Beteiligung Swobodas an der Besetzung regionaler Verwaltungen, vor allem in der Westukraine, sowie am Sturm und an der Besetzung der Kiewer Stadtverwaltung am 1. Dezember 2013. Swoboda und seine C14-Partnerorganisation bildeten während Euromaidan auch einige paramilitärische Selbstverteidigungskompanien. C14, eine mit Swoboda verbündete neonazistische Jugendorganisation, führte eine paramilitärische Selbstverteidigungseinheit an, die Swoboda half, die Kiewer Stadtverwaltung während der Massenproteste gegen die Janukowytsch-Regierung und die Polizeigewalt gewaltsam zu besetzen.

Die Zeltstadt auf dem Unabhängigkeitsplatz und die dortige Bühne wurden zu festen Zentren des Massenprotests, der in der ganzen Ukraine im Fernsehen und per Livestream übertragen wurde. Die Berkut-Polizei versuchte am 10. Dezember, die Maidan-Demonstranten in der Zeltstadt zu zerstreuen, brach dies jedoch infolge des Widerstands der Demonstranten und eines Berichten zufolge von der Janukowytsch-Regierung erteilten Befehls ab, der auf den Druck der Vereinigten Staaten und der EU während des Besuchs von Wiktorija Nuland in der Ukraine zurückging.

Live-Internet-Videostreams zeigten, dass die weitgehend friedlichen Proteste deutlich gewaltsamer wurden, nachdem radikale Maidan-Aktivisten Mitte Januar 2014 dazu aufgerufen hatten, in Richtung des ukrainischen Parlaments vorzurücken, nachdem das von der Janukowytsch-Partei der Regionen dominierte Parlament Gesetze verabschiedet hatte, die auf eine Einschränkung der Maidan-Proteste abzielten. Diese Gesetze beschränkten in gewissem Maße die Versammlungs- und Protestfreiheit und wurden von der Maidan-Opposition und weiten Teilen der ukrainischen Medien als „diktatorische Gesetze" bezeichnet. In westlichen Demokratien gab es jedoch viele ähnliche Gesetze.

Der Vormarsch in Richtung Parlament wurde von der Berkut-Polizei und den Inneren Truppen in der Hruschewskyj-Straße gestoppt, und die gewaltsamen Zusammenstöße mit den Aktivisten, darunter dem rechtsextremen Rechten Sektor und Fußball-Ultras, entwickelten sich zu einer gewaltsamen Pattsituation zwischen den Strafverfolgungsorganen und den Maidan-Demonstranten. Live-Internetstreams und Videos zeigten, dass die Maidan-Aktivisten die Berkut-Polizei und die Inneren Truppen mit Molotowcocktails, Steinen, Böllern und brennenden Reifen angriffen. Die Berkut-Polizei und die Inneren Truppen schossen mit Gummigeschossen auf die Aktivisten und schlugen sie mit Gummiknüppeln. Viele Polizei- und Angehörige der Inneren Truppen sowie Maidan-Aktivisten wurden verletzt. Die Demonstranten, die zur Gewalt griffen, waren in der Minderheit, aber sie waren der aktivste Teil Euromaidans.

Die Führer der Maidan-Opposition wie Wolodymyr Klitschko und Petro Poroschenko verurteilten zunächst öffentlich den Angriff auf die Präsidialverwaltung am 1. Dezember und den Angriff auf das ukrainische Parlament im Januar als „Provokationen".

Videos, Zeugenaussagen, Eingeständnisse einiger Maidan-Führer und andere Beweise zeigen jedoch, dass die Führer der Maidan-Opposition Massenproteste mobilisierten und deren gewaltsame Radikalisierung mit Hilfe inszenierter Gewalt förderten. Die Tötungen der ersten

drei Demonstranten Ende Januar 2014 wurden von der Maidan-Opposition und den Medien in der Ukraine und im Westen den Regierungstruppen zugeschrieben, obwohl es Beweise dafür gab, dass es sich um False-Flag-Tötungen handelte. Diese Tötungen eskalierten den Konflikt erheblich, indem sie ihn in einen Konflikt mit Todesopfern verwandelten.

Nicht berichtete Entscheidungen des Petschersk-Gerichts deuteten jedoch darauf hin, dass die Generalstaatsanwaltschaft Mitglieder und Führer der UNA-UNSO, einer der Gründungsorganisationen des Rechten Sektors, wegen der Erschießung dieser Demonstranten untersuchte (Ukhvala, 2015). Die offizielle Untersuchung stellte fest, dass diese drei Demonstranten aus wenigen Metern Entfernung in den vom Maidan kontrollierten Gebieten getötet wurden, während die Polizeilinien mehrere Dutzend Meter von den Maidan-Stellungen entfernt waren.

Ein Kiewer Staatsanwalt sagte 2019, er habe mit dem forensischen Sachverständigen gesprochen, der die Leiche von Sergey Nigoyan, dem armenischen Demonstranten, untersucht habe, und dass „dort alles eindeutig" sei, dass „der Schuss von hinten aus einer Entfernung von höchstens drei bis fünf Metern abgegeben wurde und Geschosspfropfen gefunden wurden" und dass „es definitiv keine Polizisten waren, die ihn töteten" (Gubin, 2019). Ein bekannter ukrainischer Blogger berichtete, der Sicherheitsdienst der Ukraine wisse, wer diesen armenischen Demonstranten im Januar 2014 auf dem Maidan tatsächlich erschossen habe, denn er verfüge über eine Videoaufzeichnung einer Gruppe von Personen im vom Maidan kontrollierten Gewerkschaftsgebäude, die eine Schusswaffe versteckten und unmittelbar nach der Tat seine Tötung erörterten. Das Gewerkschaftsgebäude war während des Maidans das Hauptquartier der Maidan-Führung und des Rechten Sektors. Er veröffentlichte einen Bericht des Sicherheitsdienstes der Ukraine über dessen verdeckte Videoüberwachung eines Labors des Rechten Sektors für chemische Explosionen im Gewerkschaftsgebäude während des Maidans (siehe Kak, 2019).

Ein weiterer Beweis dafür, dass es sich um False-Flag-Tötungen handelte, ist das Fehlen der Zeitpunkte und genauen Orte der Tötung zweier dieser Demonstranten in Livestreams, Videos und Fotos sowie bestätigter Augenzeugen dieser Tötungen in dem stark medial abgedeckten Gebiet der gewaltsamen Konfrontation zwischen den Demonstranten und der Polizei. Ein von einem ukrainischen Medienunternehmen fünf Jahre nach diesen Tötungen veröffentlichtes Video lieferte zudem Beweise dafür, dass ein belarussischer rechtsextremer Demonstrant aus einem vom Maidan kontrollierten Gebiet heraus getötet wurde und nicht von der Berkut-Polizei. Das Video zeigt, dass er erschossen wurde, während er sich hinter einer Barrikade aus ausgebrannten Bussen befand, die ihn vor der Berkut-Polizei deckte (Gubin, 2019).

Die Untersuchung bestätigte, dass der armenische Demonstrant mit Schrotkugeln beschossen wurde, wie sie bei der Jagd verwendet werden. Der getötete belarussische Demonstrant war Mitglied der UNA-UNSO. Die ethnische Herkunft dieser getöteten Demonstranten deutet zudem darauf hin, dass sie keine zufälligen Opfer waren, sondern ausgewählt wurden, um Euromaidan als ethnisch inklusiv und vielfältig darzustellen und Unterstützung für Euromaidan unter Menschen aus Armenien und Belarus zu gewinnen. Eine ukrainische Reporterin schrieb auf ihrer

Facebook-Seite, ein Führer des neonazistischen Weißen Hammers habe ihr inoffiziell gesagt, diese beiden Demonstranten seien von den eigenen Leuten getötet worden, und dies sei einer der Gründe für die spätere Abspaltung des Weißen Hammers vom Rechten Sektor gewesen (Melnikova, 2015).

Wie im Fall des Maidan-Massakers erklärte die Anklagebehörde, die forensischen Untersuchungen vier Jahre nach dem Massaker hätten die früheren Untersuchungsergebnisse ohne jede Erklärung umgekehrt und behauptet, diese drei Demonstranten seien aus einer Entfernung zwischen 7 und 21 Metern getötet worden. Dieselbe Untersuchung hatte jedoch zuvor festgestellt, dass die Polizei damals weiter von den Demonstranten entfernt war (4 goda, 2018). Die Livestreams und Videos zeigten dasselbe.

Zehn Jahre nach den Morden an diesen armenischen, belarussischen und westukrainischen Demonstranten ist niemand für ihre Tötung angeklagt worden, obwohl diese Morde von den Maidan-Führern und der extremen Rechten genutzt wurden, um Massenproteste zu mobilisieren und ihre Gewalt zu rechtfertigen. Die Beweise deuten darauf hin, dass sie in einer False-Flag-Operation unter möglicher Beteiligung der extremen Rechten getötet wurden und dass die Untersuchung ihrer Tötungen nach dem Maidan aus diesem Grund blockiert und verfälscht wurde und die tatsächlichen Täter vertuscht wurden. Die ukrainischen und westlichen Medien berichteten mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen nicht über solche Beweise und verbreiteten weiterhin Falschmeldungen über die Tötung dieser und anderer Maidan-Demonstranten durch die Berkut-Polizei oder Regierungsscharfschützen.

In ähnlicher Weise zeigen die Analyse der Beweise und die Untersuchung der ukrainischen Regierung, dass die stark beachtete Entführung von Dmytro Bulatow, dem Führer des Automaidan, inszeniert war. Die ukrainische Polizei stellte am 27. März 2020 ihre Untersuchung der Entführung, Folter und Kreuzigung von Dmytro Bulatow während des Maidans ein, weil die Untersuchung feststellte, dass die Straftat „nicht vorlag" und „inszeniert" gewesen sein könnte. Die Dokumente aus seinem Strafverfahren zeigen, dass Vertraute Bulatows im Automaidan 2014 nach dem Maidan und 2019 aussagten, er habe seine eigene Entführung, Folter und Kreuzigung inszeniert. Einer von ihnen sagte aus, Bulatow habe ihm kurz vor seinem Verschwinden mitgeteilt, dass er seine eigene Entführung zu inszenieren beabsichtige. Eine andere sagte aus, sie habe von Bulatow und anderen Maidan-Aktivisten von der Notwendigkeit irgendeiner „feurigen Information" gehört, um die Popularität des Automaidan wiederherzustellen, und seine inszenierte Entführung habe dies erreicht. Andere Führer des Automaidan sagten aus, es habe keine Grundlage für Bulatows Entführung und Folter gegeben, weil er einige Tage zuvor aus der Führung des Automaidan entfernt worden sei, und sie hielten es für eine reale Möglichkeit, dass er seine eigene Entführung inszeniert habe. Zwei von ihnen sagten zudem aus, dass die leichten Wunden und sein Erscheinungsbild nicht mit seinen Angaben übereinstimmten, eine Woche lang ohne Nahrung entführt und gefoltert worden zu sein.

Ein staatlicher forensischer Sachverständiger stellte in seinem Gutachten für die Untersuchung nach dem Maidan fest, dass Bulatows Wunden, einschließlich eines abgeschnittenen Stücks seines Ohrs, von ihm selbst oder von einer anderen Person mit seiner Zustimmung unter

Verwendung steriler Materialien und von Wunddesinfektionsmitteln zugefügt worden sein könnten, da sie keine Anzeichen einer Infektion aufwiesen. Der staatliche forensische Sachverständige stellte außerdem fest, dass an seinen Händen keine Verletzungen vorhanden waren, die damit vereinbar wären, dass Bulatow gefesselt war (Skrepy, 2020). Dies steht im Einklang mit einer Aussage von Davyd Schwanija, der während Euromaidan Mitglied der Maidan-Führung war und 2014 den Wahlkampf der Partei Petro Poroschenko sowie während und nach dem Maidan den parlamentarischen Ausschuss leitete. Er erklärte, Maidan-Führer, die er namentlich nannte, hätten die Entführung und Kreuzigung Bulatows und die meisten anderen hochkarätigen Gewaltfälle wie das Maidan-Massaker inszeniert (Otkrytoe, 2020).

Schwanija erklärte, ihre Misshandlung sei von den Maidan-Führern inszeniert worden, ähnlich wie die Entführung Bulatows. Das ukrainische Gerichtsurteil gegen die Männer, die die Maidan-Aktivistin Tetjana Tschornowol Ende Dezember 2013 misshandelt hatten, stellte fest, dass es sich um einen verkehrsbedingten Konflikt handelte. Schwanija erklärte zudem, auch die Entführung zweier weiterer Demonstranten, von denen einer ums Leben kam, sei von den Maidan-Führern inszeniert worden (siehe Otkrytoe, 2020).

2.3 Öffentliche Meinung zu Euromaidan

Umfragen zeigen, dass die Ukrainer in der Frage der Unterstützung des Maidans nahezu gleichmäßig gespalten waren; insbesondere gab es eine starke regionale Spaltung zwischen mehrheitlicher Unterstützung in der West- und Zentralukraine und Ablehnung in der Ost- und Südukraine. Eine Umfrage der Stiftung Demokratische Initiative (DIF) und des Razumkow-Zentrums während Euromaidan Ende Dezember 2013 ergab, dass die Hälfte (50 %) der Ukrainer die Euromaidan-Proteste unterstützte, während 42 % sie ablehnten. Ebenso bevorzugten 46 % der Ukrainer den Weg eines EU-Beitritts, während 36 % die von Russland geführte Zollunion befürworteten. Janukowytsch wurde von 30 % der potenziellen Wähler in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen bevorzugt (Hromadska, 2013).

Die Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) und von Socis vom 24. Januar bis 1. Februar 2014 zeigte, dass 47 % der Ukrainer Euromaidan unterstützten, während ein nahezu gleich hoher Anteil der Befragten (46 %) es nicht unterstützte. Der Unterschied lag innerhalb der statistischen Fehlermarge. Die KIIS-Umfrage vom 8.–18. Februar 2014 zeigte, dass Euromaidan von absoluten Mehrheiten der Befragten im Westen (80 %) und im Zentrum (51 %) der Ukraine unterstützt wurde. Im Gegensatz dazu unterstützte eine Minderheit von 20 % der Einwohner des Südens und 8 % der Befragten im Osten Euromaidan (Attitude, 2014).

Die Umfrage des Razumkow-Zentrums im Dezember 2020 zeigte, dass 34 % der Befragten in der Ukraine „Euromaidan" unterstützt hätten, wenn es zum Zeitpunkt der Umfrage stattgefunden hätte. Umgekehrt hätten 11 % „Antimaidan" unterstützt, während 40 % keines von beiden unterstützt hätten (siehe Ukrayina-2020 2020). Die Mehrheit der Befragten in der Westukraine (71 %) und eine relative Mehrheit im Zentrum (46 %) hätten in der Umfrage des Razumkow-Zentrums von 2015 den Maidan unterstützt, während die Mehrheiten im Osten, im von der Zentralregierung kontrollierten Donbas und im Süden angaben, keines von beiden unterstützt zu haben. Der Unterschied zwischen dem Prozentsatz der Maidan-Unterstützer und dem

zusammengefassten Prozentsatz der Maidan-Gegner wäre deutlich größer, wenn die von Russland annektierte Krim und der von Separatisten kontrollierte Donbas in die Umfragestichprobe einbezogen worden wären.

Die Analyse von Umfragen, Videos und Fotos zeigt, dass die Demonstranten überwiegend aus der Westukraine sowie aus der Stadt Kiew und anderen Teilen der Zentralukraine stammten. Die DIF/KIIS-Umfrage unter den Euromaidan-Demonstranten in Kiew während der großen Wochenendkundgebungen am 7. und 8. Dezember ergab, dass etwa die Hälfte von ihnen aus Kiew stammte, während die andere Hälfte aus anderen Regionen angereist war. Grund für die Teilnahme der absoluten Mehrheit (70 %) der Befragten war die Misshandlung der Demonstranten am 30. November, während 54 % durch die Nichtunterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens motiviert waren und 39 % die Regierung ändern wollten (Maidan-2013 2013). Die DIF/KIIS-Umfrage unter den am 3. Februar 2014 auf dem Maidan in Kiew stationierten Demonstranten zeigte, dass diese radikaler wurden und der Anteil der Westukrainer unter ihnen zunahm. Knapp die Hälfte (48 %) der auf dem Maidan stationierten Demonstranten stammte aus der Westukraine, verglichen mit 20 % aus dem Zentrum, 18 % aus dem Osten und Süden und 12 % aus der Stadt Kiew (Vid, 2014).

Die KIIS-Umfrage vom 8.–18. Februar 2014 zeigte, dass 43 % der ukrainischen Einwohner die „Empörung über das korrupte Regime Janukowytschs" als Hauptgrund dafür nannten, dass die Mehrheit der Menschen an Protesten teilnahm. Fast ein Drittel der Befragten (30 %) wählte den „Einfluss des Westens, der darauf abzielt, die Ukraine in seine Sphäre politischer Interessen einzubeziehen" als Hauptgrund für die Euromaidan-Proteste. Die absolute Mehrheit im Osten (57 %) und nahezu die Hälfte der Einwohner des Südens (44 %) betrachteten den Einfluss des Westens als Hauptgrund, im Gegensatz zu 17 % im Zentrum und 5 % in der Westukraine (Attitude, 2014).

Die Umfrage des Razumkow-Zentrums im Dezember 2019 ergab, dass 46 % der Befragten in der Ukraine die Euromaidan-Ereignisse als „Revolution der Würde" betrachteten, 23 % als Putsch und 18 % als Regierungswechsel mit nicht völlig legitimen Mitteln. 38 % der Einwohner der Ukraine hätten den Maidan unterstützt, wenn er damals stattgefunden hätte, während 10 % den Antimaidan und 39 % keinen von beiden unterstützt hätten. Die Umfrage umfasste nicht die am stärksten anti-Maidan eingestellten Regionen der Ukraine, die von Russland annektierte Krim und den von Separatisten kontrollierten Donbas (Stavlennia, 2019).

2.4 Massenprotest, Revolution, Putsch oder Regimewechsel?

Die populären gewaltsamen Massenproteste während des Maidans wären mit Definitionen von Massenprotesten und einer politischen, nicht aber einer sozialen Revolution vereinbar. Die Massenproteste auf dem Maidan vermochten es jedoch nicht, die Janukowytsch-Regierung zu stürzen. Er wurde durch das Maidan-Massaker an den Maidan-Demonstranten und der Polizei sowie durch Attentatsversuche gestürzt, die unter verdeckter Beteiligung einer kleinen Zahl der oligarchischen Maidan-Führung und rechtsextremer Mitglieder mit Unterstützung von Teilen des Staates verübt wurden. Diese Art des politischen Übergangs entspricht den Definitionen eines Putsches.

Analysen synchronisierter Videos und Audioaufzeichnungen des Massakers, Zeugenaussagen, Eingeständnisse von Maidan-Scharfschützen und Aktivisten in Medien und sozialen Medien sowie die Prozesse und Untersuchungen zum Maidan-Massaker ergaben verschiedene Beweise dafür, dass vier getötete und mehrere Dutzend verwundete Polizisten sowie mindestens die absolute Mehrheit der 49 getöteten und 172 verwundeten Maidan-Demonstranten am 20. Februar 2014 von Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten in einer False-Flag-Operation massakriert wurden, die unter Beteiligung von Elementen des oligarchischen und rechtsextremen Oppositionsbündnisses des Maidans organisiert und ausgeführt wurde. Das Urteil im Prozess zum Maidan-Massaker bestätigte, dass viele Demonstranten von Scharfschützen im Hotel Ukraina erschossen wurden und dass dieses Hotel „von Aktivisten kontrolliert" war (siehe Kapitel 3; Katchanovski, 2025b).

Der Kommandeur der mit der extremen Rechten verbundenen Gruppe von Maidan-Scharfschützen stellte unmittelbar nach dem Massaker von der Maidan-Bühne aus ein Ultimatum an Janukowytsch, bis zum nächsten Morgen zurückzutreten, und drohte mit Gewaltanwendung, falls er nicht zurücktreten sollte. Parubij, der Leiter der Maidan-Selbstverteidigung, sagte, sein Ultimatum sei eine Entscheidung gewesen, die von „den institutionellen Gremien

Kapitel 2 (Fortsetzung): Euromaidan

des Maidan", und es wurde von einem Militärrat angenommen, der von der Maidan-Selbstverteidigung und dem rechtsextremen Rechten Sektor eingesetzt worden war (siehe Kalnysh, 2015).

Der Hochverratsprozess gegen Janukowytsch brachte verschiedene Zeugenaussagen und andere Beweise dafür zutage, dass er aus Kiew und dann aus der Ukraine floh, nicht wegen seiner Verantwortung für das Maidan-Massaker, sondern wegen einer Reihe von Attentatsversuchen durch die Maidan-Kräfte, insbesondere der extremen Rechten, und nach deren Versuchen, ihn und seine Residenz bei Kiew zu erobern und ihn wahrscheinlich hinzurichten (Katchanovski, 2020, 2023a).

Zeugen sagten im Hochverratsprozess gegen Janukowytsch aus, dass unmittelbar nach dem Maidan-Massaker auf die Präsidentenkolonne an einem Kontrollpunkt geschossen wurde, der von Aktivisten mit Fahnen des Rechten Sektors und Swobodas besetzt war, und dass die Kugeln einen der Wagen und eine Waffe eines der Leibwächter Janukowytschs trafen. Hubschrauberpiloten, die Janukowytsch nach dem Massaker in der Ukraine flogen, sagten aus, dass die Fluglotsen ihnen einen Befehl der Maidan-Führer übermittelten, den Hubschrauber mit Janukowytsch unter der Drohung zu landen, dass er von Militärflugzeugen abgeschossen werde. Die Zeugenaussagen bezogen sich auch auf Informationen, die sein Sicherheitspersonal über einen Plan erhielt, an dem Swoboda-Aktivisten beteiligt waren, um ihn während eines Kongresses in Charkiw zu ermorden, wohin er nach dem Maidan-Massaker flog, und danach auf der Straße bei Melitopol (siehe Eks-okhoronets', 2018; Katchanovski, 2020, 2023a).

Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine, enthüllte, dass er Informationen über eine Verschwörung zur Ermordung Janukowytschs etwa zur Zeit des Maidan-Massakers erhielt. Er erklärte, dass dieser Plan „Ceausescu" genannt wurde, nach dem Nachnamen des letzten kommunistischen Führers Rumäniens, der von Soldaten ermordet wurde, kurz nachdem Scharfschützen die regierungsfeindlichen Demonstranten in einer False-Flag-Operation massakriert hatten (U Kravchuka, 2018). Der frühere rumänische Präsident, der Premierminister und eine Reihe weiterer Führer der „rumänischen Revolution" wurden 2018 und 2019 von den rumänischen Staatsanwälten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, weil sie unmittelbar nach ihrer Machtergreifung 1989 bewusste Desinformation und Diversion eingesetzt hätten, um False-Flag-Massenmorde zu provozieren (Romanian, 2018).

Die Abstimmung des Parlaments zur Absetzung Janukowytschs wegen „Amtsverlassens" war verfassungswidrig, folgte nicht den in der ukrainischen Verfassung festgelegten Amtsenthebungsverfahren und entbehrte der erforderlichen verfassungsändernden Mehrheit von 338 Stimmen. Die Abstimmung erfolgte unter Zwang, und ihr Ergebnis von 328 „Ja"-Stimmen war gefälscht. Nach der offiziellen Parlamentsaufzeichnung waren bei der Eröffnung 248 von 450 Abgeordneten registriert (Ofitsiinyi, 2014). Viele Abgeordnete der Janukowytsch-Partei wechselten die Loyalität, doch viele andere stimmten unter der Drohung mit Gewalt durch die rechtsextreme Gruppe von Maidan-Scharfschützen, die Maidan-Selbstverteidigung und einen Mob, der das Parlament umzingelte. Der Kommandeur der mit der extremen Rechten verbundenen Maidan-Kompanie von Scharfschützen gab zu, dass seine Gruppe Abgeordnete der Janukowytsch-Partei der Regionen gewaltsam dazu drängte, für seine Absetzung zu stimmen (siehe Kovalenko, 2014). Die Zahl der anwesenden Abgeordneten in verschiedenen Videos dieser Abstimmung betrug etwa 262 (siehe zum Beispiel Al Jazeera, 2014). Ein Mitglied der Maidan-Führung, der damals einen Parlamentsausschuss leitete, erklärte, dass die Führer der Maidan-Opposition Duplikatkarten abwesender Abgeordneter beschlagnahmten und sie benutzten, um diese Abstimmung sowie andere Abstimmungen betrügerisch aufzublähen, die Führer von Vaterland und Swoboda, die in das False-Flag-Maidan-Massaker verwickelt waren, in höchste Regierungsämter brachten (siehe Katchanovski, 2024).

Es gibt auch verschiedene Beweise für den von den USA geführten Regimewechsel während des Maidan in der Ukraine. Der ukrainische Außenminister während des Euromaidan sagte 2019 im Maidan-Massaker-Prozess in der Ukraine aus, dass eine hochrangige Beamtin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, in ihrem Treffen mit ihm und Janukowytsch ganz am Anfang des Euromaidan am 5. Dezember 2013 vorgeschlagen habe, das Kabinett von Mykola Asarow zu entlassen, die Verfassung von 2004 wiederherzustellen und vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten (siehe Zasidannia vid 3.12.2019 2019). Dies bedeutete de facto einen friedlichen Regimewechsel und dieselben Punkte, die auch die Forderungen der Maidan-Opposition waren. Janukowytsch akzeptierte schließlich alle diese Forderungen der US-Regierung und entließ zunächst Asarow und dessen Kabinett der Minister und unterzeichnete dann am 21. Februar 2014 die Vereinbarung mit den Führern der Maidan-Opposition und den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens (Katchanovski, 2025a).

Ein abgefangenes Telefonat zwischen Victoria Nuland und dem US-Botschafter in der Ukraine vor dem 20. Februar 2014 zeigt, wie sie erörtern, welche konkreten Führer der Maidan-Opposition, namentlich Arsenij Jazenjuk, nach dem Angebot Janukowytschs an die Oppositionsführer, Positionen in seiner Regierung zu übernehmen, nach der Entlassung Asarows und des Kabinetts der Minister in der ukrainischen Regierung sein könnten (Marionetki, 2014). John McCain, der einflussreiche US-Senator, erklärte in seinem CNN-Interview während seines und anderer Besuche von US-Politikern in Kiew im Dezember 2013, dass sie versuchten, in der Ukraine einen „friedlichen Übergang" herbeizuführen (d. h. den Regierungswechsel) (siehe McCain, 2013).

Ebenso erklärte der US-Senator Chris Murphy, der während seines Besuchs in der Ukraine ebenfalls die regierungsfeindlichen Maidan-Proteste unterstützte, kurz nach dem Maidan:

Ich denke, es war unsere Rolle, einschließlich der Sanktionen und der Drohung mit Sanktionen, die Janukowytsch teilweise aus dem Amt drängte... Wir sind nicht an der Seitenlinie geblieben. Wir waren sehr stark eingebunden. Mitglieder des Senats waren dort. Mitglieder des Außenministeriums waren auf dem Platz. Die Obama-Regierung verhängte Sanktionen. Der Senat war bereit, ein eigenes Paket von Sanktionen zu verabschieden, und wie ich schon sagte, denke ich, dass die klare Position der Vereinigten Staaten teilweise das war, was zu diesem Regimewechsel beigetragen hat... Wenn dies letztlich ein friedlicher Übergang zu einer neuen Regierung in der Ukraine ist, werden die USA auf den Straßen der Ukraine als großer Freund gesehen werden, der geholfen hat, diesen Übergang zustande zu bringen. (Murphy, 2014)

Nuland und verschiedene andere hochrangige US- und EU-Beamte und Politiker unterstützten den Euromaidan auch öffentlich durch Besuche auf dem Maidan. US- und EU-Führer verurteilten auch öffentlich die Anwendung von Gewalt durch die Regierung Janukowytsch gegen die Maidan-Demonstranten und drohten mit der Verhängung von Sanktionen. Janukowytsch befahl, solche Versuche der Polizei und der Inneren Truppen, den Maidan am 10. Dezember, Ende Januar und am 18. Februar zu räumen, teilweise wegen dieses Drucks der westlichen Führer zu beenden (Katchanovski, 2025a).

Der US-Präsident Barack Obama erklärte, dass „wir eine Vereinbarung zur Machtübergabe in der Ukraine ausgehandelt hatten", nach dem Massaker und bevor Janukowytsch floh, doch der US-Präsident oder andere Beamte der amerikanischen Regierung veröffentlichten keine konkreten Informationen über die Art dieser Beteiligung (PRES, 2015). Janukowytsch und Putin erklärten, dass es unmittelbar nach dem Maidan-Massaker eine Vereinbarung mit Obama gegeben habe, der US-Präsident sie aber gebrochen habe. Mychailo Dobkin, der frühere Gouverneur der Region Charkiw, bestätigte dies. Er sagte, dass Janukowytsch ihm, als sie sich im Februar 2014 in Charkiw trafen, gesagt habe, er habe Garantien von Obama und Putin bezüglich der Umsetzung der Vereinbarung gehabt, die er unterzeichnet habe (Dobkin, 2017). Putin und der russische Außenminister Lawrow legten nahe, dass Obama auf die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Janukowytsch und den Maidan-Führern gedrängt habe, die Maidan-Opposition aber die Vereinbarung gebrochen und am nächsten Tag die Macht ergriffen habe (siehe Obama, 2019). Die am 21. Februar 2014 unterzeichnete Vereinbarung sah vor, dass die Regierung

Janukowytsch keine Gewalt gegen den Maidan anwenden würde und dass die Maidan-Kräfte entwaffnet würden.

Der damalige US-Vizepräsident Biden enthüllte später in seinen Memoiren, dass er während des Maidan-Massakers Janukowytsch anrief und ihm sagte, dass „es vorbei war; es Zeit für ihn war, seine Schützen abzuziehen und zu gehen" und dass „er nicht erwarten sollte, dass seine russischen Freunde ihn aus dieser Katastrophe retten", dass „Janukowytsch das Vertrauen des ukrainischen Volkes verloren habe, sagte ich, und dass er von der Geschichte hart verurteilt werden würde, wenn er weiter Menschen töte." Biden schrieb, dass „der in Ungnade gefallene Präsident am nächsten Tag die Ukraine verließ – dank des Mutes und der Entschlossenheit der Demonstranten – und die Kontrolle über die Regierung vorübergehend in die Hände eines jungen Patrioten namens Arsenij Jazenjuk gelangte." Der US-Vizepräsident enthüllte außerdem, dass er „ihn monatelang gewarnt hatte, im Umgang mit seinen Bürgern Zurückhaltung zu üben." (Biden, 2017).

Der Führer der rechtsextremen Swoboda-Partei und der stellvertretende Leiter des ukrainischen Parlaments von Swoboda erklärten in ihren getrennten Interviews, dass ein Vertreter einer westlichen Regierung ihnen während ihres Treffens mit anderen Maidan-Führern einige Wochen vor dem Maidan-Massaker gesagt habe, dass die westlichen Regierungen sich nach Erreichen von 100 Opfern unter den Demonstranten gegen Janukowytsch wenden würden (Braty, 2017, S. 94). Die Maidan-Opposition nannte die getöteten Maidan-Demonstranten unmittelbar nach dem Massaker die „himmlische Hundertschaft". Einige Maidan-Demonstranten und andere Menschen, die nicht auf dem Maidan waren und an Krankheiten und aus anderen Gründen starben, wurden in die „himmlische Hundertschaft" aufgenommen, um die Zahl der Opfer auf 100 zu bringen. Die USA und andere westliche Regierungen beschuldigten die Regierung Janukowytsch und seine Kräfte des Massakers an den Maidan-Demonstranten. Sie erkannten auch sofort die neue Maidan-Regierung nach der Besetzung der Präsidialverwaltung und des Parlaments durch die Maidan-Selbstverteidigung und der Parlamentsabstimmung zur Absetzung Janukowytschs an, obwohl solche Handlungen die am 21. Februar 2014 von Janukowytsch, den Führern der Maidan-Opposition und Vertretern Frankreichs, Deutschlands und Polens unterzeichnete Vereinbarung verletzten, die den Abzug der Regierungskräfte aus dem Zentrum Kiews, die Entwaffnung der Maidan-Aktivisten, vorgezogene Präsidentschaftswahlen und die Untersuchung des Maidan-Massakers unter Beteiligung des Europarats vorsah.

Es gibt keine öffentlich verfügbaren Beweise für eine direkte Beteiligung der USA oder anderer westlicher Regierungen und Kräfte am Maidan-Massaker. Doch diese Regierungen unterstützten de facto den Sturz der ukrainischen Regierung trotz der Beweise, dass dieser Sturz von Elementen der oligarchischen und rechtsextremen Maidan-Opposition mittels des False-Flag-Massenmords an den Maidan-Demonstranten und der Attentatsversuche gegen Janukowytsch begangen wurde.

Dass die Ukraine unmittelbar nach dem Maidan ein Klientelstaat der USA wurde, ist ein indirekter Beweis für den von den USA geführten Regimewechsel. Die ukrainischen Medien, ukrainische und US-Beamte sowie ein freigegebenes Protokoll einer Sitzung des Nationalen

Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine enthüllten ebenfalls, dass die USA und andere westliche Regierungen den Führern der Maidan-Regierung sagten, während der russischen Annexion der Krim keine militärische Gewalt einzusetzen, um einen Krieg mit Russland zu vermeiden (siehe Kapitel 4; Katchanovski, 2015; U.S., 2015). Die nahezu vollkommene Übereinstimmung der ukrainischen und der US-Regierungspolitik nach dem Maidan steht auch damit im Einklang, dass die Ukraine ein Klientelstaat der USA wurde und dies während des russisch-ukrainischen Krieges blieb. Die US-Regierung war an der Entscheidung der Maidan-Regierung beteiligt, im separatistischen Konflikt im Donbas Gewalt einzusetzen (Kapitel 5). Die Nutzung der Ukraine als Stellvertreter für einen Stellvertreterkrieg mit Russland nach der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 und die Blockierung einer Friedensvereinbarung zur Beendigung des Krieges im April 2022 durch die USA und das Vereinigte Königreich zeigen ebenfalls, dass die Ukraine ein Klientelstaat war.

Der damalige Abgeordnete des ukrainischen Parlaments von der regierenden Partei Poroschenkos und heutige Berater des Präsidenten der Ukraine Selenskyj erklärte 2015, dass „Pyatt und die US-Regierung mehr Einfluss haben als je zuvor in der Geschichte der unabhängigen Ukraine." Ein seltener Bericht in den US-Medien stellte fest, dass „die Amerikaner im ukrainischen politischen Prozess sehr sichtbar sind. Die US-Botschaft in Kiew ist ein Machtzentrum, und ukrainische Politiker sprechen offen davon, dass Ernennungen und Entlassungen vom US-Botschafter Geoffrey Pyatt und sogar vom US-Vizepräsidenten Joe Biden geprüft werden." (Siehe Bershidsky, 2015).

Jeffrey Sachs, ein weltbekannter amerikanischer Ökonom, der eingeladen wurde, unmittelbar nach dem Sturz der Regierung Janukowytsch als Wirtschaftsberater des neuen Premierministers Arsenij Jazenjuk zu dienen, erklärte, dass die US-Regierung „definitiv zum Sturz Janukowytschs beigetragen hat... Ich weiß dies von innen, nicht nur von außen. Ich weiß es von Spitzenleuten, die in diese Fragen involviert sind." (Jeffrey, 2023). Der renommierte amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh sagte auf der Grundlage seiner Insiderquellen in den US-Geheimdiensten und der Regierung: „Wir haben [die ukrainische Regierung] mit sehr viel mehr amerikanischer Beteiligung gestürzt, als die Presse derzeit weiß." (CN, 2023).

Verschiedene Beweise zeigen die Beteiligung der US-Regierung an Ernennungen und Entlassungen hochrangiger ukrainischer Regierungsbeamter und an wichtigen politischen Entscheidungen in der Ukraine seit dem Maidan. Zum Beispiel berichteten die ukrainischen Medien, dass der damalige US-Vizepräsident Joe Biden forderte, Arsenij Jazenjuk, Valentyn Nalywajtschenko und Ausländer in die ukrainische Regierung aufzunehmen (Mostovaia, 2015). Jazenjuk wurde Premierminister, Nalywajtschenko Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine, und der frühere Präsident Georgiens und seine ehemaligen georgischen Regierungsbeamten besetzten verschiedene Positionen im ukrainischen Staat. Ukrainische Medienberichte und Bänder von Telefonaten zwischen dem damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden und dem Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko enthüllten, dass er Einfluss auf Poroschenkos Entscheidung hatte, Jazenjuk als Premierminister zu entlassen, und auf die Ernennung seines Nachfolgers. Die Bänder, ukrainische Medienberichte und das öffentliche Eingeständnis Bidens

zeigten, dass er an der Entlassung des Generalstaatsanwalts der Ukraine und der Bestätigung der Ernennung seines Nachfolgers beteiligt war (siehe FLASHBACK, 2019; Listen, 2020; Mostovaia, 2015, 2016).

Das freigegebene Protokoll des Telefonats zwischen Trump und Selenskyj zeigt dasselbe Klientel-Patron-Verhältnis zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten (Read, 2019). Das Klientel-Patron-Verhältnis zwischen der Ukraine und den USA ermöglichte die Nutzung der Ukraine als US-Stellvertreter während des russisch-ukrainischen Krieges (siehe Kapitel 9).

Literaturverzeichnis

4 goda bez Nigoiana i Zhiznevskogo. (2018, January 23). Hromadske. https://ru.hromadske.ua/posts/4-hoda-bez-nyhoiana-y-zhyznevskoho-chto-yzvestno-o-pervykh-ubyistva-na-maidane

Al Jazeera English. (2014, February 22). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Ndf_L-Owpi4

Attitude of Ukrainians and Russians towards protests in Ukraine. (2014). KIIS. https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=231&page=1&y=2014&m=2

Avakov nazval Levochkina avtorom razgona Majdana. (2016, November 23). 112. https://112.ua/politika/avakov-zayavil-chto-levochkin-organizoval-razgon-studentov-vo-vremya-evromaydana-354751.html

Bandeira, L. (2019). The world disorder: US hegemony, proxy wars, terrorism and humanitarian catastrophes. Springer.

Baysha, O. (2015). Ukrainian Euromaidan: The exclusion of otherness in the name of progress. European Journal of Cultural Studies, 18(1), 3–18. https://doi.org/10.1177/1367549414557806

Bershidsky, L. (2015, November 6). Ukraine is in danger of becoming a failed state. Bloomberg. https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2015-11-06/unreformed-ukraine-is-self-destructing

Biden, J. (2017). Promise Me, Dad. Flatiron Book.

Black, J. L., & Johns, M. (Eds.). (2015). The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia. Routledge.

Braty K. (2017). Maidan. Taiemni faily. Nora-Druk.

Chin, J. J., Carter, D. B., & Wright, J. G. (2021). The varieties of coups d'état: Introducing the Colpus dataset. International Studies Quarterly, 65(4), 1040–1105. https://doi.org/10.1093/isq/sqab058

CN LIVE! S5E3 SY HERSH: AMERICAN SABOTAGE [Video]. (2023, February 17). Consortium News. https://www.youtube.com/watch?v=4wI38E9bJzk&t=1851s

Cohen, S. (2018). War with Russia: From Putin & Ukraine to Trump & Russiagate. Hot Books.

Dobkin: Yanukovich skazal mne, chto u nego est garantii ot Putina i Obamy, chto soglashenie po Majdanu budet vypolneno. (2017, August 8). Gordon. https://gordonua.com/news/maidan/dobkin-yanukovich-skazal-mne-chto-u-nego-est-garantii-ot-putina-i-obamy-chto-soglashenie-po-maydanu-budet-vypolneno-201589.html

Dzyndzia i buldozer [Video]. (2013, December 6). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=zdQO-3C0XAI

Eks-okhoronets' Yanukovycha: Pershyi napad buv 19 liutoho 2014 roku. (2018, May 4). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/news/2018/05/4/7179458

Euromaidan. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Euromaidan

FLASHBACK, 2018: Joe Biden brags at CFR meeting about withholding aid to Ukraine to force firing of prosecutor. (2019, September 27). RealClearPolitics. https://www.realclearpolitics.com/video/2019/09/27/flashback_2018_joe_biden_brags_at_cfr_meeting_about_withholding_aid_to_ukraine_to_force_firing_of_prosecutor.html

Gubin, V. (2019, January 19). Mertvaia zona. "Strana" vpervye publikuet video momenta ubijstva na Grushevskogo v ianvare 2014 goda. Strana. https://strana.news/articles/analysis/181933-mertvaja-zona-strana-vpervye-publikuet-video-momenta-ubijstva-na-hrushevskoho-v-janvare-2014-hoda.html

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the "new Cold War". McFarland Books.

Hritsenko: liudi Yacenjuka kontrolirovali peregovory "Berkuta" v noch' razgona studentov. (2014, January 14). Ukrainska Pravda. http://www.pravda.com.ua/rus/news/2014/01/14/7009570

Hromadska dumka: pidsumky 2013 roku. (2013, December 27). DIF. https://dif.org.ua/article/gromadska-dumka-pidsumki-2013-roku

Igor Mazur. (2014, April 4). LB. http://lb.ua/news/2014/04/04/261907_igor_mazur_bilogo_odnoznachno.html

Interviu komandira Berkuta o zachistke Evromaidana. (2013, December 12). Bigmir. http://news.bigmir.net/ukraine/780708-Interv-ju-komandira-Berkuta-o-zachistke-Evromajdana

Ishchenko, V. (2016). Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: An attempt of systematic estimation. European Politics and Society, 17 (4), 453–472. https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1154131

Ishchenko, V. (2020). Insufficiently diverse: The problem of nonviolent leverage and radicalization of Ukraine's Maidan uprising, 2013–2014. Journal of Eurasian Studies, 11(2), 201–215. https://doi.org/10.1177/1879366520928363

Jeffrey Sachs: The war in Ukraine and the missing context & perspective [Video]. (2023). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=C1EwmYbK7QA&t=1257s

Kak priatali pravdu o mirnom proteste. [Video]. (2019, December 10). Anatoly Sharij. https://www.youtube.com/watch?v=P8ySM3aJ0Yo

Kalnysh, V. (2015, February 2). Andrei Parubiy. RBK-Ukraina. http://www.rbc.ua/rus/interview/andrey-parubiy-na-maydane-i-po-nam-i-po-berkutu-rabotal--17022015132900

Katchanovski, I. (2008). The orange evolution? The "Orange Revolution" and political changes in Ukraine. Post-Soviet Affairs, 24(4), 351–382. https://doi.org/10.2747/1060-586X.24.4.351

Katchanovski, I. (2011). Puzzles of EU and NATO accession of post-communist countries. Perspectives on European Politics and Society, 12(3), 304–319. https://doi.org/10.1080/15705854.2011.596308

Katchanovski, I. (2013, December 3). Sizing up Ukraine's Euromaidan. OpenDemocracy. https://www.opendemocracy.net/en/odr/sizing-up-ukraines-euromaidan/

Katchanovski, I. (2015). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2016a). The Maidan massacre in Ukraine: A summary of analysis, evidence, and findings. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (pp. 220–224). Routledge.

Katchanovski, I. (2016b). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489. https://doi.org/10.1080/23745118.2016.1154131

Katchanovski, I. (2017). The "Euromaidan", democracy, and political values in Ukraine. In B. Axford, D. Buhari-Gulmez, & S. B. Gulmez (Eds.), Bridging divides: Rethinking ideology in the age of global discontent (pp. 122–142). Routledge.

Katchanovski, I. (2020). The far right, Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29. https://doi.org/10.1111/wusa.12457

Katchanovski, I. (2022, September 15–18). The Russia-Ukraine war and the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal, Canada. https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/63477c201f323d8be3581c4e

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205. https://doi.org/10.30965/24518921-00802005

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2), https://doi.org/10.1080/23311886.2023.2269685

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025a). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of Battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1), https://econjwatch.org/File+download/1340/KatchanovskiMar2025.pdf?mimetype=pdf

Katchanovski, I. (2025b, March 2–5). The Maidan massacre trial verdict: What does the verdict of the trial of the century reveal about the Maidan massacre in Ukraine? 66th Annual Convention of the International Studies Association, Chicago, IL, United States. https://www.researchgate.net/publication/389909187

Kolomoisky – Naiemu [Video]. (2015, December 14). Oligarch. https://web.archive.org/web/20220729094416/https://www.youtube.com/watch?v=t3jKGo3nT_8

Kotsaba, R. (2013, November 29). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=yvvC1g7YYM8

Kovalenko, O. (2014, February 24). Sotnyk, yakyj perelomyv khid istoriyi: Treba bulo dotyskaty. Ukrainska Pravda. http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/24/7016048

Kudelia, S. (2018). When numbers are not enough: The strategic use of violence in Ukraine's 2014 revolution. Comparative Politics, 50(4), 501–521. https://doi.org/10.5129/001041518823565623

Lane, D. (2016). The international context: Russia, Ukraine and the drift to East-West confrontation. International Critical Thought, 6(4), 623–644. https://doi.org/10.1080/21598282.2016.1242084

Listen to the leaked tapes between Joe Biden and President Poroshenko of Ukraine [Video]. (2020, May 20). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=suSyqAmiPi8

Maidan-2013: khto stoyit, chomu i za shho? (2013). DIF. https://dif.org.ua/en/article/maydan-2013-khto-stoit-chomu-i-za-shcho

Mandel, D. (2016). The conflict in Ukraine. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, 24(1), 83–88. https://doi.org/10.1080/0965156X.2016.1171011

Marionetki Maidana [Video]. (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=MSxaa-67yGM

Marples, D. R., & Mills, F. V. (Eds.). (2015). Ukraine's Euromaidan: Analyses of a civil revolution. Ibidem.

Massovye besporiadki na Bankovoi 01.12.13 [Video]. (2013, December 7). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=3bsm36TDPhk

McCain backs Ukrainian protesters [Video]. (2013, December 15). CNN. https://www.cnn.com/videos/bestoftv/2013/12/15/exp-sotu-mccain-ukraine-part-one.cnn

Mearsheimer, J. J. (2014). Why the Ukraine crisis is the West's fault: The liberal delusions that provoked Putin. Foreign Affairs, 93(5), 77–89.

Melnikova, L. (2015, November 18). Facebook. https://www.facebook.com/mlnkv?fref=ts

Mostovaia, J. (2015, June 19). Shpion, vyjdi von! [Spy, get out!]. Dzerkalo tyzhnia. http://gazeta.zn.ua/internal/shpion-vyydi-von-_.html

Mostovaia, J. (2016, February 19). My delili apel'sin… [We divided an orange…]. Dzerkalo tyzhnia. https://zn.ua/internal/my-delili-apelsin-_.html

Murphy, C. (2014, February 25). Chris Murphy on U.S. policy toward Ukraine [Video]. C-SPAN.org. https://www.c-span.org/video/?c5155827/user-clip-chris-murphy-us-policy-ukraine

Myshlovska, O. (2024). Providing meaning to violence: Multiple mobilizations and dynamics of conflict escalation from November 2013 until February 2014 in Ukraine. Nationalities Papers, 52(4), 735–760. https://doi.org/10.1017/nps.2023.5

Obama obmanul? Putin rasskazal o dogovorennostjah s SShA. (2019, July 10). Gazeta. https://www.gazeta.ru/politics/2019/07/10_a_12489475.shtml

Ofitsiinyi portal Verkhovnoi Rady Ukrainy. (2014a, February 20). https://www.rada.gov.ua/meeting/stenogr/show/5164.html

Onuch, O., & Sasse, G. (2016). The Maidan in movement: Diversity and the cycles of protest. Europe-Asia Studies, 68(4), 556–587. https://doi.org/10.1080/09668136.2016.1159665

Otkrytoe obrashhenie k prezidentu Ukrainy Vladimiru [Video]. (2020). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=l2UhRc_uoUI

PRES OBAMA on Fareed Zakaria GPS [Video]. (2015, February 1). CNN. http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2015/02/01/pres-obama-on-fareed-zakaria-gps-cnn-exclusive/

Pidsluhala opozytsiiu [Video]. (2014, February 8). Grom TV. https://www.youtube.com/watch?v=sPmFbJdaB6A

Read the Trump-Ukraine phone call readout. (2019, September 25). Politico. https://www.politico.com/story/2019/09/25/trump-ukraine-phone-call-transcript-text-pdf-1510770

Revolution of Dignity. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Revolution_of_Dignity

Romanian Ex-President Iliescu indicted for 'crimes against humanity'. (2018, December 21). RFE/RL. https://www.rferl.org/a/romanian-ex-president-iliescu-indicted-for-crimes-against-humanity-/29669414.html

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Shturm Kabinetu Ministriv Ukrainy [Video]. (2013, November 24). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=cp2PAVQm2iI

Skocpol, T. (1995). Revolutions. In S. M. Lipset (Ed.), Encyclopedia of democracy (Vol. 3). Routledge.

Skrepy Majdana. Raspiatyi malchik [Video]. (2020, April 11). Anatoly Sharij. https://youtu.be/02ML-MzAy0M

Stavlennia ukraintsiv do podii na Maidani naprykintsi 2013 — na pochatku 2014 roku. (2019). Razumkov Centre. https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/stavlennia-ukraintsiv-do-podii-na-maidani-naprykintsi-2013-na-pochatku-2014-roku

Stenohrama zasidannia RNBO Ukrainy u zviazku z pochatkom rosiiskoi ahresii v Krymu. (2016, February 22). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/articles/2016/02/22/7099911

Tiagnybok, O. (2015, September 11). Vbyvtsi Nebesnoï Sotni na voli [The killers of the heavenly hundred are free]. Ukrainska Pravda. http://blogs.pravda.com.ua/authors/tiahnybok/55f32401d1093/

U Kravchuka byla informaciija ob ubiistve Yanukovicha – advokat. (2018, August 3). Vesti. https://vesti-ukr.com/politika/297639-u-kravchuka-byla-informatsija-ob-ubijstve-janukovicha-advokat

U.S. told Ukraine to stand down as Putin invaded. (2015, August 21). Bloomberg. https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2015-08-21/u-s-told-ukraine-to-stand-down-as-putin-invaded

Ukhvala. Sprava № 757/37002/15-k. (2015). Pechersk District Court. http://reyestr.court.gov.ua/Review/52580748

Ukrayina-2020: nevypravdani ochikuvannya, neochikuvani vyklyky (2020). Razumkov Centre. https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/ukraina2020-nevypravdani-ochikuvannia-neochikuvani-vyklyky-pidsumky-roku-u-dzerkali-gromadskoi-dumky-gruden-2020r

Vid Maidanu-taboru do Maidanu-sichi: shho zminylosya? (2014, February 6). DIF. https://dif.org.ua/article/vid-maydanu-taboru-do-maydanu-sichi-shcho-zminilosya

Vypusk TSN. (2013, November 30). TSN. http://ru.tsn.ua/vypusky/tsn/vypusk-tsn-19-30-za-30-noyabrya-2013-goda-336686.html

Wilson, A. (2014). Ukraine crisis: What it means for the West. Yale University Press.

Zasidannia vid 17.12.2019 u spravi pro «Vbyvstva liudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu» [Video]. (2019). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/live/XY4fvYq-EO4?si=rWsK0ANRp7VzVSGd&t=11211

Zasidannia vid 27.12.2018 u spravi pro «Vbyvstva liudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu» [Video]. (2018). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=jewewl6k0ug

Zasidannia vid 3.12.2019 u spravi pro «Vbyvstva liudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu» [Video]. (2019). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/live/EgRzIgJCkgs?si=YI5MMTBNtGFNVWSr&t=1454

Zverskoe Izbienie Studentov na Maidane [Video]. (2014, March 23). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=KYMr1qaN9OM

Open Access This chapter is licensed under the terms of the Creative Commons Attribution 4.0 International License (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0), which permits use, sharing, adaptation, distribution and reproduction in any medium or format, as long as you give appropriate credit to the original author(s) and the source, provide a link to the Creative Commons license and indicate if changes were made.

The images or other third party material in this chapter are included in the chapter's Creative Commons license, unless indicated otherwise in a credit line to the material. If material is not included in the chapter's Creative Commons license and your intended use is not permitted by statutory regulation or exceeds the permitted use, you will need to obtain permission directly from the copyright holder.

Kapitel 3: Das Maidan-Massaker

3.1 Maidan-Massaker-Narrative und -Studien

Das Massaker an Maidan-Demonstranten und Polizisten während der massenhaften „Euromaidan"-Proteste am 20. Februar 2014 in der Ukraine ist ein entscheidender Fall politischer Gewalt. Dieser Massenmord an den Demonstranten und der Polizei führte zum Sturz der demokratisch gewählten und prorussischen Regierung von Viktor Janukowytsch und markierte den Beginn eines Bürgerkriegs im Donbas, der russischen Militärintervention auf der Krim und im Donbas, der russischen Annexion der Krim sowie eines zwischenstaatlichen Konflikts zwischen dem Westen und Russland und zwischen der Ukraine und Russland. Russland eskalierte diese Konflikte drastisch, indem es am 24. Februar 2022 seine illegale Invasion der Ukraine begann. Der russisch-ukrainische Krieg eskalierte zudem zu einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland (siehe Black & Johns, 2015; Hahn, 2018; Katchanovski, 2015a, 2015b, 2016a, 2016b, 2022, 2023a, 2024; Kudelia, 2016; Sakwa, 2015). Dieses Kapitel analysiert eine sehr große Menge verschiedener Beweise, um festzustellen, ob die Regierung Janukowytsch, die Maidan-Opposition oder eine etwaige „dritte Kraft" an dem Massenmord an Demonstranten und Polizisten beteiligt war.

Das vorherrschende Narrativ, das von den Regierungen und – mit bestimmten Ausnahmen – den Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen verbreitet wird, schrieb das Maidan-Massaker an den Demonstranten vom 18. bis 20. Februar 2014 der Regierung Janukowytsch und ihren Sicherheits- und Polizeikräften zu und ließ die Tötungen von Polizisten am selben Tag und am selben Ort in der Regel unberücksichtigt (siehe Boyd-Barrett, 2016). So erklärte Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, im Jahr 2023: „Heute ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Doch für viele Ukrainer begann dieser Konflikt bereits vor zehn Jahren. Er begann, als friedliche Demonstranten, die auf dem Maidan-Platz lediglich europäische Fahnen schwenkten, von Scharfschützen erschossen wurden" (Von der Leyen, 2023).

Die offizielle Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine (GPU) beschuldigte die Berkut-Polizei des Massakers an den Maidan-Demonstranten am 20. Februar auf Befehl von Präsident Viktor Janukowytsch sowie seiner Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine und des

Innenministeriums. Die GPU verhaftete zwei Berkut-Kommandeure und drei Angehörige dieser Polizeieinheit und beschuldigte sie des Terrorismus sowie des Mordes an 48 der 49 getöteten Maidan-Demonstranten und des versuchten Mordes an 80 der 172 verwundeten Demonstranten am 20. Februar auf Anordnung Janukowytschs.

Die ukrainischen Medien und – mit wenigen Ausnahmen – die westlichen Medien präsentierten das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess vom Oktober 2023 und die Verurteilung von drei Berkut-Polizisten in Abwesenheit wegen des Mordes an 31 der 49 Maidan-Demonstranten ungeprüft als definitiven Beweis dafür, dass diese alle Demonstranten massakriert hätten. Viele Medien stellten das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess fälschlich als definitiven Beweis dafür dar, dass es keine Maidan-Scharfschützen gegeben habe, und berichteten nicht über die Aussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Maidan-Demonstranten, über Videos und forensisch-ballistische Untersuchungen im Maidan-Massaker-Prozess in der Ukraine, die die Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden betrafen. Ebenso berichteten sie nicht über jene Teile dieses Prozessurteils, die den Beschuss vieler Demonstranten und westlicher Journalisten durch Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten sowie das Fehlen von Beweisen für einen Massakerbefehl der Regierung Janukowytsch und für eine russische Beteiligung betrafen.

Im Gegensatz zum vorherrschenden Narrativ präsentierte die deutsche Fernsehsendung Monitor Beweise aus ihrer Untersuchung, die zeigten, dass Scharfschützen im Hotel Ukraina stationiert waren und dass die Untersuchung der ukrainischen Regierung manipuliert wurde (ARD, 2014). Die Untersuchung der BBC kam zu ähnlichen Ergebnissen und berichtete, dass im Musikkonservatorium positionierte Scharfschützen auf die Polizei schossen (Gatehouse, 2015).

Janukowytsch sowie seine Leiter des Innenministeriums, der Inneren Truppen und des Sicherheitsdienstes der Ukraine und die Berkut-Kommandeure wurden in Abwesenheit beschuldigt, das Maidan-Massaker an den Demonstranten angeordnet zu haben, doch wurden keine solchen Befehle nachgewiesen. Janukowytsch, seine Minister und die Berkut-Kommandeure bestritten, das Massaker angeordnet zu haben, und erklärten, dass die Demonstranten und die Polizei von Maidan-Scharfschützen beschossen worden seien. Sie legten jedoch keine konkreten Beweise zur Stützung ihrer Behauptungen vor (Katchanovski, 2023a, 2023b).

Die russische Regierung und – mit einigen Ausnahmen – die Medien vertraten ähnliche Behauptungen, die sich in erster Linie auf Aussagen von Janukowytsch, seinen Regierungsministern und selbst zugegebenen georgischen Scharfschützen stützten. Mit Ausnahme der Interviews mit diesen Georgiern legten sie im Allgemeinen keine konkreten Beweise zur Stützung ihrer Behauptungen vor.

Die vorherrschende Darstellung des Maidan-Massakers in der englischsprachigen, russischsprachigen und ukrainischsprachigen Wikipedia beruht im Allgemeinen auf dem vorherrschenden Narrativ der westlichen und ukrainischen Medien und der Untersuchung der ukrainischen Regierung, wonach die Berkut-Polizei und staatliche Scharfschützen die Maidan-Demonstranten auf Anordnung der Regierung Janukowytsch massakriert hätten. Akademische

Studien zum Maidan-Massaker wurden dabei im Allgemeinen ausgeschlossen (siehe Euromaidan, 2025; Maidan, 2025). Es ist aufschlussreich, dass es in der englischsprachigen, russischsprachigen und ukrainischsprachigen Wikipedia keine spezifischen Artikel zum Maidan-Massaker gibt.

Dieselben Wikipedia-Autoren, die das Maidan-Massaker bewusst falsch darstellten und die Beteiligung der extremen Rechten an diesem Massaker reinwuschen, verunglimpften auch Wissenschaftler, die dieses Massaker erforschten, und reinwuschen in verschiedenen Wikipedia-Artikeln die gegenwärtige und historische extreme Rechte in der Ukraine, darunter offen neonazistische Organisationen sowie die Organisation Ukrainischer Nationalisten und die Ukrainische Aufstandsarmee, ihre Kollaboration mit Nazi-Deutschland, ihre Ideologie und ihre Führer, ihren Gruß „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden" und ihre Beteiligung am Massenmord an Juden, Polen und Ukrainern (siehe Kapitel 11).

Zu diesen Wikipedia-Autoren gehörten Nangaf, Wise2 (Prohoshka, Slav70), Bobfrombrockley, Lute88, My Very Best Wishes und Volunteer Marek. Die letzten fünf wurden in verschiedenen Publikationen bzw. Online-Quellen als der rechtsextremen Swoboda nahestehender Aktivist Swjatoslaw Gut, Ben Gidley, Tsetsilia Cecilia Tsypina, Andrei Lomize und Radek Szulga identifiziert. Die letzten beiden wurden zudem als Beteiligte an der absichtlichen Verfälschung des Holocaust in Polen durch Wikipedia identifiziert (siehe Grabowski & Klein, 2023).

Beispielsweise schrieb Wise2 (Prohoshka, Slav70) das Pogrom von Lwiw durch die OUN während der nationalsozialistischen Besatzung einer „jüdischen Kollaboration" zu und rechtfertigte den Antisemitismus insbesondere unter Verwendung eines „wissenschaftlichen Antisemitismus".

Trotz seiner inhärenten Bedeutung und seiner großen Folgen ist das Maidan-Massaker nur in wenigen akademischen Studien zentraler Gegenstand gewesen. Die meisten von ihnen stellten fest, dass rechtsextreme und oligarchische Elemente der Maidan-Opposition, insbesondere der Rechte Sektor und Swoboda, an dem False-Flag-Massaker an Demonstranten und Polizisten auf dem Maidan beteiligt waren (siehe Hahn, 2018; Katchanovski, 2015a, 2015b, 2016a, 2020, 2023a, 2023b, 2024, 2025a, 2025b).

Ishchenko (2016, 2020) stellte auf der Grundlage einer Analyse einer Datenbank bedeutender Protestereignisse während des Euromaidan eine erhebliche Beteiligung der extremen Rechten an Gewalt fest, untersuchte das Maidan-Massaker jedoch nicht gezielt. Mehrere andere akademische Studien haben nahegelegt, dass das Maidan-Massaker unter Beteiligung der extremen Rechten verübt wurde (siehe zum Beispiel Bandeira, 2019, 206–207; Cohen, 2018; Lane, 2016; Mandel, 2016; Sakwa, 2015, 90–92). Eine weitere Studie bestätigte die Befunde einer Beteiligung der extremen Rechten am Massaker an der Polizei und argumentierte, dass die Gewalt von den Maidan-Demonstranten ausging, die viele Polizisten töteten und verwundeten, und vertrat auf der Grundlage von Sekundärquellen die Auffassung, dass die Berkut-Polizei daraufhin als Reaktion die Demonstranten massakrierte (Kudelia, 2018).

Im Gegensatz dazu schrieben einige Studien zum „Euromaidan" das Massaker an den Demonstranten der Anti-Aufruhr-Polizei Berkut oder Scharfschützen des Sicherheitsdienstes der

Ukraine und der Inneren Truppen zu (siehe zum Beispiel Marples & Mills, 2015). Sie beruhten jedoch nicht auf einer umfassenden Analyse dieses entscheidenden Falls politischer Gewalt und übernahmen unkritisch die Behauptungen der Maidan-Politiker sowie der ukrainischen und westlichen Medien, dass staatliche Scharfschützen der SBU-Einheit Alfa und der Omega-Einheit der Inneren Truppen und/oder der speziellen Berkut-Kompanie das Massaker an den Demonstranten auf Anordnung Janukowytschs verübt hätten.

Einige andere Studien, die das Maidan-Massaker kurz behandelten, stützten sich auf ein Modell zur Tötung von drei Maidan-Demonstranten. Das SITU-Modell wurde von einem New Yorker Architekturbüro für die Anwälte der Maidan-Demonstranten erstellt, doch der Maidan-Massaker-Prozess lehnte es als Beweismittel ab. Dieses Modell stellte die Richtungen der Schüsse falsch dar, indem es die Wundorte dieser drei Demonstranten gegenüber ihren Wundorten in den rechtsmedizinischen Untersuchungen durch ukrainische Regierungsgutachter für die Untersuchung des Maidan-Massakers und den Prozess falsch darstellte (siehe Katchanovski, 2023a, 2023b, 2024).

Dieses Kapitel verbindet die Inhaltsanalyse aller öffentlich verfügbaren Videos, Fotos und Audioaufzeichnungen des Maidan-Massakers vom 20. Februar 2014 in englischer, ukrainischer, russischer, polnischer und anderen Sprachen mit einer Analyse mehrerer hundert Zeugnisse zu diesem Massaker auf der Grundlage einer qualitativen Interviewmethodik. Die manifeste und latente Inhaltsanalyse umfasst über 2000 Videos und Aufzeichnungen von Live-Internet- und Fernsehübertragungen des Massakers in fast 50 Ländern, Nachrichtenberichte und Social-Media-Beiträge von 120 Journalisten, die aus Kiew über das Massaker berichteten, mehr als 6000 Fotos sowie nahezu 30 Gigabyte öffentlich verfügbarer Funkaufzeichnungen von Scharfschützen und Kommandeuren des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der Inneren Truppen.

Die Analyse stützt sich zudem auf nahezu 1000 Stunden offizieller Videoaufzeichnungen des Maidan-Massaker-Prozesses und des Hochverratsprozesses gegen Janukowytsch, auf den Text des Urteils im Maidan-Massaker-Prozess mit nahezu 1.000.000 Wörtern sowie auf Informationen zu den Untersuchungen dieses Massakers in über 2500 Gerichtsentscheidungen in der offiziellen Online-Datenbank ukrainischer Gerichtsentscheidungen.

Mehrere Online-Videoanhänge enthalten kurze relevante Zusammenstellungen von Ausschnitten aus Videos des Massakers vom 20. Februar und des Maidan-Massaker-Prozesses. Sie sind auf YouTube verfügbar (Video A, 2023, Video B, 2023, Video C, 2023, Video D, 2023, Video E, 2023, Video F, 2023, Video H, 2023). Zahlreiche Videos des Massakers wurden anhand übereinstimmender visueller und akustischer Inhalte der Videos, insbesondere von Reden von der Maidan-Bühne, sowie anhand mit Zeitstempeln versehener Videoaufzeichnungen synchronisiert, etwa von Aufzeichnungen von Live-Fernsehübertragungen, Internet-Streams und Überwachungskameras.

Diese Videoanhänge enthalten außerdem Karten, die die Standorte der Regierungskräfte und der Gebäude mit Scharfschützen sowie die Orte und Zeiten der Tötung und Verwundung bestimmter Maidan-Demonstranten und Polizisten zeigen. Die Standorte und Positionen der

Scharfschützen werden anhand ihrer Videos und Fotos sowie anhand von Zeugnissen verwundeter Demonstranten und von Zeugen bestimmt.

Diese Studie analysierte Interviews und Aussagen von mehreren hundert Zeugen in Medien und sozialen Medien. Die meisten dieser Zeugnisse stammen von Augenzeugen, überwiegend Maidan-Demonstranten, sowie von westlichen und ukrainischen Journalisten. Da es im rationalen Eigeninteresse der Berkut-Offiziere und der Vertreter der Regierung Janukowytsch, die des Maidan-Massakers beschuldigt werden, läge, ihre Verantwortung zu bestreiten, ob sie nun schuldig sind oder nicht, stützt sich die Analyse nicht auf ihre Zeugnisse.

Die Analyse stützt sich ferner auf Feldforschung und Fotos des Autors am Ort des Maidan-Massakers im Zentrum von Kiew im Juli 2014 sowie auf zahlreiche Besuche des Maidan und der meisten umliegenden Gebäude vor dem Massaker, darunter das Hotel Ukraina, das Hauptpostamt, der Schowtnewyj-Palast, das Hotel Dnipro und das Hotel Kozatsky. Eine Multimethoden-Methodik, die die Inhaltsanalyse von Videos, Audioaufzeichnungen und Fotos des Massakers mit der Analyse qualitativer Interviews mit Zeugen verbindet, macht die Fallstudie und ihre Befunde weitaus zuverlässiger als typische wissenschaftliche Studien. Konkrete Zeugnisse zu konkreten Ereignissen, insbesondere zu Tötungen und Verwundungen konkreter Demonstranten und zu den Positionen der Schützen, wurden durch andere Beweise untermauert, etwa durch weitere Zeugnisse, Video- und Audioaufzeichnungen dieser Ereignisse sowie Ergebnisse rechtsmedizinischer und ballistischer Untersuchungen durch staatliche Gutachter zu denselben konkreten Ereignissen. Dasselbe gilt für andere Beweisarten wie Videos. Darüber hinaus werden die Beweise anhand weiterer Standardkriterien wissenschaftlicher Methodik bewertet, etwa der Validität, konkret der Augenscheinvalidität und der Replikation.

3.2 Videorekonstruktion des Maidan-Massakers am 20. Februar 2014

Die Inhaltsanalyse synchronisierter Videos, Fotos, Audioaufzeichnungen sowie von Medien- und Social-Media-Berichten zeigt, dass die Waffenstillstandsvereinbarung, die der damalige Präsident Janukowytsch und die Führer der Maidan-Oppositionsparteien um Mitternacht des 20. Februar 2014 unterzeichneten, am frühen Morgen dieses Tages gebrochen wurde. Die Einheiten des Berkut und der Inneren Truppen befanden sich damals in einer Pattsituation mit den Demonstranten auf dem Maidan (dem Unabhängigkeitsplatz) im Zentrum von Kiew (Video A).

Videos von STB und 112 Ukraina TV zeigen Scharfschützen, die kurz vor 8:00 Uhr verdeckt aus dem Musikkonservatorium schossen. Eine Untersuchung der BBC enthielt Fotos eines ukrainischen Fotografen, die mehrere Maidan-Scharfschützen zeigten, die mit Jagdgewehren und entweder einem Kalaschnikow-Sturmgewehr oder dessen Jagdversion bewaffnet kurz nach 8:00 Uhr im Musikkonservatorium waren. Eine Aufzeichnung einer Live-Übertragung von 112 Ukraina TV verwies um 8:00 Uhr auf Schützen im Konservatorium. Ein weiterer Live-Bericht um 8:37 Uhr stellt fest, dass Schützen aus dem Konservatorium mindestens fünf Polizisten auf dem Maidan verwundeten. Ein Video zeigt einen Berkut-Polizisten, der zum Konservatorium blickt und ruft, dass Schrotkugeln die Berkut-Polizei auf dem Maidan träfen und dass das tödliche Schießen von oben komme (siehe Video A) (Karte 3.1 und Abb. 3.1).



Karte 3.1 *Das Maidan-Massaker am 20. Februar 2014*

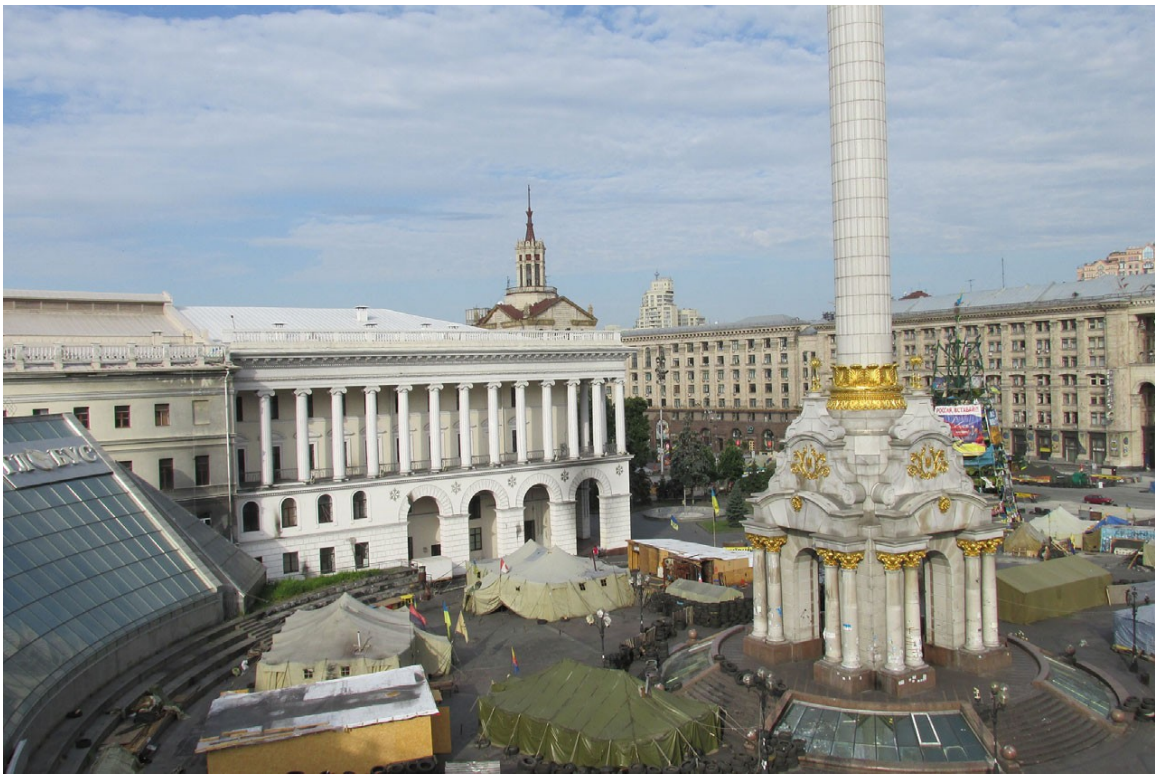


Abb. 3.1 *Musik-Konservatorium und Hauptpostamt auf dem Maidan (Unabhängigkeitsplatz) (Foto des Autors)*

Eine Erklärung der Partei Vaterland vom 20. Februar 2014 besagte, dass die Maidan-Demonstranten vom Dach des Musikkonservatoriums aus von Regierungstruppen beschossen wurden und dass das Schießen aufhörte, nachdem die Maidan-Aktivisten auf das Dach gestiegen waren („Batkivshhyna", 2014).

Videos zeigen außerdem, dass das Konservatorium auf vom Maidan kontrolliertem Gebiet lag, wobei viele Demonstranten in der Nähe seines Eingangs und der dem Maidan zugewandten Teile des Gebäudes gefilmt wurden. Ein Redner auf der Maidan-Bühne bat gegen 8:00 Uhr „liebe Freunde" im Konservatorium, das Feuer auf seinem Balkon zu unterdrücken. Ein Kommandeur einer speziellen Maidan-Kompanie und drei ihrer Mitglieder gaben in ihren ukrainischen Medien- und BBC-Interviews sowie während einer Vernehmung zu, dass ihre Einheit zum Zeitpunkt des Massakers im Gebäude des Konservatoriums stationiert war und auf die Polizei schoss (siehe zum Beispiel Bird In Flight, 2016; Gatehouse, 2015; Gordon, 2020; Katchanovski, 2015b).

Eine Untersuchung der GPU und das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess bestätigten diese öffentlichen Eingeständnisse (Katchanovski, 2024; Maidan, 2023; Vyrok, 2023). Der Kommandeur und viele ihrer Mitglieder, deren Liste aus der Untersuchung durchgesickert war, waren Mitglieder rechtsextremer Organisationen wie des Kongresses Ukrainischer Nationalisten, des Rechten Sektors und Swobodas oder standen in anderer Verbindung zu ihnen und stammten überwiegend aus Galizien in der Westukraine (Strana, 2020).

Nicht ausgestrahltes CNN-Videomaterial zeigt, wie gegen 8:20 Uhr der Kommandeur und Mitglieder der speziellen bewaffneten Maidan-Kompanie mit ihren Schusswaffen zur Maidan-Barrikade gehen, hinter der Maidan-Barrikade Position beziehen, der Polizei und den Inneren Truppen auf dem Maidan zugewandt, und dabei unbewaffnete Maidan-Demonstranten als menschliche Schutzschilde benutzen. Auf ihr Erscheinen folgten Geräusche vieler Schüsse. Am selben Ort und etwa zur selben Zeit wurden Mitglieder der speziellen bewaffneten Maidan-Kompanie gefilmt, wie sie sodann mit Jagdgewehren in Richtung der ihnen auf dem Maidan gegenüberstehenden Berkut-Polizei und Inneren Truppen schossen. Eine Aufzeichnung einer Live-Übertragung zeigte außerdem ein Mitglied der speziellen bewaffneten Maidan-Kompanie, das einem anderen auf derselben Barrikade eine Schusswaffe vom Kalaschnikow-Typ übergab (Video A, 05:03).

In ähnlicher Weise berichtete der Fernsehsender 24 TV kurz vor 8:00 Uhr, dass aus dem Hotel Ukraina geschossen werde, dass es Schüsse mit Schrotkugeln und Scharfschützen gebe und dass drei angeschossene Demonstranten evakuiert worden seien. Ein Video eines Maidan-Demonstranten zeigt, wie einer der Verletzten unter den Demonstranten vom Maidan evakuiert wird, und darauf folgt eine Warnung von der Maidan-Bühne vor einem Scharfschützen im Hotel Ukraina. Etwa zur selben Zeit sagte ein Redner auf der Maidan-Bühne, dass jemand aus dem Hotel Ukraina schieße. Er bat „unsere Leute, die bis vor kurzem im Hotel gewesen waren", dies zu überprüfen (Video A, 00:01:19). Diese Videos liefern Beweise dafür, dass Scharfschützen im Hotel Ukraina die Maidan-Demonstranten beschossen und dass die Maidan-Kräfte das Innere dieses Hotels kontrollierten und die Möglichkeit hatten, etwaige dort befindliche Scharfschützen zu melden oder zu neutralisieren, wenn diese von Regierungstruppen oder einer dritten Kraft stammten.

Die synchronisierten Videos zeigen, wie Innere Truppen und der Berkut im selben Bereich des Unabhängigkeitsplatzes (Maidan) beschossen wurden, zu Boden fielen und evakuiert wurden. Die Anti-Aufruhr-Polizei Berkut und die Einheiten der Inneren Truppen, die den Maidan fast drei Monate lang belagert, gestürmt und blockiert hatten, verließen hastig ihre Stellungen auf dem Maidan und flohen zwischen 8:50 Uhr und 9:00 Uhr. Videos und Funkkommunikationen der Einheiten der Inneren Truppen enthalten dringende Rückzugsbefehle um 8:49 Uhr und um 8:50 Uhr. Große Zahlen von Berkut- und Angehörigen der Inneren Truppen flohen in den Minuten vor und nach 9:00 Uhr hastig aus dem Maidan-Gebiet. Ein Berkut-Offizier erklärte während dieses Rückzugs, dass die Polizei unter Beschuss mit scharfer Munition von Maidan-„Scharfschützen" geraten sei und dass dann Scharfschützen im dritten Stockwerk von oben des Hotels Ukraina erschienen seien. Mehrere andere fliehende Berkut- und Angehörige der Inneren Truppen sowie Fernsehkorrespondenten vor Ort machten ähnliche Aussagen (siehe Video A).

Die Inhaltsanalyse legt nahe, dass sowohl die Polizei als auch die Maidan-Demonstranten auf dem Maidan am frühen Morgen von Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten wie dem Hotel Ukraina und dem Musikkonservatorium beschossen wurden und dass die Polizei und die Inneren Truppen infolge der Verluste in ihren Einheiten anschließend zurückwichen und vom Maidan flohen. Diese Befunde werden durch zahlreiche

Zeugnisse verwundeter Maidan-Demonstranten und Berkut-Polizisten, durch Kommandeure staatlicher Scharfschützeneinheiten, Augenzeugen unter den Maidan-Demonstranten und Journalisten, staatliche Untersuchungen, rechtsmedizinische Untersuchungen durch staatliche Gutachter und das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess gestützt.

Die Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine stellte fest, dass zwischen 8:00 Uhr und 9:10 Uhr ein Berkut-Offizier auf dem Maidan aus Richtung des Musikkonservatoriums und zwei aus Richtung der Maidan-Barrikaden getötet wurden, von denen zwei aus einem auf der Kalaschnikow basierenden Jagdkarabiner Saiga von einem Mitglied einer speziellen Maidan-Kompanie erschossen wurden. Er hatte zuvor in Interviews mit ukrainischen Medien zugegeben, die Polizei vom Musikkonservatorium und von den Maidan-Barrikaden aus beschossen und zwei Polizisten mit einer solchen Schusswaffe getötet zu haben (Bird In Flight, 2016; Katchanovski, 2015b). Darüber hinaus stellte die Regierungsuntersuchung fest, dass 39 Polizisten auf dem Maidan von 5:30 Uhr bis zum Rückzug der Polizei durch Schusswaffen verwundet wurden und dass 10 Maidan-Demonstranten auf dem Maidan am Morgen des 20. Februar vor 9:00 Uhr durch scharfe Munition aus anderen als den regierungskontrollierten Sektoren verwundet wurden, doch niemand wurde für ihre Verwundung angeklagt.

Die synchronisierte Videokompilation zeigt, dass nach dem Rückzug der Polizeieinheit Menschenmengen von Demonstranten, deren absolute Mehrheit unbewaffnet war, gegen 8:50 Uhr begannen, von ihren Positionen auf dem Maidan die Instytutska- und die Hruschewskyj-Straße hinauf vorzurücken. Ihr Vormarsch wurde durch Befehle gelenkt, die von der Maidan-Bühne über Lautsprecher verkündet wurden. Sie gaben Befehle der Maidan-Führer und der Kompaniekommandeure der Maidan-Selbstverteidigung weiter. Konkret gab ein Maidan-Ansager Befehle für Demonstranten weiter, zu den Höhen des Schowtnewyj-Palastes vorzurücken und an diesen Positionen zu bleiben (siehe Video A).

Die synchronisierten und mit Zeitstempeln versehenen Videos zeigen, dass drei Demonstranten getötet wurden, bevor etwa zwei Dutzend Polizeibeamte der speziellen Berkut-Kompanie erstmals aus einem Bus erschienen und wenige Minuten nach 9:00 Uhr mit Kalaschnikows und Pumpflinten zu schießen begannen. Das bedeutet, dass die Polizisten der speziellen Berkut-Kompanie, die der Tötung dieser drei Demonstranten beschuldigt wurden, sie physisch nicht erschießen konnten und dass sie von jemand anderem getötet wurden.

Im Gegensatz dazu legen die Videos nahe, dass Maidan-Scharfschützen dort etwa zur selben Zeit auf Demonstranten schossen. Ein Korrespondent des polnischen Senders TVP berichtete um 9:01 Uhr, unmittelbar nachdem diese drei Demonstranten in seiner Nähe getötet worden waren, dass ein Scharfschütze aufgetaucht sei, der sowohl auf die Polizei als auch auf Demonstranten schieße. Er wies in Richtung Maidan, in Richtung des Musikkonservatoriums. Um 9:04 Uhr, mehrere Minuten nachdem diese drei Demonstranten getötet worden waren, erging von der Maidan-Bühne eine Warnung an die Demonstranten, nicht auf andere Demonstranten in den Rücken zu schießen (siehe Video A, 13:05).

Die Inhaltsanalyse synchronisierter Videos zeigt, dass etwa 15–20 Mitglieder der speziellen Berkut-Kompanie um 9:02 Uhr aus einem Bus auf der Instytutska-Straße in der Nähe des Maidan

erschienen und mit Pumpflinten und AKMS (modifizierten Kalaschnikow-Sturmgewehren) zu schießen begannen. Die Videos zeigen, dass viele Maidan-Demonstranten im selben Gebiet innerhalb desselben allgemeinen Zeitraums mit Schusswunden zu Boden fallen. Diese Videos wurden von den Medien, der Anklage und den Anwälten der Maidan-Demonstranten als definitiver Beweis dafür präsentiert, dass diese Berkut-Polizisten Maidan-Demonstranten massakrierten.

Die Inhaltsanalyse zeigt jedoch, dass der Zweck des kurzen Vorrückens der Berkut-Kompanie darin bestand, den Rückzug der im Schowtnewyj-Palast verbliebenen Soldaten der Inneren Truppen zu ermöglichen, dessen Haupteingang wenige Minuten nach 9:00 Uhr von den Demonstranten eingenommen wurde. Das begrenzte Vorrücken von zwei Dutzend Mitgliedern der speziellen Berkut-Kompanie zum Schowtnewyj-Palast und ihr schneller Rückzug gemeinsam mit einer großen Zahl von Polizisten sind in verschiedenen Videos zu sehen. Synchronisierte Videos zeigen, dass die Schüsse der Berkut aus Kalaschnikows und ihre Richtung mit sichtbaren Einschlägen auf dem Boden oder dem Pflaster vor den Demonstranten übereinstimmen (siehe Video A).

Die Inhaltsanalyse zeigt, dass die konkreten Zeiten und Richtungen des Schießens durch Angehörige einer Berkut-Einheit von etwa 20 Polizisten, die der Tötung und des versuchten Tötens beschuldigt werden, und die konkreten Zeiten der Tötung und Verwundung konkreter Maidan-Demonstranten in den Videos, die beides gleichzeitig filmten, nicht übereinstimmten, etwa in einem langen Video des deutschen Senders ARD und in synchronisierten Videos (TyzhdenUA, 2017). Dieses entscheidende lange ARD-Video, das wie die synchronisierten Videos visuell zeigt, dass die Berkut-Polizisten zumindest auf die absolute Mehrheit der getöteten und verwundeten Demonstranten nicht schossen, wurde von diesem deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender nicht ausgestrahlt. Die Berkut-Polizisten sind zu den exakten Zeitpunkten der Tötung und Verwundung der absoluten Mehrheit dieser Demonstranten stehend, sich bewegend und hinter Barrikaden Deckung nehmend gefilmt, ohne ihre AKM auf diese Demonstranten zu richten, und es ist kein sichtbarer Schussrauch und kein Rückstoß ihrer Schusswaffen zu erkennen. Es war physisch unmöglich, sie zu erschießen, ohne mit ihren Kalaschnikows auf die konkreten Demonstranten zu zielen und gleichzeitig Schüsse abzugeben, als die Demonstranten zu Boden fallen gesehen wurden und Geräusche konkreter Schüsse zu hören waren (siehe Video H).

Beispielsweise veranschaulicht die Inhaltsanalyse synchronisierter Videos der Tötungen von Ihor Dmytriw und Andrij Dyhdalowytsch und der Verwundungen von Swjatoslaw Kolesnikow und Roman Kotljarewskyj visuell, dass die konkreten Zeiten ihres Beschusses nicht mit den konkreten Zeiten des Schießens der Berkut in denselben und/oder anderen synchronisierten Videos übereinstimmten. Die synchronisierten Videos sowohl dieser Studie als auch des SITU-Modells zeigen zur Zeit der Tötung von Dmytriw keine Polizisten und keine ihrer Schusswaffen hinter der von Berkut besetzten Barrikade. Sie zeigen dasselbe hinsichtlich der Berkut-Polizei und keine Anzeichen eines Schusses wie Mündungsfeuer und Rückstoß eines Omega-Scharfschützen hinter derselben Barrikade zur Zeit der Tötung von Dyhdalowytsch. Ein mit Zeitstempel versehenes

Video zeigte, dass Berkut-Polizisten hinter einer Berkut-Barrikade während der Verwundung von Kolesnikow überhaupt nicht schossen (siehe Video H).

Ebenso sind in einem Video des deutschen Senders ARD um 10:16 Uhr zur Zeit der Verwundung des Maidan-Sanitäters Roman Kotljarewskyj von den der Lastwagen-Barrikadenseite zugewandten Maidan-Demonstranten aus keine Berkut-Polizisten und keine Anzeichen eines Schusses zu sehen. Ein Video einer Sicherheitskamera der Nationalbank, das anhand des übereinstimmenden Inhalts und der Zeitstempel des Überwachungskamera-Videos präzise mit den deutschen und den CNN-Videos seiner Verwundung synchronisiert ist, zeigt, dass die Berkut-Polizei sich hinter der Lastwagen-Barrikade versteckte und ihre Kalaschnikows nicht einmal in Richtung Kotljarewskyj richtete. Die Anklage und die Anwälte der Maidan-Opfer behaupteten während des Prozesses, dass dieser Maidan-Sanitäter von einem Berkut-Polizisten von dieser Barrikade aus verwundet worden sei. Kotljarewskyj sagte während eines Ermittlungsexperiments aus, dass er wegen der von oben nach unten verlaufenden Richtung seiner Wunde und deren Lage an der Rückseite seines rechten Oberschenkels von der Bank Arkada aus verwundet worden sei. Ein Röntgenbild der Wunde zeigte, dass die Kugel in einem steilen Winkel steckte. Ein staatlicher Ballistikgutachter stellte zudem fest, dass der Schusssektor vom Hotel Ukraina zur Bank Arkada verlief (siehe Video D).

Die Anklage, die Anwälte der Maidan-Opfer und zahlreiche Medienberichte zeigten Videos, in denen Berkut von der Lastwagen-Barrikade aus schießt, als Beweis dafür, dass sie fast die Hälfte der 49 Demonstranten vor ihnen getötet hätten. Die Inhaltsanalyse zeigt jedoch, dass Berkut physisch nicht von hinter einer Lastwagen-Barrikade auf Demonstranten schießen konnte, weil es unterhalb der Schusslinie der Berkut über die Oberkante des Lastwagenaufbaus hinweg tote Winkel gab. Da Höhe und Breite des Lastwagens vom Typ MAZ etwa drei Meter betrugen, war es für die Berkut-Polizisten, die sich vollständig hinter diesem Lastwagen befanden oder auf den Betonstücken standen, wobei von ihnen hinter der Lastwagen-Barrikade nur die Köpfe und Hände sichtbar waren, physisch unmöglich, auf die unten vor diesem Lastwagen befindlichen Demonstranten zu schießen. Letztere konnten nur parallel zur Oberkante des Lastwagens oder darüber hinweg schießen (siehe Video A & D). Dies stimmt mit den Einschusslochpositionen überein.

Ebenso zeigen die Videos visuell, dass es physisch unmöglich war, Roman Ushnewytsch von der Berkut-Barrikade aus zu töten, weil er sich gemeinsam mit mehreren anderen Demonstranten hinter einer Betonmauer befand, die sie von der Berkut-Barrikade abschirmte (Video A, 33:06).

Videos und Fotos zeigen Einschusslöcher in den Schutzschilden von Dmytriw und einem Demonstranten unmittelbar vor Dyhdalowytsch sowie in den Helmen von Paraschtschuk und Roman Huryk, die mit den Orten und den von oben nach unten verlaufenden Richtungen der Wunden übereinstimmen. Sie alle weisen auf Schüsse aus dem oberen Teil der Bank Arkada und nicht von der Berkut-Barrikade hin. Ein Demonstrant, der dabei gefilmt wurde, wie er sich während der Tötung Dyhdalowytschs näherte, sagte, dass er einen Scharfschützen auf dem Dach der Bank Arkada gesehen habe und dass Dyhdalowytsch von einem Scharfschützen aus

diesem Gebäude getötet worden sei. Während des Massakers wiesen auch andere Maidan-Demonstranten auf Scharfschützen in der Bank Arkada hin (siehe Video A und D).

Das SITU-Modell des Beschusses der ersten drei Demonstranten, das behauptete, sie seien von der Berkut-Barrikade aus erschossen worden, verlagerte die Wundorte von den Seiten und dem Rücken zur Vorderseite und machte ihre steilen Richtungen praktisch horizontal, entgegen den exakten Wundorten in den rechtsmedizinischen Untersuchungen und Videos. Der Berkut-Anwalt erklärte im Maidan-Massaker-Prozess, dass das investigative Lokalexperiment, das von staatlichen Rechtsmedizinern unter Beteiligung eines Anwalts der Maidan-Opfer durchgeführt wurde, als Schussrichtung die Bank Arkada feststellte. Er sagte, dass Paraschtschuk sich in einer toten Zone der Berkut-Barrikade befunden habe und dass das investigative Lokalexperiment diese Schussrichtung nicht berücksichtigt habe. Derselbe Anwalt der Maidan-Opfer beauftragte das Architekturbüro mit dem SITU-Modell mit den gefälschten Ergebnissen (Video H, 05:09).

Im Gegensatz dazu stellten die Berkut-Anwälte und die Regierungsuntersuchung fest, dass die Zeit und die Richtung der Tötung eines Mitglieds der speziellen Berkut-Kompanie um 9:16 Uhr mit dem Schießen eines Demonstranten aus einem Jagdgewehr in Fotos und in einem Video übereinstimmen, das zeigt, wie er hinter die Demonstranten in Deckung läuft (Video A, 18:27). Diese Untersuchung ergab, dass der Berkut-Polizist durch Schrotkugeln aus einer ähnlichen Maidan-Richtung getötet wurde.

In einigen Fällen fiel der konkrete Zeitpunkt eines Schusses der Berkut-Polizisten mit der Tötung oder Verwundung eines konkreten Demonstranten zusammen. In allen diesen Fällen waren die Kalaschnikows der Berkut jedoch über, unter oder neben diese Demonstranten gerichtet, und diese Schüsse fielen mit den Geräuschen anderer Schüsse unterschiedlicher Lautstärke und Art zusammen. Das bedeutet, dass eine unbeabsichtigte Tötung einiger Demonstranten durch die Berkut-Polizei infolge von Querschlägern allein anhand von Videos zwar nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass es aber auch Beweise für deren Beschuss durch Scharfschützen von anderen Standorten gibt.

Beispielsweise zeigt die Inhaltsanalyse, dass die Tötung von Bohdan Soltschanyk mit einem Schuss eines Berkut-Polizisten in Richtung Boden mehrere Meter vor diesem Demonstranten zusammenfällt, aber auch mit einem weiteren, leichteren Schuss. Eine steile Wundrichtung in der rechtsmedizinischen Untersuchung und verschiedene Beweise dafür, dass Scharfschützen in dem vom Maidan kontrollierten Hotel Ukraina und im Schowtnewyj-Palast etwa zur selben Zeit auf Demonstranten in der Nähe von Soltschanyk schossen und diese töteten, etwa Sajenko, legen nahe, dass er von einem solchen Scharfschützen erschossen worden sein könnte (Video A, 15:52).

Verschiedene Videos und Fotos zeigen Scharfschützen und Späher im Hotel Ukraina und im Schowtnewyj-Palast während des Massakers an den Demonstranten, und es gibt mehr als 80 Zeugnisse über solche Scharfschützen während des Massakers selbst. Sie zeigten außerdem, dass diese Gebäude zu diesem Zeitpunkt von Maidan-Kräften kontrolliert wurden. Es gab Demonstranten, darunter bewaffnete Angehörige der mit der extremen Rechten verbundenen speziellen Maidan-Kompanie, innerhalb und außerhalb dieser Gebäude im selben Zeitraum oder

um ihn herum sowie in denselben Stockwerken und auf dem Dach, in denen bzw. auf dem Scharfschützen von mehreren hundert Demonstranten und Journalisten während und nach dem Massaker gefilmt oder gemeldet wurden (siehe Video A).

Beispielsweise zeigte ein Video des ukrainischen Senders ICTV um 10:25 Uhr einen Scharfschützen, der sich hinter den Vorhängen eines Fensters im 11. Stock des Hotels Ukraina versteckte und in Richtung der Maidan-Demonstranten schoss. Ein ICTV-Reporter erklärte in diesem Video, dass Scharfschützen aus dem Hotel Ukraina den vorrückenden Demonstranten in den Rücken schössen. Ein BBC-Video zeigte um 10:28 Uhr einen Scharfschützen, der aus einem offenen Fenster im selben 11. Stock des Hotels in Richtung des BBC-Fernsehteams und der dortigen Demonstranten schoss, und die Demonstranten, die in Deckung liefen und „Scharfschützen" riefen, während sie auf das Hotel zeigten. Der BBC-Korrespondent identifizierte den Schützen in seinem Nachrichtenbericht und in seinem Tweet dahingehend, dass er einen grünen Helm trug, wie ihn Maidan-Demonstranten trugen. Die Regierungsuntersuchung ergab, dass einer der Führer der rechtsextremen Swoboda zum Zeitpunkt des Massakers in einem Hotelzimmer wohnte (siehe Video C, 06:23). Ein Maidan-Demonstrant aus diesem BBC-Video sagte im Prozess aus, dass ihm andere Demonstranten gesagt hätten, dies sei „unser Scharfschütze". Er sagte, dass er in einem anderen Fenster des Hotels Ukraina einen Scharfschützen gesehen habe, der den Demonstranten Zeichen gab, um zu vermeiden, diese Scharfschützen preiszugeben (Video C; Katchanovski, 2024).

Nur wenige Minuten zuvor wurden in Videos von CNN und Spilno TV im selben 11. Stock Stimmen einer Gruppe von Maidan-Demonstranten aufgezeichnet, die darüber sprachen, nach Positionen zum Schießen zu suchen (siehe Video A, 52:14). Der Reporter von Spilno TV sagte in seinem Online-Stream, dass es sich um bewaffnete Maidan-Demonstranten handelte, insbesondere mit Kalaschnikows. Er sagte aus, dass dieselbe bewaffnete Maidan-Gruppe in dasselbe Hotelzimmer im selben 11. Stock eindrang, etwa zu der Zeit, als er gegen 9:35 Uhr aus diesem Zimmer streamte (Katchanovski, 2024). Dies ist ein Beweis dafür, dass die Mitglieder der Maidan-Gruppe entweder Scharfschützen umfassten, die auf die Maidan-Demonstranten schossen, oder dass sie Scharfschützen, die auf die Demonstranten schossen, gerade während desselben Zeitraums und aus demselben Stockwerk des Hotels Ukraina, nicht als feindlich betrachteten und sie daher nicht daran hinderten, die Demonstranten zu massakrieren.

Um 9:10–9:11 Uhr, wenige Minuten nach der Tötung mehrerer Demonstranten, warnte ein Ansager auf der Maidan-Bühne die Demonstranten öffentlich vor zwei bis drei Scharfschützen im Pendelgeschoss des Hotels Ukraina. Dies entspricht dem 11. Stockwerk, das dem Massakergebiet kurz vor, während und kurz nach diesem Zeitpunkt zugewandt war. Ähnliche Warnungen vor Scharfschützen in diesem Hotel, insbesondere davor, dass sie Demonstranten töten, wurden während des Massakers mehrfach von der Maidan-Bühne weitergegeben. Solche Warnungen wurden auch hinsichtlich Scharfschützen im Schowtnewyj-Palast ausgesprochen, als dieser unter der Kontrolle der Maidan-Demonstranten stand (Video A, 26:10).

Nicht ausgestrahlte Ausschnitte des bekanntesten Videos des Maidan-Massakers, das vom belgischen Fernsehsender VRT News gefilmt und im Maidan-Massaker-Prozess vorgeführt

wurde, zeigen zwei Maidan-Demonstranten, die eine Gruppe anderer Demonstranten dazu verleiten, in Richtung Berkut vorzurücken, kurz bevor sie dort massakriert werden sollten. Es gab keinen anderen rationalen Grund, Demonstranten dorthin zu führen, nachdem wenige Minuten zuvor ein Dutzend Demonstranten im selben Gebiet getötet und viele weitere verwundet worden waren. Man hört einen Demonstranten die anderen Demonstranten dieser Gruppe anschreien, nicht weiterzugehen, weil Scharfschützen aus dem Hotel auf alle Demonstranten gemeinsam schössen [um sie niederzustrecken] und weil von dort Schüsse sichtbar seien. Dieses Video zeigt sodann um 9:38 Uhr eine Kugel, die einen Baum in Richtung dieser Gruppe von Maidan-Demonstranten trifft. Nach diesem Schuss blickten sie zurück in Richtung Hotel Ukraina. Einer von ihnen wies mit der Hand zum Hotel und rief etwas über Schüsse aus dem Hotel und dass sie schössen, um die Demonstranten niederzustrecken, und bat die Schützen dort, nicht zu schießen. Wenige Minuten später wurden fast alle der etwa zwölf Demonstranten dieser Gruppe, darunter Ushnewytsch, getötet oder verwundet (siehe Video C). Sechs verwundete Demonstranten aus dieser Gruppe sagten im Maidan-Massaker-Prozess und in der Untersuchung aus, dass sie aus diesem Hotel und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden beschossen worden seien, dass sie dort Scharfschützen gesehen hätten oder dass ihnen andere Demonstranten von ihnen berichtet hätten (siehe Katchanovski, 2023a).

Demonstranten wurden gefilmt, wie sie sich fragten, ob die Schüsse während einer Schießserie, bei der kurz vor 9:30 Uhr 10 Demonstranten dort getötet wurden, aus diesem Hotel abgegeben worden waren. Ein Demonstrant sagte, dass es notwendig sei, mit einem Kalaschnikow-Sturmgewehr loszugehen, um das Hotel zu überprüfen. Mehrere verwundete Demonstranten, die sich im Maidan-Massaker-Prozess in den Videos in diesem Gebiet während dieser Schießserie selbst identifizierten, sagten aus, dass sie und andere Demonstranten von Scharfschützen im Hotel Ukraina beschossen worden seien und/oder diese dort gesehen hätten (Video A, 26:10).

Videos zeigen, dass die Maidan-Kräfte nicht nur die Ein- und Ausgänge des Hotels Ukraina vor, während und nach dem Massaker an den Demonstranten kontrollierten, sondern auch, dass sich bewaffnete Maidan-Gruppen in denselben Stockwerken aufhielten, die Demonstranten und Journalisten etwa zur selben Zeit als Standorte von Scharfschützen identifizierten. Insbesondere wurden sie von BBC, CNN und Spilne TV im 11. Stock gefilmt, vor allem in dem Zimmer eines der Führer der Swoboda-Partei. Scharfschützen wurden im Zimmer eines anderen Swoboda-Führers und in einem weiteren Zimmer im selben Hotelstockwerk gemeldet. Viele weitere Swoboda-Abgeordnete wohnten in diesem Stockwerk, und Videos zeigten, dass sie sich während des Massakers im Hotel aufhielten. Die rechtsextreme Swoboda-Partei, ein Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung im Hotel und das Hotelpersonal erklärten, dass das Hotel Ukraina seit Ende Januar 2014 von den Maidan-Kräften eingenommen und bewacht worden sei (Video B). In ihrer offiziellen Erklärung gab Swoboda an, dass ihre Aktivisten das Hotel Ukraina am 25. Januar 2014 unter ihre Kontrolle und Bewachung genommen hätten (VO Svoboda, 2014). Eine ähnliche Erklärung gab der Swoboda-Führer auf der Maidan-Bühne ab (Maidan, 2014). Ein BBC-Video zeigte kurz nach 9:51 Uhr einen führenden Swoboda-Aktivisten, der gemeinsam mit

einigen Maidan-Demonstranten den Zugang zu den Treppenhäusern und Aufzügen im Hotel bewachte (Video A, 36:50).

Video A (37:52) zeigt eine Gruppe von Maidan-Demonstranten mit mindestens einer Faustfeuerwaffe, einer Axt und einer langen Tennistasche, die sich gut zum Verbergen und Tragen von Waffen eignet, die gegen 10:12 Uhr in ein Hotelzimmer im 14. Stock des Hotels eindringt. Videos der französischen Sender Itele und AFP sowie von Ukraina TV zeigten den Kommandeur und Mitglieder der rechtsextremen speziellen Maidan-Kompanie – eine Gruppe von Maidan-Demonstranten, die mit einer Schusswaffe vom Kalaschnikow-Typ und Jagdgewehren bewaffnet waren –, wie sie um 10:18 Uhr in das Hotel liefen und dann mit dem Aufzug in den 10. Stock fuhren. Unter ihnen lief derselbe Demonstrant mit einer Gasmaske, der kurz zuvor dabei gefilmt worden war, wie er die Gruppe von Demonstranten hineinlockte, und der anschließend unversehrt in das Hotel zurückkehrte, nachdem sie massakriert worden waren (Video A, 44:27).

Der Kommandeur und einige Mitglieder dieser Gruppe wurden in Videos von Ruptly und deutschen Fernsehsendern gefilmt, als einer von ihnen um 10:20–10:22 Uhr aus einem Jagdgewehr aus dem 14. Stock des Hotels Ukraina schoss. Videos von Ruptly und ZDF zeigten den Kommandeur und Mitglieder der speziellen Maidan-Kompanie in Begleitung eines der Swoboda-Führer, als mindestens einer von ihnen aus demselben 14. Stock des Hotels Ukraina in Richtung der Demonstranten schoss und dann wegen der Anwesenheit von Journalisten in ein tieferes Stockwerk wechselte (Video A, 45:33). Ein mit Zeitstempel versehener Facebook-Beitrag eines Reporters von Spilno.tv um 12:40 Uhr besagte, dass sich im 14. Stock Scharfschützen befänden, die auf Demonstranten auf dem Maidan schössen. Demonstranten sagten zudem aus, dass sich im 14. Stock des Hotels „Scharfschützen" befänden (siehe Katchanovski, 2024).

Video A, Medien- und Zeugenberichte sowie Erklärungen von der Maidan-Bühne zeigen, dass während des Massakers ab etwa Mittag bis zum Abend des 20. Februar mehrere Durchsuchungen des Hotels Ukraina nach Scharfschützen durch Gruppen von Maidan-Demonstranten stattfanden. Sie berichteten, dass keine Scharfschützen gefunden wurden, dass aber die Positionen von Scharfschützen gefunden wurden, und die Zeugenberichte über Scharfschützen im Hotel hielten trotz dieser umfassenden Durchsuchungen an. Videokompilation A zeigt, dass Mitglieder der bewaffneten Scharfschützengruppe der speziellen bewaffneten Maidan-Kompanie nicht nur um 10:16 Uhr in das Hotel eindrangen, sondern es auch gegen 11:00 Uhr und am späten Nachmittag ohne jede Behinderung wieder verließen. Für die Demonstranten, die das Hotel durchsuchten, war es rational anzunehmen, dass die Scharfschützen nicht von den Maidan-Einheiten stammten.

Ebenso zeigten Video A und Fotos Maidan-Demonstranten im Inneren, in der Nähe der Eingänge, auf dem Dach und im Dachfenster des Schowtnewyj-Palastes zu derselben Zeit, in der Ansager auf der Maidan-Bühne Warnungen vor Scharfschützen dort weitergaben, die insbesondere Demonstranten massakrierten. Drei „Scharfschützen" auf dem Dach des Schowtnewyj-Palastes wurden gefilmt und während einer Welle von Tötungen von

Demonstranten um 9:59–10:00 Uhr von der Maidan-Bühne als solche identifiziert. Der Sender ICTV zeigte dieselben zwei Personen auf dem Dach und nannte sie „Scharfschützen".

Das Video eines polnischen Journalisten zeigte kurz nach der Tötung von Smolenskyj Scharfschützen auf den Dächern des Hauptpostamts, das damals das Hauptquartier des Rechten Sektors war, und des unmittelbar angrenzenden Gebäudes der Finbank, und eine weibliche Maidan-Sanitäterin wurde als im selben Gebiet des Maidan verwundet fotografiert und gefilmt. Ein Demonstrant erklärte, dass er Augenzeuge war, wie beide aus dem Gebäude des Hauptpostamts beschossen wurden (siehe Video A, 01:11:16).

Ebenso war das Hotel Kozatsky das Hauptquartier des neonazistischen Patriot der Ukraine, der sich während des Maidan dem Rechten Sektor anschloss. Der Patriot der Ukraine organisierte und führte während des Krieges im Donbas das Asow-Bataillon. Maidan-Demonstranten berichteten, dass sich in diesem Hotel, das am Maidan lag, nahezu während der gesamten Dauer des Massakers Scharfschützen befanden. Videos und Fotos zeigen Maidan-Demonstranten im Inneren des Hotels, die nach Scharfschützen suchten (siehe Video A).

Videos und Fotos zeigten außerdem, dass sich Maidan-Demonstranten in der Nähe der Bank Arkada, der Horodetskyj-Straße und der Gebäude an der Muzeinyj-Gasse befanden, als Demonstranten auf die dortigen Scharfschützen hinwiesen (siehe Video A). Das bedeutet, dass es für Demonstranten, insbesondere bewaffnete, möglich war, in diese Gebäude einzudringen und diese Scharfschützen zu neutralisieren, und dass es für Scharfschützen nicht möglich war, die Gebäude zu verlassen, ohne von den Demonstranten bemerkt zu werden.

Video A zeigt mehr als 80 Zeugnisse während des Massakers selbst, vor allem von Maidan-Demonstranten und Journalisten aus der Ukraine und vielen anderen Ländern, über Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten. Beispielsweise zeigten französische und belgische Fernsehsender einen Demonstranten in der Nähe des Hoteleingangs und andere Demonstranten in der Hotellobby, die dort gegen 9:46–9:50 Uhr Demonstranten, Swoboda-Abgeordneten, Journalisten und Maidan-Sanitätern von Scharfschützen im Hotel Ukraina berichteten, als die hineingelockte Gruppe von Demonstranten in der Nähe massakriert wurde. Oleksij Butorin sagte in einem Interview mit 1+1 während des Massakers, dass innerhalb einer halben Stunde acht Demonstranten aus dem Hotel Ukraina getötet wurden. Er wurde Augenzeuge eines Schusses aus dem Hotel. Ein anderer Demonstrant sagte, dass er Augenzeuge war, wie ein Demonstrant neben ihm um 10:31 Uhr aus dem Hotel Ukraina getötet wurde. Demonstranten wiesen um 10:25 Uhr auf das Schießen von Scharfschützen aus dem Pendelgeschoss des Hotels Ukraina hin. Dies deutet entweder auf das 11. Stockwerk in den Hotelflügeln oder auf das 13. Stockwerk in seinem Mittelteil hin (Abb. 3.2).



Abb. 3.2 *Hauptschauplatz des Maidan-Massakers vor dem Hotel Ukraina (Foto des Autors)*

Eine weibliche Maidan-Sanitäterin in einem BBC-Video und ein Demonstrant in einem Video eines französischen Fotografen wiesen innerhalb von 30 Minuten nach den Tötungen von Dmytriw, Dyhdalowytsch, Huryk und Paraschtschuk auf das Dach der Bank Arkada als Standort von Scharfschützen hin (Video H).

Ein Kameramann des Senders 5 Kanal sagte, dass sich ein Scharfschütze in einem Fenster des Hotels Ukraina befinde. Ein Demonstrant wies um 10:30 Uhr auf einen „Scharfschützen" hin, der aus dem 9. Stock des Hotels schoss. Ein Demonstrant sagte, dass ein anderer Demonstrant aus dem Hotel Ukraina getötet wurde, als er neben ihm stand. Zwei Demonstranten erklärten, dass „Scharfschützen" im Hotel Ukraina auf Demonstranten in den Rücken schössen, und wiesen zudem auf Scharfschützen in den Gebäuden an der Horodetskyj-Straße oder in der Bank Arkada hin. Der Nachrichtenbericht des Fernsehsenders 1+1 besagte, dass die Maidan-Selbstverteidigung gemeldet habe, dass Scharfschützen von der Kostelna-Straße und vom Dach des Hotels Ukraina auf Demonstranten schössen. Eine Ansage von der Maidan-Bühne gab „bestätigte Informationen" der Maidan-Selbstverteidigung über drei Scharfschützen in der Bank Arkada weiter (siehe Video A).

Als Serhij Melnytschuk um 16:51 Uhr getötet wurde, erklärten mehrere Demonstranten und ein Journalist von Bild in seiner Nähe übereinstimmend, dass er aus dem Hotel Ukraina erschossen worden sei. Eine weibliche Maidan-Sanitäterin auf dem Maidan und Journalisten von Spilno TV im Inneren des Hotels erklärten dasselbe (Video A, 01:16:55). Seine Ehefrau, die sich während seines Todes in der Nähe von Melnytschuk befand, sagte im Prozess sowie in Interviews mit BBC und Hromadske TV aus, dass der Schuss aus diesem Hotel gekommen sei. Ein forensischer Gutachter gelangte aufgrund der Position Melnytschuks und seiner Wundorte und -richtungen in den rechtsmedizinischen Untersuchungen zur selben Feststellung (Katchanovski, 2023b).

In ihren abgefangenen Funkkommunikationen berichteten die Kommandeure der SBU-Einheit Alfa, dass feindliche Scharfschützen sich zum Hotel Ukraina bewegten (Video A, 46:24). Ihre

abgefangenen Funkkommunikationen zeigen, dass SBU-Alfa-Scharfschützen erst nach 10:30 Uhr im Cabmin-Gebäude eingesetzt wurden, versuchten, Scharfschützen im Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden zu lokalisieren, und die Demonstranten nicht massakrierten. Die Funkkommunikationen der SBU-Alfa-Scharfschützen meldeten mutmaßliche Scharfschützen oder Späher auf den Dächern des Kinopalats und der Gebäude an der Horodetskyj-Straße.

Ein staatlicher Scharfschütze wurde nur auf dem Cabmin-Gebäude um die Mittagszeit gefilmt, nachdem alle bis auf einen Demonstranten bereits getötet worden waren. Die synchronisierten Videos zeigen, dass die Omega-Scharfschützeneinheit gegen 10:37 Uhr im Bereich der Berkut-Barrikade eintraf und die Erlaubnis erhielt, scharfe Munition gegen Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden einzusetzen, nachdem alle bis auf drei Demonstranten bereits getötet worden waren. Die Omega-Scharfschützen richteten ihre Gewehre sodann nicht auf die Demonstranten, sondern auf die weit über den Demonstranten liegenden Fenster des Hotels Ukraina (Video A, 58:56).

Die Tötungen und Verwundungen von Demonstranten im Bereich der Instytutska-Straße gegenüber den Positionen von Berkut, Alfa und Omega hörten nach der Ankunft der staatlichen Scharfschützen praktisch auf. Die einzige Ausnahme war die Tötung von Oleksandr Chrapatschenko um 11:27 Uhr (siehe Video A, 01:08:17). Die Anklage stellte zunächst fest, dass er aus dem Hotel Ukraina getötet wurde, beschuldigte dann aber Mitglieder der speziellen Berkut-Kompanie auf ihrer Barrikade und 2020 einen Omega-Scharfschützen im Cabmin-Club seiner Tötung. Video A zeigt, dass dies physisch unmöglich war, weil rechtsmedizinische und ballistische Untersuchungen ergaben, dass er von einem verrosteten expandierenden Jagdgeschoss in den Rücken in einer steilen Richtung von oben nach unten getroffen wurde, als er dem Berkut und Omega vor sich zugewandt war. Schwarzer Rauch verdeckte ihn vom Cabmin-Club und von der Berkut-Barrikade aus. Zwei Demonstranten sagten aus, dass er aus dem Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden erschossen wurde (Katchanovski, 2024).

Eine Salve von Schüssen um 11:32–11:33 Uhr stimmte mit Geräuschen koordinierten Schießens einer Gruppe von Scharfschützen in deren abgefangener Funkkommunikation überein, die ein Maidan-Demonstrant auf dem Maidan aufzeichnete. Einer dieser Scharfschützen sprach mit einem offenkundig transkaukasischen Akzent (Video A, 01:09:19). Ihre offene Kommunikation über das Schießen – im Gegensatz zur Verwendung von Codewörtern durch die SBU-Alfa-Scharfschützen in ihrer Funkkommunikation – sowie die Weigerung der Maidan-Selbstverteidigung und der GPU, diese Scharfschützen zu lokalisieren und zu identifizieren, legt nahe, dass sie von der Maidan-Seite stammten.

Videos zeigen, dass während des Massakers mehrere Maidan-Führer, insbesondere Führer der Parteien Vaterland und Swoboda, von der Maidan-Bühne sprachen, die dem Hotel Ukraina und anderen Gebäuden zugewandt war, aus denen Scharfschützen auf Maidan-Demonstranten schossen, wobei insbesondere zwei Demonstranten innerhalb von einigen Dutzend Metern von

der Bühne getötet wurden, bevor und nachdem die Maidan-Führer von der Bühne gesprochen hatten (siehe Video A).

Ebenso befanden sich während des gesamten Massakers viele Parlamentsabgeordnete der Swoboda im Hotel und in dessen Nähe. Insbesondere ein Video eines Maidan-Aktivisten und ihre eigenen Aussagen zeigten, dass sich die Swoboda-Abgeordneten im 11. Stock befanden, darunter in ihren eigenen Zimmern, genau zu der Zeit, als Scharfschützen in diesem Stockwerk, darunter im Zimmer eines der Swoboda-Abgeordneten, auf Maidan-Demonstranten schossen (Kogda, 2014).

Beispielsweise ergab die GPU-Untersuchung im Jahr 2015, dass zwei Swoboda-Abgeordnete in Hotelzimmern wohnten, die sich neben dem Zimmer eines weiteren Swoboda-Abgeordneten befanden, aus dem – wie die BBC- und ICTV-Videos und die Aussagen des BBC-Journalisten und der Maidan-Demonstranten zeigen – Scharfschützen auf das BBC-Fernsehteam und Maidan-Demonstranten schossen. Einer der Swoboda-Führer gab 2015 zu, dass er das Massaker aus einem Zimmer filmte, das sich neben dem Zimmer des Swoboda-Abgeordneten mit den Scharfschützen befand (Daily, 2015). Die Swoboda-Abgeordneten warnten die Maidan-Demonstranten und ausländischen Journalisten nicht, insbesondere nicht jene, die von Scharfschützen in diesem Hotel, darunter in ihrem Stockwerk und ihren Nachbarzimmern, beschossen wurden oder sich zu diesem Zeitpunkt in der Hotellobby befanden. Solche Handlungen dieser Maidan-Führer und Swoboda-Abgeordneten legen nahe, dass sie die Scharfschützen nicht fürchteten und dass sie wussten, dass diese Scharfschützen nicht von einer Regierungs- oder einer anderen feindlichen Kraft stammten, sondern vom Maidan oder einer anderen befreundeten verdeckten Kraft, und nicht auf die Maidan-Führer auf der Bühne und die Swoboda-Abgeordneten im Hotel Ukraina schießen würden.

Die Analyse von Videos, Fotos, forensischen Untersuchungen durch staatliche Ermittler und Berichten von Journalisten in Medien und sozialen Medien zu den Standorten dieser Zimmer im Hotel Ukraina und zum Zeitpunkt des Beschusses von Journalisten von ABC News (USA), ABC (Australien), ARD (Deutschland) – zweimal –, Associated Press (USA), BBC, TVP (Polen), RT (Russland) und Sky News (Vereinigtes Königreich) zeigt, dass auch auf diese von Scharfschützen aus vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten geschossen wurde, insbesondere vom Hauptquartier des Rechten Sektors, vom Musikkonservatorium und von der Bank Arkada. Im Gegensatz dazu legen diese Beweise nahe, dass ein Querschläger, der einen Reporter von Ruptly im obersten Stockwerk des Hotels Ukraina traf, von Schüssen der Berkut-Polizei stammte, die auf Scharfschützen im Hotel Ukraina zielten (siehe Video E).

Das Maidan-Massaker wurde von der Maidan-Opposition, westlichen Politikern und den Medien in der Ukraine und im Westen unverzüglich staatlichen Scharfschützen und der Berkut-Polizei zugeschrieben. Der rechtsextreme Kommandeur derselben speziellen Maidan-Kompanie, deren Scharfschützen aus dem Gebäude des Musikkonservatoriums auf die Polizei und sodann aus dem Hotel Ukraina sowohl auf die Polizei als auch auf die Demonstranten schossen, rief am Abend des 21. Februar 2014 von der Maidan-Bühne dazu auf, eine unterzeichnete Vereinbarung abzulehnen, die unter Vermittlung der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens

sowie eines Vertreters des russischen Präsidenten zustande gekommen war. Ein Video seiner Rede zeigt, dass er ein öffentliches Ultimatum an Präsident Janukowytsch stellte, am nächsten Tag um 10:00 Uhr zurückzutreten, es damit rechtfertigte, dass er Janukowytsch und seine Kräfte für das Massaker verantwortlich machte, erklärte, dass seine Maidan-Kompanie für den Wendepunkt des Euromaidan verantwortlich sei, und mit einem bewaffneten Angriff drohte, falls Janukowytsch nicht zurücktrete (Yakshho, 2014). Der Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung sagte, dass dieses Ultimatum eine Entscheidung „institutioneller Gremien des Maidan" gewesen sei und dass es von einem Militärrat angenommen worden sei, der am 21. Februar 2014 von der Maidan-Selbstverteidigung und dem Rechten Sektor eingerichtet worden war (Kalnysh, 2015).

Das Maidan-Massaker untergrub die Legitimität Janukowytschs als Präsident der Ukraine sowie die Legitimität der amtierenden Regierung, der Polizei und der Sicherheitskräfte und deren Monopol auf die Anwendung von Gewalt. Das Massaker veranlasste einen Teil der Abgeordneten der Partei der Regionen, ihre Fraktion zu verlassen und die Maidan-Opposition zu unterstützen, sowie die Abstimmung des Parlaments (Werchowna Rada) am 20. Februar, die Regierungskräfte aus dem Zentrum von Kiew abzuziehen, und die nachfolgenden Abstimmungen zur Absetzung des damaligen Präsidenten Janukowytsch und seiner Regierung, obwohl dies verfassungswidrig war.

3.3 Zeugnisse von Zeugen, verwundeten Demonstranten und selbst zugegebenen Maidan-Scharfschützen

Die Videos von Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden, die auf Polizei und Demonstranten schießen, stimmen im Allgemeinen mit den Zeugnissen in Medien und sozialen Medien über solche Scharfschützen von über 300 Zeugen überein, darunter über 100 Videozeugnisse in Video B.

Zwei Führer der rechtsextremen Swoboda-Partei erklärten in getrennten Interviews, dass ein Vertreter einer westlichen Regierung ihnen und anderen Maidan-Führern einige Wochen vor dem Massaker gesagt habe, dass die westlichen Regierungen sich gegen die Regierung Janukowytsch wenden würden, sobald die Zahl der Opfer unter den Demonstranten 100 erreiche (Braty, 2017, 94). Eine solch spezifische Bedingung schuf rationale Anreize, 100 Demonstranten zu „opfern" und ihre Tötung den Regierungskräften zuzuschreiben. Die getöteten Demonstranten wurden unmittelbar nach dem Massaker als Himmlische Hundert bezeichnet. Auch Demonstranten und Personen, die nicht einmal auf dem Maidan waren und an Krankheiten oder anderen Ursachen starben, wurden einbezogen, um die Zahl der Opfer auf 100 zu bringen.

Darüber hinaus sagten 14 selbst zugegebene Mitglieder von Maidan-Scharfschützengruppen aus, dass das Massaker an der Polizei oder den Demonstranten von den Maidan-Scharfschützen verübt worden sei. Darunter sind Zeugnisse von sieben selbst zugegebenen georgischen Mitgliedern von Maidan-Scharfschützengruppen für den Maidan-Massaker-Prozess und die Untersuchung sowie deren Interviews in amerikanischen, italienischen und israelischen

Fernsehdokumentationen und in mazedonischen und russischen Medien. Diese Georgier erklärten, dass sie zusammen mit anderen aus Georgien, den baltischen Staaten und der Ukraine Mitglieder der Maidan-Scharfschützengruppen gewesen seien. Sie sagten aus, dass konkrete Maidan-Führer, insbesondere aus der Partei Vaterland und der Maidan-Selbstverteidigung, sowie frühere georgische Regierungsführer und Kommandeure ihnen Befehle und Schusswaffen gaben, um sowohl Demonstranten als auch Polizisten zu massakrieren und so eine von Janukowytsch und den Maidan-Führern vereinbarte Friedenslösung zu stoppen. Sie sagten, dass sie am 20. Februar 2014 sodann Maidan-Scharfschützen aus Georgien, den baltischen Staaten und der mit der extremen Rechten verbundenen ukrainischen Gruppe des Rechten Sektors sahen, die aus dem Musikkonservatorium und dem Hotel Ukraina schossen. Einer von ihnen erklärte in einer US-Dokumentation, dass er aus dem Hotel Ukraina auf Demonstranten schoss (The hidden, 2016a, 2016n; Anna, 2018; MichaelRCaputo, 2023; Ukrainski, 2019).

Verschiedene selbsternannte „Faktenprüfungs"-Websites, die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, Anwälte der Maidan-Opfer und – mit einigen Ausnahmen – die ukrainischen Medien behaupteten, dass diese Georgier gefälscht oder Schauspieler seien. Sie legten keine Beweise zur Stützung solcher Behauptungen vor, abgesehen vom Fehlen ukrainischer Grenzübertrittsaufzeichnungen dieser Georgier während des Maidan oder bestimmter Unstimmigkeiten wie einem Rechtschreibfehler in einem Dokument. Die meisten dieser Georgier gaben ihre Namen, Passnummern, ukrainische Grenzstempel, Kopien ihrer Flugtickets in die Ukraine, ihre Fotos in der Ukraine oder bei den georgischen Streitkräften und andere konkrete Beweise zur Stützung ihrer Zeugnisse an. Sie erklärten, dass sie vor dem Massaker mit gefälschten Pässen unter falschen Namen und ohne Grenzkontrolle in die Ukraine eingereist seien (Katchanovski, 2023a, 2023b). Der Leiter der Georgischen Legion gab zu, dass der Georgier, dessen Name in den Unterlagen seines Verteidigungsministeriums mit einem Rechtschreibfehler versehen war, in diesem Ministerium als Berater tätig gewesen war (Myth, 2018).

Der Maidan-Massaker-Prozess ließ im November 2021 die Aussage eines dieser Georgier, der gestand, Mitglied einer Gruppe von Maidan-Scharfschützen zu sein, als Beweismittel zu und führte sie vor (Zasidannia, 2021). Ukrainische Grenzschützer bestätigten seine Identität und dass er kurz vor Beginn des Euromaidan die Grenze in die Ukraine überquert und wieder verlassen hatte. Dies widerlegt die Behauptungen der Anklage, der Anwälte der Maidan-Demonstranten, von BBC Monitoring und der Faktenprüfung des deutschen Fernsehens, er sei gefälscht und nie in der Ukraine gewesen. Er und zwei andere Georgier sagten vor der russischen Invasion der Ukraine bei der Generalstaatsanwaltschaft von Belarus auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine nach einem Rechtsmittel der Berkut-Anwälte in dem Verfahren wegen der Tötungen und Verwundungen von Polizisten während des Maidan-Massakers aus. Drei selbst zugegebene georgische Scharfschützen gaben zudem schriftliche Aussagen für die Berkut-Anwälte für den Maidan-Massaker-Prozess ab, zwei legten ukrainischen Gerichten notariell beglaubigte Schreiben vor und boten an, per Videoübertragung auszusagen.

Die armenischen, belarussischen und ukrainischen Behörden bestätigten die Identitäten von vier dieser Georgier für den Prozess und die Untersuchung in der Ukraine (Katchanovski, 2024).

Kapitel 3 (Fortsetzung): Das Maidan-Massaker

Einer dieser Georgier wurde am 2. Mai 2014 während des Massakers von Odessa im Gewerkschaftsgebäude zusammen mit von Rechtsextremen angeführten pro-Maidan-Aktivisten gefilmt (Anna, 2018). Der ehemalige Kommandeur der speziellen bewaffneten Maidan-Selbstverteidigungs-Kompanie, der von diesen georgischen Ex-Militärs zusammen mit seinem Vater als Scharfschütze genannt wurde, und zwei Mitglieder seiner Kompanie gaben in Interviews mit ukrainischen Medien und einer in einem BBC-Interview zu, dass sie am Morgen des 20. Februar aus dem Musikkonservatorium und von den Maidan-Barrikaden auf die Polizei schossen.

Ein weiterer Georgier gestand in einem Protokoll seiner Vernehmung durch einige der Führer des Rechten Sektors, dass er angeheuert und in einem verlassenen Gebäude nahe dem Maidan stationiert worden sei, um während des Massakers zu schießen. Er wurde nach dem Massaker gefangen genommen, vom Rechten Sektor vernommen und von einem der Maidan-Führer freigelassen (Zavorotnyi, 2016). Dies steht im Einklang mit Zeugenaussagen mehrerer Maidan-Aktivisten, dass einige Scharfschützen während und unmittelbar nach dem Massaker gefangen genommen wurden, insbesondere im Hotel Ukraina, dann aber von Maidan-Führern freigelassen wurden (siehe Video B).

Es gibt einige Hundert Zeugenaussagen – überwiegend von Maidan-Demonstranten – in den Medien, in sozialen Medien sowie im Maidan-Massaker-Prozess und in der Untersuchung über Scharfschützen in von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten während des Maidan-Massakers. Die Mehrheit der Zeugenaussagen stammt von direkten Augenzeugen. Sie sagten aus, dass die Maidan-Führer im Voraus über das Massaker Bescheid wussten, dass Scharfschützen im Musikkonservatorium, im Hotel Ukraina und in mindestens 18 weiteren Gebäuden in den von Maidan kontrollierten Gebieten stationiert waren und dass sie von dort auf Demonstranten und Polizei schossen. Mehrere Maidan-Demonstranten sagten aus, dass einige der Scharfschützen von Maidan-Demonstranten gefangen genommen, dann aber von Maidan-Führern freigelassen wurden (Video B).

Video B enthält die Zeugenaussagen von über 100 Zeugen zu Maidan-Scharfschützen. Mindestens 12 Maidan-Politiker und -Aktivisten sagten öffentlich aus, dass sie die Beteiligung bestimmter führender Maidan-Führer aus oligarchischen Parteien und rechtsextremen Organisationen am Massaker miterlebt hätten, etwa deren Vorwissen über das Massaker, die Stationierung von Scharfschützen und die Evakuierung von Scharfschützen, die von Maidan-Demonstranten gefangen genommen worden waren. Zu ihnen gehören Mitglieder der Maidan-Führung und der Führung des Rechten Sektors, Aktivisten der Maidan-Selbstverteidigung und des Rechten Sektors sowie zahlreiche Maidan-Demonstranten und ukrainische und ausländische Journalisten.

Beispielsweise erklärte Dawid Schwania, der zum Zeitpunkt des Massakers einen parlamentarischen Ausschuss leitete und Mitglied der Maidan-Führung war, dass die Maidan-Führer, die er in seinem Video nennt, das Maidan-Massaker „arrangiert“ hätten, weil sie in der Ukraine die Macht ergreifen wollten. Er sagte, dass die Oppositionsführer des Maidan im Voraus über das Maidan-Massaker Bescheid wussten und ihre Parlamentsmitglieder vor dem Massaker anriefen, sie sollten nicht zum Maidan gehen, damit sie nicht getötet würden (Video B, 01:07).

Nadija Sawtschenko, Parlamentsabgeordnete einer der Maidan-Parteien, erklärte, sie habe am Morgen des 20. Februar die Ankunft einer Gruppe von Maidan-Demonstranten beobachtet, die mit Jagdgewehren bewaffnet in der Nähe der Maidan-Bühne eintrafen, und dass diese nach dem Maidan Mitglieder des ukrainischen Parlaments wurden. Sie sagte zudem, sie habe miterlebt, wie einer der Maidan-Führer die Scharfschützen zum Hotel Ukraina brachte, und sie habe Schüsse aus dem Hotel Ukraina gesehen. Ein Geldgeber des Rechten Sektors und Anführer während des Maidan-Massakers erklärte, dass er und andere Aktivisten des Rechten Sektors drei Stellungen von „Scharfschützen“ fanden und fotografierten und feststellten, dass diese von Maidan-Führern freigelassen worden waren. Er sagte, diese Stellungen der Scharfschützen hätten sich in einem Gebäude im hinteren Teil des Musikkonservatoriums, in einem verlassenen Gebäude zwischen dem Dnipro-Hotel und dem Ukrkoopspilka-Gebäude sowie auf dem Dach des Ukrainischen Hauses befunden (Video B, 11:04, 48:09).

Zahlreiche Maidan-Demonstranten, Sanitäter und Journalisten, die während dieses Massenmords in den Massakergebieten gefilmt wurden, sagten ebenfalls aus, Scharfschützen im Hotel Ukraina und in anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten beobachtet zu haben. So erklärte ein verletzter Demonstrant, dass er und andere Demonstranten seiner Gruppe nicht damit gerechnet hätten, dass auf sie zurückgeschossen würde. Er sagte, er habe Blitze in einem Hotelfenster im vierten Stock gesehen, als er zu Boden fiel und auf ein dortiges Zimmer des Hotels Ukraina zeigte. Ein anderer verletzter Demonstrant sagte, er habe, als er verwundet wurde, einen Schuss hinter sich gehört und die Schüsse seien nicht von vorn, sondern von hinten gekommen. Ein weiterer Maidan-Demonstrant sagte aus, dass er und andere Demonstranten beim Evakuieren der verletzten Demonstranten unter Beschuss aus dem Hotel Ukraina gerieten. Er zeigte, dass die Scharfschützen aus dem oberen linken Teil des Hotels auf sie schossen. Ein anderer Maidan-Demonstrant zeigte die Standorte von Scharfschützen in der Bank Arkada, im Hotel Ukraina und in den Gebäuden an der Muzeinyj-Lan. Ein weiterer Demonstrant zeigte, dass ein Scharfschütze im Hotel Ukraina auf seine Gruppe von Demonstranten schoss, und erklärte, dass auch aus dem Schowtnewyj-Palast geschossen wurde. Ein Maidan-Sanitäter erklärte, dass „Scharfschützen“ auf dem Dach des Hotels Ukraina auf die Demonstranten vor dem Schowtnewyj-Palast schossen (siehe Video A und B).

Ein Maidan-Demonstrant erklärte, dass er zusammen mit anderen Demonstranten fünf Scharfschützen im Zimmer 211 im zweiten Stock des Hotels Ukraina gefangen genommen habe. Er sagt, sie seien bezahlt, angewiesen worden, Demonstranten zu töten, und hätten aus diesem Zimmer geschossen. Im Video erzählt er, dass diese Scharfschützen sich ergaben und ihre Waffen niederlegten, als seine Gruppe von Maidan-Demonstranten eintraf, und dass sie einem

Maidan-Führer übergeben wurden, doch seitdem weigern sich die Maidan-Führer, irgendwelche Informationen über sie preiszugeben. Ein Maidan-Demonstrant und Afghanistan-Kriegsveteran sagte, ein Scharfschütze sei im Hotel Ukraina gefangen genommen worden, ein anderer habe danach jedoch weiter geschossen. Er sagte zudem, ein weiterer Scharfschütze sei im Schowtnewyj-Palast zusammen mit seinem Gewehr und seiner Munition gefangen genommen worden (Video B).

Ein Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung erklärte, dass während des gesamten Maidan 15 „Scharfschützen“ von der Maidan-Selbstverteidigung und anderen Demonstranten auf den Dächern von Gebäuden gefangen genommen wurden. Er sagte, er habe geholfen, einen der gefangenen Scharfschützen zur medizinischen Versorgung in das Gewerkschaftsgebäude zu tragen. Er erklärte, dass er zusammen mit anderen Demonstranten versuchte, einen Bus mit den verbleibenden Scharfschützen zu blockieren, die zusammen mit von Maidan-Führern gefangen genommenen Angehörigen der Inneren Truppen evakuiert wurden. Der ehemalige Bezirksführer des Rechten Sektors in Kiew legte nahe, dass die Führung dieser rechtsextremen Organisation und eine ihrer paramilitärischen Einheiten dabei halfen, Scharfschützen zusammen mit gefangen genommenen Angehörigen der Inneren Truppen in einem Bus vom Maidan zu entfernen. Ihre Zeugenaussagen wurden durch Videos gestützt, die solche Ereignisse zeigten (siehe Video B, 1:00:27 und Video A, 01:22:38).

Die Kommandeure und Scharfschützen der Scharfschützeneinheiten Alfa des SBU und Omega der Inneren Truppen bestätigten, dass sie den Befehl erhielten, die Scharfschützen zu lokalisieren, die auf Polizei und Demonstranten schossen, und dass sie erst an ihre Positionen im Regierungsviertel nahe dem Maidan verlegt wurden, als das Massaker bereits lange im Gange war. Sie erklärten zudem, dass sich die Scharfschützen, die auf die Polizei und die Demonstranten schossen und auch auf sie selbst feuerten, im Hotel Ukraina, im Musikkonservatorium, im Schowtnewyj-Palast und in anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten befanden (siehe Video B).

Im Gegensatz dazu gab es keine derartigen Zeugenaussagen von Berkut-Polizisten, ehemaligen Polizei- und SBU-Kommandeuren und ehemaligen Regierungsbeamten Janukowytschs, in denen diese ihre eigene Beteiligung oder die Beteiligung anderer Regierungsstellen und Regierungsquellen am Massaker an den Demonstranten einräumten, eine solche Beteiligung bezeugten oder derartige konkrete Informationen von anderen erhielten. Dies gilt sowohl für diejenigen, die in der Ukraine oder in Abwesenheit wegen des Massakers angeklagt wurden, als auch für diejenigen, die nicht angeklagt wurden und unter der neuen Maidan-Regierung weiter dienten. Berkut-Polizisten, Omega-Angehörige und der Kiewer SBU-Chef, die verhaftet und wegen des Massakers angeklagt wurden, bestritten, die Maidan-Demonstranten massakriert zu haben.

Die absolute Mehrheit der Zeugenaussagen verletzter Maidan-Demonstranten, sie seien von der Berkut-Polizei oder von Scharfschützen in von der Regierung kontrollierten Gebäuden bzw. von Scharfschützen in diesen Gebäuden beschossen worden, wird nicht durch Videos, forensische

medizinische Untersuchungen oder andere Beweise gestützt. In einer kleinen Minderheit der übrigen Fälle fehlen solche Beweise entweder oder sie sind widersprüchlich.

In einem durchgesickerten abgehörten Telefonat mit dem EU-Außenbeauftragten verwies der estnische Außenminister auf einen der Maidan-Ärzte, insbesondere Olha Bohomolets, und wies auf die Ähnlichkeit der Wunden bei den Demonstranten und der Polizei hin, was als Hinweis darauf diente, dass das Massaker von einigen Elementen der Maidan-Opposition organisiert worden war (Video B).

Mehrere Dutzend Journalisten aus mehr als einem Dutzend Ländern berichteten in den Medien oder in sozialen Medien, sie hätten Scharfschützen im Hotel Ukraina und in anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten beobachtet, einschließlich des Beschusses von Maidan-Demonstranten durch diese Scharfschützen; sie zitierten Augenzeugen unter den Maidan-Demonstranten zu solchen Scharfschützen oder stützten ihre Berichte auf solche Zeugenaussagen. So berichteten Journalisten so großer westlicher und ukrainischer Medien wie ABC, CNN, New York Times, BBC, Guardian, ARD, Bild, Spiegel, La7, TT News Agency, TVP, 1 + 1, 5 Kanal, ICTV, Novyi Kanal und Kyiv Post über die Beobachtung von Scharfschützen im Hotel Ukraina, zitierten Maidan-Demonstranten zu Scharfschützen dort oder stützten ihre Berichte auf solche Zeugenaussagen. Journalisten von ITV, TVP, Spiegel, 1 + 1, ICTV und anderen westlichen und ukrainischen Medien berichteten in ähnlicher Weise, selbst Scharfschützen in anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten wie der Bank Arkada, dem Schowtnewyj-Palast, dem Hauptpostamt sowie den Gebäuden an der Muzeinyj-Lan und der Horodetsky-Straße beobachtet zu haben, oder zitierten Maidan-Demonstranten, die solche Scharfschützen beobachtet hatten (siehe beispielsweise ARD, 2014; Chivers, 2014; Traynor & Salem, 2014; Video A, B, C, F). Bis auf wenige Ausnahmen stellten diese Berichte die Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebäuden oder Gebieten als ukrainische Regierungsscharfschützen dar oder implizierten, dass es sich um Regierungsscharfschützen handelte. Doch schon bald nach dem Massaker bezeichneten diese und andere große Medien, mit einigen teilweisen Ausnahmen, die Scharfschützen an diesen von Maidan kontrollierten Orten als „Verschwörungstheorie“, bestritten deren Existenz oder ließen diesen und andere Beweise für solche Scharfschützen aus.

Mindestens 51 von 72 verletzten Maidan-Demonstranten, deren Beschuss am 20. Februar den Berkut-Polizisten zur Last gelegt wird und deren Zeugenaussagen offengelegt wurden, sagten vor Gericht aus, sie seien von Scharfschützen aus von Maidan kontrollierten Gebäuden oder Gebieten beschossen worden, hätten selbst Scharfschützen dort beobachtet oder von anderen Maidan-Demonstranten von solchen Scharfschützen erfahren. 31 dieser verletzten Demonstranten sagten im Prozess und/oder in der Untersuchung aus, sie seien aus dem Hotel Ukraina, der Bank Arkada und dem Schowtnewyj-Palast, aus den Gebäuden an der Muzeinyj-Lan und der Horodetskyj-Straße oder aus anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden oder Gebieten beschossen worden. Mindestens 33 verletzte Demonstranten sagten aus, sie hätten dort entweder Scharfschützen beobachtet und/oder von anderen Demonstranten von

Scharfschützen an diesen von Maidan kontrollierten Orten, überwiegend im Hotel Ukraina, erfahren (Video D).

Die absolute Mehrheit der verletzten Demonstranten erklärte im Prozess und in der Untersuchung, sie seien aus dem Hotel Ukraina beschossen worden oder hätten dort Scharfschützen beobachtet. Andere Demonstranten sagten im Prozess aus, dass die Scharfschützen im Hotel Ukraina, die die Demonstranten massakrierten, Maidan-Scharfschützen waren. Ein Demonstrant, der von der BBC gefilmt wurde, wie er nach der Beobachtung eines aus dem Hotel auf sie schießenden Scharfschützen zusammen mit anderen Demonstranten und den BBC-Journalisten Schutz suchend lief, enthüllte, dass ihm damals von anderen Demonstranten gesagt worden sei, dies sei „unser Scharfschütze“. Er sah, dass nach diesem Beschuss ein Scharfschütze in einem anderen Stockwerk des Hotels Ukraina den Demonstranten visuelle Zeichen gab, die Scharfschützen im Hotel nicht zu verraten. Die GPU-Untersuchung ergab, dass einer der rechtsextremen Swoboda-Führer zum Zeitpunkt des Massakers in diesem Hotelzimmer wohnte. Ein anderer Demonstrant sagte aus, dass andere Demonstranten ihm während des Massakers von Scharfschützen im Hotel Ukraina erzählten und sich fragten, warum „die Eigenen auf die Eigenen schossen“. (Siehe Video E). Er war in der Dokumentation „Winter on Fire“ zu sehen, doch diese Enthüllung wurde in dieser oscarnominierten Dokumentation nicht gezeigt.

Eine weibliche Maidan-Sanitäterin, die in zahlreichen westlichen Medien als auf dem Maidan verwundet gemeldet wurde, sagte im Prozess nicht als Verletzte, sondern als Zeugin aus. In einem Interview mit einer ukrainischen Journalistin gab sie zu, nicht verwundet worden zu sein. Diese Journalistin berichtete, dass die Verwundung dieser Maidan-Sanitäterin von der Führung der Maidan-Selbstverteidigung inszeniert worden sei und dass eine Operation, der sie sich kurz vor dem Massaker unterzogen hatte, als frische Wunden dargestellt wurde (tk.media 2020). Ein anderer Demonstrant sagte aus, er habe einen Scharfschützen vom Dach des Hauptpostamts schießen und eine Person töten sehen, auf die die Beschreibung von Wiktor Smolensky passte, der neben dieser Sanitäterin erschossen wurde. Dieses Gebäude war damals das Hauptquartier des Rechten Sektors (Video E).

Die Zeugenaussagen der absoluten Mehrheit der verletzten Demonstranten stimmen im Allgemeinen mit den Videos von Scharfschützen in diesen Gebäuden und mit den Ergebnissen forensischer medizinischer Untersuchungen überein, wonach die Demonstranten aus steilen Richtungen von den Seiten oder von hinten beschossen wurden. Sie stehen auch im Einklang mit mehreren Hundert Zeugenaussagen in sozialen Medien über solche Scharfschützen. Eine Videozusammenstellung von über 80 solcher Zeugenaussagen wurde im Prozess gezeigt (Katchanovski, 2019; Zasidannia, 2021).

Diese Zeugenaussagen über Scharfschützen an von Maidan kontrollierten Orten stehen im Einklang mit den Aussagen mehrerer Dutzend Zeugen der Anklage und Angehöriger der Getöteten. Diese Zeugen der Anklage sollten eigentlich unterstützende Aussagen für die Anklage liefern, sagten jedoch stattdessen über die Existenz von Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten aus, die Demonstranten und Polizei massakrierten (Video E).

Die Kommandeure der Scharfschützeneinheiten Alfa, Omega und UDO sagten aus, dass Regierungsscharfschützen erst verlegt wurden, als das Massaker im Gange war, und dass sie den Befehl hatten, die Scharfschützen zu lokalisieren, die auf Polizei und Demonstranten schossen. Auch sie bestätigten, dass sich Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebäuden befanden und dass diese Scharfschützen nicht nur auf die Demonstranten, sondern auch auf die Polizei und auf Scharfschützen ihrer eigenen Einheiten schossen (Video E). Dutzende Zeugen der Verteidigung sagten ebenfalls über Maidan-Scharfschützen bzw. Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten aus, insbesondere über deren Beschuss der Polizei und der Demonstranten.

Im Gegensatz dazu bestritten die Berkut-Polizisten und zwei Omega-Angehörige, die verhaftet und wegen des Massakers angeklagt wurden, auf die Demonstranten geschossen zu haben. Die absolute Mehrheit der Zeugenaussagen verletzter Maidan-Demonstranten, sie seien von der Berkut am Boden oder von Scharfschützen in von der Regierung kontrollierten Gebäuden beschossen worden, wird nicht durch Videos, forensische medizinische Untersuchungen oder andere Beweise gestützt. In den übrigen Fällen fehlen die Beweise für deren Beteiligung entweder oder sie sind widersprüchlich.

Ebenso ergaben die Regierungsuntersuchungen und die nachfolgenden Prozesse keine Beweise für einen Befehl des damaligen Präsidenten Janukowytsch oder der Kommandeure der Inneren Truppen, der Polizei oder der ukrainischen Sicherheitskräfte, auf die Maidan-Demonstranten zu schießen. Dasselbe gilt für die von der Janukowytsch-Regierung angeheuerten „Tituschki“ oder eine etwaige „dritte Kraft“. Der Generalstaatsanwalt der Ukraine und der Leiter seiner für die Untersuchung des Maidan-Massakers zuständigen Abteilung erklärten, sie hätten keine Beweise für eine Beteiligung der russischen Regierung und russischer Scharfschützen am Maidan-Massaker (112 Ukraina, 2015).

3.4 Forensische Untersuchungen

Die Ergebnisse forensischer medizinischer Untersuchungen, die von Regierungsexperten für die Anklage durchgeführt wurden, wurden erstmals während des Maidan-Massaker-Prozesses öffentlich bekannt und ergaben, dass die absolute Mehrheit der Demonstranten von der Seite oder von hinten und von oben nach unten beschossen wurde. Die meisten Videos und Fotos zeigen jedoch, dass die absolute Mehrheit der Getöteten und Verletzten die Berkut-Polizei vor sich und auf Bodenhöhe hatte, während sich die von Maidan kontrollierten Gebäude im Allgemeinen hinter ihnen sowie links und rechts von ihnen befanden.

Forensische medizinische Untersuchungen zeigen, dass 40 der 48 getöteten Demonstranten aus einem steilen Winkel beschossen wurden. Mindestens 36 von ihnen wurden zu einem Zeitpunkt getötet, als die Berkut-Polizisten am Boden gefilmt wurden. Nur ein Demonstrant wurde von einer Kugel getötet, die horizontal in seinen Körper eindrang und ihn wieder verließ, doch er wurde von der Seite beschossen. Von 7 getöteten Demonstranten, zu deren Wunden keine forensischen Informationen vorlagen, wurden vier durch in der Jagd verwendete Pellets getötet, bevor die Berkut auf dem Maidan erschien. 48 von 51 verletzten Demonstranten wiesen steile

Eintrittswunden auf, was mit der These übereinstimmt, dass sie von Scharfschützen in von Maidan kontrollierten Gebäuden oder auf den Dächern dieser Gebäude beschossen wurden.

Die im Prozess vorgelegten forensischen ballistischen Untersuchungen ergaben, dass 19 Demonstranten am 20. Februar durch Kugeln getötet wurden, deren Kaliber nicht nur zu AKM-Kalaschnikow-Sturmgewehren, sondern auch zu Jagdversionen von Kalaschnikows und anderen Waffen passten. Sie stellten fest, dass Iwan Bliok aus einer Jagdversion eines Kalaschnikow-Maschinengewehrs getötet wurde. Videos zeigten Demonstranten mit Jagdwaffen im Hotel Ukraina während des Massakers. Vier Demonstranten wurden durch Pellets getötet, die in der Jagd verwendet werden; zwei wurden durch expandierende Jagdgeschosse getötet, deren Kaliber sich von den von der Berkut verwendeten unterschieden (Zasidannia, 2016a, 2016b).

Eine von der Regierung unter Verwendung eines automatischen computergestützten IBIS-TAIS-Systems durchgeführte forensische ballistische Untersuchung ergab, dass die aus getöteten Demonstranten, Bäumen und Zimmern des Hotels Ukraina extrahierten Kugeln nicht mit der Polizeidatenbank für Kalaschnikow-Sturmgewehre von Mitgliedern entweder des Kiewer Berkut-Regiments oder der eingesetzten speziellen Berkut-Einheit übereinstimmten (Zasidannia, 2016c).

Stattdessen stellten ballistische Regierungsexperten fest, dass sechs Maidan-Demonstranten getötet und mindestens zehn aus dem Hotel Ukraina und anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden oder Gebieten verwundet worden waren. Die Anklage setzte keine forensischen Ballistikexperten ein, um die Flugbahnen der Kugeln und die Standorte der Schützen für die absolute Mehrheit der Maidan-Demonstranten zu bestimmen. Die Untersuchung stellte zudem auf der Grundlage ihrer Aussagen, von Ermittlungsexperimenten und forensischen Untersuchungen fest, dass die meisten der 172 Demonstranten aus Sektoren verwundet wurden, in denen sich keine Berkut-Polizei befand, und klagte niemanden wegen dieser Schüsse an (GPU, 2016; Katchanovski, 2024). Diese Beweise, die bestätigen, dass die Demonstranten von Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebieten verwundet wurden, wurden nicht öffentlich gemacht.

Die in den forensischen Berichten der Regierung identifizierten Einschusslöcher zeigten, dass die Berkut-Polizei im Allgemeinen über die Demonstranten hinweg auf das zweite und die darüberliegenden Stockwerke des Hotels Ukraina sowie auf Strommasten und Bäume schoss. Forensische Untersuchungen durch Regierungsermittler meldeten kein einziges Einschussloch im Erdgeschoss des Hotels, das sich auf der Höhe der Demonstranten befindet.

3.5 Vertuschung, Blockierung und Beweismanipulation

Es ist auffällig, dass mehr als 11 Jahre nach einem der am besten dokumentierten Fälle von Massenmord in der Geschichte nicht eine einzige Person wegen des Maidan-Massakers an den Demonstranten und der Polizei inhaftiert ist. Die Anklage klagte niemanden wegen der Verwundung von mehr als der Hälfte der 172 am 20. Februar verletzten Demonstranten an, nachdem die Untersuchung festgestellt hatte, dass sie nicht aus Berkut-Positionen, sondern von anderswo, d. h. aus von Maidan kontrollierten Gebieten, beschossen worden waren. Ebenso

wurde niemand wegen der Tötung eines georgischen Maidan-Aktivisten aus der Partei des ehemaligen georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili angeklagt. Die Umstände seines Todes wurden nicht aufgeklärt. Sein Leichnam wurde Berichten zufolge kurz nach dem Massaker in dem von Maidan kontrollierten Gebiet gefunden.

Ein wahrscheinlicher Grund dafür ist, dass die Generalstaatsanwaltschaft entweder von Politikern der Swoboda- und der Volksfront-Partei oder von engen Verbündeten der Präsidenten Poroschenko und Selenskyj geleitet wurde. Die Tatsache, dass führende Mitglieder der Swoboda- und der Volksfront-Partei ausgewählt wurden, die Generalstaatsanwaltschaft zu leiten, obwohl diese Parteien von anderen Maidan-Aktivisten und von selbst geständigen georgischen Mitgliedern der Maidan-Scharfschützengruppen beschuldigt wurden, direkt am Massaker beteiligt gewesen zu sein, deutet auf eine Vertuschung und Blockierung hin. Die Anwälte der Maidan-Opfer, die selbst Maidan-Aktivisten waren, unterstützten nach anfänglicher Kritik die Regierungsuntersuchung und die Anklage.

Ein ukrainischer Journalist, der nach dem Maidan den Bürgerrat der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine leitete, erklärte, dass die Leiter der GPU-Untersuchung des Maidan-Massakers von einem der Maidan-Führer ausgewählt worden seien (Naspravdi.Today, 2020). Selbst geständige georgische Scharfschützen sowie Mitglieder der Janukowytsch-Regierung behaupteten, dass dieses Mitglied der Maidan-Führung einer der Organisatoren des Maidan-Massakers gewesen sei. Er wurde von einem ukrainischen Fernsehsender gefilmt, wie er am 18. Februar, als das massenhafte Schießen auf Polizei und Demonstranten begann, einen Maidan-Demonstranten mit einem Gewehr und einem Zielfernrohr evakuierte. Die Person, die ihm half, wurde sehr bald nach dem „Euromaidan“ ein Berater des Innenministers (Zubritsky, 2015).

Ebenso blockierten die wichtigsten pro-Maidan-Parteien während der Präsidentschaft Petro Poroschenkos die Einrichtung einer parlamentarischen Kommission zum Maidan-Massaker (112 Ukraina, 2017). Ein vom ukrainischen Parlament am 21. Februar 2014 verabschiedetes Amnestiegesetz gewährte Maidan-Teilnehmern pauschale Straffreiheit für eine Vielzahl schwerer Verbrechen, darunter Mord, Terrorismus und Machtübernahme. Das Gesetz verbot zudem die Untersuchung solcher Verbrechen bei jedem Maidan-Teilnehmer und bestimmte, dass alle bereits gesammelten Beweise vernichtet werden mussten.

Die Entlassung des wegen des Massakers angeklagten Kommandeurs der Berkut-Kompanie aus der Haft in den Hausarrest und seine Flucht aus der Ukraine passen zur Vertuschungsthese. Ein ukrainischer Journalist, der 2014 den Bürgerrat der GPU leitete, erklärte, dass der Innenminister der Ukraine an der Überstellung dieses Kommandeurs der speziellen Berkut-Kompanie aus der Ukraine nach Russland beteiligt war (Vilna, 2020). Auf Anordnung von Präsident Selenskyj wurden alle fünf Berkut-Polizisten, denen wegen des Maidan-Massakers der Prozess gemacht wurde, innerhalb von Monaten nach dem für 2019 erwarteten Urteil gegen Donbas-Separatisten ausgetauscht. Diese Entscheidung stoppte den Maidan-Massaker-Prozess, der erst wieder aufgenommen wurde, nachdem zwei dieser Berkut-Mitglieder freiwillig aus dem von Separatisten kontrollierten Donbas zurückgekehrt waren, um ihre Unschuld zu beweisen.

Die Ermittler der GPU bestritten von vornherein, dass es überhaupt Scharfschützen in von Maidan kontrollierten Gebäuden gab, und untersuchten sie nicht. Ebenso wurden öffentliche Erklärungen von acht verschiedenen Maidan-Politikern und -Aktivisten sowie mehrerer selbst geständiger georgischer Scharfschützen über die Beteiligung von Maidan-Scharfschützen und Maidan-Führern am Massaker nie untersucht. Auch die Aussagen von zwei Swoboda-Mitgliedern, ein Vertreter einer westlichen Regierung habe ihnen vor dem Massaker gesagt, die westlichen Regierungen würden sich gegen Janukowytsch wenden, wenn die Opfer unter den Demonstranten 100 erreichten, wurden nicht untersucht, obwohl die Opfer schnell als „Himmlische Hundertschaft“ bezeichnet wurden.

Die GPU erklärte zunächst im März 2014, sie habe die Scharfschützen und ihre Standorte identifiziert und sogar ihre Waffen beschlagnahmt (Glavred, 2014). Im April 2014 gab die GPU eine Erklärung ab, wonach die Demonstranten mit einem Simonow-„Scharfschützengewehr“ aus dem Hotel Ukraina beschossen worden seien (UNIAN, 2014).1 Kurz darauf kehrten jedoch die Leiter der Generalstaatsanwaltschaft, des Sicherheitsdienstes der Ukraine und des Innenministeriums ihre Feststellung zum Hotel Ukraina um und bestanden stattdessen darauf, dass eine spezielle Berkut-Einheit die Maidan-Demonstranten massakriert habe.

1 Das Simonow-Gewehr ist kein Scharfschützengewehr, sondern ein halbautomatischer Karabiner mit Kugeln desselben Kalibers wie die AKM; das Simonow wurde in der Ukraine allgemein aus dem Militär- und Polizeidienst genommen und war als Jagdgewehr erhältlich.

Ein Internationales Beratungsgremium des Europarats berichtete 2015, dass die offizielle Untersuchung in der Ukraine – entgegen öffentlichen Erklärungen – Beweise für die Tötung von mindestens drei Maidan-Demonstranten aus dem Hotel Ukraina oder dem Musikkonservatorium hatte und dass mindestens 10 weitere Demonstranten von Scharfschützen von nahegelegenen Dächern getötet worden waren. Der Bericht stellte zudem fest, dass die Untersuchung insbesondere vom Innenministerium und von der GPU blockiert wurde (Council of Europe, 2015). Die Generalstaatsanwaltschaft kehrte ohne jede Erklärung ihre eigenen früheren Untersuchungsergebnisse um, wonach mindestens drei Demonstranten aus dem Hotel Ukraina getötet und 10 weitere ebenfalls aus beträchtlicher Höhe getötet worden waren, und klagte die Berkut-Polizisten wegen der Tötung all dieser Demonstranten an. Die GPU klagte die Mitglieder der Berkut-Polizeikompanie zunächst nicht wegen der Tötung von 10 der Demonstranten an.

Ihre Untersuchung versäumte zudem eine ballistische Bestimmung der Kugelflugbahnen durch forensische Ballistikexperten, selbst nachdem der Richter im Maidan-Massaker-Prozess solche Untersuchungen angeordnet hatte, insbesondere um festzustellen, ob diese Flugbahnen aus den von Maidan kontrollierten Gebäuden stammten. Ein Berkut-Anwalt erklärte, dass diese vom Gericht angeordneten Ermittlungsexperimente eingestellt wurden, nachdem forensische Regierungsexperten festgestellt hatten, dass die ersten Maidan-Demonstranten aus dem von Maidan kontrollierten Hotel Ukraina und aus dem Musikkonservatorium beschossen worden waren (Zasidannia, 2022a).

Viele unerklärte Umkehrungen von Zeugenaussagen verletzter Demonstranten im Prozess im Vergleich zu ihren Aussagen während der Untersuchung deuten ebenfalls entweder auf eine Vertuschung oder auf Beweismanipulation hin. Dasselbe gilt für die unerklärte Umkehr der forensischen Untersuchungen von Kugeln nur wenige Wochen, bevor die Anklage ihren Fall dem Gericht vorlegte, und dann erneut 2019. Diese neuen Ergebnisse, wonach aus Berkut-Kalaschnikows abgefeuerte Kugeln die Demonstranten getötet hätten, kehrten ohne Erklärung die Ergebnisse von fast 40 früheren forensischen ballistischen Untersuchungen um, darunter solcher, die von denselben Experten mit denselben Methoden und mit dem automatischen computergestützten IBIS-TAIS-System durchgeführt worden waren.

Der Maidan-Massaker-Prozess offenbarte zudem Beispiele für Beweismanipulation. Kugeln, die angeblich von getöteten und verletzten Demonstranten stammten, tauchten ohne jegliche Nachverfolgungsdokumentation auf oder verschwanden, veränderten Größe, Form und Verpackung. So listete der Autopsiebericht von Maxym Schymko drei graue und ein gelbes Geschossfragment auf, doch in den forensischen ballistischen Untersuchungen ersetzte ein neues gelbes Geschossstück von viel größerer Größe eines der grauen Stücke. Dieses neue Geschossstück wurde dann ohne jede Erklärung einem Berkut-Kalaschnikow zugeordnet, womit mehrere frühere forensische Untersuchungen umgekehrt wurden. Diese neu aufgetauchte Kugel war das einzige Beweisstück, das einen Berkut-Polizisten, der gegen Donbas-Separatisten ausgetauscht worden war und in Abwesenheit vor Gericht gestellt wurde, mit den Schüssen verband (Zasidannia, 2022b). Die forensische medizinische Untersuchung zeigte indes, dass der betroffene Demonstrant aus einem steilen Winkel beschossen worden war.

Ein langes Video des deutschen staatlichen Fernsehens (ARD) wurde im Prozess von den Anwälten der Maidan-Opfer vorgelegt, doch während des wichtigsten Teils des Massakers fehlte der Ton (siehe TyzhdenUA, 2017). Ein ukrainischer Journalist erklärte in sozialen Medien, er habe dieses Video für ARD gefilmt, und das im Prozess gezeigte Video sei geschnitten worden. Der Videoinhalt und seine Aussagen deuten beide darauf hin, dass das Video aus demselben Zimmer des Hotels Ukraina aufgenommen wurde, das der deutsche Fernsehsender ZDF gemietet hatte und in dem Scharfschützen der rechtsextrem verknüpften Maidan-Kompanie beim Schießen auf die Maidan-Demonstranten gefilmt wurden. Da dieses Video gleichzeitig das Töten und Verwunden der Demonstranten und die Position der Berkut-Polizei festhielt, hätte der fehlende Ton der Schüsse zeigen können, dass die konkreten Zeitpunkte des Beschusses bestimmter Demonstranten mit dem lauten Klang von Schüssen aus diesem von Maidan kontrollierten Hotel übereinstimmten und nicht mit dem weiter entfernten Klang der Berkut-Schüsse von ihrer Barrikade.

Darüber hinaus sind zentrale Beweisstücke des Massakers vom 20. Februar 2014 einfach verschwunden, während sie unter der Kontrolle der Maidan-Opposition oder der Maidan-Regierung oder im Besitz der GPU waren. Dazu gehören fast alle Schutzschilde und Helme getöteter und verletzter Demonstranten (Einschusslöcher in ihnen hätten helfen können, die Standorte der Schützen zu bestimmen), mehrere aus den Körpern von Demonstranten und Polizisten entnommene Kugeln sowie Kugeln aus den Bäumen, dem Erdreich und dem

Blumenkasten an den Maidan-Gebäuden, die verschwunden sind. Einige Bäume mit Kugeln und/oder Einschusslöchern in dem Gebiet wurden gefällt, auch auf Verlangen der Anklage. Viele Online-Streams und Webcam-Aufzeichnungen des Maidan vom frühen Morgen des 20. Februar verschwanden ebenfalls unmittelbar nach dem Massaker, zusammen mit Aufzeichnungen von Sicherheitskameras aus dem Hotel Ukraina, der Bank Arkada und anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden.

Auch die Beweise für Scharfschützenstellungen, die der Leiter der Maidan-Selbstverteidigung Andrij Parubij gemeldet und die im Hotel Ukraina gefunden wurden, fehlen, ebenso wie die Kalaschnikow-Munitionskisten, die Swoboda-Aktivisten Guardian-Journalisten während ihrer Untersuchung des Hotels Ukraina zeigten (Traynor & Salem, 2014). Der erste von Präsident Selenskyj ernannte Generalstaatsanwalt der Ukraine, Ruslan Rjaboschapka, räumte ein, dass die Untersuchung des Maidan-Massakers und anderer Maidan-Verbrechen sabotiert worden war und dass ein erheblicher Teil der Beweise während früherer Untersuchungen verschwunden war (24 kanal, 2020).

Die Untersuchungen der Massaker an der Polizei und an den Demonstranten wurden getrennt, obwohl sie an denselben Tagen und an denselben Orten geschahen. Es gab keine forensischen Untersuchungen oder Vergleiche der aus den Körpern von Polizisten und Demonstranten entnommenen Kugeln, trotz verschiedener Beweise dafür, dass sie von denselben Scharfschützengruppen erschossen wurden. Niemand wird wegen der Tötung und Verwundung von Polizisten verurteilt oder verhaftet, trotz Geständnissen mehrerer Scharfschützen in den Medien und in sozialen Medien und trotz forensischer ballistischer Untersuchungen, die diese bestätigen.

Die von der Regierung vorgeschlagene Gedenkstätte für das Maidan-Massaker würde die Landschaft und die Straße vollständig verändern. Der Ort des Massakers soll zu einem Park mit einem neuen Maidan-Massaker-Museum werden. Der Bau dieser Gedenkstätte wird alle verbleibenden Beweise auslöschen und es physisch unmöglich machen, weitere Ermittlungsexperimente vor Ort zur Bestimmung der Kugelflugbahnen durchzuführen. Arkhitekturnyi (ND).

Die Regierungsuntersuchung, der Maidan-Massaker-Prozess, der Hochverratsprozess gegen Janukowytsch und die Medien ergaben keine Beweise für einen Befehl des damaligen Präsidenten Janukowytsch und seiner Leiter und Kommandeure der Inneren Angelegenheiten, der Polizei und des SBU, die Maidan-Demonstranten zu massakrieren. Dasselbe gilt für die von der Janukowytsch-Regierung angeheuerten „Tituschki“ oder eine etwaige „dritte Kraft“. Ein ehemaliger Berater des Generalstaatsanwalts der Ukraine nach dem Maidan erklärte, er habe in der Maidan-Ermittlungsakte keine wirklichen Beweise für eine Beteiligung Janukowytschs am Massaker an den Demonstranten gesehen. Er sagte, die von der Regierung gestellten Leibwächter hätten für die Untersuchung ausgesagt, dass sie während des Massakers bei Janukowytsch in dessen Fahrzeugkolonne gewesen seien und dass er „diese ganze Situation überhaupt nicht verstand“. (Video B, 58:23).

3.6 Das Urteil des Maidan-Massaker-Prozesses

Das Urteil des Maidan-Massaker-Prozesses in der Ukraine mit nahezu 1.000.000 Wörtern bestätigt, dass viele Maidan-Aktivisten getötet und verwundet wurden und dass BBC- und ARD-Fernsehjournalisten nicht von der Berkut oder anderen Strafverfolgungsbehörden, sondern von Scharfschützen im Hotel Ukraina und an anderen von Maidan kontrollierten Orten beschossen wurden (siehe Katchanovski, 2025b; Vyrok, 2023; Maidan, 2023). Es bestätigt zudem, dass dieses Hotel „von Aktivisten kontrolliert" war und dass es in diesem Hotel und im Musikkonservatorium eine rechtsextrem verknüpfte spezielle bewaffnete Maidan-Kompanie gab. Das Urteil stellt fest, dass keine russischen Scharfschützen am Massaker beteiligt waren und dass es keine Massakerbefehle der Janukowytsch-Regierung gab. Das Prozessurteil stellte fest, dass der Maidan damals kein friedlicher Protest, sondern „eine Rebellion" war, die das Massaker an Berkut- und anderen Polizeimitgliedern einschloss (siehe Katchanovski, 2024, 2025b).

Das Urteil stellte fest, dass „selbst allein auf der Grundlage der Aussagen der Opfer selbst genügend Daten vorlagen, um die kategorische Schlussfolgerung zu ziehen, dass sich am Morgen des 20. Februar 2014 Personen mit Waffen, von denen die Schüsse abgefeuert wurden, in den Räumlichkeiten des Hotels Ukraina befanden". Die Gerichtsentscheidung führte aus, dass 9 Maidan-Demonstranten von „unbekannten Personen" getötet und 23 verwundet wurden, die keine „Strafverfolgungsbeamten" waren, bzw. dass Beweise für eine Beteiligung der Berkut-Polizei, deren 5 Mitglieder wegen des Massakers angeklagt waren, an ihrer Tötung oder Verwundung fehlen (siehe Maidan, 2023).

Die Gerichtsentscheidung stellte ausdrücklich fest, dass mindestens 6 namentlich bestimmte Demonstranten getötet und viele weitere von der Seite des Hotels Ukraina, des Musikkonservatoriums und von anderen von Maidan kontrollierten Orten aus verwundet wurden und dass dies „das Gebiet war, das zu diesem Zeitpunkt nicht von Strafverfolgungsbehörden kontrolliert wurde". Dies bedeutet, dass sie von den Maidan-Scharfschützen erschossen wurden, die aus diesen von Maidan kontrollierten Gebäuden schossen, da es keinerlei Beweise dafür gab, dass sich irgendwelche Scharfschützen zwischen diesen Gebäuden und den beschossenen Demonstranten befanden. Und das Urteil führte aus, dass russische Agenten „keinerlei Beteiligung" am Maidan-Massaker hatten. Die Richter und die Jury erklärten im Prozessurteil ausdrücklich, dass während des Massakers an den Demonstranten das Gebäude des Hotels Ukraina „von den Aktivisten kontrolliert" wurde, dass diese Maidan-Aktivisten im Hotel mit Jagdgewehren und einem Kalaschnikow-ähnlichen Sturmgewehr bewaffnet waren und dass die Maidan-Aktivisten aus dem Hotel gezielt schossen, insbesondere auf das BBC-Fernsehteam, und dass mindestens 3 Maidan-Aktivisten vorsätzlich aus dem Hotel Ukraina getötet wurden (siehe Katchanovski, 2025b; Maidan, 2023; Vyrok, 2023).

Das Urteil bestätigt, dass ein ehemaliges Mitglied des ukrainischen Parlaments und rechtsextremer Aktivist von einem französischen Fernsehsender im Hotel Ukraina dabei gefilmt wurde, wie er „Aktivisten den Durchgang gewährt", die Schusswaffen tragen, die wie „ein Kalaschnikow-Sturmgewehr und ein Jagdgewehr" aussehen.

Das Urteil stellte fest, dass ein BBC-Video „den Beschuss des Kamerateams der BBC-Journalisten von der Seite des Gebäudes des Ukraina-Hotels einfängt (ein einzelner Schuss ist zu hören) … und in den Räumlichkeiten des Ukraina-Hotels ein Aktivist mit einer offensichtlichen ‚pistolenartigen Schusswaffe' aufgezeichnet wird". Die Entscheidung der Richter und der Jury bewertete dieses BBC-Video „als dokumentierte Daten aus dem von Aktivisten kontrollierten Gebäude des Ukraina-Hotels in Kiew über die gezielte Verwendung von Gegenständen durch die Aktivisten, die aufgrund ihrer äußeren Merkmale eindeutig Schusswaffen, Waffen der Art von Jagdwaffen, ähneln" (Vyrok, 2023; Maidan, 2023).

Das Urteil stellte fest, dass ein Schuss aus diesem Hotel einen Baum hinter einer Gruppe von Maidan-Aktivisten traf und dass zwei von ihnen getötet und einer aus dem Hotel Ukraina verwundet wurden. Ein bearbeitetes Video ihres Massakers und der Verlockung durch zwei Maidan-Aktivisten zu dem Ort, an dem sie massakriert werden sollten, wurde von großen Fernsehsendern in den westlichen Ländern und in der Ukraine als ihr Massaker durch Regierungsscharfschützen oder die Berkut-Polizei dargestellt.

Das Urteil stellte zudem fest, dass das Opfer, „das sich ebenfalls in der erwähnten Gruppe von Aktivisten befand", „von hinten aus dem Hotel verwundet wurde", wie es selbst aussagte, und dass ein weiteres Opfer aus derselben Gruppe tödlich „von den oberen Stockwerken des Hotels ‚Ukraine'" verwundet wurde. Es führte aus, dass „im Rahmen dieses Gerichtsverfahrens Daten über die Beteiligung von Strafverfolgungsbeamten an einer solchen Verletzung des Opfers und umso mehr des Angeklagten nicht festgestellt wurden" und dass „die Schusswunde der PERSON_1852 [Wolodymyr Scherebnyj] aus Richtung des Hotels ‚Ukraine' beigebracht wurde, also aus dem Gebiet, das zu diesem Zeitpunkt nicht von Strafverfolgungsbehörden kontrolliert wurde". Es stellte fest, dass „dieser Schuss auf eine Menschenmenge gerichtet war". Das Urteil besagte zudem: „Tödliche Schusswunden am Körper (Brust und Bauch) erlitt PERSON_1770 [Roman Uschnewytsch] von der Seite des Hotels ‚INFORMATION_161' [Ukraina] und dem davor liegenden Bereich, die nicht unter der Kontrolle von Strafverfolgungsbehörden standen, weshalb eine Beteiligung der Angeklagten und der Kämpfer der RSP [Berkut-Kompanie] daran und folglich am Tod des Opfers ausgeschlossen ist" (siehe Maidan, 2023; Vyrok, 2023).

Das Urteil bestätigte zudem, dass das Maidan-Massaker am 20. Februar mit der Tötung von drei und der Verwundung von 39 Berkut- und Angehörigen der Inneren Truppen begann, die nicht bewaffnet waren. Die Richter und die Jury stellten fest, dass die Anwesenheit bewaffneter Maidan-Aktivisten und die Tötungen von Polizisten Beweise für die bewaffnete Rebellion darstellten.

Das Urteil führte aus, dass Beweise für die Tötung von mindestens drei weiteren Maidan-Aktivisten von den von Maidan kontrollierten Orten vorliegen, während eine Beteiligung der Berkut und anderer Strafverfolgungsbehörden ausgeschlossen ist oder nicht nachgewiesen wurde. Es zitierte Beweise für die Tötung eines Aktivisten aus dem Musikkonservatorium, das das Hauptquartier der rechtsextremen, mit dem Rechten Sektor verbundenen Maidan-Scharfschützengruppe war, zu der auch Swoboda-Aktivisten gehörten. Die Gerichtsentscheidung bestätigte, dass das Musikkonservatorium damals von Maidan-„Aktivisten" besetzt war, die von

dem rechtsextremen Kommandeur dieser Gruppe angeführt wurden, der nach dem Maidan Mitglied des ukrainischen Parlaments wurde.

Das Urteil stellte zudem fest, dass zwei Zimmer im Hotel Ukraina aus „dem von ‚Maidan' kontrollierten Gebiet" beschossen wurden, namentlich aus dem Konservatorium und dem benachbarten Hauptpostamt. Es ließ jedoch aus, dass diese Zimmer von deutschen ARD-Fernsehjournalisten bewohnt waren und dass das Hauptpostamt damals das Hauptquartier des Rechten Sektors war (siehe (Katchanovski, 2025b; Maidan, 2023; Vyrok, 2023; Video F).

Die Gerichtsentscheidung führte zudem Beweise dafür an, dass Ihor Kostenko nicht von der Berkut oder anderen Strafverfolgungsbeamten, sondern von einem von Maidan kontrollierten Ort aus getötet wurde. Sie stellt fest, dass er „wenige Sekunden vor seiner tödlichen Verwundung zusammen mit anderen Umstehenden die Fenster des Hotels Ukraina beobachtete …, und diese Aufmerksamkeit, vereint durch die gemeinsame Beobachtung der Quelle möglicher Gefahr, auch nach der Verletzung von PERSON_1708, als er bereits auf dem Asphalt lag, bei allen Beobachtern nicht nachließ" (siehe Katchanovski, 2025b; Maidan, 2023; Vyrok, 2023).

Das Urteil bestätigte, dass die ersten drei Aktivisten durch in der Jagd verwendeten Schrot beschossen wurden, bevor die Berkut-Kompanie, deren 5 Mitglieder fälschlich wegen ihrer Tötung angeklagt wurden, überhaupt dorthin verlegt worden war. Es stellt ausdrücklich fest, dass mindestens einer dieser Aktivisten aus dem von Maidan kontrollierten Gebiet von einem der Maidan-Schützen mit einem Jagdgewehr beschossen wurde.

Das Prozessurteil bestätigte zudem, dass es keine Beweise für einen Befehl Janukowytschs oder seiner Regierung gibt, die Maidan-Demonstranten zu massakrieren. Dies ist eine entscheidende offizielle Anerkennung, da Janukowytsch und seine Regierung aufgrund der falschen Beschuldigung gestürzt wurden, das Massaker angeordnet zu haben. Neben dem Freispruch zweier Berkut-Polizisten von der Tötung und Verwundung von Maidan-Aktivisten stellt es fest, dass alle 5 angeklagten Berkut-Mitglieder zu Unrecht der Tötung von 13 und der Verwundung von 29 Maidan-Demonstranten beschuldigt wurden. Dies ist ein weiterer Beleg für konstruierte und politisch motivierte Anklagen.

Die Entscheidung, drei Berkut-Offiziere in Abwesenheit zu verurteilen, die 2019 von Selenskyj gegen Donbas-Separatisten ausgetauscht worden waren, war politisch. Den ukrainischen Gerichten fehlt die Unabhängigkeit, insbesondere in aufsehenerregenden und stark politisierten Fällen, und sie erlassen ihre Entscheidungen in solchen Fällen häufig auf Anweisung der Präsidialverwaltung. Die Unparteilichkeit war für die drei Berkut-Polizisten, die in Abwesenheit wegen des Maidan-Massakers verurteilt wurden, besonders schwierig, da sie sich während des Russland-Ukraine-Krieges im von Russland annektierten Donbas befanden.

Die Urteilsentscheidung, dass diese 3 Berkut-Offiziere für den Mord an 31 von 48 Maidan-Demonstranten und den versuchten Mord an 44 von 80 Demonstranten verantwortlich seien, deren Tötung und Verwundung den Berkut-Mitgliedern zur Last gelegt wird, stützte sich auf eine einzige gefälschte forensische Untersuchung. Wie erwähnt, kehrte diese forensische Untersuchung von Kugeln fünf Jahre nach dem Massaker die Ergebnisse von etwa 40 früheren

forensischen Kugeluntersuchungen um, darunter eine computergestützte Untersuchung, die zeigte, dass Kugeln von Berkut-Kalaschnikows nicht mit Kugeln aus den Körpern getöteter Maidan-Demonstranten übereinstimmten. Das Urteil verwarf eine einzelne Kugelübereinstimmung des verurteilten Berkut-Mitglieds mit dem getöteten Demonstranten in dieser forensischen Untersuchung, weil sie auf einem Geschossstück beruhte, das ohne jede Spur an der Stelle eines anderen Geschossstücks auftauchte, was ein Anzeichen für Beweismanipulation war. Dennoch stützte es seine Entscheidung zur Verurteilung der Berkut auf eine solche forensische Untersuchung.

Diese 3 Berkut-Polizisten wurden in Abwesenheit nicht nur aufgrund dieser einen gefälschten forensischen Untersuchung verurteilt, sondern auch aufgrund kollektiver Verantwortung für den Mord an 31 und den versuchten Mord an 44 Demonstranten. Auf derselben Grundlage und entgegen allen anderen Beweisen wurde ein Berkut-Kommandeur zudem wegen fahrlässiger Tötung von 4 der ersten Demonstranten und der Verwundung von 8 weiteren verurteilt, weil er angeblich den Befehl zum wahllosen Schießen während der Evakuierung der Inneren Truppen durch die Berkut-Kompanie und deren anschließenden Rückzugs gegeben hatte, nachdem ein Berkut getötet und ein weiterer verwundet worden war. Die Entscheidung schrieb die Tötung und Verwundung der meisten dieser Demonstranten, selbst in Fällen ohne angeblich übereinstimmende Kugeln, der Berkut oder nicht identifizierten Polizeimitgliedern zu, einfach weil diese Demonstranten in der Gruppe etwa zur gleichen Zeit und am gleichen Ort getötet wurden. Dies geschah, obwohl das Prozessurteil einräumte, dass Demonstranten in denselben Gruppen etwa zur gleichen Zeit und am gleichen Ort nicht von Strafverfolgungsbehörden, sondern von „unbekannten Personen“ getötet und verwundet wurden, die sich im Hotel Ukraina und in anderen von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten befanden.

Diese forensische Kugeluntersuchung widerspricht auch synchronisierten Videos, die zeigen, dass Berkut-Mitglieder zu den konkreten Zeitpunkten, als fast alle Maidan-Aktivisten getötet wurden, nicht schossen, sowie Ermittlungsexperimenten vor Ort durch ballistische Regierungsexperten, die auf Kugelflugbahnen aus von Maidan kontrollierten Gebieten hindeuteten. Sie widerspricht den Ergebnissen forensischer medizinischer Untersuchungen, die Wundrichtungen von oben, von hinten und von der Seite zeigen, sowie den Aussagen der absoluten Mehrheit der verletzten Maidan-Demonstranten und mehrerer Hundert Zeugen der Anklage und der Verteidigung und anderer Zeugen über Scharfschützen im Hotel Ukraina und an anderen von Maidan kontrollierten Orten. Dies belegt, dass die Berkut-Polizisten diese Demonstranten physisch nicht beschießen konnten. Wie erwähnt, wurden diese Berkut-Polizisten zu dem konkreten Zeitpunkt und in der konkreten Richtung, in der diese Demonstranten getötet wurden, nicht beim Schießen gefilmt. Die Lage der Einschusslöcher und die Wundrichtungen zeigen, dass die Demonstranten nicht von vorn und aus der Bodenrichtung der vor ihnen liegenden Berkut-Barrikadenstellungen, sondern aus steilen Richtungen von den Seiten oder von hinten beschossen wurden, die zu von Maidan kontrollierten Gebäuden oder Gebäuden in von Maidan kontrollierten Gebieten passen.

Synchronisierte Videos zeigen, dass die einzige Übereinstimmung in dieser forensischen Untersuchung – eine Kugel von einem verletzten Maidan-Aktivisten zu einem Kalaschnikow eines verurteilten Berkut-Mitglieds – eindeutig gefälscht ist, da dieser Polizist (Abroskin) während der Verwundung dieses Demonstranten (Kolesnikow), der selbst aussagte, aus dem Hotel Ukraina beschossen worden zu sein, nicht beim Schießen gefilmt wurde. Ein ballistischer Regierungsexperte stellte fest, dass dieser Demonstrant von der Spitze dieses Hotels aus beschossen wurde, gestützt auf Einschusslöcher in einem Stuhl, mit dem sich dieser Demonstrant vor den Scharfschützen im Hotel Ukraina schützte, und auf seine steile Wunde. Ein synchronisiertes Video zeigt, dass genau zum Zeitpunkt seiner Verwundung auf der Brücke Demonstranten, die sich unter der Brücke versteckt hielten, auf Scharfschützen im Hotel Ukraina zeigten, die auf Demonstranten auf dieser Brücke schossen (siehe Video H).

Das Urteil deckte zudem auf, dass die Maidan-Anwälte das SITU-3D-Modell während des Prozesses nicht vorlegten, nachdem sie, wie es feststellte, durch dessen Einführung die Zeit des Gerichts und der Jury verschwendet hatten. Dies ist eine weitere Bestätigung dafür, dass dieses Modell die Wundstellen falsch darstellte, die mit Schussrichtungen aus von Maidan kontrollierten Gebäuden übereinstimmen, um sie an die Berkut-Stellungen am Boden anzupassen. Dieses Modell, das von einer New Yorker Architekturfirma im Auftrag der Maidan-Anwälte für den Prozess für nahezu 100.000 Dollar erstellt wurde, wurde stattdessen dazu genutzt, Desinformation in der New York Times und anderen westlichen und ukrainischen Medien zu verbreiten. Dieses Modell wurde – ebenso wie die Gehälter der Maidan-Anwälte und sogar Besuche von Staatsanwälten – von der Soros-Stiftung in der Ukraine bezahlt.

Da die Regierungsuntersuchung einräumte, dass 77 von 157 verletzten Maidan-Aktivisten nicht aus von der Berkut kontrollierten Sektoren beschossen wurden und niemanden wegen des versuchten Mordes anklagte, bedeutet dies auch, dass sie von den Maidan-Scharfschützen beschossen wurden. Das Urteil bedeutet zusammen mit diesen Ergebnissen der Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft die de facto offizielle Anerkennung, dass mindestens 10 der 49 getöteten und 115 der 172 verletzten Maidan-Aktivisten am 20. Februar 2014 nicht von der Berkut oder anderen Strafverfolgungsbehörden aus dem von den Regierungstruppen kontrollierten Gebiet, sondern von Maidan-Scharfschützen aus den von Maidan kontrollierten Orten beschossen wurden. Die offizielle Anerkennung, dass die absolute Mehrheit der Maidan-Aktivisten nicht von den Regierungstruppen verwundet wurde, ist ein weiterer Beweis dafür, dass zumindest die absolute Mehrheit der Demonstranten auch von Maidan-Scharfschützen getötet wurde, da sie zur gleichen Zeit und am gleichen Ort beschossen wurden. Doch es ist einfach, die Berkut fälschlich für ihre Tötung verantwortlich zu machen, weil ermordete Menschen nicht aussagen können, im Gegensatz zu den Verletzten, deren überwältigende Mehrheit aussagte, von Scharfschützen in den von Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten beschossen worden zu sein und/oder dort Scharfschützen beobachtet zu haben (siehe Katchanovski, 2024, 2025b). Akademische Studien, der freigegebene Text des Urteils, das im März 2025 vom Gericht in Chmelnyzkyj nach einem mehrere Jahre dauernden geschlossenen Verfahren erlassen wurde, sowie Untersuchungen des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft bestätigten de facto ebenfalls, gestützt auf Beweise wie Videos, forensische ballistische und

medizinische Untersuchungen, Ermittlungsexperimente vor Ort und Zeugenaussagen, dass eine ältere weibliche Maidan-Demonstrantin am 19. Februar 2014 getötet und drei weitere verwundet wurden, nicht von SBU-Beamten, sondern von Maidan-Aktivisten mit rechtsextremer Beteiligung vom von Maidan kontrollierten Eingang des SBU-Gebäudes in Chmelnyzkyj aus (Katchanovski, 2024; Vyrok, 2025).

Das False-Flag-Maidan-Massaker führte zum Sturz der Janukowytsch-Regierung. Er und seine Kräfte wurden fälschlich für den Massenmord an den Maidan-Demonstranten verantwortlich gemacht. Er floh aus Kiew und dann aus der Ukraine, weil er fälschlich für dieses Massaker verantwortlich gemacht wurde und wegen der Attentatsversuche gegen ihn (siehe Kapitel 2). Dieses Massaker löste zudem die nachfolgenden Konflikte in der Ukraine und zwischen Russland und der Ukraine aus, die in den folgenden Kapiteln untersucht werden.

Literaturverzeichnis

"Batkivshhyna": Snajpery obstrilyuyut mitynhuvalnykiv z dakhiv Zhovtnevoho palacu i konsevatorii. (2014, February 20). Ukrainski novyny. https://ukranews.com/ua/news/232789-batkivshhyna-snaypery-obstrilyuyut-mitynguvalnykiv-z-dakhiv-zhovtnevogo-palacu-y-konsevatorii

112 Ukraina. (2015, May 27). SBU ne peredala GPU dokazatel'stva uchastiia Surkova v rasstrele Evromaidana, - Shokin. http://112.ua/politika/sbu-ne-peredala-gpu-dokazatelstva-uchastiya-surkova-v-rasstrele-evromaydana--shokin-232196.html

112 Ukraina. (2017, February 18). Syroid dopuskaet prichastnost' predstavitelej segodnjashnej vlasti k sobytijam, proishodivshim na Evromaidane. http://112.ua/politika/syroid-dopuskaet-prichastnost-predstaviteley-segodnyashney-vlasti-k-sobytiyam-proishodivshim-na-evromaydana-372879.html

24 kanal. (2020, January 30). Chastyna materialiv znykla, ne xotily vyjty na zamovnykiv. https://24tv.ua/chastina_materialiv_znikla_ne_hotili_viyti_na_zamovnikiv__ryaboshapka_pro_spravi_maydanu_n1272252

Anna Stephan. (2018). Ploshhad Razbityh Nadezhd (polnaja versija). https://www.youtube.com/watch?v=C-7xjDxFSQc

ARD. (2014, April 10). Monitor, No 660. https://www.youtube.com/watch?v=xriJ3x4IeD0

Bandeira, L. A. M. (2019). The world disorder: US hegemony, proxy wars, terrorism and humanitarian catastrophes. Springer.

Bird In Flight. (2016, February 19). Ivan Bubenchik: «Ya ubil ih v zatylok, eto pravda». https://birdinflight.com/ru/mir/ivan-bubenchik-ya-ubil-ih-v-zatylok-eto-pravda.html

Black, J. L., & Johns, M. (Eds.). (2015). The return of the cold war: Ukraine, the West and Russia. Routledge.

Boyd-Barrett, O. (2016). Western mainstream media and the Ukraine crisis: A study in conflict propaganda. Routledge.

Braty Kapranovy. (2017). Maidan. Taiemni faily. Nora-Druk.

Chivers, C. J. (2014, March 6). [Tweet]. Twitter. https://twitter.com/cjchivers/status/441534777305600000

Cohen, S. (2018). War with Russia: From Putin & Ukraine to Trump & Russiagate. Hot Books.

Council of Europe. (2015, March 31). Report of the international advisory panel on its review of the Maidan investigations. https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016802f038b

Daily Lviv. (2015, October 12). Svobodivtsi zvynuvatyly vladu u politychnykh represiiakh (video). https://dailylviv.com/news/polityka/svobodivtsi-zvynuvatyly-vladu-u-politychnykh-represiyakh-video-24018

Euromaidan. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Euromaidan

Gatehouse, G. (2015, February 11). The untold story of the Maidan massacre. BBC News. http://www.bbc.com/news/magazine-31359021

Glavred. (2014, March 18). Siloviki ustanovili lichnosti snajperov, kotorye rasstrelivali ljudej na Maidane. http://glavred.info/politika/siloviki-ustanovili-lichnosti-snayperov-kotorye-rasstrelivali-lyudey-na-maydane-274477.html

Gordon. (2020, April 12). Parasyuk. https://www.youtube.com/watch?v=2Z5NoQsdvo4

GPU: Slidstvom identyfikovano 24 kuli, vylucheni z til poranennykh i zahyblykh na Maidani. (2016). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=PCxT2q2dnyc

Grabowski, J., & Klein, S. (2023). Wikipedia's intentional distortion of the history of the Holocaust. Journal of Holocaust Research, 37 (2), 133–190.

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the "new Cold War". McFarland Books.

Ishchenko, V. (2016). Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: An attempt of systematic estimation. European Politics and Society, 17 (4), 453–472.

Ishchenko, V. (2020). Insufficiently diverse: The problem of nonviolent leverage and radicalization of Ukraine's Maidan uprising, 2013–2014. Journal of Eurasian Studies, 11(2), 201–215.

Kalnysh, V. (2015, February 2). Andrey Parubiy: Na Majdane i po nam, i po "Berkutu" "rabotal" rossijskij specnaz. RBK - Ukraina. http://www.rbc.ua/rus/interview/andrey-parubiy-na-maydane-i-po-nam-i-po-berkutu-rabotal--17022015132900

Katchanovski, I. (2015a). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2015b, September 3–6). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, San Francisco, CA, United States. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2658245

Katchanovski, I. (2016a). The Maidan massacre in Ukraine: A summary of analysis, evidence, and findings. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the cold war: Ukraine, the West and Russia (pp. 220–224). Routledge.

Katchanovski, I. (2016b). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2019). Over 80 witness testimonies concerning snipers in Maidan-controlled buildings and areas. https://www.youtube.com/watch?v=gMyWOaNhIbM

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2022, September 15–18). The Russia-Ukraine war and the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal, QC. https://www.researchgate.net/publication/364049047_The_Russia-Ukraine_War_and_the_Maidan_in_Ukraine

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2).

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025a). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1).

Katchanovski, I. (2025b, March 2–5). The Maidan massacre trial verdict: What does the verdict of the trial of the century reveal about the Maidan massacre in Ukraine? 66th Annual Convention of the International Studies Association, Chicago, IL, United States. https://www.researchgate.net/publication/389909187

Kogda ubivali liudei svobodovtsy priatalis v nomerakh gotelia Ukraina. YouTube. (2014). https://youtu.be/lSoGsR304rk

Kudelia, S. (2016). The Donbas rift. Russian Politics & Law, 54(1), 5–27.

Kudelia, S. (2018). When numbers are not enough: The strategic use of violence in Ukraine's 2014 revolution. Comparative Politics, 50(4), 501–521.

Lane, D. (2016). The international context: Russia, Ukraine and the drift to East-West confrontation. International Critical Thought, 6(4), 623–644.

Maidan 25 sichnya / Oleh Tyahnybok: Borot"ba tryvaye! (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=JUwoaANSX5Y

Maidan casualties. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Maidan_casualties

Maidan massacre trial verdict selected excerpts confirming false-flag massacre (English Google translation). (2023). Academia. https://www.academia.edu/109357708/Maidan_Massacre_Trial_Verdict_Selected_Excerpts_Confirming_False_Flag_Massacre_English_Google_Translation_

Mandel, D. (2016). The conflict in Ukraine. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, 24(1), 83–88.

Marples, D. R., & Mills, F. V. (Eds.). (2015). Ukraine's Euromaidan: Analyses of a civil revolution. Ibidem.

MichaelRCaputo. (2023). The Ukraine hoax. https://rumble.com/v1e6fr9-the-ukraine-hoax.html

Myth Detector. (2018, February 22). Four inaccuracies in disinformation about Georgian snipers allegedly opening fire on protesters rallying on Maidan. https://mythdetector.ge/en/four-inaccuracies-in-disinformation-about-georgian-snipers-allegedly-opening-fire-on-protesters-rallying-on-maidan/

Naspravdi.Today. (2020, January 4). Yak Horbatyuk pleminnyka na robotu v DBR vlashtovuvav. https://naspravdi.today/uk/2020/01/04/yak-horbatiuk-pleminnyka-na-robotu-v-dbr-vlashtovuvav

National Memorial to the Heavenly Hundred Heroes and Revolution of Dignity Museum. (ND). Arkhitekturnyi proiekt Natsionalnoho memorialu Heroiv Nebesnoi Sotni. https://www.maidanmuseum.org/uk/node/1291

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Shershen, A. (2015, May 19). Glavnyi sledovatel po delu Maidana: Udivliaius, kak oni ostaiutsia na dolzhnostiah. Ukrinform. http://www.ukrinform.ua/rus/news/glavniy_sledovatel_po_delu_maydana_ya_udivlyayus_kak_oni_mogut_rabotat_na_svoih__dolgnostyah_1746015

Strana. (2020, February 18). Kto nachal boiniu na Majdane. https://strana.today/news/250376-kto-ubival-ljudej-na-majdane-20-fevralja-2014-hoda-dokumenty-sledstvija.html

The hidden truth about Ukraine - Part 1. YouTube. (2016a). https://www.youtube.com/watch?v=wR1NFI6TBH0

The hidden truth about Ukraine - Part 2. YouTube. (2016b). https://www.youtube.com/watch?v=V0rR2Fh1

tk.media. (2020, February 3). Zhurnalist poobshhalsja s devushkoj-medikom, jakoby «ranennoj v sheju» snajperom vo vremja Evromajdana. https://tk.media/news/zhurnalist-razoblachil-

devushku-medika-yakoby-ranennuyu-v-sheyu-snayperom-vo-vremya-evromaydana-okazalos-ranenie-bylo-instsenirovkoy-2020-02-03

Traynor, I., & Salem, H. (2014, February 20). Snipers stalk protesters in Ukraine as Kiev hotel becomes makeshift morgue. The Guardian. https://www.theguardian.com/world/2014/feb/20/ukraine-snipers-kiev-hotel-makeshift-morgue

TyzhdenUA. (2017). Nove video rozstriliv na Maidani. https://www.youtube.com/watch?v=gquj-Gf7cVQ

Ukrainski Novyny. (2019, October 31). Advokat berkutovcev Aleksandr Goroshinskij. https://ukranews.com/interview/2245-aleksandr-goroshinskij-esli-by-gruzinskie-snajpery-byli-fejkom-sud-uzhe-davno-by-ih-razvenchal

UNIAN. (2014, April 2). Prikaz rasstrelivat' mitinguiushhih otdaval Yanukovich – GPU. https://www.unian.net/politics/903462-prikaz-rasstrelivat-mitinguyuschih-otdaval-yanukovich-gpu.html

Video A. (2023, October 13). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=1RNCNQpeTqI

Video B. (2023, October 18). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=PA3UCJ_5e90

Video C. (2023, October 18). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=epCZkgUIZ2A

Video D. (2023, October 18). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=zKMmUeMbRGo

Video E. (2023, October 13). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=-BP6ONQ8gmk

Video F. (2023, October 13). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=StVvfxxcUPg;

Video H. (2023, October 18). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Nh-J50hJXV8

Vilna terytoriia. Shist' rokiv trahichnykh podii na Maidani. YouTube. (2020, February 21). https://www.youtube.com/watch?v=NBLawMNBuD0

VO Svoboda. (2014, January 25). VO "Svoboda" uzyala pid kontrol "Ukrayinu". https://web.archive.org/web/20140128082552/http://www.svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/046864/

Von der Leyen, U. (2023, May 16). Keynote speech by President von der Leyen at the opening session of the Council of Europe Summit 'United around our values'. European Commission. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_2786

Yakshho ne bude vymohy vidstavky, my pidem na shturm — sotnyk. YouTube. (2014). https://youtu.be/4ys0FDfXQak

Vyrok. (2023). Yedynyi reyestr sudovykh rishen. https://reyestr.court.gov.ua/Review/114304164

Vyrok. (2025). Yedynyi reyestr sudovykh rishen. https://reyestr.court.gov.ua/Review/126543286

Zasidannia vid 05.07.2016 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2016b, July 5). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=RL5zSVAB5FM

Zasidannia vid 14.12.2021 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2021a, December 14). Sudova vlada Ukrainy. https://youtu.be/iwaXGtd1Pe8?t=6026

Zasidannia vid 18.10.2022 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2022a, October 18). Sudova vlada Ukrainy. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=csHxh6BYqzg

Zasidannia vid 26.10.2022 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2022b, October 26). Sudova vlada Ukrainy. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=nRZMn1eO_pM&t=1654s

Zasidannia vid 30.06.2016 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2016a, June 30). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=1iFGip3tB3k

Zasidannia vid 21.06.2016 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2016c, June 21). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=KfHQLOp5PlE

Zasidannia vid 5.10.2021 u spravi pro «Vbyvstva lyudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2021, October 5). Sudova vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=mmXrx2SKBWw&t=1469s

Zavorotnyi, S. (2016, November 30). Razrushat li pokazanija Janukovicha mifologiju maidana? Antifashist. https://antifashist.com/item/razrushat-li-pokazaniya-yanukovicha-mifologiyu-majdana.html

Zubritsky, V. (2015, January 27). Taina so snajperskoj vintovkoj Sergeja Pashinskogo uhodit kornjami k Arsenu Avakovu. [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Wd3YXGD57Yw

Open Access Dieses Kapitel ist unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0) lizenziert, die die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verteilung und Vervielfältigung in jedem Medium oder Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz angeben und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder sonstiges Material von Dritten in diesem Kapitel sind in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten, sofern in einer Quellenangabe zu dem Material nichts anderes angegeben ist. Wenn Material nicht in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten ist und die beabsichtigte Nutzung durch gesetzliche Vorschriften nicht gestattet ist oder die

gestattete Nutzung überschreitet, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Rechteinhaber einholen.

Kapitel 4: Die russische Annexion der Krim

4.1 Russische, ukrainische und westliche Narrative des Konflikts auf der Krim 2014

Wie im Fall des Russland-Ukraine-Kriegs, des Kriegs im Donbas, des Euromaidan und des Maidan-Massakers in der Ukraine gibt es widerstreitende Narrative zum Konflikt auf der Krim im Jahr 2014. Die westlichen und ukrainischen Regierungen und Medien stellen ihn als illegale russische Annexion ukrainischen Territoriums mit militärischer Gewalt dar. Diese Länder verurteilten diese Annexion, wie die absolute Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen, als einen Verstoß Russlands gegen das Völkerrecht. Sie erklärten, das Referendum auf der Krim, das die Annexion unterstützte, sei illegal und unter vorgehaltener Waffe durchgeführt worden und seine Ergebnisse seien gefälscht worden und gäben nicht die öffentliche Meinung der Einwohner der Krim wieder.

Die ukrainische Regierung und die Medien und in hohem Maße ihre westlichen Gegenstücke charakterisierten den Separatismus auf der Krim als eine Erscheinung mit Unterstützung einer Minderheit. Sie behaupteten außerdem oft, die russische Annexion der Krim sei das Ergebnis des russischen Imperialismus und von der russischen Regierung vor dem Sturz der russlandfreundlichen Regierung Janukowytsch geplant worden.

Sie verwendeten oft das Datum des 20. Februar 2014 als Beginn der „Wiedervereinigung" der Krim auf einer russischen Medaille als entscheidenden Beleg zur Stützung solcher Behauptungen, dass die russische Annexion der Krim vor dem Sturz Janukowytschs geplant worden sei. Dieses Datum wird jedoch in Russland und auf der Krim verwendet, um den Beginn des Konflikts auf der Krim zu bezeichnen, weil der Berkut aus Sewastopol und die Inneren Truppen von der Krim während des Maidan-Massakers an den Demonstranten und der Polizei am 20. Februar 2014 in Kiew aus von den Maidan-Kräften kontrollierten Gebäuden von Scharfschützen beschossen wurden und weil nach der Krim zurückkehrende Anti-Maidan-Demonstranten am selben Tag auf dem Rückweg zur Krim an einem Kontrollpunkt von Maidan-Aktivisten in der Nähe von Korsun abgefangen und angegriffen wurden. Es gibt Videos, Fotos und Zeugnisse des Angriffs von Korsun und das Eingeständnis der ukrainischen Polizei, dass dort zwei Busse niedergebrannt wurden, doch keine derartige Bestätigung für Behauptungen, dass dort mehrere Einwohner der Krim getötet wurden.

Die englisch-, ukrainisch- und russischsprachige Wikipedia folgt im Allgemeinen demselben Narrativ wie die westlichen und ukrainischen Regierungen und die Mainstream-Medien. Die Wikipedia behauptet jedoch auch, die russische Annexion der Krim im Frühjahr 2014 sei der Beginn des Russland-Ukraine-Kriegs gewesen (siehe Annexation, 2025).

Im Gegensatz dazu stellen die russische Regierung und die Medien den Konflikt auf der Krim im Frühjahr 2014 als friedliche und legale „Rückkehr" oder „Wiedervereinigung" der Krim mit Russland bei überwältigender Unterstützung durch die Bevölkerung der Krim infolge eines legalen und demokratischen Referendums in dieser Region dar, das nach ihrer Aussage der kommunistische Führer der Sowjetunion der sowjetischen Ukraine 1954 illegal übertragen habe. Die russische Regierung und mit wenigen Ausnahmen die russischen Medien bestritten zunächst jede russische militärische Beteiligung am Konflikt auf der Krim und behaupteten, die „grünen Männer", die das Parlament der Krim, Flughäfen, Militärstützpunkte, Schiffe der ukrainischen Marine und andere wichtige zivile und militärische Infrastruktur besetzt hätten, seien lokale prorussische paramilitärische Einheiten.

Unter Wissenschaftlern gibt es Debatten über den Konflikt auf der Krim, insbesondere über die Frage der Unterstützung von Sezession und Annexion in der Bevölkerung vor und während des Referendums und über die Zukunft der Krim als Ergebnis des Russland-Ukraine-Kriegs. Einige, wie (Sasse, 2007), argumentierten vor 2014, dass die prorussische sezessionistische Bewegung auf der Krim gescheitert sei, dass ein potenzieller Konflikt auf der Krim erfolgreich verhindert worden sei und dass diese autonome Region in das ukrainische Staatswesen integriert worden sei. Im Gegensatz dazu zeigten andere Studien starke prorussische separatistische Orientierungen in dieser Region und die Möglichkeit eines gewaltsamen Konflikts und einer Sezession der Krim (Katchanovski, 2005, 2006, 2010).

Dies ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung des Kapitels von Katchanovski (2015) mit dem Titel „Crimea: People and Territory before and after Annexation", in Ukraine and Russia: People, Politics, Propaganda and Perspectives, Agnieszka Pikulicka-Wilczewska und Richard Sakwa (Hrsg.), E-International Relations, Bristol, 2015, S. 80–89, https://www.e-ir.info/2015/03/24/crimea-people-and-territory-before-and-after-annexation/

© Der/die Autor(en) 2026

I. Katchanovski, The Russia-Ukraine War and its Origins, Rethinking Political Violence, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3_4

4.2 Die Krim vor der Sezession und der russischen Annexion

Die Krim wurde nach dem Ende des Euromaidan mit dem gewaltsamen Sturz der Regierung von Wiktor Janukowytsch am 21. Februar 2014 zu einem wichtigen Brennpunkt eines innerstaatlichen Konflikts in der Ukraine und eines internationalen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine unter Beteiligung des Westens (siehe Kapitel 2 und 3; Katchanovski, 2020, 2023a, 2023b, 2024; Sakwa, 2015). Die Halbinsel Krim wurde historisch von verschiedenen Völkern besiedelt und war ein Ort vieler Kriege und Konflikte. Zu ihren frühen Einwohnern gehörten die Kimmerier, die Skythen und antike Griechen, deren Kolonien am Schwarzen Meer lagen. Die Goten, die Hunnen, die Kiewer Rus, genuesische und venezianische Kaufleute und die von den Mongolen geführte Goldene Horde kontrollierten verschiedene Teile der Halbinsel Krim in unterschiedlichen historischen Perioden am Ende des ersten Jahrtausends und zu Beginn des zweiten Jahrtausends. Das Khanat der Krim entstand im 15. Jahrhundert aus der Goldenen

Horde und wurde später ein Vasallenstaat der osmanischen Türkei. Die Krimtataren überfielen oft ukrainische, polnische und russische Gebiete als Teil militärischer Feldzüge und um eine große Zahl von Sklaven zu erbeuten. Infolge der russisch-türkischen Kriege wurde die Krim 1783 vom Russischen Reich erobert, und ein erheblicher Teil der krimtatarischen Bevölkerung siedelte sich im Osmanischen Reich an oder wurde gezwungen, dorthin zu ziehen. Der Krimkrieg von 1853–1856 brachte eine militärische Niederlage Russlands gegen ein von Großbritannien, Frankreich und dem Osmanischen Reich angeführtes Bündnis, doch die Halbinsel blieb im Russischen Reich (Magocsi, 2014).

Während und im Anschluss an den Ersten Weltkrieg, die Bolschewistische Revolution, den Bürgerkrieg und die kurze Unabhängigkeit der Ukraine vom Russischen Reich wurde die Kontrolle über die Krim von der ukrainischen Regierung, dem deutschen Militär, den weißen Armeen Russlands und dann 1920 von der bolschewistischen Roten Armee erobert. 1921 wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim als Autonomie der Krimtataren im sowjetischen Russland und dann als Teil der russischen Republik in der Sowjetunion errichtet. Doch die sowjetische Politik der Tatarisierung wurde von Josef Stalin beendet. Die künstliche Hungersnot von 1932–1933 traf die Krim viel weniger als die benachbarten landwirtschaftlichen Regionen in der Sowjetukraine und im Kuban in Russland. Der massenhafte politische Terror Mitte der 1930er Jahre führte jedoch dazu, dass eine große Zahl von Einwohnern der Krim verhaftet und hingerichtet oder in den Gulag verbannt wurde. Die Krim wurde während des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzung von 1941–1944 zu einem großen Schlachtfeld und Mordfeld. 1944 verhängte Stalin eine Kollektivstrafe über die Krimtataren und beschuldigte die gesamte ethnische Gruppe der Zusammenarbeit mit NS-Deutschland. Die sowjetische Regierung deportierte 1944 die gesamte krimtatarische Bevölkerung und andere kleinere ethnische Minderheiten nach Zentralasien, und die formale Autonomie der Krim wurde beseitigt. Ein erheblicher Anteil der Krimtataren kam während dieser ethnischen Säuberung und in deren Folge ums Leben, vor allem infolge von Nahrungs- und medizinischer Versorgungslosigkeit. Eine große Zahl von Migranten aus Russland und der Ukraine wurde in der Region angesiedelt. 1954 übertrug Nikita Chruschtschow, der neue kommunistische Führer der Sowjetunion, die Krim von Russland an die ukrainische Republik (Katchanovski et al., 2013, 115–116; Magocsi, 2014).

Die Krim hatte in der Ukraine eine Geschichte des Separatismus, die dem Konflikt im Frühjahr 2014 vorausging. Diese Region vermied jedoch einen gewaltsamen Konflikt während des Zerfalls der Sowjetunion, im Gegensatz zu Transnistrien in Moldawien, Abchasien und Südossetien in Georgien, Bergkarabach in Aserbaidschan und Tschetschenien in Russland. Der Separatismus auf der Krim begann sich während der politischen Liberalisierung von Perestroika und Glasnost zu manifestieren, die von Michail Gorbatschow, einem reformistischen kommunistischen Führer der Sowjetunion, eingeleitet wurden. Im Januar 1991 unterstützten 93 % der Wähler der Krim die Verleihung des Status der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim innerhalb der Sowjetunion an ihre Region (Sasse, 2007, 138). Zugleich unterstützten im ukrainischen Referendum vom 1. Dezember 1991 54 Prozent der Wähler auf der Krim die Unabhängigkeit der Ukraine, viel weniger als der Landesdurchschnitt von 91 %. Die prorussische separatistische

Bewegung gewann jedoch in den ersten Jahren der unabhängigen Ukraine an Popularität. Der Russland-Block, der ein unabhängiges Krim oder eine Wiedervereinigung der Region mit Russland befürwortete, erhielt 67 % der Stimmen bei der Parlamentswahl 1994. Yurii Meschkow, sein Kandidat, gewann 73 % der Stimmen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 1994 auf der Krim.

Große Unterschiede entlang ethnischer Linien hinsichtlich der Unterstützung des Separatismus auf der Krim wurden in den 1990er Jahren deutlich. Die Krim war die einzige Region der Ukraine mit einer ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit. Die Volkszählung von 2001 verzeichnete 58 % der Bevölkerung der Krim, einschließlich Sewastopol, als ethnische Russen und 24 % als ethnische Ukrainer. Die Krimtataren machten 10 % der Bevölkerung aus (berechnet nach Vseukrainskyi, 2014). Die USIA/SOCIS-Gallup-Umfrage von 1996 zeigte, dass 59 % der ethnischen Russen auf der Krim den Beitritt ihrer Region zu Russland unterstützten. Ein erheblicher Prozentsatz der ethnischen Ukrainer (41 %) und ein viel geringerer Prozentsatz der Krimtataren (8 %) äußerten dieselbe Präferenz. Umgekehrt befürworteten 13 % der Russen und 29 % der Ukrainer auf der Krim und mehr als die Hälfte der Krimtataren (54 %), dass ihre Region Teil der Ukraine bleibt (USIA, 1996).

Die absolute Mehrheit der Krimtataren kehrte Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre auf die Krim zurück (Allworth, 1998). Sie gründeten ihre eigenen ethnisch basierten politischen Organisationen, wie den Medschlis, und unterstützten diese überwältigend. Die Führer und Organisationen der Krimtataren lehnten den prorussischen Separatismus ab und verbündeten sich mit nationalistischen ukrainischen Parteien und Politikern (Drohobycky, 1995; Katchanovski, 2005; Sasse, 2007).

Interne Spaltungen und die Politik der ukrainischen Regierung führten Mitte der 1990er Jahre zum Zerfall des Russland-Blocks. 1995 setzte der ukrainische Präsident Leonid Kutschma die Verfassung der Krim vorübergehend aus und schaffte deren Präsidentschaft ab. Während die Krim ihren Status als autonome Republik innerhalb der Ukraine behielt, wuchs der Einfluss der zentralen ukrainischen Regierung in der Region sowohl de jure als auch de facto erheblich. Die Kommunistische Partei der Krim und dann die Partei der Regionen, die eine Wahlallianz mit dem Russischen Block bildete, wurden zu den populärsten politischen Kräften in der Region. Offen separatistische prorussische Organisationen erhielten jedoch seit Mitte der 1990er Jahre keine starke Unterstützung bei den regionalen Wahlen (Sasse, 2007).

Einige andere Studien argumentierten jedoch, dass der Separatismus auf der Krim eine erhebliche Popularität behielt und dass seine mögliche Sezession eine Möglichkeit blieb (Katchanovski, 2006, 2010). So zeigte die Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2001, dass 50 % der Befragten auf der Krim einen Beitritt ihrer Region zu Russland befürworteten und weitere 9 % ihre Region lieber als unabhängigen Staat sehen wollten (berechnet nach Krym, 2001). Die separatistischen Präferenzen auf der Krim nahmen nach der „Orangenen Revolution" von 2004, die einen prowestlichen und nationalistischen Präsidenten, Wiktor Juschtschenko, an die Macht brachte, erheblich zu. Wiktor Janukowytsch, ein relativ russlandfreundlicher

Präsidentschaftskandidat, erlangte in der Ukraine nicht durch die Fälschung der Wahlergebnisse die Macht, erhielt aber in der Region überwältigende Unterstützung.

In der Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2008, die kurz nach dem russisch-georgischen Krieg durchgeführt wurde, der auf einen Versuch der georgischen Regierung folgte, die de facto unabhängige sezessionistische Region Südossetien zu erobern, unterstützten 73 % der Krimbewohner, die sich in dieser Frage eine Meinung gebildet hatten, die Sezession der Krim von der Ukraine mit dem Ziel des Beitritts zu Russland (berechnet nach AR Krym, 2008). In dieser Umfrage wollten 85 % der ethnischen Russen, 65 % der ethnischen Ukrainer und 17 % der Krimtataren, dass ihre Region aus der Ukraine austritt (berechnet nach AR Krym, 2008). Auf eine separat gestellte Frage in derselben Umfrage befürworteten 47 % der Befragten auf der Krim, darunter 49 % der ethnischen Russen, 45 % der ethnischen Ukrainer und 39 % der Krimtataren, die Unabhängigkeit der Krim. Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2008 zeigte, dass 59 % der Krimtataren unterstützten, dass die Krim eine nationale Autonomie der Krimtataren in der Ukraine wird. Separat unterstützten 33 % der Krimtataren die Vereinigung der Krim mit der Türkei.

Die offen separatistischen Präferenzen auf der Krim gingen danach jedoch zurück und wurden von 38 % der Befragten in der Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2009 geäußert. Dreißig Prozent vertraten solche Ansichten in der Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2011, nachdem Janukowytsch die Präsidentschaftswahl 2010 mit Versprechen einer engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und der Einführung des Russischen als zweiter Staatssprache in der Ukraine gewonnen hatte. Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2011 zeigte, dass die kombinierte Unterstützung für einen Beitritt zu Russland und die Unabhängigkeit der Krim bei den ethnischen Ukrainern auf 25 % von 35 % im Jahr 2009 zurückging. Die Haltungen der ethnischen Russen zeigten einen ähnlichen Rückgang separatistischer Präferenzen auf 35 % von 43 %. Solche separatistischen Haltungen unter den Krimtataren blieben 2011 (28 %) im Vergleich zu 2009 (27 %) gleich, doch ihre Unterstützung für einen Beitritt zur Türkei stieg von 4 % im Jahr 2009 auf 21 % im Jahr 2011 (Iakist 2011, 27).

Umfragen deuteten darauf hin, dass der prorussische Separatismus auf der Krim während des Euromaidan eine erhebliche, aber minoritäre Unterstützung hatte. Die absolute Mehrheit der Krimbewohner unterstützte die Regierung Janukowytsch und lehnte den Euromaidan ab, der als Massenprotest gegen die Rückkehr der Regierung Janukowytsch vom Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union begann und sich dann in einen regierungsfeindlichen Protest und eine Rebellion in westlichen und einer Reihe zentraler Regionen verwandelte.

Janukowytsch widersetzte sich während seiner Präsidentschaft und seine halboligarchische Partei der Regionen dem Separatismus auf der Krim, während er bei verschiedenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die Unterstützung der Mehrheit der Wähler in dieser Region erhielt. Janukowytsch betrachtete die Krim als eine weitere Quelle der Bereicherung für sein persönliches Netzwerk aus Familie, Politikern und Oligarchen, und er ernannte eine Reihe seiner Vertrauten aus dem Donbas auf Spitzenpositionen auf der Krim.

Führende russische Politiker wie Präsident Boris Jelzin in den 1990er Jahren und Präsident Wladimir Putin vor dem Sturz der Regierung Janukowytsch im Februar 2014 unterstützten den Separatismus auf der Krim nicht offen. Die russische Regierung erklärte jedoch, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sei eine unannehmbare Bedrohung für die Sicherheit Russlands. Putin erklärte während des NATO-Gipfels in Rumänien im April 2008, ein solcher Schritt könne zu einem Zerfall der Ukraine entlang regionaler Linien führen, und er soll behauptet haben, die Ukraine sei ein künstliches Land, das historisch russische Regionen neben anderen Regionen umfasse (To shcho, 2008).

Einige andere russische Politiker wie Juri Luschkow, der Bürgermeister von Moskau, und verschiedene nationalistische und kommunistische Oppositionspolitiker weigerten sich öffentlich, die Krim oder die Stadt Sewastopol als Teile der Ukraine anzuerkennen, und sie brachten ihre Unterstützung für eine Wiedervereinigung der gesamten Krim oder Sewastopols mit Russland zum Ausdruck. Eine Umfrage des WZIOM-Waldai-Klubs im September 2013 zeigte, dass die Mehrheit, 56 % der Russen, die Krim als „im Wesentlichen russisch" betrachtete (Contemporary, 2014).

Trotz Unterschieden und Spannungen gelang es den russischen und ukrainischen Regierungen in den 1990er Jahren, die Schwarzmeerflotte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion friedlich aufzuteilen, doch Russland konnte seine Marinepräsenz in Sewastopol aufrechterhalten. 1997 unterzeichneten die beiden Länder ein Abkommen, das der russischen Schwarzmeerflotte einen 20-jährigen Pachtvertrag für den Marinestützpunkt Sewastopol gewährte. 2010 unterzeichnete Präsident Janukowytsch ein weiteres Abkommen mit Russland, das die Pacht des Marinestützpunkts Sewastopol durch die russische Schwarzmeerflotte um 25 Jahre verlängerte, nachdem der ursprüngliche Pachtvertrag 2017 auslaufen sollte, im Gegenzug für einen Rabatt auf das von der Ukraine aus Russland importierte Erdgas.

4.3 Die Sezession und die russische Annexion der Krim 2014

Der gewaltsame Sturz der russlandfreundlichen Regierung Janukowytsch im Februar 2014 gab dem Separatismus auf der Krim einen erheblichen Schub. Die russische Regierung nutzte diesen Sturz, um ihre bisherige Politik umzukehren und sowohl die Separatisten als auch die Annexion der Krim zu unterstützen. Janukowytsch floh am 22. Februar 2014 aus der Ostukraine auf die Krim, und das dortige russische Militär half ihm auf Anweisung der russischen Regierung, nach Russland zu entkommen.

Die neue Regierung und die Medien in der Ukraine und ihre Gegenstücke in westlichen Ländern stellten den Regierungswechsel als Ergebnis friedlicher Massenproteste während des Euromaidan dar. Sie behaupteten, Janukowytsch habe seine Präsidentschaftsposition aufgegeben und sei aus der Ukraine geflohen, weil er die Verantwortung für das Massaker an den Maidan-Demonstranten am 20. Februar 2014 trage. Die Analyse verschiedener Belege deutet jedoch darauf hin, dass Elemente der extremen Rechten und oligarchische Organisationen an der Ermordung sowohl von Maidan-Demonstranten als auch von Polizisten beteiligt waren und dass dieses Massaker, Attentatsversuche und der von den USA geführte

Regimewechsel die entscheidende Rolle beim Sturz der Regierung Janukowytsch spielten (siehe Kapitel 2 und 3; Katchanovski, 2020, 2023a, 2023b, 2024; 2025).

Die russischen Führungspersönlichkeiten und die Medien bezeichneten den Sturz Janukowytschs oft als faschistischen Putsch, und sie rechtfertigten die Unterstützung des Separatismus und der Annexion der Krim mit dem Schutz ethnischer Russen vor den ukrainischen „Faschisten" und mit den russischen Interessen der nationalen Sicherheit, um zu verhindern, dass Russland die Kontrolle über den wichtigsten Schwarzmeer-Marinestützpunkt verliert und dieser unter die Kontrolle der NATO fällt.

Nicht nur der russische Präsident Putin, sondern auch der damalige US-Präsident Barack Obama erklärte, die russische Annexion der Krim sei eine Reaktion auf den gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch unter Beteiligung der USA gewesen. Obama sagte, dass „Herr Putin diese Entscheidung um der Krim und der Ukraine willen traf, nicht wegen irgendeiner großen Strategie, sondern im Wesentlichen, weil er durch die Proteste auf dem Maidan aus der Bahn geworfen wurde und Janukowytsch dann floh, nachdem wir einen Deal für den Machtwechsel in der Ukraine vermittelt hatten" (CNN, 2015). Putin räumte in seinem Dokumentarfilm-Interview von 2015 ein, dass er seinen Plan zur „Rückkehr" der Krim vorgeschlagen und die geheime russische Militärintervention am 23. Februar 2014 nach dem Sturz Janukowytschs autorisiert habe.

Videos, Augenzeugenberichte und verschiedene Berichte zeigen einen gewaltsamen Angriff auf Anti-Maidan-Aktivisten der Krim, die am 20. Februar 2014 aus Kiew zurückkehrten und in der Nähe der Stadt Korsun von pro-Maidan-Aktivisten gestoppt und angegriffen wurden. Dieser Angriff, der von den russischen und einem großen Teil der Medien der Krim als Pogrom oder sogar übersteigert als Massaker dargestellt wurde, befeuerte den Separatismus in der Region. In ähnlicher Weise rebellierte die Berkut-Einheit der Krim, die vom Maidan zurückkehrte und während des Maidan-Massakers Verluste erlitten hatte, und blockierte den schmalen Landstreifen, der die Halbinsel mit dem übrigen Teil der Ukraine verbindet.

Die Annexion durch die russische Regierung unter verdecktem Einsatz ihrer militärischen Gewalt spielte jedoch eine entscheidendere Rolle als der Separatismus der Krim. Die russischen Spezialkräfte ohne Abzeichen übernahmen am 27. Februar 2014 die Kontrolle über das Parlamentsgebäude der Krim. Sie besetzten mit Unterstützung separatistischer „Selbstverteidigungs"-Formationen und russisch-nationalistischer Freiwilligenformationen auch andere Regierungsgebäude, ukrainische Militäreinrichtungen und die Schiffe der ukrainischen Marine auf der Halbinsel. Die russische Regierung bestritt jedoch zunächst ihre direkte militärische Intervention auf der Krim, trotz der Belege dafür, dass russische Militäreinheiten („kleine grüne Männer") zusammen mit separatistischen bewaffneten Einheiten auf der Krim jenseits des russischen Marinestützpunkts in Sewastopol operierten und ukrainische Militäreinheiten und die Regierungszentrale besetzten.

Wladimir Konstantinow, der Vorsitzende des Parlaments der Krim von der Partei der Regionen, weigerte sich, die Maidan-Regierung der Ukraine nach dem Sturz Janukowytschs anzuerkennen. Nach der Besetzung des Parlaments durch die russischen Spezialkräfte am 27. Februar 2014

wählte das Parlament der Krim Serhii Aksjonow, einen pro-separatistischen Führer der Partei Russische Einheit, zum neuen Ministerpräsidenten der Autonomie der Krim (Aksjonow soll in der Vergangenheit in organisierte Kriminalität verwickelt gewesen sein). Das Parlament der Autonomie der Krim und der Stadtrat von Sewastopol erklärten einseitig ihre Unabhängigkeit von der Ukraine und setzten ein Referendum über diese Frage an. Die offiziellen Ergebnisse des am 16. März 2014 abgehaltenen Referendums berichteten, dass 97 % der Wähler auf der Krim einen Beitritt zu Russland unterstützten. Die wichtigsten krimtatarischen Organisationen, insbesondere der Medschlis, waren die lautstärksten Gegner der Sezession und Annexion der Krim, und sie boykottierten das Referendum vom 16. März.

Ein solches Referendumsergebnis war im Vergleich zu Meinungsumfragen übersteigert, und das Referendum selbst war nach der ukrainischen Verfassung illegal. Die Analyse verschiedener Umfragedaten deutet jedoch darauf hin, dass die Unterstützung für den Separatismus auf der Krim nach dem Euromaidan und dem gewaltsamen und illegalen Sturz der relativ russlandfreundlichen Regierung der Ukraine erheblich zunahm. Es gibt keine direkt vergleichbaren und öffentlich verfügbaren verlässlichen Umfragedaten zur Unterstützung von Separatismus und einem Beitritt zu Russland unter der Bevölkerung der Krim während des Referendums. In einer Umfrage des Pew Center vom April 2014 erklärten jedoch 91 % der Befragten auf der Krim, das Referendum sei frei und fair gewesen (Pew, 2014).

Die vom Levada-Zentrum auf der Krim im Auftrag eines Forschungsteams westlicher Wissenschaftler durchgeführte Umfrage bestätigt, dass entgegen den von den Regierungen und den Medien in der Ukraine und im Westen und vielen Wissenschaftlern geäußerten Auffassungen die absolute Mehrheit der Krimbewohner die Sezession ihrer Region und den Beitritt zu Russland unterstützte. Die Krimtataren sind die Ausnahme, wobei etwa die Hälfte von ihnen diese Option unterstützt. „Diese Antworten deuten darauf hin, dass es, wenn auf der Krim ein legales Referendum erlaubt worden wäre, das internationale Standards erfüllt (wie es Schottland im September 2014 abhielt), wahrscheinlich eine Mehrheit für den Austritt aus der Ukraine und den Beitritt zu Russland gegeben hätte" (Toal & O'Loughlin, 2015).

Im Gegensatz zum Donbas, einer separatistischen Region in der Ostukraine, vermied die Krim einen gewaltsamen Konflikt. Große Teile des ukrainischen Militärs, des Sicherheitsdienstes und der Polizeikräfte auf der Halbinsel wechselten ihre Loyalität zu den Separatisten und dann zu Russland, während andere vom russischen Militär und der Selbstverteidigung der Krim ohne Kampf blockiert und entwaffnet wurden und in die Ukraine zurückkehrten. Kriege umfassen bewaffnete Kämpfe zwischen Konfliktparteien, und in der Politikwissenschaft und der Konfliktforschung wird häufig die Schwelle von 1.000 Getöteten verwendet, um bewaffnete Konflikte als Kriege einzustufen. Auf der Krim wurden während der Annexion und der russischen Militärintervention auf der Krim nur wenige Menschen getötet. Entgegen der Wikipedia kann der Konflikt auf der Krim daher nicht als Beginn des Russland-Ukraine-Kriegs eingestuft werden.

Es bestand die reale Möglichkeit, dass die russische Annexion und Militärintervention auf der Krim damals zu einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine hätte eskalieren können, wenn die ukrainische Regierung den Einsatz militärischer Gewalt angeordnet hätte. Hochrangige

ukrainische und US-Beamte wie Oleksandr Turtschynow, der während dieses Konflikts „kommissarischer" Präsident der Ukraine war, ein freigegebenes Protokoll einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine sowie Berichte der ukrainischen und westlichen Medien zeigten jedoch, dass die USA und andere westliche Regierungen den Führern der Maidan-Regierung in der Ukraine sagten, während der russischen Annexion der Krim keine militärische Gewalt einzusetzen, um einen Krieg mit Russland zu vermeiden (Bloomberg, 2015; Stenohrama, 2016).

Über mehrere Tage nach diesem Referendum wurden die ehemalige autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol förmlich in die Russische Föderation eingegliedert. Entgegen den Behauptungen der russischen Regierung waren die Sezession und die Annexion der Krim illegal. Sie verletzten die Normen nicht nur des ukrainischen, sondern auch des Völkerrechts. Das Völkerrecht erkennt im Allgemeinen keine Rechte von Regionen auf einseitige Sezession an und betrachtet eine Annexion als illegal. Die neue ukrainische Regierung, die USA und andere westliche Regierungen und die meisten Mitglieder der Vereinten Nationen lehnten die einseitige Sezession und Annexion der Krim als völkerrechtswidrig ab.

Die einseitige Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien mit Unterstützung und Anerkennung durch westliche Regierungen nach dem NATO-Serbien-Krieg von 1999 schuf den Präzedenzfall, der in gewissem Umfang von der russischen Regierung genutzt wurde. Russland erkannte die Unabhängigkeit des Kosovo jedoch nicht an und führte zwei Kriege in Tschetschenien, um eine einseitige Sezession dieser russischen Region zu stoppen. Russland rechtfertigte seine Annexion der Krim mit einer humanitären Intervention, um die Krimbewohner vor der Gewalt der ukrainischen extremen Rechten zu retten.

Die Analyse verschiedener Belege zeigt jedoch, dass eine solche Bedrohung durch die extreme Rechte auf der Krim von Russland hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Unmittelbarkeit übersteigert wurde. Entgegen den Behauptungen der russischen Regierung und der Medien war die ukrainische Regierung in der Ukraine nach dem Maidan nicht faschistisch oder neonazistisch (siehe Katchanovski, 2020; Kapitel 6 und 11). Während es in dieser Region wie im Donbas die Möglichkeit eines Bürgerkriegs unter Beteiligung der extremen Rechten gab, war die Präsenz ukrainischer ultranationalistischer und neonazistischer Organisationen auf der Krim im Frühjahr 2014 äußerst marginal. Drohungen von Organisationen der extremen Rechten, nach dem Euromaidan auf die Krim zu entsenden, wurden nicht verwirklicht. Gewaltsame Angriffe des Rechten Sektors und anderer Organisationen der extremen Rechten und ihrer lokalen Unterstützer wie Oleh Senzow auf der Krim, um deren russische Annexion zu verhindern, waren hinsichtlich ihrer Zahl und ihres Umfangs äußerst begrenzt.

Bis Ende 2014 ging die ukrainische Regierung dazu über, eine begrenzte Blockade der Krim zu verhängen, indem sie Zug- und Busverbindungen aussetzte, und dann wurden auch die Strom- und Wasserversorgung blockiert. Die offizielle Haltung der ukrainischen Regierung, die beispielsweise von den Präsidenten Petro Poroschenko und Wolodymyr Selenskyj zum Ausdruck gebracht wurde, ist die Wiedervereinigung der Krim mit der Ukraine. Der Einsatz militärischer Gewalt zur Rückgewinnung der Kontrolle über die Krim wurde zunächst von einigen

ukrainischen Beamten als Möglichkeit ins Gespräch gebracht und wurde während des Russland-Ukraine-Kriegs 2022 zur offiziellen Regierungspolitik und zum militärischen Ziel. Dies wird jedoch höchstwahrscheinlich nicht geschehen, weil Russland einen militärischen Vorteil gegenüber der Ukraine hat und in einem solchen Fall mit der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen drohte.

Die westlichen Regierungen lehnten die Möglichkeit ab, ihre Militärkräfte auf der Krim einzusetzen. Die US-Regierung und die Regierungen der Mitglieder der Europäischen Union und anderer westlicher Länder verhängten wegen der Annexion der Region Wirtschafts- und Reisesanktionen gegen separatistische Führer der Krim und Beamte der russischen Regierung. Die Sanktionen verboten oder beschränkten auch die Arbeit von US-amerikanischen und anderen westlichen Unternehmen auf der Krim erheblich. Nach einer neuen Runde der US-Sanktionen blockierten Visa und MasterCard beispielsweise im Dezember 2014 die Verwendung ihrer Kreditkarten in dieser Region.

Die russische Regierung weigerte sich jedoch vor der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022, ihre Annexion der Krim rückgängig zu machen und über irgendein Abkommen zu verhandeln, das den Status dieser Region ändern würde. Bei den Wahlen im September 2014 gewann die Partei Einiges Russland des Präsidenten Putin 71 % der Stimmen auf der Krim. Ukrainische und krimtatarische Parteien und Organisationen wurden in ihrer Fähigkeit, weiter zu funktionieren, im Allgemeinen eingeschränkt oder beschnitten; und einige ihrer lokalen Führer und Aktivisten wurden Gewalt, Gewaltdrohungen, Inhaftierung oder Ausweisung von der Krim ausgesetzt.

Die Sezession und Annexion der Krim trug zur Eskalation der Konflikte im Donbas und der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bei, die im Russland-Ukraine-Krieg gipfelten (siehe Kapitel 5; Katchanovski, 2016). Die Krim wurde vom Russland-Ukraine-Krieg betroffen. Die ukrainischen Streitkräfte griffen mit Raketen und Drohnen die russische Schwarzmeerflotte, die Krim-Brücke, russische Militärflugplätze und verschiedene andere kritische militärische und zivile Infrastruktur in dieser Region an. Der in Istanbul zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022 ausgehandelte Rahmen für ein Friedensabkommen umfasste einen vorläufigen Status der Krim, was die Bewahrung ihrer de facto erfolgten Annexion durch Russland bedeutete (siehe Kapitel 12).

Literaturverzeichnis

Allworth, E. E. (1998). The Tatars of Crimea: Return to the homeland (2nd ed.). Duke University Press.

Annexation of Crimea by the Russian Federation. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Annexation_of_Crimea_by_the_Russian_Federation

Krym, A. R. (2008). Liudy, problemy, perspektyvy. Natsionalna Bezpeka i Oborona, 10, 2–72.

Bloomberg. (2015, August 21). U.S. told Ukraine to stand down as Putin invaded. https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2015-08-21/u-s-told-ukraine-to-stand-down-as-putin-invaded

CNN. (2015, February 1). Pres Obama on Fareed Zakaria GPS. http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2015/02/01/pres-obama-on-fareed-zakaria-gps-cnn-exclusive/

Contemporary Russian identity: Measurements, challenges, answers. (2014). Valdai Discussion Club. https://valdaiclub.com/files/11458

Drohobycky, M. (Ed.). (1995). Crimea: Dynamics, challenges, and prospects. Rowman & Littlefield.

Iakist zhyttia zhyteliv Krymu ta perspektyvy ii pokrashchennia v konteksti stratehii realizatsii kontseptsii ekonomichnoho ta sotsialnoho rozvytku AR Krym na 2011–2020rr. (2011). Razumkov Center. http://www.uceps.org/upload/Prz_Krym_2011_Yakymenko.pdf

Katchanovski, I. (2005). Small nations but great differences: Political orientations and cultures of the Crimean Tatars and the Gagauz. Europe-Asia Studies, 57 (6), 877–894.

Katchanovski, I. (2006). Cleft countries: Regional political divisions and cultures in post-Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem-Verlag.

Katchanovski, I. (2010). Political regionalism in "Orange" Ukraine. Harvard Ukrainian Research Institute Seminar. https://www.researchgate.net/publication/259311022_Political_Regionalism_in_Orange_Ukraine

Katchanovski, I. (2015). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2016). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2).

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave.

Katchanovski, I. (2025). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of Battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1).

Katchanovski, I., Kohut, Z. E., Nebesio, B. Y., & Yurkevich, M. (2013). Historical dictionary of Ukraine (2nd ed.). Scarecrow Press.

Krym na politychnii karti Ukrainy. (2001). Natsionalna bezpeka i oborona, 4, 2–39.

Magocsi, P. R. (2014). This blessed land: Crimea and the Crimean Tatars. University of Toronto Press.

Pew Research Center's Global Attitudes Project. (2014). Ukrainians want unity amid worries about political leadership and ethnic conflict. http://www.pewglobal.org/2014/05/08/chapter-1-ukraine-desire-for-unity-amid-worries-about-political-leadership-ethnic-conflict

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Sasse, G. (2007). The Crimea question: Identity, transition, and conflict. Harvard Ukrainian Research Institute.

Stenohrama zasidannia RNBO Ukrainy u zviazku z pochatkom rosiiskoi ahresii v Krymu. (2016, February 22). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/articles/2016/02/22/7099911

To shcho skazav Volodymyr Putin u Bukharesti. (2008, April 19). Dzerkalo tyzhnia.

Toal, G., & O'Loughlin, J. (2015, March 3). The Crimean conundrum. openDemocracy. https://www.opendemocracy.net/en/odr/crimean-conundrum/

USIA. (1996, March 15). Crimean views differ sharply from Ukrainian opinion on key issues. Opinion Analysis.

Vseukrainskyi perepys naselennya 2001. (2014). Derzhavnyi komitet statystyky Ukrainy. http://2001.ukrcensus.gov.ua

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Kapitel 5: Der Bürgerkrieg und die russischen Militärinterventionen im Donbas

5.1 Unterschiedliche Narrative über den Krieg im Donbas

Seit seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 erlebte die Ukraine erhebliche regionale Spaltungen in Bezug auf wichtige Fragen der Innenpolitik und der außenpolitischen Ausrichtung. Dazu gehören die elektorale Unterstützung für die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten und politischen Parteien, der Status der russischen Sprache, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union und der NATO sowie ihre Beziehungen zu Russland (siehe Katchanovski, 2006a, 2006b, 2014a, 2014b). Hinsichtlich der politischen Werte waren die Regionen Donezk und Luhansk zusammen mit der Krim seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 die prorussischsten und prokommunistischsten Regionen der Ukraine, gemessen an den Stimmen für politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten, den außenpolitischen Orientierungen und der Unterstützung des Russischen als zweiter Staatssprache in der Ukraine (Katchanovski, 2006a, 2006b, 2014a, 2014b).

Viele frühere wissenschaftliche Studien haben das Bestehen starker regionaler Spaltungen in Bezug auf solche politischen Fragen und historischen Konflikte in der Ukraine gezeigt. Die meisten der früheren Studien untersuchten solche Spaltungen jedoch vor der „Orangen Revolution" und dem Euromaidan und analysierten weder den Krieg im Donbas noch den Separatismus in der Ukraine (siehe Barrington & Herron, 2004; Katchanovski, 2006a, 2006b, 2014a, 2014b).

Die russische Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 und der gewaltsame Konflikt im Donbas haben zusammen mit dem Euromaidan sowie der Sezession und der russischen Annexion der Krim im März 2014 der Frage der regionalen Spaltungen und des Separatismus in der Ukraine neue Aufmerksamkeit verschafft. Nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch während des Euromaidan im Februar 2014 und den Sezessionen und Annexionen der Krim-Autonomie und der Stadt Sewastopol durch Russland im März 2014 mit Hilfe einer russischen Militärintervention entstand im Donbas ein Konflikt. Prorussische Separatisten – unter direkter Beteiligung von Gruppen bewaffneter russischer nationalistischer Freiwilliger – ergriffen in den meisten Teilen des Donbas (den Regionen Donezk und Luhansk) die Macht und riefen Anfang April 2014 die Volksrepublik Donezk (DNR) und die Volksrepublik Luhansk (LNR) aus. Der Konflikt im Donbas entwickelte sich schnell zu einem Krieg in dieser Region.

Der Donbas-Krieg ist nicht nur eine wichtige politische Entwicklung, die die Zukunft der Ukraine betrifft. Er hat Bedeutung über die Ukraine hinaus. Der Konflikt wurde zu einem bedeutenden internationalen Konflikt und zum größten Konflikt zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges und verwandelte sich vor dem Russland-Ukraine-Krieg im Jahr 2022 in einen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen. Der Krieg im Donbas beinhaltete eine direkte und eine indirekte russische Militärintervention. Der Donbas-Krieg eskalierte im Februar 2022 infolge der russischen Invasion in der Ukraine zum Russland-Ukraine-Krieg.

Der Krieg im Donbas ist auch für die EU sehr relevant, weil die Ukraine eines der größten europäischen Länder ist, an mehrere EU-Mitgliedstaaten grenzt und ein wichtiges Transitland für russisches Erdgas zu vielen EU-Mitgliedern ist. Die direkte Teilnahme der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, des französischen Präsidenten François Hollande sowie des russischen Präsidenten Wladimir Putin an den Minsker Verhandlungen über diesen Konflikt unterstreicht die internationale Bedeutung dieses Krieges. Die direkte Beteiligung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an der Aushandlung der Minsker Abkommen und an der Überwachung ihrer Umsetzung zeigt ebenfalls die Bedeutung des Krieges für die europäischen Länder jenseits der Ukraine.

Das Kapitel versucht zu bestimmen, warum die Ukraine einen gewaltsamen Konflikt im Donbas erlebt hat. Diese Studie analysiert die Rolle verschiedener Akteure und Faktoren in dieser Situation bei der Entstehung dieses Konflikts und seiner Eskalation zu einem Krieg. Die Analyse stützt sich in erster Linie auf eine sorgfältige Prüfung ukrainischer, separatistischer, russischer und westlicher Medien- und Regierungsberichte sowie sozialer Medien, Live-Übertragungen, Videos und anderer Quellen zum Konflikt in ukrainischer, russischer und englischer Sprache. Die Analyse basiert hauptsächlich auf Primärquellen. Diese Studie verwendet zudem eine kurze Umfrage, die vom Autor in Auftrag gegeben und vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) Ende April und Anfang Mai 2014 durchgeführt wurde und die die Unterstützung für den Separatismus im Donbas im Vergleich zu anderen Regionen der Ukraine sowie die wichtigsten Faktoren analysiert, die pro-separatistische Einstellungen beeinflussen.

Es gibt widersprüchliche Narrative über den Konflikt im Donbas. Die ukrainische Regierung, die nationalen Medien und in großem Umfang auch ihre Gegenstücke im Westen stellen den gewaltsamen Konflikt im Donbas als einen dar, der seit seinem Beginn im Frühjahr 2014 von regulären bewaffneten russischen Militäreinheiten und russischen Militärgeheimdienstagenten angeführt wurde, die daher keine Unterstützung in der Bevölkerung dieser Region haben. Sie stellten den Krieg im Donbas als einen konventionellen oder hybriden Krieg zwischen der Ukraine und Russland dar und schrieben seinen Beginn einer russischen Invasion zu (oder russischen „grünen Männchen"), die im Donbas ohne Abzeichen operierten, zusammen mit ihren lokalen Helfern. Die Regierungen der Ukraine und der Vereinigten Staaten, hochrangige NATO-Vertreter und die westlichen Mainstream-Medien behaupten üblicherweise, dass russische Militär- und Geheimdiensteinheiten den separatistischen Kampf im Donbas von Anfang an anführten, ähnlich wie russische Militäreinheiten ohne Abzeichen auf der Krim. Beispielsweise stellen sie Igor Strelkow (Girkin) als Offizier des russischen Militärgeheimdienstes (GRU) und seine Einheit, die die Stadt Slowjansk unter ihre Kontrolle brachte, als eine GRU-Einheit dar (US Department of State, 2014). Sowohl die NATO als auch Petro Poroschenko, nachdem er Präsident der Ukraine geworden war, erklärten, dass etwa 9.000 reguläre russische Truppen im Donbas kämpften.

Einige der führenden westlichen Medien jedoch, wie die BBC und die New York Times, bezeichneten den Krieg im Donbas später im Jahr 2015 als Bürgerkrieg. Solche Bezugnahmen fehlen nahezu vollständig in den großen Medien in der Ukraine, die überwiegend von den

Oligarchen oder der Regierung kontrolliert werden; und in einem bemerkenswerten Vorfall wurde Ruslan Kotsaba, ein westukrainischer Journalist, verhaftet und wegen Landesverrats angeklagt, weil er sich gegen die Einberufung ausgesprochen und den Krieg im Donbas als Bürgerkrieg bezeichnet hatte. Die öffentliche Meinung über den Krieg wurde somit in erheblichem Maße von der Regierungspropaganda und der Medienberichterstattung beeinflusst, die im Allgemeinen den jeweiligen Regierungspositionen zu den Konfliktlinien des Konflikts folgt.

Beispielsweise wurde in der Ukraine eigens das Ministerium für Informationspolitik geschaffen, um die Regierungspropaganda zu verbreiten und die Berichterstattung über den Krieg im Donbas in den Medien und den sozialen Medien zu gestalten. Eine Umfrage des Rasumkow-Zentrums aus dem Jahr 2015 zeigt, dass 32 % der Ukrainer glauben, dass der Krieg im Donbas eine von Russland unterstützte separatistische Rebellion ist, 28 %, dass es ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist, 16 %, dass es ein Bürgerkrieg ist, 8 %, dass es ein Krieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten ist, und 7 %, dass es ein Kampf um die Unabhängigkeit der DNR und der LNR ist. Dies deutet darauf hin, dass zwar eine bedeutende Minderheit der Ukrainer die von der ukrainischen Regierung und den Medien verbreitete Auffassung teilt, dass der Krieg im Donbas ein Krieg zwischen der Ukraine und Russland ist, die Mehrheit der Befragten den Krieg im Donbas jedoch als innerstaatlichen Konflikt betrachtete, überwiegend mit russischer Beteiligung (Pochti, 2015). Der Unterschied wäre deutlich größer, wenn der von Separatisten kontrollierte Teil des Donbas und die annektierte Krim in die Umfrage einbezogen worden wären.

Im Gegensatz dazu zeigen Umfragen des Lewada-Zentrums, dass in Russland Minderheiten der Befragten (weniger als 30 % in den Jahren 2014–2015) glaubten, dass es sich um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine handelt oder dass reguläre russische Truppen im Donbas waren. Die Mehrheit der Russen unterstützt den prorussischen Separatismus im Donbas, hauptsächlich in Form der Unabhängigkeit von der Ukraine oder der Eingliederung dieser Regionen in Russland. Eine Umfrage des TNS/Institute of World Policy aus dem Jahr 2015 unter 16- bis 54-Jährigen zeigte, dass der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine von 61 % bzw. 50 % der Deutschen, 59 % bzw. 58 % der Italiener, 58 % bzw. 59 % der Niederländer, 56 % bzw. 59 % der Spanier, 55 % bzw. 64 % der Polen, 47 % bzw. 58 % der Schweden, 42 % bzw. 38 % der Briten und 42 % bzw. 38 % der französischen Befragten als Bürgerkrieg bzw. als Krieg mit Russland wahrgenommen wurde (Institute, 2015).

Die ukrainischen und westlichen Regierungen und die Mainstream-Medien charakterisieren den Separatismus im Donbas im Allgemeinen als nur geringfügig unterstützt und stellen die Ergebnisse eines Referendums, das die Separatisten nach der Machtübernahme dort abhielten, als die öffentlichen Präferenzen nicht widerspiegelnd dar. Sie vertreten die Auffassung, dass die ukrainische Regierung infolge friedlicher Massenproteste an die Macht kam, nachdem der damalige Präsident Janukowytsch und viele Mitglieder seiner Regierung aus der Ukraine flohen, um der Verantwortung für die Anordnung des Massakers an den Protestierenden am 20.

Februar 2014 zu entgehen. Sie betonen außerdem, dass die ukrainische Regierung die rechtliche Befugnis hat, den Separatismus mit Gewalt zu unterdrücken.

Die Regierungen der Ukraine nach Janukowytsch charakterisieren die Separatisten als „Terroristen" und die Militäroperation im Donbas als „die Anti-Terror-Operation" (ATO). Zwei Drittel (64 %) der Befragten einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums aus dem Jahr 2015 stimmten der Einstufung der DNR und der LNR als terroristische Organisationen zu (Interfax-Ukraine, 2015). Die Zentralregierung bestreitet die Verantwortung für zivile Opfer während eines Krieges dort und behauptet, die Separatisten selbst töteten Einwohner der Städte und Dörfer, in denen sie stationiert waren. Die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen ignorieren zivile Opferzahlen im Allgemeinen, behaupten einen Mangel an Beweisen, um die Verantwortung für tödliche Angriffe auf Zivilisten zu bestimmen (während sie diese weitgehend russischen Militäraktionen zuschreiben), und argumentieren, dass die ukrainischen Streitkräfte bei der Anwendung von Gewalt Zurückhaltung zeigen.

Ihrerseits stellen die russische Regierung und die Medien den Krieg im Donbas als einen Bürgerkrieg dar, der auf einen Versuch der ukrainischen Regierungskräfte und rechtsextremer paramilitärischer Formationen folgte, einen Volksaufstand der Einwohner des Donbas gegen die vom Maidan geführte Regierung, die von den Vereinigten Staaten eingesetzt und kontrolliert worden sei, mit militärischer Gewalt zu unterdrücken. Russische und separatistische Politiker sowie die pro-separatistischen und russischen Medien behaupten, eine „faschistische Junta" habe infolge eines von den USA geführten Staatsstreichs in der Ukraine die Macht ergriffen, und die Separatisten, einschließlich russischer Freiwilliger, hätten das Volk des Donbas vor ukrainischen „Faschisten" verteidigt.

Sie argumentieren, dass der Separatismus in der gesamten Ost- und Südukraine breite Unterstützung in der Bevölkerung habe. Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete diesen Teil der Ukraine als „Noworossija" (Neurussland), den historischen Namen der Region, als sie zum Russischen Reich gehörte. Einige separatistische Führer und Kommandeure erklärten, sie beabsichtigten, ihre Kontrolle auf andere Regionen „Noworossijas" auszuweiten und sogar die Zentralregierung der Ukraine zu stürzen. Die russische Regierung hat durchweg bestritten, dass ihre regulären Streitkräfte am Konflikt im Donbas beteiligt waren. Die russische Regierung und die Medien sowie separatistische Führer haben zivile Opfer im Donbas, einschließlich des Abschusses eines malaysischen Passagierflugzeugs, den ukrainischen Streitkräften zugeschrieben. Eine Untersuchungsbehörde der russischen Regierung hat eine Untersuchung des „Völkermords an der russischsprachigen Bevölkerung" im Donbas eingeleitet. Putin behauptete, es gebe einen Völkermord im Donbas, und nutzte diese Behauptung, um die russische Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 zu rechtfertigen.

Wissenschaftliche Studien zeigen ähnliche Unterschiede bei der Definition der Natur des Donbas-Konflikts und seiner Hauptfaktoren. Einige westliche Gelehrte charakterisieren den Krieg im Donbas als russische Invasion, zunächst durch Spezialeinheiten „grüner Männchen" und dann durch reguläre russische Truppen (siehe zum Beispiel Hauter, 2021; Wilson, 2014). Sie stützten sich im Allgemeinen unkritisch auf ukrainische und westliche Medien und Regierungsstellen und

andere Sekundärquellen sowie auf ihre Behauptungen, dass vor der russischen Invasion im Februar 2022 überwiegend die regulären russischen Streitkräfte im Donbas kämpften, dass Igor Girkin ein aktiver Offizier der russischen GRU oder des DSB war und dass es keine nennenswerte Unterstützung für den Separatismus im Donbas gab. Sie argumentierten außerdem, dass die Abhängigkeit der Donbas-Separatisten von russischen Waffen, Militärberatern, Wirtschaftshilfe und einer Klient-Patron-Beziehung zu Russland bedeute, dass es sich um den Russland-Ukraine-Krieg und nicht um einen Bürgerkrieg handelte (siehe zum Beispiel Hauter, 2021).

Im Gegensatz dazu betonen einige Gelehrte die Ausweitung der NATO in Richtung der russischen Grenzen und die westliche Unterstützung für den Regimewechsel in der Ukraine als Auslöser der russischen Annexion der Krim und der russischen Unterstützung für die Separatisten im Donbas (Mearsheimer, 2014; Sakwa, 2015).

Katchanovski (2014a) war eine der ersten wissenschaftlichen Studien, die den Krieg im Donbas als Bürgerkrieg mit russischer Militärintervention einordnete (siehe auch Katchanovski, 2014b). Das Uppsala Conflict Data Program (2015) stufte den Konflikt im Donbas ebenfalls als innerstaatlich ein.

Frühere Studien kommen zu dem Schluss, dass der Konflikt im Donbas in erster Linie wegen innerstaatlicher Faktoren begann, wie Ethnizität, Sprache, wirtschaftliche Verbindungen zu Russland und das Machtvakuum in den Regionen Donezk und Luhansk nach dem Sturz der Regierung Janukowytsch und der Besetzung lokaler Verwaltungen durch Separatisten und russische paramilitärische Einheiten, die ähnliche Besetzungen durch Maidan-Oppositionsaktivisten in der West- und Zentralukraine während des Euromaidan nachahmten. Es bestehen jedoch weiterhin Unterschiede darüber, welcher dieser Faktoren bei Beginn des Krieges und der Unterstützung für den Separatismus von vorrangiger Bedeutung war (siehe Arel & Driscoll, 2023; Giuliano, 2015; Katchanovski, 2014a, 2016a; Katchanovski & Abrahms, 2024; Kudelia, 2014, 2016, 2022, 2025; Robinson, 2016; Zhukov, 2016).

Zum Zeitpunkt der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 stufte die Mehrheit der Gelehrten, die ihre Studien über den Konflikt im Donbas an akademischen Einrichtungen im Westen veröffentlichten oder vorstellten, diesen als Bürgerkrieg oder innerstaatlichen Konflikt ein, während sie zugleich mit verschiedenen Begriffen auf die russische Militärintervention im Donbas verwiesen. Neben dem Autor gehören dazu die folgenden Gelehrten: Dominique Arel, Oliver Boyd-Barrett, Jessica Trisko Darden, Keith Trisko Darden, Jesse Driscoll, Volodymyr Ishchenko, Gordon Hahn, Alexis Henshaw, Serhiy Kudelia, David Lane, Anatol Lieven, Kimitaka Matsuzato, David Mandel, Anna Matveeva, John Mearsheimer, Paul Finlay Robinson, Gerard Toal, Richard Sakwa, Matt Sienkiewicz, Ora Szekely, Richard Wade, Ilaria Zavoli, Yuri Zhukov, das Correlates of War Project und das Uppsala Conflict Data Program (siehe zum Beispiel Arel & Driscoll, 2023; Hahn, 2018; Katchanovski, 2014a, 2016a, 2016b; Kudelia, 2016, 2022; Petro, 2023; Sakwa, 2015).

Im Gegensatz zu seinen früheren Studien stufte Kudelia (2025) den Krieg im Donbas nicht als Bürgerkrieg, sondern als von außen gesteuerten Aufstand ein. Viele andere Gelehrte bezeichneten diesen Konflikt einfach als „Krieg" oder „Konflikt". Eine Minderheit bestritt den

Bürgerkrieg und nannte den bewaffneten Konflikt im Donbas einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland oder verwendete ähnliche Begriffe (siehe zum Beispiel Hauter, 2021).

Die englisch-, russisch- und ukrainischsprachige Wikipedia bezeichnet den Krieg im Donbas jedoch übereinstimmend als Teil des „Russisch-Ukrainischen Krieges". Die Wikipedia-Redakteure stützten sich selektiv und in politisch voreingenommener Weise auf Narrative, die von den westlichen und ukrainischen Regierungen und den Medien gefördert wurden, sowie auf die Auffassung einer Minderheit von Gelehrten, die den Bürgerkrieg im Donbas bestritten und ihn als Russland-Ukraine-Krieg bezeichneten (siehe War, 2025).

Der Separatismus in verschiedenen Formen hat sich in der unabhängigen Ukraine beharrlich auf der Krim, im Donbas und in geringerem Maße in einigen benachbarten Regionen gezeigt (Katchanovski, 2005, 2006a, 2015). Prorussische separatistische Führer und Parteien waren in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf der Krim an der Macht. Damals bestand eine reale Möglichkeit der Sezession auf der Krim. Auch im Donbas entstand im selben Zeitraum Separatismus, doch hatte er dort stets schwächere Unterstützung als auf der Krim. Ende 2004 versuchte die Partei der Regionen während der Orangen Revolution, im Osten und Süden eine autonome Republik auszurufen, als Janukowytschs betrügerischer Sieg bei den Präsidentschaftswahlen infolge von Massenprotesten annulliert wurde. Damals kam die Ukraine auch einem gewaltsamen Konflikt und einer möglichen Auflösung nahe (Katchanovski, 2006a).

Trotz solcher Manifestationen des Separatismus und anhaltender regionaler Spaltungen betrachteten jedoch nur wenige Gelehrte eine Auflösung und einen gewaltsamen regionalen Konflikt in der Ukraine als bedeutende Möglichkeiten (Colton, 2010; Darden, 2010; Katchanovski, 2006a). Die meisten ignorierten solche Fragen entweder als unbedeutend oder argumentierten, dass die Ukraine, obwohl sie entlang regionaler Linien gespalten sei, wahrscheinlich keinen gewaltsamen regionalen Konflikt erleben werde, der zur Sezession führe. Beispielsweise wurde der Versuch, während der „Orangen Revolution" im Osten und Süden eine autonome Republik auszurufen, als völlig konstruiert angesehen.

Mit wenigen Ausnahmen erhielt der Separatismus im Donbas vor Beginn des Konflikts in dieser Region keine wissenschaftliche Behandlung (Katchanovski, 2006a, 99–100). Eine umfassende Studie über regionale politische Spaltungen und Kulturen in der Ukraine, einschließlich des Separatismus auf der Krim und im Donbas, sagte die Möglichkeit einer gewaltsamen Auflösung der Ukraine und eines Bürgerkriegs voraus, ähnlich der faktischen Auflösung des benachbarten Moldau nach einem dortigen Bürgerkrieg und der Sezession der prorussischen Region Transnistrien mit russischer militärischer Unterstützung (Katchanovski, 2006a). Bis Anfang 2014 und im Gegensatz zu anderen postkommunistischen Ländern wie Aserbaidschan, Georgien, Moldau und dem ehemaligen Jugoslawien war die Ukraine jedoch in der Lage, einen gewaltsamen Konflikt und eine Auflösung zu vermeiden.

5.2 Die wichtigsten Akteure im Konflikt im Donbas

Der Konflikt im Donbas entstand im Anschluss an den Euromaidan, der diesem Konflikt sowohl vorausging als auch ihn beeinflusste, indem er eine Spirale eskalierender Gewalt erzeugte und

Wiktor Janukowytsch und seine von der Partei der Regionen geführte Regierung stürzte. Massenhafte regierungsfeindliche Proteste begannen in der Ukraine Ende November 2013, nachdem die Regierung Janukowytsch ihre Entscheidung, ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, abrupt geändert hatte. Der Konflikt eskalierte und wurde am 30. November gewaltsam, nachdem Spezialpolizeieinheiten (Berkut) eine relativ kleine Gruppe von Protestierenden auf dem Maidan gewaltsam zerstreut hatten. Die Beweise zeigen, dass diese Polizeigewalt provoziert und ausgenutzt wurde, weil die Maidan-Führer und der Fernsehsender Inter, der sie live übertrug, im Voraus von dem geplanten Polizeiangriff wussten und der rechtsextreme Rechte Sektor die Polizei während der Zerstreuung angriff (siehe Katchanovski, 2020, 2024; Kapitel 2).

Die öffentlich verfügbaren Beweise deuten darauf hin, dass die Regierung von Wiktor Janukowytsch infolge von Massentötungen von Polizisten und Protestierenden am 18.–20. Februar gestürzt wurde und dass Elemente der rechtsextremen und oligarchischen Oppositionsparteien des Euromaidan, insbesondere der Rechte Sektor, Swoboda und Vaterland, an dieser Gewalt beteiligt waren, um an die Macht zu gelangen, nachdem die überwiegend friedlichen Massenproteste ein solches Ergebnis nicht erreicht hatten. Zu diesen Beweisen gehören öffentlich verfügbare Videos und Fotos von Maidan-Scharfschützen, Live-Erklärungen der Maidan-Ansager, Funkabhörungen der Maidan-Scharfschützen sowie von Scharfschützen und Kommandeuren der speziellen Alfa-Einheit des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Zeugenaussagen der absoluten Mehrheit der verletzten Maidan-Aktivisten und von etwa 500 Zeugen, öffentliche Erklärungen der Regierungsbeamten, ähnliche Munition und Waffen, die gegen die Polizei und die Protestierenden eingesetzt wurden, und ähnliche Arten von Wunden bei sowohl den Protestierenden als auch der Polizei sowie teilweise das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess (Hahn, 2018; Katchanovski, 2016c, 2020, 2023a, 2023b, 2024, 2025; Kapitel 3).

Hätte Janukowytsch die ursprünglichen Pläne umgesetzt, Gewalt anzuwenden, einschließlich scharfer Munition und Militäreinheiten zur Unterdrückung des Euromaidan, so hätte dies wahrscheinlich zu einer großen Zahl von Opfern unter den Protestierenden, einem ausgewachsenen Aufstand in der Oppositionshochburg in der Westukraine und wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg geführt. Um jedoch seine Macht zu bewahren, nachdem das „Scharfschützen-Massaker" seine Legitimität unter seinen Anhängern – selbst in den Hochburgen seiner Partei in der Ost- und Südukraine – schwer untergraben hatte, stimmte er einem Kompromissabkommen mit der Opposition zu, das unter Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens sowie eines Vertreters der russischen Regierung am 21. Februar 2014 ausgehandelt wurde. Die rechtsextremen und oligarchischen Oppositionsorganisationen und -parteien des Euromaidan brachen jedoch das Kompromissabkommen und drohten mit Gewalt, falls er nicht zurückträte. Janukowytsch floh aus Kiew und dann aus der Ukraine, nachdem es mehrere Attentatsversuche gegen ihn durch die Maidan-Opposition, einschließlich der extremen Rechten, gegeben hatte (siehe Katchanovski, 2024; Kapitel 2).

Die US-Regierung und die großen EU-Länder unterstützten de facto diesen gewaltsamen Sturz der relativ prorussischen Regierung, indem sie das Abkommen vom 21. Februar brachen und die neue Regierung der Ukraine unverzüglich anerkannten. Es gibt Belege dafür, dass die US-Regierung während des Euromaidan einen Regimewechsel in der Ukraine betrieb (siehe Katchanovski, 2025; Kapitel 2).

Der gewaltsame Sturz der relativ prorussischen Regierung, insbesondere mittels Massentötungen von Polizisten und Protestierenden, war ein Wendepunkt in den Konflikten in der Ukraine und zwischen dem Westen und Russland über die Ukraine. Präsident Putin nutzte diesen Sturz und seine Unterstützung durch die Regierungen der Vereinigten Staaten und der EU-Länder, um seine Politik gegenüber der Ukraine radikal zu ändern. Die russische Regierung begann seit Ende Februar 2014, die Sezession der Krim mit Hilfe einer direkten Militärintervention zu verfolgen, sowie die Annexion der Krim durch Russland im März 2014 unter Verletzung des Völkerrechts (siehe Katchanovski, 2015; Kapitel 4). Eine solche direkte russische Unterstützung des Separatismus auf der Krim und die Annexion dieser Region durch Russland ermutigten auch Separatisten in anderen Regionen mit bedeutenden ethnisch russischen Bevölkerungsanteilen wie dem Donbas, Charkiw und Odessa.

Die False-Flag-Massentötung der Protestierenden und der Polizei, die zum Sturz der Regierung Janukowytsch führte, war auch ein kritischer Wendepunkt in der separatistischen Rebellion im Donbas in der Ostukraine. Der Sturz der Regierung führte zu einem Machtvakuum in den Regionen Donezk und Luhansk, die bis dahin Hochburgen von Janukowytsch und seiner Partei der Regionen waren. Ab März 2014 besetzten unbewaffnete und bewaffnete Separatisten Regionalverwaltungen sowie Hauptquartiere des Sicherheitsdienstes (SBU) und der Polizei in Donezk, Luhansk und anderen Städten und Ortschaften der Regionen. Igor Girkin (Strelkow) und andere Mitglieder seiner bewaffneten Gruppe russischer Nationalisten kamen aus Russland über die Krim und besetzten am 12. April 2014 Polizeihauptquartiere in den Städten Slowjansk und Kramatorsk in der Region Donezk. Die lokale Polizei und die Sicherheitsdienste verweigerten entweder den bewaffneten Widerstand gegen die Separatisten und die Girkin-Einheit russischer nationalistischer Freiwilliger oder stellten sich in unterschiedlichem Maße auf ihre Seite.

Eine sorgfältige Überprüfung legt nahe, dass ein Großteil der Beweise für eine direkte russische Militärintervention während dieser Anfangsphase falsch dargestellt oder sogar fabriziert wurde. Dies betrifft die Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen, dass russische Militär- und Geheimdiensteinheiten oder „grüne Männchen" den separatistischen Kampf im Donbas seit seinem Beginn im Frühjahr 2014 anführten. Beispielsweise wurden Girkin und Mitglieder seiner bewaffneten Gruppe in Slowjansk und Kramatorsk von der ukrainischen und der US-Regierung als Einheit des russischen Militärgeheimdienstes (GRU) identifiziert. Die öffentlich verfügbaren Beweise deuten jedoch darauf hin, dass Girkin ein pensionierter Offizier des Föderalen Sicherheitsdienstes war. Es gibt keine Beweise für seinen aktiven Dienst im FSB oder in der GRU zum Zeitpunkt des Krieges im Donbas. Darüber hinaus kritisierte er Putin und die russische Militärführung öffentlich, und er wurde wegen dieser Kritik während des Russland-Ukraine-Krieges im Jahr 2024 verurteilt. Ein „bärtiger Mann" aus der Strelkow-Gruppe war allein

aufgrund oberflächlicher Ähnlichkeiten ihrer Gesichtszüge fälschlich als Kommandeur eines tschetschenischen GRU-Bataillons identifiziert worden, während er ein russischer Kosak war (Shuster, 2014).

Verschiedene Beweise, wie die Glasjew-Tonbänder und die mit Surkow verbundenen gehackten E-Mails, deuten ebenfalls darauf hin, dass nach dem Sturz Janukowytschs einige russische nationalistische und kommunistische Organisationen und Netzwerke direkt und die russische Regierung zumindest indirekt zunächst und dann direkt begannen, Separatisten im Donbas und in anderen südlichen und östlichen Regionen zu unterstützen. Diese Regionen wurden von Separatisten, Wladimir Putin und russischen Nationalisten als „Noworossija" bezeichnet. Beispielsweise zeigen abgefangene Telefonatausschnitte, die von der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine im Jahr 2016 veröffentlicht wurden, dass Sergej Glasjew einigen Führern prorussischer separatistischer Organisationen und Aktivisten sagte, sie sollten Regionalräte in solchen Regionen jenseits des Donbas und der Krim wie Charkiw, Odessa und Saporischschja besetzen und eine russische Militärintervention anfordern. Glasjew war seit 2012 Berater des russischen Präsidenten Putin in Angelegenheiten der Zollunion. Er war aber auch über den Think Tank Katehon mit Konstantin Malofejew verbunden, einem russischen Oligarchen, der den Separatismus auf der Krim und im Donbas nach dem Euromaidan unterstützte. Igor Girkin (Strelkow), der eine bewaffnete russische nationalistische Gruppe anführte, um Slowjansk im Donbas zu besetzen, arbeitete im Sicherheitsdienst von Malofejew.

Es gibt verschiedene Belege für die direkte Beteiligung des russischen Söldnerunternehmens Wagner am Krieg im Donbas. Dieses Söldnerunternehmen wurde von Jewgeni Prigoschin geleitet, einem russischen Geschäftsmann. Es wurde jedoch de facto unter Beteiligung des russischen Militärgeheimdienstes für den Krieg im Donbas organisiert, und es wurde in erster Linie von der russischen Regierung bewaffnet und finanziert.

Die russische Regierung bestritt zunächst eine direkte militärische Beteiligung auf der Krim im März 2014, trotz Beweisen, dass dort russische Militäreinheiten ohne Abzeichen („grüne Männchen") zusammen mit separatistischen Selbstverteidigungseinheiten, zu denen viele Berkut-Mitglieder gehörten, operierten und ukrainische Militäreinheiten und Regierungshauptquartiere dort besetzten (siehe Kapitel 4; Katchanovski, 2015).

Die Beweise deuten darauf hin, dass Russland im Gegensatz zu seiner direkten Militärintervention auf der Krim die Separatisten im Donbas zunächst unterstützte, indem es Freiwilligen und Waffen erlaubte, die Grenze von Russland aus zu überqueren, und indem es den Separatisten Waffen, Rekrutierung, Ausbildung und einen sicheren Zufluchtsort bot. Die russische Regierung drohte auch mit der Anwendung militärischer Gewalt in der Ukraine und stationierte im Frühjahr und Sommer 2014 große Zahlen ihres Militärpersonals nahe der Grenze zu den Regionen Donezk und Luhansk und anderen Regionen der Ukraine. Es bestand eine reale Möglichkeit einer direkten russischen Militärintervention im Frühjahr 2014 im Donbas und in anderen Regionen der Ost- und Südukraine außer der Krim sowie eine reale Möglichkeit eines Krieges zwischen Russland und der Ukraine.

Die neue, vom Maidan geführte Regierung weigerte sich, eine friedliche Lösung des separatistischen Konflikts im Donbas in Betracht zu ziehen, und startete am 13. April 2014 die „ATO" (Anti-Terror-Operation). Sie versuchte, die Separatisten durch den Einsatz militärischer Gewalt sowie spezieller Polizei- und Sicherheitseinheiten zu neutralisieren.

Ein SBU-Offizier wurde bei dem Versuch einer speziellen Alfa-Einheit des SBU getötet, die separatistischen Führer in Slowjansk festzunehmen, das damals von der von Girkin angeführten bewaffneten Gruppe von Russen und lokalen Separatisten kontrolliert wurde. Die von Girkin angeführte russische nationalistische Einheit und die lokalen Donbas-Separatisten versuchten auch, die Kontrolle über den lokalen Flughafen und die Telekommunikationsinfrastruktur sowie über umliegende Städte zu erlangen. Diese Angriffe führten zu Gegenangriffen der Regierungskräfte.

Viele der Kräfte der Zentralregierung waren jedoch zunächst nicht bereit, die Befehle zur Anwendung von Gewalt gegen die Separatisten im Donbas zu befolgen. Infolgedessen waren paramilitärische Einheiten und Spezialpolizeibataillone, die von radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen mit Hilfe der Regierung und der Oligarchen organisiert wurden, ideologisch weitaus motivierter und eher bereit, Gewalt anzuwenden. Verschiedene Beweise deuten darauf hin, dass der Rechte Sektor an einem tödlichen Angriff auf einen separatistischen Kontrollpunkt in Slowjansk am 20. April 2014 beteiligt war. Zu den Beweisen gehören seine dort gefundene Visitenkarte, ein späteres Eingeständnis von Dmytro Jarosch, dem Führer des Rechten Sektors, dass dies seine erste Schlacht gewesen sei, und ein Gerichtsurteil, das zeigt, dass dieselbe exakte Waffe von den Angreifern und Mördern der Angehörigen der Inneren Truppen auf dem Maidan verwendet wurde (Dmytro 2015; Ukhvala 2015). Dieser Angriff der paramilitärischen Allianz radikalnationalistischer und neonazistischer Organisationen stellte eine wesentliche Eskalation des Konflikts im Donbas dar, weil er das Genfer Abkommen brach, das am 17. April 2014 von der Ukraine, Russland, der EU und den Vereinigten Staaten über eine friedliche Lösung des Konflikts unterzeichnet worden war, sowie die Waffenruhe zum orthodoxen Osterfest zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten.

In ähnlicher Weise war das Spezialpolizeibataillon Asow, das von der neonazistischen Sozial-Nationalen Versammlung mit Hilfe der Radikalen Partei organisiert wurde, an einem Angriff auf ein Bezirkspolizeihauptquartier in Mariupol am 9. Mai 2014 beteiligt, der zu Opfern unter der Polizei und der Zivilbevölkerung führte. Das Spezialpolizeibataillon Dnipro, das unter Beteiligung des Rechten Sektors und des Oligarchen-Gouverneurs der Region Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskyj, organisiert wurde, war an diesem Angriff und an einem weiteren tödlichen Angriff in Krasnoarmijsk in der Region Donezk Anfang Mai 2014 beteiligt. Eine Analyse von Live-Übertragungen, Videos und Medienberichten deutet darauf hin, dass der Rechte Sektor, der in Odessa und Charkiw von der Sozial-Nationalen Versammlung, Fußball-Ultras aus diesen Städten und Einheiten der Maidan-Selbstverteidigung dominiert wurde, dort am 2. Mai 2014 42 prorussische Separatisten und Angestellte massakrierte, indem er nach tödlichen Zusammenstößen mit lokalen Separatisten das Gewerkschaftsgebäude in Odessa im Süden der Ukraine in Brand setzte (siehe Katchanovski, 2016b; Kapitel 6).

Spezialpolizeibataillone, das Asow-Bataillon/-Regiment und paramilitärische Formationen wie das Ukrainische Freiwilligenkorps, die seit Frühjahr und Sommer 2014 von rechtsextremen Organisationen wie dem Rechten Sektor, der Sozial-Nationalen Versammlung und Swoboda organisiert und angeführt wurden, stellten während des Krieges im Donbas eine Minderheit der ukrainischen Kräfte dar, doch waren diese rechtsextremen Formationen unverhältnismäßig stark an dem gewaltsamen Konflikt beteiligt, insbesondere an Gewalt gegen Zivilisten und Kriegsgefangene. Kleine Zahlen von Freiwilligen und Söldnern, Staatsbürger von Belarus, Kanada, Frankreich, Italien, Russland, Schweden und den Vereinigten Staaten, darunter Neonazis, dienten in von der extremen Rechten geführten ukrainischen Einheiten. Sie traten hauptsächlich dem Asow-Bataillon bei, das später in ein Regiment umgewandelt wurde (siehe Katchanovski 2015; Katchanovski & Abrahms, 2024; Kapitel 6).

Die Gewalt von Separatisten und der Zentralregierung spielte ebenfalls eine wesentliche Rolle bei der Eskalation des Konflikts zu einem umfassenden Krieg. Ein separatistischer Angriff am 22. Mai 2014 führte zum Tod von 16 Soldaten der ukrainischen Armee bei Wolnowacha. Am 1. Juli 2014 brach die Regierung Poroschenko einen kurzen Waffenstillstand und startete eine groß angelegte Militäroperation gegen die Separatisten. Eine tägliche Untersuchung verschiedener Live-Übertragungen, Videos und Medienberichte zeigt, dass die separatistischen Führer, Kommandeure und Mitglieder ihrer bewaffneten Einheiten überwiegend Einwohner des Donbas und in geringerem Maße anderer Regionen der Ukraine waren. Sie umfassten ethnisch russische Nationalisten, Anti-Maidan-Aktivisten, abgespaltene Aktivisten der Kommunistischen Partei und der Partei der Regionen sowie ehemalige Mitglieder von Berkut und SBU. Aber eine beträchtliche Zahl von Freiwilligen und Söldnern kam auch direkt aus Russland oder der Krim oder über diese in den Donbas. Die Analyse derselben zahlreichen Quellen zeigt, dass es sich dabei überwiegend um russische Nationalisten, russische Kosaken, Tschetschenen, Inguschen und Osseten sowie um relativ kleine Zahlen von Kommunisten und Neonazis und Staatsbürgern anderer postsowjetischer Staaten, Serbiens und westlicher Länder handelte.

Eine Liste von 1572 Personen, die sich im Sommer 2014 bewaffneten Formationen der Volksrepublik Donezk (DNR) anschlossen, umfasste 78 % ukrainische Staatsbürger, 19 % russische Staatsbürger und 3 % Staatsbürger anderer Länder. Diese DNR-Liste wurde gehackt und von der mit der ukrainischen Regierung verbundenen Website Myrotvorets veröffentlicht. Die Liste der ukrainischen Regierung mit 188 sanktionierten Führern, Beamten, Kommandeuren und Kämpfern der DNR, LNR und der Krim umfasst 64 % ukrainische Staatsbürger, 8 % russische Staatsbürger, 4 % Staatsbürger anderer Länder und 24 % Personen ohne Angaben zur Staatsbürgerschaft (siehe Katchanovski, 2017).

Die Analyse zahlreicher Berichte ukrainischer, russischer und separatistischer Regierungen und Medien über etwa 1,2 Tausend Personen, die in den Jahren 2014–2021 von der Zentralregierung der Ukraine mit den separatistischen Republiken und Russland ausgetauscht oder für den Austausch aufgeführt wurden, zeigt, dass 1 % von ihnen als Angehörige des regulären russischen Militärs identifiziert wurden und etwa 4 % als andere russische Staatsbürger, von denen einige auch die ukrainische Staatsbürgerschaft besaßen. Die absolute Mehrheit von ihnen waren

Kriegsgefangene, während eine Minderheit nach dem Maidan aus verschiedenen politischen Gründen verhaftet wurde, darunter Odessaer Separatisten. Dies deutet darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit der etwa tausend Kriegsgefangenen, die vor dem Ukraine-Russland-Krieg im Jahr 2022 an die Donbas-Separatisten und Russland ausgetauscht wurden, also etwa 95 %, ukrainische Staatsbürger waren, 1,5 % Angehörige des regulären russischen Militärs und 3,5 % russische Freiwillige und Söldner.

Verschiedene Quellen zeigen, dass die direkte russische Militärintervention im Donbas trotz des anhaltenden Bestreitens durch die russische Regierung Ende August 2014 begann. Sie nahm die Form von Einfällen mehrerer Einheiten in Bataillonsgröße an, um eine Niederlage der separatistischen Kräfte und die Einnahme der Städte Donezk und Luhansk durch die ukrainischen Streitkräfte zu verhindern. Dazu gehören ein Bericht des Verteidigungsministeriums der Ukraine aus dem Jahr 2015 sowie Berichte von Separatisten, Videos russischer Militärkonvois, Videos gefangener russischer Soldaten und Ausrüstung, Augenzeugenberichte westlicher Medien und von Augenzeugen sowie veröffentlichte Satellitenbilder russischer Militärfahrzeuge auf der ukrainischen Seite der Grenze.

Sie alle deuten darauf hin, dass die russischen Streitkräfte zusammen mit den separatistischen Einheiten im Gebiet von Illowajsk an Kämpfen mit den ukrainischen Streitkräften und den von der extremen Rechten geführten Bataillonen teilnahmen, viele der ukrainischen Einheiten einkesselten und etwa 400 von ihnen bei ihrem Versuch, den Kessel zu verlassen, töteten. Ähnliche Beweise zeigen, dass einige reguläre russische Einheiten auch an der Schlacht von Debalzewe im Februar 2015 teilnahmen. Die russischen Streitkräfte waren üblicherweise aus der Distanz an den Kämpfen beteiligt, etwa durch Beschuss der ukrainischen Stellungen mit Artillerie, Mehrfachraketen und Panzern. Es gibt Videos und andere Beweise dafür, dass sie im Juli 2014 mit dem Beschuss der ukrainischen Stellungen vom russischen Territorium nahe der Grenze begannen (Sky, 2014). Es gab auch Berichte aus verschiedenen Quellen über Einfälle regulärer russischer Einheiten im Donbas im Herbst 2014 und im August 2015 (siehe Ministry, 2015).

Darüber hinaus deuten solche Beweise darauf hin, dass seit Ende des Sommers 2014 und bis zur russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 zu den regulären russischen Truppen im Donbas Militärberater, Bediener fortgeschrittener Waffensysteme sowie militärisches Aufklärungs- und Geheimdienstpersonal gehörten. Es gab keine Beweise für eine dauerhafte Präsenz regulärer russischer Militäreinheiten im Donbas während des dortigen Bürgerkriegs. Berichte der OSZE-Beobachtermission und eine Karte des britischen Verteidigungsministeriums über die Dislozierung der russischen Streitkräfte vor der Invasion in der Ukraine am 23. Februar 2022 zeigten keine russischen Truppen im Donbas (Ministry, 2022).

Indirekte Beweise für direkte russische Militärinterventionen im August 2014 und im Januar–Februar 2015 sind eine relativ schnelle Veränderung der militärischen Lage im Donbas im August 2014 und im Januar–Februar 2015. Vor Ende August 2014 standen die Separatisten unter dem Angriff ukrainischer Streitkräfte und hatten sich aus Slowjansk und Kramatorsk in die dichter besiedelten Teile des Donbas zurückgezogen, insbesondere in die Städte Donezk und Luhansk.

Nach den direkten russischen Militärinterventionen im Donbas während der Kämpfe Ende August 2014 und im

Kapitel 5 (Fortsetzung): Der Bürgerkrieg und die russischen Militärinterventionen im Donbas

Im Februar 2015 erlitten die ukrainischen regulären Einheiten sowie Sonderpolizei- und von Rechtsextremen angeführte Freiwilligenbataillone Einkesselungen, Rückzüge und Verluste in den Gebieten von Illowajsk bzw. Debalzewe.

Darüber hinaus gingen den russischen Militärinterventionen im Donbas Veränderungen in der obersten Führung der DNR und der LNR Mitte August 2014 voraus. Dazu gehört die Ersetzung von Alexander Borodai, dem Premierminister der DNR, und von Girkin (Strelkow), dem Verteidigungsminister der DNR, durch lokale separatistische Führer. Im Gegensatz dazu wurden eine ähnliche direkte Militärintervention regulärer russischer Streitkräfte vor August 2014 sowie eine dauerhafte Präsenz und eine fortgesetzte direkte Beteiligung bedeutender regulärer russischer Militärkräfte an den Kämpfen durch die Analyse der verschiedenen Quellen weder direkt noch indirekt bestätigt.

Im Gegensatz zu ihrer Verurteilung des Einsatzes von Regierungskräften während des Euromaidan unterstützten die Regierung der Vereinigten Staaten und die Regierungen anderer westlicher Länder die Politik der ukrainischen Regierung, Gewalt gegen die Separatisten im Donbas einzusetzen. Ein ehemaliger ukrainischer Beamter erklärte, er sei Zeuge gewesen, dass der CIA-Direktor während seines geheimen Besuchs in der Ukraine im April 2014 die Führung der ukrainischen Regierung zum Einsatz von Gewalt im Donbas drängte (Maté, 2024). Oleksander Turtschynow, der nach dem Euromaidan zum Führer der Ukraine wurde, ordnete im April 2014 den Einsatz von Gewalt im Donbas an und erklärte dort unmittelbar nach dem Besuch des CIA-Direktors die „Anti-Terror-Operation“.

Es gab eine nahezu vollkommene Übereinstimmung der Positionen der ukrainischen und der US-amerikanischen Regierung in zentralen außenpolitischen Fragen, einschließlich des Krieges im Donbas. Insbesondere brachten hochrangige Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten in der Regel uneingeschränkte Unterstützung für die Politik der ukrainischen Regierung in Bezug auf den Konflikt im Donbas zum Ausdruck, und die Vereinigten Staaten stellten den ukrainischen Streitkräften kostenlos militärische Ausbildung und militärische Ausrüstung zur Verfügung. Die US-Regierung und andere westliche Länder schlossen jedoch die Möglichkeit einer direkten Militärintervention in den Krieg im Donbas aus. Sie ignorierten auch die Beteiligung der ukrainischen Rechtsextremen am Konflikt im Donbas und deren Menschenrechtsverletzungen. Die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen bestritten, dass die Separatisten im Donbas überhaupt Handlungsfähigkeit besaßen, und stellten den Konflikt im Donbas verzerrt als einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland oder als „hybriden Krieg“ dar.

Die Belege deuten auf einen von den Vereinigten Staaten geführten Regimewechsel in der Ukraine während des Euromaidan hin. Die Analyse verschiedener Quellen, insbesondere von

Aussagen des damaligen US-Präsidenten Barak Obama und des US-Vizepräsidenten Joe Biden, geleakten Aufzeichnungen von Telefonaten zwischen dem damaligen Präsidenten Poroschenko und Biden sowie ukrainischen Medienberichten zeigt, dass die Ukraine nach dem Euromaidan und während des Konflikts im Donbas zu einem US-„Klientelstaat“ wurde. Die US-Regierung erlangte Einfluss auf die Ernennung hochrangiger Amtsträger, beispielsweise des Premierministers Arsenij Jazenjuk, und auf die Politik der ukrainischen Regierung, insbesondere in Bezug auf die Konflikte auf der Krim und im Donbas (siehe Kapitel 2; Mostowaia, 2015).

Ebenso gibt es Belege, darunter separatistische Quellen, die zeigen, dass die separatistischen Republiken im Donbas Ende Sommer 2014 de facto zu Klientelstaaten Russlands wurden. Bald nach der direkten russischen Militärintervention im August 2014 wurden nahezu alle separatistischen Einheiten im Donbas dem de facto Gesamtkommando russischer militärischer „Kuratoren“ oder Berater unterstellt. Die meisten der ursprünglichen separatistischen Kommandeure, die solche Einheiten befehligten, darunter Girkin, wurden gezwungen, den Donbas in Richtung Russland zu verlassen. Die verbleibenden Kommandeure wurden teilweise in die neuen militärisch organisierten Einheiten eingegliedert, die vom russischen Militär ausgerüstet und ausgebildet wurden. Einige der ursprünglichen separatistischen Kommandeure wurden verhaftet oder getötet, wie Oleksij Moschowyj, weil sie sich einer solchen Eingliederung widersetzten (Colonel 2015). Der ukrainische Militärgeheimdienst und der SBU reklamierten die Verantwortung für die Tötung anderer separatistischer Führer und Kommandeure, wie Alexander Sachartschenko, „Givi“ und „Motorola“.

Infolge sowohl der direkten russischen Militärintervention als auch des Einsatzes von Gewalt revidierte Präsident Poroschenko rasch seine Berufung auf militärische Gewalt gegen die Separatisten und verhandelte die Minsker Waffenstillstandsabkommen. Das bedeutet, dass die ukrainische Regierung durch die direkten russischen Militärinterventionen und um einen Krieg mit Russland zu vermeiden gezwungen war, mit Russland zu verhandeln und die Minsker Abkommen zu unterzeichnen.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 erklärten Poroschenko sowie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Francois Hollande, die die Minsker Abkommen vermittelt hatten, dass die ukrainische bzw. die westlichen Regierungen die Minsker Abkommen nutzten, um den Russland-Ukraine-Krieg hinauszuzögern (Angela, 2022; Pandey, 2022; Prouvost, 2022).

Wolodymyr Selenskyj, der 2019 zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde, nachdem er versprochen hatte, den Krieg im Donbas durch die Aushandlung eines Friedensabkommens zu beenden, erklärte nach der russischen Invasion im Jahr 2022, er habe die Minsker Abkommen nur als den offiziellen Weg für Verhandlungen betrachtet, bei dem es möglich gewesen sei, „zumindest einige Probleme zu lösen, weshalb er begann, es für den Austausch von Kriegsgefangenen zu nutzen.“ Auf dem Normandie-Gipfel 2019, an dem Wladimir Putin teilnahm, erklärte Selenskyj, dass „das Abkommen in seiner derzeitigen Form nicht erfüllt werden kann“ (Esch et al., 2023).

Kurz vor der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 proklamierten Selenskyj und andere hochrangige Regierungsvertreter in der Ukraine eine Strategie, den Donbas mit militärischen Mitteln zurückzuerobern. Es kam zu verstärktem Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte. Es gibt jedoch keine direkten Belege dafür, dass eine solche Militäroperation vor dem Russland-Ukraine-Krieg unmittelbar bevorstand.

Der gewaltsame Konflikt im Donbas vor dem Beginn des Russland-Ukraine-Krieges im Jahr 2022 kann somit als Bürgerkrieg mit sowohl direkter als auch indirekter Militärintervention eines ausländischen Staates, d. h. Russlands, definiert werden. Die überwiegende Beteiligung lokaler Separatisten zu Beginn des Konflikts sowie das Überwiegen von Anwohnern neben Bewohnern anderer ukrainischer Regionen in der Führung und in den bewaffneten Formationen weisen auf diese Ursprünge dieses Konflikts als Bürgerkrieg hin. Die derzeit verfügbaren Belege deuten darauf hin, dass die indirekte Unterstützung der Separatisten durch die russische Regierung und die anschließende direkte Militärintervention nach dem Beginn des Konflikts im Donbas erfolgten. Diese Intervention erwies sich jedoch auch als entscheidend dafür, dass es den Separatisten möglich wurde, das Blatt des Krieges zu wenden, die ukrainischen Streitkräfte daran zu hindern, den gesamten Donbas zurückzuerobern, und die Regierung Poroschenko zur Unterzeichnung der Minsker Abkommen zu zwingen.

Der separatistische Konflikt im Donbas ähnelt somit in vielerlei Hinsicht den gewaltsamen Konflikten und Sezessionen in anderen postsowjetischen Staaten, wie Transnistrien in Moldawien, Abchasien und Südossetien in Georgien und Bergkarabach in Aserbaidschan. Wie im Donbas entstanden separatistische Bewegungen in diesen Staaten in Regionen, die von ethnischen Minderheiten besiedelt waren. Die Zentralregierungen dieser Staaten weigerten sich ebenfalls, diesen Regionen Autonomie anzubieten, und stützten sich auf Militär- oder Polizeikräfte und paramilitärische Einheiten, um den Separatismus zu unterdrücken. Diese Versuche scheiterten weitgehend wegen militärischer Interventionen Russlands in Form der russischen 14. Armee in Transnistrien und der russischen Militärintervention in Abchasien und Südossetien nach einem Angriff Georgiens im Jahr 2008. In ähnlicher Weise intervenierte Armenien militärisch und direkt in den Konflikt um Bergkarabach.

Die Schätzung der gesamten direkten militärischen und zivilen Opfer des Krieges im Donbas beläuft sich auf etwa 15.000 getötete Menschen. Diese Schätzung beruht auf dem UN-Bericht über 14.200–14.400 Getötete im Donbas vom 14. April 2014 bis zum 31. Dezember 2021 (OHCHR, 2022). Die UN-Opferzahl wird durch eine Schätzung mutmaßlicher Opfer unter den Vermissten, eine vermutete Untererfassung der Opfer unter russischen Freiwilligen und Söldnern sowie unter regulären russischen Truppen und durch die von den UN für 2022 vor der russischen Invasion am 24. Februar gemeldeten Opfer angepasst.

Die geschätzte Zahl getöteter Angehöriger des ukrainischen Militärs, der Nationalgarde, der Polizei, des Sicherheitsdienstes, der Grenztruppen und paramilitärischer Einheiten liegt bei etwa 5000. Diese Schätzung beruht auf dem UN-Bericht über 4400 getötete Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und der namentlichen Identifizierung von 4850 getöteten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte (OHCHR 2022; Ukraine's 2024). Sie werden um Opfer im Jahr 2022

vor der russischen Invasion am 24. Februar und um im Kampf vermisste Soldaten, die als getötet gelten, angepasst (OHCHR, 2022). Die Mehrheit der offiziell gemeldeten 283–800 vermissten Soldaten gilt als getötet.

Die Opfer unter den bewaffneten separatistischen Einheiten, einschließlich russischer Freiwilliger, werden von den UN auf 6500 geschätzt (OHCHR, 2022). Eine grobe Schätzung der getöteten regulären russischen Truppen, die vor allem im August 2014 und Februar 2015 an Kämpfen beteiligt waren, liegt bei knapp 100. Diese Schätzung leitet sich aus gemeldeten und bestätigten Fällen einzelner Opfer ab und steht im Einklang mit einer Zusammenstellung von etwa 80 Fällen getöteten russischen Militärpersonals, das 2014 und 2015 unter nicht genannten Umständen und an nicht genannten Orten starb (Voennaia, 2016). Die Zahl der zivilen Opfer wird von den UN auf etwa 3500 geschätzt (OHCHR, 2022). Darin enthalten sind 298 Passagiere und Besatzungsmitglieder des malaysischen Boeing-Verkehrsflugzeugs.

Darüber hinaus sind Tausende oder Zehntausende Menschen in dieser Region und im regierungskontrollierten Teil der Ukraine wahrscheinlich indirekte Opfer des Krieges infolge höherer Sterblichkeitsraten, z. B. aufgrund unzureichender medizinischer Versorgung, Heizung und Ernährung im Zusammenhang mit dem Krieg, doch ihre Zahl ist wegen fehlender Daten nur schwer genauer zu schätzen.

Die Analyse verschiedener Quellen, wie der Berichte der UN- und OSZE-Mission, der Videos der Angriffe und der Berichte westlicher Journalisten vor Ort, deutet darauf hin, dass die Mehrheit der zivilen Opfer während der ukrainischen Angriffsphase und der Positionsphasen des Krieges auf den Beschuss von Städten, Kleinstädten und Dörfern durch die ukrainischen Streitkräfte zurückzuführen war, die bewaffnete Separatisten als ihre Stützpunkte nutzten (siehe beispielsweise OHCHR 2015a, 2015b). Die Angriffe auf Luhansk, Stanyzja Luhanska, Horliwka und Donezk führten zu zahlreichen zivilen Opfern, die sowohl aus Kollateralschäden des Beschusses durch die ukrainischen regulären Streitkräfte und die rechtsextremen Freiwilligenbataillone an Rebellen als auch an Zivilisten resultierten. Die Separatisten oder russischen Streitkräfte waren jedoch für die meisten der großen tödlichen Angriffe während ihres Vormarsches im Januar und Februar 2015 verantwortlich, wie den Beschuss von Wolnjachwa und Mariupol, der zu zahlreichen zivilen Opfern führte.

Die Belege zeigen, dass eine separatistische oder russische Buk-Besatzung im Juli 2014 das malaysische Boeing-Passagierflugzeug (den Flug MH17 auf einer Route von den Niederlanden nach Malaysia) abschoss, wahrscheinlich weil sie es für ein ukrainisches Militärflugzeug hielt. Zu diesen Belegen gehören die Untersuchung und der Prozess in den Niederlanden, abgefangene Mobiltelefonanrufe separatistischer Kommandeure, Zeugenaussagen, Videos und Fotos der Buk auf dem separatistisch kontrollierten Gebiet und ihres mutmaßlichen Startplatzes. Solche Belege, wie der abgefangene Telefonanruf eines hochrangigen separatistischen Kommandeurs im Donbas, deuten darauf hin, dass die Buk aus Russland gebracht wurde und dass ihre Besatzung die malaysische Passagiermaschine Boeing MH17 unabsichtlich abschoss, weil sie sie für ein ukrainisches Militärflugzeug hielt.

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die sich vor allem infolge des Konflikts im Donbas ergab, wird auf der Grundlage offizieller Statistiken der jeweiligen Länder auf etwa 3 Millionen geschätzt, darunter 1,7 Millionen in der Ukraine registrierte Binnenvertriebene und mehr als eine Million Flüchtlinge aus dem Donbas in Nachbarländern, vor allem in Russland.

5.3 Unterstützung für den Separatismus

Eine vom Autor in Auftrag gegebene und vom KIIS im April/Mai 2014 durchgeführte landesweite Umfrage, die die Krim ausnahm, zeigt ein deutlich höheres Maß an populärer Unterstützung für den Separatismus im Donbas im Vergleich zu anderen Regionen der Ukraine. Sie zeigt, dass die Mehrheit der Einwohner des Donbas im April/Mai 2014 verschiedene Formen des Separatismus unterstützte (insgesamt 54 % bzw. 61 % ohne die Unentschiedenen). Die Unterstützung für den Separatismus im Donbas übertraf die separatistische Unterstützung in den drei östlichen Regionen, die an den Donbas angrenzen, und im Süden bei weitem (Tabelle 5.1). Sie war jedoch deutlich geringer als die von anderen Umfragen auf der Krim angezeigte (Katchanovski, 2015).

In der KIIS-Umfrage wurde nach den Einstellungen zu verschiedenen Formen des Separatismus gefragt, die nicht nur den offenen Sezessionismus, sondern auch einseitige Forderungen nach größerer Autonomie oder Föderalismus umfassen (Cabestan & Pavkovi´c 2013; Katchanovski, 2006a). Aussagen von Spitzenpolitikern, einschließlich Präsident Poroschenko, und Maßnahmen des Sicherheitsdienstes der Ukraine zeigen, dass die ukrainische Regierung nach dem Euromaidan die öffentliche Unterstützung nicht nur für eine Sezession, sondern auch für eine regionale Autonomie und einen Föderalismus de facto für illegal erklärt hat (Poroschenko, 2016). Vor April 2014 forderten viele separatistische Führer, insbesondere im Donbas, Föderalismus und regionale Autonomie in der Ukraine. Die russische Regierung drängte ebenfalls auf Föderalismus und de facto auf eine Konföderation, die dem Donbas die Macht gegeben hätte, Entscheidungen der Zentralregierung zu blockieren, einschließlich solcher über außenpolitische Angelegenheiten.

In der KIIS-Umfrage von 2014 befürworteten 23 % der Befragten im Donbas eine Autonomie als Teil einer föderalen Ukraine, verglichen mit 8 %, die die Unabhängigkeit ihrer Region unterstützten, während 23 % einen Anschluss der Region an Russland befürworteten. Umgekehrt fand die Bewahrung des Vorkriegsstatus ihrer Regionen innerhalb einer unitarischen Ukraine, allerdings mit erweiterten Befugnissen, die Unterstützung von 9 %. Diese Umfrageergebnisse zeigen auch, dass die von der russischen Regierung und den Medien geäußerten Auffassungen über eine weitverbreitete populäre Unterstützung für den Separatismus in der gesamten Ost- und Südukraine unbegründet waren (siehe Tabelle 5.1).

Eine KIIS-Umfrage von 2015 ergab ähnliche Ergebnisse im separatistisch kontrollierten Donbas. Die Option eines Anschlusses an Russland wurde von 16 % der Befragten befürwortet, die Unabhängigkeit von der Ukraine von 26 %, eine Autonomie innerhalb einer föderalen Ukraine von 18 %, erweiterte Befugnisse in einer unitarischen Ukraine von 20 %, und eine Rückkehr zum Vorkriegsstatus der Regionen Donezk und Luhansk wurde von 12 % unterstützt (Iakym, 2015).

Die Telefonumfrage des deutschen ZOiS aus dem Jahr 2019 zeigte, dass 77 % der Einwohner des separatistisch kontrollierten Donbas ihre Unterstützung für verschiedene Formen des Separatismus zum Ausdruck brachten, während 24 % der Befragten den regionalen Status befürworteten, der vor dem Bürgerkrieg im Jahr 2014 bestand. Etwa 46 % der Befragten bevorzugten eine Eingliederung des Donbas in Russland, während 31 % einen besonderen autonomen Status innerhalb der Ukraine unterstützten (Sasse & Lackner, 2019).

Die KIIS-Umfrage von 2014 zeigt auch, dass die ethnischen Russen in der Ukraine, mit Ausnahme der Krim, in der Frage des Separatismus gespalten waren. Ähnliche Anteile der ethnischen Russen unterstützten die Bewahrung des bestehenden unitarischen Systems (43 %), überwiegend mit erweiterten Befugnissen, und verschiedene separatistische Optionen (42 %), darunter 16 %, die einen Anschluss ihrer Region an Russland bevorzugten. Interessanterweise zeigten Menschen mit gemischter russischer und ukrainischer Abstammung eine stärkere Unterstützung für den Separatismus, nicht nur im Vergleich zu ethnischen Ukrainern, sondern auch zu ethnischen Russen (Tabelle 5.2).

Tabelle 5.2 – Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen ethnischen Gruppen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %

Haltung	**Ukrainer**	**Russen**	**Sowohl russischer als auch ukrainischer Herkunft**	**Andere**
Sezession von der Ukraine und Anschluss an einen anderen Staat	2	16	25	14
Sezession von der Ukraine und Bildung eines unabhängigen Staates	1	6	9	3
Autonomie als Teil einer föderalen Ukraine	5	20	18	14
Bewahrung des aktuellen Status innerhalb einer unitarischen	57	35	23	29

Ukraine mit erweiterten Befugnissen				
Bewahrung des aktuellen Status innerhalb einer unitarischen Ukraine mit aktuellen Befugnissen	25	8	9	23
Weiß nicht/nicht sicher	10	16	18	17
Insgesamt, %	100	100	100	100
N	1693	229	57	35

Anmerkung: Ohne Krim

Table 5.2 Support for separatism by major ethnic groups in Ukraine, the KIIS Survey, %

	Ukrainians	*Russians*	*Both Russian and Ukrainian*
Secession from Ukraine and joining another state	2	16	25
Secession from Ukraine and formation of independent state	1	6	9
Autonomy as a part of federal Ukraine	5	20	18
Preserving current status within unitary Ukraine with expanded powers	57	35	23
Preserving current status within unitary	25	8	9

Tabelle 5.2 *Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen ethnischen Gruppen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %*

Im Gegensatz dazu befürworteten nur 24 % der russischsprachigen Personen, darunter viele ethnische Ukrainer, eine Sezession von der Ukraine oder eine regionale Autonomie in einer föderalen Ukraine (siehe Tabelle 5.3).

Tabelle 5.3 – Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen Sprachen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %

Haltung	**Ukrainisch**	**Russisch**	**Mischung aus Russisch und Ukrainisch**
Sezession von der Ukraine und Anschluss an einen anderen Staat	1	9	3
Sezession von der Ukraine und Bildung eines unabhängigen Staates	1	3	2
Autonomie als Teil einer föderalen Ukraine	1	12	5
Bewahrung des aktuellen Status innerhalb einer unitarischen Ukraine mit erweiterten Befugnissen	61	45	57
Bewahrung des aktuellen Status innerhalb einer unitarischen Ukraine mit aktuellen Befugnissen	28	18	24
Weiß nicht/nicht sicher	8	13	10
Insgesamt, %	100	100	100
N	802	934	284

Anmerkung: Ohne Krim

Tabelle 5.3 *Unterstützung für den Separatismus nach wichtigen Sprachen in der Ukraine, KIIS-Umfrage 2014, %*

Keine große nationale politische Partei in der Ukraine unterstützte offen die Separatisten im Donbas. Die ukrainische Regierung verbietet nicht nur separatistische Parteien und Organisationen in der Ukraine, sondern hat auch die Kommunistische Partei wegen Separatismusvorwürfen aufgelöst und Strafverfahren gegen einige Führer der Partei der Regionen wegen ähnlicher Vorwürfe eingeleitet. Tatsächlich unterstützen erhebliche Zahlen von Anhängern der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei die Separatisten entgegen den offiziellen Positionen dieser Parteien. Die KIIS-Umfrage von 2014 zeigt, dass 20 % derjenigen, die beabsichtigten, die Partei der Regionen zu wählen, und 15 % derjenigen, die beabsichtigten, die Kommunistische Partei zu wählen, eine regionale Sezession von der Ukraine und einen Anschluss an einen anderen Staat, was in fast allen Fällen Russland bedeutet, oder die Bildung eines unabhängigen Staates befürworteten.

Eine Autonomie für ihre Regionen als Teil einer föderalen Ukraine bevorzugten 18 % der voraussichtlichen Wähler der Partei der Regionen und 19 % der voraussichtlichen Wähler der Kommunistischen Partei. Aber 22 % der Befragten, die nicht beabsichtigten zu wählen, brachten ebenfalls sezessionistische Ansichten zum Ausdruck, während 12 % eine regionale Autonomie als Teil eines föderalen Staates in der Ukraine unterstützten.

Eine multiple Regressionsanalyse der Daten der KIIS-Umfrage von 2014 zeigt, dass die Einwohner des Donbas bei Konstanthaltung anderer Faktoren eine viel stärkere Unterstützung für den Separatismus zum Ausdruck brachten als andere Regionen. Pro-separatistische Ansichten waren dort auch stärker als in den benachbarten Regionen Dnipropetrowsk, Charkiw

und Saporischschja. Ethnische Russen, andere ethnische Minderheiten, voraussichtliche Wähler der Kommunistischen Partei, jüngere Menschen, Anhänger der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (des Moskauer Patriarchats) und Männer brachten alle eine stärkere, statistisch signifikante Unterstützung für den Separatismus zum Ausdruck. Standardisierte Regressionskoeffizienten zeigen, dass der Wohnsitz im Donbas die größte Determinante pro-separatistischer Ansichten war, während die Selbstidentifikation als ethnischer Russe den zweitstärksten Effekt hat. Der Wohnsitz in anderen großen historischen und geografischen Regionen, die Zugehörigkeit zu anderen politischen Parteien, ein anderes religiöses Bekenntnis, das Russischsprechen, das Bildungsniveau und der Siedlungstyp hatten keinen signifikanten positiven Einfluss auf die Unterstützung für den Separatismus.

Literaturverzeichnis

Arel, D., & Driscoll, J. (2023). Ukraine's unnamed war: Before the Russian invasion of 2022. Cambridge University Press.

Barrington, L., & Herron, E. (2004). One Ukraine or many? Regionalism in Ukraine and its political consequences. Nationalities Papers, 32(1), 53–86.

Cabestan, J.-P., & Pavkovi´c, A. (Eds.). (2013). Secessionism and separatism in Europe and Asia: To have a state of one's own. Routledge.

Colonel Cassad. (2015, May 23). Ubiistvo Mozgovogo – Kto i zachem? Chast 1. http://colonelcassad.livejournal.com/2198800.html

Colton, T. J. (2010, October). Thinking the unthinkable: Is the breakup of the Ukrainian state a real threat? Sixth Annual Danyliw Research Seminar, University of Ottawa, Ottawa.

Darden, K. A. (2010). Conditional property and regional political cultures: Challenges for U.S. foreign policy in the post-Soviet space. In T. Colton, T. Frye, & R. Legvold (Eds.), The policy world meets academia: Designing U.S. policy toward Russia (pp. 70–78). American Academy of Arts & Sciences.

Dmytro Yarosh: Nam shche Krym povertaty. (2015, February 11). BBC Ukrainian. http://www.bbc.com/ukrainian/politics/2015/02/150211_yarosh_interview_vs

Esch, C., Klusmann, S., & Schröder, T. (2023, February 9). »Putin ist ein Drache, der fressen muss«. Spiegel. https://www.spiegel.de/ausland/wolodymyr-selenskyj-im-interview-putin-ist-ein-drache-der-fressen-muss-a-458b7fe2-e15a-49a9-a38e-4bfba834f27b

Giuliano, E. (2015). The social bases of support for self-determination in East Ukraine. Ethnopolitics, 14(5), 513–522.

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the new Cold War. McFarland.

Hauter, J. (Ed.). (2021). Civil war? Interstate war? Hybrid war? Dimensions and interpretations of the Donbas conflict in 2014–2020. Ibidem Verlag.

Iakym ie riven pidtrymky mesedzhiv rosiiskoi propagandy u zoni konfliktu:Sotsiolohichne opytuvannia. (2015, May 18). Telekrytyka. http://osvita.mediasapiens.ua/mediaprosvita/research/yakim_e_riven_pidtrimki_mesedzhiv_rosiyskoi_propagandi_u_zoni_konfliktu_sotsiologichne_opituvannya

Institute of World Policy. (2015). IWP opinion poll: How do EU citizens perceive the war in Eastern Ukraine? http://iwp.org.ua/eng/public/1784.html

Katchanovski, I. (2005). Small nations but great differences: Political orientations and cultures of the Crimean Tatars and the Gagauz. Europe-Asia Studies, 57 (6), 877–894.

Katchanovski, I. (2006a). Cleft countries: Regional political divisions and cultures in post-Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem.

Katchanovski, I. (2006b). Regional political divisions in Ukraine in 1991–2006. Nationalities Papers, 34(5), 507–532.

Katchanovski, I. (2014a). East or West? Regional political divisions in Ukraine since the 'Orange Revolution' and the 'Euromaidan.' Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington, DC. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2454203

Katchanovski, I. (2014b, July 20). What do citizens of Ukraine actually think about secession? Washington Post. https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2014/07/20/what-do-citizens-of-ukraine-actually-think-about-secession/

Katchanovski, I. (2015). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2016a). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2016b, September 1–4). The far right in Ukraine during the "Euromaidan" and the war in Donbas. Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2832203

Katchanovski, I. (2016c). The Maidan massacre in Ukraine: A summary of analysis, evidence, and findings. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (pp. 220–224). Routledge.

Katchanovski, I. (2017). The "Euromaidan", democracy, and political values in Ukraine. In B. Axford, D. Buhari-Gulmez, & S. B. Gulmez (Eds.), Bridging divides: Rethinking ideology in the age of global discontent (pp. 122–142). Routledge.

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2), 2269685.

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of Battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1), 18–68.

Katchanovski, I., & Abrahms, M. (2024). Far-right political violence in Ukraine: Assessment of the Donbas War and the Odesa Massacre. Perspectives on Terrorism, 18(3), 90–113.

Kudelia, S. (2014). Domestic sources of the Donbas insurgency (PONARS Eurasia Policy Memo, 351). http://www.ponarseurasia.org/memo/domestic-sources-donbasinsurgency

Kudelia, S. (2016). The Donbas rift. Russian Politics & Law, 54(1), 5–27.

Kudelia, S. (2022). Civil war settlements and conflict resolution in the Donbas. In D. Marples (Ed.), The war in Ukraine's Donbas: Origins, contexts, and the future (pp. 205–226). Central European University Press.

Kudelia, S. (2025). Seize the city, undo the state: The inception of Russia's war on Ukraine. Oxford University Press.

Maté, A. (2024, April 30). What 10 years of U.S. meddling in Ukraine have wrought (spoiler alert: Not democracy). RealClearInvestigations. https://www.realclearinvestigations.com/articles/2024/04/30/what_10_years_of_us_meddling_in_ukraine_have_wrought_spoiler_alert_it_wasnt_democracy_1027411.html

Mearsheimer, J. (2014). Why the Ukraine crisis is the West's fault. Foreign Affairs, 93(5), 77–89.

Merkel, Angela "Hatten Sie gedacht, ich komme mit Pferdeschwanz?" (2022, December 7). ZEIT Online. https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler

Ministry of Defence of Ukraine. (2015). Analiz vedennia antyterorystychnoi operatsii ta naslidkiv vtorhnennia Rosiiskoi Federatsii v Ukrainu u serpni-veresni 2014 roku. http://www.mil.gov.ua/content/other/anliz_rf.pdf

Ministry of Defence. (2022, February 17). Intelligence update: Feb 17, 2022. https://x.com/DefenceHQ/status/1494315294382297091?s=20

Mostovaia, I. (2015, June 19). Shpion, vyidi von! Dzerkalo tyzhnia. http://gazeta.zn.ua/internal/shpion-vyydi-von-_.html

OHCHR. (2015a). Report on the human rights situation in Ukraine 15 August to 15 November 2015. http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/12thOHCHRreportUkraine.pdf

OHCHR. (2015b). Report on the human rights situation in Ukraine 16 May to 15 August 2015. http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/11thOHCHRrepotUkraine.pdf

OHCHR. (2022). Conflict-related civilian casualties in Ukraine. https://ukraine.un.org/sites/default/files/2022-02/Conflict-related%20civilian%20casualties%20as%20of%2031%20December%202021%20%28rev%2027%20January%202022%29%20corr%20EN_0.pdf

Pandey, A. (2022, June 20). Ukraine's new masterstroke against Russia is actually Ukraine's biggest pro-Russia move. TFIGlobal. https://tfiglobalnews.com/2022/06/20/ukraines-new-masterstroke-against-russia-is-actually-ukraines-biggest-pro-russia-move/

Petro, N. (2023). The tragedy of Ukraine: What classical Greek tragedy can teach us about conflict resolution. De Gruyter.

Pochti tret ukraintsev schitayut chto na vostoke strany proiskhodit voina mezhdu Ukrainoi i Rossiei – opros. (2015, November 24). Interfax-Ukraine. http://interfax.com.ua/news/political/308022.html

Poroshenko napoliahaie na zaboroni nepryiniatnykh dlia Ukrainy idei federalism. (2016, January 30). UNIAN. http://www.unian.ua/politics/1244658-poroshenko-napolyagae-na-zaboroni-nepriynyatnih-dlya-ukrajini-idey-federalizmu.html

Prouvost, T. (2022, December 28). Hollande: 'There will only be a way out of the conflict when Russia fails on the ground.' Kyiv Independent. https://kyivindependent.com/national/hollande-there-will-only-be-a-way-out-of-the-conflict-when-russia-fails-on-the-ground

Robinson, P. (2016). Explaining the Ukrainian army's defeat in Donbass in 2014. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (pp. 108–125). Routledge.

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Sasse, G., & Lackner, A. (2019). Attitudes and identities across the Donbas front line: What has changed from 2016 to 2019? ZOiS Report. https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/S_Report_3_2019.pdf

Shuster, S. (2014, April 23). Exclusive: Meet the pro-Russian separatists of Eastern Ukraine. Time. http://time.com/74405/exclusive-pro-russian-separatists-eastern-ukraine/

Sky films troops 'in Russian gear' in Ukraine. (2014, September 3). Sky News. http://news.sky.com/story/1329691/sky-films-troops-in-russian-gear-in-ukraine

Ukhvala. Sprava 757/42824/15-k. (2015). Pechersk District Court. http://reyestr.court.gov.ua/Review/54278484

Ukraine's losses in the war. (2024). UALosses. https://ualosses.org/en/soldiers/?dod_start=23.11.2013&dod_end=23.02.2022&search=Search

Uppsala Conflict Data Program. (2015). UCDP conflict encyclopedia. Uppsala University, Department of Peace and Conflict Research. www.ucdp.uu.se/database

US Department of State. (2014). Russian fiction the sequel: 10 more false claims about Ukraine. http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2014/04/224759.htm

Voennaia prokuratura RF otkazala v povtornoi proverke gibeli 159 soldat. (2016, January 26). BBC Russian. http://www.bbc.com/russian/news/2016/01/160126_russia_solders_death_check

War in Donbas. (2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/War_in_Donbas

Wilson, A. (2014). Ukraine crisis: What it means for the West. Yale University Press.

Zhukov, Y. M. (2016). Trading hard hats for combat helmets: The economics of rebellion in eastern Ukraine. Journal of Comparative Economics, 44(1), 1–15.

Open Access Dieses Kapitel ist unter den Bedingungen der Creative Commons Attribution 4.0 International License (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) lizenziert, die die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verbreitung und Vervielfältigung in jedem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den ursprünglichen Autor bzw. die ursprünglichen Autoren und die Quelle angemessen nennen, einen Link zur Creative-Commons-Lizenz angeben und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder anderes Material Dritter in diesem Kapitel sind in die Creative-Commons-Lizenz des Kapitels einbezogen, sofern in einer Quellenangabe zu dem Material nichts anderes angegeben ist. Wenn Material nicht in die Creative-Commons-Lizenz des Kapitels einbezogen ist und Ihre beabsichtigte Nutzung nicht durch gesetzliche Regelungen gestattet ist oder über die gestattete Nutzung hinausgeht, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Inhaber des Urheberrechts einholen.

Kapitel 6: Die Beteiligung der extremen Rechten am Euromaidan, am Maidan- und am Odessa-Massaker und am Donbas-Krieg

6.1 Konkurrierende Narrative über die extreme Rechte in der Ukraine

Es gibt gegensätzliche Narrative über die Beteiligung der extremen Rechten am Euromaidan, am Maidan- und am Odessa-Massaker und am Krieg im Donbas. Diese Konflikte waren die bedeutendsten, umstrittensten und am stärksten politisierten Fälle politischer Gewalt in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 und bis zum Russland-Ukraine-Krieg im Jahr 2022.

Russische und Donbas-separatistische Führer und Medien bezeichneten den Euromaidan oft als „faschistischen Putsch" und die Maidan-Regierung als eine von der US-Regierung organisierte „faschistische Junta". Russische und separatistische Politiker und die Medien stellten den Krieg im Donbas oft als Kampf gegen „Faschisten" oder „Nazis" dar und verglichen das Odessa-Massaker mit dem von den Nazis geführten Massenmord an den Einwohnern des Dorfes Chatyn in Belarus während des Zweiten Weltkriegs. Der russische Präsident Wladimir Putin, andere Führer der russischen Regierung und die russischen Medien rechtfertigten die russische Invasion

der Ukraine im Februar 2022 mit der Behauptung, der ukrainische Staat nach dem Maidan sei nationalsozialistisch oder neonazistisch.

Im Gegensatz dazu stellten die Regierung und die Medien in der Ukraine sowie die Regierungen und ein Großteil der Mainstream-Medien in den westlichen Ländern die Beteiligung radikaler Nationalisten und Neonazis am Euromaidan und am Krieg im Donbas im Allgemeinen als marginal dar, bestritten oder verschwiegen eine solche Beteiligung (siehe Ishchenko, 2018a, 2018b; Katchanovski, 2020). Die ukrainischen Medien und Politiker und in erheblichem Maße auch die westlichen Regierungen und die Mainstream-Medien bestritten vor der russischen Invasion die extremistische radikalnationalistische und neonazistische Ideologie der extremen Rechten und deren Beteiligung am Maidan- und am Odessa-Massaker.

© Der/die Autor(en) 2026 I. Katchanovski, The Russia-Ukraine War and its Origins, Rethinking Political Violence, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3_6

Zum Beispiel beschuldigte das Außenministerium der Ukraine – entgegen der überwältigenden Beweislage – für das Odessa-Massaker am 2. Mai 2014 Provokateure, die „großzügig von den russischen Geheimdiensten bezahlt" worden seien. Die New York Times übernahm unverzüglich dieselbe Linie, dass prorussische Gruppen für die Brandstiftung an dem Gebäude verantwortlich gewesen sein könnten (Smale & Kramer, 2014).

Die westlichen Regierungen, die während des Kalten Krieges mit der Sowjetunion verdeckt die rechtsextreme OUN und die UPA nutzten, schwiegen weitgehend über die ukrainische extreme Rechte in der Ukraine und ihre Gewalt während des Euromaidan und des Krieges im Donbas. Es gab einige wenige Ausnahmen. Ein Zusatz zu einem Verteidigungshaushaltsgesetz, der 2015 und 2018 vom US-Kongress verabschiedet wurde und die Finanzierung und Ausbildung des neonazistisch geführten Asow-Regiments durch die US-Regierung verbot, war eine dieser wenigen Ausnahmen (H.Amdt., 2016). In ihrem Menschenrechtsbericht von 2018 bezeichnete das US-Außenministerium den politischen Flügel des Asow-Regiments als „Hassgruppe" (Ukraine, 2019). Im Jahr 2019 warnten Botschafter der G7-Staaten in einem gemeinsamen Brief vor „extremen politischen Bewegungen in der Ukraine, deren gewalttätige Aktionen an sich schon besorgniserregend sind". Die Warnungen bezogen sich ausdrücklich auf die Asow-Bewegung und ihre Gewalt während der Präsidentschaftswahlen 2019 (Miller, 2019). Einige große westliche Medien, wie die New York Times und der Guardian, bezeichneten das Asow-Bataillon vor der russischen Invasion als neonazistisch.

Die Darstellung der extremen Rechten in der Ukraine in der englischsprachigen Wikipedia spiegelte weitgehend die vorherrschenden Narrative der westlichen Medien wider. In der ukrainischsprachigen Wikipedia fand eine systematische Weißwaschung der zeitgenössischen und der historischen extremen Rechten der Ukraine statt. Dies betraf insbesondere zeitgenössische neonazistische und andere rechtsextreme Parteien, Organisationen und ihre Führer wie den Patrioten der Ukraine, das Nationale Korps, das Asow-Bataillon und das Asow-Regiment, Swoboda sowie die Beteiligung der extremen Rechten am Maidan- und am Odessa-Massaker. Eine ähnliche Weißwaschung betraf die historischen Vorläufer der zeitgenössischen extremen Rechten in der Ukraine, insbesondere die Organisation der Ukrainischen Nationalisten

(OUN), die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), den OUN-Führer Stepan Bandera, den UPA-Kommandeur Roman Schuchewytsch und die faschistischen Ursprünge des Grußes „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden", die Nazi-Kollaboration der OUN und der UPA und ihre Beteiligung am nationalsozialistischen Völkermord an Juden, Ukrainern, Polen, Weißrussen und Russen sowie die ethnische Säuberung der Polen in Wolhynien durch die OUN und die UPA (siehe Katchanovski, 2015a).

Im Gegensatz zu ihren historischen Vorläufern, der Organisation der Ukrainischen Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee, ist die extreme Rechte in der heutigen Ukraine nicht gut erforscht. Die Zahl der wissenschaftlichen Studien, die die zeitgenössische ukrainische extreme Rechte untersuchen, insbesondere ihre Beteiligung am Maidan- und am Odessa-Massaker und am Donbas-Krieg, ist begrenzt (siehe Ishchenko, 2018a, 2018b; Katchanovski & Abrahms, 2024; Katchanovski, 2020).

Die Politisierung der Frage der extremen Rechten in der Ukraine während des „Euromaidan" und des Krieges im Donbas wirkte sich auf die Erforscher der extremen Rechten aus. Viele wissenschaftliche und insbesondere nichtwissenschaftliche Erforscher der extremen Rechten verbreiteten, statt neutrale Beobachter zu sein, parteiische Narrative und billigten sogar die Gewalt der extremen Rechten. Zum Beispiel verglich Anton Schechowzow das Massenmorden an Menschen durch ein Feuer im Gewerkschaftsgebäude in Odessa damit, wie er Kartoffelkäfer tötete, indem er sie in einer Kiste sammelte und sie dann verbrannte" (Anton, 2014). Zuvor war er ein Führer des krimschen Zweigs der prorussischen rechtsextremen Eurasischen Jugendunion unter der Leitung von Alexander Dugin (AntiNATOvskii, 2006).

Die meisten Studien über die extreme Rechte in der Ukraine wurden von Forschern außerhalb der Wissenschaft in parteiischen Think Tanks oder Nichtregierungsorganisationen sowie von Journalisten erstellt, die ihre Arbeiten keinem Peer-Review unterzogen. Solche Einschätzungen sind eher politisch motiviert und weisen seltener methodische Strenge oder auch nur Professionalität auf. Solche Analysen neigten dazu, sich unkritisch auf die Narrative der ukrainischen und der westlichen Regierung zu stützen und deren Behauptungen für bare Münze zu nehmen.

Einige Forscher, insbesondere aus parteiischen Think Tanks, betrachteten die Rolle der rechtsextremen Organisationen und Formationen in der Ukraine im Euromaidan und im Krieg im Donbas als unbedeutend oder marginal. Sie konzentrierten sich auf die zahlenmäßige Stärke rechtsextremer Organisationen und die elektorale Unterstützung für die rechtsextremen Parteien und ignorierten oder bestritten die Beteiligung der extremen Rechten an politischer Gewalt wie dem Odessa-Massaker und dem Bürgerkrieg im Donbas. Sie behaupteten, die Anwesenheit russischsprachiger Personen im Asow-Regiment und in anderen neonazistisch geführten bewaffneten Formationen sei ein Beleg für deren relative Toleranz, und erklärten, das Asow-Regiment habe sich gemäßigt, indem es seine rechtsextremen Wurzeln aufgegeben habe (siehe zum Beispiel Umland, 2019, 2020).

Frühere Studien ignorierten oder bestritten im Allgemeinen die Beteiligung der extremen Rechten am Odessa-Massaker. Nur zwei wissenschaftliche Studien untersuchten das Odessa-

Massaker gezielt (Katchanovski, 2016c; Katchanovski & Abrahms, 2024). Eine weitere Studie untersuchte dessen öffentliche Wahrnehmung, analysierte das Massaker selbst nicht und bezeichnete es als „Tragödie" (Hale et al., 2018). Eine für diese Studie in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass 44 % der Ukrainer glaubten, dieser Massenmord sei von Provokateuren aus Russland begangen worden, während 11 % prorussische Einwohner von Odessa dafür verantwortlich machten. Zehn Prozent der Befragten gaben an, das Odessa-Massaker sei von „ukrainischen Nationalisten aus Odessa" verübt worden, und 3 % machten „pro-ukrainische" Einwohner von Odessa dafür verantwortlich (Hale et al., 2018).

Andere wissenschaftliche Studien über die extreme Rechte in der Ukraine gelangten zu anderen Schlussfolgerungen. Umfassende Studien stellten fest, dass rechtsextreme Organisationen wie der Rechte Sektor und Swoboda am Maidan-Massaker an den Protestierenden und der Polizei beteiligt waren (Hahn, 2018; Katchanovski, 2015b, 2016b, 2020, 2023a, 2023b, 2024). Eine quantitative Analyse ergab, dass rechtsextreme Organisationen wie die Swoboda-Partei, der Rechte Sektor und Asow die aktivsten Organisationen bei Massenprotesten, insbesondere bei gewalttätigen, während und nach dem Euromaidan waren (Ishchenko, 2016, 2018a).

Dieses Kapitel stützt sich auf politikwissenschaftliche Theorien und Definitionen der rechtsextremen Organisationen. Der Begriff „extreme Rechte" bezeichnet Ultranationalisten sowie Anhänger rassischer und ethnischer Überlegenheit. Die rechtsextreme Ideologie umfasst verschiedene Formen wie radikalen Nationalismus und Neonazismus. Der Begriff „neonazistisch" bezeichnet rechtsextreme Organisationen, die Elemente der NS-Ideologie, insbesondere deren rassischen und ethnischen Suprematismus, übernehmen und Symbole verwenden, die mit Nazi-Deutschland verbunden sind oder stilisierte Versionen davon. Wie die Nazis stellen neonazistische Organisationen eine Form des Faschismus dar (siehe Griffin & Feldman, 2003; Lipset & Raab, 1970).

Die Analyse stützt sich auf Tausende primäre und sekundäre Datenquellen wie Onlineaufzeichnungen von Live-Übertragungen und Videos, den Maidan-Massaker-Prozess und sein Urteil, Websites und Social-Media-Gruppen rechtsextremer Organisationen und ihrer bewaffneten Einheiten sowie Medienberichte in ukrainischer, russischer und englischer Sprache. Da aus Platzgründen nicht alle verwendeten Quellen zitiert werden konnten, werden die relevantesten Quellen angeführt.

6.2 Die Beteiligung der extremen Rechten am Euromaidan

Die Analyse zeigt, dass alle großen rechtsextremen Organisationen in der Ukraine am Euromaidan teilnahmen. Ihr gemeinsames Ziel war eine nationale Revolution, die die prorussische Regierung Janukowytsch stürzen und die ukrainische Nation schmieden sollte. Die Swoboda-Partei war die bedeutendste und populärste dieser Organisationen. Swoboda wurde als Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) etwa zu der Zeit gegründet, als die Ukraine 1991 unabhängig wurde. Sie vereinte radikalnationalistische und neonazistische Merkmale, die sich in ihrem Namen und in der Verwendung einer modifizierten, an ein Hakenkreuz erinnernden Wolfsangel als Parteisymbol zeigten. Die Partei benannte sich jedoch 2004 in Swoboda um, was auf Ukrainisch Freiheit bedeutet. Sie versuchte, ihre Ideologie öffentlich zu mäßigen, um ihre

Popularität über die rechtsextreme Anhängerschaft und ihre Basis in Galizien hinaus zu vergrößern (Bustikova, 2015; Katchanovski, 2012; Rudling, 2013). Swoboda berichtete, dass in dieser Zeit zwischen 2.000 und 5.000 von etwa 15.000 Parteimitgliedern ständig auf dem Maidan präsent gewesen seien (Svoboda, 2016). Obwohl diese Zahl der Swoboda-Protestierenden wahrscheinlich übertrieben ist, zeigten Videos und Livestreams der Proteste oft große Mengen von Swoboda-Fahnen, die bei vielen Protestaktionen einen erheblichen Anteil der Fahnen ausmachten.

Der Rechte Sektor wurde in der Frühphase der Maidan-Proteste von kleineren rechtsextremen politischen Organisationen und Gruppen von Fußball-Ultras gebildet. Er war ein Bündnis radikalnationalistischer Organisationen wie Trysub (Dreizack), das nach Bandera benannt wurde, und der UNA-UNSO sowie neonazistischer Organisationen wie der Sozialnationalen Versammlung (SNA), dem Patrioten der Ukraine (dem paramilitärischen Flügel der SNA) und dem White Hammer sowie Gruppen von Ultras, die überwiegend eine ähnliche ultranationalistische und neonazistische Ausrichtung hatten. Der Rechte Sektor kann daher nach der politikwissenschaftlichen Definition als eine teils radikalnationalistische und teils faschistische oder halbfaschistische Organisation eingestuft werden.

Der Rechte Sektor erreichte gegen Ende des Euromaidan mehrere hundert Mitglieder. Mitglieder von Swoboda und dem Rechten Sektor bildeten gemeinsam mit Mitgliedern anderer relativ kleiner rechtsextremer Organisationen wie dem Kongress Ukrainischer Nationalisten, der Organisation der Ukrainischen Nationalisten, Bratstvo und Ultras eine Minderheit der Maidan-Protestierenden während des Euromaidan in Kiew.

Die Analyse verschiedener Belege zeigt jedoch, dass die Rolle der extremen Rechten bei gewalttätigen Angriffen und anderen Fällen politischer Gewalt während des Euromaidan überproportional groß war. Videos, Interviews von Führern des Rechten Sektors, Augenzeugen sowie Websites und Social-Media-Seiten von Trysub zeigten, dass der Rechte Sektor die Berkut-Polizei während der stark publizierten gewaltsamen Auflösung von einigen hundert Protestierenden auf dem Maidan am 30. November 2013 angriff. Es gibt verschiedene Belege dafür, dass die Führer der extremen Rechten im Voraus über diese Auflösung informiert waren und sie nutzten, um die Euromaidan-Proteste anzufachen, die in dieser Nacht zu Ende gingen (siehe Katchanovski, 2020; Kapitel 2).

Die Livestreams, Videoaufzeichnungen und Erklärungen der Führer und Aktivisten des Rechten Sektors zeigten, dass der Rechte Sektor und Fußball-Ultras eine Schlüsselrolle bei gewaltsamen Zusammenstößen mit der Berkut-Polizei und den Inneren Truppen sowie bei den gewaltsamen Angriffen auf die Präsidialverwaltung am 1. Dezember 2013 und das ukrainische Parlament Ende Januar 2014 und am 18. Februar 2014 hatten. Verschiedene Belege wie Gerichtsentscheidungen und Eingeständnisse des Führers des neonazistischen White Hammer deuten auf die Beteiligung der extremen Rechten an den False-Flag-Morden an den ersten drei Maidan-Protestierenden am 22. Januar 2014 hin (siehe Katchanovski, 2020; Kapitel 2).

Zum Beispiel zeigten Live-Videostreams, Symbole bestimmter Gruppen neonazistischer Angreifer und spätere Eingeständnisse ihrer Beteiligung durch Führer und Aktivisten des

Rechten Sektors, insbesondere Dmytro Jarosch, dass die rechtsextremen Organisationen eine Schlüsselrolle beim Angriffsversuch auf das Parlament im Januar 2014 spielten (Nayem & Kovalenko, 2014). Obwohl Swoboda sich öffentlich von den gewaltsamen Angriffen auf die Präsidialverwaltung und das Parlament distanzierte, wiesen die Belege – wie das Vorhandensein einiger Swoboda-Fahnen und -Aktivisten, Livestreams und Social-Media-Beiträge – eindeutig darauf hin, dass mindestens einige Swoboda- und C14-Mitglieder und mit ihnen verbundene Aktivisten an diesen gewaltsamen Angriffen beteiligt waren. Ähnliche Belege gab es für die Beteiligung Swobodas an der Besetzung von Regionalverwaltungen, vor allem in der Westukraine, sowie an der Erstürmung und Besetzung der Kiewer Stadtverwaltung am 1. Dezember 2013. Swoboda und ihr C14-Ableger bildeten während des Euromaidan auch einige paramilitärische Selbstverteidigungskompanien. C14, eine mit Swoboda verbundene neonazistische Jugendorganisation, führte eine paramilitärische Selbstverteidigungseinheit, die Swoboda dabei half, die Kiewer Stadtverwaltung während der Massenproteste gegen die Regierung Janukowytsch und die Polizeigewalt gewaltsam zu besetzen. Jewhen Karas, der Führer von C14, wurde mit dem faschistischen Gruß fotografiert, und die Gruppe verwendete neonazistische Symbole (Ukraine, 2014).

Die Zurschaustellung neonazistischer Symbole durch einen Teil der Maidan-Protestierenden – wie Hakenkreuz, SS-Zeichen, Keltenkreuz und das Zeichen 14/88, das auf eine White-Supremacy-Parole und „Heil Hitler" verweist – in verschiedenen vom Maidan kontrollierten Gebieten deutete ebenfalls auf die Anwesenheit und Duldung von Mitgliedern neonazistischer Organisationen, Gruppen oder deren Sympathisanten unter den Protestierenden hin. Feldforschung und vom Autor kurz nach dem Euromaidan auf dem Maidan aufgenommene Fotos zeigten viele solcher rechtsextremer Symbole in dem Gebiet (siehe zum Beispiel Abb. 6.1 und 6.2).



Abb. 6.1 *Schild „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden" am ausgebrannten Gewerkschaftsgebäude (Foto des Autors)*

Viele rechtsextreme Organisationen auf dem Maidan betrachteten sich in unterschiedlichem Maße als ideologische Erben der OUN und der UPA und verwendeten von der OUN und der UPA, ihren historischen Vorläufern, übernommene Symbole wie eine rot-schwarze Fahne sowie Grüße und Sprechchöre wie „Ruhm der Ukraine – Ruhm den Helden", „Ruhm der Nation" und „Die Ukraine über alles". Trysub beispielsweise wurde nach Bandera, dem OUN-Führer, benannt und kurz nach der Unabhängigkeit der Ukraine als paramilitärischer Zweig des Kongresses Ukrainischer Nationalisten gegründet, der in der Ukraine von der in der ukrainischen Diaspora in Nordamerika aktiven Bandera-Fraktion der OUN organisiert wurde. Der Rechte Sektor verwendete die rot-schwarze Fahne der Bandera-Fraktion der OUN (OUN-B) und gemeinsam mit anderen rechtsextremen Organisationen wie Swoboda die „Ruhm der Ukraine"-Grüße der OUN-B. Die Bandera-Fraktion der OUN übernahm diese Fahne und den Gruß zur Zeit ihrer Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland Anfang 1941. Sie waren den Symbolen und Grüßen anderer faschistischer oder halbfaschistischer Parteien, einschließlich der NSDAP, nachempfunden. Die roten und schwarzen Farben der OUN-B-Fahne symbolisierten Blut und Boden und ähnelten den Konzepten „Blut und Boden" in der NS-Ideologie und deren Symbolen.


SBA
ULTRAS
SVOBODA BOYS ARMY

Abb. 6.2 *Rechtsextreme Symbole auf dem Maidan (Foto des Autors)*

Der Gruß „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden!" wurde von einem OUN-B-Kongress von 1941 angenommen und von einem faschistischen Handgruß begleitet. In dieser Form ähnelte er den Grüßen und Handgrüßen der NSDAP in Deutschland, der Nationalen Faschistischen Partei in Italien und der Ustascha in Kroatien (siehe Katchanovski, 2014, 214; 2015a). „Die Ukraine über alles" ähnelte „Deutschland über alles", einer während der NS-Herrschaft betonten Anspielung auf die deutsche Hymne. Die nicht rechtsextremen Maidan-Führer, Parteien und Protestierenden begannen während des Euromaidan ebenfalls, den Gruß „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden" zu verwenden, indem sie ihn von den rechtsextremen Parteien übernahmen, doch sie ignorierten oder bestritten die faschistischen Ursprünge dieses Grußes.

Oleh Tiahnybok, der Führer der rechtsextremen Swoboda-Partei, erklärte, der Begriff „Revolution der Würde" sei von einem Abgeordneten seiner Partei geprägt worden (Tiahnybok, 2015). Wie der rechtsextreme Gruß „Ruhm der Ukraine" (Slava Ukraini) wurde dieser Begriff während des Euromaidan von der gesamten Maidan-Opposition und nach dem Euromaidan von den ukrainischen Regierungen übernommen.

Der Einfluss von rechtsextremen Organisationen wie dem Rechten Sektor und seinen Mitgliedern wie Trysub, UNA-UNSO und dem Patrioten der Ukraine ging während des Euromaidan weit über ihre relativ kleine Mitgliederzahl hinaus, weil sie paramilitärische Organisationen waren und sich auf Gewalt stützten. Viele ihrer Führer und Mitglieder waren im Gebrauch von Gewalt, einschließlich Waffen, ausgebildet und hatten Erfahrung mit der Teilnahme an Gewalt in der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten. Die UNA-UNSO beispielsweise nahm am Krieg in Tschetschenien auf der Seite der tschetschenischen Separatisten und Islamisten und am Bürgerkrieg in Moldau auf der Seite der prorussischen Separatisten in Transnistrien teil.

Tiahnybok, der Führer der rechtsextremen Swoboda-Partei, wurde eines von drei Mitgliedern der Maidan-Führung. Andrij Parubij, ein ehemaliger Führer der Sozial-Nationalen Partei der Ukraine und des neonazistischen Patrioten der Ukraine, ihres paramilitärischen Flügels, wurde Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung. Die Maidan-Selbstverteidigung war eine paramilitärische Organisation, die während des Euromaidan gebildet wurde und aus mehr als einem Dutzend paramilitärischer Kompanien bestand, darunter die Kompanie des Rechten Sektors, und sie war an gewaltsamen Zusammenstößen mit der Berkut-Polizei und den Inneren Truppen beteiligt. In einem 1999 in einer Publikation der SNPU veröffentlichten Artikel bezeichnete Parubij sowohl die Vereinigten Staaten als auch Russland als Barbaren, die gegen den „Geist der weißen Rasse" kämpften, und zitierte zustimmend die Erklärung eines Vertreters des französischen Front National, dass Frankreich und die Ukraine die „asiatischen Horden" aufhielten, und zwar Westeuropa bzw. den Osten (Parubiy, 1999). Nachdem er 2004 den Patrioten der Ukraine und die SNPU verlassen hatte, projizierte er ein moderateres Image, doch er hat seine neonazistische Vergangenheit nie öffentlich verleugnet. In einem 2008 in einer ukrainischen Zeitung veröffentlichten Interview erklärte Parubij öffentlich, dass sich seine politische Ausrichtung und seine ideologischen Grundlagen seit seinem Austritt aus der Sozial-

Nationalen Partei der Ukraine, die zur Swoboda-Partei wurde, nicht verändert hätten (Chat, 2008).

6.3 Die Beteiligung der extremen Rechten am Maidan-Massaker

Die gewaltsamen Zusammenstöße der Protestierenden mit der Polizei und den „Titushki" und das Massenmorden begannen, als die Protestierenden am 18. Februar 2014 versuchten, die Polizeibarrikade zu durchbrechen und das Parlament anzugreifen. Diese Zusammenstöße und das Massenmorden ereigneten sich während eines „friedlichen Marsches", der von den Führern der Maidan-Opposition, einschließlich der extremen Rechten, organisiert wurde. Zu ihnen gehörten Oleksandr Turtschynow, ein Führer der oligarchischen Vaterland-Partei, Andrij Parubij, der Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung und ehemalige Führer des neonazistischen Patrioten der Ukraine, und Dmytro Jarosch, der Führer des Rechten Sektors (persönliche Beobachtung von Live-Online-Streams). Persönliche Beobachtungen dieses Marsches und der darauffolgenden Gewalt über Live-Online-Streams zeigten, dass zu den Protestierenden die Kompanien der Maidan-Selbstverteidigung gehörten, insbesondere die Kompanie des Rechten Sektors. Bei der Untersuchung des Maidan-Massakers sagten einige Kommandeure der Kompanien der Maidan-Selbstverteidigung aus, Parubij habe angeordnet, während dieses „friedlichen Marsches" in Richtung Parlament gegen Mittag des 18. Februar 2014 „ein Blutbad" zu beginnen (Dopros, 2018).

Die Aufzeichnungen der Livestreams der Kundgebung zeigten, dass die von Swoboda-Abgeordneten angeführten Protestierenden versuchten, die Polizeibarrikaden in der Nähe des Parlaments zu durchbrechen, und sie angriffen. Filmmaterial enthüllte, dass eine andere Gruppe der Maidan-Protestierenden in der Nähe das Hauptquartier der Partei der Regionen angriff und in Brand setzte (Shturm, 2014). Der Leiter des Kiewer Zweigs der SNA erklärte später, dass sie dieses Gebäude niederbrannten (Chimiris & Bratkova, 2014). Filmmaterial vom Ort zeigte zudem, dass Tetjana Tschornowol, eine ehemalige Aktivistin der rechtsextremen UNA-UNSO, unter den Angreifern war. Während dieses Angriffs und während der Brandstiftung am Hauptquartier der Partei der Regionen wurde ein Computerspezialist der Partei der Regionen getötet, der damit das erste Opfer des Maidan-Massakers wurde.

Verschiedene Belege wie Videos, Augenzeugen, der Maidan-Massaker-Prozess und sein Urteil sowie Eingeständnisse rechtsextremer Aktivisten und Maidan-Scharfschützen zeigen die Beteiligung der rechtsextremen Swoboda, des Rechten Sektors und der mit der extremen Rechten verbundenen speziellen bewaffneten Maidan-Scharfschützenkompanie am Maidan-Massaker an der Polizei und den Maidan-Protestierenden (siehe Katchanovski, 2020, 2024; Kapitel 3).

Zusätzlich zu solchen Belegen ergaben Gerichtsurteile, dass die GPU den Einsatz von Waffen untersuchte, die der Rechte Sektor bei einem Angriff auf die Regionalverwaltung des SBU in Iwano-Frankiwsk erbeutet hatte, und zwar beim Schießen auf die Polizei auf dem Maidan (Pechersk, 2016a). Ein Maidan-Aktivist erklärte, der Rechte Sektor habe unter mehreren verdeckten Maidan-Schützengruppen eine eigene bewaffnete Gruppe gehabt, die vor allem mit Jagdgewehren bewaffnet gewesen sei. Er erklärte außerdem, dass am 18.–20. Februar 2014

zwei solcher verdeckten bewaffneten Gruppen, insbesondere aus dem Gewerkschaftsgebäude und aus dem Musikkonservatorium, 20 Offiziere der Spezialpolizei Berkut und Angehörige der Inneren Truppen erschossen hätten (Herasymchuk, 2014).

Tiahnybok und Ruslan Koschulynskyj, der stellvertretende Leiter des Parlaments von der rechtsextremen Swoboda-Partei, erklärten, ein Vertreter einer westlichen Regierung habe ihnen während eines Treffens gesagt, die westlichen Regierungen würden sich gegen Janukowytsch wenden, sobald die Zahl der Opfer unter den Protestierenden 100 erreiche (Braty, 2017, 94).

Dmytro Jarosch, der Führer des Rechten Sektors, gab kurz nach Mitternacht des 20. Februar eine Erklärung ab, in der er ankündigte, der Rechte Sektor akzeptiere die Waffenstillstandsvereinbarung nicht und werde entschlossene Aktionen gegen die Regierungstruppen unternehmen, um sie „zum Frieden zu zwingen" («Pravyi sektor» 2014). Die Analyse zahlreicher Filmaufnahmen, Aufzeichnungen von Livestreams, Abhörprotokolle des Funkverkehrs der Kommandeure der Inneren Truppen und der SBU-Einheit Alfa sowie Zeugenaussagen von Maidan-Protestierenden und Polizeioffizieren zeigen, dass vier Angehörige der Spezialpolizei Berkut getötet und fast 40 Offiziere der Spezialpolizei Berkut und Angehörige der Inneren Truppen von verborgenen Schützen verwundet wurden, als sie den Maidan belagerten, und zwar aus dem Gebäude des Musikkonservatoriums am frühen Morgen des 20. Februar. Berkut-Offiziere erklärten, sie hätten am 19. Februar in diesem Gebäude Protestierende mit Insignien des Rechten Sektors bemerkt und die bewaffneten Protestierenden hätten dort Stellungen bezogen (Maidan, 2015). Es ist unwahrscheinlich, dass die Anwesenheit einer solchen bewaffneten Einheit in dem am Maidan-Platz gelegenen Gebäude, das sich neben der Maidan-Bühne befand, ohne Wissen der Kommandeure der Maidan-Selbstverteidigung und der Maidan-Führung möglich gewesen wäre.

Wolodymyr Parasiuk erklärte, er habe seine spezielle bewaffnete Maidan-Kompanie, der bewaffnete Protestierende mit Erfahrung aus Kämpfen in bewaffneten Konflikten angehörten, nach Verhandlungen mit dem Rechten Sektor organisiert, und diese Kompanie sei zum Zeitpunkt des Massakers im Gebäude des Musikkonservatoriums stationiert gewesen. Parasiuk gab zu, in der Vergangenheit Mitglied des rechtsextremen Kongresses Ukrainischer Nationalisten gewesen zu sein und in dessen Lagern das Schießen trainiert zu haben (Kovalenko, 2014). Er und drei Mitglieder seiner Kompanie gaben in ukrainischen Medien und in BBC-Interviews zu, dass sie oder Mitglieder ihrer Kompanie auf die Polizei geschossen hätten (Kovalenko, 2014; Schuller, 2015). Berkut-Polizisten sagten aus, sie hätten Maidan-Protestierende mit Symbolen des Rechten Sektors im Musikkonservatorium gesehen, nachdem es von der Parasiuk-Kompanie besetzt worden war (Maidan, 2015).

Videos zeigten, dass er und Mitglieder seiner Kompanie, bewaffnet mit Schusswaffen vom Typ Kalaschnikow und Jagdgewehren, im Hotel Ukraina ankamen und dort während des Massakers an den Maidan-Protestierenden durch Scharfschützen aus diesem Hotel schossen und ihre Positionen wechselten. Es gibt verschiedene Belege dafür, dass Swoboda das Hotel Ukraina vor und während des Maidan-Massakers kontrollierte, insbesondere zu der Zeit, als Scharfschützen dort die Maidan-Protestierenden und die Polizei massakrierten. In einer offiziellen Erklärung gab

Swoboda an, ihre Aktivisten hätten das Hotel Ukraina am 25. Januar 2014 unter ihre Kontrolle und Bewachung genommen (VO „Svoboda", 2014). Eine ähnliche Erklärung gab der Swoboda-Führer von der Maidan-Bühne ab. Die BBC und andere Videos sowie die Aussage eines Maidan-Kommandeurs zeigen, dass der Haupteingang des Hotels während des Massakers an den Protestierenden durch Scharfschützen in diesem Hotel von Swoboda-Abgeordneten und -Aktivisten bewacht wurde (siehe Katchanovski, 2024; Kapitel 3).

Am 21. Februar 2014 stellte Parasiuk von der Maidan-Bühne aus ein Ultimatum an Janukowytsch, bis zum nächsten Morgen zurückzutreten, und drohte mit Gewaltanwendung, falls er nicht zurücktrete. Parubij erklärte, dieses Ultimatum sei eine Entscheidung der „institutionellen Organe des Maidan" gewesen und sei am 21. Februar von einem Militärrat angenommen worden, der von der Maidan-Selbstverteidigung und dem Rechten Sektor eingerichtet worden war (Kalnysh, 2015). Nachdem Parasiuk eine Schlüsselrolle beim gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch gespielt hatte, diente er als Kompaniekommandeur im Dnipro-Bataillon, das unter direkter Beteiligung des Rechten Sektors organisiert wurde. Dmytro Jarosch gab von der Maidan-Bühne aus ein ähnliches Ultimatum und eine Drohung mit Waffeneinsatz durch den Rechten Sektor ab.

Iwan Bubentschyk gab außerdem in seinem Lwiwer Fernsehinterview von 2014 und später in anderen Interviews in ukrainischen Medien im Jahr 2016 zu, dass er aus dem Gebäude des Musikkonservatoriums das Feuer eröffnete, und räumte ein, dass er mit seinem AK-Sturmgewehr zwei Polizisten tötete (siehe Katchanovski, 2016c; Siiak, 2016). Sein Schießen aus diesem Gebäude sowie seine gemeinsamen Fotos und Interviews mit Parasiuk im Gebäude des Konservatoriums legen nahe, dass Bubentschyk Mitglied der von Parasiuk geführten Spezialkompanie war, die dort stationiert war. Ein weiteres Bindeglied dieser Kompanie zur extremen Rechten ist Bubentschyks Aussage, der Rechte Sektor habe ihm während des Maidan-Massakers an den Protestierenden mehr Munition versprochen, nachdem er seine Munition beim Schießen auf die Polizei aus dem Gebäude des Konservatoriums verbraucht hatte. Er erklärte außerdem, Janukowytsch habe am 20. Februar getötet werden sollen (Brantsi, 2016). Die GPU klagte ihn wegen des Verbrechens der Tötung zweier Polizeioffiziere an, doch nach der Intervention des Generalstaatsanwalts der Ukraine, der einer der Maidan-Führer war, wurde seine Anklage zu einem geringeren Delikt abgeändert, und er wurde freigelassen. Die neue Anklage fiel unter ein Gesetz, das den Maidan-Protestierenden Amnestie gewährte. Dieser Maidan-„Scharfschütze" trat auch dem Dnipro-Bataillon bei und wurde Kommandeur des Bataillons Sachid-2, das von einem Teil der Aktivisten des Rechten Sektors und Kommandeuren des Freiwilligen Ukrainischen Korps (DUK) während einer Spaltung dieser rechtsextremen Organisation und ihres paramilitärischen Flügels im Herbst 2016 gebildet wurde. Bubentschyk wurde einer der Führer der Radikalen Rechten Kräfte – der UPA, die im Februar 2016 von einem Teil der Aktivisten des Rechten Sektors und DUK-Kommandeuren gebildet wurde und versuchte, einen neuen Maidan-Protest zu starten (14.02.16., 2016). Ein weiterer Maidan-Protestierender erklärte zunächst in seinem Interview mit der Zeitung Vesti und dann in seinem BBC-Interview, dass auch er aus dem Gebäude des Konservatoriums auf die Polizei geschossen habe (Chimiris,

2014). Er bemerkte, dass ihre Waffen aus dem Gebäude des Hauptpostamts kamen. Dieses Gebäude wurde damals als Hauptquartier des Rechten Sektors genutzt.

Die Aussagen von fünf ehemaligen georgischen Militärangehörigen in italienischen und israelischen TV-Dokumentationen, im mazedonischen Fernsehen und in Interviews mit russischen Medien sowie ihre Aussagen gegenüber den Berkut-Anwälten für den Prozess ergaben, dass ihre Scharfschützengruppen angeblich Waffen, Zahlungen und Befehle von bestimmten Maidan- und georgischen Politikern, insbesondere von Parubij, erhielten, um sowohl die Polizei als auch die Protestierenden zu massakrieren. Sie erklärten, sie hätten Anweisungen von einem ehemaligen Scharfschützen der US-Armee erhalten, der mit dem Rechten Sektor verbunden gewesen sei. Sie berichteten, sie hätten Scharfschützen aus Georgien und den baltischen Staaten sowie die spezielle bewaffnete Maidan-Kompanie der extremen Rechten, die mit dem Rechten Sektor verbunden war, aus dem Musikkonservatorium und dem Hotel Ukraina schießen sehen, nachdem sie einen solchen Befehl erhalten hätten (Anna, 2018; The hidden, 2016a, b).

Ein SBU-Alfa-Offizier, der eine der SBU-Gruppen während der Erstürmung des Gewerkschaftsgebäudes auf dem Maidan am 18. Februar anführte, erklärte, ihre Aufgabe sei gewesen, den fünften Stock zu besetzen, in dem sich viele Waffen befunden hätten (Okrema, 2014). Der Rechte Sektor besetzte daraufhin diesen gesamten Stock, der sowohl als Hauptquartier als auch als Basis der Kompanie des Rechten Sektors in der Maidan-Selbstverteidigung diente, bevor dieses Gebäude später am 18. Februar von den Maidan-Protestierenden niedergebrannt wurde, um seine Besetzung durch die SBU-Alfa zu verhindern.

Verschiedene Filmaufnahmen und Fotos belegten außerdem, dass die Maidan-Protestierenden am 20. Februar das Gebiet des Kozatsky-Hotels kontrollierten, als Protestierende darauf hinwiesen, dass sich dort Scharfschützen befanden. Ein Polizeibericht stellte fest, dass dieses Hotel vom Rechten Sektor, insbesondere vom White Hammer und vom Patrioten der Ukraine, als eine seiner Basen genutzt wurde (Nayem, 2014).

Darüber hinaus gibt es Belege dafür, dass die Maidan-„Scharfschützen" gezielt auf die Protestierenden und ein BBC-Team schossen oder sich in mindestens drei oder vier Zimmern des Hotels Ukraina im 11. Stock versteckten, die von Swoboda-Abgeordneten des Parlaments oder deren Mitarbeitern belegt waren. Mehr als 30 Swoboda-Abgeordnete des Parlaments hielten sich zum Zeitpunkt des Maidan-Massakers in diesem Stockwerk auf. Das Filmmaterial belegte, dass sich viele der Abgeordneten kurz nach Beginn des Massakers an den Protestierenden im Hotel Ukraina befanden (Persha, 2014). Die Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft ergab, dass sich mindestens drei Swoboda-Abgeordnete im 11. Stock dieses Hotels aufhielten und einer von ihnen dasselbe Hotelzimmer belegte, aus dem die BBC und ICTV „Scharfschützen" beim Schießen auf das BBC-Fernsehteam und auf die Protestierenden filmten (Chernyi, 2014; Under, 2014).

Eine ukrainische Publikation legte auf der Grundlage eigener Recherchen und der berichteten Aussage eines BBC-Korrespondenten nahe, dass sich in einer anderen Suite des Hotels Ukraina ein Scharfschütze befand, in der damals ein weiterer Swoboda-Abgeordneter untergebracht

war. Der BBC-Korrespondent soll erklärt haben, nachdem aus dem 11. Stock des Hotels auf sein Team geschossen worden sei, sei er in dieses Stockwerk gegangen und habe einen Warnhinweis gesehen, die Suite Nummer 1109 wegen einer Anfrage des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) nicht zu betreten. Dies war dieselbe Suite, die von den Maidan-Aktivisten durchsucht wurde. Einer der Swoboda-Führer gab zu, dass sich zum Zeitpunkt des Maidan-Massakers eine weibliche Abgeordnete des ukrainischen Parlaments dieser rechtsextremen Partei in dieser Suite aufhielt (Istoriia, 2016). Ein englischsprachiger ausländischer Reporter erklärte in derselben Sendung von Spilne TV, er habe gesehen, wie sich ein Schütze im Hotel Ukraina versteckte und Schüsse aus einem offenen und sich bewegenden Fenster abgab. Das offene und sich bewegende Fenster, das in diesem Video sichtbar ist, entspricht einem Zimmer im 7. Stock, das zur Aufnahme eines weithin publizierten Videos des Maidan-Massakers genutzt wurde. Dieses Video wurde von einem ehemaligen Pressesprecher des Regionalrats von Lwiw aufgenommen, der damals von einem Swoboda-Abgeordneten geleitet wurde, der zum Zeitpunkt des Massakers eines der Hotelzimmer im 11. Stock belegte. Ein Schnitt in diesem Video, das als Beweis für das Massaker an den Protestierenden durch die Berkut diente, entspricht dem Zeitpunkt, zu dem der Scharfschütze dort entdeckt wurde (Instytutska, 2014).

Ein Führer des Kiewer Zweigs des Patrioten der Ukraine erklärte, er habe persönlich miterlebt, dass sich „ein Scharfschütze" in einem der von einigen Swoboda-Abgeordneten gebuchten Hotelzimmer befand, und dieses Zimmer habe in einem der obersten Stockwerke des Hotels gelegen. Aufzeichnungen des Livestreams von Spilne TV verwiesen auf zwei weitere Zimmer im selben 11. Stock, aus denen während des Massakers an den Protestierenden geschossen wurde (siehe Kapitel 4).

Die Analyse und Synchronisierung von Videos, die von französischen, deutschen, russischen und ukrainischen Fernsehjournalisten gefilmt wurden, zeigte, wie eine bewaffnete Gruppe der Maidan-Protestierenden unter dem Kommando von Parasiuk am Hotel ankam, aus einem Zimmer im 14. Stock schoss und sich dann während des Massakers an den Protestierenden in andere Stockwerke begab. Videos zeigten auch Swoboda-Abgeordnete, insbesondere den stellvertretenden Sprecher des ukrainischen Parlaments, mit einer Pistole bewaffnet, die bewaffnete Mitglieder dieser speziellen Maidan-Kompanie im Hotel Ukraina begleiteten oder die Zugänge zu den Aufzügen des Hotels bewachten. Swoboda-Abgeordnete gingen auch, um mit Scharfschützen zu verhandeln, die die Maidan-Protestierenden dabei beobachtet hatten, wie sie vom Dach dieses Hotels auf sie schossen. Bubentschyk erklärte, er habe sich während des Massakers im Hotel Ukraina und im Schowtnewyj-Palast aufgehalten, bestritt jedoch, dass es dort Scharfschützen gegeben habe, trotz der Zeugenaussagen der Maidan-Protestierenden, der öffentlichen Bekanntmachungen von der Maidan-Bühne und der Videos und Fotos, die auf Scharfschützen an beiden Orten zu der Zeit hinwiesen, als sie unter Maidan-Kontrolle standen (Brantsi, 2016).

Ein Verteidigungsanwalt enthüllte im Prozess zum Maidan-Massaker, dass ein Maidan-Protestierender in seiner Aussage gegenüber der Untersuchung erklärt habe, er habe einen Scharfschützen vom Dach des Hauptpostamts schießen sehen, der eine Person auf dem Maidan

hinter der Maidan-Bühne tötete (Zasidannia, 2018). Seine Aussage entsprach der Tötung eines Protestierenden, der zusammen mit einer weiblichen Sanitäterin im selben Gebiet des Maidan erschossen wurde. Dieses Gebäude wurde damals als Hauptquartier des Rechten Sektors genutzt. Berkut-Anwälte verwiesen auf Aussagen von Protestierenden gegenüber der Regierungsuntersuchung über bewaffnete Personen im Gebäude des Hauptquartiers des Rechten Sektors während des Maidan-Massakers. Forensische Experten der Regierung stellten fest, dass auf ein Zimmer des Hotels Ukraina, in dem eine für das deutsche ARD arbeitende Produzentin wohnte, aus Richtung des Hauptpostamts geschossen wurde und der Schütze sie knapp verfehlte (siehe Katchanovski, 2024).

Ein ehemaliger Berkut-Offizier erklärte, ein die Spezialpolizei Berkut begleitender Scharfschütze habe die Aufgabe gehabt, im Hotel Ukraina nach einem Scharfschützen des Rechten Sektors zu suchen (Serhienko, 2014). Filmmaterial zeigte, wie Mitglieder des Rechten Sektors mehrere Wochen nach dem Massaker mit Waffen in solchen Fällen das Hotel Dnipro verließen, und Jarosch, der Führer des Rechten Sektors, gab dies später zu (Tak, 2014). Ihre Evakuierung wurde von Parubij beaufsichtigt, und ihre Waffen wurden von der Polizei nicht untersucht, um zu prüfen, ob sie während des Massakers an den Protestierenden und der Polizei verwendet worden waren. Ein Berkut-Offizier berichtete während des Maidan-Prozesses, seine Gruppe habe etwa zu dieser Zeit im Hotel Dnipro ein Mosin-Gewehr gefunden, und die Untersuchung sei nicht daran interessiert gewesen zu prüfen, ob dieses Gewehr während des Massakers verwendet worden sei, obwohl forensische ballistische Untersuchungen ergaben, dass mindestens zwei Protestierende mit einer 7,62 × 51-Kaliber-Kugel erschossen wurden, die für dieses Gewehr des Modells 1908 bestimmt war. Regierungseinheiten waren nicht mit Mosin-Gewehren ausgerüstet. Im Gegensatz dazu verwies die später aus dem Netz entfernte Aufzeichnung von Spilne TV auf Protestierende, die sich zum Zeitpunkt des Massakers im Hotel Ukraina aufhielten, und gab an, dass diese nicht nur mit Jagdgewehren und AKMS, sondern auch mit Mosin-Gewehren bewaffnet gewesen seien.

Videos, Zeugenaussagen von mehreren hundert Zeugen, Geständnisse von 14 Mitgliedern von Maidan-Scharfschützengruppen, die dies selbst zugaben, die Lage von Einschusslöchern, Aussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Protestierenden und von etwa 100 Zeugen sowie forensische ballistische und medizinische Untersuchungen von Experten für den Maidan-Massaker-Prozess und die Untersuchung zeigen, dass sowohl die Polizei als auch die Protestierenden aus dem von der extremen Rechten kontrollierten Hotel Ukraina, dem Musikkonservatorium, dem Hauptpostamt und dem Kozatsky-Hotel massakriert wurden (Kapitel 3; Katchanovski, 2023a, 2023b, 2024). Das Urteil des Maidan-Massaker-Prozesses in der Ukraine bestätigte, dass viele Maidan-Aktivisten und BBC-Journalisten nicht von der Berkut oder anderen Strafverfolgungsbehörden erschossen wurden, sondern von Scharfschützen im Hotel Ukraina und an anderen vom Maidan kontrollierten Orten. Es stellte ausdrücklich fest, dass dieses Hotel von Maidan-Aktivisten kontrolliert wurde, dass sich eine mit der extremen Rechten verbundene bewaffnete Maidan-Gruppe unter der Führung von Parasiuk im Hotel und im Musikkonservatorium aufhielt und von dort schoss (siehe Katchanovski, 2025).

Ein Gerichtsurteil ergab, dass ein Maidan-Protestierender am 18. Februar getötet wurde, indem ihm mit einem Messer die Kehle durchgeschnitten wurde, kurz nachdem er ein Messer aus einem Zelt der UNA-UNSO auf dem Maidan genommen hatte. Die Entscheidung zitierte Zeugen, die Belege dafür lieferten, dass der Besitzer des Messers an dieser Tötung beteiligt war, dass er wie UNA-UNSO-Mitglieder ein Pseudonym verwendete und dass der Leichnam dieses getöteten Protestierenden kurz danach im selben Zelt gefunden wurde (Pechersk, 2016b). Die Beschreibung des getöteten Protestierenden als ehemaliger Polizist sowie die Art und das Datum seiner Tötung entsprachen Wiktor Prochortschuk, einem der Opfer, der mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden wurde. Seine Tötung wurde von den ukrainischen Medien jedoch der Polizei zugeschrieben, und Präsident Poroschenko verlieh ihm posthum den Titel Held der Ukraine, zusammen mit anderen getöteten ukrainischen Protestierenden, die in die „Himmlische Hundert" aufgenommen wurden.

Wissenschaftliche Studien, der freigegebene Text des Urteils des Gerichts von Chmelnyzkyj im März 2025 sowie Untersuchungen des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft bestätigten de facto auch eine False-Flag-Tötung einer älteren weiblichen Maidan-Protestierenden und die Verwundung von drei weiteren Maidan-Protestierenden in Chmelnyzkyj am 19. Februar 2014 unter Beteiligung rechtsextremer Maidan-Aktivisten (Katchanovski, 2024; Vyrok, 2025). Eine Untersuchung der Militärstaatsanwaltschaft in Lwiw in der Westukraine stellte fest, dass die Maidan-Protestierenden in Chmelnyzkyj bei einer False-Flag-Schießerei durch einen nicht identifizierten Maidan-Schützen von der Veranda der Regionalverwaltung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) getötet und verwundet wurden, die von den Maidan-Protestierenden besetzt war. Dies stimmt mit der Inhaltsanalyse der Videos dieses Massakers überein (siehe Kapitel 4; Katchanovski, 2023a, 2023b). Der SBU dort erhielt Informationen, dass „Radikale", das heißt rechtsextreme Aktivisten, zuvor dort eingetroffen seien, um ihr Gebäude zu besetzen, in dem sich viele Waffen befanden, nach ähnlichen Besetzungen der Hauptquartiere des SBU und der Berkut und ihrer Waffen in benachbarten Regionen der Westukraine. Nachdem dieses Ergebnis bekannt geworden war, wurde die Untersuchung an die Sonderabteilung der Generalstaatsanwaltschaft übergeben, die für die Untersuchung des Maidan-Massakers zuständig war, die erneut den SBU-Leiter und auch einen SBU-Alfa-Offizier anklagte (Khmel'nyts'kyi, 2017). Allerdings sprach ein ukrainisches Gericht nach mehreren Jahren nichtöffentlicher Verhandlungen im Jahr 2025 den ehemaligen Leiter des SBU von Chmelnyzkyj und einen SBU-Alfa-Offizier von der Tötung der älteren weiblichen Maidan-Protestierenden und der Verwundung von vier weiteren Maidan-Protestierenden frei, weil es an Beweisen dafür fehlte, dass sie diese erschossen hatten, und wegen der Beweise dafür, dass diese Maidan-Protestierenden von einem Maidan-Aktivisten aus dem vom Maidan kontrollierten Gebiet erschossen wurden (The court, 2024; Vyrok, 2025).

Es gab auch den Beleg des „Hundes, der nicht bellte", der entweder auf eine Beteiligung des Rechten Sektors und von C14 an diesem Massenmord an den Maidan-Protestierenden oder auf deren Vorwissen über das Massaker hindeutete. Im Gegensatz zu seiner führenden Rolle bei früheren gewaltsamen Angriffen während des Euromaidan trat der Rechte Sektor während des Massakers am 20. Februar nicht in Erscheinung, und keines der Mitglieder dieser

rechtsextremen Organisation wurde an diesem Tag unter den getöteten oder verwundeten Protestierenden gemeldet. Ein Maidan-Protestierender erklärte, er habe erfahren, dass die Mitglieder des Rechten Sektors während des Massakers abwesend gewesen seien, weil sie von ihrer Führung im Voraus gewarnt worden seien (Novyk, 2014). Der ehemalige Führer des Rechten Sektors im Rajon Swjatoschyn in Kiew legte ebenfalls nahe, dass es einen solchen Befehl des Rechten Sektors gab.

Der Führer des mit Swoboda verbundenen C14 gab zu, dass seine auf C14 basierende Kompanie der Maidan-Selbstverteidigung am 18. Februar in der kanadischen Botschaft in Kiew Zuflucht suchte und dort während des Maidan-Massakers blieb (Vse, 2014). Ein führendes Mitglied von C14 erklärte, der C14-Führer habe seiner Kompanie gesagt, er habe im Voraus Informationen über das bevorstehende Maidan-Massaker erhalten, und deshalb hätten er und seine Kompanie in der kanadischen Botschaft Zuflucht gesucht und sich dort während des Maidan-Massakers aufgehalten (Lidera, 2017). Ebenso wurde während des Massakers am 20. Februar kein einziges Mitglied von C14 oder seiner Kompanie von „Scharfschützen" getötet oder verwundet. Zu den getöteten und verwundeten Maidan-Protestierenden gehörten jedoch Swoboda-Mitglieder oder Sympathisanten.

Ein prominenter ukrainischer pro-Maidan-Journalist bat den Generalstaatsanwalt der Ukraine öffentlich um ein Treffen, weil er offenlegen wollte, wer Waffen versteckt habe und woher die Maidan-Protestierenden und Polizisten massakriert worden seien. Er identifizierte sie 2019 in einer ukrainischen Fernsehsendung und erklärte, ein Zeuge habe ausgesagt, sie hätten Waffen aus der Kiewer Stadtverwaltung genommen. Sie waren während des Euromaidan Swoboda-Aktivisten und Kommandanten der Kiewer Stadtverwaltung, als diese von Swoboda besetzt war. Sie wurden Mitarbeiter eines Swoboda-Abgeordneten und im Mai 2014 vom SBU mit einem großen Lagerbestand an Kalaschnikow-Gewehren (AK47) und anderen Waffen in ihrer Wohnung in Kiew festgenommen. Beide wurden nach dem Maidan weiterhin öffentlich von der extremen Rechten unterstützt und vom SBU unter den Maidan-Regierungen nicht wegen ihrer Beteiligung am Maidan-Massaker untersucht (Novi, 2019).

Es gibt auch Belege für eine Vertuschung der gefangenen Maidan-Scharfschützen durch die extreme Rechte und andere Maidan-Führer. Der ehemalige Führer des Rechten Sektors im Rajon Swjatoschyn in Kiew erklärte öffentlich, Jarosch habe zusammen mit Petro Poroschenko nach dem Maidan-Massaker gefangene Scharfschützen evakuiert. Er sagte, seine Einheit Zahrava des Rechten Sektors habe den Befehl erhalten, die evakuierten Scharfschützen vor den Protestierenden zu schützen (Yarosh, 2015). Einer der Führer des neonazistischen White Hammer, der während des Euromaidan im Rechten Sektor war, erklärte in Medieninterviews und in sozialen Medien, er kenne drei Gruppen von Maidan-Scharfschützen. Er sagte, er sei an der Besetzung des Ukrainischen Hauses beteiligt gewesen, um dort die Einrichtung von Scharfschützenpositionen für sie zu ermöglichen, und solche Gruppen von Maidan-Scharfschützen im Kozatsky-Hotel und im Ukrainischen Haus hätten auf die Polizei geschossen. Ein Förderer des Rechten Sektors während des Maidan-Massakers erklärte in den ukrainischen Medien, er und andere Aktivisten des Rechten Sektors hätten drei Positionen von

Scharfschützen und deren Rückzugswege gefunden und fotografiert, und einer der dort gefundenen „Scharfschützen" sei von den Maidan-Führern freigelassen worden. Er sagte, diese Scharfschützenpositionen hätten sich in einem Gebäude hinter dem Musikkonservatorium, im sechsten Stock eines verlassenen Gebäudes zwischen dem Hotel Dnipro und dem Gebäude von Ukrkoopspilka sowie auf dem Dach des Ukrainischen Hauses befunden (siehe Kapitel 4).

Der Leiter des Kiewer Zweigs des Patrioten der Ukraine erklärte, die von den Protestierenden gefangenen Scharfschützen, insbesondere der mit seiner Beteiligung in einem von Swoboda gebuchten Zimmer des Hotels Ukraina gefangene, seien von Poroschenko zusammen mit den gefangenen Angehörigen der Inneren Truppen evakuiert worden (Katchanovski, 2016c). Ein Aktivist der Maidan-Selbstverteidigung erklärte getrennt davon, er habe versucht, diese Evakuierung von Scharfschützen zu stoppen, die im Hotel Ukraina und an anderen Orten zusammen mit anderen Protestierenden gefangen genommen worden waren (Poroshenko, 2015).

Videos zeigten eine Konfrontation zwischen den Protestierenden und den Maidan-Führern wie Jarosch, Parubij, Swoboda-Abgeordneten, Poroschenko und Paschynskyj, die gegen 2:00 Uhr am 21. Februar 2014 einige Dutzend Männer schützten und zu evakuieren versuchten. Sie alle, einschließlich gefangener Soldaten und Offiziere der Inneren Truppen, waren in Zivilkleidung gekleidet, und einige von ihnen hatten andere Haarschnitte als die militärisch kurzen Haarschnitte gefangener Soldaten und Offiziere der Inneren Truppen (Aktyvisty, 2014). Während bestimmte Maidan-Führer möglicherweise nicht wussten, dass sich in dieser Gruppe angebliche Scharfschützen befanden, passt das Fehlen jeglicher Untersuchungen dieser von drei Maidan-Aktivisten unabhängig voneinander erhobenen Behauptungen zum Muster der Vertuschung und Fälschung der Untersuchung des Maidan-Massakers von der Spitze der ukrainischen Regierung aus.

Der Hochverratsprozess gegen Janukowytsch ergab verschiedene Zeugenaussagen und andere Belege, die bestätigen, dass er aus Kiew und dann aus der Ukraine floh, nicht wegen seiner angenommenen Verantwortung für das Maidan-Massaker, sondern wegen einer Reihe von Attentatsversuchen durch die Maidan-Kräfte, insbesondere durch Aktivisten des rechtsextremen Rechten Sektors und Swobodas, und nach deren Versuchen, ihn und seine Residenz bei Kiew zu erobern und ihn hinzurichten.

Parasiuk erklärte, Mitglieder seiner speziellen Maidan-Kompanie, die unter Beteiligung des Rechten Sektors organisiert worden war, hätten bestimmte Parlamentsmitglieder gezwungen, an den Abstimmungen zur Absetzung Janukowytschs und seiner Regierung von der Macht und zur Wahl der ehemaligen Maidan-Führer an ihrer Stelle teilzunehmen (siehe Kovalenko, 2014). Der Faktor der rechtsextremen Gewalt veranlasste auch einen Teil der Mitglieder der Fraktion der Partei der Regionen im Parlament, seine Absetzung und die Bestätigung der neuen, vom Maidan geführten Regierung zu unterstützen.

Die Aktivisten der rechtsextremen Organisationen hatten vor dem Euromaidan keine bedeutenden Positionen in den nationalen Regierungen und den Strafverfolgungsbehörden der Ukraine inne. Mehrere von ihnen bekleideten nach dem Euromaidan hohe Regierungsämter.

Dies ist ein weiterer indirekter Beleg für die Beteiligung der rechtsextremen Organisationen am gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch im Bündnis mit Elementen oligarchischer Parteien. Swoboda hatte vier Minister in der ersten Regierung nach Janukowytsch, darunter den Verteidigungsminister, und ein Swoboda-Mitglied wurde zum Generalstaatsanwalt ernannt, und seine Behörde untersuchte das Maidan-Massaker.

Unmittelbar nach dem Euromaidan bot Parubij Jarosch und Parasiuk die Positionen des ersten stellvertretenden Leiters bzw. des stellvertretenden Leiters des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats an (Mne, 2016). Jarosch wurde später zum Berater des Chefs des Generalstabs der Ukraine ernannt. Wadym Trojan, der Mitglied des neonazistischen Patrioten der Ukraine und einer der Kommandeure des Asow-Bataillons war, wurde erster stellvertretender Leiter der Nationalpolizei. Jurij Mychaltschyschyn, ein Swoboda-Abgeordneter, der seine neonazistischen Ansichten äußerte, erklärte, er habe eine leitende Position in einer für Information zuständigen SBU-Abteilung innegehabt. Parubij wurde nach dem Euromaidan Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats. Im Jahr 2016 wurde er zum Sprecher des Parlaments der Ukraine gewählt.

6.4 Die Beteiligung der extremen Rechten am Krieg im Donbas

Paramilitärische Formationen sowie Einheiten der Spezialpolizei und der Nationalgarde, die von rechtsextremen Organisationen wie dem Rechten Sektor, der Sozialnationalen Versammlung, dem Patrioten der Ukraine, Swoboda, C14 und Bratstvo organisiert und geführt wurden, stellten während des Krieges im Donbas eine kleine Minderheit der ukrainischen Kräfte dar. Die Gesamtzahl der Mitglieder radikalnationalistischer und neonazistischer Organisationen, die in verschiedenen von der extremen Rechten geführten, regulären und anderen bewaffneten Formationen dienten und am Krieg im Donbas teilnahmen, wird auf etwa fünftausend geschätzt. Dies entspricht etwa 1 % von ungefähr 400.000 Menschen, die bis Anfang 2020 auf der Seite der Zentralregierung an diesem Krieg teilnahmen (geschätzt nach V Ukraini, 2019). Diese grobe Schätzung leitet der Autor aus den gemeldeten Zahlen der Mitglieder einzelner rechtsextremer Organisationen und ihrer bewaffneten Einheiten ab.

Die tägliche Analyse zahlreicher ukrainischer und anderer Medienberichte, Internetstreams, Videos und Beiträge in rechtsextremen Social-Media-Gruppen und auf Websites zeigt jedoch, dass die radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen und ihre bewaffneten Formationen zu Beginn und in den Anfangsphasen dieses bewaffneten Konflikts im Donbas vor der ersten direkten russischen Militärintervention im August 2014 eine viel größere Rolle spielten. Der Rechte Sektor spielte zusammen mit Ihor Kolomojskyj, einem Oligarchen, der nach dem Euromaidan Leiter der Regionalverwaltung von Dnipropetrowsk wurde, eine Schlüsselrolle bei der Bildung des Dnipro-Bataillons im Frühjahr 2014 (siehe Katchanovski, 2015c).

Das Asow-Bataillon wurde im Frühjahr 2014 von der SNA und dem Patrioten der Ukraine unter Beteiligung der Radikalen Partei organisiert und geführt. Arsen Awakow, der Minister für Innere Angelegenheiten, war ebenfalls an der Bildung des Asow-Bataillons und seiner späteren Erweiterung zu einem Regiment beteiligt. Das Asow-Bataillon verwendete neonazistische Symbole als offizielle Insignien. Andrij Bilezkyj, ein Führer des Patrioten der Ukraine, der

„Weißer Führer" genannt wurde, war der erste Kommandeur von Asow (siehe zum Beispiel Dorell, 2015). Er nannte die Ideologie des Patrioten der Ukraine und der SNA „Sozialnationalismus". In einer 2013 veröffentlichten Sammlung seiner Artikel beschrieb er, dass der Sozialnationalismus, wie der Name nahelegt, Elemente des Ultranationalismus der Organisation der Ukrainischen Nationalisten mit Elementen des Nationalsozialismus verbindet, und bezeichnete sowohl einen solchen radikalen Nationalismus als auch den Nationalsozialismus als „große Ideen". Bilezkyj schrieb, der Sozialnationalismus beruhe auf „Sozialität, Rassismus, Großmacht" (Biletsky, 2013). Konkret beruht er auf den Vorstellungen, dass die „weiße Rasse" anderen Rassen „überlegen" und die Grundlage der arischen ukrainischen Nation sei, dass die ukrainische Nation eine „Blut- und Rassengemeinschaft" sei und dass „die historische Mission unserer Nation ... darin besteht, die weißen Völker der Welt im letzten Kreuzzug für ihre Existenz anzuführen und zu leiten, einem Marsch gegen die von Semiten geführten Untermenschen" (Biletsky, 2013, 2018). Er machte offen antisemitische und rassistische Aussagen, etwa seine Behauptung, der Jude sei „ein wirtschaftlicher und politischer Parasit". Er sah „einen ernsten Zusammenstoß einheimischer europäischer Völker mit fremden Kolonisatoren, hauptsächlich afrikanischer und muslimischer Herkunft", und glaubte, dass „ein ethnischer Bürgerkrieg von den einheimischen Europäern nur unter dem Banner der neurechten nationalen Revolutionen gewonnen werden kann" (Biletsky, 2008, 2013).

Swoboda und C14, eine bis zum Sommer 2014 mit Swoboda verbundene neonazistische Gruppe, organisierten und führten das Bataillon Sitsch (siehe zum Beispiel Partiia, 2014). Das Bataillon der Heiligen Maria wurde von der rechtsextremen Bratstvo-Partei unter der Leitung von Dmytro Kortschynskyj organisiert und geführt (Khalel & Vickery, 2015). Die UNA-UNSO bildete eine spezielle Aufklärungskompanie. Es gab rechtsextreme Mitglieder oder Sympathisanten in anderen Spezialpolizeieinheiten und anderen solchen Formationen, die während des Konflikts im Donbas geschaffen wurden. Zum Beispiel wurde das Bataillon Aidar, das nominell dem Verteidigungsministerium der

Kapitel 6 (Fortsetzung): Die Beteiligung der extremen Rechten am Euromaidan, am Maidan- und am Odessa-Massaker und am Donbas-Krieg

... der Ukraine, wurde von der Maidan-Selbstverteidigung gebildet. Doch einer ihrer Züge wurde vom Weißen Hammer geführt, einer neonazistischen Organisation, die während des Euromaidan zum Rechten Sektor gehörte. Ein zuvor verurteilter Krimineller mit einer Hakenkreuz-Tätowierung wurde Kommandeur der Tornado-Kompanie, einer Spezialpolizeieinheit. Er wurde zusammen mit sieben weiteren Angehörigen seiner Kompanie wegen verschiedener Verbrechen im Kriegsgebiet verhaftet und verurteilt, darunter die Folterung von Häftlingen. In ihrer Gefängniszelle wurde eine Fahne im Nazistil mit Hakenkreuz gefunden (V kamere, 2018). Ilia Kiva, ein Mitglied des Rechten Sektors, war Kommandeur eines weiteren freiwilligen Polizeibataillons.

Alle diese Einheiten unterstanden formal der Gerichtsbarkeit des Innenministeriums, der Nationalgarde oder des Verteidigungsministeriums. Doch vom Beginn ihrer Aufstellung an

blieben sie unter der de facto Führung radikalnationalistischer oder neonazistischer Organisationen. Alle diese bewaffneten Formationen wurden nach dem Beginn des Konflikts im Donbas aufgestellt und dort stationiert, um den prorussischen Separatismus in dieser Region mit Gewalt zu unterdrücken.

Der Rechte Sektor und die Organisation Ukrainischer Nationalisten organisierten Milizen oder paramilitärische Einheiten, jedoch ohne eine derartige formale Unterstellung unter die Zentralregierung der Ukraine. Das Freiwillige Ukrainische Korps, die größte paramilitärische Formation, wurde vom Rechten Sektor eigens für den Krieg im Donbas gebildet und geführt, umfasste aber auch Bataillone in anderen Regionen der Ukraine, insbesondere in der Westukraine (Dobrovolchyi ND).

Der gewaltsame Sturz der Regierung Janukowytsch mit Hilfe des Maidan-Massakers unter Beteiligung der extremen Rechten war ein Auslöser für das Wiederaufleben des Separatismus im Donbas und für einen erheblichen Anstieg der Unterstützung verschiedener Formen des Separatismus in dieser Region. Diese von der extremen Rechten geführten bewaffneten Einheiten waren überproportional an der Gewalt beteiligt, insbesondere an Gewalt gegen Zivilisten und Kriegsgefangene, namentlich an Tötungen von Zivilisten in Mariupol und Krasnoarmijsk, die in dieser Studie untersucht werden. Die von radikalen Nationalisten und Neonazis geführten bewaffneten Formationen waren ideologisch weit stärker motiviert und bereit zu kämpfen und Gewalt anzuwenden als die regulären ukrainischen Kräfte, die zu Beginn des Konflikts unter geringer Moral und erheblichen Desertionsraten litten.

Verschiedene Belege zeigen, dass die rechtsextremen Organisationen und die mit der extremen Rechten verbundenen Bataillone eine entscheidende Rolle bei der Eskalation des Konflikts im Donbas zu einem Krieg hatten. Der Rechte Sektor führte am 20. April 2014 einen tödlichen Angriff auf einen separatistischen Kontrollposten in Slowjansk durch. Belege wie die nach dem Angriff gefundene Visitenkarte von Jarosch wurden durch ukrainische Gerichtsentscheidungen bestätigt, die Ermittlungen gegen nicht identifizierte Mitglieder und Führer des Rechten Sektors genehmigten, weil festgestellt wurde, dass dieselben Waffen von den Angreifern auf den Kontrollposten und von den Scharfschützen verwendet wurden, die während des Maidan-Massakers Polizisten töteten und verletzten. Zwei Jahre nach diesem Angriff auf den separatistischen Kontrollposten gab Dmytro Jarosch die Beteiligung des Rechten Sektors und seine persönliche Beteiligung an diesem Angriff zu. Turtschynow, damals amtierender Präsident der Ukraine, und ein Stellvertreter Kolomojskys in der Regionalverwaltung von Dnipropetrowsk genehmigten diese Operation des Rechten Sektors, die auf die Einnahme und Zerstörung eines Fernsehsenders bei Slowjansk abzielte, einige Tage nachdem dieses Gebiet von der von Strelkow geführten bewaffneten Gruppe russischer Nationalisten und ukrainischer Separatisten eingenommen worden war (Dmytro, 2016). Dieser Angriff des Rechten Sektors stellte eine erhebliche Eskalation des Konflikts im Donbas dar, weil er das am 17. April 2014 von der Ukraine, Russland, der EU und den Vereinigten Staaten unterzeichnete Genfer Abkommen über eine friedliche Lösung des Konflikts und den orthodoxen Osterwaffenstillstand zwischen der ukrainischen Regierung und den Separatisten im Donbas brach.

In ähnlicher Weise waren die von der extremen Rechten geführten bewaffneten Formationen an zwei weiteren Gewaltangriffen beteiligt, die den Konflikt eskalierten und dazu beitrugen, ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Videos, Medienberichte sowie die Eingeständnisse ihrer Kommandeure und Mitglieder deuten darauf hin, dass das Asow- und das Dnipro-Bataillon zusammen mit anderen Einheiten am Sturm auf das Bezirkspolizeipräsidium in Mariupol am 9. Mai 2014 teilnahmen. Etwa zehn Personen, darunter mindestens ein Protestierender, wurden getötet und viele verletzt, als lokale separatistische Protestierende versuchten, die Stationierung dieser Einheiten zu verhindern, und während des Sturms auf das Polizeigebäude (Batalion, 2014). Die Analyse von Online-Videostreams, Videos, Medienberichten und Berichten der ukrainischen Regierung zeigt, dass die Zahl der Opfer des Mariupol-Massakers weit höher war als die Opfer auf beiden Seiten während der Zusammenstöße des Asow-Bataillons und anderer Formationen mit Separatisten im Juni 2014 in Mariupol, die von dieser neonazistisch geführten bewaffneten Formation und den ukrainischen Medien als Befreiung der Stadt dargestellt wurden. Tatsächlich waren diese Zusammenstöße relativ unbedeutend, da es in dieser Stadt, die von den wichtigsten separatistischen Hochburgen im Donbas getrennt war, keine großen bewaffneten separatistischen Formationen gab.

Das Dnipro-Bataillon nahm zusammen mit anderen Einheiten Zivilisten in der Region Donezk fest, um das dortige separatistische Referendum am 11. Mai 2014 zu verhindern. Videos zeigen, wie sie mit Kalaschnikows auf unbewaffnete separatistische Protestierende schossen. Zwei Einheimische wurden während dieser Konfrontation getötet. Die Anwesenheit des Dnipro-Bataillons dort wurde von der ukrainischen Regierung bestritten, jedoch von anderen Quellen bestätigt, darunter Eingeständnisse von Bataillonsmitgliedern in Videos und die Erklärung von Wolodymyr Parasiuk in den sozialen Medien (Krasnoarmeisk, 2014).

Die Rolle der von der extremen Rechten geführten bewaffneten Formationen bei der Eskalation des Konflikts im Donbas war auch deshalb entscheidend, weil die regulären Streitkräfte der Ukraine, der Sicherheitsdienst der Ukraine sowie Polizei- und Nationalgardenheiten sich mit relativ begrenzten Ausnahmen in den ersten Monaten dieses Konflikts weigerten oder nur widerwillig bereit waren, Gewalt gegen die Separatisten im Donbas anzuwenden. Der Grund dafür war, dass ihre Kommandeure und Mitglieder von der neuen Regierung öffentlich für das Maidan-Massaker und für Versuche verantwortlich gemacht wurden, die Maidan-Proteste, einschließlich gewaltsamer, mit Gewalt zu unterdrücken.

Der neuen Maidan-Regierung, die durch das Maidan-Massaker an Polizisten und Maidan-Protestierenden an die Macht gelangte, fehlte im Donbas auch die Legitimität, einschließlich bei vielen Militär-, Polizei- und SBU-Angehörigen der Region. Sie gaben ihre Pflichten überwiegend auf oder schlossen sich, wie der SBU-Alfa-Kommandeur von Donezk und die Berkut-Mitglieder von Luhansk, den separatistischen bewaffneten Formationen an. Die relative Rolle der extremen Rechten bei der Gewalt im Donbas und bei den Opfern unter der Zivilbevölkerung ging zurück, nachdem das ukrainische Militär, der SBU, die Polizei und die Nationalgarde nach der Wahl von Petro Poroschenko zum neuen Präsidenten der Ukraine in den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 und seinem Befehl im Juni 2014, den Waffenstillstand

zu beenden und die Separatisten anzugreifen, systematisch bewaffnete Gewalt und tödliche Waffen einzusetzen begannen. Die ersten bedeutenden Luftangriffe mit erheblichen Opfern fanden beispielsweise am 26. Mai und am 2. Juni 2014 statt, als jeweils der von Separatisten kontrollierte Teil des Flughafens von Donezk und das Gebäude der Regionalverwaltung von Luhansk angegriffen wurden.

Die verschiedenen rechtsextremen bewaffneten Einheiten nahmen während des Krieges auch an zahlreichen Kampfhandlungen gegen Separatisten teil, etwa an der Schlacht um den Flughafen von Donezk. Ihre Rolle war jedoch weit weniger bedeutend als die Rolle der regulären Kräfte. Die ukrainische Regierung rechtfertigte die Aufstellung und den Einsatz von freiwilligen Bataillonen unter Führung der extremen Rechten und anderen derartigen bewaffneten Formationen während des Konflikts im Donbas mit der Behauptung, die Ukraine führe seit Beginn dieses Konflikts einen Verteidigungskrieg gegen Russland und es gebe keinen Bürgerkrieg. Die Regierung erklärte jedoch keinen offiziellen Krieg gegen Russland, sondern rechtfertigte den Einsatz von Gewalt durch die Erklärung der Anti-Terror-Operation (ATO).

Die rechtsextremen Formationen waren im August 2014 und im Januar–Februar 2015 auch an Kämpfen gegen reguläre russische Militärkräfte im Donbas beteiligt, während direkter russischer Militärinterventionen zur Unterstützung der Separatisten. Einige von ihnen erlitten zusammen mit regulären ukrainischen Kräften Einkesselungen und Niederlagen durch kombinierte reguläre russische Militäreinheiten und separatistische Einheiten im Gebiet von Illowajsk im August 2014 und im Gebiet von Debalzewe im Februar 2015, als das russische Militär direkt und verdeckt zugunsten der Separatisten in den Konflikt eingriff.

Macht und Einfluss der von der extremen Rechten geführten bewaffneten Formationen und der radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen gehen jedoch weit über ihre relativ geringe Mitgliederzahl und ihre Wahlergebnisse hinaus. Aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft, ihrer de facto Kontrolle über bewaffnete Formationen, ihrer Integration in die ukrainische Polizei, das Militär und den Sicherheitsdienst sowie de facto Allianzen mit oligarchischen Parteien und Politikern hat die extreme Rechte die Macht erlangt, die ukrainische Regierung durch Gewalt oder Gewaltandrohung zu stürzen (siehe Katchanovski & Abrahms, 2024).

Dmytro Jarosch, der Gründer von Trysub und des Rechten Sektors und Kommandeur der Ukrainischen Freiwilligenarmee, die vom Rechten Sektor während des Krieges im Donbas aufgestellt wurde, drohte 2019 öffentlich, Präsident Selenskyj werde an einem Baum hängen, wenn er sein Wahlversprechen der friedlichen Lösung des Krieges im Donbas erfülle (Ragutskaia, 2019). Im Jahr 2021 wurde Jarosch zum Berater des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine, Walerij Saluschnyj, ernannt (Henshtab, 2021).

Selenskyj begab sich im Oktober 2019 an eine Frontlinie im Donbas, um Mitglieder des zivilen Flügels des Asow-Regiments persönlich davon zu überzeugen, die Blockierung der Umsetzung des Minsker Abkommens über den weiteren Abzug zusammen mit den separatistischen Truppen von der Frontlinie zu beenden. Doch ein Video der Begegnung zeigt, dass Selenskyj von Aktivisten dieser neonazistischen Organisation verspottet wurde, die seine Aufforderung missachteten (Zelenskyy, 2019). Videos, Fotos und ukrainische Medienberichte zeigen, wie die

Polizei tatenlos blieb, während neonazistische und andere rechtsextreme Protestierende im Jahr 2021 das Büro des Präsidenten der Ukraine angriffen und Hakenkreuze an seine Wände malten (siehe zum Beispiel Strana, 2021).

Selenskyj und seine Präsidialverwaltung und die Regierung behandelten die extreme Rechte, einschließlich Neonazis, als Mainstream und trafen in der Präsidialverwaltung mit Vertretern des zivilen Flügels von Asow und von C14 zusammen. Er unterzeichnete ein Gesetz, das Mitgliedern von Freiwilligeneinheiten, zu denen die paramilitärischen bewaffneten Formationen rechtsextremer Organisationen wie dem Rechten Sektor, C14 und Bratstvo gehörten, die laut der ukrainischen Verfassung illegal sind, den Status von Kriegsteilnehmern verlieh. Ein weiteres von Selenskyj unterzeichnetes Gesetz gab ausländischen Staatsbürgern, die am Krieg im Donbas teilgenommen hatten, darunter Neonazis aus Russland und Belarus, einen Anspruch auf die ukrainische Staatsbürgerschaft. Dies legte nahe, dass Präsident Selenskyj die Möglichkeit seines Sturzes durch die extreme Rechte fürchtete und dass der ukrainische Staat das Gewaltmonopol verloren hatte. Trotz seines Sieges in den Präsidentschaftswahlen mit 73 % der Wählerstimmen musste er solche relativ kleinen und relativ unpopulären radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen besänftigen oder mit ihnen verhandeln, statt Gewalt anzuwenden und sie für ihre illegalen Handlungen zu bestrafen (siehe auch Ishchenko, 2018a; Katchanovski, 2020).

Selenskyjs Premierminister Oleksij Hontscharuk sprach auf einer von einer Tarnorganisation der neonazistischen C14 organisierten „Veteranenparty“, hinter ihm befand sich ein stilisiertes Hakenkreuz einer neonazistischen Rockband (Premier, 2019). Das für Veteranenangelegenheiten zuständige Ministerium unter Selenskyj nahm Aktivisten dieser neonazistischen Gruppe, darunter solche, die wegen der Ermordung eines prominenten oppositionellen Schriftstellers und Journalisten, Oles Busyna, angeklagt worden waren, in seinen Beirat auf.

Ähnliche Politiken der Integration der extremen Rechten und ihrer Akzeptanz als Mainstream wurden von Poroschenko und Turtschynow während ihrer Präsidentschaften gefördert. Beispielsweise wurde ein Aktivist der neonazistischen Organisation Patriot der Ukraine und einer der Kommandeure des Asow-Regiments während der Präsidentschaft Poroschenkos zum amtierenden Leiter der Nationalpolizei der Ukraine ernannt, und während der Präsidentschaft Selenskyjs wurde er stellvertretender Innenminister. Ein Berater des damaligen Präsidenten Poroschenko und des Verteidigungsministers der Ukraine veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite „1.4.8.8“, einen Code für die „14 Worte“ einer white-supremacistischen Erklärung und den „Heil-Hitler-Gruß“ (1.4.8.8, 2018).

Der damalige Präsident Poroschenko machte den Gruß „Ruhm der Ukraine“ der OUN-B und der UPA, der auch von den rechtsextremen Organisationen verwendet wurde, zum offiziellen Gruß des ukrainischen Militärs und der Nationalgarde. Er machte auch die OUN-Hymne zum offiziellen Lied der ukrainischen Armee. Selenskyj machte diese Entscheidungen während seiner Präsidentschaft nicht rückgängig.

Radikalnationalistische und neonazistische Aktivisten und/oder Veteranen der von der extremen Rechten geführten Formationen im Donbas-Krieg wurden in der Ukraine und in den Vereinigten Staaten in mindestens 16 aufsehenerregenden Attentaten und anderen Mordfällen nach dem Maidan angeklagt oder als Verdächtige benannt, wobei der Krieg im Donbas und die Massaker von Odessa und auf dem Maidan nicht mitgerechnet sind. Neben der Ermordung Busynas umfassen diese Tötungen Attentate mit einer Autobombe in Kiew auf Pawlo Scheremet, einen prominenten belarussischen Exiljournalisten; die Ermordung eines ehemaligen Mitglieds des russischen Parlaments im Exil in Kiew; die Ermordung der radikalnationalistischen Swoboda-Politikerin und Professorin Iryna Farion; einen tödlichen Säureangriff auf die lokale Aktivistin Kateryna Handsiuk in der Region Cherson sowie die Erschießung eines Kindes während eines Kontaktattentats auf einen Unternehmer in Kiew. Eine Granate, die während einer von der Rechten Sektor, Swoboda und der Radikalen Partei angeführten gewaltsamen Protestkundgebung vor dem ukrainischen Parlament geworfen wurde, tötete mehrere Personen und verletzte Dutzende Polizisten und Angehörige der Nationalgarde. Der Innenminister erklärte, der Granatenwerfer sei ein Swoboda-Mitglied aus deren Sitsch-Bataillon gewesen, das formal dem Innenministerium unterstellt war. Die rechtsextremen Aktivisten und Kriegsveteranen waren wahrscheinlich an vielen weiteren politischen Attentaten und Auftragsmorden beteiligt, die ungelöst blieben oder deren Beteiligung nicht öffentlich bekannt gegeben wurde.

Die US-Medien berichteten im Jahr 2021, dass das Justizministerium und das FBI sieben amerikanische Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen untersuchten, die sie an Bewohnern des Donbas begangen hatten, während sie während des Krieges im Donbas in der Ostukraine zusammen mit rechtsextremen Extremisten vom Rechten Sektor und dem neonazistisch geführten Asow-Regiment kämpften (The DOJ, 2021). Die ukrainischen Gerichte verweigerten unter dem Druck der extremen Rechten die Auslieferung eines dieser Amerikaner an die Vereinigten Staaten, der außerdem des Mordes an zwei Personen in Florida angeklagt war (Army, 2022).

Die Beteiligung der ukrainischen extremen Rechten am Krieg im Donbas und an anderen Fällen politischer Gewalt, die Integration der extremen Rechten durch die Regierungen Poroschenko und Selenskyj und das Versäumnis der ukrainischen Regierungen, gegen sie wegen ihrer Beteiligung am Mariupol-Massaker, an anderen Kriegsverbrechen, politischen Attentaten und anderen illegalen Handlungen mit Gewalt und mit dem Gesetz vorzugehen, zeigen die erhebliche Macht der extremen Rechten im Vergleich zu ihrer relativen zahlenmäßigen Stärke und ihrer Popularität.

Es gab auch eine Beteiligung der extremen Rechten auf der separatistischen Seite des Konflikts im Donbas, doch ihre Zahl und ihre Rolle waren weit weniger bedeutend. Pawlo Hubarew, der kurz nach Beginn des Konflikts für relativ kurze Zeit „Volksgouverneur“ der Region Donezk wurde, gab zu, dass er zwölf Jahre zuvor Mitglied der neonazistischen Organisation Russische Nationale Einheit in Russland gewesen war und von ihr eine militärische Ausbildung erhalten hatte (Gubarev, 2014).

Einige relativ kleine Einheiten der separatistischen bewaffneten Formationen bestanden aus radikalnationalistischen und neonazistischen Freiwilligen aus Russland. Sie umfassten beispielsweise die neonazistische bewaffnete Gruppe Rusitschi. Mitglieder der Eurasischen Jugendunion, die von Alexandr Dugin gegründet wurde, und anderer russischer rechtsextremer Organisationen kämpften ebenfalls im Donbas-Krieg in den separatistischen Formationen (Delo, 2014). Russische Neonazis im Donbas verwendeten neonazistische Symbole wie Varianten des Hakenkreuzes (siehe Laruelle, 2016).

Wie im Fall des von der Regierung kontrollierten Teils der Ukraine hatte die extreme Rechte in der Anfangsphase des Konflikts, insbesondere vor der direkten russischen Militärintervention im August 2014, eine relativ bedeutendere Rolle im Krieg und einen relativ größeren Anteil in den separatistischen Formationen im Donbas. Die Zahl der rechtsextremen Mitglieder, die für die Donbas-Separatisten kämpften, und die Größe ihrer bewaffneten Formationen waren jedoch weit geringer als die ihrer Gegenstücke in der Ukraine. Im Gegensatz zur von der Regierung kontrollierten Ukraine wurden die rechtsextremen Formationen und die meisten Mitglieder rechtsextremer Organisationen wie der Gruppe Rusitschi bis zum Sommer 2015 gezwungen, den Donbas zu verlassen, weil die neuen separatistischen Führer und Kommandeure dies so verfügten. Sie ersetzten die ursprünglichen Führer infolge der direkten russischen Militärinterventionen und einer Kampagne der separatistischen Führung und ihrer russischen militärischen, sicherheitsdienstlichen und politischen „Kuratoren“, die separatistischen Formationen unter einem zentralen Kommando zu integrieren und zu säubern.

Viele russische Neonazis schlossen sich den von der ukrainischen extremen Rechten geführten Formationen an, etwa dem Asow-Bataillon und später dem Asow-Regiment (Delo, 2014). Es gab auf beiden Seiten des Krieges im Donbas auch neonazistische Freiwillige aus anderen Ländern wie Belarus, Frankreich, Serbien, Schweden und den Vereinigten Staaten. Ihre Zahl in den separatistischen und den ukrainischen bewaffneten Formationen war jedoch weit geringer als die Zahl der ukrainischen und russischen rechtsextremen Mitglieder.

Der Einfluss der extremen Rechten in der Ukraine nach dem Maidan ging weit über ihre Wahlergebnisse und ihre Mitgliederzahl hinaus. Die Führer von Swoboda und dem Rechten Sektor gewannen in den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 jeweils nur 1 % der Stimmen. In den Parlamentswahlen im Oktober 2014 verfehlte Swoboda die 5-%-Hürde knapp und erhielt 4,7 %. Der Rechte Sektor schnitt noch schlechter ab und erhielt 2014 nur 2 % der Stimmen. Ruslan Koschulynskyj, einer der Führer von Swoboda, der vom Rechten Sektor, der OUN und C14 unterstützt wurde, erhielt in den Präsidentschaftswahlen 2019 nur 1,7 % der Stimmen, während Swoboda in den Parlamentswahlen 2019 2,2 % der Stimmen gewann.

6.5 Die Beteiligung der extremen Rechten am Odessa-Massaker

Das Odessa-Massaker an separatistischen Protestierenden am 2. Mai 2014 war der bedeutendste und tödlichste Fall politischer Gewalt nach dem Maidan-Massaker nicht nur in Odessa, sondern auch in der Ukraine, mit Ausnahme des Donbas-Krieges und des Russland-Ukraine-Krieges (siehe Katchanovski & Abrahms, 2024).

In Odessa kam es vor und nach diesem Massenmord zu verschiedenen Gewaltvorfällen, insbesondere unter Beteiligung der extremen Rechten, doch waren sie hinsichtlich ihrer Opferzahlen und politischen Folgen mit diesem Massaker nicht vergleichbar.

Die Analyse verschiedener Videos und Aufzeichnungen von Live-Übertragungen des Odessa-Massakers, der Berichte der Sonderkommission des Parlaments und der Gruppe des 2. Mai, der Medien und sozialen Medien in ukrainischer, russischer und englischer Sprache sowie von Interviews mit Teilnehmern und Augenzeugen beider Seiten und mit den Polizeikommandeuren zeigt den Ablauf und die Schlüsselelemente dieses Falls politischer Gewalt. Ein Bericht der Sonderkommission des Parlaments legte nahe, dass ukrainische und regionale Regierungsbeamte planten, rechtsextreme Aktivisten und die Maidan-Selbstverteidigung einzusetzen, um die separatistische Bewegung in der Region Odessa zu unterdrücken und ein separatistisches Zeltlager in der Nähe des Gewerkschaftsgebäudes vor dem Tag des Sieges am 9. Mai 2014 aufzulösen (Zvit, 2014).

Zeugenaussagen, über die die Parlamentskommission und die Medien berichteten, wonach Andrij Parubij und 500 Mitglieder der Maidan-Selbstverteidigung am Vorabend des Massakers aus Kiew nach Odessa kamen, legten nahe, dass die gewaltsame Auflösung des separatistischen Lagers unter Beteiligung der höchsten Regierungsführer, der extremen Rechten und der Maidan-Selbstverteidigung geplant war (Zvit, 2014). Einer der georgischen Ex-Militärangehörigen erklärte in der israelischen Dokumentation, er habe an „Provokationen“ in Odessa teilgenommen, die zu dem dortigen Massaker führten, und Andrij Parubij habe diese Operation befehligt und Befehle erteilt, die Separatisten zu vertreiben, ihr Zeltlager zu zerstören und „alles niederzubrennen“. Dieser Georgier wurde zusammen mit Maidan-Aktivisten im Inneren des linken Flügels des Gewerkschaftsgebäudes in Odessa gefilmt, kurz nachdem das tödliche Feuer im Haupteingang begonnen hatte (Anna, 2018). Er und vier weitere georgische Ex-Militärangehörige sagten in italienischen und israelischen Fernsehdokumentationen, im mazedonischen Fernsehen und in Interviews russischer Medien aus, und ihre Aussagen gegenüber Anwälten der Berkut für den Maidan-Massaker-Prozess und ihre Zeugenaussagen bei der Generalstaatsanwaltschaft von Belarus für die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine belegten, dass ihre Gruppen georgischer, baltischer und mit der extremen Rechten verbundener ukrainischer Scharfschützen Waffen, Zahlungen und Befehle von bestimmten Maidan- und georgischen Politikern, insbesondere von Parubij, erhielten, sowohl Polizisten als auch Protestierende zu massakrieren, und dass sie diesen Massenmord miterlebten. Der Maidan-Massaker-Prozess bestätigte im November 2021 ihre Identitäten und ließ die Aussage eines dieser Georgier, der gestand, Mitglied einer Gruppe von Maidan-Scharfschützen gewesen zu sein, als Beweismittel zu und führte sie vor (siehe Katchanovski, 2024).

Wie erwähnt, war Parubij ein Gründer und Führer der neonazistischen Organisation Patriot der Ukraine, eines paramilitärischen Flügels der Sozial-Nationalen Partei der Ukraine in den 1990er Jahren. Während des Euromaidan war er Leiter der Maidan-Selbstverteidigung, und zum Zeitpunkt des Odessa-Massakers leitete er den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat. Das Staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine leitete wegen des Odessa-Massakers ein

Strafverfahren gegen Parubij ein, kurz nachdem er nach den vorgezogenen Parlamentswahlen 2019 als ehemaliger Vorsitzender des ukrainischen Parlaments abgelöst worden war (Ukraine's, 2019).

Ein vom Rechten Sektor und Fußball-Ultras angeführter Marsch am 2. Mai 2014 wurde genutzt, um diesen Plan zur Zerstörung und Verbrennung des separatistischen Zeltlagers umzusetzen, doch es ist nicht sicher, ob der Massenmord im Voraus geplant war.

Der SBU in der Region Odessa erhielt im Vorfeld Informationen über geplante „Provokationen“ und gewaltsame Zusammenstöße zwischen Fußball-Ultras und prorussischen Separatisten am Tag eines Spiels zwischen den Mannschaften aus Odessa und Charkiw am 2. Mai. Ein Sonderzug brachte mehrere hundert Fußball-Ultras von Charkiw nach Odessa (Zvit, 2014). Fußball-Ultras in der Ukraine zeigten während Fußballspielen, während der Maidan-Proteste und bei Gewaltangriffen im Allgemeinen offen neonazistische Ansichten und Symbole und schlossen sich dem Rechten Sektor und anderen rechtsextremen Organisationen an.

Die Analyse von Internetstreams, Videos, Aussagen von Teilnehmern und Augenzeugen sowie der Berichte der Gruppe des 2. Mai und der Sonderkommission des Parlaments zeigt, dass Odeska druschyna, eine kleine separatistische Organisation in Odessa, versuchte, diesem Marsch entgegenzutreten und ihn anzugreifen (15.26, 2015). Sie verwendeten rote Klebebandmarkierungen und waren keine Agent Provocateurs des Rechten Sektors, wie russische Medien und Separatisten häufig behaupteten. Die Verwendung desselben roten Klebebands durch einige Polizisten in einem Polizeikordon fand später während der Zusammenstöße statt und war keine organisierte Absprache mit den Separatisten, wie die ukrainische Regierung und die Medien behaupteten. Die zahlenmäßig überlegenen Gruppen von Aktivisten des Rechten Sektors aus Odessa und Charkiw, wo diese rechtsextreme Organisation von der neonazistischen Sozial-Nationalen Versammlung/Patriot der Ukraine geführt wurde, rechtsextreme Fußball-Ultras und Einheiten der Maidan-Selbstverteidigung aus Odessa und anderen Regionen griffen Aktivisten von Odeska druschyna an. Die separatistischen Aktivisten suchten Deckung hinter dem Polizeikordon, und einige von ihnen begannen, in Richtung der Angreifer zu schießen (Khronologiya, 2015; 1523 Napadenie, 2015).

Die Analyse derselben Quellen zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt eine kleine mobile Gruppe von Separatisten im Gebiet der Zusammenstöße eintraf, um Verstärkung zu leisten. Eines ihrer Mitglieder wurde gefilmt, wie es mit einem Sturmgewehr vom Typ AK-74 in Richtung der von der extremen Rechten angeführten Protestierenden schoss (Khronologiya, 2015). Das erste Opfer war ein Aktivist des Rechten Sektors. Die offizielle Untersuchung und die Gruppe des 2. Mai vertraten die Auffassung, er sei von einem Mitglied dieser mobilen separatistischen Gruppe durch eine Kugel des Kalibers 5,45 mm getötet worden (Tkachov, 2017). Durchgesickerte rechtsmedizinische Gutachten verwiesen jedoch auf eine Kugel des Kalibers 5,65 mm, die aus dem Körper dieses Aktivisten des Rechten Sektors entnommen wurde („SOROK (ND)“). Diese Kugel verschwand Berichten zufolge während der Untersuchung und tauchte wieder auf. Die Tatsache, dass sie nicht zu Geschossproben aller legal registrierten Schusswaffen passte, sowie der schwache Klang der Schüsse und das Fehlen eines Rückstoßes beim Schießen im Video der

Schießerei legen ebenfalls nahe, dass dieser rechtsextreme Protestierende offenbar nicht von diesem Separatisten getötet wurde (Odessa, 2014a). Da der getötete Aktivist des Rechten Sektors in verschiedenen Videos der Zusammenstöße und des Schusses aus der AK-Waffe in derselben Straße nicht identifiziert wurde, deutet dies auf dasselbe hin. Die Untersuchung und verschiedene Videos ergaben nicht den genauen Zeitpunkt und den Ort seiner Tötung und die Richtung des Schusses. Ein stellvertretender Polizeichef von Odessa, der dort etwa zur Zeit dieser Tötung gefilmt wurde, bevor er selbst verwundet wurde, erklärte, er habe Scharfschützen in Tarnkleidung gesehen, die aus dem zweiten Stock eines dortigen Hotels schossen. Er war der Ansicht, sie hätten diesen Aktivisten des Rechten Sektors und den zweiten Protestierenden getötet, um die Separatisten für ihre Tötung verantwortlich zu machen und eine gewaltsame Reaktion gegen die Separatisten zu provozieren (2 Maia 2016).

Videos, die vor und nach seiner Erschießung gefilmt wurden, legen nahe, dass der zweite pro-Maidan-Aktivist etwa zur selben Zeit im selben Gebiet während der gewaltsamen Zusammenstöße mit Separatisten und des Schusses aus einer Waffe vom Kalaschnikow-Typ durch einen der Separatisten getötet wurde (2 Maia 2016). Die staatliche forensische Untersuchung stellte jedoch fest, dass er durch eine Kugel aus einer pneumatischen Sportwaffe getötet wurde („SOROK (ND)“). Niemand wurde wegen seiner Tötung angeklagt, und der Zeitpunkt und andere Umstände seiner Tötung sind nicht öffentlich bekannt. Wie im Fall der Tötung des Aktivisten des Rechten Sektors legt dies die Möglichkeit nahe, dass er nicht nur von Separatisten getötet wurde, sondern auch durch eine False-Flag-Schießerei, ähnlich dem Maidan-Massaker an den Maidan-Protestierenden durch Scharfschützen in von Maidan kontrollierten Gebäuden und ähnlichen Tötungen der ersten drei Maidan-Protestierenden im Januar 2014.

Bei den Zusammenstößen, die auf die Tötungen dieser beiden regierungsnahen Protestierenden folgten, wurden vier separatistische Protestierende getötet, und viele weitere separatistische Protestierende und Polizisten sowie mindestens ein lokaler Journalist wurden verletzt. Ein regierungsnaher Protestierender wurde gefilmt, wie er etwa zu diesem Zeitpunkt mit einem Jagdgewehr in Richtung der Separatisten schoss (Svidetelstvo, 2014). Die forensische Untersuchung stellte fest, dass drei dieser Separatisten mit Jagdmunition getötet wurden („SOROK (ND)“). Dieser regierungsnahe Protestierende wurde später vom Innenminister als Aktivist des Rechten Sektors identifiziert (Avakov, 2015). Die Regierungsuntersuchung klagte ihn wegen der Tötung mindestens eines der Separatisten an. Er wurde jedoch aus der Haft entlassen, und sein Prozess verzögerte sich wegen Drohungen von Aktivisten des Rechten Sektors und anderer rechtsextremer Aktivisten gegen Richter während seines Verfahrens (Deputat, 2015).

Sein aufgezeichnetes Telefongespräch und die verschiedenen anderen Beweise zeigen, dass sich nach der Weitergabe einer entsprechenden Anweisung eines für die Strafverfolgungsbehörden zuständigen Beamten der Regionalverwaltung von Odessa an einen Kommandeur der Maidan-Selbstverteidigung und nach öffentlichen Aufrufen lokaler Maidan-Führer Aktivisten des Rechten Sektors, Fußball-Ultras und Einheiten der Maidan-Selbstverteidigung zum Gebiet des

Gewerkschaftsgebäudes begaben (Igor, 2014). Sie griffen das Zeltlager verschiedener separatistischer Organisationen an und brannten es nieder; deren Aktivisten und Unterstützer flohen daraufhin in das unmittelbar neben diesem Lager gelegene Gewerkschaftsgebäude und versuchten, die Türen des Haupteingangs zu verbarrikadieren.

Videos, Internetstreams und Zeugenaussagen von Augenzeugen zeigen, dass einige Gruppen der Angreifer Molotowcocktails und brennende Reifen in den Haupteingang warfen und die Eingangstüren und die dort errichtete behelfsmäßige Barrikade in Brand setzten, während andere Gruppen andere Ausgänge blockierten. Videos, aufgezeichnete Anrufe bei der Feuerwehr und Augenzeugenberichte zeigen, dass das Feuer und der dichte Rauch begannen und sich rasch ausbreiteten, nachdem Molotowcocktails und Autorreifen von Angreifern auf die Türen des Haupteingangs geworfen worden waren (Odessa, 2014b; 19 49., 2015; 19 50., 2015; Ukraine, 2016). Nach früheren Dementis räumten die offizielle Untersuchung und die Gruppe des 2. Mai ein, dass das tödliche Feuer am Haupteingang begann. Diese Gruppe behauptete jedoch weiterhin, es sei unmöglich festzustellen, wer das Feuer gelegt habe, weil beide Seiten Molotowcocktails geworfen hätten. Es wurden jedoch keine Beweise dafür öffentlich gemacht, dass zum Zeitpunkt des Ausbruchs des Feuers Molotowcocktails von Separatisten dorthin geworfen wurden, im Gegensatz zu solchen Beweisen bezüglich der von der extremen Rechten dominierten Protestierenden.

Ähnliche Taktiken der Verwendung von Reifen oder Molotowcocktails, um verschiedene öffentliche Gebäude mit Menschen darin niederzubrennen oder damit zu drohen, wurden von rechtsextremen Aktivisten angewandt, insbesondere vom Rechten Sektor und der SNA. Forensische Untersuchungen für die Regierungsuntersuchung und eine akademische Studie stellten fest, dass das Gewerkschaftsgebäude von Maidan-Aktivisten, darunter Rechtsextremen, niedergebrannt wurde, um seine Übernahme durch die Alfa-Einheit des Sicherheitsdienstes der Ukraine zu verhindern (Katchanovski, 2015a). Rechtsextreme Protestierende legten auch mit Hilfe brennender Reifen im Gebäude des Fernsehsenders Inter Feuer und drohten, das Parlament der Ukraine, den Stadtrat von Luzk, das Swjatoschyn-Bezirksgericht, das den Fall des Maidan-Massakers verhandelte, und die Gebäude des Fernsehsenders 112 Ukraina niederzubrennen, indem sie Reifen neben deren Eingängen ablegten.

Die Analyse von Online-Videostreams, Ergebnissen der Regierungsuntersuchung, Berichten der Gruppe des 2. Mai, rechtsmedizinischen Untersuchungen, Zeugenaussagen von Augenzeugen und verschiedenen anderen Beweisen zeigt, dass 42 Menschen infolge von Feuer, Rauch und dem Versuch, aus den oberen Stockwerken des Gewerkschaftsgebäudes in Odessa zu springen, ums Leben kamen. Die Opfer waren unbewaffnet und umfassten hauptsächlich Separatisten, deren Unterstützer sowie mehrere Angestellte, die sich zu diesem Zeitpunkt in dem Gebäude befanden. Sechs Frauen und ein Minderjähriger wurden im Gewerkschaftsgebäude ebenfalls getötet („SOROK (ND)“).

Erklärungen, die der Rechte Sektor, die SNA und die neonazistische Misanthropische Division auf ihren Websites und in sozialen Medien veröffentlichten, räumten in verschiedenen Formen die Beteiligung ihrer Organisationen oder der von der extremen Rechten angeführten Angreifer am

Massaker an den Separatisten ein (Biitsi, 2014; Siohodni, 2014). Mit Ausnahme des verhafteten, aber freigelassenen Schützen des Rechten Sektors befanden sich jedoch nur Separatisten unter den wegen des Odessa-Massakers Verhafteten und vor Gericht Gestellten. Der Prozess wegen des Odessa-Massakers gegen die Separatisten endete mit ihrem Freispruch durch ein lokales Gericht. Das ukrainische Gericht stützte seine Entscheidung auf das Versagen der Untersuchung und den Mangel an Beweisen zur Stützung der Anklagevorwürfe. Das Urteil stellte auch fest, dass die Täter des Odessa-Massakers und die Rolle von Parubij und anderen Regierungsbeamten nicht untersucht wurden (Sud, 2017).

Es gibt verschiedene Belege dafür, dass die Polizei und die Feuerwehr von ihren Vorgesetzten angewiesen wurden, während dieses Brandangriffs und der früheren tödlichen Zusammenstöße untätig zu bleiben und nicht einzugreifen. Ein spezieller Plan der Regionalpolizei von Odessa zur Bewältigung von Massenunruhen wurde beispielsweise nicht genehmigt, höchstwahrscheinlich wegen Entscheidungen auf der Ebene des Innenministeriums (Chto, 2014). In ähnlicher Weise wurden die höchsten regionalen Beamten der Polizei und anderer Strafverfolgungsbehörden angewiesen, vor und während des Beginns der Zusammenstöße an einem Treffen mit ihrem nationalen Amtskollegen teilzunehmen (Zvit, 2014).

Die Berichte des Europarats und der Sonderkommission der UNO stellten das Versagen der Untersuchung und die Vernichtung von Beweisen fest. Ein Bericht der Sonderkommission des Europarats stellte fest, dass die Untersuchung des Odessa-Massakers durch die ukrainische Regierung ineffektiv, politisch selektiv und mit einer Fälschung der Beweise verbunden war. Er stellte fest, dass „hinsichtlich des Feuers im Gewerkschaftsgebäude niemand wegen der Verursachung des Feuers, einschließlich des Werfens von Molotowcocktails in Richtung oder in das Gebäude, beschuldigt wurde. Obwohl die Gesichter einiger derjenigen, die Molotowcocktails vorbereiteten und warfen, auf Videoaufnahmen sichtbar sind, behaupten die Behörden, ihre Identität nicht festgestellt zu haben“ (Report, 2015).

Die ukrainischen Medien berichteten unter Berufung auf SBU-Quellen, dass ein rechtsextremer Aktivist, der während des Odessa-Massakers den Rechten Sektor in Odessa anführte, ein Geheimagent des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) war und dass er und seine rechtsextremen Verbündeten von der SBU dafür bezahlt wurden, Oppositionspolitiker anzugreifen, Richter zu bedrohen und andere illegale Handlungen durchzuführen („Strana“, 2019). Dies wäre mit der Tatsache vereinbar, dass gegen ihn wegen seiner Beteiligung am Odessa-Massaker nicht ermittelt wurde, obwohl der Rechte Sektor eine solche Beteiligung öffentlich einräumte. Seine geheime Zusammenarbeit mit dem SBU wäre auch mit der Tatsache vereinbar, dass der SBU und die Generalstaatsanwaltschaft sich weigerten, ihn wegen der Tötung einer weiteren Person in Odessa im Jahr 2018 anzuklagen. Darüber hinaus wurde diesem rechtsextremen Aktivisten 2020 vom SBU in diesem Fall der Status eines Opfers zuerkannt, obwohl er diese Tötung in seinem Social-Media-Account live übertrug, in seinem Videostream de facto selbst einräumte, dass er diese Person mit seinem eigenen Messer erstochen hatte, und die Polizeiuntersuchung feststellte, dass er der Täter war (Natsionalista, 2020). Das

Mordverfahren gegen ihn wurde 2023 jedoch von einem Gericht ohne Prüfung von Beweisen eingestellt.

Solche Belege legen nahe, dass die offizielle Untersuchung des Massakers an den Separatisten im Gewerkschaftsgebäude in Odessa gefälscht und blockiert wurde, um die Täter dieses Massenmords zu vertuschen. Eine solche Fälschung, Blockierung und Vertuschung wäre mit anderen Belegen vereinbar, die auf eine Beteiligung an dieser Gewalt nicht nur der rechtsextremen Organisationen und Ultras, sondern auch der Maidan-Selbstverteidigung und hoher Regierungsbeamter hindeuten (SIEHE Katchanovski & Abrahms, 2024).

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2025 im Fall des Odessa-Massakers bestätigte in hohem Maße diese Forschungsergebnisse. Er urteilte, dass die ukrainischen Behörden es versäumt hätten, „alles zu tun, was vernünftigerweise von ihnen erwartet werden konnte, um die Gewalt in Odessa zu verhindern“, „diese Gewalt nach ihrem Ausbruch zu stoppen, rechtzeitige Rettungsmaßnahmen für die im Feuer eingeschlossenen Menschen zu gewährleisten und eine wirksame Untersuchung der Ereignisse einzuleiten und durchzuführen“, einschließlich der Tötungen sowohl von Separatisten als auch von zwei Maidan-Aktivisten (siehe European, 2025).

Literaturverzeichnis

„1.4.8.8“: sovetnika Poroshenko podlovili na ispolzovanii neonatsistskoi simvoliki. (2018, 6. Juli). Glavred. https://glavred.info/politics/514848-1-4-8-8-sovetnika-poroshenko-podlovili-na-ispolzovanii-neonacistskoy-simvoliki-foto.html

„Henshtab ne ziznayetsia pro rol Yarosha. Toj proinspektuvav svoiu dobrovolchu armiiu.“ (2021, 13. Dezember). Ukrainska pravda. https://www.pravda.com.ua/news/2021/12/13/7317209

2 Maia 2014 goda. Odessa. (2016). Vladimir Sarkisian. https://www.youtube.com/watch?v=NZNQQ9vXclQ

«Pravyi sektor» vidpoviv SBU. (2014, 20. Februar). Ukrainska Pravda. http://www.pravda.com.ua/ukr/news/2014/02/20/7014989

„SOROK VOSEM.“ Zakliucheniia sudebno-medicinskoi ekspertizy po faktam gibeli liudei v hode Odesskoi boini 2 maia 2014 g. (o. J.). IGCP. https://vk.com/doc4683615_387082531?hash=50ef6fd55f4f5a7c71&dl=1ad9e60aff875593d8

„Strana“ uznala familiyu kuratora radikala Sternenko iz SBU. (2019, 24. Mai). Strana. https://strana.today/news/202834-stala-izvestna-familija-sotrudnika-sbu-kotoryj-kuriruet-radikalov-odessy.html

„Zelenskyy: Ia ne loh kakoi-to.“ (2019). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=3zNLrZXTZsA

14.02.16. Konferentsiia PS - DUK PS-RPS po vidrodzhenniu UPA. (2016). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Pjl5xpv-R0M

15.26;15.28 Odessa 2 Maia 2014 goda. (2015). Gruppa 2 Maia. https://www.youtube.com/watch?v=gicl3WFn6fw

1523 Napadenie 2 Maia 2014, Odessa. (2015). Gruppa 2 Maia. https://www.youtube.com/watch?v=Vj_NehDtSrA

19 49. (2015, 16. Juli). Gruppa 2 Maia. https://www.youtube.com/watch?v=ZT-e_QGhHNI

19 50. (2015, 16. Juli). Gruppa 2 Maia. https://www.youtube.com/watch?v=1dIqF4C1E8A

Aktyvisty i deputaty vzialy sylovykiv u polon. (2014, 21. Februar). 5 kanal. https://www.youtube.com/watch?v=8YddO4rayik

Anna Stephan. (2018). Ploshchad Razbityh Nadezhd (polnaja versija). https://www.youtube.com/watch?v=C-7xjDxFSQc

AntiNATOvskii weekend v Sevastopole. (2006, 30. Mai). Evraziiskii soyuz molodezhi. http://rossia3.ru/Regions/san

Anton Shekhovtsov (2014, 2. Mai). [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10100399733883920

Army vet charged in Florida double murder may remain at large in Ukraine. (2022, 28. Februar). ABC News. https://abcnews.go.com/International/us-army-vet-charged-florida-double-murder-remains/story?id=83066233

Avakov: u spravi „2 travnia v Odesi figure chlen „Pravoho sektora.“ (2015, 18. Dezember). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/news/2015/12/18/7092946

Batalion AZOV zatrymav terorysta Tiulenia. (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=681hBNGeVUM

Biletsky, A. (2008). Nedochytanyi Franko. Patriot Ukrainy. https://web.archive.org/web/20101120085407/http://patriotukr.org.ua/index.php?rub=stat&id=409

Biletsky, A. (2013). Slovo Biloho Vozhdia. Sotsial-Natsionalna Asambleia. https://web.archive.org/web/20140924041340/http://rid.org.ua/knigarnya/AB/slovo.pdf

Biletsky, A. (2018, März). Ukrainskyi racovyi Sotsial-Natsionalism v ideologii organizatsii „Patriot Ukrainy.“ Slovo Oriiv, 35. https://web.archive.org/web/20180924065537/http://slovoor.runvira.in.ua/SO35/St35Vid.htm

Brantsi Veb Serial, chetverta chastyna. (2016). #BABYLON'13. https://www.youtube.com/watch?v=9b6BiN7Eo3s

Braty Kapranovy. (2017). Maidan. Taiemni faily. Nora-Druk.

Bustikova, L. (2015). Voting, identity and security threats in Ukraine: Who supports the radical „freedom“ party? Communist and Post-Communist Studies, 48(2–3), 239–256.

Biitsi „Pravoho sektora“ ta aktyvisty Odesy vidbyly napad prorosiiskykh naimantsiv.“ (2014, 2. Mai). Pravyi sektor. http://old.pravyysektor.info/news/bijtsi-pravoho-sektora-ta-aktyvisty-odesy-vidbyly-napad-prorosijskyh-najmantsiv/

Chat z Andriem Parubiem. (2008, 15. August). Vgolos. http://vgolos.com.ua/chat/35

Chernyi vtornik i krovavyi chetverg. (2014, 23. Februar). ICTV. http://www.youtube.com/watch?v=JjR3FlvRdsk

Chimiris, M. (2014, 20. November). Kto i kak skryvaet pravdu o rasstrelakh na Maidane. Vesti. http://vesti-ukr.com/strana/78265-kto-i-kak-skryvaet-pravdu-o-rasstrelah-na-majdane

Chimiris, M., & Bratkova, A. (2014). Kto shagaet s pravoj. Vesti-Reporter, 12. http://reporter.vesti-ukr.com/art/y2014/n12/8845-kto-shagaet-s-pravoj.html

Chto takoe operativnyi plan „Volna“? Chast 3. (2014). Gruppa 2 Maia. https://2maygroup.blogspot.com/2014/08/blog-post.html

Delo pravoe. Za kogo voyuyut rossiiskie neonatsisty na Donbasse. (2014, 29. August). Snob. https://snob.ru/selected/entry/80241

Deputat Mosiichuk zastavliaet sudiiu Primorskogo suda Odessy Poprevicha vziat samootvod. (2015). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=ueHHestJUgk

Dmytro Yarosh: „Pershyi nastupalnyi bii viiny vidbuvsia 20 kvitnia 2014-ho - Dobrovol'tsi atakuvaly blokpost pid Slovianskom.“ (2016, 22. April). Censor.net. http://censor.net.ua/resonance/385673/dmitro_yarosh_pershiyi_nastupalniyi_byi_vyini_vdbuvsya_20_kvtnya_2014go_dobrovolts_atakuvali_blokpost

Dobrovolchyi Ukrainskyi Korpus „Pravyi Sektor.“ (o. J.). Pravyi Sektor. https://pravyysektor.info/dobrovolchyy-ukrayinskyy-korpus-pravyy-sektor

Dopros Parubiia po delu o gosizmene Yanukovicha, 24.01.2018. (2018, 24. Januar). 112. https://www.youtube.com/watch?v=aKGhWnKLMok

Dorell, O. (2015, 10. März). Volunteer Ukrainian unit includes Nazis. USA TODAY. https://www.usatoday.com/story/news/world/2015/03/10/ukraine-azov-brigade-nazis-abuses-separatists/24664937

European Court of Human Rights. (2025). Judgment concerning Ukraine. https://www.echr.coe.int/w/judgment-concerning-ukraine-2

Gatehouse, G. (2015, 11. Februar). The untold story of the Maidan massacre. BBC News. http://www.bbc.com/news/magazine-31359021

Griffin, R., & Feldman, M. (Hrsg.). (2003). Fascism: Critical concepts in political science. Routledge.

Gubarev otvetil po povodu RNE: Nazyvaiu sebia russkim natsionalistom, odnako, s ogovorkoi.... (2014, 9. Juni). Nakanune. http://www.nakanune.ru/news/2014/6/9/22356023/

H.Amdt. 492 - 114th Congress. (2016). Congress. https://www.congress.gov/amendment/114th-congress/house-amendment/492?q=%7B%22search%22%3A%5B%22azov%22%5D%7D&resultIndex=1

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the „new Cold War“. McFarland Books.

Hale, H. E., Shevel, O., & Onuch, O. (2018). Believing facts in the fog of war: Identity, media and hot cognition in Ukraine's 2014 Odesa tragedy. Geopolitics, 23(4), 851–881.

Herasymchuk, V. (2014, 8. März). Ostannii smertnyi bii. LB. http://society.lb.ua/life/2014/03/08/258619_ostanniy_smertniy_biy.html

Igor Bolianskii zvonit Dmitriiu Gumeniuku i daet prikaz „zachistit“ Kulikovo pole. (2014, 2. Dezember). Sergei Rulev. https://www.youtube.com/watch?v=tern1-ro9YU

Instytutska 20 liutoho. (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=IsE7lYVa5kk

Ishchenko, V. (2016). Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: An attempt of systematic estimation. European Politics and Society, 17 (4), 453–472.

Ishchenko, V. (2018a). Nationalist radicalization trends in post-Euromaidan Ukraine (Policy Memo 529). Ponars Eurasia. http://www.ponarseurasia.org/memo/nationalist-radicalization-trends-post-euromaidan-ukraine

Ishchenko, V. (2018b). Denial of the obvious: Far right in Maidan protests and their danger today. VoxUkraine. https://voxukraine.org/en/denial-of-the-obvious-far-right-in-maidan-protestsand-their-danger-today

Istoriia odnogo okna. (2016, 19. Februar). Strana. http://strana.today/articles/analysis/1967-istoriya-odnogo-okna.html

Istoria VO „Svoboda“. (2016, 19. November). Svoboda. http://international.svoboda.org.ua/party/history

Kalnysh, V. (2015, 2. Februar). Andrei Parubiy. RBK-Ukraina. http://www.rbc.ua/rus/interview/andrey-parubiy-na-maydane-i-po-nam-i-po-berkutu-rabotal--17022015132900

Katchanovski, I. (2012, 21. März). Ukrainian 'Freedom' party should be ringing alarm bells. OpenDemocracy. https://www.opendemocracy.net/en/odr/ukrainian-freedom-party-should-be-ringing-alarm-bells/

Katchanovski, I. (2014). The politics of World War II in contemporary Ukraine. Journal of Slavic Military Studies, 27 (2), 210–233.

Katchanovski, I. (2015a). Terrorists or national heroes? Politics and perceptions of the OUN and the UPA in Ukraine. Communist and Post-Communist Studies, 48(2–3), 217–228.

Katchanovski, I. (2015b, 3.–6. September). The „snipers' massacre“ on the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, San Francisco. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2658245

Katchanovski, I. (2015c). An interview with Al Jazeera concerning far right militia and paramilitary battalions and other formations in Ukraine. https://www.academia.edu/11815497/An_Interview_with_Al_Jazeera_Concerning_Far_Right_Militia_and_Paramilitary_Battalions_and_Other_Formations_in_Ukraine

Katchanovski, I. (2016a). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2016b). The Maidan massacre in Ukraine: A summary of analysis, evidence, and findings. In J. L. Black & M. Johns (Hrsg.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (S. 220–224). Routledge.

Katchanovski, I. (2016c, 1.–4. September). The far right in Ukraine during the „Euromaidan“ and the war in Donbas. Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2832203

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The „snipers' massacre“ on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2).

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave.

Katchanovski, I. (2025, 2.–5. März). The Maidan massacre trial verdict: What does the verdict of the trial of the century reveal about the Maidan massacre in Ukraine? 66th Annual Convention of the International Studies Association, Chicago. https://www.researchgate.net/publication/389909187

Katchanovski, I., & Abrahms, M. (2024). Far-right political violence in Ukraine: Assessment of the Donbas War and the Odesa Massacre. Perspectives on Terrorism, 18(3), 90–113.

Khalel, S., & Vickery, M. (2015, 15. April). 'Christian Taliban's' crusade on Ukraine's front lines. Al Jazeera. https://www.aljazeera.com/indepth/features/2015/04/taliban-crusade-ukraine-front-lines-150414125522623.html

Khmel'nyts'kyi Maidan. (2017, 9. August). ZIK. https://www.youtube.com/watch?v=Nl5_cZtOg5M

Khronologiya sobytiy v Odesse 2 Maia 2014 goda (ch.1). (2015). Gruppa 2 Maia. http://2mayodessa.org/

Kovalenko, O. (2014, 24. Februar). Sotnyk, iakyi perelomyv hid istorii. Ukrainska Pravda. http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/24/7016048

Krasnoarmeisk. Rasstrel mirnykh zhitelei 11.05.2014. (2014, 11. Mai). Krasnoarmeiskaia pravda. https://www.youtube.com/watch?v=W4joK6D_-Wc

Laruelle, M. (2016). The three colors of Novorossiya, or the Russian nationalist mythmaking of the Ukrainian crisis. Post-Soviet Affairs, 32(1), 55–74.

Lidera radikalnykh natsionalistov iz C14 obvinili v sotrudnichestve s SBU. (2017, 2. November). Strana. https://strana.today/news/102502-lidera-s14-obvinili-v-sotrudnichestve-s-sbu.html

Lipset, S. M., & Raab, E. (1970). The politics of unreason: Right wing extremism in America, 1790–1970. Harper & Row.

Maidan massacre. (2015). John Beck-Hofmann. https://www.youtube.com/watch?v=Ary_l4vn5ZA

Miller, C. (2019, 22. März). G7 letter takes aim at role of violent extremists in Ukrainian society, election. Radio Free Europe/Radio Liberty. https://www.rferl.org/a/g7-takes-aim-at-role-of-violent-extremists-in-ukrainian-society-election/29836811.html

Mne govorili: „Ezzhai vo Lvov, kupaisia v luchah slavy, ty – supersotnik.“ (2016, 25. Juli). 112. http://112.ua/interview/mne-govorili-ezzhay-vo-lvov-kupaysya-v-luchah-slavy-ty--supersotnik-327266.html

Natsionalista Sternenko, zarezavshego cheloveka v Odesse, priznali poterpevshim. (2020, 18. Mai). Strana. https://strana.today/news/267850-sbu-priznala-sternenko-poterpevshim-nesmotrja-na-smet-ivana-kuznetsova.html

Nayem, M. (2014, 1. April). Za kulisami Pravogo sektora. Ukrainska pravda. http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2014/04/1/7020952

Nayem, M., & Kovalenko, O. (2014, 4. Februar). Lider Pravoho sektoru Dmytro Yarosh. Ukrainska pravda. http://www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012683/

Novyk, A. (2014, 17. April). Istoriia luchnyka, iakyi riatuvav liudei na Instytuts'kii. Galinfo. http://galinfo.com.ua/news/160224.html

Novi vybory, stari problemy. (2019, 14. Juni). ZIK. https://youtu.be/zIyXxh12ehM?

Odessa strelok s AK-47 na Deribasovskoi. (2014a). Poslednie sobytiya. https://www.youtube.com/watch?v=LWI6s89srvw

Odessa marsh za edinstvo 02.05.2014. (2014b, 2. Mai). sergiydibrov. http://bambuser.com/v/4585430

Odessa: tri goda. (2017, 24. April). Rossia 24. https://www.youtube.com/watch?v=yayhe4wXcWQ

Okrema dumka. (2014, 25. Februar). TVI. http://tvi.ua/program/2014/02/25/pavlo_osychanskyy_i_andriy_suprun_u_okremiy_dumci

Partiia Svoboda stvoriue vlasnyi battalion. (2014, 13. Juni). Korrespondent.net. https://ua.korrespondent.net/ukraine/politics/3377514-partiia-svoboda-stvoriuie-vlasnyi-batalion

Parubiy, A. (1999). Evropa vil'nykh natsii. Orientyry, 2, 20–22.

Pechersk District Court. (2016a). Ukhvala. Sprava № 757/26156/16-k. http://www.reyestr.court.gov.ua/Review/58062418

Pechersk District Court. (2016b). Ukhvala. Sprava № 757/36892/14-k. http://www.reyestr.court.gov.ua/Review/54850889

Persha nezalezhna zhinocha sotnia. (2014). Kogda ubivali ljudej svobodovcy prjatalis' v nomerah gotelja Ukraina. https://www.youtube.com/watch?v=lSoGsR304rk

Poroshenko prodolzhaet otstrelivat' aktivistov Maidana. (2015). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Hx5ytpefvp8

Premier Goncharuk blagodarit uchastnikov kontserta ultrapravoi gruppy „Sokira Peruna“. (2019, 14. Oktober). Strana. https://www.youtube.com/watch?v=D3WuiYje3eA

Ragutskaia, L. (2019, 27. Mai). Yarosh: esli Zelenskyy predast Ukrainu — poteriaet ne dolzhnost, a zhizn. Oboz.UA. https://incident.obozrevatel.com/crime/dmitrij-yarosh-esli-zelenskij-predast-ukrainu-poteryaet-ne-dolzhnost-a-zhizn.htm

Report of the International Advisory Panel on its review of the investigations into the events in Odesa on 2 May 2014. (2015, 4. November). Council of Europe. https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168048610f

Rudling, P. A. (2013). The return of the Ukrainian far right: The case of VO Svoboda. In R. Wodak & J. E. Richardson (Hrsg.), Analyzing fascist discourse: European fascism in talk and text (S. 228–255). Routledge.

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B.Tauris.

Schuller, K. (2015, 8. Februar). Wie kam es zum Blutbad auf dem Majdan? Frankfurter Allgemeine Zeitung. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-die-hundertschaften-und-die-dritte-kraft-13414018.html

Serhienko, V. (2014, 11. April). «Osnovnaja rabota u nas vperedi». Vesti-Reporter. http://reporter.vesti-ukr.com/art/y2014/n13/8864-osnovnaja-rabota-u-nas-vperedi.html

Shturm ofisa partii regionov v Kieve Evromaidan 18 02 14. (2014, 23. Februar). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=MkRftMqFhvg

Siiak, I. (2016, 19. Februar). Maidan activist Ivan Bubenchyk. Bird in Flight. https://birdinflight.com/world/maidan-activist-ivan-bubenchyk-it-s-true-i-shot-them-in-the-back-of-the-head.html

Siohodni v Odesi vidbulysia kryvavi boi za Ukrainu. (2014, 2. Mai). Sotsial-Natsionalna Assambleia. http://snaua.info/sogodni-v-odesi-vidbulisya-krivavi-boyi-za-ukrayinu/

Smale, A., & Kramer, A. E. (2014, 3. Mai). Ukraine presses pro-Russia militants after fighting spreads to a port city. New York Times. https://www.nytimes.com/2014/05/04/world/europe/ukraine.html

Strana. (2021, 20. März). Telegram. https://t.me/stranaua/12696

Sud opravdal prorossiiskikh uchastnikov odesskoi tragedii 2 maia, no ikh sobiraiutsia snova zaderzhat. (2017, 18. September). Dumskaya. http://dumskaya.net/news/sud-prigovor-077120

Svidetelstvo ochevidtsa /1612. (2014). Informatsionnyi kanal „16/12.“ https://www.youtube.com/watch?v=0ZdT1mspt70

Tak kto zhe ubival. (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=LgCkNEma6Xg

The court acquitted those accused of killing Maidan protesters near Khmelnytskyi SBU in 2014. (2024, 15. Februar). Babel. https://babel.ua/en/news/116150-the-court-acquitted-those-accused-of-killing-maidan-protesters-near-khmelnytskyi-sbu-in-2014

The DOJ is investigating Americans for war crimes allegedly committed while fighting with far-right extremists in Ukraine. (2021, 8. Oktober). Buzzfeed News. https://www.buzzfeednews.com/article/christopherm51/craig-lang-ukraine-war-crimes-alleged

The hidden truth about Ukraine - Part 1. (2016a). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=wR1NFI6TBH0

The hidden truth about Ukraine - Part 2. (2016b). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=V0rR2Fh1

Tiagnybok, O. (2015, 11. September). Vbyvtsi Nebesnoï Sotni na voli. Ukrainska pravda. http://blogs.pravda.com.ua/authors/tiahnybok/55f32401d1093/

Tkachov, Y. (2017, 27. April). Tragedia 2 Maia v Odesse. Rekonstruktsiia. Strana. https://strana.ua/articles/analysis/67438-tragediya-2-maya-v-voprosah-i-otvetah.html

Ukraine. (2014, 1. März). BBC News. http://www.bbc.com/news/world-europe-26394980

Ukraine: Investigate Odessa deaths. (2014, 8. Mai). Human Rights Watch. https://www.hrw.org/news/2014/05/08/ukraine-investigate-odessa-deaths

Ukraine 2018 human rights report. (2019). State Department. https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/03/UKRAINE-2018-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf

Ukraine: Masks of the revolution. (2016, 16. Februar). Java Films PRO. https://vimeo.com/ondemand/masksofukrainepl

Ukraine's SBI opens case against ex-Parliament Speaker over Odesa events of May 2, 2014. (2019, 23. September). UNIAN. https://www.unian.info/society/10695003-ukraine-s-sbi-opens-case-against-ex-parliament-speaker-over-odesa-events-of-may-2-2014.html

Umland, A. (2019). Irregular militias and radical nationalism in post-Euromaydan Ukraine: The prehistory and emergence of the „Azov“ Battalion in 2014. Terrorism and Political Violence, 31(1), 105–131.

Umland, A. (2020). The far right in pre- and post-Euromaidan Ukraine: From ultra-nationalist party politics to ethno-centric uncivil society. Demokratizatsiya, 28(2), 247–268.

Under sniper fire - the unseen footage from Kiev. (2014, 28. Februar). BBC Newsnight. http://www.youtube.com/watch?v=Qg3R_BSz0Cc

V kamere eks-boitsov Tornado nashli nozhi i flag so svastikoi: foto. (2018, 14. August). Liga. https://news.liga.net/incidents/news/v-kamere-eks-boytsov-tornado-nashli-noji-i-flag-so-svastikoy-foto

V Ukraini na obliku maizhe 370 tysiach uchansykiv boiovykh dii. (2019, 18. September). Ukrinform. https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/2782328-v-ukraini-majze-370-tisac-ucasnikiv-bojovih-dij.html

VO „Svoboda“ uziala pid kontrol „Ukraïnu“. (2014, 25. Januar). Svoboda. http://www.old.svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/046864

Vse tilky pochynaetsia. (2014). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=L8WHzVEYpxs

Vyrok. (2025). Yedynyi reyestr sudovykh rishen. https://reyestr.court.gov.ua/Review/126543286

Yarosh, Allo! eto Kii. (2015). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=9lxz9_Mh4V8

Zasidannia vid 05.06.2018 u spravi pro «Vbyvstva liudei 20.02.2014 pid chas Evromaidanu». (2018). Sudova Vlada Ukrainy. https://www.youtube.com/watch?v=sxLWJGQJWXg

Zvit tymchasovoi slidchoi komisii Verkhovnoi Rady Ukrainy z pytan rozsliduvannia faktiv zahybeli hromadian u mistakh Odesi, Nariupoli, a takozh inshykh mistakh Donetskoi ta Luhanskoi oblastei Ukrainy. (2014, 5. September). Verkhovna Rada Ukrainy. http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=52134

Open Access Dieses Kapitel ist lizenziert unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/), die die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verteilung und Reproduktion in jedem Medium oder Format erlaubt, solange Sie den ursprünglichen Autor(en) und die Quelle angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder anderes Drittmaterial in diesem Kapitel sind, sofern nicht anders in einem Urhebervermerk angegeben, in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten. Wenn Material nicht in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten ist und Ihre beabsichtigte

Nutzung durch gesetzliche Vorschriften nicht erlaubt wird oder die erlaubte Nutzung übersteigt, müssen Sie direkt vom Inhaber des Urheberrechts die Erlaubnis einholen.

Kapitel 7: Regionale politische Teilungen in der Ukraine seit dem Euromaidan

7.1 Widersprüchliche Narrative und frühere Studien

Dieses Kapitel analysiert Veränderungen des regionalen Wahlverhaltens und der Einstellungen zum Separatismus und zur außenpolitischen Orientierung in der Ukraine nach der „Orangen Revolution" und dem Euromaidan, der sich zu einem gewaltsamen inneren Konflikt und zu einem der größten internationalen Konflikte unter Beteiligung westlicher Staaten und Russlands entwickelte. Es untersucht Veränderungen der regionalen Unterstützung für pro-nationalistische/pro-westliche und pro-russische/pro-kommunistische politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten, für den Separatismus sowie der Einstellungen zur Mitgliedschaft in der EU, der NATO und der Zollunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans und zu den bevorzugten Beziehungen zu Russland vor und nach dem Euromaidan 2014.

Während viele frühere akademische Untersuchungen das Bestehen starker regionaler politischer Teilungen in der unabhängigen Ukraine nachwiesen, konzentrierten sich die meisten von ihnen auf solche Teilungen vor der „Orangen Revolution" und dem Euromaidan. Sie identifizierten erhebliche regionale Unterschiede bei der Unterstützung nationalistischer und pro-westlicher Parteien und Politiker gegenüber pro-russischen und pro-kommunistischen Parteien und Politikern bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991. Seit 1991 durchgeführte Meinungsumfragen zeigten ebenfalls regionale Spaltungen bei vielen wichtigen Fragen der Innenpolitik und der außenpolitischen Orientierung, etwa beim Status der russischen Sprache, der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und ihren Beziehungen zu Russland (siehe beispielsweise Barrington & Herron, 2004; Colton, 2011; Katchanovski, 2006a, 2006b, 2007, 2014; Petro, 2023).

Die Mehrheit der früheren Studien konzentrierte sich jedoch auf die Analyse einer einzelnen Wahl oder Umfrage, und die meisten von ihnen untersuchten keine Veränderungen der regionalen Teilungen, insbesondere nicht der Unterstützung für politische Parteien, Präsidentschaftskandidaten und den Separatismus sowie der Einstellungen gegenüber den außenpolitischen Orientierungen der Ukraine nach dem Euromaidan 2014.

Trotz solcher erheblicher und dauerhafter regionaler Teilungen hielten nur wenige Wissenschaftler vor dem Euromaidan eine territoriale Auflösung oder einen gewaltsamen regionalen Konflikt in der Ukraine für bedeutende Möglichkeiten (Colton, 2011; Darden, 2010; Katchanovski, 2006a, 2007). So argumentierte eine buchlange Studie über regionale Spaltungen und Konflikte in der Ukraine und Moldau, dass die Ukraine während der „Orangen Revolution" einem gewaltsamen Zerfall nahe gekommen sei und dass die Möglichkeit eines solchen

gewaltsamen Zerfalls der Ukraine ähnlich wie in Moldau fortbestehe und von den politischen Führern in der Ukraine und Russland abhänge (Katchanovski, 2006a).

Die ukrainische Regierung und die Medien sowie zu einem großen Teil ihre westlichen Gegenstücke charakterisierten den Separatismus in der Ukraine als marginal unterstützt, auch in der Krim und im Donbas. Die Ergebnisse von Referenden, die Separatisten in diesen Regionen nach ihrer dortigen Machtübernahme abhielten, stellten sie als nicht die öffentlichen Präferenzen widerspiegelnd dar. Der Anstieg des Separatismus in beiden Regionen wurde überwiegend einer direkten militärischen Intervention Russlands zugeschrieben. Die ukrainische und die westlichen Regierungen sowie die Medien stellten die separatistische Rebellion im Donbas als von Beginn an im Frühjahr 2014 von bewaffneten russischen Militäreinheiten und russischen Militärgeheimdienstagenten begonnen und geführt dar, denen die Unterstützung in der Bevölkerung fehlte. Im Gegensatz dazu stellten die russische Regierung und die Medien den Separatismus in der gesamten Ost- und Südukraine als breit in der Bevölkerung verankert dar. Der russische Präsident Putin bezeichnete diesen Teil der Ukraine als Noworossija (Neurussland), den Namen einer historischen Region, als sie zum Russischen Reich gehörte.

Die Auswirkungen des Euromaidan auf Veränderungen des Regionalismus wurden als bedeutender erwartet als die der „Orangen Revolution". Im Gegensatz zu den friedlichen und relativ allmählichen und evolutionären Veränderungen nach der „Orangen Revolution" bewirkte der Euromaidan radikalere Veränderungen in der Regierung, im politischen System, bei den politischen Parteien und in den auswärtigen Beziehungen. Die pro-westliche Regierung kam nach dem Euromaidan infolge eines gewaltsamen Sturzes der relativ pro-russischen Regierung an die Macht.

Ebenso brachte der Euromaidan – im Gegensatz zu einer Bewegung hin zu einem vergleichsweise demokratischeren, aber weiterhin halb-demokratischen politischen System und zu relativ freien und fairen Wahlen nach der „Orangen Revolution" – den Regierungswechsel nicht durch demokratische Wahlen zustande, sondern mit Hilfe eines gewaltsamen Sturzes einer demokratisch gewählten Regierung, die sich in eine autoritärere Richtung bewegte.

Das politische System verschob sich nach dem Euromaidan deutlich in Richtung eines autoritäreren Spektrums. Beispielsweise wurden die Führer und viele führende Mitglieder der wichtigsten Oppositionsparteien wie der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei Ziel politisch motivierter selektiver Strafverfolgungen, und zwar sowohl wegen in unterschiedlichem Maße begründeter Anschuldigungen wie Korruption als auch wegen erfundener Anschuldigungen des Massenmords an den Maidan-Protestierenden und des Separatismus. Das Ausmaß solcher Strafverfolgungen übertraf bei Weitem ähnliche politisch motivierte selektive Strafverfolgungen von Oppositionsführern und Aktivisten wie Julija Tymoschenko wegen verschiedener Straftaten während der Regierung Janukowytsch. Darüber hinaus wurden viele Führer und Aktivisten der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei sowie ihre und ihrer Parteien Büros und Häuser Opfer gewaltsamer Angriffe und Übergriffe durch rechtsextreme Organisationen und Gruppen wie den Rechten Sektor, Swoboda, deren neonazistische C14-Parteiorganisation und die Maidan-Selbstverteidigung. Solche Gewalt

und Gewaltandrohungen richteten sich auch gegen viele Parlamentsabgeordnete dieser Oppositionsparteien. Zum ersten Mal seit der Perestroika in der sowjetischen Ukraine Ende der 1980er Jahre gab es bei der absoluten Mehrheit der Parlamentsabstimmungen keine Gegenstimmen zu der verabschiedeten Gesetzgebung. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen 2014 war hinsichtlich der Beteiligung der Opposition die am wenigsten freie und faire in der postsowjetischen Ukraine. So wurden alle drei pro-russischen und Kommunistische-Partei-Kandidaten während des Wahlkampfs von der extremen Rechten und anderen Maidan-Aktivisten öffentlich tätlich angegriffen, und zwei von ihnen schieden aus dem Rennen aus. Alle großen Fernsehsender, einschließlich der von früheren pro-Janukowytsch-Oligarchen kontrollierten, vertraten nach dem Euromaidan und während des Bürgerkriegs im Donbas regierungsfreundliche Positionen. Russische Fernsehsender wurden in der Ukraine offiziell verboten, und frühere pro-Janukowytsch-Fernsehsender sowie pro-russische, pro-kommunistische oder pro-separatistische Medien wurden häufig von der extremen Rechten oder den zentralen Behörden ins Visier genommen, um sie zu zwingen, ihre Berichterstattung zu ändern oder einzustellen.

Die Euromaidan-Regierung verbot separatistische Parteien und Organisationen in der Ukraine, leitete ein Verbot der Kommunistischen Partei aufgrund überwiegend haltloser Separatismusvorwürfe ein und versuchte, die separatistische Rebellion im Donbas mit Hilfe von Militärgewalt, der Nationalgarde und paramilitärischen Formationen zu unterdrücken, von denen viele von rechtsextremen Parteien und Organisationen geführt wurden oder an denen diese beteiligt waren. Bewaffnete Separatisten wurden als Terroristen gebrandmarkt. Viele separatistische Führer und Aktivisten wurden verhaftet. Etwa 40 pro-russische separatistische Demonstranten und Beschäftigte in einem Gewerkschaftsgebäude wurden am 2. Mai 2014 in Odessa in der Südukraine bei einem Brand getötet, der das Ergebnis eines von rechtsextremen Aktivisten und Demonstranten des Rechten Sektors angeführten Angriffs war, insbesondere der Sozial-Nationalen Versammlung, von Fußball-Ultras und Mitgliedern der Maidan-Selbstverteidigung, wobei die Polizei angewiesen worden war, während dieses Massakers nicht einzugreifen (siehe Kapitel 6).

In ähnlicher Weise ergriffen pro-russische Separatisten nach dem Euromaidan mit Hilfe von Gewalt oder Gewaltandrohung in der Krim sowie in den Regionen Donezk und Luhansk die Macht. Sie leisteten den ukrainischen Kräften bewaffneten Widerstand. Eine beträchtliche Zahl separatistischer Führer und Aktivisten waren Mitglieder von oder verbunden mit pro-russischen oder russischen radikalnationalistischen Organisationen mit Sitz in der Ost- und Südukraine und in Russland. In den von Separatisten kontrollierten Gebieten der Krim und des Donbas waren regierungsnahe ukrainische Parteien und Organisationen in ihrer Fähigkeit, weiter zu funktionieren, im Allgemeinen eingeschränkt oder daran gehindert, und viele ihrer lokalen Führer und Aktivisten waren Gewalt, Gewaltandrohungen oder Inhaftierung ausgesetzt. Die Ausstrahlung der meisten großen ukrainischen Fernsehsender wurde von Separatisten in der Krim und in den von ihnen kontrollierten Gebieten des Donbas eingestellt.

Diese Studie folgt früheren Studien darin, Separatismus als sowohl eine offene Abspaltung als auch eine größere regionale Autonomie zu definieren, die von der Zentralregierung nicht unterstützt werden (siehe beispielsweise Cabestan & Pavković 2013; Katchanovski, 2005, 2006a). In der Ukraine umfasst Separatismus nicht nur eine einseitige Abspaltung, sondern auch eine einseitige regionale Autonomie, insbesondere eine Bewegung von einem bestehenden Einheitsstaat hin zum Föderalismus (siehe Kapitel 5; Katchanovski, 2006a, 2014).

Frühere Umfragen und Studien zeigten, dass Westukrainer bei den Massenprotesten gegen die Regierung sowohl während der „Orangen Revolution" als auch während des Euromaidan deutlich überrepräsentiert waren. Diese Überrepräsentation zeigte sich in weiter verbreiteten und zahlreicheren Protesten in den Regionen der Westukraine im Vergleich zum Osten und Süden und in geringerem Maße zum Zentrum. Westukrainer waren auch unter den Protestierenden in der Stadt Kiew, die im Zentrum der Ukraine liegt, deutlich überrepräsentiert. Umgekehrt waren die Bewohner der östlichen und südlichen Regionen bei den pro-Maidan-Protesten in Kiew deutlich unterrepräsentiert, und solche Massenprotestaktionen gegen die Regierung Janukowytsch waren in diesen Regionen viel weniger zahlreich und weniger besucht (siehe Kapitel 2; Katchanovski, 2006a).

Frühere Studien zeigen, dass die Krim und der Donbas die beiden wichtigsten Regionen mit einer Geschichte eines bedeutenden pro-russischen Separatismus in der unabhängigen Ukraine waren. Separatistische Einstellungen in diesen Regionen wuchsen während oder im Gefolge größerer politischer Krisen rasch an, die mit einem Sieg pro-westlicher und nationalistischer Kräfte endeten und daher als negativ auf diese Regionen wirkend wahrgenommen wurden (Katchanovski, 2006a, 2010). Zu solchen Krisen gehörten der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und die „Orange Revolution" 2004. Da der Euromaidan eine weitere solche große politische Krise darstellte, dürften separatistische Präferenzen in beiden Regionen zugenommen haben.

Theorien der politischen Kultur oder der Werte führen regionale Teilungen in der Ukraine auf unterschiedliche politische Werte zurück, die sich über einen kurzen Zeitraum kaum radikal ändern dürften. Ausgeprägte regionale politische Kulturen entstanden infolge unterschiedlicher historischer Erfahrungen vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Sieben westukrainische Regionen erlebten zwischen den Weltkriegen polnische, tschechoslowakische und rumänische Herrschaft. Die politische Kultur in den meisten dieser Regionen wurde zudem durch das Erbe der österreichisch-ungarischen Herrschaft vor dem Ersten Weltkrieg und durch die griechisch-katholische Kirche geprägt. Nationalistische und pro-westliche Werte entwickelten sich in den Regionen der historischen Westukraine, d. h. in Regionen, die infolge des Zweiten Weltkriegs Teil der sowjetischen Ukraine wurden. Im Gegensatz dazu entwickelte sich in den östlichen und südlichen Regionen infolge langer Perioden erst russischer und dann sowjetischer Herrschaft eine pro-russische und pro-kommunistische politische Kultur. Es gab jedoch auch erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen der Westukraine wie Galizien, Bukowina, Transkarpatien und Wolhynien sowie zwischen den Regionen des Zentrums, des Ostens und des Südens (siehe Katchanovski, 2006a, 2006b, 2007).

Gemeinsame regionale historische Erfahrungen vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg prägten die politischen Werte und Normen der in derselben Region lebenden Ukrainer in ähnlicher Richtung. Diese historischen Perioden stellten entscheidende Weichenstellungen in der Entwicklung ausgeprägter regionaler politischer Kulturen dar. Sie fielen mit der Herausbildung nationaler Identitäten und der Massenbildung der Bevölkerung zusammen. Diese politischen Werte wurden von einer Generation an die nächste weitergegeben, einschließlich an die postsowjetische Generation in der unabhängigen Ukraine. Politische Werte ändern sich über einen langen Zeitraum allmählich, im Gegensatz zu politischen Einstellungen, die weitaus wechselhafter sind. Veränderungen des Wahlverhaltens und der Einstellungen über einen erheblichen Zeitraum können einen Trend bei den politischen Werten anzeigen. Aus diesem Grund können häufig analysierte Ergebnisse einer einzelnen Wahl oder Umfrage, beispielsweise der Präsidentschaftswahlen von 2004 oder 2014, nicht als verlässlicher Indikator für die politische Kultur der Ukrainer angesehen werden.

Frühere Studien identifizierten zudem weitere Faktoren, die das Wahlverhalten, die außenpolitische Orientierung und die Unterstützung für Separatismus beeinflussen können, darunter Ethnizität, Sprache, Religion, Alter und wirtschaftliches Wohlergehen. Viele frühere Studien führten den politischen Regionalismus in der Ukraine auf die Rolle ethnischer, sprachlicher, wirtschaftlicher oder geografischer Faktoren zurück. Beispielsweise haben geografisch westliche Regionen weit höhere Anteile ethnischer Ukrainer und ukrainischsprachiger Personen und weit geringere Anteile ethnischer Russen und russischsprachiger Personen als der Süden und der Osten. Konkret bilden ethnische Russen die Mehrheit der Bevölkerung in der Krim und nahezu die Hälfte der Bevölkerung in den Regionen Donezk und Luhansk (Donbas). Östliche Regionen sind im Vergleich zum Westen im Allgemeinen wirtschaftlich stärker entwickelt, industrialisierter und urbanisierter.

Diese Studie klassifiziert die regionale Unterstützung für politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten nach ihren ideologischen und außenpolitischen Orientierungen. Sie gruppiert Parteien oder Präsidentschaftskandidaten in zwei breite Kategorien: pro-westlich/pro-nationalistisch und pro-russisch/pro-kommunistisch. Die Kategorie pro-nationalistisch/pro-westlich umfasst politische Parteien, Wahlblöcke und Präsidentschaftskandidaten, die öffentlich eine pro-westliche außenpolitische Orientierung betonen, insbesondere die Mitgliedschaft sowohl in der EU als auch in der NATO, oder nationalistische Ideen vertreten, wie die Ukrainisierung aller Regierungsebenen, der Sekundar- und Hochschulbildung und der Massenmedien. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 gehörten beispielsweise folgende Präsidentschaftskandidaten zu dieser Gruppe: Julija Tymoschenko, Oleh Ljaschko, Anatolij Hryzenko, Oleh Tjahnybok und Dmytro Jarosch.

Die Kategorie pro-russisch/pro-kommunistisch umfasst Parteien, Blöcke und Präsidentschaftskandidaten, die öffentlich dafür eintraten, der russischen Sprache den Status einer offiziellen Sprache zu verleihen, der von Russland geführten Zollunion beizutreten und/oder als Nachfolger des ukrainischen republikanischen Zweigs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gelten. Die Einbeziehung pro-russischer und pro-kommunistischer Parteien

oder Kandidaten in eine einzige Kategorie spiegelt die Tatsache wider, dass die pro-kommunistischen Parteien und Präsidentschaftskandidaten tendenziell den offiziellen Status der russischen Sprache und eine pro-russische außenpolitische Orientierung unterstützten. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 gehörten folgende Kandidaten zu den pro-russischen/pro-kommunistischen Kandidaten: Mychajlo Dobkin, Petro Symonenko und Oleh Zarjow. Jurij Boiko wird als der einzige solche Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2019 eingestuft.

Die pro-russische/pro-kommunistische Position von Parteien und Präsidentschaftskandidaten ist eine relative Position auf dem kontinuierlichen politischen Spektrum und impliziert nicht die extreme Position auf diesem Spektrum. Keine große Partei und kein wichtiger Präsidentschaftskandidat in der Ukraine unterstützte während seiner Wahlkämpfe öffentlich die Abspaltung von Regionen der Ukraine oder den Beitritt zu Russland. Alle großen pro-russischen Parteien in der Ukraine wandten sich öffentlich gegen die Donbas-Separatisten, die russische Annexion der Krim und die russische Invasion der Ukraine 2022.

Eine solche Klassifizierung soll in erster Linie die Wahrnehmungen der ideologischen und außenpolitischen Orientierungen von Parteien und Präsidentschaftskandidaten durch die Wähler abbilden. Viele politische Führer und politische Parteien in der Ukraine verfolgen ihre eigenen Geschäftsinteressen oder die Interessen von Oligarchen und ändern häufig ihre ideologischen Positionen in Schlüsselfragen. Beispielsweise gewann Wolodymyr Selenskyj die Präsidentschaftswahlen 2019 mit einer zentristischen und populistischen Plattform, wobei er eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts im Donbas versprach. Er trat gegen den amtierenden Präsidenten und Oligarchen Petro Poroschenko an, der sich nach seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2014 dem Nationalismus zuwandte und mit einer Plattform von Armee, Glaube und Sprache antrat und die Ziele der NATO- und EU-Mitgliedschaft betonte, indem er sie zu Bestandteilen der Verfassung machte. Poroschenko bezeichnete Selenskyj, der russischsprachig war, während seines Wahlkampfs sogar als pro-russisch. Selenskyj gab jedoch seit 2020 unter dem Druck der extremen Rechten und des Westens auch seine wichtigsten Wahlversprechen auf und wandte sich einer ähnlichen pro-westlichen und pro-nationalistischen Politik wie Poroschenko zu.

Eine kurze nationale Umfrage, die im April/Mai 2014 vom KIIS für den Autor durchgeführt wurde, liefert Daten zur Unterstützung des Separatismus in der Ukraine. Diese Umfrage umfasste nicht die Krim, da diese damals von Russland annektiert worden war.

7.2 Regionale Unterstützung für Präsidentschaftskandidaten und politische Parteien

Die Stimmen für pro-westliche/pro-nationalistische Kandidaten stiegen bei den Präsidentschaftswahlen 2014 und 2019 in allen Regionen der Ukraine mit Ausnahme von Lwiw und Iwano-Frankiwsk im Vergleich zu den Wahlen 2010 deutlich an. Im Gegensatz dazu sank das kombinierte Unterstützungsniveau für Wiktor Juschtschenko und andere pro-nationalistische/pro-westliche Kandidaten in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2010 im Vergleich zu 2004 erheblich. Umgekehrt ging die Stimmenzahl für pro-russische/pro-

kommunistische Präsidentschaftskandidaten 2014 in allen Regionen zurück, und auch in der ersten Runde der Wahlen 2010 sank sie im Vergleich zu 2004. Die Stimmenzahl für den einzigen pro-russischen Kandidaten stieg jedoch in den meisten Regionen deutlich an, am stärksten im Osten. Ähnliche regionale Veränderungen gab es bei den Stimmen für pro-russische und pro-kommunistische Parteien (siehe Tabelle 7.1).

Region	**Pro-westlich/pro-nationalistisch**				**Pro-russisch/pro-kommunistisch**			
	2004	2010	2014	2019	2004	2010	2014	2019
Westen								
Tschernivzi	67	10	34	53	25	21	1	9
Iwano-Frankiwsk	89	31	31	74	7	6	0	1
Lwiw	87	38	26	82	9	6	0	1
Riwne	69	11	37	65	25	15	1	4
Ternopil	88	33	35	79	9	11	0	2
Transkarpatien	47	8	26	44	44	32	3	7
Wolhynien	77	9	40	68	17	12	1	4
Osten								
Dnipropetrowsk	19	3	24	28	70	46	8	12
Donezk	3	1	16	23	93	80	11	37
Charkiw	15	3	17	26	74	55	29	27
Luhansk	5	1	20	19	90	76	13	44
Saporischschja	17	2	22	29	74	56	10	19
Süden								
Krim	12	2	-	-	81	66	-	-

Cherson	32	4	25	38	58	48	6	16
Mykolajiw	18	3	20	32	71	57	8	17
Odessa	17	3	18	27	72	54	8	22
Zentrum								
Tscherkassy	58	8	37	59	36	22	1	6
Tscharnihiw	43	5	44	60	49	25	2	7
Chmelnyzkyj	58	6	36	64	35	18	1	5
Stadt Kiew	62	9	25	60	24	19	1	6
Region Kiew	60	6	30	58	32	18	1	5
Kirowohrad	39	3	35	50	53	32	3	9
Poltawa	44	5	32	48	49	31	3	9
Sumy	53	7	31	50	39	25	4	11
Winnyzja	60	5	26	65	34	19	1	5
Schytomyr	44	5	31	58	48	28	2	7

Table 7.1 Regional vote for presidential candidates in the first rounds o presidential elections in 2004–2019, %

Region	*Pro-Western/pro-nationalist*				*Pro-Russian/pro-communis*		
	2004	*2010*	*2014*	*2019*	*2004*	*2010*	*2014*
West							
Chernivtsi	67	10	34	53	25	21	1
Ivano-Frankivsk	89	31	31	74	7	6	0
Lviv	87	38	26	82	9	6	0
Rivne	69	11	37	65	25	15	1
Ternopil	88	33	35	79	9	11	0
Transcarpathia	47	8	26	44	44	32	3
Volyn	77	9	40	68	17	12	1
East							
Dnipropetrovsk	19	3	24	28	70	46	8
Donetsk	3	1	16	23	93	80	11
Kharkiv	15	3	17	26	74	55	29
Luhansk	5	1	20	19	90	76	13
Zaporizhzhia	17	2	22	29	74	56	10
South							
Crimea	12	2	-	-	81	66	-
Kherson	32	4	25	38	58	48	6
Mykolaiv	18	3	20	32	71	57	8
Odesa	17	3	18	27	72	54	8
Center							
Cherkassy	58	8	37	59	36	22	1
Chernihiv	43	5	44	60	49	25	2
Khmelnytsky	58	6	36	64	35	18	1
Kyiv City	62	9	25	60	24	19	1
Kyiv Region	60	6	30	58	32	18	1
Kirovohrad	39	3	35	50	53	32	3
Poltava	44	5	32	48	49	31	3
Sumy	53	7	31	50	39	25	4
Vinnytsia	60	5	26	65	34	19	1
Zhytomyr	44	5	31	58	48	28	2

Source Calculated from Central Electoral Commission election results, http://www.cvk.gov.ua

these elections. The April/May 2014 KIIS survey shows that that th

Tabelle 7.1 *Regionale Abstimmung für Präsidentschaftskandidaten in den ersten Runden der Präsidentschaftswahlen 2004–2019, %*

Quelle: Berechnet nach den Wahlergebnissen der Zentralen Wahlkommission, http://www.cvk.gov.ua

Tabelle 7.1 zeigt, dass bei den Wahlen 2004, 2010, 2014 und 2019 erhebliche regionale Unterschiede bei den Stimmen für beide Gruppen von Präsidentschaftskandidaten fortbestanden. Pro-westliche/pro-nationalistische Kandidaten erhielten in der Westukraine und in geringerem Maße im Zentrum weit mehr Unterstützung als im Osten und im Süden. Das Ausmaß der regionalen Unterschiede nahm seit dem Euromaidan jedoch deutlich ab.

Ebenso blieb die Unterstützung für pro-westliche/pro-nationalistische Parteien in der Westukraine und in geringerem Maße im Zentrum bei allen Parlamentswahlen 2002–2019 viel höher als im Süden und im Osten. Die Stimmen für die pro-russischen/pro-kommunistischen Parteien waren bei allen Wahlen in den südlichen und östlichen Regionen viel höher als in der West- und in geringerem Maße der Zentralukraine. Hinsichtlich der regionalen Unterschiede gab es Veränderungen ähnlich denen bei den Präsidentschaftswahlen (siehe Tabelle 7.2).

Region	**Pro-westlich/ pro-nationalistisch**						**Pro-russisch/ pro-kommunistisch**					
	2002	2006	2007	2012	2014	2019	2002	2006	2007	2012	2014	2019
Westen												
Tschernivzi	46	31	21	50	66	36	20	21	23	26	4	11
Iwano-Frankiwsk	75	55	40	75	77	61	6	5	5	7	1	2
Lwiw	64	49	39	76	76	73	9	6	6	7	1	2
Riwne	55	36	22	56	66	51	21	17	15	22	3	6
Tern	69	49	39	74	75	67	5	7	5	8	1	3

opil												
Transkarpatien	37	30	32	38	55	33	21	25	26	36	4	13
Wolhynien	58	30	21	59	73	50	17	11	12	20	3	5
Osten												
Dnipro (Dnipropetrowsk)	6	7	7	24	41	19	56	58	59	55	30	19
Donezk	3	2	2	7	19	12	76	88	89	84	49	53
Charkiw	6	7	8	20	32	17	59	64	63	62	41	36
Luhansk	4	2	2	7	22	12	67	85	86	83	48	51
Saporischschja	8	7	5	19	36	19	54	66	68	62	32	28
Süden												
Krim	9	8	7	13	-	-	55	71	77	74	-	-
Cherson	12	11	9	27	46	27	55	54	57	53	19	19
Mykolajiw	6	7	6	22	41	22	57	64	66	60	25	20
Odessa	7	8	7	19	33	19	56	61	67	60	27	30

Zentrum												
Tscherkassy	27	16	16	49	65	40	42	29	25	28	5	7
Tscharnihiw	25	14	15	38	59	49	46	36	32	33	7	8
Chmelnyzkyj	35	23	19	51	63	43	35	23	20	28	4	7
Kropywnyzkyj (Kirowohrad)	10	11	12	39	60	39	56	37	37	40	10	12
Kiew	28	20	17	49	64	50	23	22	22	20	6	8
Region Kiew	26	16	16	48	65	48	38	23	19	27	4	7
Poltawa	21	16	15	39	59	33	51	40	35	36	9	13
Sumy	19	22	21	44	57	31	56	29	25	33	9	14
Winnyzja	29	23	19	55	51	55	43	28	21	26	4	9
Schytomyr	22	20	16	45	61	40	48	33	31	35	6	11

Vote for pro-nationalist/pro-Western and pro-Russian/pro-communist political parties and blocs in the y elections in 2002–2019, %

	Pro-Western/pro-nationalist						*Pro-Russian/pro-communist*					
	2002	*2006*	*2007*	*2012*	*2014*	*2019*	*2002*	*2006*	*2007*	*2012*	*2014*	*2019*
	46	31	21	50	66	36	20	21	23	26	4	11
sk	75	55	40	75	77	61	6	5	5	7	1	2
	64	49	39	76	76	73	9	6	6	7	1	2
	55	36	22	56	66	51	21	17	15	22	3	6
	69	49	39	74	75	67	5	7	5	8	1	3
a	37	30	32	38	55	33	21	25	26	36	4	13
	58	30	21	59	73	50	17	11	12	20	3	5
ropetrovsk)	6	7	7	24	41	19	56	58	59	55	30	19
	3	2	2	7	19	12	76	88	89	84	49	53
	6	7	8	20	32	17	59	64	63	62	41	36
	4	2	2	7	22	12	67	85	86	83	48	51
	8	7	5	19	36	19	54	66	68	62	32	28
	9	8	7	13	-	-	55	71	77	74	-	-
	12	11	9	27	46	27	55	54	57	53	19	19
	6	7	6	22	41	22	57	64	66	60	25	20
	7	8	7	19	33	19	56	61	67	60	27	30
	27	16	16	49	65	40	42	29	25	28	5	7
	25	14	15	38	59	49	46	36	32	33	7	8
	35	23	19	51	63	43	35	23	20	28	4	7

Tabelle 7.2 *Abstimmung für pro-nationalistische/pro-westliche und pro-russische/pro-kommunistische Parteien und Blöcke bei den Parlamentswahlen 2002–2019, %*

Quelle: Berechnet nach den Wahlergebnissen der Zentralen Wahlkommission, http://www.cvk.gov.ua

Diese erheblichen Veränderungen der regionalen Popularität nationalistischer/pro-westlicher und pro-russischer/pro-kommunistischer Kandidaten und Parteien nach dem Euromaidan spiegelten eine Reihe von Faktoren wider. Dazu gehörten der gewaltsame Sturz von Präsident Janukowytsch, dem das Massaker an den Maidan-Protestierenden angelastet wurde und der aus der Ukraine nach Russland floh, sowie der Konflikt mit Russland wegen der russischen Annexion der Krim und der russischen Unterstützung, einschließlich direkter militärischer Interventionen, für Separatisten im Donbas. Hinzu kam eine Hinwendung zur pro-westlichen/pro-nationalistischen Position durch Julija Tymoschenko, deren Position sich dahingehend verschob, öffentlich nicht nur die EU-, sondern auch die NATO-Mitgliedschaft zu befürworten, sowie durch viele andere Politiker und Parteien.

Darüber hinaus wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 und 2019 nicht in der Krim und im größten Teil der Regionen Donezk und Luhansk abgehalten, die bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die stärkste Unterstützung für pro-russische/pro-kommunistische Kandidaten gezeigt hatten (siehe Tabellen 7.1 und 7.2). Zudem waren die Wahlen 2014 und 2019 erheblich weniger frei und fair als die vorangegangenen Wahlen.

Eine kleine Minderheit der Wähler im Donbas nahm an den Präsidentschaftswahlen 2014 teil, bei denen Separatisten die De-facto-Macht ergriffen und diese Wahlen boykottierten. Die KIIS-Umfrage vom April/Mai 2014 zeigt, dass der Mangel an Legitimität der Zentralregierung im Donbas ein Hauptgrund für die einstellige Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 war. Etwa 70 % der Befragten in den Regionen Donezk und Luhansk gaben an, dass sie entweder nicht wählen würden oder nicht wüssten, welchen Kandidaten sie unterstützen sollten.

7.3 Unterstützung für den Separatismus in Regionen der Ukraine

Umfragen zeigten einen erheblichen Anstieg separatistischer Einstellungen in vielen südlichen und östlichen Regionen nach der „Orangen Revolution". Diese Einstellungen äußerten sich überwiegend in Form der Unterstützung für Föderalismus, insbesondere im Gefolge eines von der Partei der Regionen angeführten Vorstoßes, während der „Orangen Revolution" eine autonome Republik im Süden und Osten auszurufen (Katchanovski, 2006a). Bei der gemeinsamen Umfrage des KIIS und des Rasumkow-Zentrums im Mai 2005 unterstützten beispielsweise 61 % der Befragten im Osten (Regionen Donezk, Luhansk und Charkiw) und 42 % im Süden, verglichen mit 31 % im Zentrum und 26 % im Westen, die Föderalisierung der Ukraine. Diese Daten schließen Unentschiedene aus (siehe Otsinka, 2005).

Die im Dezember während des Euromaidan durchgeführte Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2013 zeigte einen erheblichen Rückgang der regionalen Unterschiede hinsichtlich der Unterstützung für eine föderale Ukraine, selbst wenn Unterschiede in der regionalen Klassifizierung gegenüber der Umfrage von 2005 berücksichtigt werden. 29 % der Befragten im Osten, der in dieser Umfrage als die Regionen Donezk, Luhansk, Charkiw, Dnipropetrowsk und

Saporischschja umfassend definiert wurde, und 23 % im Süden, verglichen mit 15 % sowohl im Zentrum als auch im Westen, befürworteten die Föderalisierung der Ukraine (Stavlennia, 2014). In der Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom Dezember 2013 unterstützten 10 % der Bewohner im Osten und 16 % im Süden, verglichen mit 5 % in der Westukraine und 2 % im Zentrum, die Abspaltung ihrer Region von der Ukraine und den Beitritt zu einem anderen Staat. Die Unabhängigkeit ihrer Regionen unterstützten 5 % der Befragten im Osten, 13 % im Süden, 3 % im Westen und 1 % im Zentrum.1

1 Unentschiedene sind ausgeschlossen.

Die vom Autor in Auftrag gegebene und vom 29. April bis 11. Mai 2014 in allen Regionen der Ukraine mit Ausnahme der Krim durchgeführte KIIS-Umfrage zeigte, dass die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes und der Formen separatistischer Präferenzen, einschließlich des Föderalismus, im Vergleich zum Dezember 2013 erheblich zunahmen. Die Unterstützung für verschiedene Formen des Separatismus, insbesondere den Föderalismus, sank in allen Regionen der Westukraine außer einer und im Zentrum auf 3 % (siehe Tabelle 7.3).

Allerdings zeigt diese Umfrage, dass die Mehrheit der Bewohner des Donbas im April/Mai 2014 verschiedene Formen des Separatismus unterstützte (51 % in der Region Donezk und 63 % in der Region Luhansk bzw. 60 % und 66 % ohne Unentschiedene).

Region	**Erhalt des gegenwärtigen Status innerhalb einer unitarischen Ukraine mit gegenwärtigen Befugnissen**	**Erhalt des gegenwärtigen Status innerhalb einer unitarischen Ukraine mit erweiterten Befugnissen**	**Autonomie als Teil einer föderalen Ukraine**	**Abspaltung von der Ukraine und Bildung eines unabhängigen Staates**	**Abspaltung von der Ukraine und Beitritt zu einem anderen Staat**	**Weiß nicht/nicht sicher**	**Insgesamt, %**	**N**
Westen								
Tschern iwzi	13	69	0	0	0	18	100	39
Iwano-Frankiw sk	28	52	0	0	2	18	100	60

Lwiw	16	76	0	0	0	9	100	115
Riwne	50	50	0	0	0	0	100	52
Wolhynien	26	71	0	0	0	2	100	42
Ternopil	28	68	0	0	0	4	100	50
Transkarpatien	11	84	0	0	0	6	100	55
Osten								
Dnipro (Dnipropetrowsk)	16	65	3	0	1	15	100	160
Donezk	14	22	23	12	16	15	100	198
Charkiw	20	47	14	5	7	8	100	131
Luhansk	2	33	25	4	34	4	100	114
Saporischschja	17	50	16	2	1	13	100	86
Süden								
Cherson	10	79	8	0	0	2	100	48
Mykolajiw	5	75	2	0	7	11	100	56
Odessa	38	42	9	1	1	9	100	109
Zentrum								
Tscherkassy	27	55	0	2	0	17	100	64
Chmelnyzkyj	35	41	6	4	2	12	100	68
Kropywnyzkyj (Kirowohrad)	2	83	4	0	0	11	100	47
Kiew	13	67	3	0	0	17	100	119

Region Kiew	44	55	0	0	0	1	100	80
Poltawa	32	63	3	0	3	0	100	73
Sumy	40	32	0	0	3	25	100	60
Winnyzja	29	57	4	0	0	10	100	79
Schytomyr	37	48	2	0	0	13	100	62

ble 7.3 Support for separatism in regions of Ukraine, the April–May 2014 KIIS Survey, %

	Preserving current status within unitary Ukraine with current powers	*Preserving current status within unitary Ukraine with expanded powers*	*Autonomy as a part of federal Ukraine*	*Secession from Ukraine and formation of independent state*	*Secession from Ukraine and joining another state*	*Don't know/ not sure*	*Total, %*	*N*
ımelnytsk								
·opyvnytsk	13	69	0	0	0	18	100	39
Cirovohrad ·sk	28	52	0	0	2	18	100	60
/iv	16	76	0	0	0	9	100	115
/iv Regior	50	50	0	0	0	0	100	52
)ltava	26	71	0	0	0	2	100	42
ımy	28	68	0	0	0	4	100	50
nnytsia a	11	84	0	0	0	6	100	55
ıytomyr								
)ropetrovsk)	16	65	3	0	1	15	100	160
	14	22	23	12	16	15	100	198
	20	47	14	5	7	8	100	131
	2	33	25	4	34	4	100	114
	17	50	16	2	1	13	100	86
	10	79	8	0	0	2	100	48
	5	75	2	0	7	11	100	56
	38	42	9	1	1	9	100	109
	27	55	0	2	0	17	100	64

te Excludes
rce KIIS st

Tabelle 7.3 *Unterstützung für den Separatismus in Regionen der Ukraine, KIIS-Umfrage April–Mai 2014, %*

Anmerkung: Ohne Krim Quelle: Vom Autor in Auftrag gegebene KIIS-Umfrage

Es gab auch erhebliche, aber unterschiedlich hohe Niveaus separatistischer Unterstützung in drei östlichen Regionen, die an den Donbas angrenzen (26 % in der Region Charkiw und 19 % in der Region Saporischschja), und im Süden (11 % in der Region Odessa). In allen diesen Regionen befürworteten jedoch Minderheiten die Unabhängigkeit ihrer Region oder den Beitritt ihrer Region zu Russland. Im Donbas befürworteten 23 % der Befragten Autonomie als Teil einer föderalen Ukraine, verglichen mit 8 %, die die Unabhängigkeit ihrer Region unterstützten, und 23 %, die den Beitritt ihrer Region zu Russland befürworteten (siehe Tabelle 7.3).

In den Regionen Dnipropetrowsk, Saporischschja, Odessa und Cherson gab es nur marginale Unterstützung für Unabhängigkeit oder einen Beitritt zu Russland (Tabelle 7.3). Die KIIS-Umfrage von 2014 legt nahe, dass die Ergebnisse der Referenden, die Russland während der Annexion der besetzten Teile der Regionen Cherson und Saporischschja im Oktober 2022 durchführte und die eine überwältigende Unterstützung für den Beitritt zu Russland zeigten, gefälscht waren.

Mit Ausnahme der Krim forderten viele separatistische Führer im Donbas und in anderen östlichen und südlichen Regionen wie Charkiw und Odessa zum Zeitpunkt der KIIS-Umfrage von 2014 Föderalismus und regionale Autonomie in der Ukraine. Die russische Regierung drängte damals ebenfalls auf eine ähnliche Form des Separatismus, während die Zentralregierung der Ukraine den Föderalismus ablehnte, indem sie ihn mit Separatismus gleichsetzte und Separatismus als Straftatbestand verfolgte. Umgekehrt zeigt die KIIS-Umfrage, dass die Beibehaltung des gegenwärtigen Status ihrer Regionen innerhalb einer unitarischen Ukraine, aber mit erweiterten Befugnissen, in allen Regionen außer dem Donbas mehrheitliche Unterstützung fand (Katchanovski, 2014b).

Die Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2001 in der Krim zeigte, dass 50 % der Befragten befürworteten, dass diese Region der Ukraine Teil Russlands wird, und 9 % ihre Region lieber als unabhängigen Staat sähen (Krym, 2001). In der Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2008, die kurz nach dem russisch-georgischen Krieg nach einem Versuch der georgischen Regierung, die de facto unabhängige separatistische Region Südossetien zu erobern, durchgeführt wurde, unterstützten 73 % der Krimbewohner, die sich in dieser Frage festgelegt hatten, eine Abspaltung der Krim von der Ukraine mit dem Ziel des Beitritts zu Russland (AR, 2008). Die offen separatistischen Präferenzen in der Krim sanken jedoch auf 38 % in der Umfrage des Rasumkow-Zentrums von 2009 und auf 30 % in der Umfrage von 2011 nach dem Sieg Janukowytschs bei den Präsidentschaftswahlen 2010 (Yakist, 2011).

Das Niveau von 97 % Unterstützung für einen Beitritt zu Russland bei einem Referendum in der Krim im März 2014 war wahrscheinlich in gewissem Umfang aufgebläht. In einer Umfrage des Pew Center im April 2014 erklärten jedoch 91 % der Befragten in der Krim, dass das Referendum frei und fair gewesen sei (Ukrainians, 2014). Dieses Umfrageergebnis deutet darauf hin, dass die

Unterstützung für den Separatismus in der Krim nach dem Euromaidan 2014 erheblich zunahm (siehe Kapitel 4).

7.4 Einstellungen zum Beitritt zur NATO, zur EU und zur von Russland geführten Zollunion

Eine vergleichende Analyse von Umfragen des Rasumkow-Zentrums zeigt, dass die regionalen Unterschiede hinsichtlich einer Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union nach dem Euromaidan zurückgingen, im Gegensatz zu einem Anstieg nach der „Orangen Revolution" 2004. Das Niveau der Unterstützung für einen EU-Beitritt blieb 2002–2021 in der Westukraine (80–95 %, ohne Unentschiedene) und im Zentrum (59–82 %) überwältigend. Die öffentliche Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine ging jedoch im Osten und im Süden seit der „Orangen Revolution" erheblich zurück. Während die Mehrheit der Befragten in diesen beiden Regionen (etwa 60–80 %) die EU-Mitgliedschaft vor den Präsidentschaftswahlen 2004 unterstützte, fiel das Unterstützungsniveau nach der „Orangen Revolution" im Allgemeinen unter 50 %. Unmittelbar nach dem Euromaidan ging die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft im April 2014 im Süden und im Osten weiter zurück. Die regionale Unterstützung für einen EU-Beitritt stieg im November–Dezember 2021 auf 53 % im Süden und 43 % im Osten, blieb aber weit geringer als in der Westukraine und in geringerem Maße im Zentrum. Die Umfrageergebnisse seit der Umfrage von 2014 schlossen die annektierte Krim aus dem Süden und seit der Umfrage von 2020 den von Separatisten kontrollierten Donbas aus (siehe Abb. 7.1).

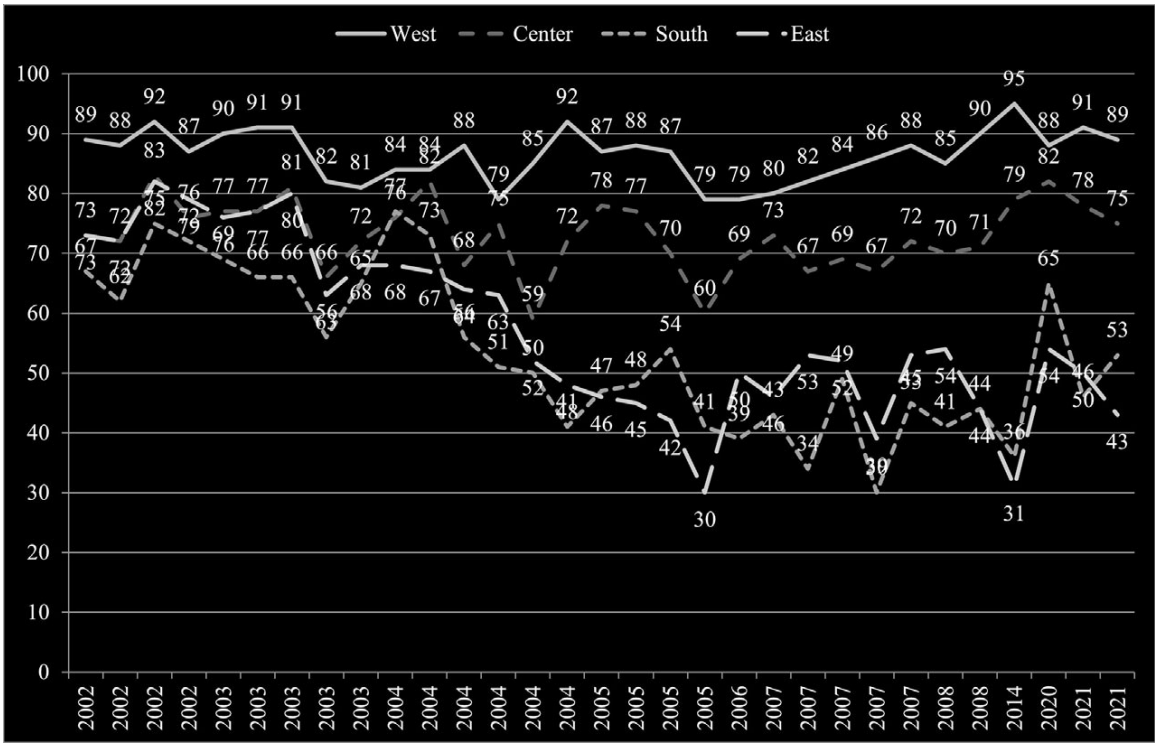


Abb. 7.1 *Regionale Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine, Umfragen des Rasumkow-Zentrums, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und „nicht sicher" sind ausgeschlossen. Ohne Krim seit April 2014 und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit Sommer 2014. Quelle:*

Berechnet nach Informatsiina (2008) und Umfragen des Rasumkow-Zentrums, http://www.uceps.org und https://razumkov.org.ua)

Umfragen des Rasumkow-Zentrums zeigen, dass die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Unterstützung für einen NATO-Beitritt der Ukraine nach der „Orangen Revolution" etwas zunahmen. Die Unterschiede zwischen der Westukraine, dem Zentrum sowie dem Osten und dem Süden in dieser Frage gingen nach dem Euromaidan zurück, blieben aber erheblich. Die regionale Unterstützung für einen NATO-Beitritt reichte im November–Dezember 2021, ohne Unentschiedene, von der überwältigenden Unterstützung von 90 % im Westen und 64 % im Zentrum bis zu einer Minderheitsunterstützung im Süden (39 %) und im Osten (36 %) (siehe Abb. 7.2).

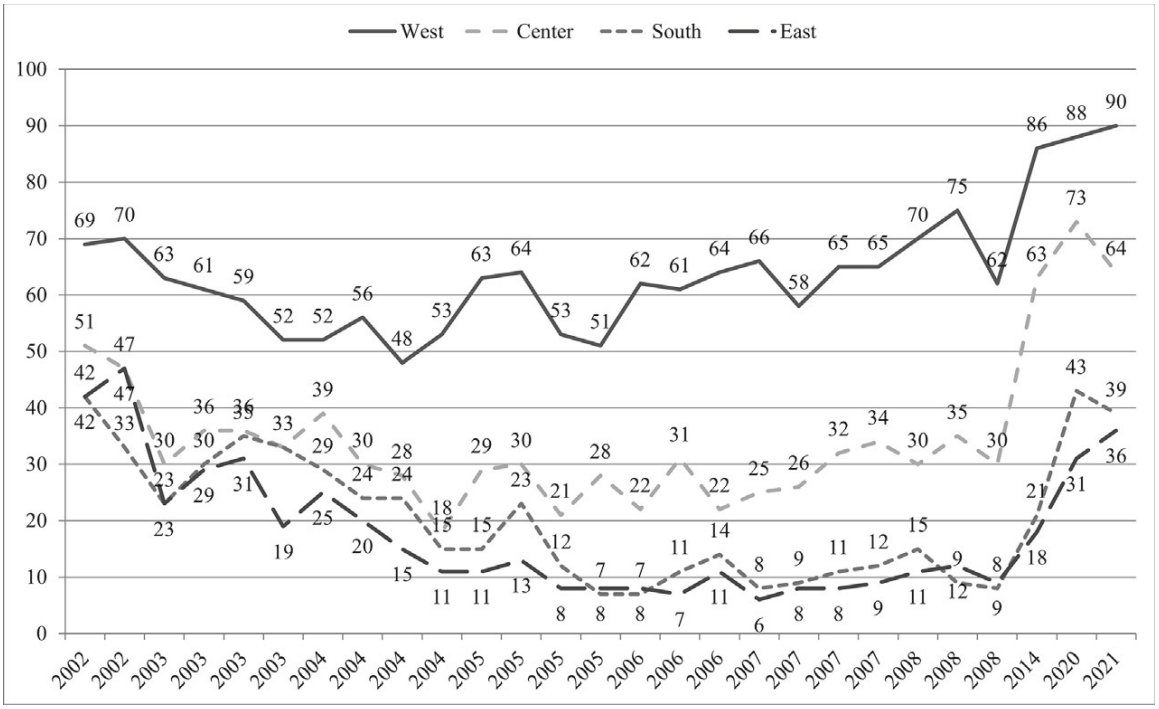


Abb. 7.2 *Regionale Abstimmung über einen NATO-Beitritt der Ukraine, wenn zum Zeitpunkt der Umfrage ein Referendum abgehalten worden wäre, Umfragen des Rasumkow-Zentrums, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und Nichtwähler sind ausgeschlossen. Ohne Krim seit April 2014 und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit Sommer 2014. Quelle: Berechnet nach Informatsiina (2008) und Umfragen des Rasumkow-Zentrums, http://www.uceps.org und https://razumkov.org.ua)*

KIIS-Umfragen zeigen das gegenteilige regionale Muster hinsichtlich eines Beitritts zur Zollunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans. Sie zeigen zudem einen Rückgang dieser Unterstützung in allen Regionen der Ukraine nach dem Euromaidan. Die Mehrheiten im Osten (86 %) und im Süden (68 %) unterstützten im November 2013, unmittelbar vor Beginn des Euromaidan, einen Beitritt der Ukraine zur von Russland geführten Zollunion. Im Vergleich dazu befürworteten damals Minderheiten der Befragten, 23 % im Westen und 43 % im Zentrum, diese Option. Im November–Dezember 2021, unmittelbar vor der russischen Invasion,

unterstützten die kleineren Mehrheiten im Osten (62 %) und im Süden (51 %), verglichen mit kleineren Minderheiten im Westen (12 %) und im Zentrum (26 %), einen Beitritt zur von Russland geführten Zollunion. Die Umfrageergebnisse von 2021 schlossen jedoch die Krim und den von Separatisten kontrollierten Donbas aus, die beiden am stärksten pro-russischen Regionen im Süden bzw. Osten der Ukraine (Abb. 7.3).

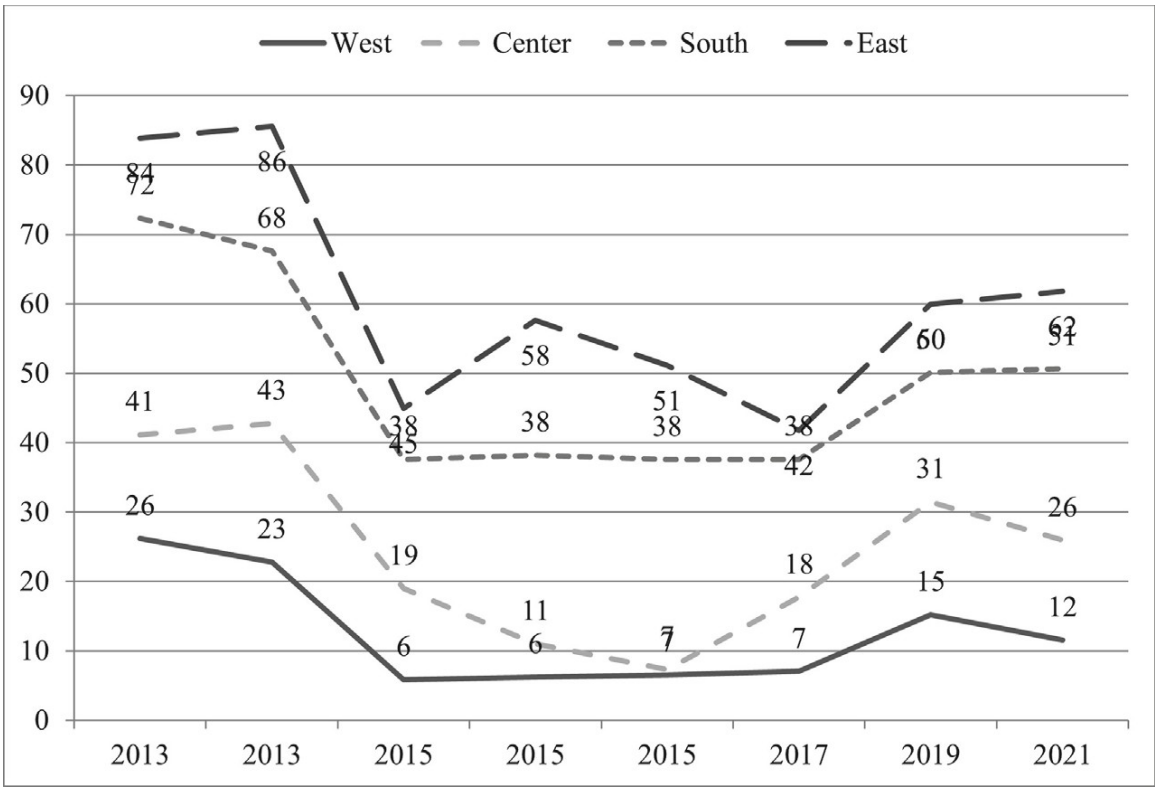


Abb. 7.3 *Regionale Abstimmung über einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan, wenn zum Zeitpunkt der Umfrage ein Referendum abgehalten worden wäre, KIIS-Umfragen, % (Anmerkung: „Weiß nicht" und Nichtwähler sind ausgeschlossen. Ohne Krim und ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas seit 2015. Quelle: Berechnet nach KIIS-Umfragen, http://kiis.com.ua)*

KIIS-Umfragen zeigen erhebliche regionale Veränderungen bei den bevorzugten Beziehungen der Ukraine zu Russland nach dem Euromaidan, im Gegensatz zu relativ bescheidenen Veränderungen nach der „Orangen Revolution". Insbesondere ging die Unterstützung für eine Vereinigung der Ukraine und Russlands zu einem Staat in allen vier Regionen in allen Umfragen seit April 2014 zurück. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Beziehungen zu Russland blieben jedoch in vielen Fällen erheblich. Beispielsweise bevorzugten 11 % der Befragten im Osten und 8 % im Süden, verglichen mit 1 % im Westen und 3 % im Zentrum, in der ersten Hälfte des Februar 2022 eine Vereinigung der Ukraine mit Russland. Eine solche Unterstützung reichte 1996 von 6 % im Westen bis zur Hälfte (49 %) der Befragten im Osten (Tabelle 7.4). Bemerkenswert ist, dass die Umfrage des Rasumkow-Zentrums im April 2014 zeigte, dass 70 %

der Befragten im Westen, 66 % im Zentrum, 53 % im Süden und 40 % im Osten glaubten, dass es einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland gebe.

Die östlichen und südlichen Regionen wiesen in verschiedenen KIIS-Umfragen auch höhere Niveaus der Unterstützung für freundschaftliche, aber unabhängige Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland mit offenen Grenzen, ohne Visa oder Zoll, auf. Beispielsweise befürworteten im Februar 2022, unmittelbar vor der russischen Invasion, die Mehrheiten, 65 % der Befragten im Osten und 56 % im Süden, verglichen mit 42 % im Westen und 47 % im Zentrum, solche Beziehungen zu Russland. Umgekehrt vertrat ein weit höherer Anteil der Befragten im Westen und im Zentrum als in anderen Regionen weiterhin die Auffassung, dass die Ukraine und Russland wie andere unabhängige Länder mit geschlossenen Grenzen und mit Visa sein sollten (siehe Tabelle 7.4).

Bevorzugte Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland	**Zeitraum**	**Westen**	**Zentrum**	**Süden**	**Osten**
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossenen Grenzen, Visa und Zoll	1996	50	10	5	6
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossenen Grenzen, Visa und Zoll	2008	33	11	7	4
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossenen Grenzen, Visa und Zoll	April 2014	55	44	21	11
Unabhängige, aber freundschaftliche Länder mit offenen	1996	43	75	55	45

Grenzen (keine Visa und Zoll)					
Unabhängige, aber freundschaftliche Länder mit offenen Grenzen (keine Visa und Zoll)	2008	62	69	60	49
Unabhängige, aber freundschaftliche Länder mit offenen Grenzen (keine Visa und Zoll)	April 2014	45	53	72	62
Vereinigung zu einem Staat	1996	6	15	40	49
Vereinigung zu einem Staat	2008	5	20	33	47
Vereinigung zu einem Staat	April 2014	0	3	7	27
Insgesamt (Prozent)	1996	100	100	100	100
Insgesamt (Prozent)	2008	100	100	100	100
Insgesamt (Prozent)	April 2014	100	100	100	100
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossene	September 2014	75	62	41*	8**

n Grenzen, Visa und Zoll					
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossene n Grenzen, Visa und Zoll	2021	54	44	30	27
Wie andere unabhängige Länder mit geschlossene n Grenzen, Visa und Zoll	5.–13. Februar 2022	57	51	36*	24**
Unabhängige , aber freundschaftl iche Länder mit offenen Grenzen (keine Visa und Zoll)	September 2014	24	36	54*	78**
Unabhängige , aber freundschaftl iche Länder mit offenen Grenzen (keine Visa und Zoll)	2021	40	47	63	64
Unabhängige , aber freundschaftl iche Länder mit offenen Grenzen (keine Visa und Zoll)	5.–13. Februar 2022	42	47	56*	65**
Vereinigung	September	0	2	6*	13**

zu einem Staat	2014				
Vereinigung zu einem Staat	2021	4	7	7	7
Vereinigung zu einem Staat	5.–13. Februar 2022	1	3	8*	11**
Insgesamt (Prozent)	September 2014	100	100	100*	100**
Insgesamt (Prozent)	2021	100	100	100	100
Insgesamt (Prozent)	5.–13. Februar 2022	100	100	100*	100**

Regional differences in views of preferred relations between Ukraine and Russia in Ukraine in 1996–2022 (KIIS surveys), %

	1996				*2008*				*April 2014*			
	West	*Center*	*South*	*East*	*West*	*Center*	*South*	*East*	*West*	*Center*	*South**	*East*
lependent countries with , visas and customs	50	10	5	6	33	11	7	4	55	44	21	11
out friendly countries with (no visas and customs)	43	75	55	45	62	69	60	49	45	53	72	62
o one state	6	15	40	49	5	20	33	47	0	3	7	27
)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	September 2014				2021				February 5–13, 2022			
	West	Center	South*	East**	West	Center	South	East	West	Center	South*	East**
lependent countries with , visas and customs	75	62	41	8	54	44	30	27	57	51	36	24
out friendly countries with (no visas and customs)	24	36	54	78	40	47	63	64	42	47	56	65
o one state	0	2	6	13	4	7	7	7	1	3	8	11
)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

'Not sure." *Docs not include Crimea. **Docs not include separatist-controlled Donbas
d from KIIS surveys, http://kiis.com.ua

Tabelle 7.4 *Regionale Unterschiede in den Ansichten über die bevorzugten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland in der Ukraine 1996–2022 (KIIS-Umfragen), %*

Anmerkung: Ohne „Nicht sicher". *Ohne Krim.* *Ohne den von Separatisten kontrollierten Donbas
Quelle: Berechnet nach KIIS-Umfragen, http://kiis.com.ua

Die Analyse verschiedener Umfragen und anderer Belege seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 legt nahe, dass es in allen Regionen der Ukraine mit Ausnahme der von Russland annektierten Krim und des von Separatisten kontrollierten und anschließend von Russland annektierten Teils des Donbas einen dramatischen Rückgang pro-russischer Einstellungen und einen erheblichen Anstieg der pro-westlichen Orientierung, etwa eines NATO- und EU-Beitritts, gab. Bestimmte Umfrageergebnisse seit der russischen Invasion sind jedoch in erheblichem Maße unzuverlässig und daher mit den Umfragen vor der Invasion nicht direkt vergleichbar. Erhebliche Bevölkerungsveränderungen infolge der russischen Annexionen von Teilen des Ostens und des Südens und der Abwanderung von etwa einem Viertel der Vorkriegsbevölkerung in andere Länder während des Krieges, soziale Erwünschtheitsverzerrung und die Angst, Meinungen zu äußern, die die aktuellen Regierungspolitiken der Ukraine kritisieren, beeinträchtigten die Validität und Zuverlässigkeit der Umfragen während des Krieges erheblich.

Literaturverzeichnis

Barrington, L., & Herron, E. (2004). One Ukraine or many? Regionalism in Ukraine and its political consequences. Nationalities Papers, 32(1), 53–86.

Cabestan, J.-P., & Pavković, A. (Eds.). (2013). Secessionism and separatism in Europe and Asia: To have a state of one's own. Routledge.

Colton, T. J. (2010, October). Thinking the unthinkable: Is the breakup of the Ukrainian state a real threat? [Paper presentation]. Sixth Annual Danyliw Research Seminar, University of Ottawa, Ottawa, Canada.

Colton, T. J. (2011). An aligning election and the Ukrainian political community. East European Politics and Societies, 25(1), 4–27.

Darden, K. A. (2010). Conditional property and regional political cultures: Challenges for U.S. foreign policy in the post-Soviet space. In T. Colton, T. Frye, & R. Legvold (Eds.), The policy world meets academia: Designing U.S. policy toward Russia (pp. 70–78). American Academy of Arts & Sciences.

Informatsiina skladova evropeiskoi ta evroatlantychnoi integratsii:hromadska dumka. (2008). Natsionalna bezpeka i oborona, 1, 37–60.

Katchanovski, I. (2005). Small nations but great differences: Political orientations and cultures of the Crimean Tatars and the Gagauz. Europe-Asia Studies, 57 (6), 877–894.

Katchanovski, I. (2006a). Cleft countries: Regional political divisions and cultures in post-Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem.

Katchanovski, I. (2006b). Regional political divisions in Ukraine in 1991–2006. Nationalities Papers, 34(5), 507–532.

Katchanovski, I. (2007). Regional political cleavages, electoral behavior, and historical legacies in Ukraine. In I. Bredies, A. Umland, & V. Yakushik (Eds.), Aspects of the Orange Revolution III (pp. 55–77). Ibidem.

Katchanovski, I. (2010). Political regionalism in "Orange" Ukraine. Harvard Ukrainian Research Institute Seminar. https://www.researchgate.net/publication/259311022_Political_Regionalism_in_Orange_Ukraine

Katchanovski, I. (2014a, August). East or West? Regional political divisions in Ukraine since the 'Orange Revolution' and the 'Euromaidan'. Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington, DC. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2454203

Katchanovski, I. (2014b, July 20). What do citizens of Ukraine actually think about secession? The Washington Post. https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2014/07/20/what-do-citizens-of-ukraine-actually-think-about-secession/

Krym, A. R. (2008). Liudy, problemy, perspektyvy. Natsionalna bezpeka i oborona, 10, 2–72.

Krym na politychnii karti Ukrainy. (2001). Natsionalna bezpeka i oborona, 4, 2–39.

Otsinka dii vlady, suspilno-politychni ta elektoralni orientatsii hromadian. (2005). Razumkov Center.

Petro, N. (2023). The tragedy of Ukraine: What classical Greek tragedy can teach us about conflict resolution. De Gruyter.

Stavlennia hromadian Ukrainy do riznykh variantiiv ii terytolialnoho rozvytku. (2014). Razumkov Center.

Ukrainians want unity amid worries about political leadership and ethnic conflict. (2014). Pew Research Center's Global Attitudes Project. http://www.pewglobal.org/2014/05/08/chapter-1-ukraine-desire-for-unity-amid-worries-about-political-leadership-ethnic-conflict

Yakist zhyttia zhyteliv Krymu ta perspektyvy ii pokrashchennia v konteksti stratehii realizatsii kontseptsii ekonomichnoho ta sotsialnoho rozvytku AR Krym na 2011–2020rr. (2011). Razumkov Center. http://www.uceps.org/upload/Prz_Krym_2011_Yakymenko.pdf

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz

steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Kapitel 8: Die Ursprünge des Russland-Ukraine-Krieges

8.1 Widerstreitende Narrative und frühere Studien zu den Ursprüngen des Russland-Ukraine-Krieges

Die ukrainischen und westlichen Regierungen und mit einigen Ausnahmen die Medien stellten den Krieg als einen unprovozierten, illegalen russischen Überfall und eine Aggression gegen einen demokratischen und souveränen Staat durch die autoritäre russische Regierung dar, die darauf abziele, einen zentralen Teil des Russischen Reiches und der Sowjetunion durch die Besetzung und Annexion der Ukraine wiederherzustellen. So erklärte der US-Präsident Joe Biden: „Hamas und Putin stellen unterschiedliche Bedrohungen dar, aber eines haben sie gemeinsam: Sie wollen eine benachbarte Demokratie vollständig vernichten – vollständig vernichten" (The White House, 2023). Sowohl Biden als auch Selenskyj erklärten zudem, dass Russland auch andere Länder überfallen könnte (VOA News, 2022).

Die russische Regierung und die Medien rechtfertigten den russischen Überfall mit Sicherheitsbedrohungen seitens der Ukraine, etwa der Möglichkeit eines NATO-Beitritts und der Möglichkeit der Stationierung von US-/NATO-Raketen oder von Waffen oder Militär in der Ukraine, die an Russland grenzt. Sie rechtfertigten den Überfall zudem mit der Behauptung, die ukrainische Regierung sei nazistisch oder teilweise nazistisch, 2014 habe es einen vom Westen unterstützten faschistischen Putsch gegeben, und eines der Hauptziele des Überfalls sei es gewesen, die Ukraine zu „entnazifizieren". Die russische Regierung und die Medien stellten die Ukraine nach dem Maidan als US-Kolonie dar. Sie bezeichneten den Russland-Ukraine-Krieg als einen Krieg mit den Vereinigten Staaten und der NATO und nannten die Vereinigten Staaten und die NATO direkte Teilnehmer des Krieges.

Einige frühere Studien argumentierten, dass hauptsächlich der Westen für den Krieg verantwortlich sei, insbesondere weil er ihn durch die NATO-Erweiterung provoziert habe, die die Ukraine einschließen sollte (siehe zum Beispiel Abelow, 2022; Götz & Staun, 2022; Haslam, 2025; Horton, 2024; Mearsheimer, 2014; Roberts, 2022). Mearsheimer (2014) argumentierte beispielsweise, dass die NATO-Erweiterung und die Integration der Ukraine einen Krieg mit Russland auslösen könnten und dass die westlichen Regierungen die Ukraine als Bollwerk gegen Russland nutzten, was die Ukraine „ruinieren" könne. Haslam (2025) und Horton (2024) führten die Ursprünge des Russland-Ukraine-Krieges auf die US-Politik gegenüber Russland nach dem Kalten Krieg zurück.

Roberts (2022) vertrat die Auffassung, dass der russische Überfall auf die Ukraine ein Präventivkrieg gewesen sei, der verhindern sollte, dass die antirussische Regierung in der Ukraine das Land zu einem NATO-Brückenkopf an der russischen Grenze mache, die Krim und den von Separatisten kontrollierten Donbas zurückerobere und Atomwaffen erwerbe. Götz und

Staun (2022) erklärten, Russland habe die Ukraine angegriffen, weil es die Westausrichtung der Ukraine als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen habe.

Die meisten früheren Studien stellen fest, dass der russische Überfall auf die Ukraine eine unprovozierte Aggression gegen einen demokratischen ukrainischen Staat und vom russischen Imperialismus angetrieben gewesen sei (siehe Baysha & Chukasheva, 2024). Viele Studien behaupten, der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sei die Fortsetzung des Russland-Ukraine-Krieges gewesen und habe diesen Krieg, den Russland 2014 begonnen habe, in einen umfassenden Krieg verwandelt. Sie stützen sich häufig unkritisch auf die vorherrschenden Narrative der westlichen und ukrainischen Regierungen und der Medien über den Krieg (siehe zum Beispiel Kimmage, 2024; Magyar, 2023; Plokhy, 2023).

Frühere Studien zeigen, dass die Konflikte zwischen Russland und der Ukraine sowie zwischen Russland und dem Westen mit dem gewaltsamen Sturz der relativ russlandfreundlichen Regierung in der Ukraine mittels des Maidan-Massakers und der Attentatsversuche auf den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch begannen (siehe Bandeira, 2019; Black & Jones, 2015; Boyd-Barrett, 2016; Hahn, 2018; Ishchenko, 2016, 2020; Katchanovski, 2016b, 2020, 2023a, 2023b, 2024, 2025; Lane, 2016; Mandel, 2016; Sakwa, 2015). Die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen unterstützten de facto den gewaltsamen, undemokratischen und illegalen Sturz der Regierung Janukowytsch aus geopolitischen Gründen, insbesondere um Russland einzudämmen, und gaben ihm und seinen Kräften die Schuld am Massaker an den Maidan-Protestierenden. Sie erkannten die neue Maidan-Regierung unmittelbar an, nachdem die Maidan-Kräfte die Präsidialverwaltung und das Parlament besetzt und das Parlament für die Absetzung Janukowytschs gestimmt hatte, obwohl solche Handlungen gegen die am 21. Februar 2014 von Janukowytsch, den Führern der Maidan-Opposition und Vertretern Frankreichs, Deutschlands und Polens unterzeichnete Vereinbarung sowie gegen die Verfassung der Ukraine verstießen.

Der gewaltsame Sturz der Regierung Janukowytsch eskalierte zum Bürgerkrieg im Donbas mit pro-russischen Separatisten und zu einem internationalen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie zwischen dem Westen und Russland. Russland eskalierte den Konflikt durch militärische Interventionen auf der Krim und im Donbas und durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die von ethnischen Russen bewohnt war (siehe Hahn, 2018; Katchanovski, 2015, 2016a; Kudelia, 2016; Sakwa, 2015).

Politische Systeme werden im Allgemeinen als Demokratien, Halbdemokratien und Autokratien klassifiziert. Wissenschaftliche Definitionen der Demokratie beziehen sich im Allgemeinen auf ein politisches System mit freien und fairen Wahlen, einem Mehrparteiensystem und freien Medien. Autokratien fehlt all dies, während Halbdemokratien teilweise demokratisch sind (siehe Lipset & Lakin, 2004). Die Ukraine vor und nach dem Euromaidan und während der Präsidentschaft Selenskyjs wurde in den meisten Studien und Demokratieindizes wie dem Polity-Index als Halbdemokratie oder hybrides Regime eingestuft, das Elemente der Demokratie und der Autokratie verbindet. Einige Gelehrte argumentierten, die Ukraine sei nach dem Euromaidan eine Demokratie gewesen. Sie stellten jedoch den gewaltsamen Sturz der Regierung während

des Euromaidan als Übergang zur Demokratie dar und erklärten offen, dass ihre Studien parteiisch seien (Plokhy, 2023; Popova & Shevel, 2023). Nach gängigen Definitionen der Demokratie und angesichts des undemokratischen Sturzes der demokratisch gewählten Regierung während des Euromaidan hat die Ukraine jedoch wie Russland seither weitgehend ein undemokratisches System (siehe Katchanovski, 2017a, 2017b).

8.2 Der NATO-Beitritt der Ukraine und der Westen

Der NATO-Gipfel in Bukarest 2018 erklärte: „Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine und Georgiens um Mitgliedschaft in der NATO. Wir haben heute vereinbart, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden." (Bucharest, 2008). Nach dem vom Westen unterstützten gewaltsamen Sturz der russlandfreundlichen Regierung während des Euromaidan in der Ukraine erklärte die ukrainische Regierung den NATO-Beitritt zu ihrer Priorität. Das Ziel der NATO- und EU-Mitgliedschaft wurde auf Initiative des damaligen Präsidenten Poroschenko in die Verfassung der Ukraine aufgenommen, die seit ihrer Verabschiedung durch das ukrainische Parlament 1996 den blockfreien, neutralen Status der Ukraine festgeschrieben hatte.

Die NATO-Erweiterung um postkommunistische Länder nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verletzte Zusagen, die die Vereinigten Staaten und andere westliche Führungspersönlichkeiten und hohe Beamte ihren sowjetischen Amtskollegen gegeben hatten (siehe zum Beispiel Sakwa, 2023, 47–50). Entklassifizierte Dokumente „belegen Sicherheitszusicherungen gegen eine NATO-Erweiterung an die sowjetische Führung von Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major und Woerner" (NATO, 2017). Dabei handelte es sich jedoch nicht um förmliche schriftliche Vereinbarungen. Die US-Führung lehnte solche förmlichen Garantien ab (siehe Sarotte, 2021).

Putin widersetzte sich öffentlich dem NATO-Beitritt der Ukraine, erklärte, die Vereinigten Staaten könnten Raketen in der Ukraine stationieren, die die russische nukleare Abschreckung bedrohen könnten, und bezeichnete dies als einen der Hauptgründe für den russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Vor dem russischen Überfall forderte die russische Regierung, dass die Vereinigten Staaten und die Ukraine förmlich auf einen NATO-Beitritt der Ukraine verzichten, und warnte, Russland werde Militärgewalt einsetzen, um ihn zu verhindern.

Nach dem vom Westen unterstützten gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch und während des Bürgerkriegs und der russischen Militärintervention im Donbas nahm die militärische Beteiligung der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Länder in der Ukraine zu. Die Ukraine wurde ein US-Klientelstaat und wurde zunehmend als US-/NATO-Bollwerk zur Eindämmung Russlands genutzt, ohne dass die Ukraine der NATO förmlich beitrat und ohne dass die NATO nach Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichtet war, die Ukraine im Falle eines russischen Überfalls zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten und die NATO-Länder bildeten während des Krieges im Donbas ukrainische Streitkräfte aus, stellten den ukrainischen Militärnachrichtendienst und den SBU unter US-amerikanische und britische Kuratel, lieferten überwiegend defensive Waffen und andere Militärhilfe und führten Militärübungen in der Ukraine durch.

Verschiedene Belege zeigen, dass der NATO-Beitritt der Ukraine und die militärische Beteiligung der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Länder in der Ukraine nach dem vom Westen unterstützten gewaltsamen Sturz der russlandfreundlichen Regierung der Ukraine während des Euromaidan ein Hauptfaktor für den russischen Überfall auf die Ukraine 2022 waren, dass die russische Regierung das Sicherheitsrisiko und dessen Unmittelbarkeit jedoch überzeichnete.

So erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Putin „zog in den Krieg, um die NATO zu verhindern, mehr NATO in der Nähe seiner Grenzen …". „Und es zeigt, dass, wenn Präsident Putin in ein europäisches Land einmarschiert, um mehr NATO zu verhindern, er genau das Gegenteil erreicht." (Remarks, 2023). Arachamija, der Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensgesprächen, erklärte, die ukrainische Neutralität sei die Hauptbedingung Russlands für das Friedensabkommen gewesen und der Krieg hätte im Frühjahr 2022 enden können, wenn die Ukraine der Neutralität zugestimmt hätte:

Das Ziel Russlands war es, Druck auf uns auszuüben, damit wir die Neutralität akzeptierten. Das war für sie die Hauptsache: Sie waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir die Neutralität akzeptierten, wie es einst Finnland tat. Und wir würden die Verpflichtung eingehen, der NATO nicht beizutreten. Das ist die Hauptsache … (Moseichuk, 2023).

Donald Trump erklärte während seines Wahlkampfs 2024 und nach seiner Amtseinführung als US-Präsident 2025 öffentlich, der NATO-Beitritt der Ukraine habe den Russland-Ukraine-Krieg provoziert. So sagte er im All-In Podcast während seines neuen Präsidentschaftswahlkampfs 2024 Folgendes:

Also zwanzig Jahre lang hörte ich, dass es ein echtes Problem für Russland sei, wenn die Ukraine in die NATO geht. Das habe ich lange gehört. Und ich denke, das ist wirklich der Grund, warum dieser Krieg begann. Ich bin nicht sicher, ob dieser Krieg begonnen hätte. Biden sagte all die falschen Dinge. Und eines der falschen Dinge, die er sagte, war: „Nein, die Ukraine wird in die NATO gehen." … Es war immer klar. Und das schon vor Putin. Es war immer klar, dass das ein Tabu war. Und jetzt kann man gegen ihren Willen handeln, und das bedeutet nicht, dass sie recht haben, wenn sie das sagen. Aber das war sehr provokativ, und jetzt ist es noch provokativer (David Sacks, 2024).

Die Neutralität der Ukraine, die den Verzicht auf den Beitritt zu jeglichen Militärkoalitionen einschließlich der NATO, die Nichtstationierung ausländischer Militärstützpunkte oder Truppen und den Verzicht auf die Entwicklung von Atomwaffen umfasste, war ein Kernpunkt des Istanbuler Kommuniqués, auf das sich die Ukraine einigte, und des Entwurfs des Friedensabkommens zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022 (siehe Kapitel 12).

Während die NATO jedoch die russischen Forderungen ablehnte und weiterhin öffentlich bekräftigte, dass die Ukraine in Zukunft NATO-Mitglied werden würde, gab es vor dem russischen Überfall 2022 keine reale Aussicht auf einen NATO-Beitritt der Ukraine (siehe Katchanovski, 2011). Neben dem russischen Widerstand gab es auch Widerstand verschiedener NATO-Mitglieder wie Frankreich, Deutschland und Ungarn gegen den Beitritt der Ukraine zu diesem von den USA geführten Militärbündnis. Die Möglichkeit eines NATO-Beitritts der Ukraine

während des Krieges oder auch nach dem Krieg ist nicht real, weil die Ukraine keine reale Chance hat, Russland zu besiegen, und weil die Vereinigten Staaten und einige andere NATO-Mitglieder befürchten, dass der Beitritt der Ukraine zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland führen könnte. Selenskyj erklärte, Biden und andere NATO-Führer hätten ihm vor dem russischen Überfall privat gesagt: „Sie werden kein NATO-Mitglied sein, aber öffentlich werden die Türen offen bleiben" (Zelensky, 2022).

Ebenso erklärte der NATO-Gipfel in Vilnius 2023, die Ukraine werde in Zukunft der NATO beitreten, lehnte jedoch Selenskyjs Forderung nach einer konkreten schnellen Aufnahme der Ukraine wegen des Widerstands der USA und Deutschlands ab:

Die Zukunft der Ukraine liegt in der NATO. Wir bekräftigen die Verpflichtung, die wir auf dem Gipfel 2008 in Bukarest eingegangen sind, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird, und stellen heute fest, dass der Weg der Ukraine zur vollständigen euro-atlantischen Integration über die Notwendigkeit eines Mitgliedschaftsaktionsplans hinausgegangen ist. Die Ukraine ist zunehmend interoperabel und politisch mit dem Bündnis integriert und hat auf ihrem Reformweg erhebliche Fortschritte erzielt ... Das Bündnis wird die Ukraine bei diesen Reformen auf ihrem Weg zur künftigen Mitgliedschaft unterstützen. Wir werden in der Lage sein, der Ukraine eine Einladung zum Beitritt zum Bündnis auszusprechen, wenn die Verbündeten zustimmen und die Bedingungen erfüllt sind (Vilnius, 2023).

Das Weiße Haus unter Biden erklärte 2023: „Ein NATO-Beitritt der Ukraine in der unmittelbaren Zukunft ist unwahrscheinlich ... Eine NATO-Mitgliedschaft in der unmittelbaren Zukunft ist unwahrscheinlich, weil die NATO dadurch in einen Krieg mit Russland geraten würde." (2023—Russia-Ukraine News, 2023). Trump machte nach seiner Wahl zum US-Präsidenten 2024 ähnliche Aussagen. So erklärte er im März 2025, Selenskyj „will ein Mitglied der NATO sein, aber er wird niemals ein Mitglied der NATO sein. Das versteht er." (siehe Trump, 2025). Ebenso betonte der NATO-Generalsekretär: „Denn wenn die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnt, gibt es überhaupt keine Mitgliedschaftsfrage zu erörtern." (Pre-Summit, 2023).

Russland überzeichnete die Aussichten auf einen NATO-Beitritt der Ukraine und auf eine militärische Beteiligung der NATO-Länder in der Ukraine wie die Stationierung von US-Raketen sowie die Unmittelbarkeit solcher Sicherheitsbedrohungen, um den illegalen Überfall auf die Ukraine zu rechtfertigen. Im Widerspruch zur Behauptung der russischen Regierung kann dieser Krieg nach dem Völkerrecht nicht als Präventivkrieg eingestuft werden, da keine solchen unmittelbaren Sicherheitsbedrohungen bestanden. Während die ukrainische Regierung Pläne zum NATO-Beitritt verkündete und die NATO während des Bukarest-Gipfels sowie vor und während des Krieges öffentlich erklärte, die Ukraine werde in Zukunft NATO-Mitglied werden, gab es keine unmittelbare Wahrscheinlichkeit eines NATO-Beitritts der Ukraine oder der Stationierung von Langstreckenraketen oder Atomwaffen durch die NATO dort.

Selenskyj hätte den russischen Überfall auf die Ukraine und die verheerenden Folgen des Russland-Ukraine-Krieges für die Ukraine verhindern können, wenn er vor dem Krieg zugestimmt hätte, das Ziel der NATO-Mitgliedschaft aufzugeben, zum neutralen Status der Ukraine zurückzukehren und die Minsker Abkommen umzusetzen.

Die Ukraine wurde nach dem Maidan ein US-Klientelstaat sui generis und wurde von den Vereinigten Staaten genutzt, um Russland einzudämmen und zu schwächen. Es gibt verschiedene Belege für eine von den USA geführte Politik des Regimewechsels während des Maidan in der Ukraine. Verschiedene Belege zeigen die Beteiligung der US-Regierung an Ernennungen und Entlassungen führender ukrainischer Regierungsbeamter sowie an zentralen politischen und militärischen Entscheidungen in der Ukraine seit dem Maidan. Die ukrainischen Medien, ukrainische und US-Beamte sowie ein entklassifiziertes Protokoll einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine enthüllten zudem, dass die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen den Führern der Maidan-Regierung sagten, während der russischen Annexion der Krim keine militärische Gewalt einzusetzen, um einen Krieg mit Russland zu vermeiden (siehe Kapitel 4). Ebenso verkündete der Maidan-Führer der Ukraine Oleksandr Turtschynow im April 2014 die „Anti-Terror-Operation" im Donbas und ordnete den Einsatz von Gewalt gegen Separatisten und die von Igor Girkin geführte Einheit unmittelbar nach einem geheimen Besuch des CIA-Direktors an. Ein ehemaliger ukrainischer Beamter erklärte, er habe miterlebt, wie der CIA-Direktor während seines geheimen Besuchs in der Ukraine im April 2014 die Führer der von Maidan geführten ukrainischen Regierung drängte, im Donbas Gewalt einzusetzen (Maté, 2024).

Die westlichen Regierungen und Stiftungen wie die Soros-Stiftung finanzierten alle bis auf eine von etwa zwei Dutzend ukrainischen NGOs, die 2019 zunächst eine gemeinsame Erklärung herausgaben, wonach jegliche Gespräche mit den Donbas-Separatisten unzulässig seien, nachdem der Leiter der Präsidialverwaltung Selenskyjs die Bildung einer Beratergruppe mit Vertretern des von Separatisten kontrollierten Donbas während der Minsker Verhandlungen unterstützt hatte (Priamyi, 2020). Die nahezu vollkommene Übereinstimmung der ukrainischen und der US-Regierungspolitik nach dem Maidan ist auch damit vereinbar, dass die Ukraine ein US-Klientelstaat wurde und es während des Ukraine-Russland-Krieges blieb.

Die US-amerikanische und britische Patronage über den ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU), den Militärnachrichtendienst (GUR) und die Spezialkräfte nach dem Euromaidan zeigt ebenfalls, dass die Ukraine ein US-Klientelstaat sui generis ist und als Stellvertreter im Krieg mit Russland genutzt wird. US-amerikanische und ukrainische Beamte enthüllten Folgendes:

Seit 2015 hat die CIA zig Millionen Dollar ausgegeben, um die sowjetisch geprägten Dienste der Ukraine in schlagkräftige Verbündete gegen Moskau zu verwandeln ... Die Behörde hat die Ukraine mit modernen Überwachungssystemen ausgestattet, Rekruten an Standorten in der Ukraine sowie in den Vereinigten Staaten ausgebildet, neue Hauptquartiere für Abteilungen des ukrainischen Militärnachrichtendienstes gebaut und Informationen in einem Ausmaß weitergegeben, das zuvor unvorstellbar gewesen wäre ... Die CIA arbeitete mit dem SBU zusammen, um eine völlig neue Direktion zu schaffen, die sich auf sogenannte Operationen „aktiver Maßnahmen" gegen Russland konzentrieren und von anderen SBU-Abteilungen abgeschirmt sein sollte. Inzwischen wurde eine sechste Direktion hinzugefügt, um mit dem britischen Geheimdienst MI6 zusammenzuarbeiten ... „Ab 2015 begann die CIA mit einer so umfassenden Umgestaltung des GUR, dass wir ihn innerhalb weniger Jahre gewissermaßen von

Grund auf neu aufgebaut hatten", sagte der ehemalige US-Geheimdienstbeamte. Die CIA half dem GUR, modernste Überwachungs- und elektronische Abhörsysteme zu beschaffen … (Miller & Khurshudyan, 2023).

Von der CIA bereitgestellte Überwachungsgeräte und Software sammelten für den ukrainischen und den US-Geheimdienst Informationen aus Telefonaten in der Ukraine, im von Separatisten kontrollierten Donbas und von Mobiltelefonen russischer Beamter. Die CIA hatte „direkten Kontakt mit Agenten, die vom ukrainischen Geheimdienst angeworben und geführt wurden".

8.3 Russischer Imperialismus

Wie erwähnt, wird der russische Imperialismus von den ukrainischen und westlichen Regierungen und den Medien als Hauptgrund für den russischen Überfall auf die Ukraine dargestellt. Sie betrachteten die Besetzung und Annexion der gesamten Ukraine als das Ziel des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete Ukrainer und Russen in verschiedenen Erklärungen und Interviews häufig als ein Volk. 2021 veröffentlichte er einen ganzen Artikel mit dem Titel „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer", in dem er diese Auffassungen ausführte (Article, 2021). In seiner Rede vor dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 erklärte Putin, „dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde oder, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland", und dass „Lenin und seine Gefährten dies in einer für Russland äußerst harten Weise taten – indem sie trennten und abtrennten, was historisch russisches Land ist" (Address, 2022). Eine Umfrage des WZIOM-Waldai-Klubs im September 2013 zeigte jedoch, dass eine Mehrheit von 56 % der Russen die Krim als „im Wesentlichen russisch" betrachtete, während eine Minderheit von 29 % der russischen Befragten die Ukraine als „im Wesentlichen russisch" ansah (Contemporary, 2014).

Putin erklärte unmittelbar vor dem Überfall zudem: „1954 nahm Chruschtschow die Krim aus irgendeinem Grund Russland weg und gab sie auch der Ukraine." (Address, 2022). Wie erwähnt, betrachteten viele russische Politiker und die absolute Mehrheit der Russen die Krim als historisch russisch und unterstützten den pro-russischen Separatismus und die russische Annexion der Krim im Frühjahr 2014. Der russische Imperialismus war ein bedeutender Faktor bei der illegalen Annexion der Krim durch Russland, doch war diese Annexion hauptsächlich eine unverhältnismäßige Eskalation des Konflikts als Reaktion auf den vom Westen unterstützten gewaltsamen Sturz der russlandfreundlichen Regierung in der Ukraine während des Euromaidan (siehe Kapitel 4).

Ebenso nannte Putin den Süden und Osten der Ukraine Noworossija (Neurussland). Russland unterstützte Separatisten im Donbas. Doch auch diese Unterstützung begann erst nach dem Sturz der Regierung Janukowytsch. Direkte russische Militärinterventionen zur Unterstützung der Separatisten im Donbas im August 2014 und im Januar–Februar 2015 folgten erst nach dem Beginn des Bürgerkriegs dort (siehe Katchanovski, 2016a; Kapitel 5).

Die russische Zeitung Kommersant berichtete unter Berufung auf eine Quelle in der Delegation eines der NATO-Länder, der russische Präsident habe in seiner Rede auf der Sitzung des

Russland-NATO-Rates 2008 mit Blick auf den US-Präsidenten George Bush erklärt: „Die Ukraine ist nicht einmal ein Staat!" und „ein Teil ihrer Gebiete ist Osteuropa, und ein Teil, und zwar ein bedeutender, wurde von uns geschenkt!" Putin „deutete sehr transparent an, dass dieser Staat einfach aufhören würde zu existieren, wenn die Ukraine dennoch in die NATO aufgenommen würde", und „das heißt, tatsächlich drohte er, dass Russland mit der Annexion der Krim und der Ostukraine beginnen könnte". Diese Äußerung zeigt auch, dass der russische Imperialismus ein bedeutender Faktor in Putins Politik gegenüber der Ukraine war, aber gegenüber der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zweitrangig blieb (Blok, 2008).

Während verschiedene militärische und politische Kommentatoren argumentierten, Russland habe von Beginn des Überfalls an geplant, die Ukraine, insbesondere Kiew, den Süden und den Osten, zu besetzen und zu annektieren und die Landbrücke zwischen der Krim und dem Donbas zu schaffen, gibt es keine Primärbelege zur Stützung solcher Schlussfolgerungen, die durch die Beweise widerlegt werden. Die Analyse verschiedener Belege legt nahe, dass das ursprüngliche Ziel des russischen Überfalls auf die Ukraine nicht die Besetzung und Annexion der gesamten Ukraine umfasste. Die Größe der ursprünglichen Invasionsstreitmacht war für solche Zwecke unzureichend.

Ebenso war die Größe der ursprünglichen Invasionsstreitmacht unzureichend, um Kiew zu erobern, es sei denn, es gab keinen nennenswerten Widerstand wie im Fall von Cherson. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die in der Nähe von Kiew stationierten russischen Streitkräfte versuchten, es mit Gewalt zu erobern. Eine solche Eroberung Kiews war nur bei fehlendem nennenswertem militärischem Widerstand der ukrainischen Streitkräfte oder bei einem von Russland geführten Regimewechsel in der Ukraine möglich. Die Analyse der Belege legt nahe, dass das offensichtliche ursprüngliche Ziel des russischen Überfalls ein solcher Regimewechsel war oder die erzwungene Annahme eines Friedensabkommens zu russischen Bedingungen durch die Regierung Selenskyj (siehe Kapitel 12).

Ebenso wurde im ersten Kriegsmonat in den besetzten Regionen der Ukraine keine russische Militär- oder Zivilverwaltung eingerichtet, mit Ausnahme der separatistischen Verwaltungen in eroberten Teilen des Donbas. Ukrainische lokale Verwaltungen und ukrainische Flaggen blieben in besetzten Städten und anderen Siedlungen in den Regionen Cherson und Saporischschja mehrere Wochen nach ihrer russischen Besetzung bestehen. Während diese Regionen die Landbrücke und die Wiedereröffnung des Wasserkanals zur Krim boten, sah der Entwurf des Friedensabkommens im Frühjahr 2022 den Abzug der russischen Streitkräfte aus den Regionen Cherson und Saporischschja vor (siehe Kapitel 12). Der Überfall von der Krim über die Regionen Cherson und Saporischschja bot zudem die Möglichkeit, von einer weniger verteidigten Seite vorzurücken und Mariupol und andere Teile des Donbas einzukreisen und einzunehmen, als Teil des Hauptziels Russlands, den gesamten Donbas zu erobern.

Wie erwähnt, stimmte Russland im Frühjahr 2022 einem Rahmen für ein Friedensabkommen zu, der den Abzug der russischen Streitkräfte aus den besetzten Teilen der Ukraine mit Ausnahme des Donbas und der annektierten Krim vorsah. Russland zog seine Streitkräfte aus dem Raum Kiew und der gesamten Nordukraine hauptsächlich infolge der Gespräche über das

Friedensabkommen ab. Im Widerspruch zu den Aussagen von Biden, den Führern anderer NATO-Länder und Selenskyj und im Gegensatz zu den Belegen für den geplanten russischen Überfall auf die Ukraine 2022 gibt es keine Belege für russische Pläne, andere postsowjetische Länder oder NATO-Mitglieder zu überfallen.

Russland ging jedoch zur Annexion der besetzten Gebiete über, nachdem Selenskyj seinen Kurs umgekehrt und die Gespräche über das Friedensabkommen beendet hatte, nachdem die Vereinigten Staaten zusammen mit anderen westlichen Ländern ein solches Friedensabkommen im April 2022 blockiert hatten. Putins Rede zum „Tag des Sieges" am 9. Mai 2022 deutete darauf hin, dass Russland plante, die besetzten Teile der Ukraine im Osten und Süden zu annektieren, da er erklärte, die russischen und die Donbas-separatistischen Streitkräfte kämpften auf dem Territorium, das er als ihr eigenes Territorium beanspruchte (Putin's, 2022). Die russische Regierung erklärte im September 2022 die Annexion der Regionen Cherson und Saporischschja sowie der Regionen Donezk und Luhansk im Donbas nach den von ihr organisierten Referenden über einen Beitritt zu Russland. Die Analyse von Meinungsumfragen deutet darauf hin, dass die nahezu einstimmige Abstimmung für einen Beitritt zu Russland in diesen Regionen in den Regionen Cherson und Saporischschja gefälscht und im Donbas überzeichnet war. So zeigte eine KMIS-Umfrage im Frühjahr 2014 eine geringe Unterstützung für einen Beitritt zu Russland in der Süd- und Ostukraine, mit Ausnahme der Krim und des Donbas (siehe Katchanovski, 2016a).

Putins Äußerung aus dem Jahr 2023 deutete an, dass Russland beabsichtigen könnte, weitere Teile der Süd- und Ostukraine zu annektieren:

Der gesamte Südosten der Ukraine war schon immer pro-russisch, weil dies historisch russische Gebiete sind ... Was hat die Ukraine damit zu tun? Sie hat nichts damit zu tun. Weder die Krim noch die gesamte Schwarzmeerküste insgesamt – Odessa ist eine russische Stadt. Wir wissen das. Alle wissen das. (Putin, 2023)

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew drohte 2013 ebenfalls, weitere ukrainische Gebiete zu erobern. Er behauptete, „Odessa, Mykolajiw, Kiew und fast alles andere sind überhaupt nicht die Ukraine", „die Ukraine ist kein Land, sondern künstlich zusammengesammelte Territorien" und „Ukrainisch ist keine Sprache, sondern Surzhyk". (Medvedev, 2023). Medwedew nannte Odessa, Dnipro (Dnipropetrowsk), Charkiw, Mykolajiw und Kiew „russische Städte" und deutete an, dass sie von Russland annektiert werden könnten (Dmitry Medvedev, 2023a). Er nannte die Ukraine ein „künstliches Land" und deutete zudem an, dass Russland eine unabhängige Ukraine nicht akzeptieren und sie in einen „gemeinsamen Staat" eingliedern könnte (Dmitry Medvedev, 2023b).

8.4 Neonazis in der Ukraine

Im Gegensatz zu den Behauptungen der russischen Regierung und der Medien, mit denen der russische Überfall gerechtfertigt wurde, sind die ukrainische Regierung und das Militär nicht nazistisch oder neonazistisch. Der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Parlament gehören keine Neonazis an. Die Schätzung des Autors auf Grundlage der Mitgliedschaft in neonazistischen Organisationen und von Neonazis geführten Einheiten wie dem Asow-Regiment

zeigt, dass Mitglieder neonazistischer Organisationen während des Krieges etwa 1 % der ukrainischen Streitkräfte ausmachten (siehe Kapitel 7 und 11).

Im Gegensatz zu den Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und Medien ist die extreme Rechte, einschließlich Neonazis, insbesondere im von Neonazis geführten Asow-Regiment und anderen von Neonazis geführten Formationen sowie Mitglieder neonazistischer Organisationen, in die Nationalgarde, die Polizei, die Streitkräfte der Ukraine und den Sicherheitsdienst der Ukraine integriert. Sie verfügen im Verhältnis zu ihrer Zahl über eine übermäßige Macht, insbesondere über die Macht, Selenskyj zu stürzen, falls er einem Friedensabkommen zur Beendigung des Bürgerkriegs im Donbas oder des Russland-Ukraine-Krieges zustimmen sollte (Katchanovski & Abrahms, 2024). Insbesondere der Stabschef der Asow-Brigade und der Führer der neonazistischen Asow-Bewegung, zu der die Asow-Einheiten und die Partei Nationalkorps gehörten, warnten Selenskyj zu Beginn des Krieges und im Juni 2024 davor, ein Friedensabkommen zu schließen, nachdem er Bereitschaft geäußert hatte, über das Kriegsende zu verhandeln (Kuzmenko, 2022; Taran, 2024).

Das Asow-Regiment spielte im Frühjahr 2022 eine führende Rolle in der Schlacht um Mariupol, doch ergaben sich seine Mitglieder im Mai 2022 nach der Belagerung des Stahlwerks Asowstal den russischen und den Donbas-separatistischen Streitkräften. Die extreme Rechte, zu der neonazistische Organisationen wie C14 und Patriot der Ukraine gehörten, war am gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch mittels des False-Flag-Maidan-Massakers an Polizisten und Protestierenden und der Attentatsversuche beteiligt (siehe Kapitel 7; Katchanovski, 2020, 2023a, 2023b, 2024).

8.5 Demokratie

Im Gegensatz zu den Narrativen der westlichen und ukrainischen Regierungen und Medien war die Ukraine zum Zeitpunkt des russischen Überfalls 2022 und während des Russland-Ukraine-Krieges keine Demokratie. Während die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit 1991 eine Halbdemokratie oder weitgehend demokratisch war, wurde sie seit dem gewaltsamen Sturz der Regierung während des Euromaidan 2014 weitgehend undemokratisch. Nach den gängigen wissenschaftlichen Definitionen der Demokratie als eines politischen Systems, das auf freien und fairen Wahlen, einem Mehrparteiensystem und Medienfreiheit beruht, hatte die Ukraine wie Russland seit dem gewaltsamen, illegalen und undemokratischen Sturz der demokratisch gewählten Regierung während des Euromaidan ein weitgehend undemokratisches System. Der Polity-Index der Demokratie, ein weithin verwendetes vergleichendes wissenschaftliches Maß für Demokratie in der Welt, stufte die Ukraine seit 2014 als am wenigsten demokratisch seit der ukrainischen Unabhängigkeit 1991 ein, einschließlich unter den Präsidenten Leonid Kutschma und Wiktor Janukowytsch, und als Russland ähnlich (siehe Katchanovski, 2017a, 2017b).

Nach einer kurzen Phase relativer Demokratisierung und Halbdemokratie nach dem Sieg Selenskyjs bei den Präsidentschaftswahlen 2019 ging er dazu über, eine weitgehend autoritäre Herrschaft zu errichten, indem er beispielsweise das Verfassungsgericht der Ukraine blockierte und gegen einige Oppositionsführer Sanktionen wegen Staatsverratsvorwürfen verhängte, die konstruiert wirkten. Selenskyj nutzte den russischen Überfall und den Krieg als Vorwand, um

den größten Teil der politischen Opposition und potenzielle Machtrivalen auszuschalten und seine weitgehend undemokratische Herrschaft in der Ukraine zu festigen. Siebzehn Oppositionsparteien wurden von einem Gericht in Lwiw in der Westukraine nach hastigen Verfahren und ohne anwesende Anwälte verboten. Sie wurden verboten, obwohl diese Parteien den russischen Überfall verurteilten oder ihn nicht unterstützten. Sechs Führer wichtiger ukrainischer Parteien, darunter der Ex-Präsident Petro Poroschenko und der Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko, wurden des Staatsverrats angeklagt oder wurden Berichten zufolge wegen Staatsverratsvorwürfen ermittelt, die konstruiert erscheinen. Meinungsumfragen zeigen, dass die Hälfte der Wähler in der Ukraine vor dem Russland-Ukraine-Krieg die Absicht äußerte, für die politischen Parteien zu stimmen, deren Führer des Staatsverrats angeklagt sind oder Berichten zufolge deswegen ermittelt werden. Das war dreimal mehr als für die Regierungspartei Selenskyjs (KIIS, 2022).

So wurde die Partei Scharijs nach dem russischen Überfall verboten, und Anatolij Scharij wurde vor dem Überfall wegen konstruierter Vorwürfe des Staatsverrats angeklagt. Dieser ukrainische Journalist und populäre Blogger hatte jedoch zuvor politisches Asyl in der EU erhalten. Ein Gericht in Spanien, wo er lebt, lehnte nach Beginn des Russland-Ukraine-Krieges seine Auslieferung auf Ersuchen der Regierung Selenskyj ab.

Die verbleibenden Oppositionsparteien und Politiker in der Ukraine unterstützten nach dem russischen Überfall im Allgemeinen die kriegszentrierte Politik Selenskyjs. Dies betrifft nicht nur Poroschenko, Tymoschenko und ihre Parteien, sondern auch die meisten Führer und Parlamentsmitglieder der verbotenen Partei Oppositionsplattform. Der Leiter des Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine erklärte: „Wir haben keine Opposition." (Romanenko, 2024).

Viele Ukrainer wurden wegen ihrer politischen Ansichten inhaftiert, getötet oder „zum Verschwinden gebracht". So erhielt eine Großmutter fünf Jahre Gefängnis für drei Likes im verbotenen sozialen Netzwerk „Odnoklassniki". Die ältere Frau wurde von einem Gericht in der Region Tschernihiw wegen „Verherrlichung der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation" verurteilt („Nadyvylasya", 2023). Es gab viele weitere ähnliche Fälle.

Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche und viele ihrer Priester wurden wegen ihrer religiösen Verbindungen zu Russland politischer Verfolgung oder konstruierten Staatsverratsvorwürfen ausgesetzt. Selenskyj und das Parlament, das unter der Kontrolle seiner Partei steht und die Unterstützung der Partei Poroschenkos genießt, schritten zum Verbot dieser größten Kirche der Ukraine. Dies geschah, obwohl die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Russland während des Krieges nicht unterstützte und nach dem russischen Überfall ihre Trennung von der Russisch-Orthodoxen Kirche erklärte. Das ukrainische Parlament verabschiedete am 20. August 2024 ein Gesetz, das ukrainische Kirchen mit Verbindungen zu Russland verbietet. Dieses Gesetz würde die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche de facto verbieten. Dieses Gesetz wurde eigens verabschiedet, um diese Kirche zu verbieten, obwohl die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche den russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 öffentlich verurteilte und nach dem russischen Überfall ihre Trennung von der Russisch-Orthodoxen Kirche erklärte (Violating, 2024).

Nach Angaben des Sicherheitsdienstes der Ukraine eröffnete dieser seit dem russischen Überfall Strafverfahren gegen mehr als 100 Geistliche der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, 50 von ihnen wurde ein Verdacht mitgeteilt und 26 erhielten Gerichtsurteile (SBU, 2024). Sie wurden in der absoluten Mehrheit der Fälle wegen Kollaboration, Staatsverrat oder Schürung religiöser Feindschaft angeklagt, verhaftet oder verurteilt (2023 Report, 2024). Die Analyse der Erklärungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der Berichte der ukrainischen Medien sowie anderer Quellen wie des UN-Berichts legt nahe, dass diese Anschuldigungen in den meisten Fällen konstruiert und politisch motiviert waren. Der Sicherheitsdienst der Ukraine präsentierte russische religiöse Bücher, Zeitungen, Pässe und Abzeichen, die bei seinen Durchsuchungen von Kirchen, Klöstern und Priestern der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche gefunden wurden, üblicherweise als Beweise für Kollaboration, Staatsverrat usw. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) erklärte, in der absoluten Mehrheit der von ihm beobachteten Fälle von Geistlichen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche habe das OHCHR „Bedenken hinsichtlich der Fairness der Strafverfahren" festgestellt (Freedom, 2023).

Die Regierung Selenskyj schloss zudem fünf oppositionelle Fernsehnachrichtensender und verpflichtete nach Beginn des russischen Überfalls alle verbleibenden Fernsehnachrichtensender, das einzige Fernsehnachrichten-Marathonprogramm auszustrahlen. Die Schließung der vier oppositionellen Fernsehsender, die dem russlandfreundlichen Führer der Oppositionsplattform Wiktor Medwedtschuk gehörten, vor dem Krieg und die Verhaftung Medwedtschuks vor dem russischen Überfall trugen ebenfalls zum Beginn des Krieges bei. Es signalisierte Putin, dass pro-russische Parteien oder Präsidentschaftskandidaten die Wahlen in der Ukraine nicht gewinnen können würden. Es gibt Berichte, wonach Putin die russische Armee 2021 erstmals als Reaktion auf das Verbot der Fernsehsender Medwedtschuks und die Staatsverratsanklagen in der Ukraine nahe der Grenzen der Ukraine stationierte (Shuster, 2022).

Selenskyj erklärte, die in der Verfassung festgelegten Rechte und Freiheiten würden ausgesetzt und die Ukraine sei de facto ein präsidial-parlamentarisches System, während die Verfassung das parlamentarisch-präsidiale System festlege (Shhodnya, 2022). Er sagte die Präsidentschaftswahlen 2024 ab, obwohl die Verfassung während des Kriegsrechts nur die Parlamentswahlen verbietet. Das Parlament wird vom Präsidialamt kontrolliert. Andrij Jermak, der Leiter des Präsidialamts unter Selenskyj, wurde mindestens der zweitmächtigste Beamte der Ukraine, obwohl die Existenz des Präsidialamts und eine solche Macht seines Leiters in der Verfassung der Ukraine nicht vorgesehen sind.

Handlungen wie die Absage der Präsidentschaftswahlen, die Unterdrückung der Medien- und Religionsfreiheit, das Verbot von Oppositionsparteien und die politisch motivierte Verfolgung von Oppositionsführern bedeuten einen Schritt hin zu undemokratischer Herrschaft. Der Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko, der ehemalige Präsident Poroschenko und der Ex-Berater Selenskyjs Oleksij Arestowytsch warfen Selenskyj während des Russland-Ukraine-Krieges Autoritarismus vor (Segura, 2023). Viele ukrainische Journalisten und andere Intellektuelle

räumten nach dem russischen Überfall die Medienzensur, die politische Verfolgung und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit ein (Kramer et al., 2024; Vlahos, 2023).

Die ukrainischen und westlichen Regierungen und die Medien rechtfertigten das Verbot der Oppositionsparteien, der Fernsehsender und der Medien sowie die Verfolgung von Oppositionspolitikern, der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche und vieler anderer Ukrainer mit dem Russland-Ukraine-Krieg und behaupteten, diese arbeiteten für Russland oder stünden mit Russland in Verbindung. Solche Behauptungen und Anschuldigungen entbehrten jedoch in den meisten Fällen der Beweise und waren konstruiert und politisch motiviert. Die undemokratischen Maßnahmen der Regierung Selenskyj wurden von den führenden NGOs unterstützt, die als lebendige Zivilgesellschaft in der Ukraine dargestellt wurden. Die Zivilgesellschaft ist jedoch oberflächlich und klientelistisch. Die absolute Mehrheit der führenden ukrainischen NGOs ist von der Finanzierung durch westliche Regierungen und westliche Stiftungen abhängig (siehe Katchanovski, 2017a; Ishchenko, 2024).

8.6 Die Eskalationsspirale der Konflikte auf dem Maidan, im Donbas und auf der Krim

Der russische Überfall war eine illegale und extreme Eskalation der Konflikte Russlands mit der Ukraine und dem Westen sowie des Bürgerkriegs im Donbas, die auf den vom Westen unterstützten gewaltsamen und illegalen Sturz der russlandfreundlichen Regierung in der Ukraine unter Beteiligung der oligarchischen und rechtsextremen Elemente der Maidan-Opposition mittels des Maidan-Massakers und der Attentatsversuche gegen Wiktor Janukowytsch 2014 folgten (siehe Katchanovski, 2020, 2023a, 2023b, 2024, 2025). Infolgedessen wurde die Ukraine ein US-Klientelstaat, machte die NATO-Mitgliedschaft zum Hauptziel ihrer Politik und zu einem Teil der Verfassung und wurde von den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Mitgliedern zunehmend als Bollwerk zur Eindämmung Russlands genutzt. Wie die vorangegangenen Kapitel zeigen, spielten das Maidan-Massaker und der gewaltsame Regierungssturz während des Euromaidan eine Schlüsselrolle beim Auslösen der Konfliktspirale, die zur russischen Annexion der Krim, zum Bürgerkrieg und zu den russischen Militärinterventionen im Donbas und schließlich zum Russland-Ukraine-Krieg eskalierte.

Wolodymyr Selenskyj kehrte von seinen Wahlversprechen einer friedlichen Lösung des Donbas-Konflikts ab, erfüllte die Minsker Abkommen über die friedliche Lösung des Konflikts im Donbas nicht und verkündete vor dem russischen Überfall seine Absicht, den von Separatisten kontrollierten Donbas und die von Russland annektierte Krim wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu bringen. Es gab jedoch keine bestätigten Belege für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff der ukrainischen Streitkräfte zur Rückeroberung des von Separatisten kontrollierten Donbas und der von Russland annektierten Krim. Ebenso gab es im Gegensatz zur Behauptung der russischen Regierung und der Medien, der russische Überfall auf die Ukraine ziele darauf ab, einen Völkermord an ethnischen Russen oder russischsprachigen Menschen zu stoppen, keine Belege für einen solchen Völkermord in der Ukraine, auch nicht im Donbas. Während Selenskyj kurz vor dem russischen Überfall auf der Münchner Konferenz andeutete,

die Ukraine könnte anstreben, eine Atommacht zu werden, gab es keine unmittelbare Aussicht darauf, dass die Ukraine Atom- oder Biowaffen bauen würde.

Literaturverzeichnis

"Nadyvylasya politychnyx shou": babusia otrymala 5 rokiv tyurmy za lajky v "Odnoklassnykax. (2023, 8 September). Ukrainska Pravda, https://www.pravda.com.ua/news/2023/09/8/7418956

2023—Russia-Ukraine news. (2023 12 July). CNN, https://edition.cnn.com/europe/live-news/russia-ukraine-war-news-07-11-23#h_7860f1d2a3eda4d803856bede621ceb7.

Abelow, B. (2022). How the West brought war to Ukraine: Understanding how U.S. and NATO policies led to crisis, war, and the risk of nuclear catastrophe. Siland Press.

Address by the President of the Russian Federation. (2022). Kremlin. http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828.

Article by Vladimir Putin "On the Historical unity of Russians and Ukrainians". (2021). Kremlin. http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181.

Bandeira, M. (2019). The world disorder: US hegemony, proxy wars, terrorism and humanitarian catastrophes. Springer.

Baysha, O., & Chukasheva, K. (2024). Russia's radical othering in the global academic discourse. Russia in Global Affairs, 22(4), 136–154.

Black, J. L., & Johns, M. (Eds.). (2015). The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia. Routledge.

Blok NATO razoshelsja na blokpakety. (2008, April 7). Kommersant, https://www.kommersant.ru/doc/877224

Boyd-Barrett, O. (2016). Western mainstream media and the Ukraine crisis: A study in conflict propaganda. Routledge.

Bucharest Summit Declaration issued by NATO Heads of State and Government. (2008). NATO. https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm.

Contemporary Russian identity: Measurements, challenges, answers. (2014). Valdai Discussion Club. https://valdaiclub.com/files/11458/

David Sacks. (2024). X, https://x.com/DavidSacks/status/1803929896361820195

Dmitry Medvedev. (2023a). Telegram. https://t.me/s/medvedev_telegram/424

Dmitry Medvedev. (2023b). Telegram. https://t.me/medvedev_telegram/437

Freedom of religion must prevail in Ukraine, even as war drags on, senior UN human rights official tells Security Council. (2023). United Nations. https://press.un.org/en/2023/sc15500.doc.htm

Götz, E., & Staun, J. (2022). Why Russia attacked Ukraine: Strategic culture and radicalized narratives. Contemporary Security Policy, 43(3), 482–497.

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the "new Cold War". McFarland Books.

Haslam, J. (2025). Hubris: The American origins of Russia's war against Ukraine. Harvard University Press.

Horton, S. (2024). Provoked: How Washington started the new Cold War with Russia and the catastrophe in Ukraine. Libertarian Institute.

Ishchenko, V. (2016). Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: An attempt of systematic estimation. European Politics and Society, 17 (4), 453–472.

Ishchenko, V. (2020). Insufficiently diverse: The problem of nonviolent leverage and radicalization of Ukraine's Maidan uprising, 2013–2014. Journal of Eurasian Studies, 11(2), 201–215.

Ishchenko, V. (2024). Towards the Abyss: Ukraine from Maidan to War. Verso.

Katchanovski, I. (2011). Puzzles of EU and NATO accession of post-communist countries. Perspectives on European Politics and Society, 12(3), 304–319.

Katchanovski, I. (2015). Crimea: People and territory before and after annexation. In A. Pikulicka-Wilczewska & R. Sakwa (Eds.), Ukraine and Russia: People, politics, propaganda and perspectives (pp. 80–89). E-International Relations.

Katchanovski, I. (2016a). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2016b). The Maidan massacre in Ukraine: A summary of analysis, evidence, and findings. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (pp. 220–224). Routledge.

Katchanovski, I. (2017a, August 23–24). Democracy in Ukraine and its current struggles [Paper presentation]. "Reimagining Diaspora and Democracy at The Margins of Europe" workshop, The WZB Berlin Social Science Center.

Katchanovski, I. (2017b). The "Euromaidan", democracy, and political values in Ukraine. In B. Axford, D. Buhari-Gulmez, & S. B. Gulmez (Eds.), Bridging divides: Rethinking ideology in the age of global discontent (pp. 122–142). Routledge.

Katchanovski, I. (2020). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2023a). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2).

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of Battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1), https://econjwatch.org/File+download/1340/KatchanovskiMar2025.pdf?mimetype=pdf

Katchanovski, I., & Abrahms, M. (2024). Far-right political violence in Ukraine: Assessment of the Donbas war and the Odesa massacre. Perspectives on Terrorism, 18(3), 90–113.

KIIS. (2022, 16 February). Dynamika reitynhu, Kiev International Institute of Sociology. https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1100&page=1&t=2

Kimmage, M. (2024). Collisions: The origins of the war in Ukraine and the new global instability. Oxford University Press.

Kramer, A. E., Varenikova, M., & Méheut, C. (2024, June, 18). "A big step back": In Ukraine, concerns mount over narrowing press freedoms. New York Times, https://www.nytimes.com/2024/06/18/world/europe/ukraine-press-freedom.html;

Kudelia, S. (2016). The Donbas rift. Russian Politics & Law, 54(1), 5–27.

Kuzmenko, Oleksiy (2022). Twitter. https://x.com/kooleksiy/status/1497335619135152138?s=20

Lane, D. (2016). The international context: Russia, Ukraine and the drift to East-West confrontation. International Critical Thought, 6(4), 623–644.

Lipset, S. M., & Lakin, J. (2004). The democratic century. University of Oklahoma Press.

Magyar, B. (2023). Russia's imperial endeavor and its geopolitical consequences: The Russia-Ukraine war (Vol. 2). Central European University Press.

Mandel, D. (2016). The conflict in Ukraine. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, 24(1), 83–88.

Maté, Aaron. (2024, 30 April). What 10 years of U.S. meddling in Ukraine have wrought (Spoiler Alert: Not Democracy). RealClearInvestigations. https://www.realclearinvestigations.com/articles/2024/04/30/what_10_years_of_us_meddling_in_ukraine_have_wrought_spoiler_alert_it_wasnt_democracy_1027411.html

Mearsheimer, J. J. (2014). Why the Ukraine crisis is the West's fault: The liberal delusions that provoked Putin. Foreign Affairs, 93(5), 77–89.

Medvedev vnov ugrozhaet zahvatit' eshhe bolshe ukrainskih territorii (2023, 12 November). Strana, https://strana.today/news/450285-medvedev-zajavil-chto-rossija-ne-sobiraetsja-ostanavlivatsja-i-nachnjot-nastupat-na-kiev.html

Miller, G., & Khurshudyan, I. (2023, October 23). Ukrainian spies with deep ties to CIA wage shadow war against Russia. Washington Post, https://www.washingtonpost.com/world/2023/10/23/ukraine-cia-shadow-war-russia

Moseichuk + Davyd Araxamiia. (2023, November 23) YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=6lt4E0DiJts&t=1480s

NATO expansion: What Gorbachev heard. (2017). https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early

Plokhy, S. (2023). The Russo-Ukrainian war: The return of history. Norton.

Popova, M., & Shevel, O. (2023). Russia and Ukraine: Entangled histories, diverging states. Polity.

Pre-Summit press conference by Secretary General Jens Stoltenberg ahead of the NATO Summit in Vilnius (2023). NATO. https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_216939.htm.

Priamyi dialog Ukrainy z predstavnikami ORDLO—nepripustimij. Zajava gromads'kih organizacii. (2020). UACrisis. https://uacrisis.org/uk/75229-pryamij-dialog-ordlo

Putin proclaims Odessa Russian city, challenges Ukraine's historical narrative. (2023, December 14). TASS, https://tass.com/politics/1721001

Putin's victory day speech suggests Russia plans to Annex parts of Ukraine. (2022, May 9). Sky News Australia. https://youtu.be/sehuAOw0-NI?si=UVKgjxEVeZm2a9bj

Remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at joint committee meeting at the European Parliament. (2023). NATO. https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_218172.htm.

Roberts, G. (2022). 'Now or never': The immediate origins of Putin's preventative war on Ukraine. Journal of Military and Strategic Studies, 22(2), 3–27.

Romanenko, V. (2024, January 18). Ukraine's National Security Council Secretary: There is no opposition in Ukraine. Ukrainska pravda, https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/01/18/7437833/

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Sakwa, R. (2023). The lost peace: How the West failed to prevent a second Cold War. Yale University Press.

Sarotte, M. E. (2021). Not one inch: America, Russia, and the making of post-Cold War stalemate. Yale University Press.

SBU: Cases opened against more than 100 UOC (MP) clergymen, 26 convicted—SBU. (2024, August 20). UNN. https://unn.ua/en/news/sbu-cases-opened-against-more-than-100-uoc-mp-clergymen-26-convicted-sbu

Segura, C. (2023, December 4). Kyiv mayor accuses Zelenskiy of authoritarianism, ending Ukraine's political truce. El Pais, https://english.elpais.com/international/2023-12-04/kyiv-mayor-accuses-zelenskiy-of-authoritarianism-ending-ukraines-political-truce.html

Shhodnya vy mayete vidchuvaty, shho vid vashoyi roboty zalezhyt" zhyttya lyudej i sytuaciya v nashij krayini—vystup Prezydenta na Konferenciyi posliv Ukrayiny. (2022, December 23). President of Ukraine, https://www.president.gov.ua/news/shodnya-vi-mayete-vidchuvati-sho-vid-vashoyi-roboti-zalezhit-80041

Shuster, S. (2022, February 2). The untold story of the Ukraine crisis. Time. https://time.com/6144109/russia-ukraine-vladimir-putin-viktor-medvedchuk/.

Taran, S. (2024, July 1). Viiskovi ne zhodni: chomu bijci vystupaiut proty domovlenostej Ukrainy z RF. Focus, https://focus.ua/uk/eksklyuzivy/655194-viyskovi-proti-mozhlivih-peregovoriv-ukrajini-z-rosiyeyu

Trump says Zelenskiy wants to back out of critical minerals deal. (2025, March 30). Reuters. https://www.reuters.com/world/trump-says-zelenskiy-wants-back-out-critical-minerals-deal-2025-03-30/

The White House. (2023, 20 October). Remarks by President Biden on the United States' response to Hamas's terrorist attacks against Israel and Russia's ongoing brutal war against Ukraine. https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/10/20/remarks-by-president-biden-on-the-unites-states-response-to-hamass-terrorist-attacks-against-israel-and-russias-ongoing-brutal-war-against-ukraine/

United States Department of State. (2024). 2023 report on international religious freedom: Ukraine. https://www.state.gov/reports/2023-report-on-international-religious-freedom/ukraine

Vilnius Summit Communiqué issued by NATO Heads of State and Government. (2023). NATO. https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_217320.htm.

Violating Religious Freedom, Ukraine is on the verge of banning Ukrainian Orthodox Church. (2024, August 20). National Review, https://www.nationalreview.com/corner/violating-religious-freedom-ukraine-is-on-the-verge-of-banning-ukrainian-orthodox-church

Vlahos, K. B. (2023, April 17). Lieven inside Ukraine: Some real breaks, and insights. Responsible Statecraft. https://responsiblestatecraft.org/2023/04/17/lieven-inside-ukraine-some-real-breaks-and-insights/

VOA News. (2022, April 23). Russia might want to invade other countries, Ukraine's Zelenskyy warns. Voice of America. https://www.voanews.com/a/russia-might-want-to-invade-other-countries-ukraine-s-zelenskyy-warns-/6541798.html

Zelensky: 'If we were a NATO member, a war wouldn't have started.' (2022, March 20). CNN. https://www.cnn.com/europe/live-news/ukraine-russia-putin-news-03-20-22/h_7c08d64201fdd9d3a141e63e606a62e4

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format

erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Kapitel 9: Der Russland-Ukraine-Krieg und seine Natur

9.1 Widersprüchliche Narrative, frühere Studien und Quellen

Wie in Kapitel 1 erwähnt, ist die Wahrheit das erste Opfer des Krieges, aber die Aufgabe wissenschaftlicher Studien besteht nicht darin, sich auf Propaganda zu verlassen, die von den Regierungen verbreitet und von den Medien oft wiederholt wird, sondern auf verlässliche Beweise, akademische Konzepte und Theorien, um Kriege auf professionelle, ehrliche und unparteiische Weise zu erforschen.

Dies gilt für den Russland-Ukraine-Krieg. Beispielsweise erklärte der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes der Ukraine (HUR), Kyrylo Budanow, im Jahr 2025, dass die Ukrainer die harte Wahrheit über den Krieg während des Krieges nicht wissen müssten und dass die Menschen sie später erfahren würden (Anna, 2025).

Dieses Kapitel untersucht den Krieg in der Ukraine seit der russischen Invasion am 24. Februar 2022. Es analysiert die Natur und die Klassifizierung dieses wichtigsten bewaffneten Konflikts des einundzwanzigsten Jahrhunderts sowie die militärischen Opfer. Dies sind entscheidende Fragen des Krieges. Das Kapitel beginnt mit dem Abschnitt, der widersprüchliche Narrative, frühere Studien und Quellen untersucht, und analysiert anschließend, ob der Krieg ein zwischenstaatlicher Krieg, ein Stellvertreterkrieg oder ein Bürgerkrieg ist, sowie seine militärischen Opfer.

Dieses Kapitel stützt sich auf politikwissenschaftliche Theorien zu Konflikten und Kriegen sowie auf empirische Analyse, um die Natur des Krieges in der Ukraine zu untersuchen. Die evidenzbasierte und theoretisch fundierte akademische Analyse des Ukraine-Russland-Krieges ist erforderlich, um die Natur dieses hochgradig politisierten politischen Konflikts zu bestimmen, der nicht nur die Ukraine und Russland, sondern die gesamte Welt betraf. Dies wäre auch für die Konfliktlösung hilfreich.

Diese Studie untersucht große Mengen an Primär- und Sekundärquellen in ukrainischer, russischer, polnischer und englischer Sprache. Das Kapitel basiert auf der Analyse von Videos, Interviews und Erklärungen wichtiger politischer Akteure, die an diesem Krieg beteiligt sind, sowie auf Zeugenaussagen und Berichten von Teilnehmern, Journalisten und Augenzeugen in

diesen Sprachen in den Medien und sozialen Medien. Im Durchschnitt umfasste die Datenanalyse täglich über 100 Videos und andere Primärquellen in den sozialen Medien und den Medien zum Krieg in der Ukraine über mehr als dreieinhalb Jahre des Krieges seit seinem Beginn am 24. Februar 2022. Die absolute Mehrheit solcher Primärquellen kann aus Platzgründen nicht zitiert werden, und die relevantesten Quellen werden zitiert.

Zu den analysierten Quellen gehören Berichte, Erklärungen, Interviews und statistische Daten der Regierungen und Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Polens, Russlands, der Ukraine und anderer Länder sowie internationaler Organisationen wie der NATO, der EU und der Vereinten Nationen. Die Studie verwendet Medienberichte, Videos, Erklärungen und Interviews aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Polen, Russland, der Ukraine und anderen Ländern sowie Videos und andere Informationen über den Krieg aus verschiedenen Telegram-Kanälen und anderen sozialen Medien in ukrainischer, englischer und russischer Sprache.

Die Untersuchung umfasst die Bestimmung der Verlässlichkeit, Validität und Authentizität der Informationen sowie deren Bestätigung durch andere unabhängige Quellen. Diese Studie übernimmt keinerlei Behauptungen irgendeiner Regierung, der Medien, sozialer Medien oder anderer Quellen ungeprüft, es sei denn, sie werden durch unabhängige und verlässliche Quellen bestätigt oder widersprechen deren eigenen Interessen.

Der Ukraine-Krieg brachte widersprüchliche Narrative der Regierungen und Medien in der Ukraine, Russland und dem Westen hervor. Die ukrainische Regierung und die Medien stellten den Krieg im Jahr 2022 als eine umfassende russische Invasion und einen aggressiven illegalen Krieg dar, der von Russland 2014 mit der Annexion der Krim und dem zwischenstaatlichen Krieg im Donbas begonnen worden sei.

Auch die westlichen Regierungen und die Medien stellten den Krieg als umfassende illegale russische Aggression und Invasion der Ukraine dar und als Fortsetzung des Russland-Ukraine-Krieges oder eines hybriden, von Russland geführten Krieges im Donbas und der russischen Annexion der Krim. Die ukrainischen und westlichen Regierungen und die Medien bezeichneten die Ukraine und den Westen während des Russland-Ukraine-Krieges als Verbündete. Sie stellten die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine durch den Westen während des Russland-Ukraine-Krieges als Unterstützung für eine gleichgesinnte liberale Demokratie gegen die unprovozierte russische Invasion dar.

Die ukrainischsprachige Wikipedia und in hohem Maße auch die englisch- und russischsprachige Wikipedia folgten den vorherrschenden Narrativen der westlichen und ukrainischen Medien in Bezug auf den Russland-Ukraine-Krieg, seine Klassifizierung und seine Opfer. Die Wikipedia-Autoren drängten ihre politischen Standpunkte zu diesem Konflikt auf und ließen Wissenschaftler und andere Experten, die von diesen Narrativen abwichen, aus, zensierten sie und griffen sie an (siehe zum Beispiel Russo-Ukrainian War, 2025).

Im Gegensatz dazu bezeichneten die russische Regierung und die Medien den Krieg in der Ukraine als „speziellen Militäreinsatz" und nicht als „Krieg". Die russische Regierung und die

Medien stellten den Ukraine-Russland-Krieg als einen Krieg mit den Vereinigten Staaten und der NATO dar und bezeichneten die Vereinigten Staaten und die NATO als direkte Teilnehmer des Krieges.

Allerdings sind Regierungen und die Medien oft unzuverlässige Quellen. Regierungen greifen während Kriege, an denen sie beteiligt sind, häufig zu umfassenden Propaganda- und Desinformationskampagnen sowie zur Zensur. Sie verunglimpfen ihre Gegner und übertreiben deren militärische Opfer, während sie ihre eigenen militärischen Opfer herunterspielen und ihre zivilen Opfer übertreiben. Sie zensieren Informationen, die ihnen schaden. Die ukrainischen und russischen Medien sind während des Krieges weitgehend nicht unabhängig, unterliegen der Zensur und müssen der Regierungspropaganda folgen. Studien zeigen, dass die westliche Medienberichterstattung, insbesondere über Konflikte in fremden Ländern wie der Ukraine, oft die Narrative ihrer eigenen Regierungen und der politischen Elite aufgreift (Boyd-Barrett, 2016; Katchanovski & Morley, 2012).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hatten westliche Journalisten, die über den Krieg in der Ukraine berichteten, keine oder nur geringe Vorkenntnisse über Konflikte und Politik in der Ukraine und kannten die ukrainische und russische Sprache nicht. Sie wurden von der ukrainischen Regierung in ihrer Berichterstattung über militärische Angelegenheiten eingeschränkt und berichteten deren Behauptungen oft ungeprüft, ohne sie zu verifizieren.

Ebenso waren militärische und politische Kommentatoren, die die Berichterstattung der Vereinigten Staaten und eines großen Teils der übrigen westlichen Medien über den Krieg in der Ukraine dominierten, mit einigen Ausnahmen vor der russischen Invasion nicht auf die Ukraine spezialisiert und wurden über Nacht zu Experten für Konflikte und Politik in der Ukraine. Darüber hinaus arbeitete die überwältigende Mehrheit von ihnen in parteiischen Think Tanks, die von Verteidigungsunternehmen finanziert wurden, oder es handelte sich um pensionierte Militärbefehlshaber und Regierungsvertreter (Freeman, 2024). Solche parteiischen Think Tanks, die von den Verteidigungsunternehmen finanziert wurden und pensionierte Militärbefehlshaber und Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder umfassten, schlossen das Institute for the Study of the War und den Atlantic Council ein.

Sie hatten Anreize, Kommentare zu liefern, die auf die Interessen der Verteidigungsindustrie, des Militärs und der Regierungen der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder ausgerichtet waren. Kommentatoren aus solchen Think Tanks verstärkten die Propagandanarrative über den Russland-Ukraine-Krieg, seine Natur und seinen Ausgang und widersetzten sich einer friedlichen Lösung dieses Konflikts (Freeman, 2024).

Aus diesem Grund kann die wissenschaftliche Forschung keine Behauptungen der Regierungen, der Medien sowie militärischer und politischer Kommentatoren ungeprüft übernehmen, es sei denn, sie werden durch unabhängige und verlässliche Quellen bestätigt oder widersprechen deren eigenen Interessen.

Es gibt eine rasch wachsende Zahl von Büchern, wissenschaftlichen Artikeln und anderen Studien zum Russland-Ukraine-Krieg (siehe zum Beispiel Asada & Tamada, 2024; Cox, 2023;

Diesen, 2024; Edele, 2023; Fedorchak, 2024; Forsberg & Patomäki, 2022; Haslam, 2025; Jakupec, 2024; Kasi´nska-Metryka & Pałka-Suchojad, 2023; Katchanovski, 2022a, 2025; Kimmage, 2024; Leist & Zimmermann, 2024; Magyar, 2023; Plokhy, 2023; Rothman et al., 2024; Sasse, 2023; Shevtsova, 2024; Vicente et al., 2023; Wanner, 2023). Sie untersuchten im Allgemeinen spezifische Aspekte des Russland-Ukraine-Krieges und damit zusammenhängender Fragen.

Frühere Studien stützten sich meist unkritisch auf Sekundärquellen sowie auf die Narrative der westlichen und ukrainischen Medien und Regierungen und wurden überwiegend von Wissenschaftlern erstellt, die nicht auf die Erforschung von Konflikten in der Ukraine spezialisiert waren. Es fehlt an umfassenden akademischen Studien zum Ukraine-Krieg, weil er relativ kürzlich begann und noch andauert.

Einige wenige Studien sagten die reale Möglichkeit eines Krieges zwischen Russland und der Ukraine voraus (siehe zum Beispiel Katchanovski, 2016; Mearsheimer, 2014). Es gab Dementis, dass Russland die Ukraine invadieren würde, und viele Wissenschaftler versäumten es, den Krieg auch noch vor der Invasion vorherzusagen, trotz der Konzentration großer Zahlen russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenzen und anderer Beweise, die eine reale Möglichkeit aufzeigten, dass der Konflikt zu einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine eskalieren könnte (CTV, 2022; Katchanovski, 2022b, 2022c).

Krieg wird in der Politikwissenschaft und der Konfliktforschung üblicherweise als bewaffneter Konflikt mit mindestens 1000 kampfbezogenen Opfern definiert. Beispielsweise wird eine solche Definition vom Uppsala Conflict Data Program (UCDP, 2024) verwendet. Kriege können je nach Art der Beteiligung der Konfliktparteien als zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege und Stellvertreterkriege klassifiziert werden.

Wie der Begriff nahelegt, sind zwischenstaatliche Kriege Kriege zwischen zwei oder mehr Staaten oder Ländern. Der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg, der Irak-Iran-Krieg und der China-Vietnam-Krieg sind Beispiele für zwischenstaatliche Kriege.

Im Gegensatz dazu sind Bürgerkriege oder innerstaatliche Kriege Kriege zwischen bewaffneten Konfliktparteien innerhalb eines einzigen Staates oder eines Landes. Viele Bürgerkriege umfassen jedoch auch die direkte oder indirekte Beteiligung ausländischer Staaten in verschiedenen Formen, wie militärische Interventionen, Waffenlieferungen sowie wirtschaftliche und politische Unterstützung oder Patronage. Solche Bürgerkriege werden internationalisierte Bürgerkriege genannt. Zu ihren Beispielen gehörten die Bürgerkriege in den Vereinigten Staaten, Russland, Spanien, Syrien und Bosnien (siehe zum Beispiel Cederman & Vogt, 2017; Kalyvas, 2006; Newman, 2014; Newman & DeRouen, Jr. 2014).

Wie der Bürgerkrieg ist auch der Stellvertreterkrieg ein Begriff und ein Konzept, das in der Politikwissenschaft und der Konfliktforschung verwendet wird. Stellvertreterkriege sind Kriege, in denen eine oder mehrere der Parteien des bewaffneten Konflikts von anderen Parteien, die nicht direkt an den Kampfhandlungen beteiligt sind, als Stellvertreter genutzt werden. In einem solchen Fall können sowohl zwischenstaatliche als auch Bürgerkriege zugleich Stellvertreterkriege sein. Verschiedene Kriege in vielen Ländern werden von früheren Studien

als Stellvertreterkriege klassifiziert. Die Kriege in Vietnam und Angola sind Beispiele für Stellvertreterkriege, in erster Linie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion (siehe Groh, 2019; Moghadam et al., 2024; Mumford, 2013). Viele Kriege, wie die Kriege in Vietnam, Angola, Afghanistan, Syrien, Irak und Jemen, verbinden Elemente zwischenstaatlicher, bürgerlicher und/oder Stellvertreterkriege (siehe zum Beispiel Kaussler et al., 2022).

Stellvertreterkriege beinhalten oft Klientel-Patron-Beziehungen, wobei ein Patron eine Konfliktpartei als Stellvertreter gegen eine andere Konfliktpartei einsetzt. Die Definitionen des Klientelstaats betonen seine militärische, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Patron; die asymmetrische Beziehung zwischen einem Klientelstaat und einem Patron sowie unterschiedliche Grade der Autonomie von Klientelstaaten in ihrem Handeln. Der Klientelstaat ist ein politikwissenschaftliches Konzept, und es wird von Wissenschaftlern auf viele verschiedene Länder angewendet. Beispiele für Klientelstaaten der Vereinigten Staaten waren Südvietnam während des Vietnam-Krieges und der Iran während der Herrschaft des Schahs nach dem vom CIA und MI6 gelenkten Putsch. Freigegebene CIA-Dokumente bestätigten dies, insbesondere die Anwendung von False-Flag-Gewalt, um den Putsch im Iran zu inszenieren (siehe Gasiorowski, 1991; Ladwig, 2017; Sylvan & Majeski, 2009).

9.2 Die russische Invasion der Ukraine und der zwischenstaatliche Russland-Ukraine-Krieg

Der Krieg in der Ukraine ist seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 ein zwischenstaatlicher Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Die russischen Streitkräfte invadierten auf Putins Befehl aus Richtungen von Belarus, der Krim und angrenzenden russischen Regionen und eroberten große Teile der Ost-, Süd- und Nordukraine. Russland begann diesen Krieg gegen die Ukraine und griff die ukrainischen Streitkräfte zuerst an.

Die Regierung Putin rechtfertigte ihn als Präventivkrieg zur Verteidigung der separatistischen Republiken DNR und LNR, die Russland wenige Tage vor der Invasion anerkannt hatte. Nachdem Selenskyj seine Wahlversprechen einer friedlichen Lösung des Krieges im Donbas aufgegeben hatte, betonte er die Politik der Rückführung der Krim und des Donbas unter ukrainische Kontrolle, insbesondere mit militärischer Gewalt. Es gibt jedoch keine verlässlichen Beweise dafür, dass die Rückeroberung dieser Regionen mit militärischen Mitteln der Ukraine vor der russischen Invasion am 24. Februar 2022 unmittelbar bevorstand. OSZE-Berichte, Videos und die Medien zeigten, dass es kurz vor der russischen Invasion verstärkten Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte im Donbas gab. Sie zeigen jedoch, dass dieser Beschuss weit weniger intensiv war als während des Bürgerkriegs und der russischen Militärinterventionen in den Jahren 2014–15.

Daher werden die Behauptungen der russischen Regierung zum Recht auf Selbstverteidigung und zum Präventivkrieg nach der UN-Charta nicht durch Beweise gestützt. Dies macht die russische Invasion der Ukraine nach dem Völkerrecht illegal.

Russland invadierte die Ost-, Süd- und Nordukraine am 24. Februar 2022, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin erklärt hatte, was er als „speziellen Militäreinsatz" in der Ukraine

bezeichnete. Ein neues Gesetz machte es in Russland illegal, die russischen Militäraktionen in der Ukraine als Krieg zu bezeichnen. Im Gegensatz zur russischen Regierung und den Medien wird der russisch-ukrainische bewaffnete Konflikt eindeutig als Krieg klassifiziert, da die Zahl der kampfbezogenen Opfer die Schwelle von 1000 Opfern weit übersteigt, die von Wissenschaftlern üblicherweise zur Definition eines Krieges verwendet wird.

Die Opfer der ukrainischen Streitkräfte während dreieinhalb Jahren des Krieges seit dem 24. Februar 2022 werden auf etwa 180.000 Getötete und etwa 7.200.000 Verwundete geschätzt. Diese Zahlen umfassen Opfer in allen Teilstreitkräften des ukrainischen Militärs, der Polizei, der Grenztruppen, der Nationalgarde, des Sicherheitsdienstes der Ukraine und ausländischer Freiwilliger. Die Schätzung der Getöteten basiert auf etwa 160.000 namentlich identifizierten getöteten und vermissten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte, die von der ukrainischen Verlustseite erfasst wurden, bereinigt um die Untererfassung aus bestimmten Regionen und das Fehlen von Daten von Friedhöfen, und unter Ausschluss von fast 4500 namentlich identifizierten Kriegsgefangenen (Ukrainian, 2025).

Im Dezember 2024 veröffentlichte ukrainische Medien berichteten unter Berufung auf eine Quelle des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine, dass die bestätigte Zahl der getöteten ukrainischen Soldaten 70.000 betrage und 35.000 vermisst würden. Die Schätzung liegt nahe an der Einräumung von US-Vertretern Mitte August 2023, dass fast 70.000 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte getötet worden seien, sowie an einer berichteten „vertraulichen ukrainischen Schätzung von Anfang 2024, wonach 80.000 ukrainische Soldaten getötet und 400.000 verwundet wurden." (Cooper et al., 2023; Pancevski, 2024). Diese Zahlen werden durch Schätzungen der seit diesem Zeitpunkt Getöteten auf der Grundlage einer groben monatlichen Verlustrate angepasst sowie durch die Hinzufügung grober Schätzungen der Opfer unter der Nationalgarde, der Polizei, den Grenztruppen, dem Sicherheitsdienst der Ukraine sowie ausländischen Söldnern und Freiwilligen und der als vermisst gemeldeten Gefallenen. Der stellvertretende Innenminister der Ukraine berichtete Ende September 2024, dass Militärangehörige den größten Teil der 55.000 vermissten Personen im Unified Register of Missing Persons under Special Circumstances ausmachten (U Reiestri, 2024). Da die ukrainische und die russische Regierung berichteten, dass 2024 noch etwa 6500 ukrainische Kriegsgefangene verblieben, und da die Identität der meisten von ihnen den ukrainischen Behörden über das Rote Kreuz gemeldet wurde, deutet dies darauf hin, dass die überwältigende Mehrheit der als vermisst geführten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte im Kampf getötet wurde (Ponad, 2024; Korzhova, 2024). Zahlreiche Videos auf verschiedenen Telegram-Kanälen zeigten große Zahlen von Leichen getöteter ukrainischer Soldaten auf Gebieten, die von den russischen und separatistischen Kräften erobert wurden.

Die Zahl der verwundeten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte wird auf der Grundlage des Verhältnisses von etwa 4 Verwundeten auf 1 Getöteten geschätzt, einem typischen Verhältnis von Getöteten zu Verwundeten in modernen Kriegen. Ein solches Verhältnis wird beispielsweise auch von Experten und BBC Russian verwendet, um die russischen Verluste zu schätzen (Ivshina, 2024). Oleksij Arestowytsch, Berater des Präsidialamts von Selenskyj, erklärte am 11. Juni 2022,

dass etwa 10.000 Militärangehörige getötet worden seien. Ein weiterer Berater von Selenskyj erklärte, dass im Juni 2022 etwa 100–200 pro Tag und im August 2022 etwa 30–50 getötet worden seien. Der Verteidigungsminister der Ukraine erklärte, dass Mitte Januar 2023 täglich 50–60 getötet würden (De-fakto, 2023; Khomenko, 2022; U vijni, 2022; Za vremja, 2022).

Eine Erklärung von Selenskyj, wonach 31.000 ukrainische Soldaten während der ersten beiden Kriegsjahre getötet worden seien, war Falschnachrichten oder Desinformation, da die Zahl der namentlich identifizierten getöteten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte damals bei etwa 42.000 lag und bis Ende September 2024 fast 56.000 und bis September 2025 fast 83.000 erreichte. Die Identifizierung erfasste die ukrainischen Opfer jedoch deutlich unvollständiger als die Identifizierung der russischen Opfer durch die BBC, weil sie nur auf Nachrufen und anderen öffentlich online verfügbaren Daten sowie begrenzten Daten aus vielen Städten und Regionen der Ukraine beruhte und keine Daten von Friedhöfen einschloss. (Armstrong, 2024; Ukrainian, 2025).

Ebenso entbehren Behauptungen von 1,7 Millionen, 500.000 oder ähnlichen Zahlen getöteter Angehöriger der ukrainischen Streitkräfte jeder verlässlichen Quelle, und solche Opferzahlen sind physisch unmöglich, weil sie implizieren, dass alle Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte während des Krieges getötet oder verwundet worden wären. Dasselbe gilt für Behauptungen über russische Streitkräfteopfer in ähnlicher Größenordnung. Verschiedene offizielle Opferzahlen der Gegner und angeblich durchgesickerte oder quellenlose militärische Verlustzahlen weisen alle Merkmale von Fälschungen auf, weil ihnen Validität und Verlässlichkeit fehlen. Die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen übertreiben die militärischen Opfer des jeweiligen Gegners zu Propaganda- und Desinformationszwecken.

Die minimalen Opfer der russischen Streitkräfte während dreieinhalb Jahren des Krieges werden auf mindestens 130.000 Getötete und 520.000 Verwundete geschätzt, basierend auf dem Verhältnis von etwa 4 Verwundeten auf 1 Getöteten. Die Schätzung basiert auf der namentlichen Identifizierung von über 128.000 getöteten Angehörigen des russischen Militärs, der Nationalgarde, des FSB, der Polizei, der Grenztruppen und der Wagner-Söldner durch BBC Russian und Mediazona bis zum 5. September 2025 (BBC, 2025). Die Zahl wird durch eine grobe Schätzung der als vermisst gemeldeten Gefallenen angepasst und anteilig hochgerechnet. Zu den identifizierten Opfern gehören über 18.000 rekrutierte russische Gefangene, die während des Krieges in der Ukraine getötet wurden. BBC Russian berichtete, dass weit größere Zahlen von Angehörigen der russischen Streitkräfte namentlich identifiziert worden sein könnten. Diese Schätzung entbehrt jedoch spezifischer Beweise und Bestätigung (BBC, 2025).

Die Opfer der Donbas-separatistischen Formationen, die seit der russischen Annexion formell in die russischen Streitkräfte eingegliedert wurden, werden auf etwa 25.000 Getötete und 100.000 Verwundete geschätzt. Die Opferzahlen leiten sich aus der Schätzung von BBC Russian auf der Grundlage von Nachrufen und Nachrichten über die Suche nach Vermissten ab, wonach 21.000–23.500 getötete Angehörige der Donbas-separatistischen Streitkräfte zu verzeichnen sind, sowie aus dem Verhältnis von 4 Verwundeten auf 1 Getöteten (BBC, 2025). Die Ombudsperson der

separatistischen DNR räumte 4133 getötete und über 17.379 verwundete Angehörige aller DNR-Streitkräfte während des Jahres 2022 bis zum 16. Dezember 2022 ein (Upolnomochennyi, 2022).

Dieses Buch schätzt die kombinierten Opfer der russischen und separatistischen Streitkräfte auf mindestens 155.000 Getötete und 400.000 Verwundete während der ersten dreieinhalb Jahre des Krieges. Ein US-Vertreter erklärte Ende September 2024, dass „100.000 Russen getötet und 430.000 verletzt wurden seit Beginn des Krieges." (Ukraine, 2024). Die Vereinigten Staaten und andere westliche Vertreter rechneten Opfer unter den Donbas-separatistischen Streitkräften den Opfern der russischen Streitkräfte zu, in die die separatistischen Formationen seit Herbst 2022 formell eingegliedert wurden.

Die stark übertriebenen Berichte über die Opfer der russischen Streitkräfte und das Auslassen oder Herunterspielen der Opfer der ukrainischen Streitkräfte wurden von den ukrainischen und westlichen Regierungen und den Medien sowie parteiischen Kommentatoren genutzt, um zu behaupten, die Ukraine gewinne den Abnutzungskrieg gegen Russland. Sie wurden durch zahlreiche Berichte über Menschenwellenangriffe der russischen Streitkräfte gestützt. Solche Berichte wurden jedoch durch keines der Videos bestätigt und erscheinen daher als Falschnachrichten oder Desinformation. Es gibt auch keine solchen Belege für Menschenwellenangriffe der ukrainischen Streitkräfte. Die Analyse Tausender Videos aus verschiedenen Telegram-Kanälen, von Twitter/X und anderen sozialen Medien zeigte jedoch viele russische und ukrainische Angriffe, die mit großen Verlusten endeten.

Die ukrainischen Streitkräfte befanden sich während des größten Teils des Krieges überwiegend in der Defensive und die russischen und separatistischen Streitkräfte in der Offensive. Und eine Offensive ist in Konflikten zwischen gleich starken oder nahezu gleich starken Gegnern im Allgemeinen mit deutlich größeren Verlusten verbunden als die Verteidigung. Aus politischen und propagandistischen Gründen befahl Selenskyj den ukrainischen Streitkräften jedoch, Mariupol, Lyssytschansk, Sjewjerodonezk, Bachmut, Awdijiwka, Wuhledar, Kurachowe und andere Städte und Ortschaften trotz schwerer Verluste und der Gefahr der Einkesselung durch die russischen Streitkräfte weiter zu verteidigen.

Dasselbe gilt für seine Entscheidung, im August 2024 die Invasion der Region Kursk in Russland zu beginnen und den Rückzugsbefehl zu verzögern, als die ukrainischen Streitkräfte dort im März 2025 nach dem Vormarsch der russischen Streitkräfte und der Unterstellung aller Versorgungsstraßen unter Feuerkontrolle von einer Einkesselung bedroht waren. Sowohl ukrainische als auch russische Videos und Berichte zeigten große Zahlen ukrainischer Militärfahrzeuge, die von russischen Drohnen auf diesen Straßen getroffen und zerstört wurden, und die Versorgung der ukrainischen Truppen war erheblich eingeschränkt worden.

Die ukrainischen Streitkräfte mussten sich aus der Region Kursk zurückziehen, weil sie andernfalls von den russischen Streitkräften vollständig eingekesselt worden wären. Selenskyj wollte den von der Ukraine kontrollierten Teil der Region Kursk als seinen Trumpf bei den Verhandlungen über eine Friedenslösung nutzen. Die Kursk-Offensive war ein PR- oder propagandagetriebener Schritt Selenskyjs mit vorhersehbarem und vermeidbarem Ausgang.

Mit Ausnahme der Größe seiner Militärstreitmacht in der Ukraine bis 2023 behielt Russland einen erheblichen militärischen Vorteil gegenüber der Ukraine in Bezug auf Artillerie, Raketen, Luftwaffe und elektronische Kriegsführung. Die russischen Streitkräfte hatten einen zwischen mehrfachen und mehr als zehnfachen Vorteil bei der Zahl der abgefeuerten Artilleriegranaten (NATO, 2024). Die Analyse ukrainischer und russischer offizieller sowie Medien- und Social-Media-Berichte zeigt, dass die russischen Streitkräfte zudem einen mehr als 100-fachen Vorteil bei der Zahl der gestarteten Raketen hatten. Darüber hinaus hatten sie Luftherrschaft und Luftverteidigungsherrschaft über die ukrainischen Streitkräfte, selbst nach der Lieferung geringer Zahlen von F-16-Kampfflugzeugen und Patriot- und anderen Luftverteidigungssystemen durch die westlichen Regierungen an die Ukraine. Russische Militärflugzeuge starteten aus sicheren Entfernungen große Zahlen großer Gleitbomben.

Der Ukraine-Krieg führte bereits zu den größten militärischen Opfern eines Krieges in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Er übertraf deutlich die militärischen Opfer des Bürgerkriegs und der russischen Militärinterventionen im Donbas und anderer Kriege in Europa, wie des Kosovo-Krieges, des Bürgerkriegs in Bosnien, der Kriege in Slowenien und Kroatien während des Zerfalls Jugoslawiens, des Russland-Georgien-Krieges und zweier Kriege in Tschetschenien.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der russischen Führung und der Medien kann der Ukraine-Krieg nicht als konventioneller Krieg Russlands mit den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Ländern klassifiziert werden. Die US-amerikanischen und britischen Medienberichte enthüllten die Stationierung ihrer Spezialkräfte und Geheimdienstmitarbeiter in der Ukraine in Hunderten. Die regulären Streitkräfte der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und anderer NATO-Mitglieder nehmen jedoch nicht direkt am Krieg mit Russland in der Ukraine teil, mit einigen relativ begrenzten Ausnahmen. Ein britischer General berichtete, dass britische Royal-Marine-Kommandos an verdeckten Operationen in der Ukraine teilnahmen und „diskrete Operationen" in einem „höchst sensiblen Umfeld" unterstützten. (Grylls, 2022).

Eine geheime Online-Kommunikation deutscher Luftwaffenkommandanten, die von Russland abgefangen und veröffentlicht und von deutschen Vertretern als echt anerkannt wurde, deutete darauf hin, dass das britische Militär in der Ukraine „vor Ort" war, um den ukrainischen Streitkräften zu helfen, Storm-Shadow-Raketen abzufeuern, die vom Vereinigten Königreich geliefert wurden (Connolly & Sabbagh, 2024). Olaf Scholz, der deutsche Bundeskanzler, deutete an, dass britisches und französisches Militärpersonal in der Ukraine half, solche Langstreckenraketen zu programmieren und zu Zielen zu führen, und erklärte, er lehne die Lieferung ähnlicher Taurus-Raketen an die Ukraine durch Deutschland ab, weil dies eine direkte Beteiligung am Krieg mit Russland bedeuten würde (Barnes & Rothwell, 2024). Die Biden-Administration weigerte sich 2024, den Einsatz der von den Vereinigten Staaten gelieferten ATACMS-Langstreckenraketen und der vom Vereinigten Königreich gelieferten Storm-Shadow-Raketen durch die ukrainischen Streitkräfte zur Bekämpfung von Zielen auf dem international anerkannten Territorium Russlands zu genehmigen, nachdem Putin erklärt hatte, dass „dies bedeuten wird, dass die NATO-Länder – die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder – sich im Krieg mit Russland befinden." (Holmes, 2024). Beide dieser amerikanischen und

britischen Langstreckenraketen wurden jedoch von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt, um russische militärische Ziele auf dem von Russland annektierten Territorium der Ukraine anzugreifen, insbesondere auf der Krim und im Donbas.

Verschiedene Belege deuten auf die Beteiligung nordkoreanischer Armeesoldaten am Russland-Ukraine-Krieg auf russischer Seite hin. Videos zeigten die Stationierung nordkoreanischer Soldaten in einer militärischen Ausbildungseinrichtung Russlands im russischen Fernen Osten. Videos sowie Berichte der ukrainischen Regierung und der Medien zeigten zwei Kriegsgefangene, die Koreanisch sprachen und kein Russisch sprachen, aber russische Militärdokumente besaßen. Sie wurden Berichten zufolge in der Region Kursk in Russland während Kämpfen dort mit den ukrainischen Streitkräften gefangen genommen, die 2024 einen Teil dieser Region eroberten (Video, 2025). Es gibt keine Belege für die Beteiligung der nordkoreanischen Soldaten am Krieg auf dem Territorium der Ukraine. Es gibt auch keine bestätigten Belege für das Ausmaß der direkten nordkoreanischen Beteiligung am Krieg und die nordkoreanischen Opfer. Sowohl die russische als auch die nordkoreanische Regierung räumten die direkte Teilnahme nordkoreanischer Truppen an Kämpfen in der Region Kursk ein, nachdem dieses Gebiet im Frühjahr 2025 von den ukrainischen Streitkräften zurückerobert worden war. Nordkorea lieferte während des Krieges zudem große Mengen an Artilleriegranaten und anderen Waffen an die russischen Streitkräfte. Der Iran war ein weiteres Land, das Russland mit Angriffsdrohnen „Shakhed" belieferte. Russland kopierte und modifizierte diese iranischen Drohnen und produzierte solche Drohnen in großen Mengen unter dem Namen „Geran" und setzte sie ein, um militärische Ziele und kritische Infrastruktur in der Ukraine anzugreifen.

9.3 Der Stellvertreterkrieg Russland-NATO in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland. Die Vereinigten Staaten und die NATO nutzen die Ukraine, insbesondere die ukrainische Regierung und die Streitkräfte, als Stellvertreter. Verschiedene hochrangige US-amerikanische und britische Vertreter und Politiker räumten den Stellvertreterkrieg ein. Beispielsweise erklärte Verteidigungsminister Lloyd Austin, dass „wir Russland so weit geschwächt sehen wollen, dass es nicht mehr die Dinge tun kann, die es bei der Invasion der Ukraine getan hat." (Baker & Sanger, 2022). Der ehemalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta sagte im März 2022, dass sich die Vereinigten Staaten in der Ukraine in einem Stellvertreterkrieg mit Russland befänden (U.S., 2022).

Ebenso erklärte Philip Breedlove, der frühere Befehlshaber des US-amerikanischen Europäischen Kommandos und ehemalige Oberste Alliierte Befehlshaber der NATO-Streitkräfte: „Ich denke, wir befinden uns in einem Stellvertreterkrieg mit Russland. Wir nutzen die Ukrainer als unsere Stellvertreterkräfte." (Argument, 2022). Auch der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson räumte ein, dass der Westen/die NATO einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine führt und dass das ukrainische Militär und die ukrainische Führung Stellvertreter sind: „Wir führen einen Stellvertreterkrieg! Wir führen einen Stellvertreterkrieg, aber wir geben unseren Stellvertretern nicht die Möglichkeit, die Aufgabe zu erfüllen." (Boris, 2024). Ebenso sagte Marco Rubio, der Leiter des US-Außenministeriums, ausdrücklich, dass „es offen gesagt

ein Stellvertreterkrieg zwischen Nuklearnmächten ist – den Vereinigten Staaten, die der Ukraine helfen, und Russland – und er muss beendet werden" (Secretary, 2025).

Auch Selenskyj räumte den Stellvertreterkrieg de facto ein. Er erklärte, dass „die US-Armee jetzt nicht mehr kämpfen muss, um NATO-Länder zu schützen. Die Ukrainer tun das." (Marquez, 2024). Der Verteidigungsminister der Ukraine, Oleksij Resnikow, sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender 1 + 1, dass „wir heute die Mission der NATO erfüllen, ohne dass sie ihr Blut vergießen, aber indem wir unser Blut vergießen." (Velyke, 2023). Der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, räumte ebenfalls de facto den Stellvertreterkrieg und dessen Nutzen für die Vereinigten Staaten ein, während er die Kosten für die Ukraine ausließ, insbesondere den Verlust ukrainischer Leben. Er erklärte, dass die Regierung Selenskyj den Vereinigten Staaten „das beste Angebot" mache, weil die USA im Austausch für Waffen und Geld, um „die Aufgabe zu erledigen", „das Wichtigste" retteten, nämlich das Leben amerikanischer Soldaten (Ukraine, 2024).

US-Vertreter drängten die ukrainische Regierung, ein Gesetz zur Zwangsmobilisierung zu verabschieden. Ein solches Gesetz wurde im April 2024 verabschiedet. Es verpflichtete ukrainische Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren, sich zum Militärdienst zu registrieren, verhängte hohe Geldstrafen und andere Sanktionen für die Nichtregistrierung, senkte das Einberufungsalter auf 25 Jahre und beseitigte oder beschränkte Kategorien, die aus medizinischen und anderen Gründen von der Einberufung befreit waren. Das Gesetz zur Zwangsmobilisierung umfasste auch ukrainische Staatsbürger im Ausland, einschließlich ständiger Einwohner und Doppelstaatsbürger (siehe O'Grady, 2024; Varenikova, 2024).

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine verlängerte den Krieg, wie andere Stellvertreterkriege, etwa die Kriege in Vietnam und Angola. Die massiven Waffenlieferungen der von den Vereinigten Staaten geführten NATO-Mitglieder und der EU-Mitgliedsländer, Aufklärung, Berater, militärische Planung und Ausbildung sowie groß angelegte wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für die Ukraine ermöglichten es der Ukraine, den Widerstand gegen die russischen und Donbas-separatistischen Streitkräfte fortzusetzen. Die Ukraine hätte den Krieg ohne solche Unterstützung viel früher verlieren können. Aber solche Militärlieferungen und andere Hilfe machten die Ukraine auch stark abhängig von der Unterstützung der NATO- und EU-Länder.

Die New York Times berichtete kurz nach der russischen Invasion, dass „nach Angaben von Vertretern mehrerer Regierungen" die Vereinigten Staaten und mit den USA verbündete Regierungen erörterten, „wie die Nachfolgelinie in der Ukraine für den Fall gesichert werden kann, dass Präsident Wolodymyr Selenskyj von russischen Streitkräften gefangen genommen oder getötet wird." (Russia-Ukraine, 2022).

Dass die ukrainischen Streitkräfte und die Regierung nach der russischen Invasion weitgehend von Waffenlieferungen und Finanzhilfe der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Mitglieder und der EU abhängig wurden, entspricht ebenfalls der Klassifizierung als Klientelstaat und Stellvertreterkrieg. Die Höhe der militärischen, finanziellen und humanitären Hilfe, überwiegend

in Form von Krediten, dieser Länder an die Ukraine im Jahr 2022 überstieg die Größe des Staatshaushalts der Ukraine.

Der Finanzminister der Ukraine merkte an, dass die Ukraine 2023 42,5 Milliarden Dollar und 2022 31,1 Milliarden Dollar in Form von Zuschüssen, Krediten und Kreditgarantien für ihren Staatshaushalt von der EU, den Vereinigten Staaten, dem IWF, Japan, Kanada, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern und Organisationen erhielt. Internationale Hilfe war im Januar–Oktober 2023 die wichtigste Einnahmequelle des Staatshaushalts und machte 29 % der Staatseinnahmen aus (U Minfini, 2023). Die ausländische Finanzierung wurde verwendet, um Renten an Rentner und Sozialleistungen an Binnenvertriebene, Menschen mit Behinderungen, einkommensschwache Familien, Wohn- und Kommunalzuschüsse, Zahlungen an Beschäftigte des Staatlichen Notdienstes und Löhne für ukrainische Regierungsvertreter, Beamte und Lehrer zu zahlen. Solche ausländische Finanzierung war entscheidend für den Staatshaushalt, das Funktionieren der Regierung und die Sozialleistungen der Ukraine.

Die westliche militärische und finanzielle Hilfe, die Bereitstellung von Aufklärung, Ausbildung und Kriegsplanung ermöglichten es den ukrainischen Streitkräften, sich überwiegend mit westlich gelieferten Waffen neu auszurüsten und den Krieg mit Russland lange fortzusetzen. Die Ukraine erhielt von der NATO und mit den USA verbündeten Ländern wie Südkorea große Mengen westlicher und sowjetischer Artilleriegranaten, Panzer, Raketen, Mehrfachraketenwerfer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Luftverteidigungssysteme, Drohnen und andere Waffen.

Tausende Videos in den sozialen Medien und in den Medien zeigten seit der zweiten Hälfte des Jahres 2023 überwiegend Artillerie, gepanzerte Kampffahrzeuge und Mannschaftstransporter von in NATO-Ländern hergestellten Modellen. Eine große Zahl der ukrainischen Truppen wurde in NATO-Ländern ausgebildet, insbesondere für die Gegenoffensive im Sommer 2023.

Ohne massive westliche militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe hätte die Ukraine den Krieg viel früher verloren und wäre gezwungen gewesen, eine Friedenslösung mit Russland weitgehend zu russischen Bedingungen zu erreichen. Selenskyj räumte während seines USA-Besuchs im September 2023 im US-Kongress ein, dass „wenn wir die Hilfe nicht bekommen, wir den Krieg verlieren werden." (Harris, 2023). Josep Borrell, der EU-Chef für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte im Oktober 2024 ebenfalls, dass „wenn wir aufhören, die Ukraine zu unterstützen, der Krieg in fünfzehn Tagen vorbei sein wird und Putin seine Ziele erreichen wird." (Ordiz, 2024). Die Verlängerung des Krieges ohne reale Aussicht auf einen Sieg der Ukraine bedeutete auch große militärische und zivile Opfer, wirtschaftliche und andere Schäden sowie weit schlechtere Bedingungen für die Ukraine für jede künftige Friedenslösung (Abb. 9.1).



Abb. 9.1 *Präsident Selenskyj bei einem Treffen mit dem US-Verteidigungsminister in Kiew (Foto: gemeinfrei)*

Verschiedene Belege für die direkte Beteiligung der USA und des Vereinigten Königreichs an der Planung, Ausbildung, Aufklärung, Bewaffnung und Finanzierung der ukrainischen Streitkräfte, insbesondere für die Gegenoffensiven in Cherson und Charkiw 2022 und die Gegenoffensive im Sommer 2023, stehen ebenfalls im Einklang mit dem Stellvertreterkrieg und der Ukraine als US-Klientelstaat (Barnes et al., 2022). Die Vereinigten Staaten lieferten den ukrainischen Streitkräften Echtzeitaufklärung, um die russischen und separatistischen Streitkräfte, militärische Ausrüstung und Waffen, russische Generäle und das Schwarzmeer-Flaggschiff Moskwa zu identifizieren, präzise zu lokalisieren und zu bekämpfen (Dilanian et al., 2022).

Beispielsweise enthüllten ein Pentagon-Vertreter und Berater von Saluschnyj, dass die USA die Ukraine, Selenskyj und Walerij Saluschnyj, den Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, dazu „drängten", 2022 eine Gegenoffensive in der Region Cherson durchzuführen, obwohl die höchsten ukrainischen politischen und militärischen Führer die Gegenoffensive damals in der Region Saporischschja durchführen wollten (Panella & Pickrell, 2024). US-amerikanische und ukrainische Vertreter enthüllten gegenüber der Washington Post auch „Amerikas tiefe Beteiligung an der militärischen Planung hinter der Gegenoffensive" im Sommer 2024, insbesondere dass „ukrainische, US-amerikanische und britische Militäroffiziere acht große Planspiele abhielten, um einen Feldzugsplan zu erstellen." (In Ukraine, 2023). Diese gescheiterte Gegenoffensive mit großen militärischen Verlusten der Ukraine im Sommer 2023 im Süden der Ukraine wurde mit US-Beteiligung als Patron und der Ukraine als Klientelstaat und Stellvertreter geplant und durchgeführt, obwohl sie wegen des militärischen Vorteils Russlands und der stark

befestigten Verteidigungslinien, die von den russischen Streitkräften errichtet wurden, keine reale Erfolgschance hatte. Ukrainische Medien berichteten, dass die gescheiterte Brückenkopfoperation bei Krynky mit britischer Beteiligung geplant wurde und über 1.000 als vermisst gemeldete Angehörige der ukrainischen Streitkräfte zur Folge hatte, die vermutlich getötet wurden.

Selenskyj und Saluschnyj folgten jedoch nicht immer den US-Plänen in der Ukraine. Beispielsweise befahl Selenskyj entgegen dem US-Kriegsplan, die ukrainischen Streitkräfte auf die Gegenoffensive im Süden der Ukraine zu konzentrieren und sich aus Bachmut zurückzuziehen, aus politischen und propagandistischen Gründen den ukrainischen Streitkräften, Bachmut trotz schwerer Verluste und der Gefahr der Einkesselung durch die russischen Streitkräfte zu verteidigen. Ebenso gab Saluschnyj kurz nach Beginn der Gegenoffensive im Sommer 2023 den von den USA bevorzugten Gegenoffensivplan nach dem Verlust vieler deutscher Leopard-Panzer und US-amerikanischer Bradley-Kampffahrzeuge auf und entschied sich, die russischen Streitkräfte mit kleinen Infanterieeinheiten anzugreifen (In Ukraine, 2023).

Dies zeigt, dass die Ukraine entgegen dem Narrativ der russischen Regierung und der Medien keine US-Kolonie ist und der ukrainische Führer kein US-Marionettenpolitiker ist.

Der SBU setzte „Marinedrohnen, die im Rahmen einer streng geheimen Operation entwickelt wurden, an der die CIA und andere westliche Geheimdienste beteiligt waren", ein, um die Krim-Brücke und Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte anzugreifen (In Ukraine, 2023). Hochrangige ukrainische und US-amerikanische Geheimdienstvertreter enthüllten, dass

> *die C.I.A. und andere amerikanische Geheimdienstbehörden Aufklärung für gezielte Raketenangriffe liefern, russische Truppenbewegungen verfolgen und helfen, Spionagenetzwerke zu unterstützen … Ein geheimes Nervenzentrum des ukrainischen Militärs … wird fast vollständig von der C.I.A. finanziert und teilweise ausgerüstet. Der Abhörposten im ukrainischen Wald ist Teil eines von der C.I.A. unterstützten Netzwerks von Spionagebasen, das in den vergangenen acht Jahren errichtet wurde und 12 geheime Standorte entlang der russischen Grenze umfasst … Und die C.I.A. half auch dabei, eine neue Generation ukrainischer Spione auszubilden, die in Russland, in ganz Europa sowie in Kuba und an anderen Orten operierten, wo die Russen stark präsent sind. Die Beziehung ist so tief verwurzelt, dass C.I.A.-Offiziere an einem abgelegenen Ort in der Westukraine blieben, als die Biden-Administration in den Wochen vor der russischen Invasion im Februar 2022 US-Personal evakuierte. (Entous & Schwirtz, 2024)*

Die britischen Spezialkräfte bildeten die ukrainischen Spezialkräfte aus und „führten" sie, insbesondere im „Kampf im ‚tiefen Gefechtsraum' gegen Russland während des Russland-Ukraine-Krieges". (Rogan, 2022). Seit dem gewaltsamen Sturz der ukrainischen Regierung im Jahr 2014 planten und trainierten die US-Spezialoperationskräfte die ukrainischen Streitkräfte für einen „Partisanenfeldzug". (Ignatius, 2022).

Nachdem sie den Stellvertreterkrieg in der Ukraine geleugnet und vertuscht hatte, veröffentlichte die New York Times die „unglaubliche Geschichte von Amerikas verborgener Rolle bei ukrainischen Militäroperationen gegen Russlands invadierende Armeen" und bestätigte detailliert auf der Grundlage von über 300 Interviews, dass das US-amerikanische und NATO-Militär direkt und eng an der Kriegsplanung, der Bereitstellung von Aufklärung, der Strategie sowie der Lieferung und Entwicklung von Technologie für die Ukraine beteiligt waren. Die Vereinigten Staaten lieferten dem ukrainischen Militär konkrete Standorte russischer militärischer Ziele und die Genehmigung ukrainischer HIMARS-Raketenangriffe und ATACMS-Raketenangriffe gegen die russischen Streitkräfte und andere militärische Ziele in der Ukraine und in Russland (Entous, 2025).

Die NATO-Waffen, militärische und finanzielle Hilfe, Aufklärung, Ausbildung, Beratung, Planung, Lenkung und andere Beteiligung, die unterhalb einer direkten militärischen Beteiligung bleibt, könnten den Stellvertreterkrieg jedoch nicht gewinnen, weil Russland einen erheblichen militärischen Vorteil gegenüber der Ukraine behält, selbst mit westlichen Waffen und anderer Hilfe, was Waffen, Munition und Personalpotenzial betrifft. Die Möglichkeit einer direkten militärischen Beteiligung der NATO oder einzelner NATO-Länder am Krieg ist nicht real, da eine solche militärische Konfrontation die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearkriegs zwischen dem Westen und Russland stark erhöhen würde.

Es gibt Berichte über die Stationierung von US-amerikanischen und britischen Spezialkräften in der Ukraine während des Krieges. Beispielsweise räumte ein hochrangiger britischer General ein, dass 350 britische Marinekommandos an verdeckten Operationen in der Ukraine teilnahmen und insbesondere „diskrete Operationen" unterstützten, die „ein hohes Maß an politischem und militärischem Risiko" in einem „höchst sensiblen Umfeld" trugen. (Grylls, 2022). Es gibt jedoch keine Belege für ihre direkte Beteiligung an den Kämpfen mit den russischen Streitkräften.

Der Stellvertreterkrieg und eine solche Stationierung der amerikanischen und britischen Streitkräfte erhöhten jedoch die Möglichkeit, dass der Ukraine-Krieg zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland eskalieren könnte, einschließlich potenziell eines Nuklearkriegs. Die Möglichkeit, dass dieser Krieg zu einem Nuklearkrieg eskaliert, ist die größte seit mindestens der Kubakrise vor 60 Jahren. Eine so bedeutende Eskalation ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, weil die Folgen eines solchen Nuklearkriegs sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Russland verheerend wären.

Die Vereinigten Staaten und andere NATO-Mitglieder versprachen vor und während des Krieges öffentlich, dass die Ukraine in Zukunft NATO-Mitglied werden würde. Selenskyj forderte vor dem NATO-Gipfel in Vilnius 2023 und in seinem „Siegesplan" 2024 die NATO auf, der Ukraine eine Einladung zum Beitritt auszusprechen. Es gab jedoch keine reale Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, besonders während des Krieges mit Russland, weil dies zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland hätte führen können, da der russische Präsident Wladimir Putin den NATO-Beitritt der Ukraine als einen Hauptgrund für die Invasion anführte und die NATO-Bedrohung übertrieb. Aus demselben Grund widersetzten sich die Führer der

Vereinigten Staaten, Deutschlands und Ungarns und die Führer einiger anderer NATO-Länder der Aufnahme der Ukraine in die NATO während des Krieges oder einer direkten Beteiligung der NATO am Russland-Ukraine-Krieg, etwa der Entsendung großer Militäreinheiten zur Teilnahme an Kämpfen oder der Einrichtung einer Flugverbotszone in der Ukraine (Pavliuk & Kizilov, 2024). Ebenso ist eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus demselben Grund in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich (siehe Kapitel 8).

Nachdem die EU sich geweigert hatte, die Ukraine vor der russischen Invasion auch nur als potenzielles EU-Mitglied anzuerkennen, eröffnete sie während des Krieges den Beitrittsprozess für die Ukraine und bot ihr den Kandidatenstatus an. Im Gegensatz zur NATO-Mitgliedschaft der Ukraine widersetzte sich Russland der EU-Mitgliedschaft nicht. Der EU-Beitrittsprozess für die Ukraine wird von der EU jedoch de facto vom Stellvertreterkrieg in der Ukraine abhängig gemacht, und die EU-Mitgliedschaft kann nach dem Ende des Krieges in der Ukraine erheblich verzögert oder blockiert werden.

Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich blockierten eine Friedenslösung, die während der Gespräche zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022 kurz vor dem Abschluss stand. Dies wird durch eine überwältigende Beweislage bestätigt. Zu diesen Belegen gehören Erklärungen oder Andeutungen des ehemaligen israelischen Premierministers, des Leiters und zweier Mitglieder der ukrainischen Delegation für die Friedensgespräche, der Selenskyj nahestehenden ukrainischen Vertreter, des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers, des türkischen Präsidenten und Außenministers, eines Schweizer Botschafters in der Türkei, des designierten US-Präsidenten Donald Trump und der damaligen hochrangigen Vertreterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland (siehe Kapitel 12; Alexei, 2024; Arestovich, 2024a, 2024b, 2024c; Bennett, 2023; Geneva, 2023; GeoInsider, 2025; Kurianowicz & Eichhorn, 2023; Mikhail, 2024; Moseichuk, 2023; Presidential, 2024; Putin, 2024; Romaniuk, 2022; Schröder, 2024; Some, 2022; Vladimir, 2023).

9.4 Der Bürgerkrieg

Der Krieg in der Ukraine seit der russischen Invasion im Februar 2022 weist auch Elemente des Bürgerkriegs auf, der 2014 im Donbas begann. Die meisten Politikwissenschaftler, die vor der russischen Invasion 2022 ihre Studien zum Krieg im Donbas an westlichen akademischen Einrichtungen veröffentlichten oder vorstellten, klassifizierten ihn als Bürgerkrieg mit russischen Militärinterventionen oder als internationalisierten Bürgerkrieg (siehe zum Beispiel Arel & Driscoll, 2023; Hahn, 2018; Katchanovski, 2016; Kudelia, 2016; Petro, 2023; Sakwa, 2015).

Die Bestreitung oder Leugnung des Bürgerkriegs im Donbas beruhte auf der unkritischen Übernahme von Erklärungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und der Medien, dass in erster Linie reguläre russische Streitkräfte und nicht Donbas-separatistische Kräfte zusammen mit russischen nationalistischen Freiwilligen und Söldnern vor der russischen Invasion im Februar 2022 gegen die ukrainischen Streitkräfte im Donbas kämpften. Sie argumentierten zudem, dass die Abhängigkeit der Donbas-separatistischen Streitkräfte von russischen Waffen, Militärberatern, Ausbildung sowie wirtschaftlicher und politischer Unterstützung und ihr Klientel-Patron-Status als Russland-Ukraine-Krieg im Donbas seit 2014

einzustufen sei, was den gängigen akademischen Definitionen zwischenstaatlicher Kriege und Bürgerkriege widerspreche. Die Leugnung des Bürgerkriegs beruhte auch auf der Behauptung, dass es im Donbas keinen bedeutenden Separatismus gegeben habe (siehe zum Beispiel Hauter, 2021).

Es gab jedoch zum Zeitpunkt der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 keine Video-, Satelliten- oder anderen überprüfbaren Belege für reguläre russische Militäreinheiten im Donbas, im Gegensatz zu solchen Belegen während der russischen Militärinterventionen im Donbas im August 2014 und Januar–Februar 2015. Auch die Karte des britischen Verteidigungsministeriums zur Stationierung der russischen Streitkräfte am Vorabend der Invasion zeigte keine regulären russischen Militäreinheiten im Donbas. Ähnlich wie die Beteiligung der NATO-Mitglieder am Krieg in der Ukraine machen die russische Beteiligung am Krieg im Donbas in Form von Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe an Donbas-Separatisten, die verdeckte Stationierung russischer militärischer Geheimdiensteinheiten und Militärberater, die zeitlich und räumlich relativ begrenzte direkte militärische Teilnahme am Krieg und der de-facto-Klientelstaatsstatus der selbst ernannten separatistischen Republiken den Donbas-Krieg vor der russischen Invasion der Ukraine 2022 nicht zu einem zwischenstaatlichen Krieg.

Im Gegensatz zu den kurzen direkten russischen Militärinterventionen im Donbas zur Unterstützung der prorussischen Separatisten im August 2014 und Januar–Februar 2015 überstiegen die Zahlen, Verluste und Kriegsgefangenen der russischen Streitkräfte seit dem 24. Februar 2022 die der Donbas-separatistischen Streitkräfte bei Weitem. Wie erwähnt, wurden schätzungsweise 25.000 Einwohner des Donbas in separatistischen Streitkräften und später russischen Streitkräften seit dem 24. Februar 2022 getötet. Im Gegensatz dazu wurden die Opfer der Donbas-separatistischen Streitkräfte vor der Invasion auf der Grundlage der UN-Berichte auf einige Tausend Getötete geschätzt, während die Opfer der russischen Streitkräfte im Donbas auf der Grundlage der Identifizierung bestimmter getöteter Angehöriger der russischen Streitkräfte in Medienberichten, Videos und sozialen Medien auf einige Hundert geschätzt wurden (siehe Katchanovski, 2016; Kapitel 5).

Ebenso zeigte die Untersuchung von Berichten von Regierungsvertretern, Medien und sozialen Medien sowie verschiedener Videos von Kriegsgefangenen, die seit der russischen Invasion 2022 aus ukrainischer Gefangenschaft ausgetauscht wurden, dass die absolute Mehrheit von ihnen Angehörige der russischen Streitkräfte und eine bedeutende Minderheit Mitglieder der Donbas-separatistischen Streitkräfte waren. Im Gegensatz dazu ergab die Analyse ähnlicher Quellen, dass die 2014–2021 aus ukrainischer Gefangenschaft ausgetauschten Kriegsgefangenen nur etwa 1,5 Prozent identifizierter Angehöriger der russischen Streitkräfte und 3,5 % russische Freiwillige und Söldner umfassten. Darüber hinaus umfasste die russische Invasion 2022 nicht nur den Donbas, sondern auch andere Regionen in der Ost-, Süd- und Zentralukraine.

Von den über 8 Millionen ukrainischen Flüchtlingen, die von der UN bis Januar 2023 erfasst wurden, wurden 2,9 Millionen vor Oktober 2022 in Russland gemeldet, verglichen mit 1,6 Millionen in Polen und 1,0 Millionen in Deutschland (Operational, 2023). Eine so große Zahl ukrainischer Flüchtlinge in Russland während der russischen Invasion der Ukraine ist ein

weiterer Beleg für den Bürgerkrieg in der Ukraine. Verschiedene UN-, Regierungs- und Medienberichte, Videos und Zeugenaussagen zeigten, dass viele ukrainische Flüchtlinge während des Krieges gezwungen waren, nach Russland zu ziehen. Die Analyse ähnlicher Quellen zeigt jedoch, dass die absolute Mehrheit der ukrainischen Flüchtlinge freiwillig nach Russland zog und lange nach ihrer Ankunft in Russland blieb und nicht in andere Länder weiterzog, trotz besserer wirtschaftlicher Vorteile und Möglichkeiten für ukrainische Flüchtlinge in EU-Mitgliedstaaten, Kanada und den Vereinigten Staaten.

Eine Umfrage, die vom Autor in Auftrag gegeben und im April–Mai 2014 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführt wurde, bevor der bewaffnete Konflikt im Donbas zu einem Krieg wurde, zeigte die Mehrheitsunterstützung im Donbas für verschiedene Formen des Separatismus (siehe Kapitel 5; Katchanovski, 2016). Andere Umfragen während der Orangen Revolution im Jahr 2004 zeigten ähnliche Ergebnisse (Katchanovski, 2006).

Die russische Regierung erkannte die selbst ernannten separatistischen Republiken Donezk und Luhansk wenige Tage vor der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 als unabhängige Staaten an. De facto blieben sie jedoch vor ihrer Annexion Klientelstaaten Russlands. Beispielsweise wurden russische Vertreter auf die höchsten Positionen in den Regierungen der DNR und LNR berufen, und die separatistischen Streitkräfte unter de-facto-russischem Kommando wurden über den Donbas hinaus in die Regionen Cherson, Saporischschja und Charkiw entsandt. Nach der russischen Invasion der Ukraine kämpften schätzungsweise über 200.000 Einwohner des Donbas und der Krim in den Donbas-separatistischen Streitkräften und den russischen Streitkräften gegen die ukrainischen Streitkräfte.

Literaturverzeichnis

"De-fakto Ukraina stala chlenom NATO": Interviu Bi-bi-si s ministrom oborony Alekseem Reznikovym. (2023, January 13). BBC Russian. https://www.bbc.com/russian/features-64252211

«Wir sollten uns nicht auf die Amerikaner verlassen»: Gerhard Schröder über den Krieg und sein Leben [Video]. (2024). YouTube. https://youtu.be/Hr3UaTz6YO0?si=B3Mm6ZMAaTPPojvP&t=4332

Anna Maksymchuk. (2025, April 5). Pravda—Chy Hotove Suspilstvo yii Znaty? [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=5tdxhOtuDxc

Arel, D., & Driscoll, J. (2023). Ukraine's unnamed war: Before the Russian invasion of 2022. Cambridge University Press.

Arestovich Rasskazal Pochemu Hovoril o Skorom Zavershenii Vojny. (2024a, January 24). Strana. https://strana.today/news/456005-arestovich-rasskazal-pochemu-hovoril-o-skorom-zavershenii-vojny.html

Arestovich: Ukraina platit zhiznjami za skazku pro ES i NATO? [Video]. (2024b, January 16). YouTube. https://www.youtube.com/live/ol8ghTYphCY?si=NKOcn6VzyQzU8oGL&t=3699

Arestovych: Itogi 2-kh polovin'y let voiny [Video]. (2024c). YouTube. https://youtu.be/HgeiTKe7WqY?si=nqqQyld1WjRUyVKO&t=6631

Argument. (2022, 6 April). Why Russian sanctions won't stop Putin. New York Times. https://www.nytimes.com/2022/04/06/opinion/why-russian-sanctions-wont-stop-putin.html

Armstrong, K. (2024, February 25). Ukraine war: Zelensky says 31,000 troops killed since Russia's full-scale invasion. BBC News. https://www.bbc.com/news/world-europe-68397525

Asada, M., & Tamada, D. (Eds.). (2024). The war in Ukraine and international law. Springer.

Baker, P., & Sanger, D. (2022, July 9). How the U.S. and its allies continue to shape the war in Ukraine. New York Times. https://www.nytimes.com/2022/07/09/us/politics/ukraine-strategy-biden.html

Barnes, J., & Rothwell, J. (2024, February 29). British soldiers helping fire Ukrainian missiles, Olaf Scholz reveals. Telegraph. https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/02/28/british-soldiers-help-ukraine-fire-missiles-olaf-scholz/

Barnes, J., Schmitt, E., & Cooper, H. (2022, September 13). The critical moment behind Ukraine's rapid advance. New York Times. https://www.nytimes.com/2022/09/13/us/politics/ukraine-russia-pentagon.html

Bennett speaks out [Video]. (2023, February 4). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBzs

Bez posrednikov. Alexei Venediktov* 11.09.24 [Video]. (2024, September 11). YouTube. https://youtube.com/live/J0A8ZgNMIUQ?si=XuePzPg6ut6aq3P8&t=780

Boris Johnson: British troops should help defend Ukraine's border as part of any peace deal [Video]. (2024). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=01DdfMqP4-g&t=1672s

Boyd-Barrett, O. (2016). Western mainstream media and the Ukraine crisis: A study in conflict propaganda. Routledge.

Cederman, L.-E., & Vogt, M. (2017). Dynamics and logics of civil war. Journal of Conflict Resolution, 61(9), 1992–2016.

Connolly, K., & Sabbagh, D. (2024, March 5). British soldiers 'on the ground' in Ukraine, says German military leak. Guardian. https://www.theguardian.com/uk-news/2024/mar/04/british-soldiers-on-ground-ukraine-german-military-leak

Cooper, H., Barnes, J. E., & Schmitt, E. (2023, August 18). Ukraine war casualties near half a million, U.S. officials say. New York Times. https://www.nytimes.com/2023/08/18/us/politics/ukraine-russia-war-casualties.html

Cox, M. (Ed.). (2023). Ukraine: Russia's war and the future of the global order. LSE Press.

CTV News interview regarding possibility of Russia-Ukraine war [Video]. (2022, January 30). Academia. https://www.academia.edu/video/jKB6Ak

Diesen, G. (2024). The Ukraine war & the Eurasian world order. Clarity Press.

Dilanian, K., Kube, C., & Lee, C. (2022, May 5). U.S. intel helped Ukraine sink Russian flagship Moskva, officials say. NBC News. https://www.nbcnews.com/politics/national-security/us-intel-helped-ukraine-sink-russian-flagship-moskva-officials-say-rcna27559

Edele, M. (2023). Russia's war against Ukraine: The whole story. Melbourne University Publishing.

Entous, A., & Schwirtz, M. (2024, February 25). The spy war: How the C.I.A. secretly helps Ukraine fight Putin. New York Times. https://www.nytimes.com/2024/02/25/world/europe/cia-ukraine-intelligence-russia-war.html

Entous, A. (2025, March 29). The partnership: The secret history of the war in Ukraine. New York Times. https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/29/world/europe/us-ukraine-military-war-wiesbaden.html

Fedorchak, V. (2024). The Russia-Ukraine war: Towards resilient fighting power. Routledge.

Forsberg, T., & Patomäki, H. (2022). Debating the war in Ukraine: Counterfactual histories and future possibilities. Routledge.

Freeman, B. (2024). Defense contractor funded think tanks dominate Ukraine debate. QI Brief. https://quincyinst.org/research/defense-contractor-funded-think-tanks-dominate-ukraine-debate

Gasiorowski, M. J. (1991). U.S. foreign policy and the Shah: Building a client state in Iran. Cornell University Press.

Geneva Centre for Security Policy (GCSP). (2023, December 22). Breaking the stalemate to find peace: The Russia-Ukraine war—A Geneva security debate [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=t2zpV35fvHw

GeoInsider. (2025). X. https://x.com/InsiderGeo/status/1876686588437987519/video/1

Groh, T. L. (2019). Proxy war: The least bad option. Stanford University Press.

Grylls, G. (2022, December 14). Royal Marines deployed on 'high-risk covert operations' in Ukraine. The Times. https://www.thetimes.co.uk/article/royal-marines-deployed-on-high-risk-covert-operations-in-ukraine-r7b50gv3p

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the new Cold War. McFarland.

Harris, B. (2023, September 21). Zelenskyy warns Congress, DoD that Kyiv will lose without aid. Defense News. https://www.defensenews.com/congress/2023/09/21/zelenskyy-warns-congress-dod-that-kyiv-will-lose-without-aid/

Haslam, J. (2025). Hubris: The American origins of Russia's war against Ukraine. Harvard University Press.

Hauter, J. (Ed.). (2021). Civil war? Interstate war? Hybrid war? Dimensions and interpretations of the Donbas conflict in 2014–2020. Ibidem Verlag.

Holmes, O. (2024, September 12). Putin warns NATO against deploying missiles near Russia. CNN. https://www.cnn.com/2024/09/12/europe/putin-warns-nato-missiles-hnk-latam-intl/index.html

Ignatius, D. (2022, August 31). Ukraine's counteroffensive is more than just bravado. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/opinions/2022/08/31/zelensky-ukraine-southern-counter-offensive/

In Ukraine, a war of incremental gains as counteroffensive stalls. (2023, December 11). Washington Post. https://www.washingtonpost.com/world/2023/12/04/ukraine-counteroffensive-stalled-russia-war-defenses

Ivshina, O. (2024, September 20). 70 000 pohyblykh: shcho vidomo pro poteryakh Rosiyi v Ukrayini k kontsu syetembra. BBC Russian. https://www.bbc.com/russian/articles/cvg36d1d04qo

BBC (2025, September 5). 23 000 nekrologov za leto: chto my znaem o poteriah Rossii v Ukraine k sentiabrju. BBC Russian. https://www.bbc.com/russian/articles/cd9ydpexlvyo

Jakupec, V. (2024). Dynamics of the Ukraine war: Diplomatic challenges and geopolitical uncertainties. Springer.

Kalyvas, S. (2006). The logic of violence in civil war. Cambridge University Press.

Kasi´nska-Metryka, A., & Pałka-Suchojad, K. (Eds.). (2023). The Russia-Ukraine war of 2022: Faces of modern conflict. Routledge.

Katchanovski, I. (2006). Cleft countries: Regional political divisions and cultures in post-Soviet Ukraine and Moldova. Ibidem-Verlag.

Katchanovski, I. (2016). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2022a, September 15–18). The Russia-Ukraine war and the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal, Canada. https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/63477c201f323d8be3581c4e

Katchanovski, I. (2022b, January 22). The hidden origin of the escalating Ukraine-Russia conflict. Canadian Dimension. https://canadiandimension.com/articles/view/the-hidden-origin-of-the-escalating-ukraine-russia-conflict

Katchanovski, I. (2022c, February 18). Lies about Ukraine conflict are standing in the way of a peaceful resolution. Truthout. https://truthout.org/articles/lies-about-ukraine-conflict-are-standing-in-the-way-of-a-peaceful-resolution/

Katchanovski, I. (2025, March 2–5). The Russia-Ukraine War, its nature, and origins. 66th Annual Convention of the International Studies Association.

Katchanovski, I., & Morley, A. (2012). Politics of US television coverage of post-communist countries. Problems of Post-Communism, 59(1), 15–30.

Kaussler, B., & Grant, K. A. (2022). Proxy war in Yemen. Routledge.

Khomenko, S. (2022, August 9). Podolyak: "Voyuvaty my budemo do ostann"oho rosiyanyna na terytoriyi Ukrayiny." BBC Ukrainian. https://www.bbc.com/ukrainian/features-62468750

Kimmage, M. (2024). Collisions: The origins of the war in Ukraine and the new global instability. Oxford University Press.

Korzhova, D. (2024, June 5). Putin nazval tsifrovoe chislo rossiyskikh i ukrainskikh plennykh voennosluzhashchikh. Forbes Russia. https://www.forbes.ru/society/514120-putin-nazval-cislo-rossijskih-i-ukrainskih-plennyh-voennosluzasih

Kudelia, S. (2016). The Donbas Rift. Russian Politics & Law, 54(1), 5–27.

Kurianowicz, T., & Eichhorn, M. (2023, October 31). Gerhard Schröder im Interview: So scheiterten die Friedensverhandlungen zwischen Ukraine und Russland. Berliner Zeitung. https://berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gerhard-schroeder-im-exklusiv-interview-was-merkel-2015-gemacht-hat-war-politisch-falsch-li.2151196

Ladwig, W. C. (2017). The forgotten front: Patron-client relationships in counterinsurgency. Cambridge University Press.

Leist, A., & Zimmermann, R. (2024). After the war? How the Ukraine war challenges political theories. De Gruyter.

Magyar, B. (2023). Russia's imperial endeavor and its geopolitical consequences: The Russia-Ukraine war (Vol. 2). Central European University Press.

Marquez, A. (2024, April 21). President Zelenskyy: With continued aid, Ukraine 'will have a chance for victory'. NBC News. https://www.nbcnews.com/politics/congress/ukrainian-president-volodymyr-zelenskyy-will-chance-victory-thaks-weap-rcna148684

Mearsheimer, J. (2014). Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin. Foreign Affairs, 93(5), 77–89.

Mikhail Zygar. (2024, September 3). Victoria Nuland on Russia-NATO relations, peace negotiations with Ukraine, and the U.S. elections [Video]. YouTube. https://youtu.be/HiS2dg_atfc?si=4L5Aqe0GEbKoQAFu&t=3192

Moghadam, A., Wyss, M., & Rauta, V. (Eds.). (2024). Routledge handbook of proxy wars. Routledge.

Moseichuk + Davyd Araxamiia [Video]. (2023, November 23). YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=6lt4E0DiJts&t=1479s

Mumford, A. (2013). Proxy warfare. Polity.

NATO signs key artillery ammunition contract to replenish allied supplies and help Ukraine. (2024, January 23). AP News. https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-nato-artillery-shells-59663a6a14ad180be86bc79a86cea07b

Newman, E. (2014). Understanding civil wars: Continuity and change in intrastate conflict. Routledge.

Newman, E., & DeRouen, K., Jr. (Eds.). (2014). Routledge handbook of civil wars. Routledge.

O'Grady, S. (2024, March 18). Lindsey Graham visits Kyiv, urges Ukraine to pass mobilization law. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/world/2024/03/18/lindsey-graham-visiting-kyiv-urges-ukraine-pass-mobilization-law/

Operational data portal. (2023). UNHCR. https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine

Ordiz, E. (2024, October 7). Entrevista | Josep Borrell: "Sin los dos Estados no habrá nunca paz ni seguridad en Oriente Medio, sobre todo para el propio Israel." 20minutos. https://www.20minutos.es/noticia/5639878/0/entrevista-josep-borrell-alto-representante-ue-israel-ucrania-palestina-futuro-europa/

Pancevski, B. (2024, September 17). One million are now dead or injured in the Russia-Ukraine war. Wall Street Journal. https://www.wsj.com/world/one-million-are-now-dead-or-injured-in-the-russia-ukraine-war-b09d04e5

Panella, C., & Pickrell, R. (2024, January 9). Ukraine's top general wanted a bold counteroffensive a year earlier that the US thought was too risky. It might have reshaped the war. Business Insider. https://www.businessinsider.com/ukraine-wanted-a-bold-counteroffensive-but-us-disagreed-book-2024-1

Pavliuk, O., & Kizilov, Y. (2024, October 16). US says Ukraine will not be invited to join NATO "in short term." Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/10/16/7480006/

Petro, N. (2023). The tragedy of Ukraine: What classical Greek tragedy can teach us about conflict resolution. De Gruyter.

Plokhy, S. (2023). The Russo-Ukrainian war: The return of history. WW Norton.

Ponad 8000 ukrayintsiv perebuvayut u rosiys'komu poloni, vkljuchno z tsyvil'nymy. (2024, January 24). Interfax-Ukraine. https://interfax.com.ua/news/general/962624.html

Presidential Communications Directorate. (2024). President Erdo˘gan speaks to journalists on plane as he returns from his tour to UAE and Egypt. https://www.iletisim.gov.tr/ENGLISH/haberler/detay/president-erdogan-speaks-to-journalists-on-plane-as-he-returns-from-his-tour-to-uae-and-egypt

Putin claims war would have ended long ago if it hadn't been for Ukraine. (2024, January 16). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/01/16/7437505

Robinson, P. (2016). Explaining the Ukrainian army's defeat in Donbass in 2014. In J. L. Black & M. Johns (Eds.), The return of the Cold War: Ukraine, the West and Russia (pp. 108–125). Routledge.

Rogan, T. (2022, August 19). Guided by British special forces, Ukraine is escalating the 'deep battlespace' fight against Russia. Washington Examiner.

https://www.washingtonexaminer.com/opinion/1841208/guided-by-british-special-forces-ukraine-is-escalating-the-deep-battlespace-fight-against-russia/

Romaniuk, R. (2022, May 5). Possibility of talks between Zelenskyy and Putin came to a halt after Johnson's visit—UP sources. Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/

Rothman, M., Peperkamp, L., & Rietjens, S. J. H. (2024). Reflections on the Russia-Ukraine war. Amsterdam University Press.

Russia-Ukraine succession: Zelensky's approach. (2022, March 5). New York Times. https://www.nytimes.com/2022/03/05/us/politics/russia-ukraine-succession-zelensky.html

Russo-Ukrainian War. (2025). Wikipedia. Retrieved April 3, 2025, from https://en.wikipedia.org/wiki/Russo-Ukrainian_War

Sakwa, R. (2015). Frontline Ukraine: Crisis in the borderlands. I.B. Tauris.

Sasse, G. (2023). Russia's war against Ukraine. Polity.

Secretary of State Marco Rubio with Sean Hannity of Fox News. (2025, March 5). U.S. Department of State. https://www.state.gov/secretary-of-state-marco-rubio-with-sean-hannity-of-fox-news

Shevtsova, M. (Ed.). (2024). Feminist perspective on Russia's war in Ukraine: Hear our voices. Lexington Books.

Some NATO states want war in Ukraine to continue: Turkiye. (2022, April 21). Anadolu. https://www.aa.com.tr/en/russia-ukraine-war/some-nato-states-want-war-in-ukraine-to-continue-turkiye/2568852

Sylvan, D., & Majeski, S. (2009). U.S. foreign policy in perspective: Clients, enemies and empire. Routledge.

U Minfini pokazaly osnovni dzherela napovnennya byudzhetu v zhovtni: najbilshe—dopomoha SShA. (2023, November 2). Ukrainska Pravda. https://www.epravda.com.ua/news/2023/11/2/706156

U Reiestri znyklykh bezvisty narazi nalichuietsia 55 tysiach liudei—MVS. (2024, September 26). Ukrinform. https://www.ukrinform.ua/rubric-society/3909925-u-reestri-zniklih-bezvisti-narazi-nalicuetsa-55-tisac-ludej-mvs.html

U vijni hyne 100–200 ukrayins"kyx vijs"kovyx shhodnya—Ofis prezydenta. (2022, June 9). BBC Ukrainian. https://www.bbc.com/ukrainian/news-61752749

U.S. is in a proxy war with Russia: Panetta [Video]. (2022, March 17). Bloomberg. https://www.bloomberg.com/news/videos/2022-03-17/u-s-is-in-a-proxy-war-with-russia-panetta-video

Ukraine assured aid from US is coming, Kuleba says [Video]. (2024, January 18). Bloomberg. https://www.bloomberg.com/news/videos/2024-01-18/ukraine-assured-aid-from-us-is-coming-kuleba-says-video

Ukraine is on the defensive, militarily, economically and diplomatically. (2024, September 26). Economist. https://www.economist.com/briefing/2024/09/26/ukraine-is-on-the-defensive-militarily-economically-and-diplomatically

Ukrainian losses: Memorializing Ukrainian soldiers. (2025). https://ualosses.org/soldiers

Upolnomochennyi. (2022, December 16). Obzor social'no-gumanitarnoj situacii, slozhivshejsja na territorii Doneckoj Narodnoj Respublike vsledstvie voennyh dejstvij v period s 10 po 16 dekabrja 2022 g. Upolnomochennyi po pravam cheloveka v Doneckoj Narodnoj Respublike. https://ombudsman-dnr.ru/obzor-soczialno-gumanitarnoj-situaczii-slozhivshejsya-na-territorii-doneczkoj-narodnoj-respubliki-vsledstvie-voennyh-dejstvij-v-period-s-10-po-16-dekabrya-2022-g/

Uppsala Conflict Data Program. (2022). https://ucdp.uu.se/

Uppsala Conflict Data Program. (2024). UCDP definitions. Department of Peace and Conflict Research—Uppsala University. https://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions

Varenikova, M. (2024, April 26). Ukraine is denying consular services to men outside the country. New York Times. https://www.nytimes.com/2024/04/26/world/europe/ukraine-draft-consulate.html

Velyke interviyu z Oleksiiem Reznikovym: Vony tupi i tak ne zrozumily, shho nas ne skoryty! [Video]. (2023, January 5). TSN. https://www.youtube.com/watch?v=9Oqi0oIprFg&t=673s&ab_channel=%D0%A2%D0%A1%D0%9D

Vicente, A., Sinovets, P. A., & Théron, J. (Eds.). (2023). Russia's war on Ukraine: The implications for the global nuclear order. Springer.

Video released by Ukrainian military shows capture of alleged North Korean soldiers [Video]. (2025, January 13). CNN. https://www.youtube.com/watch?v=fesOMBsnE_g

Vladimir Putin na vstreche s liderami afrikanskih stran: prjamaja transljacija [Video]. (2023, June 23). YouTube. https://www.youtube.com/live/B9VQYYzOzvU?si=IgvkEj0GiLOjfqeQ&t=7950

Wanner, C. (Ed.). (2023). Dispossession: Anthropological perspectives on Russia's war against Ukraine. Routledge.

Za vremja vtorzhenija RF pogiblo do 10 tysjach ukrainskih voennyh—Arestovich (video). (2022, June 11). Focus. https://focus.ua/voennye-novosti/518675-za-vremya-vtorzheniya-rf-pogiblo-do-10-tysyach-ukrainskih-voennyh-arestovich-video

Open Access This chapter is licensed under the terms of the Creative Commons Attribution 4.0 International License (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/), which permits use, sharing, adaptation, distribution and reproduction in any medium or format, as long as you give

appropriate credit to the original author(s) and the source, provide a link to the Creative Commons license and indicate if changes were made.

The images or other third party material in this chapter are included in the chapter's Creative Commons license, unless indicated otherwise in a credit line to the material. If material is not included in the chapter's Creative Commons license and your intended use is not permitted by statutory regulation or exceeds the permitted use, you will need to obtain permission directly from the copyright holder.

Kapitel 10: Völkermord oder Kriegsverbrechen während des Russland-Ukraine-Krieges?

10.1 Widersprüchliche Narrative

Die ukrainische Regierung und die Medien erklärten, dass Russland während der russischen Invasion einen Völkermord an den Ukrainern verübt habe. Die ukrainische Regierung sowie die ukrainischen und viele westliche Medien schrieben zivile Opfer im separatistisch kontrollierten Donbas und in den besetzten Regionen der Ukraine einem False-Flag-Beschuss durch die russischen Streitkräfte zu.

Im Gegensatz dazu stellten die russische Regierung und die russischen Medien die Invasion als humanitäre Intervention dar, die darauf abzielte, einen Völkermord an ethnischen Russen und russischsprachigen Menschen im Donbas während des dortigen Bürgerkriegs zu stoppen. Sie bestritten russische Kriegsverbrechen oder behaupteten, dass diese inszeniert worden seien.

Der US-Präsident Joe Biden und viele andere hochrangige westliche Regierungsbeamte und Politiker sowie Medien und einige Parlamente klassifizierten den Krieg als russischen Völkermord an den Ukrainern und als Kriegsverbrechen (Hutzler et al., 2024). Donald Trump, bevor er im November 2024 erneut zum US-Präsidenten gewählt wurde, bezeichnete die russische Invasion der Ukraine ebenfalls als Völkermord. Er behauptete im September 2024, die Ukraine sei „völlig ausgelöscht“ und „Millionen und Abermillionen Menschen“, darunter Soldaten, seien tot. Trump erklärte, der Krieg hätte verhindert werden können, wenn er US-Präsident statt Biden wäre, und dass er diesen Krieg innerhalb von 24 Stunden nach seiner erneuten Wahl zum US-Präsidenten beenden würde (Cochran, 2022).

Einige westliche Kommentatoren erklären, dass die russischen Handlungen während des Krieges in der Ukraine als Völkermord eingestuft werden können. Sie übernehmen jedoch entweder unkritisch die Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen oder sie beziehen sich auf einen „kulturellen“ Völkermord, d. h. auf die Assimilation der Ukrainer und die Beseitigung der ukrainischen Sprache. Dudko (2022, 133) erklärt, dass „nur wenige Wissenschaftler und Juristen glauben, dass es rechtlich möglich wäre, Russlands Völkermord in der Ukraine zu beweisen“. Die Befürworter der Völkermord-These behaupten, das Ziel der russischen Invasion sei die physische oder kulturelle Zerstörung der ukrainischen Nation.

Völkermord wird in der Politikwissenschaft und der Konfliktforschung üblicherweise als Massenmord und andere ähnliche Handlungen definiert, die mit der Absicht begangen werden, eine ethnische, rassische, religiöse oder soziale Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Eine ähnliche Definition wurde von der Völkermordkonvention der UN angenommen:

> *In dieser Konvention bezeichnet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. (Convention 1948)*

Die Völkermordkonvention wurde 1948 von der UN verabschiedet, und zwar speziell auf der Grundlage all solcher Handlungen und Pläne NS-Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs. Sie umfassten die physische Vernichtung der Juden als Ganzes und bedeutender Teile anderer Gruppen, die von den Nazis ebenfalls als rassisch minderwertig erklärt wurden, insbesondere Belarusen, Polen, Roma, Russen und Ukrainer, und wurden in besetzten Ländern oder Gebieten in unterschiedlichem Ausmaß beabsichtigt und umgesetzt (siehe zum Beispiel Katchanovski, 2010, 2014, 2019, 2020).

Kriegsverbrechen sind Verstöße gegen die Gesetze betreffend Kriege, wie die Genfer Konventionen. Kriegsverbrechen können während des Krieges an Zivilisten und Kriegsgefangenen begangen werden. Es gibt eine große Vielfalt von Kriegsverbrechen (siehe Henckaerts et al., 2005). Völkermord ist das bedeutendste und schwerste Verbrechen. Kriege können zur Begehung von Völkermord genutzt werden, wie im Fall der von NS-Deutschland während des Zweiten Weltkriegs begangenen Völkermorde.

Die Regierung Selenskyj und die ukrainischen Medien behaupteten, die Bombardierung der Nord-Stream-Erdgasleitungen sei ein russischer False-Flag-Bombenanschlag gewesen. Nach anfänglichen Behauptungen westlicher Beamter und eines Großteils der Medien, es habe sich um einen russischen False-Flag-Bombenanschlag auf die Nord-Stream-Erdgasleitungen in der Ostsee gehandelt, berichteten deutsche und US-Medien unter Berufung auf die deutsche Untersuchung und eigene Untersuchungen, dass die Nord-Stream-Pipeline unter Beteiligung ukrainischer Spezialkräfte gesprengt worden sei und dass Polen sich geweigert habe, Informationen über die Täter offenzulegen, und einem ukrainischen Verdächtigen die Flucht in die Ukraine ermöglicht habe, nachdem Deutschland die polnischen Behörden über ihn informiert hatte (Harris & Khurshudyan, 2023; Pancevski, 2024a). Hochrangige ukrainische Verteidigungs- und Sicherheitsbeamte erklärten gegenüber dem Wall Street Journal, dass Walerij Saluschnyj, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, und zumindest anfangs auch Präsident Wolodymyr Selenskyj die Sabotageoperation gegen die Nord-Stream-

Gasleitungen in der Ostsee nahe Deutschland genehmigt hätten (Diehl et al., 2024; Pancevski, 2024b).

Die Untersuchung des führenden amerikanischen investigativen Journalisten Seymour Hersh, die auf Insiderinformationen aus dem US-Geheimdienst beruhte, ergab, dass die US-Marine und der US-Geheimdienst unter Beteiligung norwegischer Kräfte auf Bidens Befehl im September 2022 die Nord-Stream-Gasleitungen sprengten, die Erdgas von Russland nach Deutschland lieferten. Wie eine dänische Zeitung im September 2024 berichtete, erklärte der Hafenmeister der Insel Christiansø, dass er wenige Tage vor den Explosionen der Nord-Stream-Pipelines in der Nähe US-Marine-Schiffe in dem Gebiet bemerkt habe. Sie hätten ihre Transponder ausgeschaltet gehabt und ihm gesagt, er solle umkehren, als er sich ihnen näherte. Er glaubt, dass dies auf eine Beteiligung der US-Marine an der Nord-Stream-Sabotage hindeute, und erklärte, dass es ihm nicht erlaubt sei, darüber zu sprechen (Frandsen, 2024). Solche Beweise für eine mögliche direkte US-Beteiligung stehen im Einklang mit Bidens öffentlichem Versprechen, die Nord-Stream-2-Pipeline im Falle einer russischen Invasion der Ukraine zu beenden (Hersh, 2023).

Beide Versionen einer US-amerikanischen und einer ukrainischen Beteiligung an der Bombardierung der Nord-Stream-Pipelines könnten auch miteinander vereinbar sein, da, wie der nächste Abschnitt zeigt, die Ukraine während des Krieges mit Russland als Stellvertreter genutzt wird und ihre Sonderdienste unter der Obhut ihrer amerikanischen und britischen Gegenstücke stehen. Die durchgesickerten Pentagon-Dokumente und andere von deutschen und US-Medien berichtete Quellen ergaben, dass die US-amerikanischen und niederländischen Geheimdienste Informationen über zumindest den ursprünglichen ukrainischen Plan zur Sprengung der Nord-Stream-Gasleitungen hatten. Ein ehemaliger Abgeordneter des ukrainischen Parlaments und ein ehemaliger Offizier des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die beide nach Russland überliefen, identifizierten zusammen mit mutmaßlichen ukrainischen Tauchern und einigen anderen mutmaßlichen Beteiligten denselben SBU-Offizier und dieselbe Andromeda-Jacht, die von den US-amerikanischen und deutschen Medien als Träger der Nord-Stream-Sabotage identifiziert worden waren. Sie erklärten jedoch, dass das ukrainische Team vorbereitet und als Deckung für die Vereinigten Staaten benutzt worden sei. Sie identifizierten außerdem denselben ehemaligen SBU-Offizier, der im August 2025 in Italien aufgrund deutscher Anklagen festgenommen wurde, die ukrainische Spezialeinsatzgruppe angeführt zu haben, welche die Nord-Stream-Pipeline gesprengt habe (BelTA, 2024; Prozorov, 2024).

Die Washington Post berichtete, dass der niederländische Militärgeheimdienst und die US-Geheimdienste auch von einem geplanten Bombenanschlag der Ukraine auf die TurkStream-Erdgasleitung im Schwarzen Meer wussten. Putin und die russischen Medien erklärten, dass die russischen Sicherheitsdienste einen Bombenanschlag auf TurkStream durch die ukrainischen Sonderdienste verhindert hätten (Harris & Mekhennet, 2023).

Im Gegensatz zu verschiedenen solchen Beweisquellen und Eingeständnissen gegen das eigene Interesse gibt es keine vergleichbaren Beweise dafür, dass Russland die Nord-Stream-Pipelines gesprengt hat. Behauptungen verschiedener ukrainischer und westlicher Regierungsbeamter und Medien über den russischen False-Flag-Bombenanschlag auf die Nord-Stream-Pipeline

entbehren jeder stützenden Beweise (siehe zum Beispiel Economist, 2022; Cooper, 2023). Eine solche Verschwörungstheorie implizierte auch, dass ein solcher False-Flag-Bombenanschlag eine irrationale Handlung gewesen wäre, da die Nord-Stream-Pipelines hauptsächlich von Russland gebaut wurden und sich in seinem Eigentum befanden und die Hauptlieferanten von Erdgas aus Russland nach Deutschland über die Ostsee waren. Es ist auch bemerkenswert, dass Pipelines, die über die Ukraine Erdgas und Öl aus Russland in einige EU-Länder wie Österreich, Ungarn und die Slowakei lieferten, während des Russland-Ukraine-Krieges weiterhin in dieser Transitfunktion betrieben wurden.

10.2 Zivile Opfer

Die Analyse der Beweise zeigt, dass es keine Beweise für einen Völkermord an Ukrainern im separatistisch kontrollierten Donbas und für einen russischen Völkermord in der Ukraine gibt. Auch die UN und der US-Geheimdienst fanden keine Beweise für einen Völkermord in der Ukraine, was die Analyse dieser Studie bestätigt (Lee et al., 2022). Falsche Völkermordbehauptungen wurden vom russischen Präsidenten Wladimir Putin benutzt, um die Invasion der Ukraine zu rechtfertigen, die zu weit mehr zivilen Opfern führte als der Krieg im Donbas vor der Invasion. Falsche Völkermordbehauptungen und übertriebene Darstellungen russischer Kriegsverbrechen in Butscha wurden auch von der Regierung Selenskyj und den Vereinigten Staaten sowie einigen anderen westlichen Regierungen benutzt, um die Beendigung der Friedensgespräche zur Beendigung des Krieges zu rechtfertigen. Infolge des anhaltenden Krieges gab es viele weitere zusätzliche zivile Opfer im Vergleich zu einem möglichen Friedensabkommen, das Anfang April 2022 kurz vor dem Abschluss stand.

Schätzungsweise 4000 Zivilisten wurden im Donbas während des Bürgerkriegs seit 2014 getötet. Diese Schätzungen basieren auf mindestens 3404 von der UN bestätigten zivilen Opfern während des Donbas-Bürgerkriegs in den Jahren 2014–2022. Die UN-Daten werden durch grobe Schätzungen vermisster Personen, die getötet wurden, angepasst. UN- und OSZE-Berichte und die Analyse Tausender Videos sowie von Medien- und Social-Media-Berichten zeigen, dass sich die absolute Mehrheit der zivilen Opfer in den separatistisch kontrollierten Teilen des Donbas befand, hauptsächlich infolge von Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte, der auf militärische Ziele gerichtet war, oder infolge von unterschiedslosem Beschuss (siehe Kapitel 5). Die UN dokumentierte mindestens 808 getötete Zivilisten im separatistisch kontrollierten Donbas und 1349 in anderen russisch kontrollierten Teilen der Ukraine vom Beginn der russischen Invasion im Jahr 2022 bis Oktober 2023 (UN 2024).

Die zivilen Opfer im separatistisch kontrollierten Donbas machten etwa 0,2 % der Bevölkerung der selbsternannten separatistischen Republiken im Donbas aus und waren viel geringer als die militärischen Opfer der Separatisten und Russlands. Die UN schätzte, dass in den Jahren 2014–2021 etwa 4400 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und etwa 6500 Angehörige der separatistischen Kräfte getötet wurden (UN 2022). Wie erwähnt, waren die militärischen Opfer Russlands und der Separatisten seit der russischen Invasion im Jahr 2022 viel höher. Der Leiter des russischen Untersuchungskomitees erklärte im Mai 2025, dass mindestens 621 Zivilisten, darunter 38 Kinder, während des Russland-Ukraine-Krieges in russischen Regionen,

hauptsächlich in Kursk, Brjansk, Belgorod und Krasnodar, sowie auf der von Russland annektierten Krim getötet wurden.

Dies steht im Einklang mit anderen Beweisen dafür, dass Zivilisten im separatistisch kontrollierten Donbas von den ukrainischen Streitkräften nicht als Angehörige der Gruppe systematisch als Teil einer Politik ins Visier genommen wurden und dass ihre Tötungen keinen Völkermord an den Bewohnern des Donbas, an ethnischen Russen oder an russischsprachigen Menschen darstellten. Es gibt jedoch verschiedene Beweise für Kriegsverbrechen wie die Tötung von Zivilisten und Kriegsgefangenen und unterschiedslosen Beschuss durch sowohl die separatistischen als auch die ukrainischen Kräfte, insbesondere die rechtsextremen bewaffneten Formationen.

Schätzungsweise 20.000 Zivilisten wurden in der Ukraine getötet, darunter etwa 4000 in den separatistisch und russisch kontrollierten Gebieten der Ukraine, und etwa 80.000 wurden während der dreieinhalb Jahre des Krieges seit der russischen Invasion im Februar 2022 verletzt. Diese Schätzung basiert auf den UN-Daten von 14.116 bestätigten getöteten Zivilisten in der Ukraine während dieses Zeitraums. Zu den von der UN bestätigten Opfern gehören 733 getötete Kinder und 2734 (19 %) Zivilisten, die in den russisch und separatistisch kontrollierten Gebieten der Ukraine vom Beginn der russischen Invasion im Jahr 2022 bis Ende August 2025 getötet wurden (UN 2025).

Diese bestätigte Opferzahl liegt nahe an der Zahl, die der Generalstaatsanwalt der Ukraine im April 2024 nannte. Er erklärte, dass aufgrund ihrer Untersuchungen über 12.000 Zivilisten, darunter 543 Kinder, in der Ukraine infolge der russischen Invasion getötet wurden (Genprokuror, 2024). Die von der UN dokumentierten Opfer werden angepasst, indem geschätzte nicht erfasste Opfer in Mariupol und anderen Städten und Ortschaften im Donbas und in anderen Regionen sowie vermisste Personen, die getötet wurden, hinzugerechnet und das Verhältnis von 4 Verwundeten zu 1 Getöteten verwendet wird. Die UN verifizierte 1348 während der Belagerung von Mariupol getötete Zivilisten, und ein hochrangiger UN-Vertreter erklärte, dass die tatsächliche Zahl der in Mariupol getöteten Zivilisten „wahrscheinlich um Tausende höher“ sei (OHCHR 2022a). Der Bericht von Human Rights Watch/SITU schätzte anhand der Zahl neuer Bestattungen etwa 8000 zusätzliche Todesfälle in Mariupol während des gesamten ersten Kriegsjahres (Counting, 2024). Dies umfasst getötete Zivilisten und Militärangehörige sowie Zivilisten, die infolge fehlender medizinischer Versorgung, fehlender Medikamente, fehlender Heizung, fehlenden sauberen Wassers und fehlender Sanitärversorgung während und nach der Belagerung starben. Der Leiter des Untersuchungskomitees Russlands räumte ein, dass in Mariupol über 3000 Leichen toter Zivilisten gefunden worden waren (Roshchina, 2022). Dies liegt nahe an den Schätzungen der UN und von Human Rights Watch/SITU zu den zivilen Opfern dort.

Die offizielle Zahl der Zivilisten, die in der Datenbank der ukrainischen Regierung über vermisste Personen „unter besonderen Umständen“, in erster Linie aufgrund des Krieges, als vermisst erfasst wurden, betrug im Oktober 2023 etwa 11.000 (MVS, 2023). Neben Zivilisten, die getötet, aber als vermisst erfasst wurden, umfasste diese Zahl vermisste Zivilisten in der Ukraine

aufgrund der russischen Besetzung ihrer Aufenthaltsorte, Zivilisten in russischer Gefangenschaft und bis zu etwa 300 Zivilisten, die während des Krieges im Donbas vermisst wurden. Zusammen mit den UN-Berichten über dokumentierte zivile Opfer zeigt die Zahl der hauptsächlich kriegsbedingt vermissten Zivilisten der ukrainischen Regierung, dass Behauptungen über Hunderttausende oder Dutzende Tausende getöteter Zivilisten in der Ukraine, darunter 25.000 allein in Mariupol, übertrieben und falsch sind.

Die UN identifizierte 36.481 verletzte Zivilisten in der Ukraine vom Beginn der russischen Invasion im Jahr 2022 bis Ende August 2025. Zu den von der UN bestätigten Opfern gehören 4486 verwundete Zivilisten in den russisch und separatistisch kontrollierten Gebieten der Ukraine. Die Zahl der verwundeten Zivilisten wurde von der UN jedoch in den ersten Kriegsmonaten zu niedrig erfasst. Beispielsweise reichte das Verhältnis von Verwundeten zu Getöteten seit Juni 2022 jeden Monat von etwa 2,5 bis 6, gegenüber dem Verhältnis von 0,7 zu 1 im März 2022, als sie 4206 getötete Zivilisten bestätigte (UN 2025).

Die zivilen Opfer in der Ukraine machten etwa 0,05 % der Vorkriegsbevölkerung der Ukraine in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten aus und waren etwa 11-mal geringer als die geschätzten Opfer der ukrainischen Streitkräfte während des Russland-Ukraine-Krieges. In ähnlicher Weise machten die zivilen Opfer im separatistisch und russisch kontrollierten Donbas während des Russland-Ukraine-Krieges etwa 0,08 % seiner Vorkriegsbevölkerung aus und waren etwa 38-mal geringer als die geschätzten Opfer der russischen und separatistischen Kräfte während des Russland-Ukraine-Krieges. Dies steht im Einklang mit anderen Beweisen dafür, dass Zivilisten in der Ukraine von den ukrainischen, russischen und Donbas-separatistischen Kräften nicht systematisch als Teil einer Politik ins Visier genommen wurden, um einen großen Teil der Ukrainer bzw. der russischsprachigen Bewohner des Donbas als Gruppe zu vernichten, und dass ihre Tötungen keinen Völkermord darstellten.

Zivile Opfer in der Ukraine wurden aus politischen Gründen von den russischen, DNR-, LNR- und westlichen Regierungen und den Medien oft übertrieben oder falsch dargestellt. So liegt beispielsweise die Behauptung, dass während der Belagerung und der Einnahme dieser Donbas-Stadt durch die russischen und separatistischen Kräfte mehr als 100.000 Einwohner Mariupols getötet wurden, jenseits des Bereichs des Möglichen, da sie impliziert, dass alle Einwohner der Stadt getötet oder verwundet wurden, basierend auf dem für moderne Kriege typischen Verhältnis von 1 Getöteten zu 4 Verwundeten. Dasselbe gilt für die Berichte über mindestens 25.000 getötete Zivilisten in Mariupol. Sie beruhen auf einer belegfreien Aussage eines Beamten der Stadt Mariupol, der sich in eine andere Region der Ukraine evakuiert hatte und keinen Zugang zu Quellen hatte, um die Opferzahl zu bestimmen (Hinnant et al., 2022).

Das geschätzte Verhältnis von 1 getöteten Zivilisten zu etwa 17 getöteten Kombattanten während dreieinhalb Jahren des Russland-Ukraine-Krieges ist eines der niedrigsten in modernen Kriegen und das niedrigste in Kriegen von solchem Ausmaß, solcher Intensität und solcher Dauer in der Neuzeit. Die Zahl der zivilen Opfer während des Russland-Ukraine-Krieges übertraf die Zahl der zivilen Opfer während des Bürgerkriegs im Donbas in den Jahren 2014–2022 deutlich, war aber deutlich niedriger als in nahezu allen anderen modernen Kriegen, wie den Kriegen in

Bosnien, Georgien, Tschetschenien und Gaza. Die zivilen Opfer des Russland-Ukraine-Krieges sind viel niedriger im Vergleich zu den zivilen Opfern des Bürgerkriegs und der ethnischen Säuberung in Bosnien, der ethnischen Säuberung und des Terrorismus durch die OUN und die UPA in der Ukraine und insbesondere des NS-Völkermords während des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine.

Zum Beispiel wurden während des Bürgerkriegs und der ethnischen Säuberung in Bosnien in den 1990er Jahren etwa 38.000 getötete Zivilisten namentlich identifiziert unter etwa 100.000 identifizierten getöteten Personen (Bosnia's, 2007). Es wurden etwa 35.000 polnische Zivilisten identifiziert, die während des Zweiten Weltkriegs in Wolhynien in der Westukraine bei der ethnischen Säuberung durch die OUN und die UPA getötet wurden (siehe Katchanovski, 2015, 2020; Siemaszko & Siemaszko, 2000). Es gab 19,1 Tausend identifizierte Zivilisten, die von der OUN und der UPA während der sowjetischen Herrschaft in der Westukraine getötet wurden, 3,2 Tausend sowjetische, kommunistische Partei- und Komsomol-Funktionäre und 7,3 Tausend Angehörige des Militärs, der Polizei, der Sicherheitskräfte und der paramilitärischen Jastrubky-Mitglieder (Politychnyi 2002, 771).

Zu den zivilen Opfern der NS-Vernichtungspolitik in der Ukraine gehörten nahezu 1,5 Millionen Juden und mehr als 3,5 Millionen Ukrainer und andere Zivilisten und Kriegsgefangene bei einem geschätzten Bevölkerungsverlust der Ukraine von 6,7 % (siehe Katchanovski, 2010, 2014, 2019). Die künstliche Hungersnot, die sich aus der Vernichtungspolitik Stalins gegenüber den Bauern ergab, führte in den Jahren 1932–1933 zu 3 Millionen Todesfällen in der Sowjetukraine (Katchanovski, 2010).

Die UN berichtete, dass 90 % der getöteten Zivilisten in der Ukraine, einschließlich der separatistisch und russisch kontrollierten Gebiete der Ukraine, vom 24. Februar 2022 bis Ende August 2025 durch Granaten, Bomben, Raketen, Minen und Sprengstoffe getötet wurden, während 10 % oder 1351 Zivilisten durch andere Waffen, d. h. durch Kleinwaffen und leichte Waffen (Handfeuerwaffen, automatische Sturmgewehre, Maschinengewehre, Granaten, Granatwerfer usw.), im Kreuzfeuer, durch unterschiedsloses Feuer, durch vorsätzliche Tötung und bei Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Militärangehörigen getötet wurden (UN 2025). Die Analyse verschiedener Videos, Fotos, Medien- und Social-Media-Berichte und der UN-Berichte zeigt, dass sich die absolute Mehrheit der zivilen Opfer im von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet befand und von den russischen und separatistischen Kräften zugefügt wurde.

Verschiedene Beweise, wie Tausende Videos, Medien- und Social-Media-Berichte, zusammen mit den Ergebnissen von Berichten von UN und Amnesty International sowie von US-Geheimdienst- und Militärexperten, zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der Zivilisten in den ukrainisch kontrollierten Gebieten und im separatistisch kontrollierten Donbas durch Explosivwaffen mit großer Flächenwirkung oder durch unpräzise Waffen getötet wurde, und zwar während russischer bzw. separatistischer und in weit geringerem Maße ukrainischer Militärschläge. Die Analyse der Beweise legt nahe, dass solche Zivilisten durch Schläge gegen militärische Ziele oder während eines offensichtlich unterschiedslosen

Beschusses/Bombardements getötet wurden, überwiegend durch die russischen Streitkräfte, in bevölkerten städtischen und ländlichen Siedlungen. Videos, Fotos und der Bericht von Amnesty International (2022a) zeigen, dass bevölkerte zivile Gebiete und Einrichtungen wie Städte, Ortschaften, Dörfer, Mehrfamilienhäuser, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Hotels usw. häufig für militärische Zwecke genutzt wurden, in erster Linie von den ukrainischen Streitkräften.

Zum Beispiel legt die Analyse von Videos, Medien- und Social-Media-Berichten, Augenzeugenaussagen und Geolokalisierungen nahe, dass nahezu alle Schläge mit den größten ukrainischen und russischen zivilen Opfern entweder in der Nähe militärischer Ziele als Folge verfehlter oder aus verschiedenen Gründen abgewichener Schläge erfolgten, wie etwa Ungenauigkeit von Raketen, Lenkung, Abschuss durch Luftabwehr oder Störmaßnahmen, und infolge unterschiedslosen Beschusses oder Bombardements, oder dass sie aus unterschiedslosen gezielten Raketenschlägen auf Gebäude mit sowohl Zivilisten als auch Militärpersonal und aus dem unterschiedslosen Einsatz ungesteuerter und ungenauer Waffen mit großen Wirkungsflächen in Städten oder in Städten und Ortschaften oder auf Geländen mit sowohl Zivilisten als auch Militärpersonal resultierten. Solche unterschiedslosen Schläge sind Verstöße gegen das Völkerrecht.

Zu solchen Fällen gehören russischer Beschuss, Bombardements sowie Raketen- und Flugkörperschläge mit den größten Zahlen ukrainischer ziviler Opfer in Mariupol, Kiew, Winnyzja, Krementschuk, dem Restaurant in Kramatorsk, Krywyj Rih, Tschernihiw, Tschassiw Jar, Isjum, Tschaplyne, Bilohoriwka, Mykolajiw, Charkiw, Hrosa und Dnipro. Zum Beispiel wurden sowohl zivile als auch militärische Opfer der russischen Raketenschläge an Orten wie Winnyzja, Tschassiw Jar, Tschaplyne, Bilohoriwka und dem Restaurant in Kramatorsk von verschiedenen ukrainischen Medien identifiziert, nachdem Regierungs- und Medienberichte zunächst nur zivile Opfer gemeldet hatten. Diese Feststellungen werden durch Einschätzungen von US-Militär- und Geheimdienstexperten, eine Investigation von Newsweek, die teilweise auf dem US-Geheimdienst beruhte, zu den russischen Raketenschlägen mit der größten Zahl gemeldeter ziviler Opfer sowie durch die Berichte von Amnesty International gestützt (Arkin, 2022a; War, 2022).

Solche Schläge wurden von den russischen, den Donbas-separatistischen, den ukrainischen und den westlichen Regierungen und Medien sowie von Wikipedia als Beweise für eine Politik der Ukraine bzw. Russlands der absichtlichen Zielung auf Zivilisten falsch dargestellt, während die Analyse der Primärbeweise zeigt, dass solche Schläge als unterschiedslos eingestuft werden können. Die Regierungs- und Medienberichte über solche Schläge ließen, mit wenigen Ausnahmen, militärische Opfer während solcher Schläge und deren Lage in der Nähe militärischer Ziele oder kritischer Infrastruktur aus.

Zum Beispiel erklärten ukrainische und westliche Regierungserklärungen und Medienberichte als Tatsache, dass ein russischer Raketenschlag auf das Kinderkrankenhaus Ochmatdyt in Kiew gezielt habe, während die russische Regierung und die russischen Medien erklärten, dass ein ukrainisches NASAMS-Luftabwehrsystem das Krankenhaus getroffen habe. Sie ließen aus, dass

zwei Transformatorenstationen auf dem Gelände des Krankenhauses von der Rakete getroffen wurden. Videos und Fotos des Raketenschlags und seiner Folgen legen nahe, dass es sich um eine russische Kh-101-Rakete handelte, wegen ihres unverwechselbaren Triebwerks im Heck, und dass sie etwa 1 Kilometer vom raketenproduzierenden Artem-Werk entfernt einschlug, das von mindestens 6 weiteren russischen Marschflugkörpern getroffen wurde. Die Videos und Fotos zeigen, dass die Rakete innerhalb von Metern von zwei elektrischen Umspannstationen auf dem Gelände des Kinderkrankenhauses einschlug und ein nahe gelegenes kleines zweistöckiges Krankenhausgebäude teilweise zerstörte, wobei zwei Erwachsene dort getötet wurden, während die Explosionswirkung eines der großen Hauptgebäude des Krankenhauses beschädigte. Das Energieunternehmen von Rinat Achmetow erklärte, dass seine drei Transformatorenstationen in Kiew, darunter zwei auf dem Gelände des Krankenhauses, bei diesem Schlag durch russische Raketen zerstört wurden (siehe Ivan, 2024). Behauptungen von Selenskyj und anderen hochrangigen ukrainischen Beamten, dass Kinder absichtlich ins Visier genommen worden seien, wurden von den ukrainischen und westlichen Medien unkritisch übernommen und selbst von vielen Wissenschaftlern unkritisch übernommen. Dasselbe gilt für die russischen Medien, die die Behauptung der russischen Regierung verbreiteten, dass diese Rakete von einem ukrainischen NASAMS-Luftabwehrsystem stammte. Ein solcher russischer Raketenschlag gegen die kritische elektrische Infrastruktur auf dem Gelände des Kinderkrankenhauses kann als unterschiedsloser Schlag und als Verstoß gegen das Völkerrecht eingestuft werden.

In ähnlicher Weise legt die Analyse verschiedener Videos, Augenzeugenaussagen und von in Berichten von Amnesty International herangezogenen Experten nahe, dass es sich bei den Explosionen im Entbindungskrankenhaus von Mariupol und im Theater von Mariupol wahrscheinlich um große russische ungelenkte Fliegerbomben handelte, denen es an Präzision mangelt und die weit von ihren Zielen entfernt einschlagen können (Amnesty International 2022b). Es gibt ähnliche Beweise dafür, dass große russische ungelenkte Fliegerbomben mehrere Dutzend Bewohner in einem Mehrfamilienhaus in Isjum und in einer Menschenschlange auf einer Straße in Tschernihiw töteten (Amnesty International 2022c). Solche Bombardements mit ungenauen Fliegerbomben mit großer Wirkungsfläche in bevölkerten Gebieten während von Kampfhandlungen entsprechen den Definitionen unterschiedsloser Angriffe im humanitären Völkerrecht (siehe Henckaerts et al., 2005).

Entgegen den Behauptungen des russischen Verteidigungsministeriums und der Donbas-Separatisten und entgegen der überwältigenden Beweislage zum False-Flag-Maidan-Massaker gibt es keine bestätigten Beweise für False-Flag-Bombardierungen des Entbindungskrankenhauses von Mariupol und des Theaters von Mariupol durch das von Neonazis geführte Asow-Regiment oder durch andere ukrainische Kräfte (Katchanovski, 2024a, 2024b). Entgegen den Behauptungen ukrainischer Regierungsbeamter und der ukrainischen und westlichen Medien gibt es keine bestätigenden Beweise für mehrere hundert Opfer des Bombenanschlags auf das Theater von Mariupol.

Dasselbe gilt für unterschiedslosen Beschuss sowie Raketen- und Flugkörperschläge der ukrainischen Streitkräfte mit den größten Zahlen ziviler Opfer in Donezk, Horliwka und Belgorod und für einen Raketenschlag vom 23. Juni 2024, der 4 Menschen, darunter zwei Kinder, an einem Strand in Sewastopol auf der Krim tötete. Zum Beispiel legen die Analyse von Videos und Zeugenaussagen nahe, dass eine abgeschossene ukrainische Tochka-U-Rakete, die etwa zwei Dutzend Zivilisten in Donezk tötete, offenbar auf das nahe gelegene Hauptquartier der separatistischen DNR-Regierung zielte.

Die Zahl, die Art und die Lage solcher Schläge mit großen zivilen Opfern zeigen keine Politik der ukrainischen oder russischen Regierung, gezielt Zivilisten ins Visier zu nehmen, um einen Völkermord zu begehen. Die absichtliche Zielung auf Zivilisten in einigen solcher Fälle durch einzelne Militärkommandeure und Einheiten, was ein Kriegsverbrechen ist, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Beweise legen nahe, dass einige wenige Schläge mit großen ukrainischen zivilen Opfern, wie in Kostjantyniwka und Wuhledar, auf Treffer durch ukrainische Raketen zurückzuführen waren (Ismay, 2023; War, 2022). Die Beweise zum Tochka-U-Raketenschlag, der 60 Zivilisten im Bahnhof von Kramatorsk tötete, sind widersprüchlich.

Es gibt keine bestätigten Beweise für systematischen False-Flag-Beschuss bzw. systematische False-Flag-Bombardierungen von Zivilisten durch die russischen, separatistischen und ukrainischen Kräfte. Dies betrifft beispielsweise Behauptungen der russischen und separatistischen Regierungen, dass die Bombardierung des Entbindungskrankenhauses und eines Theaters in Mariupol False-Flag-Angriffe gewesen seien, sowie Behauptungen der ukrainischen Regierung, dass der Beschuss von Donezk und des Kernkraftwerks Saporischschja False-Flag-Aktionen gewesen seien. Es gibt jedoch klare Beweise für russische Raketen- und iranische Drohnenangriffe auf Wärme- und Wasserkraftwerke und elektrische Umspannstationen in von der ukrainischen Regierung kontrollierten Regionen im September–Dezember 2022 und im Frühjahr 2024. Diese Angriffe zerstörten oder beschädigten nahezu alle Wärme- und Wasserkraftwerke in der Ukraine und führten zu erheblichen Strom-, Heizungs-, Wasser- und Internetausfällen in der Ukraine. Es fehlen Beweise, um mit ausreichender Sicherheit festzustellen, welche Konfliktpartei im Juni 2023 den großen Kachowka-Damm zerstörte, was zu erheblichen Überschwemmungen und zivilen Opfern auf beiden Seiten der Frontlinie führte.

Es gibt jedoch verschiedene Beweise für Kriegsverbrechen durch einzelne Soldaten, Kommandeure oder Einheiten während des Russland-Ukraine-Krieges, in erster Linie durch die russischen Streitkräfte. Entgegen den Behauptungen der russischen Regierung über inszenierte Tötungen in Butscha legt die Analyse von Berichten der UN und von Amnesty International, von Berichten forensischer Sachverständiger, von Videos, Satellitenbildern, Augenzeugenberichten, investigativen Medienberichten und anderen Quellen nahe, dass einige Dutzend Zivilisten und Mitglieder der Territorialverteidigung während der russischen Besetzung von Butscha wahrscheinlich von einzelnen russischen Soldaten oder russischen Einheiten absichtlich oder unterschiedslos erschossen oder summarisch hingerichtet wurden. Solche summarischen Hinrichtungen und Tötungen werden als Kriegsverbrechen eingestuft.

Der Bericht der Menschenrechtsmission der UN dokumentierte die rechtswidrige Tötung, darunter durch summarische Hinrichtungen und unterschiedsloses Schießen, von 73 Zivilisten in der Stadt Butscha und 441 Zivilisten in den Regionen Kiew, Tschernihiw und Sumy der Ukraine vom 24. Februar bis zum 6. April 2022, insbesondere während Durchsuchungen und Inhaftierungen mutmaßlicher Unterstützer der ukrainischen Streitkräfte (OHCHR, 2022b). Videos, Satellitenbilder und Augenzeugenaussagen bestätigten unterschiedsloses Schießen oder summarische Hinrichtungen von mindestens mehreren zivilen Einwohnern und mindestens 8 unbewaffneten Mitgliedern der Territorialverteidigung in Butscha durch die russischen Streitkräfte (Berehulak & Gall, 2022; The Man, 2022). Die Umstände der Tötungen der meisten Opfer in Butscha wurden jedoch von den ukrainischen und westlichen Untersuchungen und den Medien nicht öffentlich gemacht.

Entgegen den Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und der Medien gibt es keine dokumentierten Beweise für eine Srebrenica-artige Massenhinrichtung (Massaker) eines großen Teils der Einwohner der Stadt Butscha durch die russischen Streitkräfte. Die insgesamt 458 Opfer, die in Butscha nach dem Abzug der russischen Streitkräfte identifiziert wurden, umfassten einige Nichtzivilisten und 39 Personen, die „offenbar eines natürlichen Todes gestorben“ seien (Sly & Khudov, 2022). Forensische Sachverständige bestätigten, dass viele Opfer in den Kopf oder durch automatisches Gewehrfeuer erschossen wurden, nannten jedoch nicht ihre genaue Zahl (Guardian, 2022). Die anderen Opfer oder die absolute Mehrheit von ihnen wurden wahrscheinlich durch Beschuss getötet, da Videos, Fotos und Augenzeugen während der Kämpfe um die Kontrolle dieser Stadt Beschuss in Butscha durch russische und ukrainische Kräfte zeigten. Ein US-Militärgeheimdienstoffizier äußerte eine ähnliche Einschätzung (Arkin, 2022b). Forensische Sachverständige gaben bekannt, dass Dutzende Einwohner von Butscha „durch winzige Metallpfeile aus Granaten“ (Fléchettes) getötet wurden (Tondo, 2022). Der Bericht der UN-Mission stellte fest, dass bei 100 Tötungen von Zivilisten, die sie aus den bestätigten Tötungen von 441 Zivilisten während der russischen Invasion in den Regionen Kiew, Tschernihiw und Sumy der Ukraine vom 24. Februar bis zum 6. April 2022 eingehend untersuchte, 57 Opfer summarisch hingerichtet wurden. Dreißig von ihnen wurden an Orten ihrer Inhaftierung durch die russischen Streitkräfte getötet, und 27 Personen wurden an Ort und Stelle getötet, nachdem sie unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte geraten waren. Die hingerichteten ukrainischen Zivilisten wurden in erster Linie beschuldigt oder verdächtigt, den ukrainischen Streitkräften Hilfe geleistet zu haben (OHCHR 2022b).

Es gibt Videos und Augenzeugenaussagen, die nahelegen, dass Mitglieder des von Neonazis geführten Asow-Regiments während der Schlacht um Mariupol viele Einwohner von Mariupol töteten und während der Kämpfe mit den russischen und separatistischen Kräften Mehrfamilienhäuser, Schulen und andere zivile Einrichtungen nutzten (siehe zum Beispiel Anatoly, 2022). Videos und Augenzeugenaussagen offenbarten Hinrichtungen russischer Kriegsgefangener durch die Georgische Legion und durch die von Neonazis geführte Einheit Kraken, die vom zivilen Flügel des von Neonazis geführten Asow-Regiments gebildet wurde (siehe BBC 2022). Es gab auch Eingeständnisse, Fotos und Videos, die von Asow-Anführern auf Telegram-Kanälen veröffentlicht wurden und von der Tötung ukrainischer Zivilisten handelten,

die der Zusammenarbeit mit den Russen beschuldigt wurden. Solche Tötungen werden als Kriegsverbrechen eingestuft.



Abb. 10.1 *Die zerstörte russische Militärausrüstung in Butscha. (Foto aus gemeinfreier Quelle, https://www.flickr.com/photos/president_of_ukraine/51987935513/)*

Die Beweise über die Massentötung von Asow-Kriegsgefangenen im Gefängnis von Oleniwka im separatistisch kontrollierten Donbas sind lückenhaft oder widersprüchlich. Verschiedene öffentlich verfügbare Beweise legen nahe, dass ein russisches militärisches Transportflugzeug vom Typ IL-76 im Januar 2024 von der ukrainischen Luftabwehr abgeschossen wurde und dass etwa 65 ukrainische Kriegsgefangene, darunter mindestens 12 aus dem von Neonazis geführten Asow-Regiment, die zum Austausch transportiert wurden, getötet wurden. Es gibt jedoch keine verlässlichen Beweise dafür, dass dies eine absichtliche Tötung ukrainischer Kriegsgefangener durch die ukrainischen Streitkräfte war. Videos zeigen Fragmente vieler Leichen an der Absturzstelle, mehrere Rumpflöcher, die mit Raketeneinschlägen vereinbar sind, und eine Explosion des Flugzeugs, die wie eine typische Treibstoffexplosion eines Flugzeugs und nicht wie die Explosion einer S-300-Rakete aussieht. Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine übernahm zunächst in den ukrainischen Medien die Verantwortung für den Abschuss und bestätigte dann de facto offiziell den Abschuss der russischen Il-76 mit der Erklärung, dass er weiterhin solche Flugzeuge abschießen werde, die S-300-Raketen transportieren.

Literaturverzeichnis

Amnesty International. (2022a). Ukraine: Military endangering civilians by locating forces in residential areas - New research. https://www.amnesty.org.uk/press-releases/ukraine-military-endangering-civilians-locating-forces-residential-areas-new

Amnesty International. (2022b). Ukraine: “Children”: The attack on the Donetsk Regional Academic Drama Theatre in Mariupol, Ukraine. https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/5713/2022/en/

Amnesty International. (2022c). Ukraine: Russian ‘dumb bomb’ air strike killed civilians in Chernihiv – New investigation and testimony. https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/ukraine-russian-dumb-bomb-air-strike-kills-civilians-in-chernihiv-new-investigation-and-testimony/

Anatoly Sharij. (2022, June 15). Mariupol. Posle ada [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=_og5i17W_po

Arkin, W. M. (2022a, March 25). Putin’s bombers could devastate Ukraine but he’s holding back. Here’s why. Newsweek. https://www.newsweek.com/putins-bombers-could-devastate-ukraine-hes-holding-back-heres-why-1690494

Arkin, W. M. (2022b, April 13). How U.S. intelligence sees Russia’s behavior after Bucha. Newsweek. https://www.newsweek.com/how-us-intel-sees-russias-behavior-after-bucha-1697074

BBC News. (2022, March 30). Does video show Russian prisoners being shot? BBC News. https://www.bbc.com/news/60907259

BelTA. (2024, May 14). DERKACH: My ustanovili VSYU gruppu! // Kto vzorval “Severnye potoki”? // Bayden, razvedka. https://belta.by/video/getRecord/11643/

Berehulak, D., & Gall, C. (2022, April 13). Bucha’s month of terror. New York Times. https://www.nytimes.com/interactive/2022/04/11/world/europe/bucha-terror.html

Bosnia’s Book of the Dead. (2007). IWPR. https://iwpr.net/global-voices/bosnias-book-dead

Cochran, L. L. (2022, April 13). Trump joins Biden in calling Russia’s war on Ukraine ‘genocide.’ The Hill. https://thehill.com/blogs/blog-briefing-room/3267118-trump-joins-biden-in-calling-russias-war-on-ukraine-genocide/

Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. (1948). United Nations. https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf

Cooper, C. (2023, March 9). Who blew up Nord Stream? POLITICO. https://www.politico.eu/article/vladimir-putin-kremlin-russia-who-blew-up-nord-stream-2/

Counting the Dead: Documenting loss in Mariupol, a Ukrainian city besieged and devastated. (2024). HRW/SITU. https://www.hrw.org/feature/russia-ukraine-war-mariupol/counting-the-dead

Diehl, J., Großekemper, T., Höfner, R., Lehberger, R., Schmid, F., & Wiedmann-Schmidt, W. (2024, August 29). Der Spiegel. https://www.spiegel.de/politik/nord-stream-anschlag-wie-der-mutmassliche-pipeline-sprenger-der-polizei-entwischte-a-ecc235ff-2703-483e-bf19-c47badd28918

Dudko, O. (2022). A conceptual limbo of genocide: Russian rhetoric, mass atrocities in Ukraine, and the current definition's limits. Canadian Slavonic Papers, 64(2–3), 133–145.

Economist. (2022, September 29). How does underwater sabotage work? The Economist. https://www.economist.com/the-economist-explains/2022/09/29/how-does-underwater-sabotage-work

Frandsen, F. (2024, September 26). De første dage måtte havnefogeden på Christiansø »ikke sige en dyt«. Men i dag kan han godt afsløre en smule. Politiken. https://politiken.dk/danmark/art10057566/De-f%C3%B8rste-dage-m%C3%A5tte-havnefogeden-p%C3%A5-Christians%C3%B8-%C2%BBikke-sige-en-dyt%C2%AB.-Men-i-dag-kan-han-godt-afsl%C3%B8re-en-smule

Genprokuror. (2024, April 16). Interfax Ukraine. https://interfax.com.ua/news/general/980871.html

Harris, S., & Khurshudyan, I. (2023, November 13). Ukrainian military officer coordinated Nord Stream pipeline attack. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/11/11/nordstream-bombing-ukraine-chervinsky/

Harris, S., & Mekhennet, S. (2023, June 7). U.S. had intelligence of detailed Ukrainian plan to attack Nord Stream pipeline. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/06/06/nord-stream-pipeline-explosion-ukraine-russia/

Henckaerts, J.-M., Doswald-Beck, L., Alvermann, C., Dörmann, K., & Rolle, B. (2005). Customary international humanitarian law: (Vol. 1). Cambridge University Press.

Hersh, S. (2023, February 8). How America took out the Nord Stream pipeline. Substack. https://seymourhersh.substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream

Hinnant, L., Tilna, E., Stepanenko, V., & Deeb, S. E. (2022, December 23). Russia scrubs Mariupol's Ukraine identity, builds on death. AP News. https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-erasing-mariupol-499dceae43ed77f2ebfe750ea99b9ad9

Hutzler, A., Walsh, K., Ibssa, L., & Kim, S. R. (2024, September 25). Trump lashes out at Zelenskyy after Ukraine's leader questioned his claim he could end war. ABC News. https://abcnews.go.com/Politics/trump-lashes-zelenskyy-after-ukraines-leader-questioned-claim/story?id=114115473

Ismay, J., et al. (2023, September 18). Evidence suggests Ukrainian missile caused market tragedy. New York Times. https://www.nytimes.com/2023/09/18/world/europe/ukraine-missile-kostiantynivka-market.html

Ivan Katchanovski. (2024, July 9). X. https://x.com/I_Katchanovski/status/1810751979452325978

Katchanovski, I. (2010). The politics of Soviet and Nazi genocides in Orange Ukraine. Europe-Asia Studies, 62(6), 973–999.

Katchanovski, I. (2014). The politics of World War II in contemporary Ukraine. Journal of Slavic Military Studies, 27 (2), 210–233.

Katchanovski, I. (2015). Terrorists or national heroes? Politics and perceptions of the OUN and the UPA in Ukraine. Communist and Post-Communist Studies, 48(2–3), 217–228.

Katchanovski, I. (2019). The OUN, the UPA, and the Nazi genocide in Ukraine. In P. Black, B. Rásky, & M. Windsperger (Eds.), Mittäterschaft in Osteuropa im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust / Collaboration in Eastern Europe during World War II and the Holocaust (pp. 67–93). New Academic Press.

Katchanovski, I. (2020, September 10–13). Ethnic cleansing, genocide or Ukrainian-Polish war in Volhynia. Virtual Annual Meeting of the American Political Science Association. https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/5f472470d33b37001274b73b

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Lee, C., Lederman, J., Kube, C., De Luce, D., & Williams, A. (2022, April 15). With genocide accusation against Russia, Biden is again willing to get ahead of his own government. NBC News. https://www.nbcnews.com/politics/national-security/genocide-accusation-russia-biden-willing-get-ahead-government-rcna24601

MVS. (2023, October 5). Interfax Ukraine. https://interfax.com.ua/news/general/939216.htm

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (2022a). High Commissioner updates the Human Rights Council on Mariupol, Ukraine. https://www.ohchr.org/en/statements/2022/06/high-commissioner-updates-human-rights-council-mariupol-ukraine

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (2022b). UN report details summary executions of civilians by Russian troops in northern Ukraine. https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/12/un-report-details-summary-executions-civilians-russian-troops-northern

Pancevski, B. (2024a, January 8). Nord Stream probe faces resistance from Poland. Wall Street Journal. https://www.wsj.com/world/europe/nord-stream-probe-faces-resistance-from-poland-962aa5f9

Pancevski, B. (2024b, August 14). Real story of the Nord Stream pipeline sabotage. Wall Street Journal. https://www.wsj.com/world/europe/nord-stream-pipeline-explosion-real-story-da24839c

Politychnyi teror i teroryzm v Ukraini: XIX-XX st. Istorychni narysy. (2002). Naukova dumka.

Prozorov, V. (2024, May 17). Vzryvnye tayny severnykh potokov: Kto stoit za teraktami? Golos EU. https://golos.eu/vasilij-prozorov-vzryvnye-tajny-severnyh-potokov-kto-stoit-za-teraktami/

Roshchina, O. (2022, December 30). Head of Investigative Committee of Russia claims 3000 civilian victims in Mariupol, accuses Ukraine's military. Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/12/30/7382990/

Siemaszko, W., & Siemaszko, E. (2000). Ludobojstwo dokonane przez nacjonalistow ukrainskich na ludnosci polskiej Wołynia, 1939–1945. Borowiecky.

Sly, L., & Khudov, K. (2022, August 9). Accounting of bodies in Bucha nears completion. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/world/2022/08/08/ukraine-bucha-bodies

The man who came back from the dead. (2022, August 30). BBC. https://www.bbc.co.uk/sounds/play/m001bkz7

Tondo, L. (2022, April 26). Dozens of Bucha civilians were killed by metal darts from Russian artillery. The Guardian. https://www.theguardian.com/world/2022/apr/24/dozens-bucha-civilians-killed-flechettes-metal-darts-russian-artillery

U.N. rights office cites growing evidence of war crimes in Ukraine. (2022, April 22). Reuters. https://www.reuters.com/world/un-rights-office-cites-growing-evidence-war-crimes-ukraine-2022-04-22/

United Nations. (2022). Conflict-related civilian casualties in Ukraine. https://ukraine.un.org/sites/default/files/2022-02/Conflict-related%20civilian%20casualties%20as%20of%2031%20December%202021%20%28rev%2027%20January%202022%29%20corr%20EN_0.pdf

United Nations. (2024). Ukraine: December 2023 update. https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-01/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28December%202023%29_ENG_0.pdf

United Nations. (2025). Ukraine: August 2025 update. https://ukraine.ohchr.org/en/Protection-of-Civilians-in-Armed-Conflict-August-2025

War crimes investigation: Is Putin targeting civilians in Ukraine? (2022, August 2). Newsweek. https://www.newsweek.com/2022/08/12/putin-targeting-civilians-ukraine-what-evidence-shows-1729463.html

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen,

einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist oder die beabsichtigte Nutzung über die erlaubte Nutzung hinausgeht, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Rechteinhaber einholen.

Kapitel 11: Die Beteiligung der extremen Rechten am Russland-Ukraine-Krieg

11.1 Widersprüchliche Narrative

Die russische Regierung und die Medien rechtfertigten die russische Invasion der Ukraine im Februar 2022 mit der Behauptung, der ukrainische Staat sei nationalsozialistisch oder teilweise nationalsozialistisch/neonazistisch, und eines der Hauptziele der Invasion sei die „Entnazifizierung" der Ukraine gewesen. Der russische Führer Wladimir Putin erklärte: „Die Konfrontation Russlands mit dem neonazistischen Regime, das auf dem Territorium der Ukraine entstanden ist, war unvermeidlich" (Clash, 2022).

Putin erklärte 2025, neonazistische Formationen wie Asow hätten de facto Macht in der Ukraine:

> *Unter diesen Umständen der de-facto-Illegitimität erhalten neonazistische Formationen zusätzliche Waffen und rekrutieren neues Personal. Wozu führt das, wozu könnte es führen? Es führt dazu, dass die De-facto-Macht in ihren Händen liegt… Das Problem ist nicht nur diese Unsicherheit; es ist, dass diese neonazistischen Formationen, wie unter anderem Asow, faktisch beginnen, das Land zu regieren. (Vladimir, 2025)*

Im scharfen Gegensatz dazu vertraten seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 viele ukrainische und westliche Regierungsvertreter, Politiker, Medien und Wissenschaftler die Haltung, dass Asow und andere neonazistische sowie von der extremen Rechten geführte bewaffnete Formationen nicht nur extremistische Elemente aufgegeben hätten, sondern Helden gegen Russlands illegale Invasion seien (siehe Katchanovski & Abrahms, 2024). Beispielsweise erhob der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine ähnliche Behauptung und verlieh dem Kommandeur des Asow-Regiments, Denys Prokopenko, dem stellvertretenden Kommandeur Swjatoslaw Palamar und dem ranghohen Offizier Oleh Chomenko die Titel „Held der Ukraine". Er bestritt, dass die Asow-Brigade neonazistisch sei (Selensky 2023).

Selenskyj, Ukrainska Prawda und andere ukrainische und westliche Medien beschönigten und verherrlichten ein Paar aus der Asow-Brigade, obwohl dieses Paar Adolf Hitler, die NS-SS und die Ideologie der weißen Vorherrschaft offen bewunderte (Robeson, 2024a). Ukrainska Prawda und andere ukrainische Medien, die von Neonazis geführte Asow-Brigaden sowie deren

Kommandeure und andere Mitglieder verherrlichten und propagierten, wurden von der USAID, der EU, der NATO, der US-Botschaft, der National Endowment for Democracy und anderen westlichen Regierungen und Organisationen finanziert.

Ebenso bezeichnete der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson das von Neonazis geführte Asow als „Helden", begrüßte die Asow-Delegation, die das Vereinigte Königreich besuchte, persönlich und ehrte sie. Er umarmte offen die Flagge von Asow mit ihrem Symbol, das auf der von Nazis und Neonazis verwendeten Wolfsangel beruhte (Boris, 2024).

Bei einer öffentlichen Veranstaltung im dänischen Parlament im Jahr 2025 gab es stehende Ovationen für ein Mitglied der Misanthropic Division, einer offen neonazistischen Organisation, die sich dem von Neonazis geführten Asow anschloss. Neonazistische Asow-Mitglieder wurden mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau und dem britischen Prinzen Harry bei den „Invictus Games" in Vancouver fotografiert. Der ehemalige CIA-Direktor David Petraeus besuchte eine Asow-Basis in der Ukraine und wurde mit einem der Kommandeure der 3. Angriffsbrigade von Asow fotografiert. Diese Asow-Mitglieder zeigten offen 88 (Heil Hitler), Symbole rassistischer Überlegenheit und andere neonazistische Symbole (siehe Moss, 2025).

Asow-Delegationen besuchten während des Russland-Ukraine-Kriegs den US-Kongress, das Pentagon, das britische Parlament und das NATO-Hauptquartier. Ihnen gehörten neonazistische Asow-Kommandeure und andere Vertreter an, die zuvor offen neonazistische Symbole gezeigt hatten (Robeson, 2025).

Nach der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 beschönigten die westlichen Regierungen und Medien zunehmend die empirische Faktenlage, um die ukrainischen neonazistischen und anderen rechtsextremen Formationen als kategorisch gemäßigt darzustellen und so die internationale Unterstützung zu erhöhen. Im Juni 2024 erklärte das US-Außenministerium, die Asow-Brigade sei nach dem „Leahy-Gesetz" für den Erhalt von US-Waffen förderfähig, weil sie von Menschenrechtsverletzungen freigesprochen worden sei. Es traf diese Feststellung mit der Behauptung, die Asow-Brigade sei eine neue Einheit und das separate Verbot des US-Kongresses gelte aus demselben Grund nicht, obwohl diese Brigade auf der Grundlage des Asow-Regiments geschaffen wurde, den 10. Jahrestag der Gründung des Asow-Bataillons als ihr eigenes Jubiläum feierte und von den ursprünglichen Kommandeuren des Asow-Bataillons geführt wird (Birnbaum et al., 2024). Eine Änderung jedoch, die anschließend in den vom US-Repräsentantenhaus beratenen US-Verteidigungshaushaltsentwurf aufgenommen wurde, stellte ausdrücklich fest: „Keiner der durch dieses Gesetz bereitgestellten oder anderweitig verfügbar gemachten Mittel darf dazu verwendet werden, dem Asow-Bataillon, der Dritten Separaten Angriffsbrigade oder einer Nachfolgeorganisation Waffen, Ausbildung, Aufklärung oder andere Unterstützung bereitzustellen" (Congressional, 2024; Katchanovski & Abrahms, 2024).

Videos, Fotos und Berichte in sozialen Medien zeigten jedoch, dass die 3. Angriffsbrigade von Asow ohne jede Behinderung westliche Waffen und Ausbildung erhielt. Beispielsweise wurden Rekruten dieser Brigade in England unter der Aufsicht von Ausbildern der britischen Armee trainiert und feuerten aus britischen gepanzerten Selbstfahrartilleriegeschützen AS-90.

Während eine Reihe großer westlicher Medien wie die New York Times und der Guardian das Asow-Bataillon/-Regiment vor der russischen Invasion als neonazistisch bezeichneten, gaben sie und andere westliche Mainstream-Medien nach der russischen Invasion solche Zuschreibungen auf und behaupteten, das Asow-Regiment und andere von der extremen Rechten geführte Einheiten hätten ihre neonazistische oder radikalnationalistische Ideologie aufgegeben und seien während des Russland-Ukraine-Kriegs zu gewöhnlichen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte geworden (siehe Golinkin, 2023).

Beispielsweise bestritt The Times, dass die Asow-Brigaden von Neonazis geführt würden, und nannte die Asow-Brigade „Helden von Mariupol" (Loyd, 2024). The Times illustrierte seinen Artikel mit einem Foto eines Asow-Mitglieds, das zuvor mit Hakenkreuz und dem Zeichen 14/88 (Heil Hitler) fotografiert worden war.

Ebenso ließen so bedeutende westliche Medien wie The Economist, der Guardian, das Wall Street Journal, die Washington Post, Reuters, Bild und die New York Times nach der russischen Invasion den neonazistischen oder rechtsextremen Hintergrund von Asow und anderen von Neonazis und von der extremen Rechten geführten Formationen in der Ukraine aus oder bestritten ihn und verherrlichten sie oder ihre Mitglieder (Birnbaum et al., 2024; Ukraine's, 2023; Santora, 2023).

Die Zahl der wissenschaftlichen Studien, die die Beteiligung der extremen Rechten am Russland-Ukraine-Krieg untersuchen, ist sehr begrenzt. Frühere Studien stellten eine erhebliche Beteiligung der extremen Rechten am Maidan-Massaker an den Protestierenden und der Polizei, am Massaker von Odessa und am Krieg im Donbas fest (Hahn, 2018; Katchanovski & Abrahms, 2024; Katchanovski, 2015, 2016a, 2016b, 2020a, 2020b,). Rechtsextreme Organisationen spielten während und nach dem Euromaidan eine führende Rolle bei gewaltsamen Massenprotesten (siehe Ishchenko, 2016, 2018a, 2018b). Einige andere Studien, insbesondere von Forschern parteinaher Denkfabriken, bezeichneten die Rolle der extremen Rechten in der Ukraine als marginal, behaupteten, die Asow-Brigaden seien entpolitisiert und nicht neonazistisch, und bestritten oder verschwiegen die Beteiligung der extremen Rechten an diesen Fällen politischer Gewalt (siehe Kapitel 6). Diese Studien untersuchten jedoch nicht umfassend die Frage der Beteiligung der extremen Rechten am Russland-Ukraine-Krieg in der Ukraine.

11.2 Die Beteiligung der extremen Rechten am Krieg

Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Macht der extremen Rechten in der Ukraine nicht eingedämmt, sondern vergrößert. Da die rechtsextremen Organisationen und ihre Mitglieder stark ideologisch motiviert waren und über militärische Erfahrung verfügten, beteiligten sie sich aktiv am Krieg mit Russland. Das Asow-Regiment spielte im Frühjahr 2022 eine führende Rolle in der Schlacht um Mariupol, doch seine Mitglieder ergaben sich im Mai 2022 nach der Belagerung des Stahlwerks Asowstal den russischen und den separatistischen Kräften des Donbas. Während des Russland-Ukraine-Kriegs stiegen die Zahl der von der extremen Rechten geführten Einheiten und ihre Stärke erheblich.

Während die bewaffneten Formationen der neonazistischen und anderen rechtsextremen Organisationen formal in die ukrainischen Streitkräfte, die Nationalgarde, den Sicherheitsdienst der Ukraine und den Militärgeheimdienst integriert wurden, behielten die rechtsextremen Organisationen in diesen Einheiten politischen und ideologischen Einfluss sowie Befehlspositionen.

Beispielsweise expandierte die neonazistische Asow-Bewegung während dieses Kriegs von dem einen Asow-Regiment auf zwei Brigaden und eine Spezialeinheit und dann auf zwei Korps und die Spezialeinheit Kraken des Militärgeheimdienstes der Ukraine (HUR). Im Jahr 2025 wurde die von Neonazis geführte Asow-Brigade der Nationalgarde der Ukraine zum 1. Asow-Korps der Nationalgarde. Dieses Korps umfasste drei weitere Brigaden. Es wird vom Kommandeur der Asow-Brigade, Prokopenko, befehligt und behielt das modifizierte neonazistische Symbol dieser Brigade bei.

Ebenso wurde die 3. Angriffsbrigade zu einem Armeekorps erweitert, das von Andrij Bilezkyj befehligt wurde. Er war im Mai 2014 der Gründer und erste Kommandeur des Asow-Bataillons und der Führer des neonazistischen Patriot der Ukraine, das in die neonazistische Partei Nationales Korps umgewandelt wurde. Er wurde Kommandeur der 3. Separaten Angriffsbrigade der ukrainischen Landstreitkräfte. Diese Brigade wurde aus Veteranen des Asow-Bataillons und des Asow-Regiments gebildet.

Bilezkyj erklärte in seiner Videobotschaft, seine Asow-Brigade habe „die beste Rekrutierung im Land" geschaffen und „groß angelegte kulturelle und Bildungsprojekte" und „es ist Zeit, unseren Horizont zu erweitern" (Protz, 2025). Im Oktober 2023 stellte er fest, die Asow-Bewegung sei vereint und umfasse zwei Brigaden und die Einheit Kraken:

> *Es gibt keine Trennung…. Das gesamte Nationale Korps ist also entweder in der Dritten Angriffsstreitmacht oder irgendwo in der DSH oder in Spezialkräften, in derselben „Kraken" und so weiter…. Und jetzt dienen 90 % des Nationalen Korps irgendwo. (Andrii, 2023)*

Die Einheit Kraken, die von der neonazistischen Partei Nationales Korps aus Asow-Veteranen organisiert wurde, wurde formal in den Militärgeheimdienst der Ukraine integriert. Sie wird jedoch von den neonazistischen Führern des Nationalen Korps in Charkiw befehligt. Die Insignien von Kraken enthalten das Tyr-Symbol, das von der ADL und Forschern der extremen Rechten als neonazistisches Symbol und Hasssymbol eingestuft wird (Tyr ND).

Kommandeure und die absolute Mehrheit der Mitglieder des ursprünglichen, von Neonazis geführten Asow-Regiments ergaben sich während der Belagerung von Mariupol im Mai 2022 den russischen Streitkräften. Nachdem Russland die Asow-Kommandeure und viele Mitglieder jedoch gegen Medwedtschuk ausgetauscht hatte, unter der Bedingung, dass sich die Asow-Kommandeure in der Türkei aufhalten, brachte Selenskyj sie persönlich in die Ukraine. Denys Prokopenko, der Kommandeur des Asow-Regiments, wurde 2023 Kommandeur der Asow-Brigade der Nationalgarde der Ukraine. Er gehörte dem neonazistischen White Boys Club der Ultras des Fußballvereins Dynamo Kiew an, und seine Einheit im von Neonazis geführten Asow-Bataillon verwendete das Totenkopf-Abzeichen, das von der NS-SS verwendet wurde (Golinkin,

2023). Swjatoslaw Palamar, der stellvertretende Kommandeur des Asow-Regiments während des Russland-Ukraine-Kriegs und der Belagerung von Mariupol, war Mitglied des neonazistischen Patriot der Ukraine und diente von Anfang an auch im Asow-Bataillon (Golinkin, 2023).

Von Neonazis geführte Asow-Korps und die Einheit Kraken, die in eines der Asow-Korps integriert wurde, umfassten bis September 2025 mindestens 5 % der Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte. Sie besaßen jedoch eine überproportionale Macht, weil sie Eliteeinheiten waren, ideologisch motiviert wurden und von Selenskyj und den Medien gefördert wurden. Die kanadische Direktion für NATO-Politik erklärte, das Asow-Regiment bleibe trotz seiner Integration in die Nationalgarde der Ukraine weiterhin „Fanatiker" (Cosh, 2024). Videos zeigen, dass die Asow-Brigade weiterhin Fackelzeremonien abhielt und rechtsextreme Parolen wie „Ruhm der Nation, Tod den Feinden" und „Die Ukraine über alles" verwendete (Leonid, 2023).

Asow-Kommandeure haben sich nie öffentlich von ihren neonazistischen Ansichten, Symbolen und Organisationen losgesagt. Tatsächlich bestritten Asow-Führer in Medieninterviews routinemäßig, dass sie, ihre Einheiten und Organisationen neonazistisch seien, und behaupteten, die gut dokumentierten Nazi-Symbole seien Fälschungen oder russische Propaganda. Wissenschaftliche Forschungen des Autors und anderer Forscher der extremen Rechten in der Ukraine, wie Nejc Eber, Marta Hawryschko, Jean Kerney, Oleksij Kusmenko, Moss Robeson und Leonid Ragosin, identifizierten in den sozialen Medien und den Medien Hunderte von Fällen, in denen Mitglieder der Asow-Bewegung während des Russland-Ukraine-Kriegs Nazi- und neonazistische Symbole zeigten. Zu dieser Zahl gehören Darstellungen durch Kommandeure und Mitglieder verschiedener Asow-Einheiten und ziviler Flügel der Asow-Bewegung auf ihren Uniformen, Abzeichen, Fotografien, Flaggen, Videos und Tattoos von neonazistischen und Nazi-Symbolen wie dem Hakenkreuz, dem SS-Zeichen, 88 (Heil-Hitler-Code), Hitler-Bildern, Nazi-Flaggen und Totenkopf sowie ein faschistischer Handgruß. (Siehe zum Beispiel Moss, 2024). Viele davon wurden nach der russischen Invasion 2022 verborgen oder entfernt, doch sie wurden nie aufgegeben und werden weiterhin von vielen Mitgliedern und Kommandeuren verwendet. Nicht eingeschlossen sind ihre offiziellen neonazistischen Symbole Wolfsangel und Schwarze Sonne (siehe Golinkin, 2023; Katchanovski & Abrahms, 2024; Ivan 2022–2025; Moss 2022–2025; NAFO 2022–2025; Oleksiy 2022–2025; Dreznica 2022–2025; Marta 2024–2025; Leonid 2022–2025).

Ebenso wurde das vom rechtsextremen Rechten Sektor geführte Ukrainische Freiwilligenkorps nach der russischen Invasion in die 67. Separate Mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte umgewandelt. Doch trotz seiner formalen Integration in das ukrainische Militär blieb Andrij Stempyzkyj, der Kommandeur des Ukrainischen Freiwilligenkorps, zunächst Kommandeur der Brigade. Später bezeichnete er diese 67. Brigade als Brigade des Ukrainischen Freiwilligenkorps (DUK) unter seinem Kommando und das DUK als Teil der Bewegung Rechter Sektor (Andrii, 2024).

Das Bratstvo-(Bruderschafts-)Bataillon wurde während des Russland-Ukraine-Kriegs auf der Grundlage der rechtsextremen Bratstvo-Partei und von Veteranen ihres St.-Marien-Bataillons organisiert, das sie die „christlichen Taliban" nannten (Khalel & Vickery, 2015). Die Mitglieder des Bratstvo-Bataillons wurden vom ukrainischen Militärgeheimdienst bei ihren Überfallmissionen in Russland und auf der von Russland annektierten Krim eingesetzt (Shoaib, 2023). Oleksij Seredjuk, „Borghese", der das St.-Marien-Bataillon befehligte, wurde Kommandeur des Bratstvo-(Bruderschafts-)Bataillons.

Dasselbe gilt für das Sitsch-Bataillon der rechtsextremen Swoboda und das von Swoboda befehligte Karpaten-Sitsch-Bataillon. Sie behielten nach der Integration in die Regierungsstreitkräfte ihre rechtsextremen Verbindungen zu Swoboda bei. Die deutsche Untersuchung des Nord-Stream-Anschlags identifizierte die Beteiligung eines Mitglieds von Sokil, der neonazistischen Jugendorganisation von Swoboda, das während des Anschlags in der ukrainischen Armee diente (Botnariuc et al., 2023).

Der Führer der neonazistischen C14 wurde stellvertretender Kommandeur des 14. Regiments für unbemannte Luftfahrtsysteme der Streitkräfte für unbemannte Systeme. Das Bataillon Nachtigall gehört zu diesem Regiment. Eines der Bataillone dieses Regiments wurde nach dem Bataillon Nachtigall benannt, das von der Abwehr des nationalsozialistischen Deutschlands und der Bandera-Fraktion der OUN unter dem Kommando von Roman Schuchewytsch organisiert wurde. Seine Mitglieder beteiligten sich nach der nationalsozialistischen Besetzung von Lwiw an einem Pogrom an Juden und massakrierten während der nationalsozialistischen Invasion der Sowjetunion 1941 Juden in Winnyzja (siehe Himka, 2011; Katchanovski, 2019). Der Kommandeur des heutigen Bataillons Nachtigall kämpfte während des Bürgerkriegs im Donbas im OUN-Bataillon und veröffentlichte auf seinem Telegram ein Plakat mit einem Foto der SS-Division Galizien und des Nazi-SS-Kommandeurs Himmler als Rekrutierungsanzeige für die ukrainischen Streitkräfte (Marta, 2024).

Das von Neonazis geführte Russische Freiwilligenkorps wurde während des Kriegs aus russischen Freiwilligen in der Ukraine organisiert. Diese Einheit, die vom ukrainischen Militärgeheimdienst unterstützt wurde, überfiel zwei Dörfer in der Region Belgorod in Russland nahe der Grenze zur Ukraine. Denis Kapustin, alias Denis Nikitin, ein russischer Neonazi, befehligte das Russische Freiwilligenkorps (Kilner, 2023).

Ein Offizier der Asow-Brigade organisierte 2024 in Lwiw eine Konferenz ukrainischer, russischer und anderer europäischer neonazistischer Organisationen in Lwiw in der Ukraine im Jahr 2024. An ihr nahmen Teilnehmer aus Asow-Brigaden, der Einheit Kraken, C14, dem vom Rechten Sektor geführten Ukrainischen Freiwilligenkorps und anderen von der extremen Rechten geführten Einheiten, dem Russischen Freiwilligenkorps, Wotanjugend, der deutschen Der Dritte Weg, dem italienischen Casa Pound und anderen neonazistischen und rechtsextremen Organisationen teil.

Es gab auch russische neonazistische und andere von der extremen Rechten geführte Einheiten, die für Russland kämpften. Sie waren jedoch viel kleiner als ihre Gegenstücke auf der anderen Seite der Frontlinie. Die kleine russische neonazistische Einheit Rusitsch war dem

Söldnerunternehmen Wagner angeschlossen. Die Spezialeinheit Rusitsch wurde von Alexei Miltschakow, einem russischen Neonazi, geführt. Dmitri Utkin, der militärische Kommandeur von Wagner, verwendete Nazi-SS-Symbole als seine Signatur und den Namen von Hitlers Lieblingskomponisten als seinen Kampfnamen, der zum Namen des Söldnerunternehmens Wagner wurde.

Dieses Söldnerunternehmen rekrutierte russische Gefangene und eroberte die Städte Popasna, Soledar und Bachmut im Donbas. Das Unternehmen Wagner wurde jedoch nach dem gescheiterten Meutereiversuch aufgelöst, der von seinem Eigentümer Jewgeni Prigoschin und Utkin angeführt wurde, die beide bald darauf bei der Explosion ihres Privatflugzeugs in Russland getötet wurden.

Weitere von der extremen Rechten geführte Einheiten, die für Russland kämpften, waren die Russische Kaiserliche Legion und Espanola. Die Russische Kaiserliche Legion war ein Arm der Russischen Kaiserlichen Bewegung. Die Einheit Espanola wurde von russischen Fußball-Ultras organisiert (Pigni, 2024).

Im Gegensatz zu den Behauptungen der russischen Regierung und der Medien, mit denen die russische Invasion gerechtfertigt wurde, sind Präsident Selenskyj, die ukrainische Regierung und das Militär nicht nationalsozialistisch oder neonazistisch. Selenskyj ist jüdischer Herkunft. Die ukrainische Regierung und das ukrainische Parlament umfassten zum Zeitpunkt der russischen Invasion und seither keine Neonazis.

Die Schätzung des Autors auf der Grundlage der Mitgliedschaft in neonazistischen Organisationen und in von Neonazis geführten Einheiten zeigt, dass Mitglieder neonazistischer Organisationen während des Kriegs etwa 1 % der ukrainischen Streitkräfte ausmachten. Die Mitglieder der rechtsextremen Organisationen wie Rechter Sektor, Bratstvo und UNSO machten ebenfalls etwa 1 % der ukrainischen Streitkräfte aus.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und Medien verfügt die extreme Rechte, einschließlich der Neonazis, über eine im Verhältnis zu ihrer Zahl überproportionale Macht. Ihre Macht war viel größer, als ihre Zahl vermuten lässt. Die neonazistischen und anderen rechtsextremen Organisationen führten während des Russland-Ukraine-Kriegs drei Brigaden und mindestens vier separate Bataillone an.

Wie erwähnt, ist Selenskyj kein Neonazi. Er machte das von Neonazis geführte Asow und dessen Kommandeure jedoch salonfähig, verherrlichte und beschwichtigte sie. Selenskyj ersetzte im Juni 2014 den Kommandeur der Vereinigten Kräfte der Ukraine, unmittelbar nachdem derselbe Stabschef der Asow-Brigade beim Staatlichen Ermittlungsbüro eine Erklärung eingereicht hatte, in der er seine Untersuchung forderte, insbesondere wegen „Zusammenarbeit mit Russland". (Oliynyk, 2024). Selenskyj besuchte die 3. Angriffsbrigade von Asow, traf und dankte ihrem Kommandeur Bilezkyj und lobte die Einheit Kraken auf Twitter (Volodymyr, 2023). Selenskyj verlieh Kommandeuren des Asow-Regiments, die sich während der Belagerung von Mariupol 2022 den russischen und separatistischen Kräften ergeben hatten, die Titel Held der Ukraine. Er

begrüßte Kommandeure des von Neonazis geführten Asow als Helden und brachte sie persönlich aus der Türkei in die Ukraine.

11.3 Die Salonfähigkeit der extremen Rechten während des Russland-Ukraine-Kriegs

Selenskyj verlieh einem Bataillon der ukrainischen Streitkräfte einen Ehrennamen zu Ehren des rechtsextremen OUN-Gründers Jewhen Konowalez (President, 2023). Dieses Bataillon wurde vom rechtsextremen UNSO organisiert. Die von Neonazis geführte Asow-Brigade benannte auch ihre Militärschule nach Konowalez. Selenskyj trägt außerdem Militärbekleidung im Militärstil einer Marke eines ukrainischen Unternehmens mit neonazistischen Verbindungen (Robeson, 2023). Er verwendete häufig den Gruß „Ruhm der Ukraine. Ruhm der Helden" (Slava Ukraini). Dieser Gruß, der 1941 von der OUN nach dem Vorbild ähnlicher Grüße der Nazi- und anderer Parteien gestaltet wurde und von rechtsextremen Parteien und Organisationen vor und nach dem Maidan 2014 verwendet wurde, wurde auch während des Russland-Ukraine-Kriegs sowie von der ukrainischen Armee und hohen Regierungsbeamten verwendet.

Dieser Gruß wurde nach der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 auch im Westen salonfähig. Er wurde von westlichen Regierungsvertretern und Politikern weit verbreitet verwendet, beispielsweise von Justin Trudeau und anderen Führern der G7-Staaten (siehe zum Beispiel CTV, 2024).

Sie übersahen die OUN-Ursprünge dieses Grußes. Nichtwissenschaftliche Quellen wie Wikipedia behaupteten fälschlich, „Ruhm der Ukraine! Ruhm der Helden!" und ähnliche Grüße hätten der Verwendung durch die Bandera-Fraktion der OUN und die UPA vorausgegangen und seien von einigen ukrainischen Militärformationen verwendet worden, nachdem die Ukraine 1918 ihre Unabhängigkeit vom Russischen Reich ausgerufen hatte (siehe Slava 2022–2025). Solche Behauptungen werden jedoch nicht durch Archiv- und andere dokumentarische Quellen bestätigt, und es gibt keine anderen zeitgenössischen Belege für die Verwendung des Grußes in dieser Form und als förmlicher Gruß und nicht nur als Wendung oder Parole „Ruhm der Ukraine". Diese Behauptungen stützen sich in erster Linie auf einen in den 1930er Jahren veröffentlichten Roman, also nachdem ähnliche Grüße von der NSDAP und anderen faschistischen und halbfaschistischen Parteien übernommen worden waren, und stammen von einem ukrainischen Flüchtling, der während des Zweiten Weltkriegs zum Nazi-Kollaborateur werden sollte. Archivdokumente und wissenschaftliche Studien zeigen, dass der Gruß „Ruhm der Ukraine! Ruhm der Helden!" zusammen mit einem faschistischen Handgruß von der OUN-B nach dem Vorbild ähnlicher Grüße und Salute anderer faschistischer und halbfaschistischer Parteien gestaltet wurde, wie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Deutschland, der Nationalen Faschistischen Partei in Italien und der Ustascha-Partei in Kroatien. Der OUN-B-Gruß, der auf ihrem Kongress im von Nazis besetzten Polen 1941 nach der Spaltung der OUN angenommen wurde, war eine modifizierte Form des Grußes, der von der OUN auf ihrem zweiten Kongress im faschistischen Italien im August 1939 angenommen worden war. Der offizielle Gruß der OUN verwendete „Ruhm dem Führer!" statt „Ruhm den Helden!" als Antwort

auf „Ruhm der Ukraine!" (siehe Katchanovski, 2014, 2015, 2020a, 2020b; Sprava 376; Rossolinski-Liebe, 2011; Rudling, 2011).

Im Gegensatz zu Anthony Rota, dem Sprecher des kanadischen Parlaments, und Justin Trudeau, dem kanadischen Premierminister, entschuldigte sich Selenskyj nicht dafür, während seines Besuchs 2023 im kanadischen Parlament einem Veteranen der SS-Division Galizien stehende Ovationen bereitet zu haben (siehe CTV, 2023; Ivan, 2023). Ein SD-Polizeibataillon und ein SS-Polizeiregiment, die anschließend in die SS-Division Galizien eingegliedert wurden, verübten Massenmorde an Polen, Juden und Ukrainern in der Ukraine und in Polen. Das 31. SD-Bataillon exekutierte etwa 100 Juden, Polen und Ukrainer in Pidhajzi bei Luzk, massakrierte Bewohner mehrerer polnischer Dörfer und beteiligte sich 1944 an der Niederschlagung des Warschauer Aufstands (siehe Katchanovski, 2019). Das SS-Polizeiregiment massakrierte nahezu 1000 polnische Zivilisten im Dorf Huta Penjazka in Galizien und beteiligte sich an weiteren Massakern an polnischen Zivilisten und an der Niederschlagung der antinationalsozialistischen Aufstände in der Slowakei und Jugoslawien (siehe Rudling, 2012).

Centuria, die Teil der neonazistischen Asow-Bewegung ist, und das von Neonazis geführte Bataillon Karpatska Sitsch verherrlichten die SS-Division Galizien ebenfalls zum 80. Jahrestag ihrer Gründung 1943. Mitglieder von Asow und verschiedener anderer von Neonazis und von der extremen Rechten geführter Einheiten tragen außerdem das Symbol der SS-Division Galizien, die von den Nazis aus Freiwilligen in Galizien geschaffen wurde.

Es gibt auch eine Salonfähigkeit der extremen Rechten, einschließlich offener Neonazis. Eine solche Salonfähigkeit betrifft nicht nur die Integration der von Neonazis und anderen Rechtsextremen geführten bewaffneten Formationen und der Mitglieder neonazistischer Organisationen in die Nationalgarde, das Militär, die Polizei und den Sicherheitsdienst der Ukraine, sondern auch die Salonfähigkeit rechtsextremer Symbole und Führer.

Dasselbe gilt für die Salonfähigkeit, Beschönigung und Verherrlichung der historischen rechtsextremen Organisationen und ihrer Führer wie der OUN, der UPA, Banderas und Schuchewytschs sowie ihrer Symbole wie des Grußes „Ruhm der Ukraine. Ruhm der Helden" (Slava Ukraini) und der rot-schwarzen Flagge der OUN und der UPA. Ihre Nazi-Kollaboration und ihre Beteiligung am Massenmord an Juden, Polen und Ukrainern wurden bestritten oder verschwiegen.

Beispielsweise wurde Walerij Saluschnyj, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, mit den Führern des Rechten Sektors Jarosch und Stempyzkyj sowie mit Porträts von Stepan Bandera und der rot-schwarzen Flagge der Bandera-Fraktion der OUN und der UPA fotografiert (Andrii, 2024). Sein Tweet, in dem er den Zweiten Weltkrieg erwähnte, enthielt ein Foto von Saluschnyj mit einem „Wiking"-Armband mit stilisiertem Hakenkreuz (Commander-in-Chief, 2022). Saluschnyj selbst ist jedoch kein Neonazi oder Rechtsextremer.

Zwei Gründer von NAFO, jeweils aus Polen und den Vereinigten Staaten, wurden als Neonazis identifiziert. Diese internationale Troll-Gruppe wurde während des Russland-Ukraine-Kriegs auf X (Twitter) aktiv. NAFO-Trolle beschönigten systematisch Asow, andere Neonazis in der Ukraine

und die Beteiligung der extremen Rechten an politischer Gewalt und Kriegsverbrechen (siehe Moss, 2022; Robeson, 2024a, 2024b).

Von Neonazis geführte Asow-Brigaden und andere von der extremen Rechten geführte bewaffnete Formationen können Selenskyj stürzen, wenn er einem Friedensabkommen zustimmen würde. Bilezkyj, der Führer der neonazistischen Asow-Bewegung, drohte Selenskyj zu Beginn des Kriegs für den Fall, dass er ein Friedensabkommen schließe. Dieser Führer der neonazistischen Partei Nationales Korps bezeichnete Selenskyj und dessen Partei Diener des Volkes als „Diener des russischen Volkes", bevor er Kommandeur der Asow-Angriffsbrigade wurde, nachdem Selenskyj nach der russischen Invasion Verhandlungen mit Russland angeboten hatte (Oleksiy, 2022). Der Stabschef der Asow-Brigade der Nationalgarde äußerte im Juni 2024 eine ähnliche Drohung, nachdem Selenskyj und andere ihre Bereitschaft bekundet hatten, zur Beendigung des Kriegs zu verhandeln:

> *Kein Frieden ohne Sieg. Es gibt nur einen Sieg – kein einziger russischer Soldat auf ukrainischem Territorium. Wir werden diesen Krieg nicht unseren Nachkommen hinterlassen, und ihr werdet es auch nicht, denn wenn ihr es versucht, wird es schlimm werden. Für euch und für sie. Wenn das eine Prüfung ist, denkt nicht einmal daran. Diskret geschrieben. (Taran, 2024)*

Der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson erklärte, „ukrainische Nationalisten könnten den Kompromiss nicht akzeptieren", um den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden. Da er erklärte, sie hätten 2019 einen Frieden, den Selenskyj während seiner Wahlkämpfe versprochen hatte, mit einem Veto belegt, bedeutet dies, dass Johnson sich auf die extreme Rechte bezieht, insbesondere auf die neonazistische Asow-Bewegung, die eine friedliche Beilegung des Kriegs im Donbas mit einem Veto belegte (Boris, 2025).

Ebenso sagte Oleksandr Mereschko, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des ukrainischen Parlaments von Selenskyjs Partei Diener des Volkes, Folgendes:

> *Es wird immer ein radikales Segment der ukrainischen Gesellschaft geben, das jede Verhandlung als Kapitulation bezeichnet. Die extreme Rechte in der Ukraine wächst. Der rechte Flügel ist eine Gefahr für die Demokratie. (Hall et al., 2024)*

Literaturverzeichnis

Andrii Biletsky: Rosiiany sterly svoi kadrovi chastyny v Ukrayini v nul. (2023, October 17). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/articles/2023/10/17/7424397

Andriy Stempitsky. (2024). Facebook. https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=6792963534146905&id=100002999784832&mibextid=qi2Omg

Birnbaum, M., S. O'Grady, & A. Horton. (2024, June 12). U.S. Lifts Weapons Ban on Ukrainian Military Unit. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/national-security/2024/06/10/azov-brigade-ukraine-us-weapons

Boris Johnson: "I Talked to Putin..." (2025, March 16). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=vxKy1r9quyE

Boris Johnson Praises Nazi Azov Battalion. (2024, May 23). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=_6g7i-4wswk

Botnariuc, L., & Others. (2023, August 26). Investigating the attack on Nord Stream: All the clues point toward Kyiv. Der Spiegel. https://www.spiegel.de/international/europe/investigating-the-attack-on-nord-stream-all-the-clues-point-toward-kyiv-a-124838c7-992a-4d0e-9894-942d4a665778

Clash with Neo-Nazis in Ukraine was inevitable, says Putin. (2022, 4 November). TASS. https://tass.com/politics/1532573.

Commander-in-Chief of the Armed Forces of Ukraine. (2022, October 6). X (Twitter). https://x.com/CinC_AFU/status/1578083916296192000?s=20

Congressional Record. (2024, June 27). https://www.congress.gov/118/crec/2024/06/27/170/108/CREC-2024-06-27.pdf

Cosh, A. (2024, January 4). NATO directorate warned Azov remained 'fanatics.' The Maple. https://www.readthemaple.com/nato-directorate-warned-ukraines-azov-remained-fanatics-photos-showed-recruits-with-canadian-made-rifles

CTV News. (2023, September 25). House Speaker Anthony Rota apologizes after inviting man who fought for Nazis to Parliament [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=Wvf1ZtEmw9M

CTV News. (2024, June 18). Trudeau Shouts "Glory to Ukraine" at Peace Summit. YouTube, www.youtube.com/watch?v=p0a0F4Til48

Dreznica goat (2022–2025). X (Twitter). https://x.com/Dreznicagoat/

Dreznica goat (2024). X (Twitter). https://x.com/Dreznicagoat/status/1831987879100178545

Golinkin, Lev. (2023, 13 June.). The Western Media Is Whitewashing the Azov Battalion. Nation. https://www.thenation.com/article/world/azov-battalion-neo-nazi/

Hahn, G. M. (2018). Ukraine over the edge: Russia, the West and the "New Cold War." McFarland Books.

Hall, B., Miller, C., & Foy, H. (2024, October 1). Ukraine faces its darkest hour. Financial Times. https://www.ft.com/content/2bb20587-9680-40f0-ac2d-5e7312486c75

Himka, J. P. (2011). The Lviv pogrom of 1941: The Germans, Ukrainian nationalists, and the carnival crowd. Canadian Slavonic Papers, 53(2–4), 209–243.

Ishchenko, V. (2016). Far right participation in the Ukrainian Maidan protests: An attempt of systematic estimation. European Politics and Society, 17 (4), 453–472.

Ishchenko, V. (2018a). Nationalist radicalization trends in post-Euromaidan Ukraine. Ponars Eurasia, Policy Memo 529. http://www.ponarseurasia.org/memo/nationalist-radicalization-trends-post-euromaidan-ukraine

Ishchenko, V. (2018b). Denial of the obvious: Far right in Maidan protests and their danger today. VoxUkraine. https://voxukraine.org/en/denial-of-the-obvious-far-right-in-maidan-protestsand-their-danger-today

Ivan Katchanovski. [I_Katchanovski]. (2022–2025). [Tweets]. X (Twitter). https://x.com/I_Katchanovski

Ivan Katchanovski. (2023, September 23). X. https://x.com/I_Katchanovski/status/1705739708683128836

Katchanovski, I. (2014). The politics of World War II in contemporary Ukraine. Journal of Slavic Military Studies, 27 (2), 210–233.

Katchanovski, I. (2015). Terrorists or national heroes? Politics and perceptions of the OUN and the UPA in Ukraine. Communist and Post-Communist Studies, 48(2–3).

Katchanovski, I. (2016a). The separatist war in Donbas: A violent break-up of Ukraine? European Politics and Society, 17 (4), 473–489.

Katchanovski, I. (2016b, September 1–4). The far right in Ukraine during the "Euromaidan" and the war in Donbas. Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, PA, United States. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2832203

Katchanovski, I. (2019). The OUN, the UPA, and the Nazi genocide in Ukraine. In P. Black, B. Rásky, & M. Windsperger (Eds.), Mittäterschaft in Osteuropa im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust / Collaboration in Eastern Europe during World War II and the Holocaust (pp. 67–93). New Academic Press.

Katchanovski, I. (2020a). The far right, the Euromaidan, and the Maidan massacre in Ukraine. Journal of Labor and Society, 23(1), 5–29.

Katchanovski, I. (2020b, September 10–13). Ethnic cleansing, genocide or Ukrainian-Polish war in Volhynia. Virtual Annual Meeting of the American Political Science Association.

Katchanovski, I. (2023b). The Maidan massacre trial and investigation revelations and their implications for the Ukraine-Russia war and relations. Russian Politics, 8(2), 181–205.

Katchanovski, I. (2023b). The "snipers' massacre" on the Maidan in Ukraine. Cogent Social Sciences, 9(2).

Katchanovski, I. (2024). The Maidan massacre in Ukraine: The mass killing that changed the world. Palgrave Macmillan.

Katchanovski, I. (2025). Who perpetrated the Maidan massacre? Who overthrew the Ukrainian government in 2014? A critique of Battleground Ukraine. Econ Journal Watch, 22(1). https://econjwatch.org/File+download/1340/KatchanovskiMar2025.pdf?mimetype=pdf

Katchanovski, I., & Abrahms, M. (2024). Far-right political violence in Ukraine: Assessment of the Donbas War and the Odesa massacre. Perspectives on Terrorism, 18(3), 90–113.

Khalel, S., & Vickery, M. (2015, April 15). 'Christian Taliban's' crusade on Ukraine's front lines. Al Jazeera. https://www.aljazeera.com/features/2015/4/15/christian-talibans-crusade-on-ukraines-front-lines

Kilner, J. (2023, March 4). The Russian neo-Nazi hooligan who led an anti-Putin militia across the border. The Telegraph. https://www.telegraph.co.uk/world-news/2023/03/04/russian-neo-nazi-hooligan-who-led-anti-putin-militia-across/

Leonid Ragozin, [leonidragozin]. (2022–2025). X (Twitter). https://x.com/leonidragozin/

Leonid Ragozin. (2023, September 24). X (Twitter). https://x.com/leonidragozin/status/1706274019580825676?s=20

Loyd, A. (2024, May 2). 'Nonsense': Heroes of Mariupol Denied US Weapons Over neo-Nazi Past. Times. https://www.thetimes.com/world/russia-ukraine-war/article/nonsense-heroes-of-mariupol-denied-us-weapons-over-neo-nazi-past-kwnr0r0pw

Marta Havryshko. (2024, August 8). Facebook. https://www.facebook.com/photo/?fbid=122171815868219118&set=a.122109970802219118

Marta Havryshko. (2024–2025). X(Twitter), https://x.com/HavryshkoMarta

Moss Robeson. (2022). X. https://threadreaderapp.com/thread/1581069641945784320

Moss Robeson. (2024, June 13). X (Twitter). https://x.com/mossrobeson__/status/1801415521608327584

Moss Robeson. [mossrobeson__]. (2022–2025). X (Twitter). https://x.com/mossrobeson__

Moss Robeson. (2025, February 22). X (Twitter). https://x.com/mossrobeson__/status/1893384797927432232

NAFO is PEPE 2.0 [lingerence]. (2022–2025). [Tweets]. X (Twitter). https://x.com/lingerence

Oleksiy Kuzmenko. [kooleksiy]. (2022, February 25). X (Twitter). https://x.com/kooleksiy/status/1497335619135152138?s=20

Oleksiy Kuzmenko. [kooleksiy]. (2022–2025). [Tweets]. X (Twitter). https://x.com/kooleksiy

Oliynyk, T. (2024, June 24). Zelenskyy replaces Ukrainian Joint Forces Commander Sodol with Brigadier General Hnatov. Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/06/24/7462380/

Pigni, G. (2024, February 5). Explainer: Which Russian far-right groups are fighting in Ukraine? The Moscow Times. https://www.themoscowtimes.com/2023/03/24/explainer-which-russian-far-right-groups-are-fighting-in-ukraine-a80543

President of Ukraine. (2023, October 1). U Den "zakhysnykiv i zakhysnyts" Ukrainy Prezydent vruchyv derzhavni nahorody ta vziav uchast u skladanni prysiahy viiskovymy liceistamy.

https://www.president.gov.ua/news/u-den-zahisnikiv-i-zahisnic-ukrayini-prezident-vruchiv-derzh-86009

Protz, A. (2025, March 14). Ukraine's 3rd Separate Assault Brigade reorganised into 3rd Army Corps. Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/03/14/7502925/

Robeson, M. (2024, September 6). How to make SpaghettiNazi. Bandera Lobby Blog. https://banderalobby.substack.com/p/how-to-make-spaghettinazi

Robeson, M. (2023, January 17). Zelensky branded by fascists? Medium. https://mossrobeson.medium.com/zelensky-branded-by-fascists-94a996d63193

Robeson, M. (2025). Winter 2025: Azov is Coming. Azov Lobby Blog. https://azovlobby.substack.com/p/winter-2025-azov-is-coming

Rossolinski-Liebe, G. (2011). Stepan Bandera: The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist: Fascism, Genocide and Cult. Ibidem-Verlag.

Rudling, P. A. (2011). The OUN, the UPA and the Holocaust: A study in the manufacturing of historical myths. Carl Beck Papers in Russian and East European Studies, 2107. Center for Russian and East European Studies, Pittsburgh University.

Rudling, P. A. (2012). 'They defended Ukraine': The 14. Waffen-Grenadier-Division der SS (Galizische Nr. 1) revisited. Journal of Slavic Military Studies, 25(3), 329–368.

Santora, M. (2023, December 24). He Was Ready to Die, but Not to Surrender. The New York Times https://www.nytimes.com/2023/12/24/world/europe/ukraine-mariupol-azpvstal.html

Shoaib, A. (2023, September 30). Elite Ukrainian commandos on jet skis conducted a daring raid on a Russian electronic warfare station in Crimea, report says. Business Insider. https://www.businessinsider.com/ukrainian-commandos-on-jet-skis-conducted-daring-crimea-mission-times-2023-9

Slava Ukraini. (2022–2025). Wikipedia. https://en.wikipedia.org/wiki/Slava_Ukraini

Sprava 376, Vol. 4, Fond 13. HAD SBU, Kyiv.

Taran, S. (2024, July 1). Viiskovi ne zhodni: Chomu bijci vystupaiut proty domovlenostej Ukrainy z RF. Focus. https://focus.ua/uk/eksklyuzivy/655194-viyskovi-proti-mozhlivih-peregovoriv-ukrajini-z-rosiyeyu

Tyr rune. (n.d.). Anti-Defamation League. https://www.adl.org/resources/hate-symbol/tyr-rune

Volodymyr Zelenskyy. (2023, October 20). X (Twitter). https://x.com/ZelenskyyUa/status/1715698527068705034?s=20

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen,

einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Kapitel 12: Der Russland-Ukraine-Krieg oder Frieden?

© Der/die Autor(en) 2026

I. Katchanovski, The Russia-Ukraine War and its Origins, Rethinking Political Violence, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3_12

12.1 Das Kriegsergebnis

Die ukrainischen und westlichen Regierungen und die Medien nannten diesen Krieg den Angriffskrieg, der seit der Invasion 2022 darauf abzielte, die gesamte Ukraine zu besetzen. Bis zum Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive im Sommer 2023 behaupteten die Regierungen und die Mainstream-Medien in der Ukraine und im Westen, die Ukraine gewinne den Krieg und werde den Krieg mit Russland gewinnen und ihre Kontrolle über alle Regionen einschließlich Donbas und Krim wiederherstellen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der US-Präsident Joe Biden und andere ukrainische und westliche Führungspersönlichkeiten sowie weitere Politiker, Medien, Kommentatoren und verschiedene Akademiker erklärten öffentlich, die Ukraine werde den Krieg gewinnen oder gewinne den Krieg mit Russland (Dupuis, 2024).

Beispielsweise erklärte Wolodymyr Selenskyj nach dem Verbot der Friedensverhandlungen mit Russland, die Ukraine werde die Kontrolle über das gesamte Territorium in den Grenzen von 1991 einschließlich Krim und Donbas wiederherstellen. Im September 2024 schlug er den Vereinigten Staaten den „Siegplan" vor (Zelenskyy 2024; Yaffa, 2024). Selenskyj und ein Großteil der ukrainischen Medien und viele westliche Führungspersönlichkeiten verbreiteten seit der gescheiterten Gegenoffensive weiterhin ein solches Narrativ, bis Donald Trump 2024 zum US-Präsidenten gewählt wurde und ein Ende des Krieges forderte. Kommentatoren aus parteinahen Denkfabriken verstärkten die Propaganda-Narrative über den Russland-Ukraine-Krieg und sein Ergebnis und widersetzten sich einer friedlichen Beilegung dieses Konflikts.

Einige Forscher gelangten zu ähnlichen Schlussfolgerungen (siehe beispielsweise Plokhy, 2023). Sie beruhten jedoch häufig auf einer unkritischen Berufung auf solche Regierungs- und Medienquellen.

Die Gelehrten, die öffentlich argumentierten, der Krieg hätte durch eine friedliche Beilegung des Konflikts vermieden oder verringert werden können und es habe keine reale Möglichkeit gegeben, dass die Ukraine Russland selbst mit Unterstützung westlicher Länder besiegt, waren

in der Minderheit. Neben dem Autor gehörten zu ihnen John Mearsheimer, Jeffrey Sachs, Richard Sakwa, Glenn Diesen und einige andere Gelehrte (siehe Katchanovski,). Im Gegensatz zum dominanten Narrativ sagte Katchanovski (2023a, 2023b) voraus, dass die ukrainische Gegenoffensive 2023 ihre erklärten Ziele nicht erreichen würde und dass die Fortsetzung des Krieges neben vielen weiteren Opfern und der Verwüstung der Ukraine zu einer schlechteren Position und schlechteren Bedingungen für die Ukraine im Falle eines etwaigen Friedensabkommens mit Russland führen würde.

Nach der gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive 2023 begannen viele westliche Politiker, Medien und Kommentatoren zu argumentieren, der Krieg habe einen Patt erreicht und könne in einem Unentschieden oder in einer besseren Position für die Ukraine im Falle eines Friedensabkommens mit Russland enden. Sie behaupteten, die Ukraine müsse weiterkämpfen, um bessere Bedingungen für ein etwaiges Friedensabkommen mit Russland zu erreichen, obwohl das militärische Kräfteverhältnis im Abnutzungskrieg gegen die Ukraine sprach.

Die Narrative der ukrainischen und westlichen Regierungen und der Medien, die Ukraine gewinne den Krieg mit Russland und könne Russland besiegen und die Kontrolle über alle von Russland annektierten Teile der Ukraine einschließlich Krim und Donbas zurückgewinnen, waren Propaganda und wurden durch den Krieg widerlegt. Dies war eine massive Torheit, die durch eine friedliche Beilegung des Konflikts hätte vermieden oder verringert werden können.

Oleksij Arestowytsch, der während der ersten Phase des Krieges als Berater des Präsidialamts von Selenskyj zum Hauptverfechter von Selenskyjs Narrativ über den Krieg wurde, gab später zu, dass er selbst die Ukrainer über den bevorstehenden ukrainischen Sieg und andere Schlüsselaspekte in die Irre geführt habe. Diese falschen Aussagen von ihm wurden damals jedoch von den ukrainischen und einem Großteil der westlichen Medien ungeprüft übernommen, obwohl sie ohne Beweise waren und in seinem und Selenskyjs Interesse lagen. Nachdem Arestowytsch seine Beraterposition und die Ukraine verlassen hatte, in den Vereinigten Staaten blieb und in der Ukraine mit Strafverfolgung konfrontiert war, wurden seine Geständnisse gegen sein eigenes Interesse zum Krieg und zum Friedensabkommen von denselben Medien nicht berichtet, obwohl sie durch verschiedene andere Quellen bestätigt wurden.

Die Analyse verschiedener Beweise sowie die Größe und der Einsatz der russischen Streitkräfte in der Ukraine legen nahe, dass die russischen Invasionspläne keine Besetzung oder Annexion der gesamten Ukraine, insbesondere der West- und Zentralukraine, vorsahen. Der US-Geheimdienst berichtete, dass Russland vor der Invasion 190.000 Soldaten in Russland und Belarus in der Nähe der Grenzen zur Ukraine zusammengezogen hatte. Die Größe der anfänglichen Invasionsstreitmacht wurde von Pentagon-Beamten auf 75 % dieser Streitmacht geschätzt (Wintour, 2022). Diese Größe der russischen Streitmacht war unzureichend, um die gesamte Ukraine zu besetzen und Kiew einzunehmen.

Das offenkundige anfängliche Ziel der russischen Invasion war ein Regimewechsel in der Ukraine oder die schnelle Erzwingung, dass die Regierung Selenskyj ein Friedensabkommen zu russischen Bedingungen akzeptierte. Putins Forderungen nach Neutralität, Entmilitarisierung

und Entnazifizierung der Ukraine und nach Anerkennung der separatistischen Republiken im Donbas in den Grenzen der Gebiete Donezk und Luhansk deuteten auf solche Invasionsziele hin. Dies wird durch andere Quellen bestätigt.

Die Verhandlungen über ein Friedensabkommen begannen nur wenige Tage nach der Invasion. Der Leiter der russischen Delegation bei dem ersten Treffen der Friedensverhandlungen in Belarus am 28. Februar 2022 forderte Berichten zufolge den Austausch von Selenskyj und seiner Regierung. Er „verlas eine lange Liste der Forderungen des Kremls", zu der „der Ersatz von Selenskyjs Verwaltung durch ein Marionettenregime, die Übergabe aller ihrer Panzer und Artillerie durch die ukrainischen Truppen, die Verhaftung und Aburteilung von ‚Nazis'… und die Wiedereinführung des Russischen als Amtssprache der Ukraine" gehörten (Trofimov, 2024). Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Russlands, Dmitri Medwedew, erklärte, das unerklärte Ziel der russischen Invasion sei der Regimewechsel in der Ukraine (Medvedev 2023).

Der anfängliche russische Vormarsch bis in die Nähe von Kiew ohne ausreichende militärische Kräfte, um es einzunehmen – es sei denn, es gab keinen nennenswerten Widerstand –, legt nahe, dass er in erster Linie nicht auf die Einnahme und Besetzung oder Annexion Kiews abzielte, sondern auf die Durchführung eines Regimewechsels oder die Erzwingung, dass die Regierung Selenskyj ein Friedensabkommen zu russischen Bedingungen unterzeichnete. Die Verhandlungen mit den Vertretern Selenskyjs, die innerhalb weniger Tage nach der Invasion in Belarus begannen, sind mit einem solchen Ziel vereinbar.

Im Gegensatz dazu fehlten für die Behauptungen, Russland habe geplant, Kiew in zwei oder drei Tagen einzunehmen, jegliche bestätigten Primärquellen. CIA-Direktor Bill Burns erklärte, ohne irgendwelche Beweise oder Quellen anzugeben, Putin habe geglaubt, er könne Kiew in zwei Tagen einnehmen (Epstein & Davis, 2022). Eine solche Aussage konnte jedoch auch in seinem eigenen Interesse gelegen haben. Mark Milley, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, sagte drei Wochen vor der russischen Invasion gegenüber Mitgliedern des US-Kongresses, Kiew könne innerhalb von 72 Stunden fallen (Heinrich & Sabes, 2022).

Die einzige reale Möglichkeit einer Einnahme Kiews durch die russischen Streitkräfte innerhalb von drei Tagen war das Fehlen jeglichen nennenswerten Widerstands der ukrainischen Streitkräfte, wie es bei der russischen Annexion der Krim 2014 der Fall war, oder dass Selenskyj und seine Regierung aus Kiew flohen oder gestürzt und durch eine prorussische Regierung ersetzt wurden. Ein solcher Eventualfall wurde von den russischen Führungskräften bei der Invasionsplanung wahrscheinlich ebenfalls in Betracht gezogen. Während die russischen Streitkräfte innerhalb weniger Tage nach der Invasion große Teile des Südens, des Ostens und des Nordens der Ukraine einnahmen, wobei die dortigen ukrainischen Streitkräfte nur begrenzten Widerstand leisteten, konzentrierte sich der Widerstand der ukrainischen Streitkräfte auf Kiew und andere Großstädte wie Charkiw und Mariupol, und Selenskyj und seine Regierung blieben in Kiew.

Ebenso wurden Aussagen von Selenskyj über ein Dutzend Attentatsversuche Russlands gegen ihn von den westlichen und ukrainischen Medien ungeprüft übernommen, entbehrten jedoch verlässlicher Beweise, und er und seine Beamten hatten ebenfalls ein eigenes Interesse daran.

Der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett erklärte, der russische Präsident habe ihm während seines Treffens mit Putin am 5. März 2022 als Vermittler bei den Friedensverhandlungen zugesichert, dass Russland Selenskyj nicht töten werde. Der frühere israelische Regierungschef sagte, unmittelbar nachdem er Selenskyj darüber informiert habe, habe der ukrainische Präsident den Bunker verlassen und erklärt, er habe keine Angst, in seinem Büro zu sein (Bennett 2023). Es gab keine russischen Raketenangriffe auf das Büro des Präsidenten oder andere genaue Orte während Selenskyjs Auftritten dort.

Dasselbe gilt für den Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem Gebiet um Kiew und der gesamten Nordukraine als Teil der Verhandlungen über ein Friedensabkommen. Die tägliche Analyse von Hunderten von Videos und Berichten zeigt, dass sich die russischen Streitkräfte im Frühjahr 2022 im Wesentlichen aus den Gebieten um Kiew und der Nordukraine weitgehend infolge der Friedensverhandlungen zurückzogen und dann im Herbst 2022 nach ukrainischen Gegenoffensiven aus dem dünn verteidigten Gebiet Charkiw und aus dem verwundbaren rechtsufrigen Gebiet Cherson. Solche Rückzüge wurden von Selenskyj und anderen ukrainischen und westlichen Politikern sowie vielen Militärexperten als Beweis dafür fehldargestellt, dass die Ukraine den Krieg gewinne und dass die Ukraine Krim und Donbas in einer neuen Gegenoffensive 2023 zurückerobern könne (Brennan, 2023). Russland führte jedoch im Herbst 2022 eine Teilmobilmachung durch, und die russischen Streitkräfte errichteten vor der ukrainischen Gegenoffensive befestigte Verteidigungslinien im Süden und zogen sich während der Gegenoffensive im Sommer 2023 der von westlichen Ländern ausgebildeten und mit westlichen Waffen ausgerüsteten ukrainischen Streitkräfte nicht zurück. Diese Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte scheiterte.

Die Darstellung der Ukrainer als seit der russischen Invasion nahezu einmütig die Kriegspolitik Selenskyjs unterstützend, sich jedem Friedensabkommen unterhalb einer russischen Niederlage widersetzend und bereit, gegen Russland bis zu dessen Niederlage und bis zur Rückeroberung von Krim und Donbas durch die Ukraine zu kämpfen, beruhte auf unzuverlässigen Meinungsumfragen, einem Rally-around-the-flag-Effekt und auf selektiven und nicht repräsentativen „ukrainischen Stimmen" in den westlichen Medien. Während des Krieges durchgeführte Umfragen zeigten bei diesen Fragen relativ gemischte Ergebnisse und blähten kriegsbefürwortende Haltungen aufgrund systematischer Verzerrungen erheblich auf.

Beispielsweise zeigten Umfragen des US National Democratic Institute in der Ukraine, dass 59 % der Befragten im Mai 2022 und 57 % im Mai 2024 Friedensverhandlungen mit Russland unterstützten. Im Vergleich dazu unterstützten 44 % der Befragten im August 2022, 29 % im Januar 2023, 33 % im Mai 2023 und 42 % im November 2023 solche Verhandlungen (NDI, 2024). Allerdings stimmte eine Minderheit der Befragten in den Umfragen territorialen Zugeständnissen als Teil eines Friedensabkommens zu. Beispielsweise unterstützten je nach Formulierung der Umfragefrage zwischen 34 % und nicht mehr als 10 % solche territorialen Zugeständnisse in einer Umfrage von 2024 (Toal, O'Loughlin & Bakke, 2024).

In der WSJ-NORC-Umfrage in der Ukraine im Juni 2022 erklärten 85 % der Befragten, Russland trage große oder einige Verantwortung für den andauernden Konflikt in der Ukraine. Allerdings

nannten 70 % die ukrainische Regierung als verantwortlich, während 58 % der in der Ukraine befragten Respondenten die Vereinigten Staaten für den Russland-Ukraine-Krieg verantwortlich machten, 55 % die NATO und 35 % die rechtsextreme Rechte der Ukraine (Wall, 2022). In einer VOX-Ukraine-Umfrage von 2023 stimmten 26 % der Befragten in der Ukraine und 29 % der in der EU und im Vereinigten Königreich befragten Ukrainer der Aussage zu, „Russland kämpft in der Ukraine gegen den Westen/die NATO". Und 25 % der Befragten in der Ukraine und 29 % im Ausland stimmten der Aussage zu, „Der Westen benutzt die Ukraine für seine eigenen Zwecke im Krieg gegen Russland" (Tropynina, 2023).

Umfragen in der Ukraine waren während des Krieges und während der Kriminalisierung politischer Abweichung durch die undemokratische Regierung Selenskyj unzuverlässig. Der Ausschluss der von Russland besetzten oder annektierten Teile des Ostens und des Südens mit etwa einem Fünftel der Bevölkerung der Ukraine vor 2014 von den Umfragen und die Auswanderung von 6,8 Millionen Ukrainern als Flüchtlinge in andere Länder (über 15 % der Vorkriegsbevölkerung) machten Umfragen während des Russland-Ukraine-Krieges unrepräsentativ für die gesamte ukrainische Bevölkerung, weil über ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung von den Umfragen ausgeschlossen war. Soziale (politische) Erwünschtheitsverzerrung und die Angst, während des Krieges Meinungen zu äußern, die die Politik der ukrainischen Regierung kritisieren, beeinträchtigten ebenfalls erheblich die Validität und Reliabilität der Umfragen während des Krieges, insbesondere bei politisch sensiblen Fragen zum Krieg. All diese Faktoren verzerrten die Umfragen erheblich in dieselbe Richtung. Solche Umfragen wurden während des Krieges zudem telefonisch durchgeführt, und Telefonumfragen galten beim KMIS schon vor dem Krieg als weniger zuverlässig als persönliche Umfragen (siehe Kapitel 7).

Ebenso erklärte Kost Bondarenko, ein bekannter ukrainischer Politikwissenschaftler, während des Krieges, er „traue den Umfragen, die heute durchgeführt werden, überhaupt nicht", „sie können nicht objektiv sein", und „die Umfragen, die jetzt veröffentlicht werden, können die tatsächlich bestehende Haltung nicht widerspiegeln" (Katastrofa, 2024). Wolodymyr Ischtschenko, ein führender ukrainischer politischer Soziologe, bemerkte zudem, dass „die Umfragen der Ukraine aus Kriegszeiten dazu benutzt wurden, die Wahrnehmung des Krieges zu manipulieren, vielleicht nicht weniger als die ‚Stimmen'", und dass ein von westlichen Wissenschaftlern in der Ukraine durchgeführtes Umfrageexperiment „zeigt, wie Nuancen in der Formulierung die Unterstützung für im Wesentlichen denselben sehr sensiblen Vorschlag erheblich verändern können", nämlich die Unterstützung für territoriale Zugeständnisse als Teil eines Friedensabkommens zur Beendigung des Krieges (Ishchenko, 2024).

Die nach der russischen Invasion verabschiedeten Gesetze stellten „die öffentliche Leugnung der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine; die öffentliche Leugnung der Errichtung und Bildung der vorübergehenden Besetzung eines Teils des Territoriums der Ukraine; öffentliche Aufrufe zur Unterstützung der Entscheidungen und/oder Handlungen des Aggressorstaates, der bewaffneten Formationen und/oder der Besatzungsverwaltung des Aggressorstaates; öffentliche Aufrufe zur Zusammenarbeit mit dem Aggressorstaat, den bewaffneten Formationen

und/oder der Besatzungsverwaltung des Aggressorstaates; öffentliche Aufrufe zur Nichtanerkennung der Ausdehnung der staatlichen Souveränität der Ukraine auf die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine" unter Strafe (ZAKON, 2022). Die öffentliche Leugnung der territorialen Integrität der Ukraine und die Unterstützung des Separatismus waren ebenfalls Straftaten. Die Kriminalisierung der Äußerung solcher Ansichten und anderer abweichender Ansichten zum Russland-Ukraine-Krieg machte die Menschen ängstlich davor, sie in Meinungsumfragen zu äußern. Telefonate, Gespräche zwischen Personen sowie Beiträge und „Likes" in sozialen Medien wurden als „öffentliche" Orte behandelt, und viele Menschen wurden wegen solcher Handlungen angeklagt und strafrechtlich verfolgt. Beispielsweise wurde eine Einwohnerin von Irpin in der Region Kiew über den Verdacht der „Leugnung der militärischen Aggression der Russischen Föderation" in Telefongesprächen informiert, weil sie Gewalt russischer Truppen gegen Zivilisten geleugnet hatte (Zhytelnitse, 2022). Eine Rentnerin wurde von einem Gericht in Lwiw zu vier Jahren Haft verurteilt, aber von der Verbüßung der Strafe mit einer dreijährigen Bewährungsfrist befreit, wegen eines einzigen „Likes" für einen Beitrag in einem sozialen Netzwerk, dem zufolge in der Ukraine Russen getötet würden, die „Opfer für die Zukunft Russlands" seien (Lazurkevych, 2024). Eine Bloggerin wurde von der Staatsanwaltschaft der Stadt Kiew angeklagt und ihr drohten fünf Jahre Haft, weil sie in ihrem TikTok-Video gesagt hatte, in der Ukraine finde ein hybrider Krieg statt, der beendet werden müsse (Strana, 2023). Einige der populärsten unpolitischen ukrainischen Blogger wurden, nachdem sie im Juli 2024 zur Beendigung des Krieges aufgerufen hatten, vom Sicherheitsdienst der Ukraine verhört, auf die Myrotvorets-Schwarze Liste der „Kriminellen" gesetzt und in Medien und sozialen Medien bedroht, und einer von ihnen musste aus der Ukraine nach Spanien fliehen (Kalnichenko, 2024; Kovalinska, 2024).

Während es zu diesem Zeitpunkt nahezu 0 % Freiwillige für den Eintritt in das ukrainische Militär gab, antworteten laut einer KIIS(KMIS)-Umfrage vom September 2025 63 % der ukrainischen Männer, darunter 60–64 % der Männer unter 60 Jahren, und 46 % der Frauen, sie seien persönlich bereit, „falls nötig oder falls sich die Lage entwickelt", „Teil der Verteidigungskräfte zu werden, um die Ukraine mit der Waffe in der Hand zu verteidigen" (Results, 2025). In den Umfragen des Instituts für Soziologie/KIIS sank der Prozentsatz der Ukrainer, die die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Ukraine als schlecht bezeichneten, von 58 % im November 2021 vor dem Russland-Ukraine-Krieg auf 28 % im Dezember 2022 – trotz eines BIP-Rückgangs von über 30 %, sprunghafter Arbeitslosigkeit und Inflation und massiver Stromausfälle wegen des Krieges. In der Umfrage vom Dezember 2022 gaben die Ukrainer an, sie müssten durchschnittlich etwa 14.200 Hrywnja (340 Dollar) pro Monat erhalten, um normal zu leben, verglichen mit 16.400 (630 Dollar) im November 2021 (Public, 2023). Solche unlogischen Umfrageergebnisse während des Krieges zeigen eine soziale Erwünschtheitsverzerrung.

Die Analyse verschiedener Quellen legt nahe, dass sich bald nach der russischen Invasion über 100.000 Ukrainer freiwillig der Territorialverteidigung und dem ukrainischen Militär anschlossen. Der Beitritt zur Territorialverteidigung war zu Beginn des Krieges jedoch auch ein Weg, der Mobilmachung zu entgehen.

Die Mobilmachung, einschließlich der Zwangsmobilmachung, war jedoch die Hauptquelle des Militärpersonals, insbesondere seit Beginn des Jahres 2023. Beispielsweise erklärte der Leiter des territorialen Rekrutierungszentrums in der Region Lwiw, der nationalistischsten Region der Ukraine, im Juni 2023, dass nur 20 % der Einberufenen für den Mobilmachungsplan in der Region Lwiw freiwillig zu den Militärkommissariaten kämen und die Hälfte dieser 20 % käme, um sich vertraglich zu verpflichten (Do, 2023).

Ein Entwurf des neuen Mobilmachungsgesetzes von 2024 sah vor, sogar Männer mit Behinderungen und ukrainische Staatsbürger im Ausland zu mobilisieren, und enthielt schwere Strafen für die Umgehung der Einberufung oder der Registrierung für den Militärdienst. Mehr als 1.500 Videos auf Telegram, X/Twitter und in den ukrainischen Medien, die der Autor untersuchte, zeigen den Einsatz von Gewalt durch Militär-Einberufungsbeamte, um Männer an verschiedenen Orten in der Ukraine zu mobilisieren, indem sie sie auf der Straße, in Geschäften, Bussen, Parks, an Arbeitsplätzen usw. packten. Zahlreiche westliche und ukrainische Medienberichte zeigen, dass die Männer, nachdem sie gewaltsam ergriffen wurden, zu militärischen Mobilmachungszentren gebracht, dort mit konfiszierten Mobiltelefonen tagelang gewaltsam festgehalten werden. Dann müssen sie eine medizinische Kommission ohne jegliche echte Untersuchung ihrer Gesundheit und Tauglichkeit durchlaufen, werden zu einer kurzen und unzureichenden militärischen Ausbildung geschickt und anschließend in den Krieg geschickt. Es gibt zahlreiche Videos und Berichte, dass sie während der Zwangsmobilmachung von den Militär-Einberufungsbeamten oft geschlagen, in einigen Fällen zu Tode geprügelt werden (siehe beispielsweise Conscription, 2024, Ivan, 2024; Khurshudyan, 2024; Lvivych, 2024a, 2024b; MacFarquhar, 2023; Polytsi, 2024; Strana, 2024a, 2024b). Der Begriff „Bussifizierung" wurde geprägt und während des Krieges in der Ukraine weithin verwendet, um eine solche Zwangsmobilmachung zu beschreiben.

Die Regierung Selenskyj verbot fast unmittelbar nach der russischen Invasion Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren die Ausreise aus der Ukraine, mit begrenzten Ausnahmen. Trotz des Verbots zeigten Eurostat-Daten jedoch, dass 650.000 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter in die EU-Länder, in die Schweiz, nach Liechtenstein und nach Norwegen flohen. Daten des deutschen Bundesministeriums des Innern zeigten, dass seit Kriegsbeginn 221.571 ukrainische Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren nach Deutschland gekommen sind und dass 189.484 Männer in Deutschland geblieben sind, und dass das Ministerium schätzte, dass sich weitere 100.000 ukrainische Männer illegal in Deutschland aufhielten (Eurostat-Zahlen, 2023).

Oleksij Arestowytsch sagte, 4,5 Millionen ukrainische Männer hätten es vermieden, zu den militärischen Rekrutierungszentren zu gehen, nicht einmal zur Mobilmachung, sondern zur Überprüfung ihrer persönlichen Daten. Er sagte, er habe dies erfahren, als er während des Krieges als Berater im Büro des Präsidenten der Ukraine arbeitete (UnHerd, 2024). Auf Grundlage der offiziellen Daten wurden in der Ukraine seit der russischen Invasion 2022 bis Ende August 2025 265.843 Strafverfahren wegen Desertion und unerlaubter Entfernung von der Truppe eröffnet, darunter 142.711 in den acht Monaten des Jahres 2025. Ukrainische Journalisten wie Wolodymyr Boiko berichteten, die tatsächliche Zahl der Deserteure sei viel

höher, da viele solcher Fälle von militärischen Kommandeuren nicht gemeldet und in vielen Fällen keine Strafverfahren eröffnet wurden (Zapysky, 2025).

Der Krieg hätte von Russland 2022 vermieden werden können, indem es die Invasion der Ukraine nicht begonnen hätte. Für Russland war es ein Krieg der Wahl. Der Krieg hätte auch von der ukrainischen Regierung und den Vereinigten Staaten, der NATO und der EU verhindert werden können, beispielsweise durch die Umsetzung der Minsker Abkommen und die Neutralität und EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Die Minsker Abkommen wurden infolge verdeckter russischer Militärinterventionen im Donbas im August 2014 und Januar–Februar 2015 unterzeichnet. Die ukrainische und die westlichen Regierungen setzten die Abkommen nicht um. Der ehemalige Präsident Petro Poroschenko, die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemalige französische Präsident François Hollande erklärten nach der russischen Invasion 2022, sie hätten die Minsker Abkommen unterzeichnet, um Zeit zu gewinnen und die ukrainischen Streitkräfte zu stärken (Merkel, 2022; Prouvost, 2022). Selenskyj gab ebenfalls zu, dass er nicht die Absicht hatte, die Minsker Abkommen umzusetzen.

Im Vergleich zur Ukraine verfügte Russland zudem über ein größeres militärisches Personalpotenzial. Die russische Bevölkerung war mehr als fünfmal so groß wie die Bevölkerung im von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet. Die Bevölkerung der Ukraine betrug Anfang 2014 45,4 Millionen (Esch et al., 2023). Sie sank jedoch nach berichteten Schätzungen der ukrainischen Regierung bis 2024 auf zwischen 25 und 27 Millionen, nach der Annexion von fast 20 % des Territoriums der Ukraine und dem Verlassen der Ukraine durch etwa 7 Millionen Ukrainer während des Russland-Ukraine-Krieges (Pancevski, 2024; Population 2014).

Russland verfügt im Gegensatz zur Ukraine zudem über Atomwaffen. Die Ukraine gab Anfang der 1990er Jahre Atomwaffen auf, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf ihrem Territorium verblieben waren, aber nicht vom ukrainischen Militär kontrolliert wurden. Das Budapester Memorandum, das die Ukraine mit den USA, dem Vereinigten Königreich und Russland als Teil einer Vereinbarung über die Aufgabe der Atomwaffen auf ihrem Territorium unterzeichnete, bot nur Sicherheitszusicherungen, aber keine bindenden Sicherheitsgarantien für den Fall einer Invasion der Ukraine, und war nicht rechtlich bindend.

Putin und andere russische Führungskräfte wie Medwedew deuteten während des Russland-Ukraine-Krieges an, Russland werde zum Einsatz von Atomwaffen greifen, wenn Russland mit einer Niederlage bedroht würde. Die russische Nukleardoktrin wurde im September 2024 offiziell geändert, um den Einsatz von Atomwaffen auf solche Fälle auszuweiten (Mao, 2024).

Dies bedeutete, dass die Chancen, den Krieg – insbesondere den Abnutzungskrieg – zu gewinnen, seit der russischen Invasion stark zugunsten Russlands gewichtet waren. Die Unsicherheit betraf das Ausmaß der Niederlage der Ukraine und des Verlusts ihres Territoriums, das nur durch eine friedliche Beilegung verringert werden konnte.

Nach der Amtseinführung Trumps als US-Präsident im Januar 2025 ist die Fortsetzung des Krieges für einige Zeit viel weniger wahrscheinlich als ein Friedensabkommen mit einer teilweisen Niederlage der Ukraine, aber nach wie vor möglich. Die Fortsetzung des Krieges

würde neben vielen weiteren Opfern und der Verwüstung der Ukraine dazu führen, dass die Ukraine mehr Territorium an Russland verliert, und zu einer schlechteren Position und schlechteren Bedingungen für die Ukraine im Falle eines Friedensabkommens mit Russland. Selbst mit der Unterstützung des Vereinigten Königreichs und der EU-Länder wie Frankreich und Deutschland wäre die Ukraine nicht in der Lage, den Krieg ohne die US-Lieferungen von Waffen, Aufklärungsdaten sowie wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung lange fortzusetzen. In einem solchen Fall kann die Ukraine mit der realen Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Front, einer vollständigen Niederlage und einer Kapitulation konfrontiert sein (siehe Katchanovski, 2022; 2025).

12.2 Der blockierte Istanbuler Friedensdeal im Frühjahr 2022

Selenskyj nahestehende ukrainische Beamte enthüllten laut ukrainischen Medien, dass der britische Premierminister Boris Johnson am 9. April 2022 Kiew besuchte, um ein Friedensabkommen mit Russland zu blockieren, nachdem die Delegation der ukrainischen Regierung bei den Friedensverhandlungen mit Russland in ihrem schriftlichen Friedensplanvorschlag der Neutralität der Ukraine, dem Verzicht auf Stützpunkte und Truppen ausländischer Staaten sowie auf Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zugestimmt hatte (Romaniuk, 2022). Ukrainska Pravda erklärte unter Berufung auf „Selenskyj nahestehende Quellen" ausdrücklich, dass „die Möglichkeit von Gesprächen zwischen Selenskyj und Putin zum Erliegen kam", nachdem Johnson zu Besuch gewesen war, und dass er eine Botschaft im Namen der westlichen Länder überbrachte, einschließlich der Weigerung, Garantien für das Friedensabkommen zu geben:

Boris Johnson, der in der Hauptstadt fast ohne Vorwarnung erschien, brachte zwei einfache Botschaften mit. Die erste ist, dass Putin ein Kriegsverbrecher sei, dass man Druck auf ihn ausüben und nicht mit ihm verhandeln solle. Und die zweite ist, dass sie selbst dann, wenn die Ukraine bereit sei, irgendwelche Abkommen über Garantien mit Putin zu unterzeichnen, dazu nicht bereit seien. Johnsons Position war, dass der kollektive Westen, der im Februar noch vorgeschlagen hatte, Selenskyj solle kapitulieren und fliehen, nun das Gefühl hatte, Putin sei nicht wirklich so mächtig, wie sie ihn sich zuvor vorgestellt hatten, und dass sich hier eine Chance biete, „Druck auf ihn auszuüben". Drei Tage, nachdem Johnson nach Großbritannien abgereist war, trat Putin öffentlich auf und sagte, die Gespräche mit der Ukraine „seien in eine Sackgasse geraten" (Romaniuk, 2022).

Naftali Bennett sagte außerdem, die Vereinigten Staaten und andere westliche Führungskräfte hätten das Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland blockiert, das er im März 2022 auf Bitten Selenskyjs als Ministerpräsident Israels mit Putin ausgehandelt hatte und das ihm zufolge eine etwa 50-prozentige Chance hatte, erreicht zu werden, weil sie „weiter auf Putin einschlagen" wollten. Bennett erklärte zu diesem Friedensabkommen und seiner Blockierung ausdrücklich, „alles, was ich tat, war bis ins letzte Detail mit den Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich abgestimmt... Sie blockierten es, und ich dachte, sie liegen falsch". Er sagte, nachdem Putin ihm während seines Treffens am 5. März 2022 versprochen habe, Selenskyj nicht zu töten, und die Forderung nach Entmilitarisierung der Ukraine fallen gelassen

habe, habe Selenskyj das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aufgegeben (Bennett 2023) (Abb. 12.1).



Abb. 12.1 *Treffen des ukrainischen Präsidenten Selenskyj mit dem britischen Premierminister Boris Johnson am 9. April 2022. https://www.flickr.com/photos/president_of_ukraine/51995264914/*

Dawyd Arachamija, der Leiter der Fraktion von Selenskyjs Partei im ukrainischen Parlament und Leiter der ukrainischen Delegation bei den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland, bestätigte unabhängig, dass das Friedensabkommen im Frühjahr 2022 hätte erreicht werden können, wenn die Ukraine der Neutralität zugestimmt hätte, und dass der britische Premierminister es blockierte. Arachamija sagte, Russland sei in einem solchen Fall bereit gewesen, den Krieg zu beenden, und die ukrainische Neutralität sei die wichtigste russische Bedingung gewesen. Er sagte außerdem, die westlichen Länder hätten alles über die Friedensverhandlungen gewusst und Selenskyj gesagt, das Friedensabkommen nicht zu unterzeichnen. Arachamija sagte ausdrücklich, der britische Premierminister Boris Johnson habe während seines Besuchs seinen ukrainischen Gesprächspartnern gesagt, weiterzukämpfen. Der Leiter der ukrainischen Delegation bei den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland erklärte Folgendes:

Sie [Russland] hofften wirklich bis fast zum letzten Moment, dass sie uns zwingen würden, ein solches Abkommen zu unterzeichnen, damit wir die Neutralität annehmen. Das war für sie das Wichtigste. Sie waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir der Neutralität zustimmten – wie Finnland es einst tat – und uns verpflichteten, der NATO nicht beizutreten. Tatsächlich war dies

der entscheidende Punkt... Als wir außerdem aus Istanbul zurückkehrten, kam Boris Johnson nach Kiew und sagte, wir würden mit ihnen überhaupt nichts unterzeichnen, und lasst uns einfach kämpfen (Moseichuk, 2023).

Mevlüt Çavuşoğlu, der Außenminister der Türkei, die die Friedensverhandlungen in Istanbul ausrichtete, sagte am 20. April 2022, die Türkei habe „nicht gedacht, dass der Russland-Ukraine-Krieg nach den Friedensverhandlungen in Istanbul so lange dauern würde", „aber nach dem Treffen der NATO-Außenminister entstand der Eindruck, dass... es innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten diejenigen gibt, die wollen, dass der Krieg weitergeht, dass der Krieg weitergeht und Russland schwächer wird" (Some, 2022).

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bestätigte 2024 die Beteiligung von Boris Johnson an der Blockierung des möglichen Friedensabkommens im Frühjahr 2022. Erdoğan bemerkte in seiner Antwort auf Putins Interview mit Tucker Carlson, in dem der russische Präsident die Aussage von Arachamija, dem Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, anführte:

In diesen Aussagen von Herrn Putin steckt Aufrichtigkeit, um es deutlich zu sagen. Wir haben in diesen Gesprächen, die wir den Istanbuler Prozess nennen wollen, alle aufrichtigen Schritte unternommen. Meine Ministerkollegen haben zu dieser Frage Gespräche mit der russischen Seite geführt. Wir arbeiteten ergebnisorientiert, aber irgendwie konnte kein Frieden hergestellt werden... Wir arbeiteten zusammen, bevor der ehemalige Premierminister Boris Johnson aus dem Vereinigten Königreich seine Hand von den Friedensbemühungen zurückzog; wir setzten unsere Bemühungen fort, aber ohne Erfolg (Presidential, 2024).

Gerhard Schröder, der ehemalige deutsche Regierungschef, machte 2023 eine ähnliche Aussage, die mit den zitierten Aussagen oder Andeutungen der drei ukrainischen Teilnehmer der Verhandlungen, Nulands, des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten und der türkischen Führung vereinbar ist:

Bei den Friedensverhandlungen in Istanbul im März 2022 mit Rustem Umerow stimmten die Ukrainer dem Frieden nicht zu, weil sie es nicht durften. Für alles, was sie besprachen, mussten sie zuerst die Amerikaner fragen. Ich hatte zwei Gespräche mit Umerow, dann ein Einzelgespräch mit Putin und danach mit Putins Gesandtem. Umerow eröffnete das Gespräch mit Grüßen von Selenskyj. Als Kompromiss für die Sicherheitsgarantien der Ukraine wurde das österreichische Modell oder das 5+1-Modell vorgeschlagen. Umerow fand das gut. Er zeigte sich auch bei den anderen Punkten kompromissbereit. Er sagte außerdem, die Ukraine wolle keine NATO-Mitgliedschaft. Er sagte auch, die Ukraine wolle das Russische im Donbas wieder einführen. Aber am Ende geschah nichts. Mein Eindruck war, dass nichts geschehen konnte, weil alles andere in Washington entschieden wurde. Das war fatal. Denn das Ergebnis wird nun sein, dass Russland enger an China gebunden wird, was der Westen nicht wollen sollte (Kurianowicz & Eichhorn, 2023).

In seinem Interview von 2024 erklärte der ehemalige deutsche Regierungschef, die ukrainische Seite sei bei der Entscheidung über das Friedensabkommen nicht völlig frei gewesen, weil sie

diesbezüglich die Vereinigten Staaten, den wichtigsten Unterstützer der Ukraine, und das Vereinigte Königreich fragen musste. Er sagte, die Friedensverhandlungen endeten, weil es „Probleme" mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich gegeben habe («Wir» 2024).

Schröder sagte, er sei es gewesen, der die Türkei als Ort der Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe («Wir» 2024). Er erklärte, er habe von der Ukraine die Bitte erhalten, „zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln" und „eine Botschaft an Putin zu übermitteln", und er habe sich mit Rustem Umerow getroffen, der „eine sehr enge Beziehung zum ukrainischen Präsidenten selbst" gehabt habe und 2023 Verteidigungsminister der Ukraine geworden sei, um zu besprechen, „wie der Krieg beendet werden kann" (Kurianowicz & Eichhorn, 2023). Ein Bericht der New York Times vom April 2022 bestätigte dies (Bennhold, 2022).

Victoria Nuland, die damals eine der hochrangigsten Beamtinnen des US-Außenministeriums war, erklärte in ihrem Interview im September 2024, das Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland, das im Frühjahr 2022 kurz vor dem Abschluss gestanden habe, „zerfallen" sei, weil die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und andere westliche Regierungen der Regierung Selenskyj „geraten" hätten, es sei kein „gutes Abkommen". Sie sagte Folgendes, als sie von dem russischen Oppositionsjournalisten Michail Sygar zu den Aussagen des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten und des Leiters der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen befragt wurde:

Aber relativ spät im Spiel begannen die Ukrainer, um Rat zu fragen, wohin die Sache führen sollte, und es wurde uns klar, den Briten klar, anderen klar, dass Putins Hauptbedingung in einem Anhang zu diesem Dokument vergraben war, an dem sie arbeiteten. Und er enthielt Beschränkungen hinsichtlich der genauen Arten von Waffensystemen, die die Ukraine nach dem Abkommen haben durfte, sodass die Ukraine im Grunde als Militärmacht entmannt würde. Und es gab keine vergleichbaren Beschränkungen für Russland. Russland musste sich nicht zurückziehen. Russland musste keine Pufferzone von der ukrainischen Grenze haben, musste nicht dieselben Beschränkungen für sein Militär gegenüber der Ukraine haben. Und so begannen Menschen innerhalb der Ukraine und Menschen außerhalb der Ukraine Fragen zu stellen, ob dies ein gutes Abkommen sei, und genau an diesem Punkt zerfiel es... . (Zygar, 2024)

Nuland bestätigte im Wesentlichen die Aussagen oder Andeutungen des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten, des Leiters und zweier Mitglieder der ukrainischen Delegation, der Selenskyj nahestehenden ukrainischen Beamten, des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers sowie des türkischen Präsidenten und Außenministers, dass die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich dieses Friedensabkommen blockierten, das kurz vor dem Abschluss stand. Mit der teilweisen Ausnahme von Gerhard Schröder, der in den Aufsichtsräten russischer Staatsunternehmen wie Nord Stream, Rosneft und Gazprom tätig war, waren alle diese Aussagen gegen das eigene Interesse. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und andere westliche Regierungen hatten die De-facto-Macht, ein solches Friedensabkommen zu blockieren, indem sie sich weigerten, seine Garanten zu sein, wie es in den Entwürfen des

Abkommens festgelegt war, und weil die Ukraine ein Klientelstaat der USA war, der stark von den Vereinigten Staaten und anderer westlicher militärischer, wirtschaftlicher und politischer Unterstützung abhängig war.

Arestowytsch, der Mitglied der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen im Frühjahr 2022 war, sagte nach dem Ausscheiden aus seiner Position als Berater Selenskyjs, dies sei der vorteilhafteste „Vertragsentwurf" gewesen, den die Ukraine hätte haben können. Er erklärte, die letzte Runde der Friedensverhandlungen in Istanbul sei eine „völlig erfolgreiche Verhandlung" gewesen, und die ukrainische Delegation habe danach sogar eine Flasche Champagner geöffnet. Arestowytsch sagte außerdem, „das Istanbuler Abkommen war ein Absichtsprotokoll und war vollständig/zu 90 % für ein direktes Treffen von Putin und Selenskyj vorbereitet". Selenskyj sagte ihnen, er könne die ungeklärte Frage der Größe der ukrainischen Streitkräfte in Friedenszeiten direkt mit Putin während ihres Treffens klären (UnHerd, 2024).

Arestowytsch erklärte, die Leiter der ukrainischen und der russischen Delegation hätten im Frühjahr 2022 einen Friedensplan unterzeichnet und es habe nur noch das Treffen von Selenskyj und Putin ausgestanden (Arestovych 2024a). Er sagte, der Leiter der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen habe Putin während der Verhandlungen häufig angerufen. Arestowytsch erklärte außerdem, er „wusste, dass es in zwei oder drei Wochen ein Treffen in Istanbul geben würde, und es sollte den Krieg gänzlich beenden. Und dann das Treffen zwischen Selenskyj und Putin. All dies war entschieden, es gab einen Kalender... Ich kannte den Kalender der Istanbuler Treffen genau, alles bewegte sich auf eine Versöhnung zu" (Arestovych 2024b). Er führte aus, die russischen Vertreter hätten die Gespräche am ersten Tag der Invasion angeboten, die Istanbuler Vereinbarungen seien „vollständig akzeptabel" gewesen, und ein Treffen zwischen Selenskyj und Putin sei für den 9. April 2022 vorgesehen gewesen. Der ehemalige Berater Selenskyjs und Mitglied der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen erklärte, die Verhandlungen seien beendet worden, weil der Westen beschlossen habe, die Ukraine als Falle zu benutzen, um Putins Russland zu bekämpfen (Arestovych 2024c).

Der russische Präsident Putin machte ähnliche Aussagen zum Friedensabkommen. Er sagte außerdem, das Friedensabkommen sei eingeleitet oder unterzeichnet worden: „In Istanbul haben sie sich auf alles verständigt... Darüber hinaus hat der Leiter der Verhandlungsgruppe aus der Ukraine sogar seine Unterschrift darunter gesetzt. Die Unterschrift ist da, wir haben das Dokument" (Putin 2024). Putin machte zusammen mit dem Leiter der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen und dem russischen Außenminister Sergei Lawrow auch die Vereinigten Staaten und den Westen für die Blockierung dieses Friedensabkommens verantwortlich (Vladimir, 2023).

Alexei Wenediktow, der gut vernetzte ehemalige Chefredakteur des prowestlichen Radiosenders Echo Moskwy, der nach der russischen Invasion der Ukraine verboten wurde, bestätigte mit Blick auf Nulands Eingeständnis im September 2024, dass der Friedensvertrag „bereits vom Leiter der ukrainischen Delegation paraphiert worden war", und sagte, „er habe diese Unterschrift gesehen" (Bez, 2024).

Der ukrainische Botschafter Oleksandr Tschalyj, der an den Friedensverhandlungen mit Russland im Frühjahr 2022 teilnahm, erklärte, „wir haben" das „Istanbuler Kommuniqué" „abgeschlossen" und „waren im… April sehr nahe daran, unseren Krieg mit einer friedlichen Regelung zu beenden". Er sagte, Putin habe „alles Mögliche versucht, um eine Vereinbarung mit der Ukraine zu schließen". Er bemerkte, es sei Putins „persönliche Entscheidung gewesen, den Text dieses Kommuniqués anzunehmen" (Geneva, 2023).

Tschalyj (2023) erklärte außerdem Folgendes zum Ende der Friedensverhandlungen:

Mitte April 2022, nachdem die ganze Welt von den massiven Kriegsverbrechen der russischen Armee in Butscha, Irpin und Borodjanka erfahren hatte, erklärten die Führungskräfte der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, es sei für ihre Staaten unannehmbar, zusammen mit der Russischen Föderation an dem multilateralen Vertrag über Sicherheitsgarantien für die Ukraine teilzunehmen. Gleichzeitig versicherten sie, sie seien bereit, der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben – unabhängig oder in einem multilateralen Format ohne Beteiligung der Russischen Föderation. In dieser Situation, als die Gewährung gemeinsamer Sicherheitsgarantien an die Ukraine durch alle fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates grundlegend unmöglich wurde, wurden die entsprechenden Verhandlungen mit der Russischen Föderation abgebrochen.

Tschalyj (2023) bemerkte jedoch Folgendes, was mit der Weigerung der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Deutschlands und anderer NATO-Mitglieder übereinstimmte, der Ukraine NATO-artige Garantien zu geben oder die Ukraine während des Krieges in der Ukraine in die NATO aufzunehmen, um einen direkten Krieg zwischen der NATO und Russland zu vermeiden:

So führte die Ukraine unmittelbar Ende April – Anfang Mai 2022 eine Reihe von Konsultationen in multilateralem Format mit hochrangigen Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands durch und legte ihnen einen Entwurf eines „Vertrags über Garantien der Sicherheit der Ukraine" zur Prüfung vor, in dem der Mechanismus zur Gewährung von Sicherheitsgarantien an die Ukraine ähnlich wie Artikel 5 der NATO-Charta geregelt war. Ihre Reaktion auf die ukrainischen Vorschläge war äußerst vorsichtig und zurückhaltend. Es wurde offensichtlich, dass sie nicht bereit waren, der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben, die inhaltlich nahe an Artikel 5 der NATO lagen, der „den Einsatz bewaffneter Gewalt zur Wiederherstellung und Wahrung der Sicherheit der Ukraine" umfassen und in einem internationalen multilateralen Vertrag verankert werden sollte.

Selenskyj erklärte vor der letzten Runde der Istanbuler Friedensverhandlungen, „Sicherheitsgarantien und Neutralität, den atomwaffenfreien Status unseres Staates – wir sind bereit, dies mitzutragen", und sagte, das Friedensabkommen sowie sein Treffen mit Putin könnten den Krieg beenden. Er sagte, die Ukraine könne ihre Neutralität erklären und „Russland Sicherheitsgarantien anbieten, um ‚ohne Verzögerung' Frieden zu sichern" (Ukraine's, 2022). Seine Aussage steht im Einklang mit dem Text des von der ukrainischen Delegation vorgeschlagenen Friedensplanumrisses und mit Aussagen über die Verhandlungen von 12

weiteren Quellen, die entweder an den Friedensverhandlungen teilnahmen oder Zugang zu Informationen darüber hatten.

Johnson (2024) bestritt in seinen Memoiren seine Beteiligung an der Blockierung des Friedensabkommens, das im Frühjahr 2024 kurz vor dem Abschluss stand. Seine Leugnung wird jedoch durch Aussagen, Andeutungen oder De-facto-Eingeständnisse gegen das eigene Interesse, dass er oder die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich einen solchen Deal blockierten, von Nuland, dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten, dem Leiter und zwei Mitgliedern der ukrainischen Delegation bei den Istanbuler Friedensverhandlungen, Selenskyj nahestehenden ukrainischen Beamten sowie dem türkischen Präsidenten und Außenminister widerlegt. Dies widerspricht auch einer Aussage einer hochrangigen Quelle der britischen Regierung in der Times vom 31. März 2022, die Regierung Johnson habe die Ukraine „gedrängt", nicht „zurückzuweichen", indem sie ein solches Friedensabkommen zu den in Istanbul ausgehandelten Bedingungen akzeptiere, und der britische Premierminister habe Selenskyj in einem Telefonat „gewarnt" (Swinford et al., 2022).

Das „Istanbuler Kommuniqué" war der von der Ukraine während der Verhandlungen schriftlich vorgeschlagene 10-Punkte-Plan, der von den Parteien „vorab vereinbart" wurde als „Grundlage für eine Verhandlungslösung" (Fischer, 2022). Er enthielt den Vorschlag der Ukraine, „sich selbst zum neutralen Staat zu erklären und zu versprechen, keinem Bündnis beizutreten und keine Atomwaffen zu entwickeln – im Austausch gegen völkerrechtliche Garantien", die „sich nicht auf die Krim, Sewastopol oder bestimmte Gebiete des Donbas erstrecken" würden. Er legte fest, dass „mögliche Garantiemächte Russland, Großbritannien, China, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel umfassen, und weitere Staaten wären ebenfalls willkommen, dem Vertrag beizutreten". Der ukrainische Friedensplan erklärte, „die Ukraine gelobt, keinem Militärbündnis beizutreten und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente zu beherbergen", und „internationale Militärübungen wären nur mit Zustimmung der Garantiemächte möglich". Im Gegenzug „bestätigen die Garanten ihre Absicht, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union zu fördern" (Rustamova, 2022; Troianovski et al., 2024).

Der vorgeschlagene Vereinbarungsplan legte außerdem fest, dass „der Wunsch der Parteien, Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol zu lösen, für einen Zeitraum von 15 Jahren bilateralen Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland überlassen wird". Die Ukraine und Russland verpflichten sich außerdem, diese Fragen nicht mit militärischen Mitteln zu lösen und die Bemühungen um eine diplomatische Lösung fortzusetzen." „Der Vertrag" sollte „ab dem Datum seiner Unterzeichnung durch die Ukraine und alle oder die meisten Garantiemächte vorläufig Anwendung finden", und er sollte in Kraft treten, „nachdem (1) der dauerhaft neutrale Status der Ukraine in einem landesweiten Referendum gebilligt wurde, (2) die entsprechenden Änderungen in der Verfassung der Ukraine eingeführt wurden und (3) die Ratifizierung in den Parlamenten der Ukraine und der Garantiemächte erfolgt ist". Der abschließende ukrainische Vorschlag erklärte, „die Parteien halten es für möglich, ein Treffen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands abzuhalten, um einen Vertrag zu

unterzeichnen und/oder politische Entscheidungen zu anderen verbleibenden ungelösten Fragen zu treffen" (Rustamova, 2022; Troianovski et al., 2024).

Fiona Hill, die ehemalige stellvertretende Beraterin des US-Präsidenten und Senior Director für Europa- und Russlandangelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat, und Angela Stent, die ehemalige US-Beamtin, die im National Intelligence Council und im Außenministerium für Russland und die Ukraine zuständig war, sowie mehrere ehemalige hochrangige US-Beamte, auf die sie sich bezogen, bestätigten ebenfalls eine solche Rahmenvereinbarung für ein Friedensabkommen: „Nach Angaben mehrerer ehemaliger hochrangiger US-Beamter, mit denen wir sprachen, schienen sich die russischen und ukrainischen Unterhändler im April 2022 vorläufig auf die Grundzüge einer ausgehandelten Übergangsregelung verständigt zu haben: Russland würde sich auf seine Position vom 23. Februar zurückziehen, als es einen Teil der Region Donbas und die gesamte Krim kontrollierte, und im Gegenzug würde die Ukraine versprechen, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, und stattdessen Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern erhalten" (Hill & Stent, 2022).

Es gibt überwältigende Beweise für eine solche Rahmenvereinbarung für ein Friedensabkommen. Sie wurde unabhängig bestätigt vom Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, von Selenskyj nahestehenden Beamten, vom ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten, vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler, von der stellvertretenden Leiterin des US-Außenministeriums, vom türkischen Außenminister, vom russischen Präsidenten, vom Leiter der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, vom russischen Außenminister, von den mehreren ehemaligen hochrangigen US-Beamten, vom ehemaligen Berater Selenskyjs und vom ukrainischen Botschafter, die alle an den Friedensverhandlungen teilnahmen oder Insiderwissen darüber hatten. Die ersten neun dieser Quellen aus der Ukraine, Israel, den Vereinigten Staaten, Deutschland, der Türkei und Russland erklärten oder deuteten unabhängig voneinander entweder ausdrücklich an, dass das Friedensabkommen von den Vereinigten Staaten und/oder dem Vereinigten Königreich blockiert wurde. Die Beweise dafür sind überwältigend.

Die westlichen Regierungen und die Mainstream-Medien berichteten – mit wenigen Ausnahmen – nicht über Quellen, denen zufolge ein Friedensabkommen kurz vor dem Abschluss stand, aber vom Westen blockiert wurde, oder stritten sie ab, obwohl die Tweets des Autors mit zitierten und angeführten Aussagen verschiedener der oben genannten Quellen auf Twitter mit über 30.000.000 Aufrufen viral gingen (siehe zum Beispiel Ivan (). Sie wurden von den Medien nicht berichtet, selbst nicht nach Aussagen von Robert Fico, dem Regierungschef eines EU- und NATO-Landes, der die illegale russische Invasion der Ukraine verurteilte, aber eine friedliche Beilegung dieses Konflikts unterstützte, und des US-Senators JD Vance, der später US-Vizepräsident wurde.

Robert Fico, der Ministerpräsident der Slowakei, erklärte öffentlich, der Westen habe im Frühjahr 2022 ein Friedensabkommen zur Beendigung des Ukraine-Krieges blockiert und die Ukraine in einer gescheiterten Strategie für einen Stellvertreterkrieg mit Russland benutzt:

Es ist erwiesen, dass der Westen gleich zu Beginn des Krieges in der Ukraine 2022 bei mindestens zwei sehr vielversprechenden Gelegenheiten den Ukrainern nicht erlaubte, einen

Waffenstillstand zu fairen Bedingungen zu schließen. Denn es wurde bereits eine schmerzhaft falsche Entscheidung getroffen. Der Westen wird Russlands Verletzung des Völkerrechts ausnutzen, die Ukraine mit Bergen von Waffen und Milliarden von Dollar versorgen, Russland mit massiven Sanktionen belasten, Russlands wichtigste Einnahmen aus Bodenschätzen angreifen und von einem ukrainischen Soldaten – bis zum letzten – erwarten, ihm den Kopf eines russischen Bären auf einem Tablett zu bringen in Gestalt eines militärisch erschöpften, wirtschaftlich ruinierten, international isolierten und innerlich untergrabenen Russlands. Dies war und ist leider immer noch eine westliche Strategie, von der ich offen im In- und Ausland sage, dass sie nicht funktioniert, dass sie gescheitert ist (Fico 2024).

Vance machte eine ähnliche Aussage:

Tatsächlich gab es, wie mehrere Personen – sowohl Kritiker Wladimir Putins als auch Unterstützer der Ukraine – dargelegt haben, vor etwa 18 Monaten ein Friedensabkommen auf dem Tisch. Und was geschah damit? Die Biden-Administration drängte Selenskyj, das Friedensabkommen beiseitezulassen und eine desaströse Gegenoffensive zu beginnen, eine Gegenoffensive, die Tausende, Zehntausende Ukrainer tötete, den militärischen Bestand eines Jahrzehnts erschöpfte und uns dort zurückließ, wo wir jetzt sind, wo jeder Beobachter des Krieges anerkennt, dass der Krieg für die Ukraine schlechter ist als vor 18 Monaten. Hätten wir ihn vermeiden können? Ja, wir hätten ihn vermeiden können und sollen. Wir hätten viele Leben und amerikanische Waffen gespart, und wir hätten dieses Land an einem besseren und stabileren Ort, wenn wir es getan hätten (C-SPAN, 2024).

Erst im Juni 2024 veröffentlichte die New York Times Entwürfe des Friedensabkommens vom 17. März und 15. April 2022 sowie das Istanbuler Kommuniqué. Der Entwurf des Friedensabkommens vom 15. April enthielt einen solchen Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine mit Ausnahme der Krim und des Donbas. Er enthielt auch Meinungsverschiedenheiten sowohl der ukrainischen als auch der russischen Delegation, insbesondere hinsichtlich der Garantieländer des Abkommens und der Größe des ukrainischen Militärs. Dieser Entwurf war einer von zahlreichen Entwürfen und wurde ausgegeben, nachdem das Friedensabkommen nach dem Besuch des britischen Premierministers am 9. April bereits de facto aufgegeben worden war (Troianovski et al., 2024).

Der Rückzug der russischen Streitkräfte aus den Gebieten um Kiew und aus der gesamten Nordukraine Anfang April 2022 steht im Einklang mit diesem Rahmenabkommen, das den Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem besetzten Territorium der Ukraine mit Ausnahme der Krim und des Donbas vorsah. Die russische Delegation kündigte einen solchen Rückzug unmittelbar nach der letzten Runde der Friedensverhandlungen in Istanbul als „Geste des guten Willens" an. Arachamija, der Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, schien unabhängig zu bestätigen, dass Russland seine Streitkräfte aus dem Gebiet um Kiew und anderen großen Gebieten der Nordukraine als Teil der Verhandlungen über ein Friedensabkommen zurückzog. Er bewertete die Ergebnisse der Friedensverhandlungen mit 8 von 10 und sagte, „wir haben es so eingerichtet, dass sie gingen" (Moseichuk, 2023). Putin erklärte außerdem, in Istanbul habe man „uns nur gesagt, dass wir ein Zeichen dafür zeigen

müssten, dass Russland wirklich beabsichtigt, diese Fragen friedlich zu lösen, dass wir Truppen aus Kiew abziehen müssen, was wir getan haben" (Putin 2024).

Die westlichen und ukrainischen Regierungen und die Medien behaupteten außerdem, die Verhandlungen seien wegen des Massakers von Butscha beendet worden und die russischen Streitkräfte hätten das Gebiet bei Kiew infolge der militärischen Niederlage verlassen (Trofimov, 2024). Victoria Nuland erwähnte jedoch die russischen Kriegsverbrechen in Butscha überhaupt nicht als Grund dafür, dass das Friedensabkommen „scheiterte" (Zygar, 2024). Die verschiedenen Beweise, wie ihr Interview und der auf den 15. April 2022 datierte Entwurf des Friedensabkommens, zeigen, dass die Friedensverhandlungen wochenlang online fortgesetzt wurden, nachdem die russischen Kriegsverbrechen in Butscha publik gemacht und aufgebauscht worden waren. Wie erwähnt, stoppte der Widerstand der ukrainischen Streitkräfte den russischen Vormarsch bei Kiew weitgehend, doch die russischen Streitkräfte wurden dort nicht besiegt.

Selenskyj gab das Friedensabkommen unmittelbar nach dem Besuch des britischen Premierministers am 9. April 2022 auf und nicht nach den Enthüllungen über die russischen Kriegsverbrechen in Butscha einige Tage zuvor. Selenskyj erklärte nach seinem Besuch in Butscha am 4. April ausdrücklich seine Bereitschaft, die Verhandlungen mit Russland fortzusetzen (Strana, 2022). Er erklärte in seinem indischen Fernsehinterview am 7. April 2022: „Wir sind bereit, Verhandlungen mit dem Präsidenten der Russischen Föderation zu führen, so schwierig es nach Butscha auch sein mag..." Er sagte, er „sei bereit, sich mit Putin zu treffen, und je schneller wir uns träfen, desto geringer wäre die Zahl der Opfer auf beiden Seiten" (Republic, 2022). Selenskyj bekräftigte in seinem Interview mit Associated Press am 9. April 2022, dass er trotz vieler ziviler Opfer in Butscha und am Bahnhof von Kramatorsk „entschlossen sei, auf Frieden zu drängen", „wir wollen keine Gelegenheiten für eine diplomatische Lösung verlieren, wenn wir sie haben", und dass „er zuversichtlich sei, die Ukrainer würden den Frieden akzeptieren trotz der Gräuel, die sie in dem mehr als sechswöchigen Krieg miterlebt haben" (Chernov & Schreck, 2022). Teilnehmer der Friedensverhandlungen bestätigten, dass die Verhandlungen danach im April online fortgesetzt wurden (Troianovski et al., 2024). Der ehemalige Berater Selenskyjs und Mitglied der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen erklärte, Butscha sei nicht die Grundlage für die Einstellung der Verhandlungen gewesen, weil sie danach im April fortgesetzt wurden (Arestovych 2024c).

Doch unmittelbar nach dem Besuch von Boris Johnson vollzogen Selenskyj und andere hochrangige Regierungsbeamte der Ukraine eine vollständige Kehrtwende und lehnten das Friedensabkommen ab. Selenskyj und der Verteidigungsminister der Ukraine erklärten, der Krieg werde nur mit der Rückeroberung des gesamten verlorenen Territoriums der Ukraine enden, d. h. nicht nur der während der russischen Invasion besetzten Gebiete, sondern auch des von Separatisten kontrollierten Donbas und der von Russland annektierten Krim, und ein solches Ergebnis würde den ukrainischen Sieg darstellen. Diese politische Kehrtwende geschah, obwohl die Chancen auf ein solches Ergebnis wegen des russischen militärischen Vorteils gegenüber der Ukraine bei Waffen und Personal nahe null blieben.

Viele westliche und ukrainische hochrangige Beamte, Politiker, Journalisten, Kommentatoren und verschiedene Akademiker argumentierten in nichtwissenschaftlichen Publikationen, jedes Friedensabkommen zur Beendigung des Krieges unterhalb einer russischen Niederlage sei entweder unrealistisch oder Russland könne die Ukraine erneut überfallen. Sie nannten ein solches Friedensabkommen oft Beschwichtigung und setzten es mit dem Münchner Abkommen gleich, das der britische Premierminister Neville Chamberlain 1938 mit Nazi-Deutschland und Italien unterzeichnete. Der Russland-Ukraine-Krieg ist jedoch nicht mit dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar. Er ist am ehesten mit anderen modernen Kriegen vergleichbar, wie dem Russland-Georgien-Krieg, dem Irakkrieg und dem Kosovo-Krieg.

Die Istanbuler Friedensverhandlungen zeigten, dass ein solches Abkommen eine reale Möglichkeit war. Das von der EU vermittelte Waffenstillstandsabkommen, das 2008 den Krieg zwischen Georgien und Russland mit einem Rückzug der russischen Streitkräfte aus Georgien mit Ausnahme Südossetiens und Abchasiens beendete, deren Unabhängigkeit damals von Russland, aber nicht von der absoluten Mehrheit der anderen Länder anerkannt wurde, zeigte ebenfalls, dass ein dauerhaftes Friedensabkommen zur Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges eine reale Möglichkeit war.

Die Analyse zeigt, dass ein Friedensabkommen sowohl vor als auch nach der russischen Invasion im Februar 2022 die beste Option für die Ukraine insgesamt war, da die Chancen, dass die Ukraine Russland besiegt, wegen des erwähnten russischen militärischen Vorteils in verschiedenen Schlüsselbereichen nahe null lagen. Eine solche friedliche Beilegung des Konflikts hätte verheerende Folgen des Krieges für die Ukraine vermeiden oder verringern können, insbesondere eine große Zahl von Opfern, den Verlust von Territorien, die Zerstörung der Energieerzeugung und erhebliche wirtschaftliche Verluste. Je länger der Krieg andauert, desto schlechter wären die Bedingungen eines etwaigen Friedensabkommens für die Ukraine.

Das Narrativ, die Ukraine werde Russland besiegen, war Kriegspropaganda und eine große Torheit für die Ukraine und den Westen. US-Beamte gaben sogar bald nach der De-facto-Blockierung eines im Frühjahr 2022 kurz vor dem Abschluss stehenden Friedensabkommens durch die USA und das Vereinigte Königreich privat zu, dass ein Sieg der Ukraine im Krieg mit Russland und die Rückeroberung aller Territorien in den Grenzen von 1991 höchst unwahrscheinlich seien (Dilanian, 2022; Parker, 2022).

Donald Trump erklärte kurz vor der US-Präsidentschaftswahl 2024, Selenskyj „hätte diesen Krieg niemals beginnen lassen dürfen; dieser Krieg ist ein Verlierer" („Our" 2024). Ein Bericht der Financial Times erklärte im Herbst 2024, die Ukraine „verliere auf dem Schlachtfeld", „die Biden-Administration sei sich bewusst, dass ihre derzeitige Strategie nicht tragfähig ist", weil „wir den Krieg verlieren", und „US-Beamte zeigten sich von Selenskyjs ‚Siegplan' unbeeindruckt", während der neue Außenminister der Ukraine „einen pragmatischeren Ton hinsichtlich der Möglichkeit von Verhandlungen über Land gegen Sicherheit" angeschlagen habe (Hall et al., 2024).

Ein hochrangiger ukrainischer Beamter gab im Oktober 2024 zu:

Wir glaubten, der Sieg müsse die bedingungslose Kapitulation von Putins Russland sein. Aber das ist ohne Zugeständnisse nicht zu erreichen. Ein Abkommen muss auch für Russland vorteilhaft sein... Ob Trump oder Harris, die Amerikaner werden sich langsam, aber sicher zurückziehen... Die Prognose ist schlecht. Die Menschen wollen nicht mehr wirklich kämpfen. Die Ungerechtigkeiten des Krieges könnten die Gesellschaft zerreißen (Boy et al., 2024).

12.3 Friedliche Konfliktlösung?

Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2024 räumten westliche und „zunehmend ukrainische Beamte" die Möglichkeit „einer ausgehandelten Regelung ein, bei der Russland die De-facto-, aber nicht die De-jure-Kontrolle über das gesamte oder einen Teil des derzeit von ihm besetzten ukrainischen Territoriums behält". Selenskyj deutete an, dass ein solches Friedensabkommen nur im Austausch gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder ähnliche Sicherheitsgarantien akzeptiert werden könne, die die Stationierung von Friedenstruppen aus den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Ländern in der Ukraine vorsehen würden (Boy et al., 2024; Hall, 2024). Solche Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch die USA und andere NATO-Länder sind jedoch sehr unwahrscheinlich, weil sie eine reale Gefahr eines Krieges mit einem nuklear bewaffneten Russland bedeuten.

Solche Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch die Vereinigten Staaten und andere NATO-Länder waren jedoch sehr unwahrscheinlich. Die russischen Führungskräfte erklärten vor und während des Krieges, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine werde von Russland niemals akzeptiert und sei die rote Linie. Sie erklärten außerdem, Russland werde keine Friedenstruppen aus NATO-Ländern in der Ukraine akzeptieren und sie im Falle ihrer Stationierung angreifen. Trump und andere Mitglieder seiner Regierung erklärten nach seiner Amtseinführung als US-Präsident, die Ukraine werde der NATO nicht beitreten und die Ukraine werde territoriale Zugeständnisse als Teil eines Friedensabkommens mit Russland machen müssen.

Nach der Amtseinführung Trumps als US-Präsident im Jahr 2024 besteht eine reale Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Krieges in der Ukraine, da Trump dies zu seiner Priorität machte und die Ukraine stark von den Vereinigten Staaten abhängig ist. Trump machte die Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges zu einem Schlüsselelement seines Wahlkampfs und wiederholte dieses Ziel seit seiner Amtseinführung oft. Friedensgespräche zwischen den Vereinigten Staaten und Russland sowie zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine begannen im Februar 2025.

Nach dem gescheiterten Istanbuler Friedensabkommen im Frühjahr 2022 verbot Selenskyj jegliche Friedensgespräche mit Russland. Nachdem Trump US-Präsident geworden war, änderte Selenskyj jedoch seine Rhetorik erheblich und sagte, er sei zu Friedensgesprächen mit Russland zu seinen Bedingungen bereit. Trump hat erheblichen Einfluss auf die Ukraine und kann Selenskyj zu einem Friedensabkommen zwingen. Selenskyjs Macht und möglicherweise sogar seine Freiheit und sein Leben hängen von der Fortsetzung des Krieges ab. Er würde wahrscheinlich jede relativ freie und faire Wahl verlieren, die er verschoben hat, und könnte von seinem Nachfolger strafrechtlich verfolgt oder von der rechtsextremen Rechten ins Visier genommen werden, die ein solches Friedensabkommen ablehnt.

Es gibt jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über einige Schlüsselbedingungen eines möglichen Friedensabkommens zwischen der Ukraine, den Vereinigten Staaten und Russland. Dazu gehören bestimmte Territorien der Ukraine, die Russland beansprucht, die Größe des ukrainischen Militärs, die Sicherheitsgarantien und der Status Selenskyjs. Putins Friedensbedingungen umfassen die wesentlichen Bedingungen des Friedensabkommens, das in Istanbul ausgehandelt wurde und im Frühjahr 2022 kurz vor dem Abschluss stand, wie Neutralität, keine NATO-Mitgliedschaft und Entmilitarisierung der Ukraine, plus die Annexion der gesamten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk und der von Russland besetzten Teile der Regionen Cherson und Saporischschja. Westliche Medienberichte legten nahe, dass Putin im August 2025 zugestimmt habe, die russischen Ansprüche auf die nicht von Russland besetzten Teile der Regionen Cherson und Saporischschja aufzugeben, im Austausch gegen ein Friedensabkommen, das den Rückzug der ukrainischen Streitkräfte aus dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donbas vorsah.

Trump gab Putins Forderung nach keiner NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine im Wesentlichen nach und erklärte, die Ukraine werde als Teil eines Friedensabkommens auf ihre Territorien verzichten müssen. Er unterstützt auch die Friedenstruppen aus dem Vereinigten Königreich und den EU-Ländern. Trump wollte außerdem einen Waffenstillstand, bevor ein Friedensabkommen erreicht würde. Putin erklärte jedoch, Russland rücke an der Front vor und werde einen solchen Waffenstillstand nur unter der Bedingung akzeptieren, dass die US-Militärhilfe und die Mobilmachung in der Ukraine eingestellt würden. Selenskyj erklärte, die Ukraine werde die russische Kontrolle über jegliches ukrainische Territorium nicht de jure anerkennen, keine Verkleinerung des ukrainischen Militärs akzeptieren und militärische Sicherheitsgarantien des Westens verlangen.

Putin erklärte außerdem, Selenskyjs Präsidentschaftsmandat sei abgelaufen und er könne kein Friedensabkommen unterzeichnen. Putin brachte die Möglichkeit einer vorübergehenden internationalen Verwaltung in der Ukraine zur Sprache, aber dies wurde von Trump abgelehnt. Trump und die höchsten Beamten seiner Regierung, insbesondere Elon Musk, deuteten jedoch auch an, die USA könnten die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen und Selenskyj könne über Wahlen abgesetzt werden, wenn er weiterhin ein Friedensabkommen zur Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges ablehne. Trumps Einfluss auf Putin ist begrenzt. Trump verhängte Sekundärsanktionen gegen Russland, indem er zusätzliche Zölle auf Indien verhängte und drohte, solche auf China zu verhängen, weil diese russisches Öl kaufen. Doch solche Sanktionen sind wirkungslos, und sowohl Indien als auch China weigerten sich, den Kauf russischen Öls einzustellen.

Die Analyse zeigt, dass ein Friedensabkommen sowohl vor als auch nach der russischen Invasion im Februar 2022 die beste Option für die Ukraine war, da die Chancen, dass die Ukraine Russland besiegt, wegen des russischen militärischen Vorteils in verschiedenen Schlüsselbereichen nahe null lagen. Eine solche friedliche Beilegung des Konflikts hätte verheerende Folgen des Krieges für die Ukraine vermeiden oder verringern können, insbesondere eine große Zahl von Opfern, den Verlust von Territorien, die Zerstörung der

Energieerzeugung und anderer kritischer Infrastruktur sowie erhebliche wirtschaftliche Verluste. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Opfer und Schäden wird es für die Ukraine geben, während die Bedingungen eines Friedensabkommens für die Ukraine wahrscheinlich schlechter würden.

Literaturverzeichnis

Arestovych rasskazal pochemu hovoril o skorom zavershenii vojny. (2024a, January 24). Strana. https://strana.today/news/456005-arestovich-rasskazal-pochemu-hovoril-o-skorom-zavershenii-vojny.html

Arestovych: Ukraina platit zhiznjami za skazku pro ES i NATO? (2024b, January 16). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/live/ol8ghTYphCY?si=NKOcn6VzyQzU8oGL&t=3699

Arestovych: Itogi 2-kh polovin'y let voiny. (2024c). [Video]. YouTube. https://youtu.be/HgeiTKe7WqY?si=nqqQyld1WjRUyVKO&t=6631

Bennett speaks out. (2023, February 4). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBzs

Bennhold, K. (2022, April 23). How the ex-Chancellor Gerhard Schröder became Putin's man in Germany. New York Times. https://www.nytimes.com/2022/04/23/world/europe/schroder-germany-russia-gas-ukraine-war-energy.html

Bez posrednikov. Alexei Venediktov* 11.09.24. (2024, September 11). [Video]. YouTube. https://youtube.com/live/J0A8ZgNMIUQ?si=XuePzPg6ut6aq3P8&t=780

Boy, A., Petrov, F., & Sarovic, A. (2024, October 14). Ein Land blutet aus. DER SPIEGEL. https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-ein-land-vor-der-zerreissprobe-kiew-erwaegt-erstmals-kompromisse-mit-russland-a-e405617b-47aa-4d9b-942e-c9181f63e80c

Brennan, D. (2023, April 24). How Ukraine can retake Crimea, per ex-U.S. General Ben Hodges. Newsweek. https://www.newsweek.com/how-ukraine-retake-crimea-us-general-ben-hodges-russia-counteroffensive-1796264

Chalyi, O. (2023). Vilnius NATO Summit and security guarantees for Ukraine. Geneva Centre for Security Policy Brief No. 8. https://dam.gcsp.ch/files/misc/pb-8-chalyi

Chernov, M., & Schreck, A. (2022, April 10). The AP interview: Zelenskyy seeks peace despite atrocities. Associated Press. https://apnews.com/article/russia-ukraine-zelenskyy-kyiv-boris-johnson-business-24cd8742435251d9dd46bcc29302bd13

Conscription squads send Ukrainian men into hiding. (2024, June 17). BBC News. https://www.bbc.com/news/articles/cz994d6vqe5o

C-SPAN. (2024, April 23). Senator J.D. Vance on Ukraine aid bill [Video]. https://www.c-span.org/video/?535093-11/senator-jd-vance-ukraine-aid-bill

Dilanian, K. (2022, June 28). White House projections show Ukraine conflict could last years. CNN. https://www.cnn.com/2022/06/28/politics/white-house-ukraine-projection/index.html

Do Ttsk na Lvivshchyni Prykhodyt Dobrovilno Lyshe Kozhnyj P'yatyj. (2023, June 28). InLviv. https://inlviv.in.ua/lviv/do-ttsk-na-lvivshhyni-pryhodyt-dobrovilno-lyshe-kozhnyj-p-yatyj

Dupuis, O. (2024, September 27). Open letter: President Biden, this is how you can uphold your legacy by supporting Ukraine. Kyiv Independent. https://kyivindependent.com/open-letter-president-biden-this-is-how-you-can-uphold-your-legacy-by-supporting-ukraine/

Epstein, J., & Davis, C. R. (2022, March 17). Putin thought Russia's military could capture Kyiv in 2 days, but it still hasn't in 20. Business Insider. https://www.businessinsider.com/vladimir-putin-russian-forces-could-take-kyiv-ukraine-two-days-2022-3

Esch, C., Klusmann, S., & Schröder, T. (2023, February 9). Putin ist ein Drache, der fressen muss. Spiegel. https://www.spiegel.de/ausland/wolodymyr-selenskyj-im-interview-putin-ist-ein-drache-der-fressen-muss-a-458b7fe2-e15a-49a9-a38e-4bfba834f27b

Eurostat-Zahlen: 650.000 wehrfähige Ukrainer flüchteten in die EU. (2023, November 20). Exxpress. https://exxpress.at/eurostat-zahlen-650-000-wehrfaehige-ukrainer-fluechteten-in-die-eu/

Fico, R. (2024, January 9). Stratégia Západu na Ukrajine jednoducho nefunguje. Pravda. https://nazory.pravda.sk/analyzy-a-postrehy/clanok/695354-robert-fico-strategia-zapadu-na-ukrajine-jednoducho-nefunguje/

Fischer, S. (2022, November 8). Peace talks between Russia and Ukraine: Mission impossible. SWP Comment 2022/C 65. https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022C65/

Geneva Centre for Security Policy (GCSP). (2023, December 22). Breaking the stalemate to find peace: The Russia-Ukraine war—A Geneva security debate [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=t2zpV35fvHw

Hall, B. (2024, October 5). Ukraine, NATO membership and the West Germany model. Financial Times. https://www.ft.com/content/b70972d6-3e7f-4a87-8bc5-ac0699f6e7fc

Hall, M., Miller, C., & Foy, H. (2024, October 1). Ukraine faces its darkest hour. Financial Times. https://www.ft.com/content/2bb20587-9680-40f0-ac2d-5e7312486c75

Heinrich, J., & Sabes, A. (2022, February 6). Gen. Milley says Kyiv could fall within 72 hours if Russia decides to invade Ukraine: Sources. Fox News. https://www.foxnews.com/us/gen-milley-says-kyiv-could-fall-within-72-hours-if-russia-decides-to-invade-ukraine-sources

Hill, F., & Stent, A. (2022). The world Putin wants. Foreign Affairs, September/October. https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/world-putin-wants-fiona-hill-angela-stent

Ishchenko, V. (2024, September 21). [X post]. https://x.com/Volod_Ishchenko/status/1837369261485867187

Johnson, B. (2024). Unleashed. Harper Collins.

Kalnichenko, A. (2024, July 11). "Nikomu ne potribni kordony 1991 roku": Bloherku Nastiu Umku zaprosyly na besidu v SBU. Focus Ukraine. https://focus.ua/uk/voennye-novosti/657203-nikomu-ne-potribni-kordoni-1991-roku-blogerku-nastyu-umku-zaprosili-na-besidu-v-sbu-video

Katastrofa vsyo blizhe: Bondarenko! Illyuzii Podolyaka. Plan Ze i kod Dzharreda Leto! (2024). [Video]. YouTube. https://youtu.be/8vhYcYLeiJ8?si=PZsqXpSeAt1F6YXx&t=209

Katchanovski, I. (2022a, September 15–18). The Russia-Ukraine war and the Maidan in Ukraine. Annual Meeting of the American Political Science Association, Montreal, Canada. https://preprints.apsanet.org/engage/apsa/article-details/63477c201f323d8be3581c4e

Katchanovski, I. (2022b, May 5). X. https://x.com/I_Katchanovski/status/1522213905203744769

Katchanovski, I. (2023a, February 5). X. https://x.com/I_Katchanovski/status/1622270833421946880

Katchanovski, I. (2023b, May 3). La Razon interview concerning Ukrainian counter-offensive & possibility of peace deal: English-language text. Academia. https://www.academia.edu/101360506/La_Razon_Interview_Concerning_Ukrainian_Counter_Offensive_and_Possibility_of_Peace_Deal_English_Language_Text

Katchanovski, I. (2024). X. https://x.com/I_Katchanovski/status/1832460655573471494

Katchanovski, I. (2025, March 2–5). The Russia-Ukraine War, its Nature, and Origins. 66th Annual Convention of the International Studies Association, Chicago.

Khurshudyan, I. (2024, March 16). In this Ukrainian village, almost no men are left. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/world/2024/03/15/ukraine-village-mobilized-men-war/

Kovalinska, V. (2024, July 20). Ukrainski blohery vliapalysia v huchnyi skandal: Povtoryly pid kopirku naratyvy Putina pro "myr". TSN. https://tsn.ua/exclusive/ukrayinski-blogeri-vlyapalisya-v-guchniy-skandal-povtorili-pid-kopirku-narativi-putina-pro-mir-2624631.html

Kurianowicz, T., & Eichhorn, M. (2023, October 31). Gerhard Schröder im Interview: So scheiterten die Friedensverhandlungen zwischen Ukraine und Russland. Berliner Zeitung. https://berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gerhard-schroeder-im-exklusiv-interview-was-merkel-2015-gemacht-hat-war-politisch-falsch-li.2151196

Lazurkevych, S. (2024, October 1). U Stryiu v pensionerky konfiskuvaly komputer za dopys v Odnoklasnykakh. Zaxid.net. https://zaxid.net/u_striyu_v_pensionerki_konfiskuvali_kompyuter_za_dopis_v_odnoklasnikah_n1594870

Lvivych News. (2024a, October 12). Telegram. https://t.me/lvivych_news/43285

Lvivych News. (2024b, October 12). Telegram. https://t.me/lvivych_news/43303

MacFarquhar, N. (2023, December 15). People snatchers: Ukraine's recruiters use harsh tactics to fill ranks. New York Times. https://www.nytimes.com/2023/12/15/world/europe/ukraine-military-recruitment.html

Mao, F. (2024, September 26). Putin proposes new rules for Russia using nuclear weapons. BBC News. https://www.bbc.com/news/articles/c5yjej0rvw0o

Medvedev, D. (2023). Telegram post. https://t.me/s/medvedev_telegram/424

Merkel, A. "Hatten Sie gedacht, ich komme mit Pferdeschwanz?" (2022, December 7). ZEIT Online. https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler

Moseichuk + Davyd Araxamiia. (2023, November 23). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=6lt4E0DiJts&t=1479s

NDI. (2024). Opportunities and challenges facing Ukraine's democratic transition. National Democratic Institute. https://www.ndi.org/sites/default/files/May%202024%20Opportunities%20and%20Challenges%20Facing%20Ukraine%E2%80%99s%20Democratic%20Transition%20%28English%29.pdf

Operational data portal. (2024). UNHCR. https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine

"Our Country Has Been Poisoned"—Donald Trump on Putin, Obama, tariffs & Iran | PBD Podcast | 489. (2024). [Video]. YouTube. https://youtu.be/-dmwG54QsKc?si=4wv2JVvU_xex7ZI0&t=5038

Pancevski, B. (2024, September 17). One million are now dead or injured in the Russia-Ukraine war. Wall Street Journal. https://www.wsj.com/world/one-million-are-now-dead-or-injured-in-the-russia-ukraine-war-b09d04e5

Parker, C. (2022, December 22). Behind Zelensky's dramatic D.C. trip. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/politics/2022/12/22/behind-zelensky-dramatic-dc-trip/

Plokhy, S. (2023). The Russo-Ukrainian war: The return of history. WW Norton.

Polytsi: TSK ta politsiia "pakuiut' bat'ka viys'kovoho. (2024). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=VEb77T5QtBs

Population as of January 1, 2014. Average annual populations 2013. State Statistics Service of Ukraine. https://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/ds/kn/kn_e/kn0114_e.html

Presidential Communications Directorate. (2024). President Erdoğan speaks to journalists on plane as he returns from his tour to UAE and Egypt. https://www.iletisim.gov.tr/ENGLISH/haberler/detay/president-erdogan-speaks-to-journalists-on-plane-as-he-returns-from-his-tour-to-uae-and-egypt

Prouvost, T. (2022, December 28). Hollande: 'There will only be a way out of the conflict when Russia fails on the ground'. Kyiv Independent. https://kyivindependent.com/national/hollande-there-will-only-be-a-way-out-of-the-conflict-when-russia-fails-on-the-ground

Public opinion in Ukraine after 10 months of war. (2023). KIIS. https://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1175&page=1

Putin claims war would have ended long ago if it hadn't been for Ukraine. (2024, January 16). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/01/16/7437505

Republic World. (2022). Ukraine's President Zelenskyy speaks to Arnab Goswami about Russia's invasion [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=kKXoLqbP3NY

Results of the all-Ukrainian KIIS survey on war and peace issues. (2025). KIIS. https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1551&page=1

Romaniuk, R. (2022, May 5). Possibility of talks between Zelenskyy and Putin came to a halt after Johnson's visit - UP sources. Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206

Russian invasion of Ukraine (2025). Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Russian_invasion_of_Ukraine#/media/File:2022_Russian_invasion_of_Ukraine.svg

Rustamova, F. (2022, March 29). Ukraine's 10-point plan. Journalist Farida Rustamova obtained the full list of Kyiv's proposals to Moscow on March 29. Meduza. https://meduza.io/en/slides/ukraine-s-10-point-plan

Some NATO states want war in Ukraine to continue: Turkiye. (2022, April 21). Anadolu. https://www.aa.com.tr/en/russia-ukraine-war/some-nato-states-want-war-in-ukraine-to-continue-turkiye/2568852

Strana. (2022, April 4). Zelenskij posetil Buchu i zajavil, chto Ukraina prodolzhit peregovory s Rossiej. Strana. https://strana.news/news/384811-zelenskij-posetil-buchu-i-zajavil-chto-prodolzhit-perehovory-s-rossiej.html

Strana. (2023, March 8). V Kieve soobshchyly o podozrenii byuti-bloheru, kotoraya nazyvala voinu v Ukraine hibrydnoi. Strana.ua. https://strana.today/news/459561-v-kieve-soobshchili-o-podozrenii-bjuti-bloheru-kotoraja-nazyvala-vojnu-v-ukraine-hibridnoj.html

Strana. (2024a, August 15). Telegram. https://t.me/stranaua/164605

Strana. (2024b, September 27). Telegram. https://t.me/stranaua/170890

Swinford, S., Brown, L., & Waterfield, B. (2022, March 31). Don't back down, Britain urges Ukraine. The Times. https://www.thetimes.com/article/23d68918-b133-11ec-8b8c-0207c0fd6104

Toal, G., O'Loughlin, J., & Bakke, K. M. (2024, September 18). Growing number of war-weary Ukrainians would reluctantly give up territory to save lives, suggests recent survey. Conversation. https://theconversation.com/growing-number-of-war-weary-ukrainians-would-reluctantly-give-up-territory-to-save-lives-suggests-recent-survey-238285

Trofimov, Y. (2024, January 16). The inside story of Russia and Ukraine's 'peace' talks. Sunday Times. https://www.thetimes.co.uk/article/the-inside-story-of-russia-and-ukraines-peace-talks-nhbq0fn6k

Troianovski, A., Entous, A., & Schwirtz, M. (2024, June 15). Ukraine-Russia peace is as elusive as ever. But in 2022 they were talking. New York Times.

https://www.nytimes.com/interactive/2024/06/15/world/europe/ukraine-russia-ceasefire-deal.html

Tropynina, A. (2023). The ability of Ukrainians to distinguish messages of Russian propaganda: Results of public opinion research. VoxUkraine. https://voxukraine.org/en/the-ability-of-ukrainians-to-distinguish-messages-of-russian-propaganda-results-of-public-opinion-research

Ukraine's Zelensky to offer neutrality declaration to Russia for peace 'without delay'. (2022, March 28). PBS. https://www.pbs.org/newshour/world/ukraines-zelensky-to-offer-neutrality-declaration-to-russia-for-peace-without-delay

UnHerd. (2024). Oleksiy Arestovych: Zelenskyy's challenger [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=sehuAOw0-NI

Vladimir Putin na vstreche s liderami afrikanskih stran: Prjamaja transljacija. (2023, June 23). [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/live/B9VQYYzOzvU?si=IgvkEj0GiLOjfqeQ&t=7950

Wall Street Journal. (2022). WSJ/NORC Ukraine poll: June 2022. https://s.wsj.net/public/resources/documents/WSJ_NORC_Ukraine_Poll_June_2022.pdf

Wintour, P. (2022, February 18). Russia has amassed up to 190,000 troops on Ukraine borders, US warns. Guardian. https://www.theguardian.com/world/2022/feb/18/russia-has-amassed-up-to-190000-troops-on-ukraine-borders-us-warns

«Wir sollten uns nicht auf die Amerikaner verlassen»: Gerhard Schröder über den Krieg und sein Leben. (2024). [Video]. YouTube. https://youtu.be/Hr3UaTz6YO0?si=B3Mm6ZMAaTPPojvP&t=4332

Yaffa, J. (2024, September 22). Volodymyr Zelensky has a plan for Ukraine's victory. New Yorker. https://www.newyorker.com/news/the-new-yorker-interview/volodymyr-zelensky-has-a-plan-for-ukraines-victory

ZAKON UKRAINY Pro vnesennya zmin do statti 1111 Kryminal'noho kodeksu Ukraïny shchodo rozshyrennya pereliku kryminal'nykh pravoporushen' za zdijsnennya kolaboratsiynoyi diyal'nosti. (2022). Liga Zakon. https://ips.ligazakon.net/document/JI07198A?an=5

Zapysky paskvilianta. (2025, September 6). [Telegram post]. https://t.me/volodymyrboyko/7215

Zelenskyy on possibility of Biden rejecting his Victory Plan: That's a horrible thought. (2024, September 22). Ukrainska Pravda. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/09/22/7476272/

Zhytelnitse Irpenia soobshchyly o podozrenii za otrytsaniie nasiliia so storony voennykh RF. (2022, August 17). Strana News. https://strana.news/news/403929-zhitelnitse-irpenja-soobshchili-o-podozrenii-za-otritsanie-nasilija-so-storony-voennykh-rf.html

Zygar, M. (2024, September 3). Victoria Nuland on Russia-NATO relations, peace negotiations with Ukraine, and the U.S. elections [Video]. YouTube. https://youtu.be/HiS2dg_atfc?si=4L5Aqe0GEbKoQAFu&t=3192

Open Access Dieses Kapitel ist unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) lizenziert, die die Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verbreitung und Reproduktion in jedem Medium oder Format gestattet, solange Sie den ursprünglichen Autor(en) und die Quelle angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder anderes Drittmaterial in diesem Kapitel sind, sofern nicht anders in einem Urhebervermerk angegeben, in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten. Wenn Material nicht in der Creative Commons Lizenz des Kapitels enthalten ist und Ihre beabsichtigte Nutzung durch gesetzliche Vorschriften nicht erlaubt wird oder die erlaubte Nutzung übersteigt, müssen Sie direkt vom Inhaber des Urheberrechts die Erlaubnis einholen.

Kapitel 13: Schlussfolgerung: Die Schlachtfelder der Ukraine zwischen Russland und dem Westen

© Der/die Autor(en) 2026

I. Katchanovski, The Russia-Ukraine War and its Origins, Rethinking Political Violence, https://doi.org/10.1007/978-3-031-98724-3_13

Zusammenfassung

Die Schlussfolgerung fasst die wichtigsten Befunde zusammen und erörtert ihre Implikationen und Aussichten für die Konfliktlösung in der Ukraine.

Dieses Buch zeigt, dass die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen, die Maidan-Kräfte, die extreme Rechte der Ukraine sowie die Separatisten der Krim und des Donbas zur Eskalationsleiter des gewaltsamen Konflikts beigetragen haben, die im Russland-Ukraine-Krieg gipfelte, der zugleich zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO in der Ukraine wurde. Diese Eskalationsleiter begann mit dem Euromaidan, insbesondere mit dem Maidan-Massaker, und eskalierte zu den Konflikten um die Krim und den Donbas sowie zu den Konflikten der Ukraine und des Westens mit Russland.

Russland eskalierte diese Konflikte mit seiner Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 drastisch. Eine friedliche Beilegung dieser Konflikte hätte die Eskalationsleiter des Konflikts stoppen und verheerende Folgen für die Ukraine verhindern oder minimieren können. Der Ausgang des Russland-Ukraine-Krieges wird die Zukunft nicht nur der Ukraine und Russlands, sondern auch der Weltordnung prägen.

Dieses Buch hat den Russland-Ukraine-Krieg und seine Ursprünge untersucht. Im Unterschied zur überwältigenden Mehrheit anderer Studien stützt es sich auf die Analyse von Zehntausenden von Primär- und Sekundärquellen in ukrainischer, russischer und englischer Sprache. Es zeigt, dass die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen und die Medien verschiedene Aspekte dieses bedeutendsten Konflikts des einundzwanzigsten Jahrhunderts und der ihm vorausgegangenen Konflikte – wie des Euromaidan, des Maidan-Massakers, des Krieges

im Donbas, der russischen Annexion der Krim und der Konflikte zwischen Russland und dem Westen, die Russland 2022 mit der illegalen Invasion der Ukraine drastisch eskalierte – in unterschiedlichem Ausmaß häufig falsch darstellten. Viele Studien stützen sich unkritisch auf solche Narrative und auf unzuverlässige Quellen. Wikipedia ist noch unzuverlässiger. Tabelle 10.1 fasst zusammen, wie sich die dominanten Narrative, die von den russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen verbreitet und von ihren Medien häufig wiederholt werden, von der akademischen Analyse auf der Grundlage solcher Primärquellen unterscheiden.

Die russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 ist – entgegen den Dementis der russischen Regierung und der Medien – ein Krieg, weil die Zahl der Kampfverluste die Schwelle von 1000 Opfern weit übersteigt, die von Wissenschaftlern üblicherweise zur Definition eines Krieges herangezogen wird. Der Krieg vereint Elemente eines zwischenstaatlichen Krieges zwischen Russland und der Ukraine, eines Stellvertreterkrieges zwischen dem Westen und Russland und eines Bürgerkrieges in der Ukraine. Der zwischenstaatliche Krieg zwischen Russland und der Ukraine und – insbesondere seitdem die westlichen Regierungen im Frühjahr 2022 einen Friedensvertrag blockierten – der Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen/NATO und Russland sind weit dominanter als der Bürgerkrieg, der seit 2014 im Donbas andauert. Entgegen den Behauptungen der Führung der russischen Regierung und der Medien ist der Krieg in der Ukraine kein Krieg zwischen der NATO und Russland (Tabelle 13.1).

Die russische Invasion der Ukraine ist nach dem Völkerrecht illegal. Sie kann nicht als Präventivkrieg eingestuft werden, weil Sicherheitsbedrohungen – wie die Politik der Regierung Selenskyj, die Krim und den Donbas zurückzugewinnen, sowie ein möglicher NATO-Beitritt der Ukraine oder die Entwicklung von Kernwaffen durch die Ukraine – nicht unmittelbar bevorstanden und von der russischen Regierung überzeichnet wurden.

Russland eskalierte im Februar 2022 die Konflikte mit der Ukraine und dem Westen sowie den Bürgerkrieg im Donbas drastisch, indem es die Invasion der Ukraine begann. Diese Konflikte begannen mit dem westlich unterstützten illegalen und undemokratischen gewaltsamen Sturz der pro-russischen ukrainischen Regierung mittels des False-Flag-Maidan-Massakers und der Attentatsversuche gegen Janukowytsch, die im Februar 2014 von Elementen der oligarchischen und der rechtsextremen Maidan-Opposition verübt wurden. Als Reaktion eskalierte Russland die Konflikte, indem es die pro-russische und pro-separatistische Krim annektierte und pro-russische Separatisten im Donbas unterstützte, unter anderem durch direkte Militärinterventionen. Entgegen den Darstellungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und eines Großteils der Medien und Wikipedias begann der Russland-Ukraine-Krieg jedoch mit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 und nicht 2014.

	Westliche Regierungen und Medien	**Russische und Donbas-Separatisten-Regierungen und Medien**	**Ukrainische Regierung und Medien**	**Primärquellen-basierte akademische Analyse**
Russische	Illegal	Legal	Illegal	Illegal

Invasion 2022				
Klassifizierung des Russland-Ukraine-Krieges	Umfassender zwischenstaatlicher Russland-Ukraine-Krieg	Spezialmilitäroperation in der Ukraine; NATO-Russland-Krieg	Umfassender zwischenstaatlicher Russland-Ukraine-Krieg	Zwischenstaatlicher Russland-Ukraine-Krieg und Stellvertreterkrieg NATO-Russland mit Elementen eines andauernden Bürgerkriegs
Ursprünge des Russland-Ukraine-Krieges	Nicht provozierte Aggression, durch russischen Imperialismus angetriebene Besetzung der Ukraine	Bedrohung durch den NATO-Beitritt der Ukraine und die Stationierung von US-Raketen; Nazi-Regime in der Ukraine seit dem Maidan-Putsch; präventive Spezialmilitäroperation zur Abwehr eines ukrainischen Angriffs im Donbas; humanitäre Intervention zur Beendigung eines Völkermords im Donbas	Nicht provozierte Aggression, durch russischen Imperialismus angetriebene Besetzung der Ukraine	Extreme Eskalation der Euromaidan-, Donbas- und Krim-Konflikte und der Konflikte mit dem Westen durch Russland seit dem westlich unterstützten gewaltsamen Sturz der pro-russischen Regierung in der Ukraine während des Euromaidan; NATO-Beitritt der Ukraine ein wesentlicher Faktor, aber wie die Rolle der extremen Rechten von Russland überzeichnet; russischer Imperialismus

				bedeutend, aber sekundärer Faktor
Ausgang des Russland-Ukraine-Krieges	Sieg der Ukraine; Frieden zu Bedingungen der Ukraine und des Westens/Stillstand seit der Gegenoffensive 2023 und eingefrorener Konflikt	Niederlage der Ukraine/Frieden zu russischen Bedingungen der Neutralität, Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine	Sieg der Ukraine mit Wiederherstellung der Grenzen von 1991; Frieden zu Selenskyjs Bedingungen	Begrenzte Niederlage der Ukraine mit russischer Annexion von Teilen des Ostens und des Südens der Ukraine
Völkermord	Russischer Völkermord an Ukrainern	Völkermord an ethnischen Russen/russischsprachigen Einwohnern im Donbas	Russischer Völkermord an Ukrainern	Kein ukrainischer oder russischer Völkermord
Kriegsverbrechen	Russische Kriegsverbrechen	Ukrainische Kriegsverbrechen	Russische Kriegsverbrechen	Kriegsverbrechen vor allem durch russische Streitkräfte
Butscha	Russisches Massaker an mehreren hundert Zivilisten	False-Flag-Tötungen durch ukrainische Streitkräfte/von westlicher Seite organisierte Provokation	Russisches Massaker an mehreren hundert Zivilisten	Videos und Zeugenaussagen belegen die Erschießung mehrerer identifizierter Zivilisten und von 8 Mitgliedern der Territorialverteidigung durch die russischen Streitkräfte; wahllose Erschießungen und

				summarische Hinrichtungen von mehreren Dutzend Zivilisten; die meisten der etwa 400 dokumentierten Opfer wurden durch Beschuss getötet. Keine Belege für False-Flag-Tötungen
Nord-Stream-Anschlag	Russisches False-Flag; ukrainische Streitkräfte	Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich	Russisches False-Flag	Ukrainische Streitkräfte und US-Beteiligung
Politisches System in der Ukraine	Demokratie	Junta/Nazi-Regime	Demokratie	Von halbdemokratisch zu weitgehend undemokratisch; undemokratische Herrschaft
Beziehungen der Ukraine zu den Vereinigten Staaten/dem Westen	Verbündete	US-Kolonie	Verbündete	Klientelstaat
Euromaidan	Friedliche Revolution und Massenprotest der Bevölkerung	Von der Maidan-Opposition und Neonazis organisierter US-Putsch/faschistischer Putsch	Revolution der Würde, friedliche Revolution und Massenprotest der Bevölkerung	Kombination aus Massenprotest, Revolution/Rebellion, Putsch und US-geführtem Regimewechsel
Maidan-Massaker	Massaker an Maidan-Aktivisten durch Regierungs-Scharfschützen/	Gewaltsame Provokation durch Maidan-Opposition/georgische	Massaker an Maidan-Aktivisten durch Berkut-Polizei/Regierungs-	False-Flag-Massaker an Maidan-Aktivisten und Polizisten durch

	Berkut-Polizei auf Befehl der Regierung Janukowytsch	Scharfschützen/ ukrainische Neonazis unter US-Beteiligung	Scharfschützen auf Befehl der Regierung Janukowytsch	Maidan-Scharfschützen unter Beteiligung von Elementen der oligarchischen und rechtsextremen Maidan-Opposition
Krim-Konflikt	Illegale Annexion ohne mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung der Krim	Rechtmäßige Wiedervereinigung mit überwältigender Unterstützung in einem Referendum	Illegale Annexion ohne mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung der Krim	Illegale Annexion mit mehrheitlicher Unterstützung der Bevölkerung der Krim
Odessa-Massaker	Zusammenstöße und Feuer	Massaker durch Maidan-Führer und Neonazis	Von Separatisten begonnene Tötungen und Brände	Massaker durch die extreme Rechte unter Beteiligung der Maidan-Regierung
Donbas-Krieg	Russland-Ukraine-Krieg/ Hybridkrieg	Bürgerkrieg/ keine russischen Militärinterventionen	Russland-Ukraine-Krieg/ kein Bürgerkrieg	Bürgerkrieg und russische Militärinterventionen im August 2014 und Januar 2015
Abschuss der malaysischen Boeing MH17	Absichtlicher Abschuss durch russische Streitkräfte	False-Flag-Abschuss durch ein ukrainisches Militärflugzeug oder eine Buk	Absichtlicher Abschuss durch russische Streitkräfte	Unbeabsichtigter Abschuss durch eine russische Buk/Donbas-Separatisten
Extreme Rechte	Keine/ marginal/ entradikalisiert	Nazi-Regime in der Ukraine	Keine	Überproportionale Macht

ble 13.1 Dominant narratives by Ukrainian, Western, and Russian governments and media vs. primary sources-based ılysis of the Russia-Ukraine war and its origins

	Western governments and media	*Russian and Donbas separatist governments and media*	*Ukrainian government and media*	*Primary sources-based academic analysis*
ıssia-Ukrai ır outcom	Illegal	Legal	Illegal	Illegal
:nocide ar crimes	Full-scale interstate Russia-Ukraine war	Special military operation in Ukraine; NATO-Russia war	Full-scale interstate Russia-Ukraine war	Interstate Russia-Ukraine war and proxy NATO-Russia war with elements of continuing civil war
ıcha	Unprovoked aggression, Russian imperialism-driven occupation of Ukraine	Threat of NATO accession of Ukraine and US missiles deployment; Nazi regime in Ukraine since Maidan coup; preventative special military operation to stop Ukrainian attack in Donbas; humanitarian intervention to stop genocide in Donbas	Unprovoked aggression, Russian imperialism-driven occupation of Ukraine	Extreme escalation by Russia of Euromaidan, Donbas, and Crimea conflicts and conflicts with the West since the Western-backed violent overthrow of the pro-Russian government in Ukraine during Euromaidan; NATO accession of Ukraine a major factor but, like the far-right role, inflated by Russia; Russian imperialism significant but secondary factor
ord Strean ombing				

(continued)

Tabelle 13.1 *Dominante Narrative der ukrainischen, westlichen und russischen Regierungen und Medien im Vergleich zur primärquellenbasierten akademischen Analyse des Russland-Ukraine-Krieges und seiner Ursprünge*

Als Folge des Sturzes der Regierung Janukowytsch während des Euromaidan wurde die Ukraine ein US-Klientelstaat, machte die NATO-Mitgliedschaft zum Hauptziel ihrer Politik und zu einem Teil der Verfassung und wurde von den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Mitgliedern als Bollwerk zur Eindämmung Russlands genutzt. Verschiedene Belege zeigen, dass der NATO-Beitritt der Ukraine und die Nutzung der Ukraine als Bollwerk durch die NATO-Länder ein wesentlicher Faktor im Ukraine-Krieg waren. Die Regierung Putin überzeichnete jedoch die Unmittelbarkeit dieser Sicherheitsbedrohungen.

Der russische Imperialismus war ein bedeutender, aber sekundärer Faktor der russischen Invasion der Ukraine. Die Analyse verschiedener Belege legt nahe, dass das ursprüngliche Ziel der russischen Invasion nicht darin bestand, die gesamte Ukraine zu besetzen oder zu annektieren, sondern einen Regimewechsel vorzunehmen oder einen Friedensvertrag zu russischen Bedingungen zu erzwingen, etwa Neutralität und Entmilitarisierung der Ukraine und die Aufgabe der Kontrolle über den Donbas. Der Rahmen des Friedensvertrags, der den russischen Rückzug mit Ausnahme der Krim und des Donbas und das Fehlen der Schaffung russischer oder separatistischer militärisch-ziviler Verwaltungen in den besetzten Regionen der Ukraine mit Ausnahme des Donbas im ersten Kriegsmonat vorsah, deutete darauf hin, dass die Annexion oder langfristige Besetzung dieser Regionen der Ukraine ursprünglich nicht geplant war. Die Schaffung solcher Verwaltungen seit April 2022, Putins Rede zum Tag des Sieges am 9. Mai 2022 und verschiedene spätere Erklärungen anderer russischer und separatistischer Funktionäre sowie von Russland ernannter Funktionäre in den Oblasten Cherson und Saporischschja deuteten jedoch auf eine Kursänderung der russischen Politik und auf Pläne zur Annexion dieser Regionen im Süden und Osten der Ukraine hin. Im September 2022 annektierte Russland den Donbas sowie die Oblaste Cherson und Saporischschja.

Während Neonazis und andere extreme Rechte seit dem Euromaidan einen überproportionalen Einfluss in der Ukraine haben, überzeichnete Russland deren Einfluss auch, um die Invasion zu rechtfertigen, indem es die Ukraine als Nazi- oder Neonazi-Staat darstellte. Die Behauptungen, Russland habe die Ukraine überfallen, weil die Ukraine eine Demokratie sei, werden nicht durch Belege gestützt, da die Ukraine weitgehend undemokratisch ist.

Entgegen den Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und eines Großteils der Medien einerseits und der russischen Regierung und der Medien andererseits gibt es keine Belege für einen ukrainischen Völkermord an ethnischen Russen im von Separatisten kontrollierten Donbas und für einen russischen Völkermord an Ukrainern in der Ukraine. Es gibt jedoch verschiedene Belege für Kriegsverbrechen wie summarische Hinrichtungen von Zivilisten und Kriegsgefangenen durch einzelne Soldaten oder Einheiten der russischen Streitkräfte sowie des neonazistisch geführten Asow und der Georgischen Legion. Die öffentlich zugänglichen Belege legen nahe, dass die russischen Streitkräfte die meisten dieser Kriegsverbrechen begingen, insbesondere die Erschießung von Dutzenden Zivilisten und Mitgliedern der

Territorialverteidigung in Butscha. Ebenso zeigen verschiedene Belege, dass die absolute Mehrheit der zivilen Opfer durch wahllosen Beschuss oder Bombardierung verursacht wurde, überwiegend durch die russischen Streitkräfte, typischerweise in besiedelten Gebieten, die häufig für militärische Zwecke genutzt wurden, vor allem von den ukrainischen Streitkräften.

Der Russland-Ukraine-Krieg führte zu den höchsten militärischen Verlusten eines Krieges in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Er übertraf die Verluste des Bürgerkriegs und der russischen Militärinterventionen im Donbas sowie anderer Kriege in Europa wie des Kosovo-Krieges, des Bürgerkriegs in Bosnien, des Russland-Georgien-Krieges und zweier Kriege in Tschetschenien. Die zivilen Opfer überstiegen jedoch bei Weitem die zivilen Opfer des Bürgerkriegs im Donbas. Ihre Zahl und insbesondere das Verhältnis von zivilen zu militärischen Opfern war jedoch geringer als in den meisten modernen Kriegen, insbesondere in den Kriegen in Bosnien und Gaza.

Auch die Wahrheit wurde zu einem Opfer des Krieges in der Ukraine. Viele Behauptungen, die von den russischen, den Donbas-Separatisten-, den ukrainischen und den westlichen Regierungen und den Medien sowie von Wikipedia verbreitet werden, sind nicht durch Belege gestützt. Dazu gehören Behauptungen über einen ukrainischen Völkermord an Russischsprachigen im Donbas, den russischen Völkermord an Ukrainern, das neonazistische Regime in der Ukraine sowie False-Flag-Tötungen oder -Anschläge in Butscha, Mariupol, beim Kernkraftwerk Saporischschja, an den Nord-Stream-Pipelines und im von Separatisten und Russland kontrollierten Donbas. Aufgrund systematischer Verzerrungen waren Umfragen in der Ukraine seit der russischen Invasion im Allgemeinen unzuverlässig und überzeichneten kriegsbefürwortende Haltungen, die Unterstützung der Bevölkerung für die Kriegspolitik Selenskyjs und die Ablehnung von Friedensverhandlungen zur Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges erheblich.

Der Ausgang des Ukraine-Krieges würde die Zukunft nicht nur der Ukraine, sondern auch der Weltordnung bestimmen. Angesichts der russischen militärischen Überlegenheit gegenüber der Ukraine hinsichtlich der Zahl der Waffen und des militärischen Personalpotenzials wäre der wahrscheinlichste Ausgang des Krieges ceteris paribus eine militärische Niederlage der Ukraine und die Annexion bedeutender Teile des Ostens und Südens der Ukraine durch Russland. Die Chancen auf einen ukrainischen Sieg liegen nahe bei null. Ein solcher Sieg müsste nicht nur die Rückgewinnung der seit dem 24. Februar 2022 von Russland annektierten Teile der Ukraine, sondern auch der von Russland annektierten Krim und des Donbas umfassen und war seit Beginn des Krieges unwahrscheinlich.

Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und andere NATO-Länder nutzten die Ukraine als Klientelstaat oder als Stellvertreter in einem Stellvertreterkrieg gegen Russland und blockierten im Frühjahr 2022 die Möglichkeit eines Friedensvertrags zur Beendigung des Krieges. Ihre militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe, ihr militärischer Geheimdienst, die Zielauswahl, die militärische Beratung und die Planung von Militäroperationen ermöglichten es der Ukraine, den Krieg zu verlängern. Die NATO wird jedoch wahrscheinlich nicht direkt in den

Russland-Ukraine-Krieg eingreifen, da dies einen Krieg mit einem nuklear bewaffneten Russland mit der realen Möglichkeit eines Atomkrieges bedeuten würde.

Entgegen den Behauptungen Selenskyjs, der westlichen Regierungen und – mit einigen Ausnahmen – der Medien gibt es überwältigende Belege für eine Rahmenvereinbarung über einen Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland im Frühjahr 2022 zur Beendigung des Krieges. Ein solcher Rahmen für einen Friedensvertrag wurde unabhängig bestätigt vom Leiter der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, von zwei Delegationsmitgliedern, von denen eines damals Berater Selenskyjs und Propagandachef war, von ukrainischen Beamten aus dem Umfeld Selenskyjs, vom damaligen Ministerpräsidenten Israels, von einem hohen Beamten des US-Außenministeriums, vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler, vom Präsidenten der Türkei und vom türkischen Außenminister, vom russischen Präsidenten Putin, vom Leiter der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, vom russischen Außenminister und von mehreren ehemaligen hochrangigen US-Beamten. Sie alle nahmen an den Friedensverhandlungen teil oder hatten Insiderkenntnisse über sie. Die ersten 12 dieser Quellen aus der Ukraine, Israel, Deutschland, der Türkei und Russland erklärten unabhängig voneinander entweder ausdrücklich oder deuteten an, dass der Friedensvertrag von den Vereinigten Staaten und/oder dem Vereinigten Königreich blockiert wurde.

Die russische Invasion der Ukraine, mit der Sicherheitsbedrohungen überzeichnet und fälschlich ein Völkermord behauptet wurde, um die illegale Invasion zu rechtfertigen, sowie die Torheit der Regierungen Selenskyj und des Westens, den Krieg nicht verhindert und den im Frühjahr 2022 kurz vor dem Abschluss stehenden Friedensvertrag aufgegeben bzw. blockiert zu haben, hatten verheerende Folgen für die Ukraine und die Ukrainer, darunter schätzungsweise 180.000 getötete und 720.000 verwundete Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, etwa 20.000 getötete Zivilisten, darunter im von Donbas-Separatisten und Russland kontrollierten Gebiet, etwa sieben Millionen Flüchtlinge sowie die Zerstörung der Hälfte der Energieerzeugung, vieler anderer kritischer Infrastruktur und eines Großteils des Wohnungsbestands in Mariupol, Bachmut und mehreren anderen Städten im Donbas. Große Teile des Ostens und Südens der Ukraine wurden von Russland annektiert.

Der Krieg war für die Ukraine wegen der russischen militärischen und personellen Überlegenheit nicht zu gewinnen. Der Ausgang des Ukraine-Krieges würde auch Russland, den Westen, die NATO, die EU und andere Länder, ihre Stellung in der Welt und die Zukunft der von den Vereinigten Staaten geführten Weltordnung beeinflussen. Die Niederlage der Ukraine würde auch die Niederlage der Vereinigten Staaten und der NATO in einem Stellvertreterkrieg bedeuten. Wegen des hohen Einsatzes dieses Krieges für die Ukraine, Russland und die Vereinigten Staaten birgt der Ukraine-Krieg die Möglichkeit einer gefährlichen Eskalation.

Die Analyse zeigt, dass der Euromaidan Elemente eines Massenprotests, einer politischen Revolution, eines Putsches und eines von den Vereinigten Staaten geführten Regimewechsels verband. Die letzten beiden Elemente waren beim politischen Übergang von der Regierung Janukowytsch zur Maidan-Regierung dominant. Die Regierung Janukowytsch wurde nicht durch friedliche Massenproteste gestürzt, die nach seiner Entscheidung begannen, die Unterzeichnung

des Freihandels- und Assoziierungsabkommens mit der EU auszusetzen, sondern mittels des False-Flag-Maidan-Massakers an den Maidan-Demonstranten und der Polizei sowie der Attentatsversuche gegen Janukowytsch. Es gibt überwältigende Belege dafür, dass das Massaker und die Attentatsversuche unter verdeckter Beteiligung einer kleinen Zahl von Mitgliedern der oligarchischen Maidan-Führung und der extremen Rechten verübt wurden. Verschiedene Belege zeigen, dass die US-Regierung in den politischen Übergang in der Ukraine während des Maidan eingebunden war, um die pro-russische Regierung durch eine pro-westliche Regierung zu ersetzen und die Ukraine in einen Klientelstaat zu verwandeln, um sie zur Eindämmung Russlands zu nutzen.

Die verschiedenen Belege zeigen, dass die gewaltsame Zerstreuung der Maidan-Demonstranten durch die Berkut-Polizei am 30. November 2013 von oligarchischen Politikern der Regierung Janukowytsch und von der Maidan-Opposition orchestriert und publik gemacht wurde, unter Beteiligung des rechtsextremen Rechten Sektors, der die Polizei während dieser Zerstreuung angriff.

Die Massenproteste gegen die Polizeigewalt vom 30. November folgten am 1. Dezember in der Stadt Kiew. Neben friedlichen Kundgebungen umfassten sie die Besetzung des Kiewer Rathauses und des Gewerkschaftshauses durch einen radikalen Flügel der Opposition sowie einen gewaltsamen Angriff auf die Präsidialverwaltung, angeführt von radikalen nationalistischen und neonazistischen Organisationen und Fußball-Ultras, die den Rechten Sektor bildeten. Janukowytsch versuchte erneut, die Demonstranten auf dem Maidan mit Gewalt zu zerstreuen, und verabschiedete Gesetze, die die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit einschränkten. Ende Januar führten die rechtsextremen Elemente der Opposition unter der Führung des Rechten Sektors und von Fußball-Ultras einen Angriff auf das Parlament an. Der Angriff eskalierte den Konflikt und führte zu einer gewaltsamen Konfrontation und einem Patt mit den Einheiten der Spezialpolizei und der Inneren Truppen.

Videos, Zeugenaussagen, Eingeständnisse einiger Maidan-Führer und andere Belege zeigen, dass die Führer der Maidan-Opposition Massenproteste mit Hilfe inszenierter Gewalt mobilisierten. Die gewaltsame Zerstreuung der Demonstranten auf dem Maidan am 30. November durch den Berkut war den Führern der Maidan-Opposition im Voraus bekannt, und der rechtsextreme Rechte Sektor griff die Polizei während dieser Zerstreuung an. Diese gewaltsame Zerstreuung durch die Berkut-Polizei wurde von den ukrainischen und westlichen Medien und von der Maidan-Opposition stark publik gemacht und als unprovozierte Misshandlung friedlicher Studenten auf Befehl Janukowytschs falsch dargestellt. Die Gewalt des Rechten Sektors gegen die Berkut-Polizei während dieser Zerstreuung wurde ausgelassen. Diese stark publik gemachte und falsch dargestellte gewaltsame Zerstreuung wurde zu einem Wendepunkt des Euromaidan.

In ähnlicher Weise ergaben die forensischen Untersuchungen und Videos, dass die Tötungen der ersten drei Demonstranten Ende Januar 2014 von der Maidan-Opposition und den Medien gezielt der Polizei zugeschrieben wurden. Die Untersuchung sowohl unter der Regierung Janukowytsch als auch unter der Maidan-Regierung stellte fest, dass diese drei Demonstranten aus einer Entfernung von wenigen Metern im vom Maidan kontrollierten Gebiet getötet

wurden, während die Live-Übertragungen und Videos zeigten, dass Polizei und Demonstranten durch mehrere Dutzend Meter getrennt waren. Ebenso ergab die Untersuchung der ukrainischen Regierung im Jahr 2019, dass die Entführung und „Kreuzigung" von Dmytro Bulatow unter seiner Beteiligung inszeniert worden war. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine untersucht seit Ende 2014 Führer und Mitglieder von UNA-UNSO, einer der Gründungsorganisationen des Rechten Sektors, als Verdächtige bei den Tötungen dieser drei armenischen, belarussischen und westukrainischen Demonstranten und eines weiteren Demonstranten, der am 18. Februar 2014 getötet wurde.

Meinungsumfragen zeigen, dass die öffentliche Meinung zum Euromaidan in der Ukraine gespalten und regional geteilt war. Die meisten Einwohner der West- und Zentralukraine unterstützten den Euromaidan, während die Mehrheit der Einwohner des Ostens und des Südens ihn ablehnte.

Die Maidan-Opposition, die Maidan-Regierung und die westlichen Regierungen sowie – mit einigen Ausnahmen – die Medien in der Ukraine und im Westen verbreiteten Narrative, wonach die Maidan-Proteste friedlich, demokratisch, basisdemokratisch und repräsentativ für alle Ukrainer gewesen seien. Entgegen den Belegen behaupteten sie, dass die gesamte Gewalt von der Regierung Janukowytsch und ihren Kräften verübt worden sei.

Die Führer der Maidan-Opposition behaupteten fälschlich, die Regierungskräfte hätten die ersten drei Demonstranten im Januar 2021 getötet und den Führer des Automaidan entführt und gekreuzigt. Die ukrainischen und westlichen Medien berichteten ausführlich über die Tötungen dieser Maidan-Aktivisten und über die Entführung Bulatows und schrieben sie unverzüglich den Regierungskräften zu. Dasselbe gilt für Wikipedia. Im Gegensatz dazu stellten die russischen und die Donbas-Separatisten-Regierungen und die Medien den Euromaidan als „faschistischen Putsch" oder „Nazi-Putsch" falsch dar.

Die Analyse ergab, dass das Maidan-Massaker an den Demonstranten und der Polizei am 20. Februar 2014 eine erfolgreiche False-Flag-Operation war, die von Elementen der Maidan-Führung und verborgenen Gruppen von Maidan-Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden rational organisiert und durchgeführt wurde, um den asymmetrischen Konflikt während des „Euromaidan" zu gewinnen und in der Ukraine die Macht zu ergreifen. Dieses Massaker war ein Schlüsselelement des gewaltsamen Sturzes der halbdemokratischen Regierung in der Ukraine.

Die verschiedenen analysierten Beweisarten deuten darauf hin, dass Elemente rechtsextremer Organisationen wie des Rechten Sektors und Swobodas sowie oligarchischer Maidan-Parteien wie Vaterland in unterschiedlichen Rollen direkt oder indirekt an diesem Massaker an den Demonstranten und der Polizei beteiligt waren. Ein solches False-Flag-Massaker konnte seiner Natur nach nur von einer kleinen Zahl von Maidan-Führern und Scharfschützen verdeckt organisiert und erfolgreich durchgeführt werden.

Die Studie zeigt, dass verborgene bewaffnete Gruppen von Maidan-Scharfschützen, die sich insbesondere im Musikkonservatorium und im Hotel Ukraina befanden, das Massaker am

frühen Morgen des 20. Februar begannen, indem sie Berkut- und Einheiten der Inneren Truppen auf dem Maidan selbst mit scharfer Munition beschossen, ihnen massenhafte Verluste zufügten und sie zum Rückzug zwangen. Die bewaffneten Maidan-Gruppen, insbesondere dieselben, massakrierten die ahnungslosen Maidan-Demonstranten aus verborgenen Positionen in mehr als 20 vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten, insbesondere im Hotel Ukraina, im Schowtnewyj-Palast und in der Bank Arkada.

Die Inhaltsanalyse synchronisierter Videos, Audioaufzeichnungen und Fotos sowie die Analyse verschiedener öffentlich zugänglicher Belege zeigten, dass getötete und verwundete Polizisten und mindestens die absolute Mehrheit der 49 getöteten und 172 verwundeten Maidan-Demonstranten am 20. Februar 2014 von Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten massakriert wurden. Die Inhaltsanalyse zeigt, dass mindestens acht Videos Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten filmten, die während des Maidan-Massakers auf die Berkut-Polizei zielten oder schossen. Ihre und andere Eingeständnisse von Maidan-Scharfschützen, Zeugenaussagen und die Inhaltsanalyse ergaben, dass sechs dieser Videos Maidan-Scharfschützen zeigen, insbesondere aus der mit der extremen Rechten verbundenen speziellen bewaffneten Maidan-Kompanie. Scharfschützen in vom Maidan kontrollierten Gebäuden, die auf Maidan-Demonstranten zielten oder schossen, wurden in mindestens 14 Videos gefilmt. Darunter waren 10 Videos, in denen diese Scharfschützen von Maidan-Demonstranten, Journalisten, der Inhaltsanalyse und anderen Belegen als Maidan-Scharfschützen identifiziert wurden. Mindestens 26 Videos zeigen Gruppen bewaffneter Maidan-Scharfschützen und Späher, die in vom Maidan kontrollierte Gebäude und Gebiete hineingehen, nach Schusspositionen suchen, sie wechseln oder sie verlassen. Es gab außerdem mehr als 80 Videos von Demonstranten, Journalisten und Polizisten während des Maidan-Massakers, die auf Maidan-Scharfschützen oder Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden hinwiesen oder darüber aussagten. Dies steht im Einklang mit den Audioaufzeichnungen einer Gruppe solcher Scharfschützen, die auf Befehl schossen.

Die Erklärung der rechtsextremen Swoboda-Partei, Videos und Zeugenaussagen des Kommandeurs der Maidan-Selbstverteidigung, von Maidan-Demonstranten, ukrainischen Journalisten und Mitarbeitern des Hotel Ukraina zeigen, dass dieses Hotel vor, während und unmittelbar nach dem Massaker an den Demonstranten und der Polizei durch in diesem Hotel befindliche Scharfschützen von der Maidan-Opposition, insbesondere von Swoboda, bewacht und kontrolliert wurde. Ähnliche Belege zeigen die Kontrolle der Maidan-Opposition über andere Gebäude und Gebiete, aus denen Scharfschützen auf Demonstranten und Polizei schossen.

Mehrere hundert Zeugen wurden während des Massakers in den Medien und sozialen Medien über Scharfschützen im Hotel Ukraina und in anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden berichtet. Acht Maidan-Politiker und Aktivisten erklärten öffentlich, dass sie die Beteiligung bestimmter führender Maidan-Führer aus oligarchischen Parteien und rechtsextremen Organisationen am Massaker bezeugten, etwa deren Vorwissen über das Massaker, die Stationierung von Scharfschützen und die Evakuierung von Scharfschützen, die von Maidan-

Demonstranten gefangen genommen worden waren. Dies steht im Einklang mit anderen Belegen wie den Zeugenaussagen von 14 Mitgliedern von Maidan-Scharfschützengruppen, die ihre Beteiligung selbst eingeräumt haben, insbesondere aus einer mit der extremen Rechten verbundenen verdeckten Maidan-Kompanie und aus Georgien.

Synchronisierte Videos zeigen, dass die konkreten Zeiten und Richtungen des Schießens der Berkut-Polizisten nicht mit den konkreten Zeiten und Richtungen des Schießens auf konkrete Demonstranten übereinstimmten. Ein langes Video des deutschen Senders ARD, das gleichzeitig die Tötungen und Verwundungen von Demonstranten und die Positionen der Berkut-Polizei aufzeichnete, zeigt dies ebenfalls. Allein dieser visuelle Beleg zeigt, dass die Berkut-Polizisten, denen das Massaker an den Demonstranten zur Last gelegt wurde, nicht mindestens die absolute Mehrheit der getöteten und verwundeten Maidan-Demonstranten massakrierten.

Die Videos zeigen Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und belegen, dass Maidan-Demonstranten angelockt und dann von Scharfschützen aus solchen vom Maidan kontrollierten Gebäuden wie dem Hotel Ukraina massakriert wurden. Die Studie zeigte außerdem, dass westliche, polnische und russische Journalisten während des Maidan-Massakers von Scharfschützen beschossen wurden, die sich in vom Maidan kontrollierten Gebäuden befanden.

Es gibt keine konkreten Belege dafür, dass Janukowytsch oder seine Minister und Kommandeure das Massaker an den Maidan-Demonstranten anordneten oder auf andere Weise daran beteiligt waren. Die Lage der Einschusslöcher zeigte, dass die Berkut-Polizisten überwiegend über und vor den Maidan-Demonstranten schossen, insbesondere über die Demonstranten im zweiten und in höheren Stockwerken des Hotel Ukraina, das der Hauptstandort der Scharfschützen war, sowie in Bäume, Masten, Wände und den Boden. Belege wie Videos und Zeugenaussagen zeigen außerdem, dass amerikanische, britische, deutsche, polnische und russische Journalisten von Scharfschützen beschossen wurden, die sich in vom Maidan kontrollierten Gebäuden befanden.

Es gab keine Belege für „Scharfschützen einer dritten Kraft". Mehrere georgische Mitglieder von Scharfschützengruppen, die ihre Beteiligung selbst eingeräumt haben, sagten in den Medien und für den ukrainischen Prozess und die Untersuchung aus, dass sie und andere georgische und ausländische Scharfschützen Befehle von der Maidan-Opposition und von ehemaligen georgischen Führern erhalten hätten.

Die Befunde werden durch Belege aus dem Maidan-Massaker-Prozess und der Untersuchung in der Ukraine gestützt. Zu diesen Belegen gehören Zeugenaussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Maidan-Demonstranten, wonach sie und andere Demonstranten von Scharfschützen im Hotel Ukraina und in anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden erschossen wurden, sowie Aussagen von fast 100 Zeugen der Anklage und der Verteidigung über solche Scharfschützen. Zu den Belegen gehören außerdem im Prozess vorgelegte Videos, Ergebnisse forensisch-medizinischer Untersuchungen, wonach fast alle Demonstranten aus steilen Richtungen von der Seite oder von hinten beschossen wurden, Feststellungen staatlicher Ballistik-Experten, wonach viele Demonstranten aus dem Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden erschossen wurden, sowie erste ballistische Untersuchungen,

bei denen die aus den Körpern getöteter Demonstranten entnommenen Geschosse nicht zu den Kalaschnikow-Gewehren des Berkut passten. Die Vertuschung der Scharfschützen und der Schlüsselbeweise und die Blockierung der Untersuchungen und Prozesse durch die Maidan-Regierungen und die extreme Rechte, die Leugnung der Anklage, dass es in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden Scharfschützen gegeben habe, und die Tatsache, dass fast 10 Jahre nach einem der am besten dokumentierten Massenmorde der Geschichte niemand wegen des Massakers an den Demonstranten und der Polizei verurteilt wurde, stützen diese Studie ebenfalls.

Selbst die Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine stellte fest, dass etwa die Hälfte der Maidan-Demonstranten von anderen Orten als den Positionen der Berkut-Polizei aus verwundet wurde, und erhob wegen deren versuchten Mordes keine Anklage. Die Untersuchung der GPU stellte zunächst auch fest, dass die Scharfschützen im Hotel Ukraina die Demonstranten massakrierten.

Die absolute Mehrheit der verwundeten Maidan-Demonstranten, wegen derer Berkut-Polizisten angeklagt sind und deren Aussagen im Prozess offengelegt wurden, sagte im Prozess und bei der Untersuchung aus, dass sie von Scharfschützen aus dem Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden erschossen wurden oder dort Scharfschützen gesehen hatten. Fast 200 Zeugen, darunter Dutzende Zeugen der Anklage, sagten ebenfalls über Scharfschützen an diesen vom Maidan kontrollierten Orten aus, insbesondere über das Massaker an der Polizei und den Demonstranten.

Im Prozess vorgelegte synchronisierte Videos zeigen, dass die Zeiten und Richtungen der Schüsse der Berkut-Polizisten nicht mit den Zeiten und Richtungen übereinstimmten, zu denen konkrete Demonstranten getötet wurden. Andere Videos zeigten, wie Maidan-Demonstranten in Positionen gelockt wurden, die Scharfschützen aus solchen vom Maidan kontrollierten Gebäuden wie dem Hotel Ukraina ausgesetzt waren. Forensisch-medizinische Untersuchungen staatlicher Experten stellten fest, dass die Mehrheit der Demonstranten aus einem steilen Winkel von der Seite oder von hinten beschossen wurde. Dies steht im Einklang mit den Standorten der vom Maidan kontrollierten Gebäude und im Widerspruch zu den Standorten der Berkut-Polizei am Boden. Auch die ersten ballistischen Untersuchungen ergaben keine Übereinstimmung der aus den Körpern der Getöteten und Verwundeten entnommenen Geschosse mit den vom Berkut verwendeten Kalaschnikow-Gewehren.

Die Prozesse und Untersuchungen ergaben auch keine Belege dafür, dass Präsident Janukowytsch oder seine Minister und Kommandeure der Strafverfolgungsbehörden das Massaker anordneten. Forensische Untersuchungen der Einschusslöcher durch staatliche Experten und die von ihnen vorgelegten Videos zeigten, dass die Berkut-Polizisten überwiegend über die Maidan-Demonstranten hinweg schossen und insbesondere in das Hotel Ukraina hinein, den Hauptstandort der Scharfschützen.

Die versehentliche Tötung und Verwundung einer kleinen Zahl von Demonstranten durch die Berkut-Polizei durch Querschläger oder im Kreuzfeuer mit Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden kann wegen fehlender öffentlich zugänglicher Daten oder wegen

widersprüchlicher Daten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Dass sie jedoch zusammen mit anderen Demonstranten getötet und verwundet wurden, deutet darauf hin, dass auch sie wahrscheinlich von den Maidan-Scharfschützen erschossen wurden.

Es gibt verschiedene Hinweise auf eine Blockierung und Vertuschung von Schlüsselbeweisen. Bemerkenswert ist, dass die staatliche Untersuchung das Vorhandensein von Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden leugnete, obwohl sie selbst zunächst festgestellt hatte, dass nicht weniger als 13 Demonstranten durch Schüsse aus den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Gebieten getötet wurden. Als Geschosstrajektorien, die von staatlichen Ballistik-Experten und mittels Laser bei Vor-Ort-Ermittlungsexperimenten bestimmt wurden, zeigten, dass viele Maidan-Demonstranten aus dem Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden beschossen worden waren, wurde dieses Ergebnis vertuscht und Ballistik-Experten wurden nicht mehr herangezogen. Die GPU setzte keine Ballistik-Experten ein, um die Geschosstrajektorien und die Standorte der Schützen zu bestimmen, selbst nachdem dies vom Richter und der Jury angeordnet worden war.

Unerklärliche Umkehrungen der Ergebnisse von etwa 40 forensischen ballistischen Untersuchungen, darunter eine computergestützte Untersuchung, die zeigte, dass Geschosse von Berkut-Kalaschnikows nicht zu Geschossen aus den Körpern getöteter Maidan-Demonstranten passten, deuten ebenfalls auf eine Vertuschung und Beweismanipulation hin. Die synchronisierte Inhaltsanalyse der Videos der Berkut-Polizei und der getöteten und verwundeten Demonstranten zusammen mit den Orten und Richtungen der Wunden in der forensisch-medizinischen Untersuchung, den Zeugenaussagen von Augenzeugen unter den Maidan-Demonstranten und den Vor-Ort-Ermittlungsexperimenten staatlicher Ballistik-Experten zeigt, dass die Maidan-Demonstranten physisch nicht von den Berkut-Positionen aus beschossen worden sein können.

Das Urteil im Maidan-Massaker-Prozess, das im Oktober 2023 von einem Kiewer Gericht kurz vor dem 10. Jahrestag des Euromaidan verkündet wurde, bestätigte, dass viele Maidan-Demonstranten getötet und verwundet und Journalisten von BBC und ARD TV nicht von Berkut oder anderen Strafverfolgungsbeamten, sondern von Scharfschützen im Hotel Ukraina und an anderen Orten beschossen wurden und dass dieses Hotel und diese Orte nicht von den Regierungskräften, sondern von Maidan-„Aktivisten" kontrolliert wurden. Das Urteil bestätigte außerdem, dass keine russischen Scharfschützen an dem Massaker beteiligt waren und dass es keine Massakerbefehle von Janukowytsch oder seinen Ministern gab.

Das Urteil bedeutet, dass fast 12 Jahre nach diesem entscheidenden Massaker, das zu den am besten dokumentierten Fällen von Massenmorden der Geschichte zählt, niemand wegen des Mordes und des versuchten Mordes an den Maidan-Aktivisten und der Polizei in der Ukraine und wegen der Beschüsse auf ausländische Journalisten im Gefängnis sitzt.

Die Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft räumte ein, dass etwa die Hälfte der 172 verwundeten Maidan-Aktivisten nicht von Berkut-kontrollierten Orten aus beschossen wurde, und erhob wegen des versuchten Mordes keine Anklage; dies bedeutet ebenfalls, dass sie von den Maidan-Scharfschützen erschossen wurden. Das Prozessurteil und diese Feststellungen der

staatlichen Untersuchung bedeuten de facto offizielle Eingeständnisse, dass mindestens 10 der 49 getöteten und 115 der 172 verwundeten Maidan-Aktivisten am 20. Februar 2014 nicht von Berkut oder anderen Strafverfolgungsbehörden, sondern von Maidan-Scharfschützen aus den vom Maidan kontrollierten Orten erschossen wurden.

Die Entscheidung des Urteils, drei Berkut-Polizisten, die von Selenskyj an Donbas-Separatisten ausgetauscht worden waren, in Abwesenheit wegen des Mordes an 31 Demonstranten zu verurteilen, war politisch motiviert. Sie stützte sich auf eine einzige forensische Untersuchung von Geschossen, die die Ergebnisse von etwa 40 früheren forensischen Geschossuntersuchungen umkehrte. Diese forensische Untersuchung widersprach außerdem synchronisierten Videos, forensisch-medizinischen und ballistischen Untersuchungen staatlicher Experten sowie den Zeugenaussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Maidan-Demonstranten und mehrerer hundert Zeugen.

Dieses Buch zeigt zudem visuell anhand synchronisierter Videos, der Lage von Einschusslöchern in Schilden und Helmen, der Orte und Richtungen der Wunden in forensisch-medizinischen Untersuchungen, eines Vor-Ort-Ermittlungsexperiments staatlicher Experten und der Zeugenaussagen von Augenzeugen unter den Maidan-Demonstranten, dass das für die Anwälte der Maidan-Opfer erstellte SITU-Architekturmodell die Orte der Wunden und die Richtungen der Schüsse, die drei Demonstranten töteten, falsch darstellte.

Die Belege deuten außerdem darauf hin, dass es bewaffnete Maidan-Schützen gab, die mit der extremen Rechten und der oligarchischen Partei Vaterland verbunden waren, und dass sie am 18. und 19. Februar 2024 sowohl Polizisten als auch Demonstranten töteten und verwundeten. Die Maidan-Führer initiierten am 18. Februar den gewaltsamen Sturm auf das Parlament. Das erste Opfer war der Computertechniker im Büro der Partei der Regionen, der bei der Brandstiftung des Gebäudes durch Maidan-Aktivisten, darunter die extreme Rechte, getötet wurde. Das Gewerkschaftshaus auf dem Maidan wurde von rechtsextremen Aktivisten während des Versuchs der Alfa-Einheit des Sicherheitsdienstes der Ukraine, dieses Gebäude zu stürmen, in Brand gesetzt.

Dieser False-Flag-Massenmord vom 18.–20. Februar 2014 erzeugte eine öffentliche Gegenreaktion gegen die amtierende Regierung Janukowytsch und ihre Kräfte, die von der Maidan-Opposition, westlichen Regierungen, einem Teil der Regierungspartei sowie ukrainischen und westlichen Medien unverzüglich beschuldigt wurden, dieses Massaker angeordnet und verübt zu haben. Die von Maidan-Führern, darunter Führern der rechtsextremen Swoboda-Partei, und von einem Vertreter einer westlichen Regierung vor dem Massaker berichtete Bedingung, dass die westlichen Regierungen sich gegen die Regierung Janukowytsch wenden würden, sobald die Zahl der Opfer unter den Demonstranten 100 erreichen würde, schuf für die Maidan-Führer rationale Anreize, 100 Maidan-Demonstranten zu „opfern" und ihre Tötung den Regierungskräften zuzuschreiben. Die getöteten Demonstranten wurden unmittelbar nach dem Massaker als Himmlische Hundertschaft bezeichnet, und Demonstranten, die an Krankheiten starben, sowie Personen, die nicht auf dem Maidan waren, wurden einbezogen, um die Zahl der Opfer auf 100 zu bringen.

Solche Informationen über die westliche Beteiligung und die de-facto-Unterstützung des gewaltsamen undemokratischen Sturzes der ukrainischen Regierung mittels des Maidan-Massakers sowie über die Falschdarstellung dieses Massakers durch die westlichen Regierungen trotz der Belege – darunter das Telefonat zwischen dem estnischen Außenminister und dem EU-Außenbeauftragten –, dass dieser Massenmord unter Beteiligung von Elementen der oligarchischen und rechtsextremen Maidan-Opposition verübt wurde, erfordern weitere Forschung und die Analyse von Belegen, die von diesen Regierungen nicht öffentlich gemacht werden. Doch dies und die überwältigenden öffentlich zugänglichen Belege über die Beteiligung der oligarchischen und rechtsextremen Elemente der Maidan-Führung und der Maidan-Scharfschützen deuten darauf hin, dass die Vereinigten Staaten und andere westliche Regierungen zumindest über die tatsächlichen Täter dieses False-Flag-Massakers Bescheid wussten.

Das Buch zeigt, dass das Maidan-Massaker-Narrativ, das von den Regierungen und den Mainstream-Medien im Westen und in der Ukraine sowie von Wikipedia verbreitet wurde, falsch war. Sie bezeichneten den Maidan als friedlichen Protest und stellten das Massaker an den Maidan-Demonstranten als von Regierungs-Scharfschützen auf Befehl Janukowytschs und seiner Regierung verübt dar. Die Anklage, die Maidan-Opfer, ihre Anwälte und die Mainstream-Medien leugneten – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen – die Anwesenheit von Scharfschützen im Hotel Ukraina und in anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden, deren Beschuss der Maidan-Demonstranten und die Beteiligung der extremen Rechten an diesem Massenmord und behaupteten, dies sei „eine Verschwörungstheorie" und „Propaganda".

Dieser False-Flag-Mord an den Demonstranten und der Polizei führte zusammen mit mehreren folgenden Attentatsversuchen zur Flucht Janukowytschs aus Kiew und dann aus der Ukraine sowie zum gewaltsamen Sturz der ukrainischen Regierung. Das False-Flag-Massaker war ein Schlüsselelement des gewaltsamen undemokratischen Sturzes der Regierung in der Ukraine sowie eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen.

Das Massaker an den Maidan-Demonstranten und der Polizei am 20. Februar 2014 war ein Wendepunkt des Konflikts, der zu anderen großen Konflikten in der Ukraine und zu Konflikten zwischen der Ukraine und Russland sowie zwischen dem Westen und Russland ausuferte, insbesondere zur russischen Annexion der Krim, zum Krieg im Donbas, zur illegalen und verheerenden russischen Invasion und zum Krieg mit der Ukraine, der zugleich zu einem gefährlichen Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland wurde. Das Maidan-Massaker rechtfertigt nicht die illegale russische Invasion der Ukraine. Umgekehrt rechtfertigt die russische Invasion nicht das Maidan-Massaker an der Polizei und den Demonstranten.

Die russische Annexion der pro-russischen Krim, die eine mehrheitlich ethnisch russische Bevölkerung hatte und der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte war, stellte im Frühjahr 2014 eine drastische und illegale Eskalation des Konflikts dar, der den gewaltsamen und illegalen Sturz der pro-russischen Regierung in der Ukraine im Februar 2014 einschloss. Der Krim-Separatismus und der russische Imperialismus waren relativ weniger wichtige Faktoren. Die Analyse verschiedener Belege wie Interviews, Videos, Meinungsumfragen und Medienberichte

zeigt, dass der Konflikt auf der Krim im Frühjahr 2014 sowohl die Sezession dieser überwiegend ethnisch russischen Region der Ukraine mit Unterstützung der Mehrheit der Krim-Bewohner als auch ihre illegale Annexion durch Russland mit Hilfe einer verdeckten Militärintervention umfasste. Die russische Annexion und die verdeckte direkte Militärintervention waren jedoch entscheidender. Entgegen den Behauptungen der russischen Regierung sind die einseitige Sezession und die Annexion der Krim nach dem Völkerrecht illegal.

Die Sezession und die russische Annexion der Krim mit Hilfe der direkten russischen Militärintervention stellten einen wichtigen Wendepunkt in der politischen Geschichte der Region dar, die in der Vergangenheit viele Konflikte erlebte und in verschiedenen historischen Perioden von unterschiedlichen Mächten kontrolliert wurde. Nach dem Euromaidan kam es auf der Krim zu einem deutlichen Anstieg separatistischer Orientierungen. Die Analyse zeigt, dass eine Rückgabe der Krim von Russland an die Ukraine praktisch unmöglich ist, insbesondere während des Russland-Ukraine-Krieges. Die Krim bleibt ein wichtiger Konfliktpunkt zwischen der Ukraine und Russland sowie zwischen dem Westen und Russland. Ukrainische, englische und russische Narrative über den Konflikt des Jahres 2014 auf der Krim durch die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen und die Medien und insbesondere Wikipedia stellen viele seiner Schlüsselelemente falsch dar.

Separatisten, die Regierung Janukowytsch, die Maidan-Opposition, die Maidan-Regierung, rechtsextreme Organisationen, Russland, die Vereinigten Staaten und die EU trugen auf unterschiedliche Weise zum Beginn und zur Eskalation des gewaltsamen separatistischen Konflikts im Donbas und zum de-facto-Zerfall der Ukraine bei, doch hatten ihre Handlungen nicht alle die gleiche Wirkung. Die Studie verknüpft den Beginn des separatistischen Konflikts im Donbas mit dem gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch mittels des Maidan-Massakers und des von den Vereinigten Staaten geführten Regimewechsels in der Ukraine.

Die Belege zeigen, dass die von den russischen und separatistischen Regierungen und Medien verbreiteten Narrative eines reinen Bürgerkriegs im Donbas und ihre Leugnung der direkten russischen Militärinterventionen zur Unterstützung der Separatisten im Donbas im August 2014 und im Januar–Februar 2014 Propaganda, Desinformation oder Fake News sind. Die Studie weist dasselbe für die Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und – mit einigen Ausnahmen – der Medien sowie der englisch-, russisch- und ukrainischsprachigen Wikipedia nach, dass es im Donbas keinen Bürgerkrieg, sondern einen Krieg Russlands mit der Ukraine gegeben habe. Die Analyse der Austauschlisten von Kriegsgefangenen und verschiedener anderer Belege deutet ebenfalls darauf hin, dass die Berichte ukrainischer und westlicher Regierungen und Medien über die Gefangennahme zahlreicher russischer Geheimdienstgruppen in der Ukraine im Frühjahr 2014 und über die ständige Präsenz und ständige Teilnahme von mindestens mehreren tausend regulären russischen Truppen an Kämpfen im Donbas gefälscht sind.

Die Studie stellte fest, dass die absolute Mehrheit der Opfer auf beiden Seiten der Frontlinie im Donbas ukrainische Staatsbürger waren. Die Belege zeigen, dass entgegen den von den russischen und separatistischen Regierungen und Medien verbreiteten Narrativen eine

separatistische oder russische Buk-Besatzung im Juli 2014 das malaysische Passagierflugzeug Boeing MH17 abschoss, wahrscheinlich weil sie es für ein ukrainisches Militärflugzeug hielt.

Diese auf der Analyse eines großen Volumens von Primärquellen und gängigen politikwissenschaftlichen Definitionen beruhende Studie zeigt, dass zwischenstaatlicher Krieg, Völkermord, faschistische Junta und Terrorismus keine geeigneten Begriffe sind, um den Konflikt im Donbas vor der russischen Invasion zu definieren. Das Buch zeigt, dass die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen, die Medien und Wikipedia die Natur und die Ursprünge des Konflikts in der Ukraine falsch dargestellt haben.

Die vermutete verdeckte Beteiligung der Vereinigten Staaten und Russlands – der ersteren am gewaltsamen Regimewechsel während des Euromaidan, der letzteren am Beginn des Konflikts im Donbas – erfordert wegen des Mangels an öffentlich zugänglichen Daten über diese Ereignisse weitere Forschung. Die regionale politische Kultur im Donbas und die russische Ethnizität waren die stärksten Determinanten der Unterstützung für Separatismus in der Ukraine nach der russischen Annexion der Krim. Eine vom Autor in Auftrag gegebene und im Frühjahr 2014 vom Kiewer Internationalen Soziologie-Institut durchgeführte Umfrage zeigt, dass der Donbas neben der annektierten Krim die einzige Region mit mehrheitlicher Unterstützung für verschiedene Formen des Separatismus war.

Der Bürgerkrieg im Donbas mit russischen Militärinterventionen im August 2014 und im Januar–Februar 2015 führte zur de-facto-Unabhängigkeit der DNR und der LNR, die die bevölkerungsreichsten Teile der Oblaste Donezk und Luhansk kontrollierten. Zusammen mit der Annexion der Krim bedeutete dies den de-facto-Zerfall der Ukraine, ähnlich den gewaltsamen Sezessionen der pro-russischen Regionen Transnistrien in der Moldau sowie Abchasien und Südossetien in Georgien mit russischer militärischer Unterstützung. Wie dieses Buch zeigt, waren der Bürgerkrieg und die russischen Militärinterventionen im Donbas Elemente der Konfliktkette, die mit dem Euromaidan und dem Maidan-Massaker begann und im Februar 2022 in den Russland-Ukraine-Krieg eskalierte.

Dieses Buch zeigt, dass die Ukraine nach dem Euromaidan hinsichtlich der Unterstützung für pro-westliche/pro-nationalistische und pro-russische/pro-kommunistische politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten sowie hinsichtlich der Haltungen zu so zentralen außenpolitischen Fragen wie der Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, der Europäischen Union und der von Russland geführten Zollunion und den Beziehungen der Ukraine zu Russland entlang regionaler Linien gespalten blieb. Die regionalen Spaltungen hinsichtlich der Mitgliedschaft in EU, NATO und Zollunion sowie hinsichtlich einer Vereinigung der Ukraine und Russlands zu einem Staat nahmen nach dem Euromaidan jedoch ab.

Die Analyse verschiedener Umfragedaten deutet darauf hin, dass die Unterstützung für Separatismus auf der Krim und im Donbas nach dem Euromaidan, der zu einem gewaltsamen Sturz der relativ pro-russischen Regierung führte, erheblich zunahm. Ein Bürgerkrieg im Donbas durch pro-russische und von Russland unterstützte Separatisten sowie die russischen Militärinterventionen auf der Krim und im Donbas zur Unterstützung der Separatisten bedeuteten einen de-facto-Zerfall der Ukraine.

Die vom Autor in Auftrag gegebene KIIS-Umfrage von 2014 und die Ergebnisse anderer Umfragen zeigen, dass die von der russischen Regierung und den Medien geäußerten Auffassungen über eine weitverbreitete Unterstützung für Separatismus oder einen Beitritt zu Russland in der gesamten Ost- und Südukraine, die Präsident Putin und pro-russische Separatisten als Noworossija bezeichneten, unbegründet waren. Die Analyse der Umfragedaten zeigt jedoch, dass es entgegen den Narrativen der ukrainischen und westlichen Regierungen nach dem Euromaidan eine mehrheitliche Unterstützung für verschiedene Formen des Separatismus auf der Krim und im Donbas gab.

Dieses Buch zeigt, dass die rechtsextremen Organisationen eine bedeutende, aber minoritäre Vertretung unter der Maidan-Führung und den Demonstranten hatten. Die Analyse zeigt jedoch auch, dass die rechtsextremen Organisationen und Fußball-Ultras bei gewaltsamen Angriffen eine Schlüsselrolle spielten. Dazu gehören gewaltsame Versuche, am 1. Dezember 2013 die Präsidialverwaltung und im Januar sowie am 18. Februar 2014 das Parlament der Ukraine zu stürmen, sowie die Beteiligung an Zusammenstößen mit der Berkut-Polizei während deren Zerstreuung von Demonstranten am 30. November 2013.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass der Rechte Sektor und Swoboda entscheidende Rollen beim gewaltsamen Sturz der Regierung Wiktor Janukowytsch spielten, insbesondere beim Maidan-Massaker an den Demonstranten und der Polizei vom 18.–20. Februar 2014. Solche auf den Sturz der Regierung abzielenden Massenmorde stehen im Einklang mit ihrer illiberalen Ideologie einer nationalen Revolution. Die rechtsextremen Organisationen und Mitglieder waren am Maidan-Massaker an den Demonstranten und der Polizei und an der Vertuschung der Maidan-Scharfschützen beteiligt.

Diese Befunde deuten darauf hin, dass die rechtsextremen Organisationen infolge ihrer Beteiligung am gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch mittels des Maidan-Massakers ihren stärksten Einfluss in der Ukraine seit der Unabhängigkeit von 1991 erlangten. Wegen ihrer Beteiligung an der Gewalt des Euromaidan, insbesondere am Maidan-Massaker, das zum Sturz der Regierung Janukowytsch führte, und wegen ihrer Abhängigkeit von Gewalt steigerten die extremen Rechten ihre Macht und ihren Einfluss in der Ukraine radikal und erlangten die Fähigkeit, ukrainische Regierungen zu stürzen, einschließlich des neu gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Diese Studie zeigt, dass die rechtsextremen Organisationen und ihre bewaffneten Einheiten eine bedeutende, aber nicht dominante Rolle im Bürgerkrieg im Donbas hatten. Wegen ihrer Beteiligung am Krieg im Donbas und an den Massakern von Maidan und Odessa, der Schaffung eigener bewaffneter Formationen und ihrer Abhängigkeit von der Anwendung von Gewalt und der Androhung von Gewalt wurde der Einfluss der rechtsextremen Organisationen in der Ukraine seit 2014 zu einem der größten unter den Ländern Europas und der Welt.

Trotz ihrer relativ geringen Zahl und ihrer relativ schwachen elektoralen Unterstützung erlangten die von der extremen Rechten geführten bewaffneten Formationen und radikalnationalistischen und neonazistischen Organisationen erheblichen politischen Einfluss und wurden während des Krieges im Donbas in die Regierung, die Polizei, das Militär und die

Sicherheitsdienste integriert. Diese Studie legt nahe, dass radikalnationalistische und neonazistische Organisationen und ihre bewaffneten Einheiten die Macht erlangten, die Regierung eines der größten europäischen Länder gewaltsam zu stürzen, wegen ihrer Beteiligung am Krieg im Donbas und am Odessa-Massaker, ihres Waffenbesitzes und ihrer Kriegserfahrung und ihrer Abhängigkeit von Gewalt.

Diese Studie legt außerdem nahe, dass die Narrative über den Euromaidan und das Maidan-Massaker, die von den Regierungen und den Medien in der Ukraine, im Westen und in Russland sowie von Wikipedia verbreitet wurden, in unterschiedlichem Ausmaß unzutreffend waren. Die Regierungen und die Medien in der Ukraine und im Westen und sogar viele Forscher, die die ukrainische extreme Rechte untersuchten, ignorierten, verharmlosten oder leugneten die Beteiligung der extremen Rechten am gewaltsamen Sturz der Regierung, am Maidan-Massaker an den Demonstranten und der Polizei und an anderen bedeutenden Gewaltfällen während des Euromaidan. In ähnlicher Weise beschönigte eine kleine Gruppe von Editoren systematisch die extreme Rechte in der Ukraine, die Beteiligung der extremen Rechten an den Massakern von Maidan und Odessa sowie die Zusammenarbeit der OUN und der UPA mit den Nazis und ihre Beteiligung am nationalsozialistischen Völkermord und an der ethnischen Säuberung.

Entgegen dem Narrativ russischer und separatistischer Politiker und Medien sowie der Regierung Janukowytsch war der Euromaidan kein „faschistischer Putsch" und die Maidan-Regierung keine „faschistische Junta", weil die neonazistischen Organisationen keine dominante Rolle innerhalb der ukrainischen extremen Rechten hatten. Die rechtsextremen Organisationen waren am gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowytsch und an den Maidan-Regierungen in einem Bündnis mit oligarchischen Maidan-Parteien und -Führern beteiligt.

Diese Studie legt außerdem nahe, dass die vorherrschenden Narrative, die von den Regierungen und den Mainstream-Medien in der Ukraine, im Westen, in Russland und im separatistisch kontrollierten Donbas sowie von Wikipedia über die Rolle der extremen Rechten im Krieg im Donbas, beim Odessa-Massaker und im Russland-Ukraine-Krieg verbreitet wurden, in unterschiedlichem Ausmaß unzutreffend oder gefälscht waren. Die Regierungen und die Medien in der Ukraine und im Westen und sogar viele Forscher der ukrainischen extremen Rechten ignorierten oder leugneten die Macht der extremen Rechten in der Ukraine und ihre Beteiligung am Beginn des Krieges im Donbas und am Odessa-Massaker. Entgegen den Narrativen russischer und separatistischer Politiker und Medien hatten die neonazistischen Organisationen keinen entscheidenden Einfluss in den ukrainischen Streitkräften im Krieg im Donbas.

Diese Studie zeigt, dass die extreme Rechte entgegen den Behauptungen der ukrainischen und westlichen Regierungen und Medien im Verhältnis zu ihrer Zahl überproportionale Macht hatte. Die rechtsextremen Organisationen und die von ihnen organisierten und geführten Freiwilligenbataillone und paramilitärischen Einheiten spielten eine bedeutende Rolle beim Beginn und bei der Eskalation des Krieges im Donbas. Der Rechte Sektor, die Sozialnationale Versammlung, Patriot der Ukraine und Gruppen rechtsextremer Fußball-Ultras waren am Odessa-Massaker an separatistischen Demonstranten am 2. Mai 2014 beteiligt.

Entgegen den Behauptungen der russischen Regierung und der Medien, mit denen die illegale russische Invasion im Februar 2022 gerechtfertigt wurde, sind die ukrainische Regierung und das Militär jedoch nicht nationalsozialistisch oder neonazistisch. Unter den Führern und Ministern der ukrainischen Regierung und unter den Parlamentsabgeordneten gab es keine Neonazis. Die ukrainischen Regierungen seit dem Maidan und Selenskyj sind nicht neonazistisch. Neonazis machten während des Bürgerkriegs im Donbas 2014–2022 und zu Beginn der russischen Invasion 2022 etwa 1 % der ukrainischen Streitkräfte aus.

Während Russland seine Invasion der Ukraine mit der „Entnazifizierung" rechtfertigte, zeigt diese Studie, dass die Macht der extremen Rechten, insbesondere der neonazistischen Asow-Bewegung, während des Russland-Ukraine-Krieges in der Ukraine erheblich zunahm. Die von der extremen Rechten geführten Einheiten vergrößerten ihre Zahl und ihren Mitgliederbestand. Sie, ihre Symbole und der Gruß „Ruhm der Ukraine. Ruhm den Helden" wurden zum Mainstream. Selenskyj lobte die von der extremen Rechten geführten Einheiten. Die extreme Rechte hat die Macht, ihn zu stürzen.

Dieses Buch zeigt, ob und wie die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen, die Maidan-Kräfte, die ukrainische extreme Rechte und die Separatisten der Krim und des Donbas zum Euromaidan, zum Maidan-Massaker, zu den Konflikten um die Krim und den Donbas und zum Russland-Ukraine-Krieg beigetragen haben. Die Behauptungen der westlichen Regierungen, der Medien und verschiedener Informationskrieger, die Ukraine zu unterstützen, bedeuteten tatsächlich die Unterstützung des Stellvertreterkrieges in der Ukraine, des Bürgerkriegs im Donbas und des gewaltsamen illegalen Sturzes der ukrainischen Regierung während des Euromaidan. Zusammen mit der russischen Invasion der Ukraine 2022, der russischen Unterstützung von Separatisten im Donbas 2014 und der illegalen Annexion der Krim hatten all dies verheerende Folgen für die Ukraine.

Eine friedliche Beilegung dieser Konflikte durch die russischen, ukrainischen und westlichen Regierungen hätte die Eskalationsleiter des Konflikts stoppen und solche Folgen für die Ukraine verhindern oder minimieren können. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie alle gleichermaßen für den Russland-Ukraine-Krieg und die ihm vorausgegangenen Konflikte verantwortlich sind, die zu ihm beigetragen haben.

Nach der Wahl und der Amtseinführung Donald Trumps als US-Präsident im Jahr 2025 ist eine reale Möglichkeit entstanden, den Krieg in der Ukraine durch einen Friedensvertrag zu beenden. Es gibt jedoch erhebliche Unterschiede in den Positionen Russlands, der Vereinigten Staaten und der Ukraine. Die Ukraine steht vor der Möglichkeit eines „schlechten" Friedensvertrags zu Bedingungen einer teilweisen Niederlage oder der Fortsetzung des nicht zu gewinnenden Krieges mit der Aussicht auf eine totale Niederlage und Kapitulation. Ein „schlechter" Frieden war für die Ukraine seit Beginn der russischen Invasion und schon davor besser als der „gute" Krieg. Der Ausgang dieses wichtigsten Krieges seit dem Zweiten Weltkrieg wird die Zukunft nicht nur der Ukraine und Russlands, sondern auch der Weltordnung prägen.

Open Access Dieses Kapitel ist lizenziert unter den Bedingungen der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/), die die

Nutzung, Weitergabe, Anpassung, Verteilung und Vervielfältigung in jedem Medium oder Format erlaubt, solange Sie den ursprünglichen Autor bzw. die ursprünglichen Autoren und die Quelle angemessen nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die Bilder oder sonstiges Material Dritter in diesem Kapitel sind in die Creative Commons Lizenz des Kapitels einbezogen, sofern in einer Quellenangabe zu dem Material nichts anderes angegeben ist. Ist Material nicht in die Creative Commons Lizenz des Kapitels einbezogen und ist Ihre beabsichtigte Nutzung durch gesetzliche Regelungen nicht gestattet oder überschreitet sie die gestattete Nutzung, müssen Sie die Genehmigung direkt beim Rechteinhaber einholen.

Index

A

- Aktivisten, 14, 15, 17, 18, 23, 24, 39, 52, 60, 68, 70, 72–74, 96, 104, 108, 111, 132, 136, 138, 139, 143–145, 151–153, 155–158, 160, 173, 174, 321, 324, 325
- Berater, 28, 146, 278
- Hilfe, 103, 140, 196, 227, 228, 231, 233, 300, 316
- Aidar-Bataillon, 147
- Luftverteidigung, 224, 227, 251, 252, 255
- Alfa-Einheit, 106, 109, 137, 158, 325
- Amnesty International, 250–253
- Angola, 219, 226
- Annexion, 1, 2, 4, 6, 7, 28, 37, 85, 86, 91–96, 99, 100, 104, 107, 177, 178, 185, 189, 199–203, 208, 216, 222, 234, 279, 280, 285, 309, 312, 313, 315, 316, 326–328, 332
- Anti-Terror-Operation (ATO), 102, 109, 150
- Arakhamia, Davyd, 197, 287, 288, 296
- ARD, 38, 47, 57, 63, 70, 71, 74, 141, 321, 324
- Armenien, 19, 115
- Artillerie, 112, 224, 227, 228, 263, 279
- Attentat, 23, 24, 27, 77, 92, 107, 145, 152, 153, 194, 204, 208, 280, 310, 318, 326
- 3. Sturmbrigade, 262–264, 268
- Atlantic Council, 218
- Atlantic Council, 2
- Angriff, 12, 17, 18, 86, 92, 95, 102, 109, 110, 112, 115, 116, 131, 132, 136, 143, 148–150, 152, 156, 159, 160, 173, 174, 208, 223, 229, 252, 253, 311, 316, 318, 329
- Austin, Lloyd, 226
- Österreich, 246
- Automaidan, 12, 20, 319
- Autonomie, 87, 88, 90, 93, 100, 115, 117–121, 174, 183–185, 219
- Awdijiwka, 223
- Luftfahrt, 224, 252, 267
- Asarow, Mykola, 25

B

- Asow-Bataillon, 53, 110, 128, 146, 147, 154, 263–265
- Asow-Brigade, 262–265, 267–269, 271. Siehe auch 3. Sturmbrigade
- Asow-Korps, 264
- Bachmut, 223, 229, 268, 317
- Ostsee, 244–246
- Baltische Staaten, 58, 139
- Bandera, Stepan, 14, 128, 131, 133, 267, 269–271
- Bank Arkada, 48, 49, 53–55, 57, 61, 63, 70, 320
- BBC, 38, 42, 50–52, 54–57, 59, 63, 71–73, 101, 137–140, 142, 221, 222, 255, 324
- Belarus, 19, 59, 110, 127, 151, 154, 155, 171, 186, 189, 220, 279
- Belgorod, 253, 267
- Bennett, Naftali, 3, 232, 280, 287
- Berkut, 12, 14, 15, 17–20, 38–42, 44–49, 51, 55–57, 59, 62, 63, 65–77, 86, 92, 106, 109, 111, 131, 132, 135, 137–143, 150, 155, 313, 318–324, 329
- Biden, Joe, 26–29, 113, 114, 193, 197, 198, 202, 225, 230, 243, 245, 277, 295, 298
- Biletsky, Andrii, 147, 264, 268, 271
- Schwarzes Meer, 87, 91, 92, 96, 203, 228, 230, 246, 326
- Blogger, 19, 205, 283
- Grenzschutz, 59, 116, 220–222
- Borodai, Alexander, 113
- Bosnien, 219, 224, 249, 250, 316
- Bratstvo, 131, 146, 147, 151, 266, 268
- Breedlove, Philip, 226
- Butscha, 246, 253–255, 292, 296, 297, 312, 315, 316
- Budanov, Kyrylo, 215
- Budapester Memorandum, 285
- Bukowina, 118, 175
- Geschoss, 18, 24, 46, 48, 51, 55, 65, 66, 68–71, 75, 76, 142, 157, 321–325

C

- C14, 17, 132, 143, 144, 146, 147, 151, 152, 154, 173, 204, 267
- Kanada, 7, 110, 227, 234, 293
- Bataillon Karpatska Sitsch, 267
- Verluste, 1, 27, 44, 45, 58, 68, 92, 94, 102, 103, 106, 110, 115, 116, 136, 137, 149, 150, 155, 157, 215, 217, 218, 220–225, 228, 229, 233, 243, 246–253, 278, 286, 296, 298, 310, 315–317, 320, 325, 328
- Waffenstillstand, 110, 114, 150, 295, 297, 300
- Zensur, 207, 217
- Zentrum, 18, 22, 23, 28, 93, 102, 118, 174, 175, 178–180, 182, 183, 185–188, 190, 230, 283, 284

- Zentralukraine, 21, 22, 104, 178, 234, 279, 319
- Tschassiw Jar, 251
- Tschetschenien, 88, 95, 135, 224, 249, 316
- Tschernihiw, 205, 251, 252, 254
- China, 289, 293
- China-Vietnam-Krieg, 219
- CIA, 113, 199, 200, 219, 230, 262, 279
- Zivilisten, 86, 96, 102, 103, 110, 115, 116, 145, 148–151, 202, 217, 228, 243, 244, 246–251, 253–255, 266, 270, 282, 296, 312, 315–317
- Bürgerkrieg, 2, 4, 6, 37, 87, 95, 101–106, 112, 115, 119, 129, 135, 147, 149, 150, 173, 195, 196, 201, 204, 208, 215, 219, 220, 224, 232–234, 243, 247, 249, 250, 267, 310, 311, 313, 316, 327–332
- Klientelstaat, 27, 28, 114, 196, 199, 208, 219, 227–229, 233, 234, 290, 310, 313, 316, 318
- Kommandeur, 23, 25, 38, 41–46, 52, 55, 57–59, 61, 62, 64, 65, 68, 71, 74, 75, 103, 106, 108, 111, 114, 117, 128, 135–139, 146–152, 154, 155, 158, 217, 218, 224, 226, 228, 245, 253, 262–268, 271, 284, 321, 323
- Kommunistische Partei, 89, 111, 119, 121, 171, 173, 176, 178, 250
- Kongress, 3, 24, 128, 134, 228, 262, 269, 270, 279
- Kongress Ukrainischer Nationalisten, 43, 131, 133, 137
- Verfassung, 24, 25, 89, 93, 151, 177, 195, 207, 208, 294, 315
- Verfassungsgericht der Ukraine, 205
- Europarat, 27, 69, 159
- Gegenoffensive, 228, 295
- Putsch, 11–13, 23, 92, 103, 127, 193, 219, 311, 313, 317, 319, 330
- Gericht, 6, 11, 19, 41, 59, 69, 73, 74, 76, 110, 132, 136, 142, 143, 148, 153, 159, 160, 205, 206, 282, 324
- Krim, 1, 2, 4, 6, 7, 12, 13, 22, 23, 28, 37, 85–96, 99, 101, 102, 104, 105, 107–109, 111, 114, 117–120, 172, 174–180, 182, 184–190, 194, 195, 199, 201–203, 208, 216, 220, 225, 253, 266, 277, 278, 280, 281, 293–297, 309–311, 313, 315, 316, 326–329, 332
- Krim-Brücke, 96, 230
- Krimtataren, 87–90, 93, 94, 96
- Kubakrise, 2, 231
- Zollunion, 7, 14, 21, 108, 171, 176, 186, 187, 189, 329

D

- Debalzewe, 151
- Demokratie, 18, 193, 195, 204, 205, 217, 262, 272, 313, 315
- Justizministerium, 153
- Desinformation, 1, 3, 5, 24, 76, 217, 222, 223, 327
- Dnipro-Bataillon, 138, 139, 147, 149
- Dnipropetrowsk (Dnipro), 41, 61, 110, 121, 141, 142, 145, 147, 149, 179, 180, 182, 183, 185, 203, 251

- Donbas, 1, 2, 4, 6, 7, 12, 13, 22, 23, 28, 37, 53, 68, 70, 74, 75, 85, 91, 94–96, 99–115, 117–119, 121, 127–129, 146–154, 172–179, 182, 185–190, 194–196, 199–204, 208, 216, 220, 222–225, 227, 232–234, 243, 246–252, 255, 263, 264, 267, 268, 271, 277–281, 285, 293–297, 309–317, 319, 324, 326–332
- Donezk, 99, 100, 104, 107, 109, 110, 112, 116, 119, 149, 150, 153, 174, 176, 178–180, 182, 183, 203, 234, 253, 279, 299, 328
- Volksrepublik Donezk (DNR), 100, 102, 111, 113, 220, 222, 223, 234, 249, 253, 328
- Drohnen, 96, 223, 227, 230, 253
- Dugin, Aleksandr, 129, 153

E

- Osten, 22, 105, 118, 135, 174–176, 178–180, 182, 183, 186–190, 201–203, 225, 280, 281, 312, 319
- Ostukraine, 91, 94, 102, 107, 153, 201, 203, 315
- Wirtschaftssanktionen, ix
- Wahl, 1, 7, 21, 25, 27, 88–90, 96, 105, 128, 150–152, 154, 156, 171–173, 175–181, 185, 186, 195, 197, 198, 204, 205, 207, 208, 220, 271, 298–300, 332
- Botschaft, 28, 143, 144, 262
- Einkesselung, 112, 113, 151, 223, 229
- Energie, 252, 298, 317
- Erdogan, Tayyip, 288
- Espanola, 268
- Ethnische Russen, 88–90, 92, 107, 111, 119, 121, 176, 195, 208, 243, 247, 312, 315, 326
- Ethnische Ukrainer, 89, 90, 119, 176
- Eurasische Jugendunion, 129, 153
- EuroMaidan, 195
- Euromaidan, 1, 2, 4, 6, 11–13, 15–19, 21–23, 25, 26, 37, 39, 40, 57, 59, 67, 85, 87, 90, 92, 93, 95, 99, 100, 104, 106–108, 113, 114, 117, 127–132, 134, 135, 143, 144, 146–148, 156, 171–175, 178, 182, 185–187, 195, 196, 199, 201, 204, 208, 309–311, 313, 315, 317, 319, 320, 324, 327–330, 332. Siehe auch Maidan
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 160
- Europäische Union (EU), 1–3, 7, 11, 13, 14, 16, 18, 21, 22, 26, 38, 62, 90, 95, 99, 100, 106, 107, 110, 149, 171, 176–178, 186, 187, 189, 195, 205, 216, 227, 228, 232, 234, 246, 262, 281, 284–286, 293, 294, 297, 300, 317, 318, 325, 327, 329

F

- Facebook, 15, 19, 52, 152
- Faktenprüfung, 58, 59
- False-Flag, 18–20, 23–25, 27, 40, 77, 107, 132, 143, 157, 204, 219, 243, 244, 246, 252, 253, 310, 312, 316, 318–320, 325, 326

- Extreme Rechte, 1, 2, 7, 13, 20, 24, 39, 40, 52, 92, 95, 107, 127–131, 133, 135, 136, 138, 144, 148, 150–155, 158, 173, 177, 204, 265, 266, 268, 270–272, 281, 299, 313, 315, 322, 325, 330, 331. Siehe auch Neonazi
- FBI, 153
- Frauen, 12, 21, 53–55, 64, 140, 141, 143, 152, 282, 283
- Fico, Robert, 294, 295
- Forensik, 19–21, 38, 40, 42, 45, 49, 55, 57, 62, 64–66, 69–71, 75, 76, 141, 142, 157–159, 253, 254, 319, 322–325
- Frankreich, 2, 27, 57, 87, 107, 110, 135, 154, 195, 197, 286, 287, 292, 293
- FSB, 108, 222

G

- Galizien, 43, 118, 131, 175, 270
- Gaza, 249, 316
- Völkermord, 3, 7, 103, 128, 208, 243, 244, 246, 247, 249, 253, 311, 312, 315–317, 328, 330
- Georgien, 3, 28, 58, 88, 105, 115, 139, 195, 249, 297, 321, 328
- Deutschland, 27, 39, 57, 88, 107, 130, 133, 134, 195, 197, 198, 225, 232, 234, 244–246, 267, 269, 284, 286, 287, 289, 290, 292–294, 297, 317
- Girkin, Igor (Strelkow), 101, 103, 107–109, 113, 114, 149, 199
- Ruhm der Ukraine, 39, 133, 135, 269, 270, 331
- Ruhm der Ukraine, 128, 133, 134, 152
- Regierung, 1–6, 11–18, 20–28, 37–42, 45, 46, 48–50, 55–58, 62–77, 85–96, 100–111, 113–117, 119, 127–130, 132, 135, 137, 138, 141, 142, 144–146, 148–151, 153–160, 172–174, 176, 179, 185, 189, 193–196, 198–208, 215–218, 220–227, 230, 232–234, 243, 244, 246, 248–254, 261, 262, 267–269, 277–281, 284–286, 289, 290, 293, 294, 296, 297, 309–320, 322–332

H

- Hollande, Francois, 100, 114, 285
- Horliwka, 116, 253
- Hotel Ukraina, 23, 38, 41, 44, 45, 48–52, 54–58, 60–64, 66, 68–76, 138, 142, 320–324, 326
- Ungarn, 197, 246

I

- Ideologie, 39, 128, 130, 131, 134, 147, 263, 329
- Ilowajsk, 112, 113, 151
- Imperialismus, 2, 86, 194, 200, 201, 311, 315, 326
- Infrastruktur, 86, 96, 109, 251, 252, 317
- Institute for the Study of the War, 218
- Geheimdienst, 28, 101, 108, 112, 114, 147, 172, 196, 199, 200, 224, 227, 228, 230, 231, 233, 245, 246, 250, 251, 254, 263, 264, 266, 267, 279, 286, 294, 316, 327
- Innere Truppen, 18, 26, 38, 40–42, 44–46, 62, 73, 75, 86, 110, 132, 135, 137, 145, 320

- Zwischenstaatlicher Krieg, 216, 219, 220, 233, 310, 328
- Iran, 219
- Irak, 3, 219, 297
- Irak-Iran-Krieg, 219
- Israel, 280, 287, 293, 294, 317
- Istanbul, 96, 288–293, 296, 297, 299
- Istanbul-Kommuniqué, 197, 291, 295
- Italien, 110, 134, 269, 270, 293, 297
- Isjum, 251, 252

J

- Johnson, Boris, 226, 262, 271, 286–288, 293, 297

K

- Kachowka-Staudamm, 253
- Charkiw, 16, 24, 26, 107, 108, 110, 121, 156, 179, 180, 182, 183, 185, 203, 228, 234, 251, 265, 280
- Cherson, 152, 179, 180, 183, 185, 202, 203, 228, 234, 280, 299, 315
- Chmelnyzkyj, 77, 143
- Chruschtschow, Nikita, 88, 201
- Kiewer Internationales Soziologie-Institut (KIIS; KMIS), 21, 22, 100, 117–121, 177, 179, 182–190, 203, 205, 234, 282, 328, 329
- Getötete, 19, 20, 23, 27, 38, 40, 45–49, 51, 53–55, 58, 60, 64–66, 69–77, 86, 94, 109, 112, 114–116, 136–138, 142–144, 149, 153, 157, 159, 174, 205, 220–223, 227, 233, 247–250, 253–255, 268, 283, 295, 312, 319–325
- Klitschko, Vitali, 205, 207
- Koshulynsky, Ruslan, 137, 154
- Kosovo, 95
- Kosovo-Krieg, 224, 297, 316
- Kraken, 255, 264, 265, 267, 268
- Kramatorsk, 107, 108, 112, 251, 253, 296
- Krawtschuk, Leonid, 24
- Krementschuk, 251
- Krywyj Rih, 251
- Kuleba, Dmytro, 226
- Kurachowe, 223
- Oblast Kursk, 223–225
- Kiew, 14, 16, 17, 19, 22, 24, 25, 27, 41, 42, 57, 62, 63, 66, 73, 77, 86, 92, 100, 107, 131, 132, 136, 140, 143–145, 152, 153, 155, 174, 179, 181, 184, 201–203, 205, 207, 229, 251, 252, 254, 265, 279, 280, 282, 283, 286, 288, 296, 318, 324, 326

L

- Lawrow, Sergei, 26, 291
- Anwälte, 40, 46, 48, 49, 58, 59, 67, 69, 70, 76, 139, 141, 155, 205, 244, 325, 326
- Liovochkin, Serhii, 2, 15, 16
- Luhansk, 99, 100, 104, 107, 109, 112, 116, 119, 150, 174, 176, 178–180, 182, 183, 203, 234, 279, 299, 328
- Volksrepublik Luhansk (LNR), 100, 102, 111, 113, 234, 249, 328
- Luzk, 159, 270
- Lwiw, 39, 138, 140, 143, 177, 179, 180, 183, 205, 267, 282, 283
- Lyssytschansk, 223

M

- Maidan-Aktivisten, 12, 18, 20, 21, 27, 42, 56, 59, 60, 67, 71–77, 86, 92, 106, 137, 140, 142, 145, 155, 157, 158, 160, 173, 313, 319, 324, 325. Siehe auch Demonstranten
- Maidan-Massaker, 1, 2, 6, 11–16, 20, 21, 23–27, 37–41, 43, 45, 49, 51, 54, 57–60, 65, 67–69, 71–73, 75, 77, 85, 86, 92, 106, 130, 133, 136, 138, 140–146, 148–150, 152, 154, 155, 157, 159, 194, 204, 208, 252, 263, 309, 310, 313, 318–322, 324–330, 332
- Maidan-Selbstverteidigung, 23–25, 27, 46, 52, 55–61, 64, 70, 110, 135–139, 143, 145, 148, 155, 156, 158, 160, 173, 174, 321
- Maidan-Scharfschützen, 23, 24, 38, 39, 42, 46, 58–60, 63, 65, 67, 68, 72, 76, 77, 106, 136, 142, 144, 155, 313, 319–321, 323, 324, 326, 329
- Hauptpostamt, 41, 44, 53, 63, 64, 74, 139, 141, 142
- Mariupol, 110, 116, 148, 149, 153, 202, 204, 223, 248, 249, 251–253, 255, 263–265, 268, 280, 316, 317
- McCain, John, 25
- Medien, 1–6, 11–15, 17–20, 23, 27–29, 37–42, 45, 46, 48, 52, 57–60, 62–64, 71, 76, 85, 86, 92–95, 100–103, 105, 110–112, 114, 119, 127, 128, 130, 137–139, 142, 144, 146, 149, 151, 153, 155, 156, 160, 172, 173, 176, 193–195, 199, 200, 203, 204, 206–208, 215–218, 220, 221, 223–225, 228, 230, 232–234, 243–247, 249–254, 256, 261–263, 266, 268, 277, 278, 280, 281, 283, 284, 286, 294, 296, 309–319, 321, 322, 325–332
- Medwedtschuk, Viktor, 207, 265
- Medwedew, Dmitri, 203, 279, 285
- Söldner, 108, 110, 111, 116, 222, 232, 233, 267, 268
- Merkel, Angela, 100, 114, 285
- MH17, 117, 314, 328
- MI6, 200, 219
- Militärgeheimdienst der Ukraine (HUR), 215, 264, 265
- Verteidigungsministerium, 59, 112, 147, 148, 233
- Minderheiten, 18, 22, 62, 86, 88, 90, 102, 104, 105, 110, 111, 115, 121, 131, 146, 178, 185, 186, 201, 233, 278, 281, 329
- Minsker Abkommen, 100, 114, 115, 151, 199, 208, 285
- Misanthropic Division, 159, 262
- Rakete, 96, 193, 196, 198, 199, 224, 225, 227, 230, 250–253, 256, 280, 311

- Vermisst (MIA), 116, 221, 222
- Mobilisierung, 226, 280, 283, 284, 300
- Moldau, 88, 105, 115, 135, 172, 328
- Moskau, 91, 121, 200
- Musikkonservatorium, 38, 42, 44–46, 57–62, 69, 72, 74, 137–139, 142, 145, 320
- Mykolajiw, 179, 180, 183, 203, 251
- Myrotvorets, 111, 283

N

- Bataillon Nachtigall, 267
- Narrativ, 1, 3–5, 12, 13, 37–39, 85, 86, 101, 105, 127–129, 194, 204, 215–218, 230, 277, 278, 298, 310, 311, 319, 326–331
- Nationalkorps, 128, 204, 264, 265, 271
- Nationalismus, 130, 147, 177
- Nationalist, 1, 6, 14, 39, 89, 91, 93, 100, 107–111, 127–131, 146–149, 151–153, 171, 174–181, 232, 263, 271, 283, 318, 328, 330
- NATO, 1, 2, 6, 7, 91, 92, 95, 99, 101, 104, 171, 176–178, 186, 188, 189, 193–199, 201, 202, 208, 216, 217, 224–228, 230–233, 262, 265, 281, 285, 287–289, 292, 294, 298–300, 310, 311, 315–317, 329
- Marine, 86, 91, 93, 230, 245
- Neonazi, 14–17, 19, 39, 95, 109–111, 127–129, 131, 132, 135, 136, 144, 146–149, 151–154, 156, 159, 173, 203, 204, 252, 255, 261–271, 313, 315, 316, 318, 330, 331
- Neonazi, 128, 130, 131
- Niederlande, 117
- NGO, 6
- Nord Stream, 244–246, 267, 290, 312, 316
- Nordkorea, 225
- Noworossija, 201, 329
- Atomkrieg, 2, 231, 317
- Atomwaffen, 95, 194, 197, 199, 285, 286, 293, 310
- Nuland, Viktoria, 18, 25, 26, 232, 289–291, 293, 296

O

- Obama, Barack, 26, 92, 113
- Besetzung, 39, 88, 200, 202, 248, 254, 267, 279, 282, 311, 315
- Odessa, 107, 108, 111, 129, 130, 152, 154–160, 174, 179, 180, 183, 185, 203
- Odessa-Massaker, 1, 2, 6, 59, 127–130, 154–156, 159, 160, 263, 313, 330, 331
- Offensive, 223, 224, 295
- Präsidialamt, 151, 207, 280, 284
- Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), 115, 116, 206, 248, 254
- Omega-Einheit, 40, 55

- Oppositionsplattform, 205, 207
- „Orange Revolution", 3, 89, 99, 105, 171, 172, 174, 175, 182, 186, 187, 234
- Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), 39, 128, 129, 133, 134, 152, 154, 249, 250, 267, 269–271, 330
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 100, 112, 116, 220, 247

P

- Panetta, Leon, 226
- Parlament, 12, 15–18, 24, 25, 27, 28, 56, 57, 60, 67, 72, 74, 86, 93, 132, 136, 137, 140, 141, 145, 146, 152, 153, 156, 159, 173, 194–196, 203, 205–207, 243, 245, 262, 268, 270, 271, 287, 294, 318, 325, 329, 331
- Partei der Regionen, 12, 18, 25, 57, 89, 90, 93, 105–107, 111, 119, 121, 136, 145, 173, 182, 325
- Partei Scharij, 205
- Parubij, Andrii, 16, 23, 135, 136, 138, 139, 141, 145, 146, 155, 156, 159
- Patriot der Ukraine, 16, 17, 53, 128, 131, 135, 136, 140, 145–147, 152, 156, 204, 264, 265, 331
- Friedensvertrag, 28, 58, 96, 114, 197, 202, 204, 224, 228, 232, 246, 271, 278–282, 286–291, 293–300, 310, 315–317, 332
- Friedensverhandlungen, 197, 232, 246, 277, 279–281, 286, 288–294, 296, 297, 299, 316, 317
- Pentagon, 228, 245, 262, 279
- Volksfront, 67
- Flugzeug, 24, 59, 103, 117, 224, 255, 256, 268, 314, 328
- Polen, 27, 39, 57, 107, 195, 234, 245, 269–271, 293
- Polizei, 6, 12, 14–20, 23, 26, 37–40, 42–49, 57–60, 62, 64–73, 75, 86, 92, 94, 106, 107, 109, 110, 113, 115, 116, 130–132, 135–139, 141, 142, 144, 146–152, 155–157, 159, 160, 174, 204, 220–222, 250, 263, 270, 313, 318–326, 329, 330
- Umfrage, 21–23, 90, 91, 93, 101, 102, 130, 175, 182, 185–189, 201, 203, 205, 234, 281–283, 316, 319, 326
- Bevölkerung, 87–89, 103, 107, 175, 176, 189, 247, 249, 250, 281, 285, 313, 326
- Poroschenko, Petro, 15, 18, 21, 28, 29, 67, 95, 101, 111, 113–115, 117, 142, 144, 145, 150, 152, 153, 177, 195, 205–207, 285
- Kraftwerk, 253
- Präsidialverwaltung, 2, 12, 15, 17, 18, 27, 74, 132, 151, 194, 199, 318, 329
- Prigozhin, Evgeni, 108, 268
- Gefangene, 222, 268
- Kriegsgefangene (POWs), 110, 111, 114, 148, 221, 225, 233, 244, 247, 250, 255, 256, 315, 327
- Propaganda, 1, 7, 101, 215, 217, 218, 222–224, 229, 266, 277, 278, 298, 317, 326, 327
- Anklage, 4, 16, 20, 46, 48, 55, 59, 64–70, 76, 159, 173, 207, 278, 322, 326
- Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine (GPU), 15, 38, 43, 45, 56, 58, 59, 64, 66–70, 108, 136, 138, 155, 319, 322, 323

- Protest, 11–18, 20–23, 25, 37, 40, 72, 90, 92, 102, 105, 106, 130–132, 139, 150, 153, 156, 174, 263, 313, 317–319, 326
- Demonstranten, 12–24, 26, 27, 37–42, 44–58, 60–72, 74–77, 86, 92, 102, 106, 107, 130–132, 134, 136–145, 149–151, 154–158, 173, 174, 178, 194, 204, 263, 318–326, 329–331. Siehe auch Aktivisten
- Stellvertreterkrieg, 6, 28, 37, 100, 218, 219, 225–228, 230–232, 295, 310, 316, 317, 326, 332
- Putin, Vladimir, 26, 91, 92, 96, 100, 103, 107, 108, 114, 127, 172, 193, 196, 197, 200–203, 207, 220, 225, 228, 231, 232, 246, 261, 279, 280, 285–292, 295, 296, 298–300, 315, 317, 329

R

- Rasumkow-Zentrum, 21, 22, 89, 90, 101, 102, 182, 185–188, 190
- Referendum, 85, 86, 88, 93, 94, 102, 149, 172, 185, 188, 189, 203, 293, 313
- Flüchtlinge, 117, 234, 269, 281, 317
- Regimewechsel, 11, 25, 27, 92, 104, 107, 113, 199, 202, 279, 313, 315, 317, 327, 328
- Rückzug, 45–47, 75, 113, 223, 280, 320
- Revolution, 3, 11, 13, 23, 24, 87, 130, 147, 186, 313, 317, 329
- Revolution der Würde, 313
- „Revolution der Würde"@„Revolution der Würde", 12, 13, 23, 135
- Resnikow, Oleksij, 226
- Rechter Sektor, 14, 15, 17–20, 24, 39, 43, 53, 57–60, 62, 64, 74, 95, 106, 109, 110, 130–133, 135–141, 143–149, 151, 153, 154, 156–160, 173, 174, 266–268, 271, 318–320, 329, 331
- Rumänien, 24, 91
- Rubio, Marco, 226
- Rusich, 267
- Russland, 7
- Russland, 1–4, 6, 7, 11, 14, 16, 21, 28, 37, 57, 68, 77, 85–96, 99–104, 107–111, 113–115, 117, 119, 121, 128, 130, 135, 149–151, 153, 171, 172, 174, 177, 178, 185–190, 193–208, 215–220, 223–228, 230–232, 234, 243–246, 248, 261, 264–268, 271, 277–281, 283–300, 310, 311, 315–318, 326–332
- Russland-Georgien-Krieg, 185, 224, 297, 316
- Russische Armee, 292
- Russische Invasion, 3, 4, 6, 28, 59, 96, 99–101, 103, 104, 112, 114–116, 127, 128, 177, 186, 188, 189, 193, 194, 196–200, 202–208, 215–217, 220, 227, 232–234, 243–245, 247, 248, 254, 261–263, 266, 268, 269, 271, 279, 281–285, 291, 295, 297, 310, 311, 315–317, 326, 328, 331, 332
- Russische Sprache, 99, 171, 176, 217
- Russisches Militär, 86, 92–94, 96, 101, 103, 105, 108, 109, 111–114, 116, 150, 151, 154, 172, 202, 207, 220, 222, 224, 225, 229, 230, 233, 247, 255, 297, 298, 316, 317, 328
- Russische Militärintervention, 2, 6, 92, 94, 100, 104, 108, 109, 111–115, 147, 150, 154, 196, 201, 208, 220, 224, 232, 233, 285, 313, 316, 327–329
- Russischsprachige, 119, 121, 176, 208, 243, 247, 312, 316
- Russisches Freiwilligenkorps, 267

- Russland-Ukraine-Krieg, 1, 2, 4–7, 13, 28, 29, 37, 75, 85, 86, 94–96, 100, 103, 105, 108, 114, 115, 127, 154, 193, 194, 197, 199, 204, 205, 207, 208, 215–218, 225, 230–232, 246, 249, 253, 262–266, 268, 269, 271, 277, 281–283, 285, 288, 297, 299, 300, 309–313, 316, 317, 327, 328, 331, 332

S

- Saakashvili, Mikheil, 3, 67
- Scholz, Olaf, 224
- Schröder, Gerhard, 115, 232, 289, 290
- Nationaler Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine (RNBO), 27, 94, 199, 205
- Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU), 19, 28, 38, 40, 41, 55, 56, 62, 68, 71, 106, 107, 109, 111, 114, 117, 136, 137, 139, 140, 143, 144, 146, 150, 156, 158, 160, 196, 199, 200, 204, 206, 220, 221, 230, 245, 264, 270, 283, 325
- Separatismus, 1, 7, 85, 88–93, 99, 100, 102–105, 107, 108, 115, 117–121, 148, 171–177, 182, 183, 185, 201, 233, 234, 282, 326, 328, 329
- Separatisten, 1, 3, 4, 12, 22, 23, 28, 68, 70, 74, 87–91, 93–95, 100–105, 107–117, 119, 121, 127, 135, 148–151, 153–160, 172–175, 177, 178, 182, 185–190, 194, 195, 199–204, 208, 220–223, 227, 228, 232–234, 243, 246–253, 255, 264, 268, 279, 297, 310–316, 319, 324, 327–332
- Serbien, 95, 111, 154
- Diener des Volkes, 271
- Sewastopol, 86, 88, 91, 93, 94, 100, 253, 293
- Bataillon Sitsch, 153, 267, 270
- Sjewjerodonezk, 223
- Slawa Ukraini Ruhm der Ukraine. Siehe Ruhm der Ukraine
- Slowakei, 246, 270, 295
- Slowjansk, 101, 107–109, 112, 148, 149
- Scharfschütze, 12, 20, 23–25, 38–42, 44–74, 76, 77, 86, 106, 136, 138–142, 144, 145, 149, 155, 157, 313, 320–324, 326
- Soziale Medien, 11, 17, 23, 41, 42, 57, 58, 60, 62, 64, 70, 71, 100, 101, 130–132, 144, 146, 150, 155, 159, 160, 205, 216, 223, 224, 228, 233, 247, 250, 251, 263, 266, 282, 283, 321
- Sozialnationale Versammlung (SNA), 16, 131, 136, 146, 147, 156, 158, 159
- Sozialnationale Partei, 16, 131, 135, 156
- Sokil, 267
- Soldat, 24, 46, 111, 112, 116, 145, 221, 225, 226, 243, 253, 254, 271, 295, 315
- Süden, 3, 22, 105, 110, 117, 174–176, 178–180, 182, 183, 185–190, 201, 203, 227–229, 280, 281, 312, 319
- Südukraine, 4, 21, 103, 106, 109, 119, 172, 174, 316, 329
- Südossetien, 3, 88, 90, 115, 185, 297, 328
- Sowjetukraine, 86, 88, 173, 175, 250
- Sowjetunion, 86–88, 91, 99, 128, 175, 176, 193, 196, 219, 267, 285
- SS-Division Galizien, 267, 270

- Stalin, Joseph, 88, 250
- Außenministerium, 25, 26, 128, 226, 232, 262, 289, 294, 317
- St. Mary's-Bataillon, 147
- Sumy, 179, 181, 184, 254
- Swoboda, 12, 14, 16, 17, 24, 25, 27, 39, 43, 50–52, 54, 56, 58, 64, 67, 68, 70, 74, 106, 110, 128, 130–133, 135–138, 140, 141, 143–147, 152–154, 173, 267, 320, 321, 325, 329
- Schweden, 110, 154
- Syrien, 219

T

- Telegram, 216, 221, 223, 255, 267, 284
- Fernsehen (TV), 3, 11, 15–17, 38, 40–42, 44–47, 50–53, 55, 56, 58, 59, 67, 70–74, 106, 138–142, 144, 149, 155, 158, 159, 173, 174, 206, 207, 226, 296, 321, 324
- Territorialverteidigung, 254, 283, 312, 315
- Terrorismus, 7, 38, 68, 249, 328
- Terrorist, 102, 109, 113, 150, 174, 199
- Gewerkschaftshaus, 19, 59, 61, 110, 129, 133, 137, 139, 155, 158–160, 174, 318, 325
- Transkarpatien, 118, 175, 179, 180, 183
- Transnistrien, 105, 115, 135, 328
- Prozess, 6, 15, 16, 21, 23, 24, 38, 40, 41, 43, 45, 48–51, 55, 58–60, 63–66, 68–72, 74–76, 106, 117, 130, 136, 139, 141, 142, 145, 155, 158, 159, 279, 322–324
- Truppen, 17, 65, 101–103, 112, 116, 151, 153, 197, 218, 221–223, 228, 230, 279, 282, 286, 293, 296, 318, 328
- Trump, Donald, 3, 29, 197, 198, 232, 243, 277, 286, 298–300, 332
- Turtschynow, Oleksandr, 94, 113, 136, 149, 152, 199
- Türkei, 87, 90, 232, 265, 268, 288, 289, 293, 294, 317
- TurkStream, 246
- Twitter (X), 48, 223, 268, 271, 284, 294
- Tymoschenko, Julia, 173, 176, 178, 205

U

- Ukrainische Armee, 111, 152
- Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), 39, 128, 129, 133, 139, 152, 249, 250, 269–271, 330
- Ukrainische Sprache, 244
- Ukrainisches Militär, 93, 94, 109, 114, 116, 117, 150, 152, 196, 220, 223, 226, 228, 230, 250, 266, 267, 269, 283, 285, 295, 299, 300, 314, 328
- Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, 121, 206, 207
- Ukrainischsprachige, 176
- Ukrainisches Freiwilligenkorps (DUK), 139, 266, 267
- Ultras, 14, 17, 18, 110, 131, 132, 156, 158, 160, 174, 265, 268, 318, 329, 331
- Vereinigtes Königreich (UK), 2, 7, 28, 57, 224, 225, 227, 228, 232, 262, 281, 285, 286, 288–290, 292–294, 298, 300, 312, 316, 317

- Vereinte Nationen (UN), 85, 94, 115, 116, 159, 206, 216, 220, 233, 234, 244, 246–250, 253, 254, 292
- Vereinigte Staaten (US), 2, 3, 7, 13, 18, 25–29, 57, 58, 92, 94, 95, 101–103, 107, 108, 110, 113, 114, 127, 128, 135, 139, 149, 152–154, 193, 194, 196–202, 208, 217–219, 221, 223–232, 234, 243–246, 250, 251, 254, 262, 263, 271, 277–279, 281, 285–296, 298–300, 310–313, 315–318, 326–328, 332
- USAID, 3, 262
- Utkin, Dmitry, 267, 268

V

- Vance, JD, 295
- Urteil, 4, 6, 23, 38, 41, 43, 45, 68, 71–76, 106, 130, 136, 142, 159, 324
- Video, 6, 7, 11, 14, 17–20, 22, 23, 25, 38, 40–42, 44–66, 70–76, 86, 92, 100, 106, 110–112, 116, 117, 130–132, 136, 138, 140–143, 145, 146, 149–151, 155–160, 216, 220, 221, 223, 225, 228, 233, 234, 247, 250–256, 263–266, 280, 283, 284, 312, 318–326
- Vietnam-Krieg, 2, 219
- Winnyzja, 179, 181, 184, 251, 267
- Wolhynien, 118, 129, 175, 250
- Freiwillige, 39, 93, 100, 103, 108–111, 113, 115, 116, 148, 150, 151, 153, 154, 220, 221, 232, 233, 267, 270, 331
- Abstimmung, 12, 24, 25, 27, 57, 88, 96, 99, 121, 145, 152, 154, 173, 177–180, 188, 189, 195, 203, 205
- Wähler, 21, 88, 90, 93, 121, 177–179, 188, 189, 205
- VRT, 51
- Wuhledar, 223, 253

W

- Wagner-Gruppe, 108, 222, 267, 268
- Kriegsverbrechen, 7, 153, 243, 244, 246, 247, 253–255, 271, 292, 296, 312, 315
- Waffen, 3, 52, 61, 66, 68, 72, 73, 103, 106, 109, 110, 112, 135, 136, 139, 141, 143, 144, 149, 150, 155, 157, 193, 196, 208, 219, 226–228, 231–233, 250, 251, 261–263, 280, 286, 290, 295, 297, 316
- West, 1, 3, 11–13, 18, 21, 22, 37, 57, 87, 93, 100, 101, 104, 107,